3 1761 07993452 7

Der Krieg
und die
große Politik

I. Band

ARNO ADLER
Antiquariat
ixstr. 55, 2400 Lübeck

Presented to the
LIBRARY *of the*
UNIVERSITY OF TORONTO
by

THE DEPARTMENT OF
NATIONAL DEFENSE,
OTTAWA

Mai 1933
von Frau Müllensiefen
an Dr. Liebnitz

Der Krieg und die große Politik

von

Otto Hoetzsch

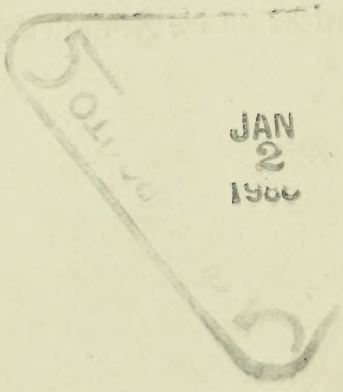
Erster Band

Bis zum Anschluß Bulgariens an die Zentralmächte

Zweite Auflage

Verlag von S. Hirzel in Leipzig
1917

Copyright 1917 by S. Hirzel at Leipzig.
1. Auflage ausgegeben den 1. Mai 1917.



Das Recht der Übersetzung ist vorbehalten.

Vorwort.

Im November 1914 wurde ich von der Redaktion der Kreuz-Zeitung dazu berufen, die Übersichten über die „Auswärtige Politik der Woche", die seit Jahren an jedem Mittwochmorgen erschienen und durch den Rücktritt Professor Schiemanns seit dem 2. September 1914 unterbrochen waren, zu übernehmen. Sehr bald trat der Wunsch an mich heran, diese Artikel, deren Absicht ihre regelmäßige Überschrift: „Der Krieg und die große Politik" bezeichnet, gesammelt herauszugeben, und die lange Dauer des Krieges legte dem Verlage und mir nahe, bereits während des Kampfes mit der Veröffentlichung zu beginnen. So wird hier der erste Band vorgelegt, der die Ereignisse bis zum Bündnis mit Bulgarien und zum Beginn unsers Feldzugs gegen Serbien begleitet und in den einige außerhalb der Mittwochsübersichten in der Kreuz-Zeitung erschienene Artikel eingefügt sind. Der zweite, der bis zum Eintritt Rumäniens in den Krieg führen soll, ist im Druck und wird in einigen Monaten erscheinen. Jeder Band ist einzeln käuflich und erhält ein Stichwort- und Personenregister.

Ich dachte erst, stark zu kürzen. Es zeigte sich aber, daß verhältnismäßig wenig gekürzt werden konnte, und auch die Wiederholungen, die sich darüber nicht vermeiden ließen, radikale Beseitigung nicht gestatteten, wenn nicht der Charakter des unter dem Eindruck der Ereignisse selbst geschriebenen Artikels verwischt werden sollte. Deshalb habe ich auch im einzelnen wenig geändert, zumeist nur rein auf den Tag Bezügliches und mit dem Tag Vergehendes gestrichen. Meinem Freunde, Herrn Archivar Dr. Zechlin bin ich für die Revision der Daten zu großem Dank verbunden.

Da die Übersichten erst am 18. November einsetzten, war die Lücke zwischen dem Anfang des Krieges und diesem Termin auszufüllen. Das ist in der Einleitung geschehen. Bei ihrer Lektüre bitte ich zu beachten, daß sie im

Februar 1917 geschrieben ist. Die Einleitung will nicht eine Geschichte der Entstehung des Krieges geben. Dafür haben wir schon ausgezeichnete Darstellungen, wie namentlich die von Hermann Oncken in dem Werke „Deutschland und der Weltkrieg". Die Einleitung soll vielmehr nur die entscheidenden Tatsachen und Zusammenhänge herausheben und mein historisches und politisches Urteil dazu. Sie legt damit den Standpunkt fest, von dem aus die Übersichten überhaupt geschrieben worden sind. Gewiß stellen sie schließlich in bescheidenem Maße eine politische Geschichte des Krieges dar, aber ihr Sinn und Zweck ist das erst in zweiter Linie. Sie sollen der „Politik im Weltkrieg" dienen, der politischen Erfassung des Krieges, die nur auf geschichtlicher Grundlage möglich ist, und sie sollen damit der Bestimmung des politischen Willens dienen, der den Ausgang des Krieges auf ganz bestimmte weltpolitische deutsche Ziele hinzulenken bestrebt ist.

Berlin, im April 1917.

Otto Hoetzsch.

Inhaltsverzeichnis.

	Datum	Seite
Vorwort		III
Inhaltsverzeichnis		V
Zur Einleitung		
1. Ursprung und Ausbruch des Krieges		1*
2. Der Krieg und die große Politik im ersten Vierteljahr Italien — Belgien — Luxemburg — Japan — Kolonien — Türkei — Vereinigte Staaten — Ententeabkommen vom 5. September 1914		22*
1. Der Anschluß der Türkei — Die rumänische Frage	18. November 1914	1
2. Bulgarien — Kriegsfinanzen	25. November 1914	5
3. England — Portugal — Die orientalische Frage — Die Vereinigten Staaten	2. Dezember 1914	10
4. Belgrad — Italien — Der Dreibund	9. Dezember 1914	16
5. Die Flotte Englands und Frankreichs — Die Vereinigten Staaten — Rußland	16. Dezember 1914	22
6. Das Tirpitz-Interview — England — Der Hauptfeind — Skandinavien — Ägypten	23. Dezember 1914	29
7. Neujahr — Frankreich — England	30. Dezember 1914	36
8. Die Neutralen	6. Januar 1915	41
9. Amerika — England — Belgien — Rom — Japan und China	13. Januar 1915	49
10. Graf Berchtold — Österreich-Ungarn	20. Januar 1915	56
11. U-Boot und Luftschiff — England — Rußland	27. Januar 1915	64
12. Rumänien — Italien — Spanien und Portugal — Frankreich — Rußland	3. Februar 1915	72
13. Die Kriegsgebietserklärung zur See — Rußland — Österreich-Ungarn — Die Erörterung der Kriegsziele	10. Februar 1915	80
14. Rußland — Die Türkei — Italien	17. Februar 1915	88
15. England — Nordamerika — Italien — Kriegsziele und Kriegsgrund	24. Februar 1915	93
16. Der Kampf an den Dardanellen — Die Türkei — Der ferne Osten — Reuter	3. März 1915	103
17. Mittelmeer, Balkan und Dardanellen	10. März 1915	110
18. England und der Dreiverband	17. März 1915	118
19. Das englische Weltreich	24. März 1915	127

	Datum	Seite
20. Der ferne und der nahe Osten	31. März 1915	137
21. Bismarck — Kriegsschuld und Kriegsziel — Die Neutralen	7. April 1915	147
22. Frankreich — Der Balkan — Nordamerika und England	14. April 1915	158
23. Der Hauptfeind — Österreich-Ungarn	21. April 1915	167
24. Tirpitz — England	28. April 1915	176
25. Kriegslage und Orientalische Frage — Russische Finanzen	5. Mai 1915	185
26. Italien — Nordamerika	12. Mai 1915	193
27. England und Nordamerika — Italien — Die Schweiz	19. Mai 1915	200
27a. Japan, China und Nordamerika	23. Mai 1915	209
27b. Italien und wir	25. Mai 1915	216
28. Italien — Der Dreibund — England	26. Mai 1915	221
29. Italien, der Dreibund und der Vatikan — Der Balkan	2. Juni 1915	228
30. Italien und Südosteuropa — Die finanzielle Kriegsrüstung der Gegner	9. Juni 1915	237
31. Amerika — England — Serbien	16. Juni 1915	246
32. Griechenland — Bulgarien — Die innere Lage Rußlands	23. Juni 1915	254
32a. Lemberg	27. Juni 1915	263
33. Österreich-Ungarn — Die englische Kriegsanleihe	30. Juni 1915	269
34. Die Kriegslage — Rußland — Der Balkan — Amerika — England — Helgoland	7. Juli 1915	278
35. Südwest — Amerika — Schweden — Schweiz — Balkan und Kriegslage	14. Juli 1915	287
36. Die Kämpfe im Osten und die Mächte des Dreiverbandes	21. Juli 1915	296
37. Italien und Türkei — Balkan — Amerika — Der ferne Osten	28. Juli 1915	305
38. Zum zweiten Kriegsjahre — Das russische und das englische Parlament — Die ungelösten Aufgaben — Holland und Spanien	4. August 1915	314
39. Warschau	6. August 1915	323
40. Rußland — Österreich-Ungarn	11. August 1915	325
41. England — Frankreich — Rußland — Der Balkan und die Orientpolitik Österreichs	18. August 1915	334
42. Die Kanzlerrede — Rußland — Italien und die Türkei — Balkan und Mittelmeer	25. August 1915	342
43. Frankreich — England — Amerika — Balkan	1. September 1915	349
44. Amerika — England und der Friede — Der Balkan	8. September 1915	356
45. Rußland	15. September 1915	363
46. England — Rußland — Die finanzielle Kriegsrüstung der Entente — Amerika	22. September 1915	373
47. Bulgarien	29. September 1915	382
Stichwortregister		393
Personenregister		396

Zur Einleitung.

1. Urſprung und Ausbruch des Krieges

Am 28. Juni 1914 wurde der öſterreichiſch-ungariſche Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand in Serajewo ermordet. Einige Wochen nach dieſem Verbrechen, an deſſen politiſchen Motiven niemand zweifelte, lebte die Welt noch in der bangen Hoffnung, es würde auch diesmal gelingen, die ungeheuer geſteigerte weltpolitiſche Spannung zu löſen und den Ausbruch eines Krieges zu verhindern, deſſen Lokaliſierung, wenn er ausbrach, kaum für möglich gehalten werden konnte. In Petersburg aber iſt man ſchon in dieſen Wochen der Überzeugung und des Willens geweſen, daß dieſer Anlaß zu dem Kriege mit Öſterreich-Ungarn führen müſſe, auf den man ſich in den letzten Jahren immer offener und fieberhafter gerüſtet hatte. Bei dem engen Bündnis zwiſchen Rußland und Frankreich, bei den engen Beziehungen ferner beider Staaten zu England, die in militäriſchen Abkommen bereits niedergelegt waren, iſt ohne Zweifel auch in Paris und London ſofort nach dieſem Attentate mit dem ſicheren Kriege gerechnet worden.

Schon pſychologiſch ſtanden wir und unſre Bundesgenoſſen ja der Frage Krieg oder Frieden? ganz anders gegenüber als unſre Gegner. Wir wünſchten, unter allen Umſtänden den Frieden zu wahren, hatten in den Kriſen der letzten Jahre mehrfach geſehen, daß Europa hart am Rande des Krieges doch den Frieden erhalten hatte, und ſtanden in unſrer politiſchen Gedankenwelt den Vorſtellungen kriegeriſcher Aktionen ſehr fern. Bei unſern Gegnern war dies, als der Mord von Serajewo die letzte Phaſe eröffnete, ganz anders. Der Drang nach der Revanche in Frankreich hatte dieſem Land ſeit 1870 ununterbrochen den Krieg vor Augen gehalten und die Gedanken darauf eingeſtellt. Der gegen die Türkei und Öſterreich-Ungarn gerichtete ruſſiſche Panſlawismus hatte dieſelbe Wirkung auf die Gemüter in Rußland gehabt. Und in England hatte die Politik König Edwards und Sir Edward Greys in einem großen und, wie ſich ſpäter zeigte, maßgebenden und entſcheidenden Teile der Nation gleichfalls die Vorſtellung wachgerufen und gepflegt, daß über kurz oder lang ein großer Krieg in Europa

ausbrechen werde. Wir waren in den langen Friedensjahren, in der eifrigen Arbeit des Friedens und der Politik einer absoluten Friedensliebe dem Gedanken an einen Krieg doch innerlich stark entrückt worden, während bei unsern Feinden in breiten Schichten der Völker das Gegenteil der Fall war.

In der Woche vom 24.—31. Juli, nachdem Österreich-Ungarns Geduld gerissen war und es sein Ultimatum an Serbien gestellt hatte, drängte sich die Fülle der Ereignisse zusammen, die vor kriegerischer Entladung zu bewahren auch der angespanntesten Tätigkeit und der stärksten Willenskraft des Deutschen Kaisers nicht gelang. Die allgemeine Mobilmachung, die Rußland am 31. Juli Morgens anordnete und der eine, damals noch gar nicht in ihrem vollen Umfang bekannte, langmonatliche Vorbereitung zuvorgegangen war, machte alle weiteren Verhandlungen unmöglich, wenn auch die englische Politik, die unklarer und unbestimmter erschien, als sie es tatsächlich war, ihre Entscheidung noch bis zum 4. August hinauszögerte. Mit der Anordnung der russischen Mobilmachung war der Krieg da. Und sofort setzte neben den Mobilmachungen und den ersten Kämpfen ein Preßgetöse unsrer Gegner über die ganze Welt ein, dessen Planmäßigkeit und Umfang zu groß waren, als daß es in den wenigen Tagen vor der Entscheidung hätte improvisiert werden können. Früchte einer langjährigen zielbewußten Arbeit wurden jetzt von der englisch-französischen Presse geerntet. Im Umsehen waren die Schlagworte da, die seitdem ununterbrochen in Zeitungsartikeln, Büchern, Vorträgen, Ministerreden wiederholt worden sind, und mit denen die uns feindliche Koalition sich bemüht, unsre Sache vor aller Welt ins Unrecht zu setzen. Mit einem wachsenden Staunen, das zu den bemerkenswertesten Eindrücken der ersten Kriegsmonate gehörte, sah Deutschland, daß der Kampf unsrer Gegner einem deutschen Militarismus gelte, der die Welt unterjochen wolle, einem Geiste, als dessen Vertreter Nietzsche, Heinrich v. Treitschke und der General v. Bernhardi kunterbunt zitiert wurden, einem Deutschen Kaiser, der als „Warlord" — so übersetzt England mit einer perfiden Nebenbedeutung unsern Ausdruck vom Allerhöchsten Kriegsherrn — sein Volk jahrzehntelang vorbereitet hatte, die Nachbarn zu überfallen, und der vor dem Bruch beschworener Verträge, wie vor allem das belgische Beispiel zeige, nicht zurückscheute. An manchen Einzelheiten können wir heute belegen, daß diese ungeheure Preßagitation planmäßig vorbereitet worden ist. Wir wissen z. B., daß das Buch des Generals v. Bernhardi ins Englische übersetzt war und sofort nach Kriegsausbruch in den englisch sprechenden Teilen der Welt verbreitet wurde. Wir wissen auch, daß der bekannte englische Zeitungskönig, Lord Northcliffe, vor dem Kriege regelmäßig nach den Vereinigten Staaten kam und dort

die Bearbeitung der amerikanischen öffentlichen Meinung im englischen Sinne förderte. Wir wissen schließlich, daß z. B. der französische Botschafter Barrère in Rom jahrelange Arbeit und gewaltige Summen darauf verwendet hat, die öffentliche Meinung Italiens im Ententesinne zu bearbeiten.

Alledem standen wir wehrlos gegenüber. Wir konnten es gar nicht fassen, dieses, wie man es hübsch ausgedrückt hat, Moratorium der Wahrheit. Wir begriffen nicht, wie es möglich war, der ganzen Welt ein absolut falsches Bild von unserm politischen Denken und Wollen, von der Bedeutung unsrer militärischen Einrichtungen, unsrer Monarchie usw. zu geben. Aber das sahen wir bald, daß von unsrer Seite völlig versäumt worden war, der Wühlarbeit der Gegner rechtzeitig entgegenzutreten. Die Stimmen, die vor dem Kriege auf eine genauere Beachtung der feindlichen Presse hinwiesen, waren ebenso verhallt wie die Forderungen an Regierung und Diplomatie, daß sie sich mehr um die Presse im Ausland, um die Einflußnahme auf sie kümmern müsse. Gewaltige Versäumnisse wurden uns klar, Versäumnisse, die zu einem guten Teil auch das Versagen der Diplomatie erklärten, und für die die Schuld so gut wie ausschließlich auf die politische Leitung des Reiches fiel. Gleich in den ersten Kriegswochen wurde darum mit aller Kraft versucht, das Versäumte nachzuholen. Eine lebhafte Propaganda im neutralen Ausland wurde entfaltet, die unser Recht in der belgischen Frage vertrat, die unsre Sache gegen Verleumdung und Lügen zu verteidigen hatte, die auf die noch schwankenden Neutralen in unserm Sinne einwirken sollte. Heute müssen wir sagen, daß diese Arbeit so gut wie nichts genützt hat, weil sie zu spät kam. Seitdem der Ruf an die Waffen erklungen war, entschied und entscheidet fast ausschließlich die Macht; der Kampf der Worte ist nur eine Begleiterscheinung. Und je länger der Krieg andauert, um so mehr gilt das.

Mit den Kämpfen dieser $2^1/_2$ Jahre sind fast ununterbrochen die Auseinandersetzungen um die Frage nach der Kriegsschuld parallel gegangen. Sie gehörten allmählich zum eisernen Inventar der Ministerreden auf beiden Seiten, und die Reflexe davon werden in den folgenden Blättern häufig zu erkennen sein. Ohne Zweifel ist, unterstützt durch glückliche Funde, die Frage: „Wer am Kriege schuld sei?" immer mehr geklärt worden. Aber der politische Wert dieser Redekämpfe hat abgenommen, je weiter der Krieg sich von seinem Ausgangspunkte entfernte. Schon längst hätten unsrerseits die Akten darüber geschlossen werden sollen, weil diese Auseinandersetzungen die Gegner nicht überzeugen und auch nicht die Neutralen, weil sie dafür aber geeignet sind, uns in der politischen Erfassung des Krieges zu behindern. Immer wieder hat Deutschland die Erfahrung machen müssen, daß auch die

wohlbegründetste Rechtfertigung und Vertretung seines Standpunktes, der genaueste Nachweis der Schuldfrage, namentlich für die letzten Tage vor Kriegsausbruch, von den Gegnern in das Gegenteil verkehrt wurde, daß man schlechterdings aneinander vorbeiredet und die Möglichkeit einer Verständigung in diesen Fragen während des Krieges und zwischen den Staatsmännern, die in den Krieg hereingegangen sind, absolut ausgeschlossen ist. Wir wissen, daß Deutschland und sein Kaiser diesen Krieg nicht gewollt haben, daß die politische Haltung Deutschlands in anderthalb Menschenaltern ausschließlich durch die Friedensliebe bestimmt war. Auch über die Frage, ob England oder Rußland die Hauptschuld am Kriege trage, besteht heute in Deutschland Einigkeit der Auffassung. Schon vor dem Kriege wurde bestimmt ausgesprochen, daß Frankreich und Rußland mit ihrer Einstellung auf den Krieg der Überzeugung waren, England würde zu ihnen stehen, und daß, sobald man in Petersburg und in Paris die Sicherheit darüber erlangt hatte, ein europäischer Krieg zu erwarten war. Damit ist gesagt, daß England, weil es mit seinem Gewicht den Ausschlag gab, im höchsten weltgeschichtlichen Sinne die Verantwortung und die Hauptschuld an diesem Kriege trägt. Wir sind uns auch weiterhin darüber einig, daß Deutschland Belgien gegenüber nicht anders handeln konnte, als es gehandelt hat; wir haben nachträglich noch die Beweise bis ins einzelnste erhalten, daß eine Neutralität Belgiens überhaupt nicht mehr existierte, sondern es bereits der heimliche Verbündete unsrer Gegner war. Der fortgesetzte Nachweis dieses Sachverhalts aber überzeugt heute unsre Gegner und die neutrale Welt nicht mehr. In ruhigeren Zeiten erst werden die Geschichtschreiber, mit größerem Material als heute, die Welt von Deutschlands sittlichem Rechte überzeugen.

Ist nun die unausgesetzte Erörterung der Schuldfrage durch uns dem Auslande gegenüber heute nutzlos, so ist sie dem Inlande gegenüber geradezu eine Gefahr geworden. Es war notwendig, daß im Anfang unser gutes Recht sorgfältig nachgewiesen wurde, damit das ganze deutsche Volk und seine Bundesgenossen innerlich aufs tiefste davon überzeugt wurden, das sittliche Recht stehe auf unsrer Seite. Aber wenn so mit sittlichen Maßstäben allein gemessen wird und wenn immer minutiöser und in vortrefflichen und beredten Darstellungen das Recht Deutschlands bewiesen wird, so steht daneben doch die harte politische Tatsache, daß eingetreten ist, wovor Bismarck in schlaflosen Nächten zitterte: die Wiederholung einer Kaunitzschen Koalition, die sich im Krieg noch dazu immer erweitert hat, und daß der Krieg, mit dessen Möglichkeit Deutschland nach Moltkes Wort auf ein halbes Jahrhundert gefaßt sein mußte, in der ungünstigsten Situation begonnen werden mußte, die politisch überhaupt denkbar war. M. a. W.: die un-

ausgesetzte Verteidigung unsers sittlichen Rechts führt schließlich auch zur Apologie unserer Politik überhaupt und unsrer politischen Taktik selbst bis in die Einzelheiten der letzten entscheidungsschweren Tage hinein. Die einseitige Verwendung sittlicher Maßstäbe beeinträchtigt so das politische Urteil und tötet schließlich den politischen Willen. Denn die ganze Erörterung der Kriegsschuld hat uns der politischen Erfassung des Krieges trotz seiner langen Dauer nicht viel näher gebracht. Der Übergang von der Frage nach der Kriegsschuld zu der nach den Kriegszielen ist dadurch erschwert worden, besonders da die Regierung selbst nichts dazu tat, neben der Polemik über die Schuldfrage auch eine positive Publizistik über die Ziele und die politische Erfassung des Krieges hergehen zu lassen.

Deshalb soll an dieser Stelle auf den Ursprung des Krieges nicht ausführlich und bis in die Fragen der diplomatisch-technischen Behandlung hinein eingegangen werden. Gerade darüber ist das Material noch nicht vollständig und verbietet sich heute noch die Kritik an der politischen Führung der Dinge auf unserer Seite, ohne die solche Erörterung keinen politischen, sondern nur einen akademisch-theoretischen Wert hat. Wir sind im Kriege, wir wollen aus dem Ende dieses Krieges für unsre deutsche Zukunft so viel herausholen, als irgend möglich ist. Dazu brauchen wir politischen Blick in die Zukunft und politischen Willen, und dazu brauchen wir aus der Vergangenheit nur einen kurzen Rückblick.

Der Hauptgedanke der deutschen auswärtigen Politik ist unter dem Fürsten Bismarck wie unter Kaiser Wilhelm II. und seinen Kanzlern das Streben gewesen, den Frieden für Deutschland und in Europa zu erhalten. Die Feinde glauben uns das heute nicht; wir wissen, das es so ist, und der politische Historiker kann es bis in die einzelnen Windungen unserer großen Politik schon heute belegen. Auch als die überschwellenden Kräfte des Deutschen Reiches und Volkes seit den 90er Jahren in die Weltpolitik hineindrängten, hat Deutschland seine Stellung darin immer nur unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung des Friedens genommen. Dafür sei das Wort des Kaisers zitiert, das er in einem bedeutungsvollen Momente dieser Weltpolitik aussprach. Ehe er die Reise nach Tanger antrat, sagte er in Bremen am 23. März 1905: „Das Weltreich, das ich mir geträumt habe, soll darin bestehen, daß vor allem das neuerschaffene Deutsche Reich von allen Seiten das absoluteste Vertrauen eines ehrlichen, friedliebenden Nachbarn genießen soll, und daß, wenn man dereinst vielleicht von einem deutschen Weltreich in der Geschichte reden sollte, es nicht durch Politik begründet sein soll, durch das Schwert, sondern durch gegenseitiges Vertrauen der nach gleichen Zielen strebenden Nationen." Klarer und feierlicher konnte nicht betont werden, daß der deutsche Imperialismus nur auf friedlichem Wege seinen Zielen nach-

gehen wollte. Daraus aber ergab sich für ihn sofort eine eigentümliche Schwierigkeit.

Nach seiner inneren Begründung und nach seinem allgemeinen Willen war er so klar, wie der Imperialismus der andern, der Engländer, Russen, Amerikaner, Japaner. Aber nach seinen Zielen konnte er es nach Lage der politischen Beziehungen Deutschlands und nach dieser ganzen Anlage der Reichspolitik nicht sein. Deutschland wollte und mußte an der neuen Verteilung der Welt über See teilnehmen, aber es hatte nach wie vor damit zu rechnen, daß sich in Europa wieder eine Koalition zusammenballte, die es zwingen konnte, um seine Stellung in Europa selbst auf Leben und Tod zu kämpfen. Aus dieser Lage folgte die Zersplitterung unsrer weltpolitischen wie unsrer weltwirtschaftlichen Betätigung. Es war für Deutschland nahezu unmöglich, bestimmte, räumlich abgegrenzte Ziele seiner Weltpolitik zu erkennen und zu verfolgen, wenn nicht die eine große Voraussetzung seines Lebens mit Absicht gestört werden sollte, nämlich die Erhaltung des Friedens. Der Imperialismus sämtlicher in Frage kommender Rivalen hatte einen ausschließenden Charakter, der deutsche wollte über die ganze Welt gehen, sich überall betätigen, wo die anderen ihm freie Hand und offene Tür ließen, und stieß so an allen Ecken an. Ostasien, die Südsee, Südamerika, Kleinasien, Nordwestafrika, überhaupt Afrika wechselten als Gebiete der deutschen Weltpolitik miteinander ab. Überall taten sich wichtige Zukunftsfragen auf, nirgends aber waren sie derart, daß sie von uns aus einen wesentlichen Schritt vorwärts gebracht werden konnten, ohne daß die entschlossene Frage: Krieg oder Frieden? hätte gestellt, ohne daß das Risiko des Krieges hätte aufgenommen werden müssen. Und da sich so nirgends abgegrenzte Gebiete vorwiegend deutschen Einflusses ergaben, betätigte sich die überschäumende wirtschaftliche Kraft Deutschlands auf der ganzen Welt. Indem sie sich damit überall und zwar erfolgreich als Konkurrent eindrängte, wurde sie überall für die älteren unangenehm, ohne zu einer fest fundierten eigenen weltwirtschaftlichen Stellung zu führen. Deutschland geriet in eine Zersplitterung seiner überseeischen Interessen, die es so gut wie überall auf der Erde festlegte und an der es im Kriege außerordentlich schwere Verluste erleidet. Aber nirgends war die Festlegung so, daß, wenn eine Bedrohung von andrer Seite eintrat, Deutschland mit aller politischen und militärischen Kraft dahintertreten mußte.

Alles das ergab eine Gesamtanlage unserer großen Politik, die schon die Voraussetzung konzentrierter Betätigung für einen deutschen Imperialismus unmöglich machte. Das Buch des Fürsten Bülow über die deutsche Politik hat den Deutschen das besonders klassisch vor die Augen geführt. Die Nach-Bismarcksche Politik übernahm den Dreibund und hielt an ihm

fest, obwohl er im Verhältnis zwischen Österreich und Italien seine innere Kraft verlor und obwohl er für die weltpolitischen Konflikte, die uns berührten, eine brauchbare Waffe nicht war. Vor allem aber war die deutsche auswärtige Politik unter dem Fürsten Bülow dadurch charakterisiert, daß man nach allen Seiten unbedingt freie Hand behalten wollte. Dieser Grundsatz mußte, wenn sich irgendwo die Gegensätze unversöhnbar verschärften, zu einer Isolierung in der Weltpolitik führen, jedenfalls erforderte er, wenn Deutschland durch weltpolitische Krisen ohne Kriegsgefahr hindurchgehen sollte, eine ungewöhnlich große diplomatische Kunst.

Der Nachfolger des Fürsten Bülow als Reichskanzler hat die Gefahren der Isolierung, zu der dieser Zusammenhang unrettbar trieb, wohl gesehen. Er hat daher versucht, Deutschland aus dieser Isolierung herauszuführen. Aus diesem Bestreben ging das sogenannte Potsdamer Abkommen vom 19. Mai 1911 hervor, aus dem freilich nicht das wurde, was selbst damals noch daraus hätte gemacht werden können. Denn der Gedanke des Reichskanzlers ging viel stärker nach der andern Richtung. Er war der Überzeugung, daß eine Verständigung zwischen England und Deutschland den Weltfrieden dauernd sichern könne, und hat den Hauptteil seiner diplomatischen Arbeit in den Jahren bis zum Kriege darauf verwendet.

Für diese Idee einer Verständigung, die nur in einem deutsch-englischen Bündnis ausmünden konnte, lagen Anknüpfungen und Anregungen aus früherer Zeit vor. 1898 hatte Lord Salisbury, da ihm klar wurde, daß England wegen seines Gegensatzes zu Rußland, Frankreich und Deutschland die Politik der sogenannten glänzenden Isolierung verlassen mußte, den Gedanken einer engeren Verbindung mit Deutschland aufgenommen. Joseph Chamberlain hat davon mit dem deutschen Botschafter in London gesprochen, ebenso Graf Hatzfeldt mit Salisbury und Balfour darüber verhandelt. Aber Fürst Bülow zog es vor, freie Hand zu behalten, und wich diesen Anträgen Englands aus. Ohne Zweifel handelte er damit politisch richtig. Denn die Idee einer dauernden Verständigung zwischen Deutschland und England konnte in weiteren Kreisen nur Anhänger finden, wenn man sie nicht durchdachte. Wurde sie zu Ende gedacht und sollte sie so wirkungsvoll, wie eine Richtung in der deutschen politischen Welt es erhoffte, werden, so mußte sie zur Allianz mit England führen. Eine Verständigung von Fall zu Fall, eine platonische Versicherung, daß Reibungsflächen und Gegensätze zwischen diesen beiden ausgezeichneten Kunden nicht vorhanden seien, alles das konnte vorübergehend weltpolitische Krisen erleichtern und hinausschieben, aber es brachte nicht das, was England wollte und was Deutschland brauchte. Sowie man aber diesen Gedanken durchdachte, kam man auf das, was Chamberlain schon in einer Rede vom 13. Mai

1898 offen ausgesprochen hatte, als er das angelsächsische Bündnis forderte. Es war keine Perfidie, sondern die realste Erkenntnis der eigenen Interessen, wenn Großbritannien in diesen Bemühungen um Deutschland nichts anderes suchte, als einen Verbündeten gegen Rußland. Daß wir uns dies in Deutschland in den zwanzig Jahren vor dem Kriege nicht klar genug gemacht haben, das hat zu einem großen Teil zu der Halbheit und Unklarheit der Stellung beigetragen, in der sich schließlich Deutschland Mitte 1914 einer Weltkoalition gegenüber sah. Die Annäherung zwischen der größten Landmacht und der größten Seemacht — ein Gedanke, der auch während des Krieges noch manchmal wieder gespukt hat — war nur denkbar, wenn Deutschland wesentliche und große Gegensätze gegen England nicht hatte. Die Verständigungsaktion, die auf der deutschen Seite absolut ehrlich betrieben wurde, ging von der Voraussetzung aus, daß dergleichen Gegensätze nicht vorhanden seien, mindestens, daß sie sich lösen und vertragen ließen. In Deutschland, dem jüngeren und zukunftssicheren Rivalen, das vor allem den Frieden und die freie Betätigung seiner Kräfte wollte, konnte das geglaubt werden. Konnte es in England je im Ernst angenommen werden?

Unter den großen Verdiensten, die der Admiral von Tirpitz um das Deutsche Reich hat, ist nicht das geringste, daß er den unausgleichbaren wirtschaftlichen wie politischen Gegensatz Deutschlands zu England als die Achse der Weltpolitik überhaupt erkannt hat. Man hat darum gestritten, ob England seit 1902 den Krieg systematisch vorbereitet hat, ob es ihn also mit einem Wort gewollt hat und ob es unter diesem Obergedanken auch seine Haltung in den letzten entscheidenden Tagen 1914 eingenommen hat. Nicht zu bestreiten ist jedenfalls der bestimmende Hauptgedanke der englischen Politik, stets die stärkste Festlandsmacht zu bekämpfen, vor allem wenn diese die englischen Handelsinteressen und die englische Weltpolitik zu beeinträchtigen drohte. Denn nur so konnte England das Gleichgewicht der Mächte, wie England es verstand, aufrechterhalten, das wiederum die unbedingte Voraussetzung für die Erhaltung seiner See- und Handelssuprematie über die Welt hin war. An Stelle Spaniens, der Niederlande, Frankreichs, Rußlands trat seit Mitte der 90er Jahre aber als bedrohliche Festlandsmacht Deutschland. Der Gegensatz wurde von England erkannt und die Frage war für England in jenen ersten Jahren nur, ob es möglich sein würde, sich trotzdem Deutschland zum Verbündeten, zum Vasallen zu machen oder ob das nicht möglich sein würde. Die englischen Realpolitiker haben schon in den letzten 90er Jahren die zweite Möglichkeit ins Auge gefaßt, und die Stimmung des Volkes sprach der berühmte Artikel der Saturday Review vom 1. Februar 1896 schon aus: »Germania est delenda«; der noch berühmter gewordene Artikel desselben Blattes vom 11. September 1897 schloß mit

dem oft zitierten Satze: „Wenn Deutschland morgen ausgelöscht wäre, so würde es übermorgen keinen Engländer in der Welt geben, der nicht um so viel reicher wäre. Nationen haben jahrelang um eine Stadt oder um ein Erbrecht gefochten, müssen sie nicht fechten für einen Handelswert von 200 Mill. Pfund?" Auf der andern Seite aber lehrte die Stellungnahme des deutschen Volkes im Burenkriege die englischen Staatsmänner, daß man sich auch in Deutschland zwar instinktiv und unpolitisch, aber doch sehr bestimmt des heraufziehenden Gegensatzes bewußt war. Schon damals ist in Deutschland darauf aufmerksam gemacht worden, wie schnell England als Erbfeind betrachtet wurde. Hätte man in England geglaubt, daß diese Stimmung durch eine feste Politik in der Hand hätte gehalten werden können, so lehrten es die beiden Flottenvorlagen der Jahre 1897/98 und 1900, daß Deutschland keineswegs geneigt war, seine Selbständigkeit zugunsten einer politischen Einigung mit England aufzugeben. Die Begründung der deutschen Flotte ist von vornherein der stärkste Ausdruck des Gegensatzes gegen England gewesen. An ihrer defensiven Absicht war nie zu zweifeln, aber eine dauernde deutsch-englische Verständigung konnte mit ihr nur gedacht werden, wenn England das Recht Deutschlands auf eigene Seegeltung und Gleichberechtigung zur See anerkannte.

1902 spätestens ist England zur Überzeugung gekommen, daß auf ein politisches Arrangement mit Deutschland im englischen Sinne nicht zu rechnen sei. Man kann nun so viel gegen den bewußten Kriegswillen König Edwards und der englischen Staatsmänner sagen, wie man will, man kann noch so sehr die labilen Gegensätze in der englischen Politik und die Abhängigkeit der äußeren von der inneren Politik betonen, das besagt nichts dagegen, daß Englands äußere Politik seit 1902 die berühmten „scharfen Kurven" nicht wieder gezeigt hat, die früher mit einem Minister- und Kabinettswechsel verbunden waren und die England zu einem unsicheren Freunde machten. Und alles das besagt nichts vor der Tatsache, daß von England seit 1902 eine systematische Bündnispolitik betrieben worden ist, die weit über die alten Traditionen englischer Allianzpolitik hinausging, die England schließlich mit Willen seiner Staatsmänner viel stärker an seine Bundesgenossen fesselte, als es je an einen Bundesgenossen gefesselt war, und die ihren beherrschenden Mittelpunkt in dem Gedanken der sogenannten Einkreisung Deutschlands hatte.

England vergaß, daß es vor allem Deutschland zu danken hatte, wenn die geplante europäische Koalition im Burenkriege gegen England scheiterte. Der Glaube, die Suggestion wurden ihm zur Hauptsache, daß Deutschland sein gefährlichster Rivale sei. Mit der Wucht eines dramatischen Aufbaus steigt deshalb die englische Aktion gegen Deutschland in

12 Jahren an: Das Bündnis mit Japan 1902 als Vorspiel —, das Abkommen mit Frankreich und die Umgruppierung der Flotte vom Mittelmeer zum Kanal 1904/05 — das Abkommen mit Rußland 1907 und der Besuch König Edwards in Reval 1908 —, der dritte Akt von 1908—1914: die Steigerung der Spannung bis zum Frühherbst 1911, die Abspannung 1912/13, Wiederspannung und Katastrophe 1914. Uralte Traditionen englischer Politik, der Gegensatz zu Frankreich und Rußland, die Abneigung gegen Bündnisse und kontinentale Kämpfe werden beiseite geworfen, aber Ziel und Methode dieser englischen Politik bleiben die alten: ohne Skrupel und mit höchster Einseitigkeit, mit vollem Bewußtsein wird alles gegen den einen gestellt, den man für den wichtigsten Gegner hält. Es ist auch historisch nicht richtig, wenn man uns im Weltkriege sagen wollte, diese englische Politik erschiene heute vorbedachter, überlegener und einheitlicher, als sie tatsächlich gewesen sei. Der Historiker weiß, wie die allgemeinen Tendenzen durch die Menschen, die sie zufällig tragen, verändert und verschoben werden können, aber wenn er heute die Kräfteverhältnisse in der englischen Politik betrachtet, so ist das unzweifelhaft: bei einer ernstlichen Kraftprobe wären die Männer, die zwischen 1902 und 1914 noch aufrichtig daran gedacht haben, mit Deutschland im Bündnis leben zu können — denken wir an Haldane oder Morley oder andre —, ebenso bestimmt unterlegen, wie es 1914 geschah. Die Tendenzen des englischen Königs und des ihm folgenden auswärtigen Ministers Grey gingen mit der Stimmung der Mehrheit der Nation und, was mehr sagen will, mit dem politischen Willen und Entschluß der maßgebenden Schichten absolut zusammen. Weder König Edward noch Grey haben dabei unter allen Umständen den Krieg gewollt. Beide hatten vielmehr die Absicht, durch eine systematische Bündnispolitik Deutschland so zu umstellen, daß es, vor die entscheidende Frage gestellt, nachgeben, kapitulieren, sich demütigen lassen mußte. Und in diesem Gedanken war mit das Entscheidende, ob es gelang, auch Österreich-Ungarn vom Bunde mit Deutschland abzusplittern, wie es zuletzt König Edward mit seinem Besuch in Ischl bei Kaiser Franz Joseph versuchte. Denn dann konnte die englische Politik annehmen, daß Deutschland, selbst von Österreich-Ungarn verlassen, das Risiko eines Kampfes gegen die ganze Welt nicht aufnehmen würde. Bestärkt wurde sie in diesem Glauben durch die Haltung der deutschen Politik, die kriegerische Konflikte selbst bei Gelegenheiten vermieden hatte, wo die Aussichten für Deutschland günstig waren, und manchmal unter Formen, die einer politischen Niederlage schon ähnlich sahen. Wenn man sich 1917 vielleicht wunderte, daß sich auch England das Vernichtungsprogramm seiner Bundesgenossen gegen Österreich-Ungarn zu eigen machte, so darf man nicht die große Enttäuschung des Jahres 1908 vergessen, die seinen politischen

Plänen durch die unwandelbare Bündnistreue des österreichischen Herrschers bereitet wurde. Denn danach stand für England schon in der Hauptsache fest, daß die in Aussicht genommene Demütigung Deutschlands ohne einen Krieg nicht erreicht werden würde, wobei man allerdings der militärischen Widerstandsfähigkeit der Donaumonarchie zu wenig zutraute.

Kürzer lassen sich die beiden andern politischen Gedanken besprechen, die England in seinen Bund einstellte. Einfach genug ist die Idee und das Streben Frankreichs, Revanche für die Niederlage von 1870 zu suchen. Je weiter sich Deutschland von seinen Siegen entfernte, um so weniger bedeutungsvoll schien ihm dieser französische Revanchegedanke zu werden. Er äußerte sich zwar in den 80er Jahren und im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts immer noch stark genug, um uns zu verhindern, daß wir einer gefährlichen Selbsttäuschung anheimfielen. Aber da es eine Generation hindurch gelungen war, einen neuen deutsch-französischen Krieg zu verhindern, setzte sich der Glaube oder wenigstens die Hoffnung in uns fest, das junge Frankreich werde sich mit den Ergebnissen des Jahres 1870 abfinden. Hier (wie für Rußland, auch für die Vereinigten Staaten) galt ja, daß sich das deutsche Volk, das über die ganze Welt hin seine Kraft geltend machte und dessen Industrie, Technik und Kapital, dessen Organisationskraft überall Achtung erzwang, darüber selber zu wenig um seine Nachbarn und möglichen Gegner kümmerte. Ohne Zweifel haben unsere Väter von Frankreich und England mehr gewußt, als der Durchschnitt der Deutschen, die heute leben. In bezug auf Rußland gilt für beide Zeiten, daß man über die inneren Kräfte dieses Staates und über das Wesen der russischen Geistigkeit — Mentalität wurde der Ausdruck im Weltkriege dafür — überhaupt im Dunkel blieb. Den politischen Betrachter der Dinge interessieren die allgemeinen Gründe dieses Mangels weniger als sein unmittelbar politischer Schade. Denn nur so ist es zu erklären, daß wir uns in Deutschland über die wahre Stimmung in Frankreich gegen uns täuschen konnten. Sie blieb lebendig, jede Mutter erzog ihre Kinder im Haß gegen Deutschland, jeder Jahrgang Studenten oder Soldaten richtete den Blick auf das Loch nach den Vogesen. Darum ließ sich Frankreich die schmähliche Niederlage gegen England in Afrika 1898 gefallen. Darum schloß es zu dem Bündnis mit Rußland die Allianz mit England und begab sich mit offenen Augen in die völlige wirtschaftliche und politische Abhängigkeit von beiden Bundesgenossen. Die ganze Tätigkeit des Ministers Delcassé und des 1912 Ministerpräsident und 1913 Präsident der Republik gewordenen Poincaré war unter den Gesichtspunkt der künftigen kriegerischen Auseinandersetzung mit Deutschland gestellt.

Vom Gegensatz Rußlands zu Deutschland, Österreich-Ungarn und der Türkei wird im folgenden so häufig zu sprechen sein, daß hier nicht alles ge-

sagt zu werden braucht. Sein Mittelpunkt ist die orientalische Frage. Das bedeutet das Streben Rußlands nach Konstantinopel und nach der Zerstörung der Türkei, das bedeutet die Zurückdrängung Österreich-Ungarns aus der Balkanhalbinsel unter Benutzung des Panslawismus, der sowohl dort, bei den Südslawen, wie im Norden bei den slawischen Völkerschaften Österreich-Ungarns den Hebel bieten sollte, um den Donaustaat aus den Angeln zu heben. Und das bedeutete schließlich den Bruch mit Deutschland, weil dieses unbedingt für seinen Bundesgenossen eintrat und weil es eine eigene Orientpolitik begonnen hatte. Neben dem Aufbau der Flotte und seinen politischen Konsequenzen ist ja das deutsche Orientprogramm der positive Haupt-Gedanke deutscher Weltpolitik unter Kaiser Wilhelm II.: 1889/90 erste Kaiserreise nach Konstantinopel, 1898 zweite Kaiserreise nach der Türkei, 1899, 1908 und 1911 die drei Phasen des Bagdadbahnunternehmens. Mit der Politik, die in diesen Schlagworten bezeichnet ist, trat Deutschland in Gegensatz sowohl zu England wie zu den Angriffsplänen Rußlands gegen die Türkei. Seine Niederlage im Krieg mit Japan wandte, wie bekannt, Rußland wieder der orientalischen Frage zu; 1908 wurde die Wendung eingeleitet, in der der Neu-Panslawismus zugleich mit der Durchführung eines riesigen Rüstungsprogramms den Weltkrieg erzwang. Im März und Juni 1914 zeigten wie Signale zwei Äußerungen der Birschewyja Wjedomosti, die man auf den Kriegsminister Suchomlinow zurückführte, daß Rußland dazu bereit sei. Es ist bekannt, daß an sich das Rüstungsprogramm, das zwischen Frankreich und Rußland vereinbart worden war, erst 1917 fertig werden sollte. Der Eifer und die Hast der russischen Kriegspartei aber trieben darüber hinaus und benutzten die Mordtat von Serajewo, um schon drei Jahre vorher den Krieg zum Ausbruch zu bringen.

In diesen Rahmen stellen wir die Betrachtung der Zusammenhänge zwischen Krieg und großer Politik. Fertig war, wie der Krieg gezeigt hat, im wesentlichen das diplomatische Werk Englands, das in Italien und Nordamerika noch weitere, bei Beginn des Krieges noch nicht abzusehende Ergänzungen hinzugefügt hat. Nicht fertig war, wie der Krieg weiter gezeigt hat, das diplomatische Werk Rußlands auf der Balkanhalbinsel, wo es nicht verstanden hatte, aus der neuen Lage des Bukarester Friedens schon die Folgerungen zu ziehen. So ist es gerade auf diesen alten Gebieten seiner Politik empfindlich geschlagen worden. Man wird also sagen dürfen, daß die Mordtat von Serajewo in diesem ganzen Getriebe als Zufall wirkte, als der Stein, der die Lawine ins Rollen brachte. Im letzten Sinne lag die Sache doch nicht so, daß unsre Gegner den Krieg gerade zu diesem Termin wollten und von allen Seiten vorbereiteten, um zum verabredeten

Zeitpunkt die Schlinge zuzuziehen. So schuldig Rußland an dem Attentat war, es kam doch der Koalition unsrer Gegner überraschend, und das erklärt mancherlei Schwankungen und Unsicherheiten in den letzten Tagen der Entscheidung.

Zu den letzten Entschlüssen trug der Glaube wesentlich bei, daß Deutschland eine so lange Friedenszeit nicht ohne Verlust an innerer Kraft durchlebt hätte. Zahlreiche unerfreuliche Erscheinungen im deutschen Leben boten den Gegnern, die uns ja auch nicht besser kannten als wir sie, einen gewissen Anhalt, anzunehmen, auch unsre militärische und staatliche Organisation sei erschüttert. Manche Staatsmänner unsrer Feinde hatten im Ernst geglaubt, die deutsche Sozialdemokratie würde ihr Vaterland im Falle eines Verteidigungskrieges im Stich lassen. So gut wie alle aber waren davon überzeugt, daß Österreich-Ungarn einen großen Stoß nicht aushalten würde, um so mehr, als man natürlich darüber unterrichtet war, wieweit die russischen Vorbereitungen an der galizischen Grenze schon im Frieden vorgeschritten waren.

Hat andererseits die innere Lage bei unsren Gegnern auch auf den Kriegsentschluß miteingewirkt? England stand in der Ulsterkrisis, in der irischen Frage vor einem Bürgerkrieg. Frankreich wurde, wie der Fall Caillaux am besten lehrte, aufs tiefste von den politischen Parteiungen zerwühlt und zerrissen, und Rußland stand, wie man in Deutschland gewöhnlich sagte, vor der Revolution, zu deren Vermeidung dem Zaren der Mobilmachungsbefehl abgerungen worden sei. Wir messen indes diesen inneren Verhältnissen in den feindlichen Staaten nicht diese Bedeutung bei. Mit Ausnahme des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch gab es unter den Herrschern und Staatsmännern unserer Gegner kaum einen, der imstande gewesen wäre, einen Weltkrieg zu entfesseln, um innere Schwierigkeiten loszuwerden. Damit ist nicht eine besondere Gewissenhaftigkeit an ihnen hervorgehoben, sondern sie sind alle zu sehr Durchschnitt, um die Größe eines solchen verbrecherischen Entschlusses aufzubringen. Auch sind, wie der Krieg gezeigt hat, diese inneren Gegensätze von uns überschätzt worden. An ihnen nahm in Frankreich nur ein bestimmter Teil der Pariser Welt teil. In Rußland war es wirklich so, wie Kokowzow gesagt hat, daß „100 Werst im Umkreis von den Zentren die Unzufriedenheit gehe, aber nicht weiter". Vielleicht daß dem Zaren die Dinge schwärzer gemalt worden sind, um ihn den letzten Entschluß fassen zu lassen: der Krieg hat stärker als etwas gelehrt, daß die revolutionären Elemente in Rußland damals ohnmächtig waren. Am ernstesten waren die Gegensätze wohl in England, weil in der irischen Frage nicht die Iren gegen den Staat — dergleichen hatte man zu häufig erlebt — standen, sondern das protestantische Angelsachsentum der Grünen

Insel zum Äußersten entschlossen zu sein schien, Homerule abzuwehren. Inwieweit diese Lage Asquith und seinen Kollegen den Entschluß erleichtert hat, vermag niemand genau zu sagen; bei Grey hat sie schwerlich entscheidend mitgesprochen.

Die Betrachtung der Bündnisverpflichtungen auf beiden Seiten führt nun unmittelbar in den Ursprung des Weltkrieges herein. Am 7. Dezember 1912 war gleichzeitig in Berlin, Wien und Rom der Dreibund vor seinem Ablauf erneuert worden und ohne Änderung seines Wortlautes; bis zum Juli 1920 sollte er gelten. Die großen Schwierigkeiten, die die Unternehmung Italiens gegen die Türkei zur Eroberung von Tripolis seinen Bundesgenossen bereitet hatte, wurden noch einmal überbrückt; der italienische Minister des Auswärtigen San Giuliano erklärte sogar in der Kammer den Dreibund für die Grundlage der internationalen Stellung Italiens. Wesen und Sinn dieses Bundes als einer rein defensiven Verteidigungsgenossenschaft waren klar und blieben nach wie vor bestehen.

Auf der anderen Seite bestand die Verbindung zwischen Frankreich und Rußland seit 1891, die zum immer festeren Bündnis geworden war. Dazu war die entente cordiale zwischen England und Frankreich seit den Abkommen vom 8. April 1904 getreten, und das Abkommen vom 31. August 1907 zwischen England und Rußland, das England auch Rußland gegenüber in ein neues Verhältnis brachte. Aber Sinn und Zweck dieser Verbindungen wurden erst durch die Konventionen militärischer und maritimer Art unzweifelhaft, die die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den drei Mächten zwar nicht formell, aber tatsächlich zum Angriffsbündnis gegen Deutschland und Österreich-Ungarn gemacht haben. Die englischen Minister haben das stets bestritten und werden das immer bestreiten. Sir Edward Grey hat immer die Fiktion aufrecht erhalten, daß eine vertragsmäßige Verpflichtung zwischen den Bundesgenossen nicht bestehe und sowohl das Ministerium wie das Parlament freie Hand habe. In der unehrlichen Politik Greys auf diesem Gebiete, die er auch gegenüber dem eigenen Parlament einhielt, liegt im Grunde der letzte Hebel zum Kriege und auch der letzte schlüssige Beweis für die Schuld und Verantwortung Englands. Grey vermied alle formelle Verpflichtung nach außen und hielt die Fragen aus dem Parlament und die Sorgen, daß die englische Politik zu einer kriegerischen Verwicklung führen könne, immer mit der Ausrede hin, daß Verpflichtungen nicht beständen. Tatsächlich sind diese von ihm eingegangen worden. Aus dem englischen Blaubuch ist ein Brief Sir Edward Greys an den französischen Botschafter Paul Cambon vom 22. November 1912 bekannt geworden. Er sagt darin, daß „von Zeit zu Zeit in den letzten Jahren die französischen und britischen maritimen und militärischen Sachverständigen miteinander be-

raten haben. Immer war man darüber einig, daß diese Beratungen die Freiheit beider Regierungen nicht einschränken sollten, in jeder künftigen Gelegenheit zu entscheiden, ob sie der anderen mit bewaffneter Hand beistehen würde oder nicht. Wir waren darüber einig, daß eine Beratung zwischen Sachverständigen nicht sei und nicht betrachtet werden dürfe als eine Verpflichtung, die eine der beiden Regierungen zum Handeln veranlaßt, in einem Falle, der nicht entstanden ist und nicht entstehen möge. Die Verteilung z. B. der englischen und französischen Flotte im gegenwärtigen Augenblick beruht nicht auf einer Verpflichtung, im Krieg zusammen zu wirken. Sie haben jedoch ausgeführt, daß, wenn eine Regierung ernstlichen Anlaß habe, einen unprovozierten Angriff durch eine dritte Macht zu erwarten, es wesentlich werden könnte, zu wissen, ob sie in diesem Falle sich auf die bewaffnete Unterstützung der anderen Macht verlassen könne. Ich stimme zu, daß, wenn eine Regierung ernsten Grund hat, einen unprovozierten Angriff durch eine dritte Macht zu erwarten oder etwas, was den allgemeinen Frieden bedroht, sie unmittelbar mit der anderen diskutieren soll, ob beide Regierungen zusammen handeln, um den Angriff abzuwehren und den Frieden zu bewahren, und wenn ja, welche Maßregeln sie bereit sein würden, gemeinsam vorzunehmen. Wenn diese Maßnahmen zur Aktion führen, so würden die Pläne der Generalstäbe sogleich in Beachtung zu ziehen sein und die Regierungen würden dann entscheiden, welche Folgen sie ihnen geben wollen". Dieser Brief bezeichnet die Lage genau: Verabredungen der beiderseitigen General- und Admiralstäbe in der Richtung, wie z. B. 1905 bereits eine Zusage Englands abgegeben worden war, englische Truppen an Seite der französischen in den Krieg zu schicken, die Flotte im Falle eines deutschen Angriffes zu mobilisieren, den Kaiser-Wilhelm-Kanal zu besetzen und eine Landung in Schleswig-Holstein zu unternehmen. Tatsächlich bestand eine Marinekonvention mit Frankreich bereits im September 1912; sie stellte die Verteilung der Streitkräfte fest, nach der die französische Flotte im Mittelmeer zusammengezogen war, die englische dafür den Schutz der französischen Kanalküste übernahm. (Die Umgruppierung ist auch im März 1913 durchgeführt worden.) So bestand zwischen Frankreich und England ein Vertrag, der kein Vertrag sein sollte, eine Verpflichtung, die eine war und nach außen keine sein sollte, und eine Regelung der Dinge, die England und Frankreich für einen Krieg mit Deutschland bereits in ein geordnetes Verhältnis der Kriegsanlage setzte. Im Krieg ist das ja auch befolgt worden.

Neben diesen Verhandlungen gingen die Bemühungen einher, Belgien immer mehr zu einem Teil der englisch-französischen Kriegsvorbereitungen zu machen. Diese sind durch die Funde während des Krieges so klar geworden,

daß über sie nicht viel zu sagen ist. Die unsern Truppen in die Hand gefallenen Handbücher des englischen Generalstabes, die in den Jahren 1912/13 gedruckt waren, schlossen die Vorbereitungen ab, die Belgien, ein angeblich neutrales Land, völlig in die Vorbereitungen des Krieges gegen Deutschland einfügten, für die Belgien selbst mit der Befestigung der Maaslinie, mit seiner Heeresverstärkung und anderen Maßnahmen sich den anderen schon angeschlossen hatte.

Nun war die Frage, ob und inwieweit dieses Verhältnis durch entsprechende Abmachungen mit Rußland ergänzt war. Eine russisch-englische Marinekonvention ist auch am 26. Mai 1914 abgeschlossen worden, nach dem Vorbilde der Marinekonvention, die Rußland und Frankreich am 17. Juli 1912 abgeschlossen haben. (Eine diesbezügliche Aufzeichnung ist vom deutschen Auswärtigen Amt am 16. Oktober 1914 veröffentlicht worden.) Im April des Jahres war Sir Edward Grey in Begleitung seines Königs in Paris und dort sind die Fragen einer Einigung der Admiralstäbe erörtert worden. Grey hat auch da noch daran festgehalten, obwohl die anderen Genossen dazu drängten, diese Konvention nicht zu einem wirklichen Offensivbündnis werden zu lassen, und hat, als im Unterhaus danach gefragt wurde, die Existenz eines solchen Abkommens in Abrede gestellt. Trotzdem bestand es und die Tatsache war auch der deutschen Regierung bekannt. Wann der offizielle Abschluß erfolgt ist, steht dahin, in jedem Falle war man auch zwischen England und Rußland aufeinander zu gekommen. Der offensive Gedanke, der diesen gefährlichen Abmachungen zugrunde lag, geht doch am deutlichsten daraus hervor, daß diese Verhandlungen gemeinsame Aktionen in der Nordsee, im Schwarzen Meer, gegen die Meerengen und im Mittelmeer in Aussicht nahmen und daß Rußland darin die „Bindung eines möglichst großen Teiles der deutschen Flotte in der Nordsee" von der englischen Flotte verlangte, damit eine russische Landung in Pommern stattfinden könnte, deren Transporte durch nach den russischen Ostseehäfen zu ziehende englische Handelsdampfer erleichtert werden sollten. Wie gesagt, hatte Sir Edward Grey mit großer Geschicklichkeit diese ganze Politik so gehalten, daß er das Bestehen schriftlicher, vertragsmäßiger Abmachungen, die nicht veröffentlicht seien, vor dem Parlament leugnen konnte. Das hat er am 11. Juni 1914 auch getan und von dem Inhalt aller dieser Abmachungen hat nur ein enger Kreis Kenntnis gehabt. Er ist kurz so zu bezeichnen, daß die englische Politik ihre maritime wie auch militärische Macht dem Offensivgedanken, dem Kriegswillen ihrer Genossen zur Verfügung stellte und Verpflichtungen in dieser Richtung eingegangen ist.

Am 28. Juni wurde Erzherzog Franz Ferdinand in Serajewo ermordet. Einige Tage darauf hat in der damit entstandenen großen Spannung die deutsche Regierung darauf hingewiesen, daß sie von jenen geheimen Ab-

machungen Kenntnis hatte, so daß also für sie kein Zweifel sein konnte: führte die aus dem Attentat entstehende Beunruhigung der weltpolitischen Lage zu einem gewaltsamen Ausbruch, so stand man mindestens einer diplomatisch fertigen Vorbereitung der Gegner gegenüber. Ihr hat allerdings die militärische Vorbereitung der Kooperation nicht entsprochen. Denn die englische Flotte erwies sich nicht als fähig, die Erwartungen Rußlands in der Ostsee und die Bedrohung Deutschlands im Norden zu erfüllen. Es gelang ihr im Verlaufe des Krieges nur, die vollständige Beherrschung der Ostsee durch die deutsche Flotte zu verhindern.

Im Lichte dieser Abmachungen und dieser Lage der Bündnisse und Verpflichtungen muß die diplomatische Erörterung betrachtet werden, die vom Attentat in Serajewo bis zum Ausbruch des Krieges führte. Die Wurzeln des Attentats liefen, wie der Hochverratsprozeß im Oktober 1914 zeigte, zur serbischen Regierung und schließlich sogar zum Kronprinzen Alexander von Serbien selbst. Es war ein politisches Unternehmen Serbiens gegen Österreich-Ungarn. Nach längeren Verhandlungen stellte Österreich daher am 23. Juli 1914 Serbien ein Ultimatum, das gar nicht anders als von äußerster Schärfe sein konnte. Die Stellung Deutschlands zu dieser Note, mit der die letzte Phase vor dem Ausbruch des Krieges eingeleitet wurde, hat das deutsche Weißbuch festgelegt. Deutschland wußte, daß „ein etwaiges kriegerisches Vorgehen Österreich-Ungarns gegen Serbien Rußland auf den Plan bringe und uns hiermit unseren Bundespflichten entsprechend in einen Krieg verwickeln konnte. Wir konnten aber in der Erkenntnis der vitalen Interessen Österreich-Ungarns, die auf dem Spiele standen, unserem Bundesgenossen weder zu einer mit seiner Würde nicht zu vereinbarenden Nachgiebigkeit raten, noch auch ihm unseren Beistand in diesem schweren Moment versagen. Wir konnten dies um so weniger, als auch unsere Interessen durch die andauernde serbische Wühlarbeit auf das empfindlichste bedroht waren." Deutschland hat daher „Österreich völlig freie Hand in seiner Aktion gegen Serbien gelassen und an den Vorbereitungen dazu nicht teilgenommen". Natürlich war Deutschland über die Absichten Österreich-Ungarns unterrichtet und sich aller Konsequenzen bewußt, die diese Note haben konnte, aber ihr Einzelwortlaut ist in Wien festgestellt worden.

Am 24. Juli erklärte Österreich, daß es territoriale Eroberungen nicht machen wolle, am selben Tage Rußland, daß es in dem österreichisch-serbischen Konflikt nicht indifferent bleiben könnte. Am 28. Juli mußte Österreich-Ungarn an Serbien, das von Rußland in seiner intransigenten Haltung gegen die österreichisch-ungarischen Forderungen gestützt und ermutigt worden war, den Krieg erklären. Am 29. Juli teilte die russische Regierung amtlich mit, daß sie 4 Militär-Bezirke gegen Österreich-Ungarn mobil gemacht habe,

und am 31. Juli früh wurde die russische allgemeine Mobilmachung angeordnet, die zugleich der Krieg gegen Österreich-Ungarn und Deutschland war. In den 6—7 Tagen der verwickelten Verhandlungen bis zum Ausbruch des Krieges hat also die Haltung Rußlands den Stein ins Rollen gebracht. Heute ist gleichgültig, wie die Stellung des Zaren Nikolai II. dabei war. Er hat unter dem Druck der Militärpartei und eines aggressiven Panslawismus gehandelt, die die Stunde zur Erfüllung ihrer Hoffnungen gekommen glaubten. Möglicherweise ist ihm auch, wie erwähnt, der Mobilmachungsbefehl mit der Drohung der inneren Revolution abgepreßt worden. Das alles ändert nichts an der Tatsache, daß er als Herrscher die historische und politische Verantwortung für diesen Schritt trägt. Auch sein Minister des Äußeren Ssasonow ließ sich vollkommen von dem panslawistischen Gefühl und der Kriegspartei fortreißen. Ssasonows politisches System ging ursprünglich auf die Ausdehnung Rußlands in Mittelasien, Persien und im fernen Osten, und noch im Kriege stand er zuerst, wie seine Dumareden zur auswärtigen Politik zeigten, den Kriegszielen auf Konstantinopel und auf der Balkanhalbinsel kühl gegenüber. Er hatte aber in dem Zusammenstoß mit Deutschland an der armenischen Frage im Jahre 1913 und an der deutschen Militärmission in Konstantinopel (abgeschlossen am 28. Oktober 1913) gesehen, daß die deutsche Orientpolitik den Ausbreitungsbestrebungen Rußlands auch in der asiatischen Türkei einen unbedingten Widerstand entgegenstelle, und als am Hofe der Panslawismus immer mächtiger wurde, hat er sich, und zwar ohne wesentlichen Widerstand, mit ziehen lassen. Er war es nun auch, der die Frage, auf die für Rußland alles ankam, fest anfaßte, nämlich ob England jene Abmachungen einhalten würde. Frankreichs war man unbedingt sicher, würde man es Englands auch sein?

Das entscheidende dafür ist, daß Rußland bereits am 27. Juli des englischen Beistandes sicher war. Denn England ließ am Abend dieses Tages veröffentlichen, daß seine erste Flotte in Portland konzentriert bleibe: Winston Churchill hatte als Marineminister diese Maßnahme bereits am 24. Juli angeordnet, die mit Recht als erste Rüstungsmaßnahme einer Großmacht vor diesem Kriege bezeichnet worden ist. Grey ließ sie am 27. Juli veröffentlichen, und Reuter fügte sogar noch hinzu, daß dieser Entschluß des Kabinetts „Rußland stark ermutigte". Seitdem waren alle Versuche, den Ausbruch des Krieges zu verhindern, hoffnungslos. Es kam für England nur noch darauf an, den Kriegsvorwand zu finden, mit dem die zum Krieg bereite Partei die dem Krieg abgeneigten Richtungen, darunter einen erheblichen Teil des Kabinetts, in ihn hereinreißen konnte.

Daraus erklärt sich die Verzögerung der englischen Kriegserklärung und hier erst rückt die belgische Frage in ihr richtiges Licht. Grey hat darin nur

Komödie gespielt und alles darauf angelegt, Deutschland vor der Welt als den Verletzer der belgischen Neutralität und daher als den Störer des europäischen Friedens erscheinen zu lassen. Das ist einfach zu belegen. Am 2. August früh beschloß England die Mobilmachung seiner ganzen Flotte, und Grey teilte diesen Beschluß an den französischen Botschafter mit dem Hinzufügen mit, daß die englische Flotte der deutschen Widerstand leisten würde, wenn diese in den Kanal fahren wollte. Damit war Frankreich der Unterstützung Englands gleichfalls unbedingt sicher. Und erst am Abend des 2. August hat Deutschland Belgien das Ultimatum gestellt, das Grey als Kriegsvorwand benutzte. Sein Ultimatum an Deutschland vom 4. August war also nichts als eine hohle Phrase. Denn England hatte bereits durch jenen Ermutigungswink an Rußland und diesen Beschluß vom 2. August früh zur Unterstützung Frankreichs in den Krieg eingegriffen. Trotzdem soll die Kriegserklärung Englands an Deutschland der deutschen Regierung doch unerwartet gekommen sein, wenn der Bericht des englischen Botschafters recht hatte. Gegen ihn erhob der Reichskanzler leider erst sehr lange danach Einspruch und dadurch entstand für die Welt der Eindruck, daß die deutsche Regierung geglaubt habe, England werde außerhalb des Spieles bleiben. Dabei sagte doch die ganze Lage der belgischen „Neutralität" ziemlich sicher, daß Deutschland, wenn es in Belgien einmarschierte, mit der aktiven Gegnerschaft Englands rechnen mußte.

Diese kurze Übersicht genügt als Leitfaden für den Standpunkt zu der während des ganzen Krieges mit den Ereignissen parallel gehenden Erörterung inner- und außerhalb Deutschlands um die Schuld am Kriege und die Verantwortung daran. Sie zeigt, daß die Formulierung, die der spätere Staatssekretär Helfferich in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung am 26. Januar 1915 gab, doch nicht zutreffend ist. Er sagt, daß „Rußland als der Brandstifter, Frankreich und England als die Mitschuldigen erwiesen seien", und „daß die leitenden britischen und französischen Staatsmänner, durch langjähriges eigenes Tun und Reden innerlich unfrei und befangen, unter dem Druck der kriegslüsternen Cliquen den Weltfrieden der Entente geopfert haben". Helfferich widerlegt seine Formel selbst mit dem Satze: „Es ist zum mindesten sehr wahrscheinlich, daß ein Wort der Weigerung Englands Frankreich zurückgehalten haben würde; es ist unbedingt sicher, daß jedes Wort der Ermutigung von seiten Englands den Kriegsparteien in Frankreich und Rußland das Übergewicht verschaffen mußte." Damit sagt er genau dasselbe, wie die in den folgenden Blättern häufiger gebrauchte Formulierung, daß Rußland die Zündschnur entzündet hat, die die Mine zur Explosion gebracht hat, die Mine selbst aber in jahrelanger Arbeit von England gelegt worden ist. Auch der Reichskanzler hat in seiner Rede vom 2. Dezember 1914 festgestellt: „Die

äußere Verantwortung tragen die Männer in Rußland, die innere Verantwortung aber liegt bei der großbritannischen Regierung."

Wie man nun die Politik Sir Edward Greys dabei beurteilen soll, das scheint heute noch eine unentschiedene Frage zu sein. Eine Auffassung, die im Verlaufe des Krieges in Deutschland mehrfach vertreten worden ist, will ihn mehr als den Geschobenen erscheinen lassen, als einen Staatsmann, der sich schließlich so in die selbstgesponnenen Fäden verstrickte, daß er die Herrschaft darüber verlor und nicht mehr zurückkonnte, als Frankreich und Rußland die Wechsel präsentierten, die er in seiner Verblendung ausgestellt hatte. Indes entspricht diese Auffassung, so sehr sie im Gang der letzten entscheidenden Tage eine Begründung finden kann, weder dem sicheren und skrupellosen Machtgefühl des englischen Staatsmannes, noch dem ohne Zweifel glänzenden Intrigenspiel, das er in den letzten Tagen getrieben hat. Die Weltgeschichte wird wenig Staatsmänner kennen, die die gleich kalte Entschlossenheit der politischen Taktik mit einer derartigen Zweideutigkeit der Äußerung und der Stellungnahme verbanden, wie Sir Edward Grey. Und das ganze Gewebe der politischen Vorgänge lag von Downing-Street aus gesehen einfacher, als es uns, den Gegnern, erscheint. Der englische Staatsmann braucht gar nicht, wie das Beispiel Greys wieder zeigt, ein geistig hervorragender Kopf zu sein, um Englands Interessen erfolgreich zu vertreten. Die Tradition der englischen Machtpolitik ist so groß und so einheitlich, der Druck der wenigen durchgehenden Gedanken so groß und so einseitig, daß auch ein weniger begabter Staatsmann sich zurecht findet und, was wichtiger ist, die Zügel in der Hand behält. Eigentliche Niederlagen erleidet die englische Staatskunst gewöhnlich nur dann, wenn die brutale Klarheit und Nüchternheit, die dem englischen Geist eigen ist, von den allgemeinen Gedanken der „Humanity" und von der Phraseologie des Cant überwuchert wird, ohne daß der betreffende Staatsmann es selber merkt, — siehe etwa das Beispiel Gladstones. Von dieser Gefahr war aber Grey nicht bedroht. Geht man in dieser Auffassung seine Politik auf Grund der schon heute vorliegenden Veröffentlichungen von Stufe zu Stufe durch, so kann man nicht sagen, daß er die Herrschaft aus der Hand verloren habe. Er wußte genau, was Frankreich und Rußland wünschen würden, und er war innerlich zum Krieg bereit. Durch sein doppeltes Spiel aber gelang es ihm, sich nicht in den Fäden zu verstricken, sondern vielmehr, was für England ein großer Vorteil war: alle Fäden in seine Hand zu bekommen. Und diese Frage ist heute wichtiger als die langatmige Erörterung über die Schuld. Denn schließlich sind die Dinge doch so gelaufen, daß Deutschland und Österreich-Ungarn den Krieg an Rußland und Frankreich erklärt haben. Wir wollen heute nicht fragen, ob diese letzte Situation so

kommen mußte, wie sie gekommen ist — während des Krieges sind in Deutschland kritische Stimmen laut geworden, die das verneinten. Jedenfalls hat die englische Politik, d. h. die Diplomatie Sir Edward Greys beim Kriegsausbruch die für Deutschland und Österreich-Ungarn ungünstigste diplomatische Situation herbeigeführt: diese beiden Mächte erklärten den Krieg, erschienen als Angreifer, und aus der belgischen Frage nahm England seinen Kriegsvorwand, der mit dem bekannten Wort des Reichskanzlers noch besonders ausgenutzt werden konnte.

In dieser Situation, in deren Herbeiführung sich die englische Diplomatie der unsern bei weitem überlegen gezeigt hatte, gingen die Zentralmächte in den Krieg um ihre Existenz. Einzelheiten über den Kriegsplan unsrer Gegner sind nicht bekannt geworden, ist er doch durch die Schnelligkeit und Tapferkeit unsrer Heere auch sofort vereitelt worden. Aber er ging wohl in der Richtung, daß die Franzosen auf dem Wege der alten Einbruchstellen nach dem Main und Mitteldeutschland kommen wollten, daß die Einordnung Belgiens in den englischen Kriegsplan dazu dienen sollte, so rasch wie möglich ins rheinisch-westfälische Industriegebiet, in das Herz unsrer Volkswirtschaft vorzustoßen, und daß die sogenannte russische Dampfwalze über den Osten Deutschlands hinweg rollen sollte, damit sich die Gegner etwa in Hannover oder auf den alten Schlachtebenen von Leipzig die Hand reichen konnten. Fragte man zu Anfang nach ihren Kriegszielen, so sind diese damals im einzelnen noch nicht formuliert worden. Aber was sie politisch wollten, lag auf der Hand: Frankreich wollte in Befriedigung seiner Revanchehoffnung Elsaß-Lothringen zurück, vielleicht noch mehr, Rußland wollte Konstantinopel und mindestens das östliche Galizien sowie die Niederwerfung Deutschlands, das ihm als Bundesgenosse Österreich-Ungarns und der Türkei im Weg stand. Und England wollte die wirtschaftliche Stellung Deutschlands zertrümmern, worunter zunächst die Vernichtung der deutschen Kriegs- und Handelsflotte, die Zerstörung aller deutschen Anlagen im Auslande und die Eroberung der deutschen Kolonien gedacht war. Erst im Verlaufe des Krieges sind alle diese Ziele konkreter gefaßt worden, bis sie in der Ententenote vom 10. Januar 1917 in einem System der nacktesten Eroberungspolitik der gesamten Entente ausmündeten.

2. Der Krieg und die große Politik im ersten Vierteljahr

(Italien — Belgien — Luxemburg — Japan — Kolonien — Türkei — Vereinigte Staaten — Ententeabkommen vom 5. September 1914)

Die Aufgabe der Verteidigung erfüllte im ersten Vierteljahr uns und unsre Bundesgenossen so sehr, daß die Politik darüber fast zurücktrat. Auch innerpolitisch ist aus dieser Zeit längst nicht so viel zu berichten, wie sich in diesen Übersichten später immer mehr notwendig macht. Zur Überraschung der feindlichen Welt standen Deutschland und Österreich-Ungarn absolut einig da. Weder ließen die deutschen Sozialdemokraten ihr Vaterland im Stich, noch versagten sich die nichtdeutschen Völkerschaften Österreich-Ungarns dem Rufe ihres Herrschers zu den Waffen. Aber auch die Rechnung auf innere Gegensätze bei unsern Gegnern hat in dieser Zeit getrogen. In Frankreich hatte sie überhaupt keinen rechten Anhalt. England hat weder aus der irischen Frage noch durch Indien und Ägypten Schwierigkeiten für die Kriegführung dieser Monate gehabt, und obwohl schon im ersten Kriegsmonat große Hoffnungen auf das Bestehen einer Gärung in Rußland und auf den Haß der Fremdvölker gesetzt wurden, bestätigte sich nichts davon, auch nicht als die deutschen Truppen in Polen einrückten

Die Einzelheiten militärischer Ereignisse gehören ebensowenig hierher, wie sie späterhin behandelt werden. Aber von großer Bedeutung für die Politik des Krieges war, daß der strategische Grundgedanke unsrer Kriegführung für den Anfang nicht voll zur Durchführung gebracht werden konnte. Nach allem, was wir darüber wissen, war es unser Plan, mit raschen Schlägen Frankreich zu Boden zu werfen und dann uns gegen die Russen zu wenden. Dieser Plan ließ sich nicht durchführen, weil die russische Mobilmachung viel weiter zurückreichte, als wir damals wußten, und Rußland in diesen Krieg mit einer Vorbereitung hereinging, wie noch nie in seiner Geschichte, und weil andrerseits Frankreich, durch den belgischen Widerstand und die englische Unterstützung verstärkt, unserm außerordentlich raschen Vordringen, das schon Paris erreichte, einen erfolgreichen Widerstand entgegenstellte. Darum mußte unsre Stellung seit dem 8. und 9. September bis zur Linie der Aisne zurückgenommen werden und dort liefen sich die Kämpfe in der Form des Stellungskrieges fest. Dafür gelang den glänzenden Taten des Generals von Hindenburg die Befreiung Ostpreußens, die den Krieg im Osten vom Boden der deutschen Heimat glorreich in feindliches Land trug, während Galizien zu einem großen Teil an die Russen verloren ging. Diese Lage hat natürlich auch auf die politische Behandlung des Krieges

sehr stark eingewirkt und mit ihren späteren Schwankungen auch Schwankungen in politischer Beziehung herbeigeführt. Davon im einzelnen zu reden, ist heute noch nicht an der Zeit. Ein gut Teil der Auseinandersetzungen aber, die sich im späteren Verlaufe des Krieges über das Verhältnis von Kriegführung und Politik entspannen, und damit ein gut Teil auch der Kritik an der politischen Leitung des Reiches während des Krieges geht auf diese Lage zurück. —

Mit Deutschland und Österreich-Ungarn stand Italien im Bunde. Dort war seit März 1914 als Nachfolger Giolittis Antonio Salandra Ministerpräsident, während San Giuliano auswärtiger Minister blieb. In Deutschland wurde trotz aller Differenzen der letzten Jahre erwartet, daß Italien im Dreibunde in den Krieg eintreten werde. Gleich die ersten Tage zeigten jedoch, wie unterwühlt das Verhältnis Italiens zu uns schon war. Während Kaiser Franz Joseph am 1. August dem König Viktor Emanuel telegraphierte, daß er „glücklich sei, auf die Mithilfe seiner Verbündeten und ihrer tapferen Armee rechnen zu können", beschloß das italienische Kabinett am selben Tage, neutral zu bleiben, und antwortete der König am 2. August mit ausweichender Versicherung freundschaftlichen Verhaltens. Italien, das auf einen Krieg gar nicht vorbereitet war, hatte am 25. Juli zwar „eine freundliche und den Bundesverhältnissen entsprechende Haltung" in Aussicht gestellt, gleichzeitig aber war es mit dem 7. Artikel des Dreibundvertrags gekommen, der in den folgenden Verwicklungen eine so große Rolle gespielt hat, dem Artikel, der bei einer Erweiterung der österreichisch-ungarischen Machtsphäre auf der Balkanhalbinsel Italien eine Kompensation in Aussicht stellte. Österreich-Ungarn erkannte diese Auffassung des 7. Artikels bereits am 1. August an, allerdings in der bestimmten Erwartung, daß Italien seine Bündnispflicht nun erfüllen werde, — der es sich schon entzogen hatte. Es blieb neutral und suchte zu begründen, daß die Verpflichtung des Bündnisses nicht gelte. Die kleinliche und rabulistische Art, die die italienische Diplomatie während der ganzen Verhandlungen bis zum Eintritt in den Krieg bewiesen hat, zeigte sich schon hier. Niemals nahm sie einen einheitlichen und geschlossenen Standpunkt ein, sondern immer suchte sie freie Hand zu behalten und Vorteile im Einzelnen und Kleinen herauszuschlagen, wobei sehr bald unzweifelhaft wurde, daß sie im Herzen schon auf der andern Seite stand. Die Enttäuschung über diese Treulosigkeit in Deutschland war mit Recht sehr groß. Man hielt aber mit ihrem Ausdruck noch monatelang zurück, weil die Gefahr sehr bald hervortrat, daß Italien aus der Neutralität heraustreten und sich sogar unsern Gegnern anschließen würde. Am 25. August erkannten die Zentralmächte jenen Artikel 7 ohne Vorbehalt an, ohne daß das Italien mehr auf unsre Seite herüberzog. In seiner Politik wurde vielmehr die

Agitation der Straße, die Irredenta und die österreich-feindliche Stimmung übermächtig. Am 16. Oktober starb San Giuliano, am 5. November bildete Salandra das Kabinett so um, daß es bereits uns feindlich war. Er selbst ließ sich treiben, aber der Nachfolger Giulianos, den Salandra zum Minister des Auswärtigen machte, Sidney Sonnino, war ein alter Gegner Giolittis und Feind des Zweibundes. Die Hoffnung, daß Italien auch nur die Neutralität festhalten werde, war selbst, als Fürst Bülow als Botschafter nach Rom ging, nicht mehr groß. —

Viel stärker als diese italienischen Dinge drängte sich in den ersten Wochen und Monaten die belgische Frage hervor. Denn sofort setzten jene Vorwürfe ein, daß Deutschland freventlich die belgische Neutralität verletzt habe. Tatsächlich war ja die belgische Neutralität nicht mehr vorhanden und hatte sich Belgien militärisch-politisch ganz unsern Gegnern zugewendet. So war auf der andern Seite auch kaum ein Zweifel gewesen, daß Deutschland, wenn es von Frankreich angegriffen würde, in der Notwehr seinen militärischen Angriff durch Belgien richten würde. Deutschland hatte mindestens seit 20 Jahren mit einem Krieg nach zwei Fronten zu rechnen. In dieser Berechnung war die französische Ostgrenze derartig befestigt worden, daß auf ein rasches Überrennen nicht gerechnet werden konnte. Sollte nicht verhängnisvoll viel Zeit verloren gehen, so konnte Deutschland gar nicht anders, als durch Belgien gehen. Militärisch geschah also nur, was die Welt seit Jahren erwarten mußte und konnte.

Dadurch aber, daß England in diesen Krieg eintrat, trat sofort die selbständige Bedeutung der belgischen Frage und der Neutralität hervor. Daß Belgien für England nur ein Vorwand war, ist später von englischen Politikern und Zeitungen oft zugegeben worden, und noch mehr, daß es eine selbständige militärisch-politische Bedeutung für England und für den Kampf gegen England hat. Auf unserer Seite wurde die politische und publizistische Behandlung der belgischen Frage im Anfang diesem ganzen Zusammenhang nicht gleich gerecht. Und leider wurde dann, als der Krieg gegen Belgien so glorreich voranging und die ungeheure Bedeutung der belgischen Frage weiten Kreisen in Deutschland klar wurde, durch die Zensur eine Behandlung der Angelegenheit in unserm Sinne lange verhindert. So sind alle unsre wortreichen Erklärungen und Rechtfertigungen, die durch die Auffindung der Berichte der belgischen Diplomatie in denkbar glücklichster Weise unterstützt wurden, doch auf die Welt außerhalb unsers Bundes ohne Eindruck geblieben. Dafür aber wurde die Bedeutung der belgischen Frage für den deutsch-englischen Kampf in Deutschland selbst zurückgedrängt, wo ihre Klärung so bitter notwendig war. Wir haben Monate gebraucht, ehe wir diese erste und eine der Kardinalfragen des Krieges politisch ganz erfaßt

haben, Monate, ehe ein Urteil der Mehrheit der Nation darüber feststand. Und eigentlich hätte bereits der Fall von Antwerpen am 9. Oktober 1914 schon alles Notwendige sagen sollen.

Im 3. Artikel des Vertrags vom 19. April 1839 hieß es: „Belgien wird in den Artikel 1, 2 und 4 bezeichneten Grenzen einen unabhängigen und immerwährend neutralen Staat bilden. Es ist verpflichtet, diese Neutralität zu beobachten gegen alle andern Staaten." In allen englischen Blättern konnte man zu Kriegsausbruch diesen Satz lesen, den Deutschland frevelhaft verletzt haben soll. Wer aber hat Belgiens Neutralität zuerst verletzt?

Es ist eine eigene Erinnerung, daß die Neutralisierung Belgiens, die in den Abmachungen vom 20. Januar 1831 und 15. November 1831 festgelegt wurde, der Gedanke des preußischen Vertreters auf der Londoner Konferenz war. Heinrich v. Bülow, Wilhelm von Humboldts Schwiegersohn, schlug diesen Ausweg aus dem Wirrsal der belgischen Revolution vor, und die Westmächte nahmen ihn an, weil sie sich sonst über das Schicksal der aufrührerischen Südniederlande nicht einigen konnten. Beide wollten Belgien vom Norden losreißen: Frankreich, um die verhaßte Schöpfung des Wiener Kongresses zu zertrümmern, England, weil es mit der selbständigen Politik, namentlich Wirtschaftspolitik des Königreichs der Vereinigten Niederlande absolut nicht auf seine Rechnung gekommen war. Aber England gönnte auch Frankreich den Erwerb nicht, zu dem dieses große Lust verspürte, denn dann fiel ja die Scheldemündung dem französischen Einfluß zu. Sie ist aber stets in den Erwägungen Englands über Belgien tausendmal wesentlicher gewesen, als die Neutralität an sich, die ihm nur Mittel zum Zwecke war.

In früheren Jahrhunderten hatten Schelde- und Rheinmündung die Mündung der Themse, wenigstens wirtschaftlich beherrscht. Danach war England emporgestiegen und der Rückgang der Bedeutung zum Mindesten der Scheldemündung, also Antwerpens, durch die Kriege der Niederlande mit Spanien war ihm hochwillkommen gewesen. Dann wollte Napoleon I., der diese Frage in ihrer tiefsten Bedeutung erfaßte, aus Antwerpen den ersten Waffenplatz seines Reiches machen. Diese Gefahr ging für England vorüber, 1831 gelang die Konstituierung eines Königreichs, das nach jeder Richtung Englands Wünschen gerecht wurde. Wie stolz klang es, daß England der natürliche Verbündete eines konstitutionellen Staates sei, dessen Verfassung zum Idol des parlamentarischen Liberalismus wurde! Und alle Großmächte verbürgten der jungen Schöpfung ihren Beistand, indem sie ihre Neutralität aussprachen; als 1839 der alte Widerstand Hollands endlich ganz aufgegeben wurde, war alles in Ordnung. Tatsächlich hatte England in dieser verbürgten Neutralität einen trefflichen Schutz gegen Frankreich, die Haupt-

sache aber war, daß Palmerston in diesem Belgien das erreichte und fand, was die Vereinigten Niederlande nicht geworden waren: einen von England abhängigen Bundesgenossen. Belgien war von vornherein nicht völlig neutral, sondern der parteiische Bundesgenosse Großbritanniens; „Belgien ist meine Tochter", sagte darum Palmerston.

Er griff auch gleich geschickt ein, als Ende der dreißiger Jahre noch einmal Gefahr von Holland drohte, und verhinderte jede Änderung des England so günstigen Standes. Denn er war nach Abschluß des Vertrags von 1839, der die gemeinsamen Rechte Hollands und Belgiens über die Schelde bis heute regelt, wohl auch der Ansicht, die ein Artikel in der Fortnightly Review im Oktober 1914 unverfroren aussprach: „es wäre kein Bruch der Neutralität, wenn Holland zuließe, daß die Verbündeten Antwerpen über die Scheldemündung Hilfe brächten, denn — es habe ja nicht die absolute Souveränität darüber, sondern nur in Gemeinsamkeit mit Belgien". Der gegen England wahrhaftig nicht voreingenommene deutsche Historiker Reinhold Pauli urteilt darum über diese ganze Belgienpolitik Palmerstons: „Hierüber [weil die Sache alle Gefährlichkeit verloren habe] fand der von den Whigs vollzogene Bruch mit einem 40 Jahre alten Prinzip britischer Staatsweisheit, unter keinen Umständen bewaffnet zu intervenieren, die Gefahr, von Ungerechtigkeit zur Treulosigkeit und weiter zur Gewalt fortgerissen werden, nirgends den verdienten Tadel".

Daß England in der belgischen Neutralität vornehmlich seine eignen Interessen verteidigte, wurde in der Folgezeit jedesmal klar, wenn die Frage wieder akut wurde. Jedesmal wurde dann die Überzeugung laut, daß England einzugreifen, mit Waffengewalt einzugreifen habe, wenn die belgische Neutralität bedroht oder verletzt werde. War denn England der Beauftragte der europäischen Gesamtbürgerschaft? Keineswegs. Aber ganz naiv wird dieser Standpunkt, wie man in zahlreichen Äußerungen englischer Staatsmänner verfolgen kann, ausgesprochen, in dem Gefühle, daß die ganze Sache unsicher sei, weil nämlich die Neutralität Belgiens keine allgemein europäische Angelegenheit ist, sondern ein Interesse Englands. Bei einer großen Probe geriet jedenfalls die ganze Lage ins Wanken: als die Auseinandersetzung zwischen Preußen und Frankreich nahte. In einem deutsch-französischen Kriege zu intervenieren, dächte England nicht, sagte 1867, direkt befragt, Lord Stanley, der damalige Minister des Auswärtigen, aber: Belgien ist eine Sache für sich. Der Krieg bricht aus, sogleich schreibt Gladstone (16. Juli 1870) an Lord Cardwell: „Was mir angenehm wäre, ist die Frage zu studieren, wie 20 000 Mann nach Antwerpen zu senden sind." Es ist bekannt, wie meisterhaft Bismarck alle Wünsche Englands, zu intervenieren, lahmlegte, indem er durch die Times jenes Vertragsangebot Napoleons von 1867

veröffentlichen ließ: Anerkennung des Norddeutschen Bundes — dafür Besetzung Belgiens unter gewissen Umständen durch Frankreich. Sofort sah Gladstone den entscheidenden Punkt: was kann England machen, wenn sich Frankreich und Deutschland über Belgien verständigen? Er brachte daher den Vertrag vom 9. August 1870 zustande, daß England im Falle der Verletzung Belgiens durch einen der Kriegführenden zur Verteidigung Belgiens in den Krieg eintreten, sich sonst aber den Kriegsoperationen fernhalten würde. Damit hatte England seinen Vorteil gewahrt, aber es lag auch lahm in dem Kriege, der Frankreich niederwarf.

Als siebzehn Jahre später Charles Dilke, der bekannte liberale Führer und eine Autorität in auswärtigen Dingen, diese selbe Frage in der Erinnerung betrachtete, sah er sie mit gemischten Gefühlen an (in dem Buche: The Present Position of European Powers in Europe, 1887). Damals flankierte England den Dreibund, die Gefahr schien vielmehr bei Frankreich zu liegen und bei einer Verletzung Belgiens durch dieses. Aber die Hauptidee der englischen Politik im Westen war dieselbe: die Aufrechterhaltung der belgischen Neutralität (für den Osten nennt Dilke die Fernhaltung Rußlands von den Meerengen). Und daß diese nur schwer gegen einen ernsthaften Angriff zu halten sei, erörtert der englische Politiker ganz freimütig und offen; der Vertrag von 1839 reichte nicht dazu aus, denn um ihn in der Krisis von 1870 zu halten, hatte man ja einen neuen Vertrag schließen müssen. Die unklare und unwahre Stellung Englands wird in diesen Auseinandersetzungen erkennbar. Ein englisches Weißbuch hat in der üblichen, auf Stelzen gehenden Ausdrucksweise, aber doch klar gesagt: der Grund dafür, daß im Falle der Verletzung Belgiens eine englische Armee in Antwerpen erwartet würde, sei die „Annahme" (supposed), daß England ein Interesse daran habe, die Annexion Antwerpens durch eine Großmacht zu verhindern. Daß die Lage militärisch dafür recht ungünstig sei (zumal da damals Lüttich und Namur nicht befestigt waren), gibt Dilke ohne weiteres zu: „England kann nur ein Korps nach Antwerpen (das zudem im äußersten Nordosten des Königreichs liegt) senden, in der Zeit, in der Deutschland fast 2 Millionen und Frankreich $2^1/_2$ Millionen Soldaten ins Feld schicken kann [1887 geschrieben!], und der Krieg kann entschieden sein, bevor zwei englische Korps und ein drittes halb aus Belgiern, bei Lüttich und an der oberen Maas erscheinen können." Da wird also schon ruhig die militärische Seite erörtert, als wenn England vor aller Welt die Neutralität Belgiens zu verantworten hätte. Aber aus den Schwierigkeiten hat man keinen Ausweg gefunden, die auch für England eben in der Neutralität lagen. So kam Dilke auch nur zu der Forderung, Belgien müsse mehr für seine militärische Rüstung tun. Und so hat man in dieser Unklarheit und Halbheit der Lage, die man doch wieder

absichtlich aufrecht erhielt, Belgien in den Untergang getrieben: man sah in ihm das englische Außenwerk und hat es doch nicht militärisch genug befestigt.

Seit Dilke hat sich das Verhältnis Englands zu Frankreich ganz verschoben, aber die Stellung Belgiens änderte sich damit nicht. Sollte es früher Frankreich von der Schelde fernhalten, so wird es jetzt zum Ausfalltor für die englische Unterstützung zum Revanchekrieg gegen Deutschland. Das änderte nichts daran, daß Belgien in Wahrheit kein neutraler Staat war, sondern nur ein Satrap der englischen Politik. Deren Erwägungen laufen praktisch stets auf Antwerpen zusammen; ganz unwillkürlich rückt bei Palmerston, bei Gladstone, bei Dilke der Name Antwerpen immer an die Stelle von Belgien. Und darum wurde in Antwerpens Fall England auf das stärkste getroffen. Mit ihm stand und fiel Belgien als wenigstens dem Namen nach neutrales Königreich, und nun wurde der Welt klar, warum England diese ganze unwahrhafte belgische Politik getrieben hatte. Wirtschaftlicher Grund: Antwerpen ist der zweitgrößte Seehafen des Kontinents und in seinem Schiffsverkehr gehört über die Hälfte des gesamten Tonnengehalts englischen Schiffen. Jeder Mächtigere, der darauf seine Hand legt, rührt gefährlich an eine Hauptader des englischen Wirtschaftseinflusses, denn dieser Mächtige kann ja nur ein Kontinentalstaat sein, der über ein großes Hinterland frei verfügt. Strategischer Grund: der Hafen liegt gegenüber der Themsemündung, er wird in der Hand eines Mächtigeren mit allen seinen Vorzügen ein Kriegshafen und er beherrscht von sich aus ein gewaltiges Stück Nordküste am Kanal und in unmittelbarer Nachbarschaft englischer Häfen. Diese beiden Sätze sind dem Engländer Dogma, an das alle seine Staatsmänner, wir können sagen seit Jahrhunderten, fest glauben. Darum die Hetzereien gegen eine holländische Befestigung von Vlissingen, darum die felsenfeste Überzeugung: die „Germans" dürfen nicht an den Kanal, sonst werden sie wirtschaftlich und militärisch unsre gefährlichen Nachbarn, dann ist der Kanal nicht mehr eine englische Flutrinne und dann ist England nicht mehr die Beherrscherin der Meere. Denn was nützt ihm, daß es den Weg nach Amerika und Indien noch frei hat, wenn hier an seiner eigentlichen Lebensader und Verkehrsstraße eine fremde starke Macht sitzt? —

Unbefangene Köpfe in England fragten danach, warum ihr Staat mit solcher Verve für die belgische Neutralität eintrat und die ebenso verbriefte und gewährleistete Neutralität Luxemburgs ruhig ihrem Schicksal überließ. Beide Staaten waren durch internationale Abmachungen für neutral erklärt und zur Aufrechterhaltung ihrer Neutralität verpflichtet (Vertrag für Belgien 19. April 1839, für Luxemburg 11. Mai 1867), und man meinte, daß, wenn das Alter der Verträge in Frage käme, der Luxemburger Vertrag als der

jüngere eigentlich noch mehr Beachtung verdient hätte. Am 2. August 1914 sprachen auch (laut amtlicher Veröffentlichung) Grey und Cambon über diese Frage. Grey sagte auf die Frage des französischen Botschafters, betreffend Luxemburg gelte die Anschauung Derbys und Clarendons von 1867. Diese war so, daß sie, wie Granville 1870 im Parlament sagte, „die Überraschung Frankreichs und die Entrüstung Preußens erregte". Derby setzte nämlich mit einer wundersamen Logik auseinander, daß, da alle Mächte Luxemburgs Neutralität verbürgten, gar keine Verletzung stattfinden könne, daher England allein im Falle einer Verletzung nicht einzugreifen habe: es sei eben nur eine „begrenzte Verpflichtung" (limited liability) der Mächte damit gegeben. Genau so lag die Sache gegenüber Belgien. Aber im Falle Luxemburgs „drückte sich (so hat es Earl Russell im Parlament genannt) England um die ihm auferlegten Verpflichtungen", im Falle Belgien trat es ohne Aufforderung der anderen Bürgschaftsmächte und ungebeten gleich mit militärischer Kraft als Mandatar Europas und des Völkerrechts auf. Das Völkerrecht machte keinen Unterschied zwischen Belgien und Luxemburg, und Gladstone hat am 10. August 1879 gerade in bezug auf Belgien erklärt, daß die einfache Tatsache einer solchen Bürgschaft, ohne Rücksicht auf die besondre Lage, keineswegs absolut verpflichtend (zur Intervention) sein dürfe. Diese besondre Lage hielt man aber in England für gegeben. Auf die weitere Frage Cambons betr. Belgien am 2. August antwortete Grey nur — „das sei ein viel wichtigerer Gegenstand". Den zweifelnden Fragern unter den eigenen Landsleuten wußte der Economist (3. Oktober 1914) nur den Satz entgegenzusetzen: „Wir glauben, daß der Unterschied zwischen den beiden Verträgen mehr der der Geographie und des vitalen Interesses als der moralischen Verpflichtung ist." Genau das sagten wir auch, wenn wir behaupteten, daß die völkerrechtliche Frage für England nur der Vorwand und das Eigeninteresse an Antwerpen das wesentliche war und ist. —

Ein Bundesgenosse Englands, allerdings sehr fern den europäischen Kriegsschauplätzen, war Japan. Japan hatte zu Anfang „selbstverständlich strengste Neutralität erklärt, da es mit Österreich-Ungarn, Deutschland und Rußland auf bestem Fuße stehe". In Deutschland glaubte man sogar, daß Japan in der Erinnerung an seine Kämpfe mit Rußland, die trotz ihrer Erfolge mit einer Enttäuschung ausgegangen waren, auf unsre Seite treten würde. So wenig hatte man die russisch-japanischen Verhandlungen über die Mandschurei verfolgt, mit denen Iswolski sich erfolgreich bemüht hatte, die Steine des Anstoßes zwischen beiden Mächten aus dem Wege zu räumen.

Am 8. August erklärte dann Japan, daß es seine Haltung von den Ereignissen auf dem Meere des fernen Ostens abhängig mache. Das bedeutete

noch nichts, da bei der Schwäche der deutschen Flotte auf den Meeren des fernen Ostens kaum etwas geschehen konnte, was Japan gefährden konnte. Sein Bündnis, das letzte vom 13. Juli 1911, verpflichtete es gleichfalls nicht zur Unterstützung Englands. Denn England war nicht angegriffen und der Krieg ging nicht um die Interessen Englands in Indien und Ostasien. Die englische Diplomatie bemühte sich aber aufs äußerste, auch Japan in den Krieg hereinzuziehen. Natürlich lenkte sie seinen Ehrgeiz auf die vor Japans Toren liegende deutsche Kolonie Kiautschou. Das Kabinett Okuma-Kato hat wohl von Anfang an die Absicht gehabt, die europäische Verwicklung zu einer Veränderung des status quo in Ostasien und zur Ausdehnung der japanischen Machtstellung zu benutzen. Was dann den Ausschlag gegeben hat, ob die japanische Politik sich gern von England dazu leiten ließ, oder ob ihr Entschluß England Mühe kostete, ist noch nicht festzustellen. Die kluge und selbständige Haltung Japans im Verlauf des Krieges legt die Vermutung nahe, daß seine Machthaber sich schon damals klar waren, wieweit sie an diesem Krieg teilnehmen wollten und wieweit nicht. Die englische Staatskunst ist aber mit ihrer Einwirkung in Tokio blind gegen die eigenen Interessen gewesen. In dem Hasse gegen Deutschland und dem Verlangen, ihm überall Feinde zu erwecken, hat sie sich nicht überlegt, welche Geister sie rief, als sie den japanischen Ehrgeiz entfesselte, den doch gerade das Bündnis mit England weniger stützte als band.

Das Ergebnis dieser Politik war, daß am 19. August 1914 plötzlich ein Ultimatum Japans an Deutschland veröffentlicht wurde, auf das nicht anders als mit Abbruch der diplomatischen Beziehungen geantwortet werden konnte. So trat, während Italien aus dem Bunde mit uns ausschied, noch ein neuer Gegner gegen uns in das Feld, dem auch am 7. November die Eroberung von Kiautschou gelang. Diese Wendung rief eine große Erbitterung über die hinterlistige und diebesmäßige Art, in der Japan seinen nackten Egoismus gegen uns zum Ausdruck brachte, in Deutschland hervor. Aber die Lage in Europa wurde dadurch nicht berührt, wenn auch Rußland durch den Anschluß Japans seine fünf sibirischen Armeekorps vollständig frei bekam. Es war schließlich nur eine Frage zweiten Ranges und Japan hat sie auch auf dieser Stufe gehalten, als es seine nächsten Ziele in Ostasien und in der Südsee erreicht hatte. —

Der Krieg gegen Deutschland wurde von den maßgebenden Kreisen Englands von vornherein als Handelskrieg angesehen und geführt. Nicht sofort war in demselben Maße klar, ob England auch die deutschen Kolonien als Objekt seines Kampfes betrachten würde. Einem Teil der englischen Politiker hat indes sicherlich die Absicht von vornherein festgestanden, Deutschland in diesem Krieg seiner afrikanischen Kolonien zu berauben:

Südwest-Afrikas zur Abrundung der südafrikanischen Commonwealth und Deutsch-Ostafrikas zur Erreichung jenes großen Zieles, das Cecil Rhodes gestellt hatte: ein englisches Afrika vom Kap bis zum Nil. Unter allen Umständen aber wurde ja die koloniale Frage damit gestellt, daß Belgien in den Krieg mit hereingerissen und somit auch das belgische Kongogebiet berührt wurde.

Der Versuch lag nahe und ist von der deutschen Regierung gemacht worden, die Übertragung des Krieges der Weißen untereinander auf die kolonialen Gebiete oder Stücke davon zu verhindern, um die unabsehbaren Folgen auszuschließen, die eine Hereinziehung der Schwarzen in den Weltkrieg mit sich bringen mußte. Möglich wäre das durch den § 11 der Kongo-Akte von 1884 gewesen, in dem — auf Antrag Amerikas — die in der Freihandelszone liegenden kolonialen Gebiete der Vertragsmächte für neutral erklärt wurden für den Fall, daß das Mutterland in einen Krieg verwickelt werden sollte. Das in diesem Paragraph umfaßte Gebiet schloß den Kongostaat, Deutsch- und Britisch-Ostafrika, Uganda, Njassa, einen Teil von Rhodesia, von Kamerun und von Französisch-Mittelafrika ein.

Die deutsche Regierung ersuchte darum am 23. August die Vereinigten Staaten, deren Vertreter seinerzeit auf der Konferenz in Berlin diesen Gedanken angeregt hatte, zu vermitteln, damit die Neutralisierung dieser Gebiete herbeigeführt und diese Erweiterung des Krieges ausgeschlossen werde. Schon damals zeigte sich die amerikanische Regierung Deutschland gegenüber nicht freundlich und nicht unbedingt neutral. Sie lehnte das Ersuchen Deutschlands ab und gab es erst auf nochmalige Aufforderung weiter, ohne sich dafür einzusetzen. Die Vereinigten Staaten haben also mit dieser Behandlung auch einen Teil der Schuld auf sich geladen, daß der Krieg diese Ausdehnung erfuhr.

Als die Union die deutsche Bitte weitergab, war es schon zu spät. Belgien hatte versucht, zu erreichen, daß der § 11 der Kongo-Akte beachtet würde, Frankreich hatte sich dem angeschlossen und Spanien, das Vertragsmacht war, gebeten, das seinerseits Deutschland vorzuschlagen. England aber hat verhindert, daß eine Einigung zustande kam. Es eröffnete die Feindseligkeiten in Deutsch-Ostafrika und lehnte eine Erklärung für den § 11 der Kongo-Akte ab, weil angeblich Deutschland die Offensive gegen das englische Protektorat von Zentralafrika ergriffen hätte. Dabei ist England mit der Beschießung von Dar es Salam am 8. August diejenige Macht gewesen, die den kolonialen Krieg dort begann. Sehr bald übertrug es den Krieg auch auf die deutschen Kolonialgebiete, außerhalb jener Zone der Kongo-Akte, auf Deutsch-Südwestafrika; das Verlangen seiner Kapkolonie danach kam ihm dabei entgegen. So wurde auch Afrika in das große Ringen hineingezerrt. Zwar

schien es, als werde sich noch einmal die Burenbevölkerung gegen England erheben: am 2. Oktober brach ein Burenaufstand aus, der aber die erdrückende Übermacht Englands nicht schwächen konnte. Der Krieg um die deutschen Kolonien war ein wesentlicher Teil des ganzen Kampfes geworden und damit wurde auch die Frage ihrer Neuverteilung ein wesentlicher Teil der deutschen Kriegsziele. —

Wenn Rußland Deutschland und Österreich-Ungarn angriff, so griff es im Grunde die Türkei bereits an, weil für den russischen Kriegswillen ja die Einsicht maßgebend geworden war, daß der Weg nach Konstantinopel über Berlin und Wien führe. Die weitblickenden Staatsmänner der Türkei, vor allem Enver Pascha, haben sich wohl auch sofort bei Ausbruch des Krieges gesagt, daß damit die Türkei vor die Existenzfrage gestellt werde. Sie haben ohne Zweifel sofort erwogen, wie sich die Türkei zu dem Ringen aktiv stellen müsse, und sind ebenso nicht einen Augenblick im Zweifel gewesen, daß das für sie nur an der Seite der Zentralmächte möglich sei.

Am 3. August erklärte die Türkei zunächst ihre Neutralität, machte aber zugleich mobil. Bereits am Tage vorher hatte England der Türkei erklärt, daß es zwei in England gebaute türkische Kriegsschiffe, die von der Türkei im voraus bezahlt waren, jetzt selbst übernehme. Stellte sich so England schon mit einem Schritt auf die Seite des russischen Gegners der Türkei, so trat diese gleichzeitig mit einem Schritt schon auf die Seite unsers Bundes. Die beiden deutschen Kriegsschiffe „Goeben" und „Breslau" waren im Mittelmeer der englischen Verfolgung entronnen und fuhren am Abend des 10. August in die Dardanellen ein. Bereits am andern Tage teilte die Türkei amtlich mit, daß sie die beiden Schiffe gekauft habe. Von hier bis zum 27. und 29. Oktober zogen sich die diplomatischen Verhandlungen in Konstantinopel hin, in denen die Richtung Enver Paschas, unterstützt von dem deutschen Botschafter Frhr. von Wangenheim, siegte. Rechtzeitig wurde von ihr die Gefahr einer Bedrohung der Dardanellen durch die englische Flotte erkannt. Daher entschloß sich die Türkei, diese am 28. September zu schließen. Sie leistete damit bereits vor ihrem offiziellen Beitritt auf die Seite der Zentralmächte diesen einen wesentlichen Dienst, indem sie diejenige Verbindung zwischen Rußland und seinen Bundesgenossen, die am bequemsten war, zerschnitt, dem russischen Getreide die Ausfuhr nach dem Westen, dem Kriegsmaterial der Entente die Einfuhr nach Rußland versperrte.

In den diplomatischen Auseinandersetzungen bis zum Bruch sind noch einmal alle Gesichtspunkte erwogen worden, die für die Türkei in Frage kommen konnten. Vor ihren Augen stand entweder die Zusage der Entente, ihren Bestand zu garantieren, oder das Bündnis auf Leben und Tod mit

Deutschland und Österreich-Ungarn. Trotz vieler noch vorhandenen Beziehungen zu den Westmächten konnte indes kein Zweifel sein, daß eine Garantie durch die Entente für die Türkei nichts wert war. Blieb die Entente siegreich, dann war mehr als sicher, daß die Türkei trotz dieser Garantie mindestens mit einem Teil ihres Gebietes von England dem russischen Bundesgenossen geopfert worden wäre, und dann hätte die Türkei dafür mit der Todfeindschaft Deutschlands zu rechnen gehabt. Blieben die Zentralmächte Sieger, so rettete das die Türkei und gab ihr die Möglichkeit, ein in seinem Bestand gesicherter und gleichberechtigter europäischer Staat zu werden. Deutschland bot der Türkei ein Bündnis an, das im September 1914 vollzogen worden ist. Datum und Inhalt sind nicht genauer bekannt, aber man kann sich den Inhalt ohne Schwierigkeit vorstellen, wenn man an die Tendenzen der deutschen Orientpolitik bis zum Kriege denkt.

Durch den Oktober hindurch folgten einander die Sturmzeichen dafür, daß der Bruch der Türkei mit der Entente näher rücke. Am 19. antwortete sie, daß die Anwesenheit deutscher Mannschaften auf türkischen Kriegsschiffen ihre eigene Angelegenheit sei, am 28. Oktober traf die türkische Flotte im Schwarzen Meer mit russischen Kriegsschiffen zusammen, am 29. beschoß sie mehrere russische Schwarzmeerstädte, am 30. war der Bruch da, am 31. stellte die Türkei den Ententebotschaftern auf ihre Forderung die Pässe zu.

Durch diesen Anschluß der Türkei an die Zentralmächte erfuhr der Krieg eine abermalige Erweiterung. Es handelte sich dabei nicht nur um die europäische Türkei und ihren asiatischen Teil, sondern damit traten auch Ägypten, der Suezkanal und der Islam in den Weltkrieg ein. Die Idee, den Suezkanal anzugreifen und damit eine der empfindlichsten Stellen des englischen Weltreiches zu gefährden, wurde ebensoschnell laut, wie die Möglichkeit der Bedrohung Englands in Indien. Am 12. November ließ der Sultan in seiner Eigenschaft als Kalif den Heiligen Krieg (Dschihad) gegen seine Feinde erklären — ein Schritt, der in den Kämpfen der letzten Jahrzehnte immer vermieden worden war. Damit wurde versucht, die gewaltige islamische Welt im Ganzen mobil zu machen und der Mobilisierung der Gelben und Schwarzen durch die Entente die der Millionen von Mohammedanern entgegenzustellen, die von der Nordwestküste Afrikas bis zum fernen Osten wohnen. Großartige Gedanken von weiter Perspektive, von denen sich nur langsam zeigen konnte, ob sie realpolitische Bedeutung und Folgen haben würden! Für den Augenblick war wichtiger, daß mit der Türkei ein neuer Verbündeter an die Seite der Zentralmächte trat, und zwar ein Verbündeter von beträchtlicher, im Verlaufe des Krieges die Welt überraschender militärischer Kraft. Und er fand diesen seinen Entschluß in einer weltpolitischen Situation, in der

der Existenzkampf Deutschlands und Österreich-Ungarns noch unentschieden war. —

Die Vereinigten Staaten hatten am 5. und 29. August ihre Neutralitätserklärung ausgesprochen, und in Deutschland erwartete man, daß die Union diese Neutralität auch offen und ehrlich halten werde. Kaum um ein andres Land hatte sich Deutschland so bemüht, wie um die Vereinigten Staaten. Über ein Jahrzehnt waren diese Bestrebungen gegangen, gegenseitiges Verstehen herbeizuführen, und die Interessengemeinschaft Deutschlands und der Vereinigten Staaten, zwischen denen direkte Reibungsflächen und Gegensätze nicht existieren, hervorzuheben. Schon die ersten Kriegswochen zeigten indes, daß wenig damit erreicht worden war. Die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten nahm unter der Agitation der Ententepresse und vor allem im Verfolg der englischen Vorbereitungen, von denen wir sprachen, sehr stark Partei in der belgischen Frage. Sie glaubte die Lügen über die belgischen Greuel und über den preußischen Militarismus, mit denen sie in den ersten Monaten überschüttet wurde, und die Gegenarbeit Deutschlands, die im Lande selbst unternommen und von Deutschland aus unterstützt wurde, war nicht in der Lage, diesem gewaltigen Strom entgegenzutreten.

Wo die Vereinigten Staaten standen, zeigte sich schon im September. In einer Äußerung des deutschen Reichskanzlers an die Vertreter der Associated und United Preß vom 2. September, die am 7. September veröffentlicht wurde, wurde der erste Versuch gemacht, in direkter Wendung an die mächtigen Preßorgane den Vereinigten Staaten ein richtiges Bild von Deutschland beizubringen — ohne Erfolg. Dann wurde am 8. September ein Telegramm des Deutschen Kaisers an den Präsidenten Wilson veröffentlicht, das gegen die Verwendung von Dumdumgeschossen und gegen die belgischen Lügen Protest erhob. Diese direkte Apostrophierung des Präsidenten und der öffentlichen Meinung fand drüben nicht den Widerhall, der in Deutschland erwartet wurde. Wir sträubten uns noch gegen die Erkenntnis, die sich aber von Monat zu Monat stärker aufdrängte, daß der größere Teil der Amerikaner mit ihrem Herzen auf der Seite der Entente stünde und daß daher auch die Millionen der Deutschamerikaner und der unbedingt englandfeindlichen Iren nichts ausrichten würden. Möglichkeiten direkten Konflikts hielten wir damals aber für ausgeschlossen. —

Die beiden wichtigsten politischen Ereignisse im ersten Vierteljahr des Krieges sind auf unsrer Seite der Beitritt der Türkei und auf der Seite unsrer Gegner das Londoner Abkommen vom 5. September 1914. An diesem Tage unterzeichneten Sir Edward Grey und die Botschafter Frankreichs und Rußlands folgende Erklärung: „Die Unterzeichneten, regelrecht

autorisiert von ihren Regierungen, geben folgende Erklärung ab: die Regierungen Großbritanniens, Frankreichs und Rußlands verpflichten sich wechselseitig, keinen Einzelfrieden im Laufe dieses Krieges zu schließen. Die drei Regierungen kommen überein, daß, falls es angebracht sei, den Friedenswortlaut zu diskutieren, keine der verbündeten Mächte Friedensbedingungen festsetzen kann, ohne vorheriges Übereinkommen mit jedem der beiden andern Verbündeten." Die Bedeutung dieses Vertrags konnte damals auf unsrer Seite noch nicht voll eingeschätzt werden. Er zeigte, daß England die Führung des ganzen Kampfes entschlossen und fest in die Hand nahm und daß es sich bereits den Apparat schuf, um die Koalition und Einkreisungspolitik im Kriege und nach dem Kriege fortzusetzen. Seit es in den Krieg eingetreten war, stand seiner Führung dieser Entschluß unbedingt fest, Deutschland mindestens dadurch in Ohnmacht zu halten, daß es, isoliert und womöglich seiner Bundesgenossen beraubt, sich dem Willen des feindlichen Verbandes dauernd fügen müsse. Wir behaupten nicht, daß diese Anschauung und der Entschluß, alle dazu nötigen Folgerungen zu ziehen, alle nötigen Opfer zu bringen und alle Anstrengungen zu machen, damals schon Gemeingut des ganzen englischen Volkes gewesen sei. Das sind sie erst nach und nach während des Krieges geworden, je stärker der Krieg die Interessen Englands selbst berührte, je mehr er namentlich militärische Opfer von ihm forderte. Aber zum mindesten die kühlen Imperialisten der konservativen Seite in der englischen Politik sind sich darüber nicht im Zweifel gewesen, daß der Krieg gehe um die See- und Handelsherrschaft Englands gegen Deutschland, wie früher gegen Spanien und Frankreich, daß seine territorial-politischen Ziele mindestens jenes ostafrikanische geschlossene Kolonialreich von Alexandrien bis Kapstadt und die territoriale Verbindung über Arabien und Mesopotamien mit Indien sein müßten und daß es unbedingt darauf ankomme, die in mühseliger Arbeit geschmiedete Koalition mit Frankreich und namentlich mit Rußland trotz aller Fährlichkeiten und bestehenden Gegensätze immer fester zu ziehen und durch den Krieg hindurch zu erhalten. Daß der Krieg zur Erreichung dieser Ziele lange dauern könne, hat man in England früher eingesehen als in Deutschland, wenn auch das Wort Kitcheners, der Krieg werde drei Jahre dauern, erst später gesprochen worden ist.

Im Sturm der Ereignisse und Stimmungen, in dem sich das deutsche Volk in den ersten drei Kriegsmonaten befand, und unter den ungeheuren Eindrücken seiner Siege im Westen und dann im Osten traten für uns diese Ideen der englischen Politik und Kriegführung noch zurück. Wir erwogen damals, wenn die Ereignisse uns überhaupt Zeit und Sammlung dazu ließen, wie uns der Friedensanschluß im Osten und Westen dauernd gegen die Wiederholung eines solchen Angriffs schützen solle. Wir erwogen die Frage, ob er

zur vollständigen Zertrümmerung der Gegner oder einiger der Gegner führen könne. Aber nur selten einmal wurde in diesen Monaten eine Stimme laut, die auf das wesentlichste für die politische Erfassung und Beendigung des Krieges hinwies: daß aus der Koalition unsrer Gegner einer und zwar auf die Dauer herausgebrochen werden müsse, weil nur dann der Kerngedanke der englischen Politik besiegt und unmöglich gemacht werden konnte.

1.

(Der Anschluß der Türkei – Die rumänische Frage)

18. November 1914

„Der Krieg ist nichts als die mit anderen Mitteln fortgesetzte Politik", lautet der berühmte, in unsern Tagen oft angezogene Satz aus Clausewitz' Werk „Vom Kriege". Und wenn der schärferen Fassung, daß „der Krieg nur ein Teil des politischen Verkehrs, also durchaus nichts Selbständiges" sei, oder, wie es an andrer Stelle sogar heißt, daß „die Politik die ganze kriegerische Handlung durchziehe und einen fortwährenden Einfluß auf sie ausübe", oft und mit Recht von militärischer Seite widersprochen worden ist, der Grundgedanke jenes Satzes kann in seiner Richtigkeit nicht bestritten werden. Wie im Kriege die Politik selbst zur Strategie wird, so kann die Strategie auch ihrerseits jederzeit in die Politik umschlagen; aufs engste berührt und durchdringt sich beides. Darum begleiten ja bei uns, da nach alter Hohenzollernüberlieferung der Allerhöchste Kriegsherr selbst ins Feld zieht, ihn dahin auch Reichskanzler und Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten. Auch während des heißesten Gefechts ruht die auswärtige Politik nirgends und zu keiner Zeit völlig, nur daß jetzt der Krieg, der Soldat die Führung hat.

Der Weltwirtschaft und der Weltpolitik, in derer beider Zeichen wir bewußt seit zwei Jahrzehnten standen, entspricht heute, ihre Konflikte und Reibungen „mit andern Mitteln" zum Austrag bringend, der Weltkrieg. Als solcher ist, weil seine Wirkungen sogleich in den fernsten Erdenwinkel reichten, das gewaltige Ringen unsrer Tage auch gleich von Anfang an empfunden worden. Aber zum Weltkrieg im eignen Begriffe des Wortes ist es, trotz Japans Eingreifen, trotz der Kämpfe auf fernen Meeren und in unsern Kolonien und trotz des Burenaufstandes in Südafrika, erst vor kurzem durch den Eintritt der Türkei am 29. Oktober in den Krieg auf unsrer Seite geworden. Das wird stärker noch als bei uns in der russischen und englischen Presse klar. „Man darf sich", schreibt die Rjetsch, das bekannte Hauptblatt der Kadetten (5. November), „über den eigentlichen Sinn dieses Krieges nicht durch den schein-

baren Widerspruch täuschen lassen, daß Kaiser Wilhelm durchaus nicht England, sondern Rußland den Krieg erklärt ... hat. England hat die Verhältnisse richtiger erkannt, indem es den europäischen Krieg als den vorbereitenden Schritt zu einem künftigen englisch-deutschen Kampfe ansah und alle seine Kräfte sofort in die Wagschale zu werfen beschloß. England hat auch als erste Macht damit begonnen, den Krieg als Weltkrieg aufzufassen, indem es den Welthandel Deutschlands unterband und Deutschland seine Kolonien in der ganzen Welt wegzunehmen begann. Jetzt hat endlich Deutschland mit einer Maßregel vom selben Kaliber und derselben Bedeutung geantwortet. Das unsinnige Eingreifen der Türkei in den Krieg kann vom russischen (!) und europäischen Standpunkt aus dumm und sinnlos erscheinen; vom Standpunkt der Weltpolitik muß man diesen Schritt in Berlin für meisterhaft halten. Mag die Militärmacht der Türkei winzig sein, mag sie sich selbst der endgültigen Katastrophe preisgeben, aber an die Türkei sind viele internationale Fäden geknüpft, die sich über die ganze Welt spannen. Das Eingreifen der Türkei gibt dem Kriege endgültig einen nicht-europäischen, noch mehr einen Weltcharakter." Was die Rjetsch damit sagen will, ist, wenn man an den geographischen Bereich der orientalischen Frage und an die Weltbedeutung des Islam denkt, ohne weiteres klar. Fast ebenso klar aber wird aus ihren Artikeln und noch mehr aus dem Widerhall, den der Entschluß der Türkei in den englischen Zeitungen findet, daß damit sofort der alte, große, seit Jahren nur verschleierte Gegensatz zwischen Rußland und England auftaucht. Zwar sucht die Rjetsch, das in diesen Dingen klügste Blatt Rußlands, geflissentlich die Dardanellenfrage als „Frage von drittklassiger Bedeutung" hinzustellen und teilt das Ganze fein säuberlich auf: Syrien an Frankreich, Ägypten, Arabien und Südpersien (auf das ja Rußland endgültig verzichtet habe) an England und der Rest an Rußland. Aber im Manifest über den Kriegsbeginn gegen die Türkei spricht der Zar davon, daß jetzt die Zeit komme „zur Lösung der von den Vorfahren überlieferten historischen Aufgaben an den Gestaden des Schwarzen Meeres". Das klingt nicht nach „drittklassiger Bedeutung" der Dardanellenfrage, und der für Rußland in Aussicht genommene Rest geht über die englischen Interessen an der Bagdadbahn, die ein so wesentlicher Grund der englischen Kriegshetze waren, ruhig hinweg.

Kein Wunder, daß die Äußerungen der englischen Presse zur türkischen Kriegserklärung ausnahmslos gedrückt sind. Man fühlt, was Kenner der englischen Auslandspolitik immer voraussagten, daß England bei der Aufrollung der orientalischen Frage in diesem Umfange die Herrschaft über diese Dinge, wie auch der Krieg gehe, aus der Hand verliert. Man sieht, wie sich jene Zweideutigkeit und Unklarheit der englischen Orientpolitik jetzt rächt, Schutzherr

der Türkei (was das englische Interesse erfordert hätte) sein zu wollen, sich dabei fortwährend in ihre inneren Angelegenheiten zu mischen und schließlich aus Haß gegen Deutschland Arm in Arm mit dem grundsätzlich türkenfeindlichen Rußland gegen die Türkei aufzutreten. Westminster Gazette erinnert melancholisch daran, daß Disraeli der letzte wirklich türkenfreundliche Minister gewesen sei, und daß schon der verstorbene Lord Salisbury, der ein Staatsmann von ungewöhnlich scharfem Blicke war, in bezug auf die Türkei gesagt habe: „Wir haben aufs schlechte Pferd gesetzt." (3., 4. Nov.) Widerwillig erkennt man jetzt in England die Konsequenz Deutschlands an, das die Türkei immer als selbständige Macht behandelt und Gebiete des Islam grundsätzlich niemals als Kolonialland angesehen hat. Jetzt wird der politische Sinn jenes Kaiserwortes am Grabe Saladins an den Kalifen über 300 Millionen Mohammedaner der Welt offenbar, in dem man früher gewöhnlich nur den improvisierten Ausdruck einer deutschen Türkenfreundschaft sah. Jetzt hilft es England nichts, daß es feierlich erklärt, die religiösen Gefühle der Mohammedaner in keiner Weise verletzen zu wollen, daß es sogar, nach der Proklamation des Generals Maxwell in Ägypten, keine mohammedanischen Soldaten gegen den Sultan als Kalifen verwenden will. Es hält eine Entwicklung nicht mehr auf, die in Fluß zu bringen es selbst aufs redlichste bemüht war, von deren weltweiten Konsequenzen heute noch niemand wagen wird, zu prophezeien, wohin sie tragen und treiben werden, über die aber — der vorsichtige Ausdruck sei wiederholt — Englands zweideutige und zugleich bornierte Politik die Herrschaft verloren hat. Und: „der Slawe ist angekommen" (in Konstantinopel nämlich), sagte ebenfalls melancholisch die Morning Post (9. Nov.) auf das Kriegsmanifest des Zaren.

Rußland gegenüber aber werden durch diese Aufrollung der Orientfragen die Kriegsziele Deutschlands und Österreichs nur noch klarer. Rußland hat für seine Balkan- und Schwarzmeerinteressen nicht die Wege im Frieden gehen wollen, die Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" und das Potsdamer Abkommen 1910 dazu in großen Linien wiesen, sondern will mit Gewalt den Weg nach Konstantinopel über Berlin und Wien gehen. Nun treten ihm da auch mit Gewalt die Heere Deutschlands, Österreichs und der Türkei zusammen entgegen und werden ihm, wie wir fest vertrauen, diesen Weg sehr empfindlich sperren. Darum strebt es begreiflicherweise, sowohl Bulgarien wie Rumänien in den Kampf an seine Seite zu ziehen, ohne Erfolg. Bulgarien richtet seine Blicke nur auf Mazedonien bis zum Wardar, das es nur von Serbien erhalten kann, und traut mit Recht nicht Versprechungen Rußlands in dieser Hinsicht, daß, wie Alexander Gutschkow in einem Interview an die Birschewyja Wjedomosti, vorschnell und großspurig die letzten Ziele enthüllend, sagte, „Großserbien auf den Trümmern Österreichs entstehen und

daher (!) die mazedonische Frage günstig für Bulgarien geregelt werde". Rumänien aber wird in seiner bisher strikt eingehaltenen Neutralität durch einen wahrhaft staatsmännischen Entschluß des Grafen Tisza bestärkt.

Bereits im August hatte der ungarische Ministerpräsident eine schwerwiegende Spannung zwischen sich und dem Führer der ungarischen Rumänen, Dr. v. Vajda, von sich aus beseitigt. Anfang September drückte er sodann telegraphisch dem österreichisch-ungarischen Gesandten in Bukarest, Grafen Czernin — ein ganz ungewöhnlicher Vorgang: dies direkte und amtlich veröffentlichte Telegramm des ungarischen Ministerpräsidenten an einen Vertreter des Auslandsdienstes des Gesamtstaates — seine Freude aus, daß die ungarischen Rumänen „nicht zurückblieben in der heldenmütigen Begeisterung, die sämtliche Völker der Monarchie in der Verteidigung des Thrones und des angegriffenen Vaterlandes vereinigt". Das Telegramm, das nicht nur ein historisches Dokument der ungarischen Nationalitätenpolitik ist, sondern auch von größter Bedeutung für den Fortgang des Krieges überhaupt sein kann, schloß: „Die große Wahrheit, die ich seit einem Vierteljahrhundert verkünde, die Interessengemeinschaft der Magyaren und Rumänen geht klar aus der heutigen glorreichen und fruchtbaren Krise hervor; gegenüber dem gemeinsamen Feinde verschwinden die Nichtigkeiten des Alltags. Die verjüngte Monarchie tritt in eine neue Ära gegenseitigen Vertrauens, gegenseitiger Sympathie. Die Waffenbrüderschaft wird die schönsten Früchte friedlicher Zusammenarbeit zeitigen, und der gemeinsame Kampf und Ruhm werden eine feste Grundlage schaffen, die sowohl den Erfordernissen der ungarischen Staatlichkeit wie den berechtigten Wünschen der rumänischen Neutralität entspricht. Es ist überflüssig zu erklären, daß ich meinerseits alles zur Erreichung dieses edlen Zieles unternehmen werde."

Wie die Vorbereitungen zu der am 25. November beginnenden Tagung des ungarischen Reichstags erkennen lassen, enthalten diese Worte des Ministerpräsidenten ein bestimmtes Programm, das in Sachen der Volksschule, des Gebrauchs der nationalen Farben und der Vertretung im Reichstage eine Versöhnung mit den Wünschen der rund drei Millionen Rumänen Ungarns herbeizuführen sucht. Mit lebhaftesten Wünschen begleiten wir diese vom Grafen Tisza begonnene Politik, die dann auch den rund zwei Millionen Deutschen in Ungarn in ähnlicher Weise zugute kommen wird. Auf die Beziehungen Österreich-Ungarns zu Rumänien wird sie ebenso von gutem Einflusse sein, wie sie für die Gestaltung der Nationalitätenverhältnisse im Gesamtstaate nach dem Kriege überhaupt vorbildlich werden kann. Möge Graf Tisza auf dem Wege, den er so einschlägt und der gewiß nicht ohne Schwierigkeiten zu begehen ist, bis zum angestrebten Ende glücklich sein — der Mann dazu ist er!

Stellen wir noch das Ergebnis der letzten zwei Wochen für unsern Hauptgegner, für England, indem wir vom eigentlichen Kriegsschauplatze auf dem Kontinente absehen, fest: Ausgeschaltet vom Stillen Ozean, denn des verbündeten Japans Sieg ist eine Niederlage Englands. — Freiheit des Indischen und Stillen Ozeans von deutschen Kriegsschiffen, nach drei Monaten Kriegsdauer und mit Ausnahme unsres siegreichen Geschwaders an der südamerikanischen Küste. — Schwierigkeit, seine 800 Millionen Mark Außenstände in den Vereinigten Staaten hereinzubringen. — Absolute Abnahme seines Handels im Oktober 1914 gegen Oktober 1913 um 20,1 Millionen Lstr. in der Einfuhr, 18 Millionen in der Ausfuhr, 2,3 Millionen im Durchgangsverkehr. — Bewußte Arbeit gegen die Rekrutierung in Irland, vom Manchester Guardian (6. November) als „sehr unwillkommenes Geheimnis" bezeichnet. Dazu zwei Äußerungen der bekannten, sehr besonnenen Zeitschrift Economist vom 31. Oktober: „Der Krieg muß enden und dieser Krieg muß bald enden, wenn nicht durch entscheidende Siege, sondern durch Erschöpfung. Laßt uns das immer wiederholen in unserm wirtschaftlichen und sozialen Leben. Sonst wird die City von London nicht ihre alte Stellung wieder gewinnen." Und in derselben Nummer lesen wir einen warmen Aufruf, in England selbst so viel wie möglich Land unter den Pflug zu nehmen mit derselben Begründung, mit der wir für den Schutz der Landwirtschaft eintreten — im freihändlerischen England, das sich angeblich den Ruin seiner Landwirtschaft leisten konnte, weil es der ungestörten Versorgung von Übersee unbedingt sicher war! Als Plus aber haben wir in derselben Zeit nur erwähnt gefunden die Lahmlegung unsrer „Emden" und „Königsberg". Mit diesen Feststellungen soll wahrhaftig nicht einer Unterschätzung unsres gewaltigen Gegners das Wort geredet werden, aber das belegen sie aktenmäßig, wie furchtbar dieser von ihm heraufbeschworene Weltkampf ihm selbst an Leben und Nerven geht.

2.

(Bulgarien — Kriegsfinanzen)

25. November 1914

Nun sind die deutsch-österreichisch-ungarisch-türkischen Angriffsbewegungen gegen Rußland im ganzen in vollen Fluß gekommen, während die Bewegung auf Entfesselung des Heiligen Krieges (erklärt am 21. Nov.) im Islam immer weitere Kreise zieht. Es ist daher begreiflich, daß von der Seite Rußlands ein immer stärkerer Druck auf die noch neutralen Balkanstaaten ausgeübt wird. Zu diesem Zwecke ist am 18. November als neuer russischer Gesandter für Serbien Fürst Gregor Nikolajewitsch Trubezkoj nach Nisch abgegangen. Trubezkoj, in Deutschland bekannt durch seine 1910 geschriebene Studie

„Rußland als Großmacht" (deutsch 1913 erschienen), ein Vetter der in der russischen Revolution hervorgetretenen Fürsten Sergej und Eugen Trubezkoj, war gleich nach dem plötzlichen Tode des Gesandten von Hartwig zu dessen Nachfolger in Belgrad ernannt worden, bisher aber auf seinem alten wichtigen Posten als Chef der „nahöstlichen" (Balkan-)Abteilung im Ministerium des Äußern (darin folgt ihm jetzt P. Gulkewitsch, früher Botschaftsrat in Konstantinopel und Berlin) geblieben. Wenn ihn jetzt der Minister Ssasonow, zu dessen vertrautesten Mitarbeitern der Fürst gehört, nach Serbien schickt, so geschieht das in der ausgesprochenen Absicht, durch diesen klugen und kenntnisreichen Diplomaten die für Rußlands Ziele notwendige Aussöhnung zwischen Serbien und Bulgarien herbeizuführen, zumal da die russische Presse die tatsächlich sehr schlechte Lage Serbiens ganz offen zugibt.

Nach der russischen Auffassung findet nun Trubezkoj folgende Lage vor: Wenn Bulgarien, das immer mehr als Drehpunkt der ganzen Situation hingestellt wird, die Türkei angreift, geht Rumänien gegen Transsylvanien vor. Schließt es sich der Türkei an, greift Rumänien Bulgarien an. Bleibt Bulgarien neutral, folgt Rumänien seinem Beispiel. (So stellte eine Bukarester Korrespondenz der Rjetsch die Ansicht der rumänischen Opposition dar.) Vom offiziellen Rumänien, in dem freilich seit der Ersetzung des deutschen Gesandten v. Waldthausen durch den energischen Frhrn. v. dem Bussche der Einfluß Deutschlands im Wachsen sei, nimmt man gleichwohl an, daß es mit Griechenland und Italien neutral bleibe, solange Bulgarien in der Neutralität verharrt. (So ein Artikel im Petrogradski Kurjer.) So wird von Rußland ein Kesseltreiben auf Bulgarien veranstaltet, während zugleich nun auch Sir Edward Grey die Bemühungen Rußlands unterstützt, daß Serbien den bulgarischen Teil Mazedoniens an Bulgarien abtrete.

Aber diese Lockungen fallen in Sofia auf steinigen Boden. Bei dem politisch ungemein klugen Zaren Ferdinand und seinem Ministerpräsidenten Dr. Wasil Radoslawow überwiegt die Einsicht in die bulgarischen Interessen, wie sie wirklich liegen. Sie werden dabei durch die Parlamentsmehrheit von 134 Mitgliedern, besonders den überzeugt dreibundfreundlichen Führer der Stambulowisten Dr. Genadiew unterstützt, wozu noch im Sinne der Neutralität und Orientierung zum Dreibund die Sozialisten unter Kyrkow treten. Die Opposition in der Sobranje, die russophil ist, zählt unter Führung von Danew, dessen unglückselige russophile Politik noch in aller Gedächtnis ist, und Geschow nur 111 Stimmen. Draußen im Lande, besonders in der bäuerlichen Masse, dürfte die entschiedene Stimmung für unbedingte Neutralität überwiegen, weil man noch zu sehr die Nachwehen der beiden Balkankriege spürt.

Gleichwohl kann sich, wenn ringsherum die ganze orientalische Frage ins Rollen kommt, Bulgariens Politik und öffentliche Meinung einer sachlichen

Stellungnahme gar nicht entziehen. Diese aber orientiert sich, was an der Hand eines kleinen historischen Rückblicks am eindringlichsten gemacht wird, so. Im Jahre 1900 schlossen Österreich-Ungarn und Rumänien eine Konvention dahin, daß bei einer etwaigen Änderung des Statusquo auf der Balkanhalbinsel Rumänien der Erwerb von Warna-Rustschuk und Schumla garantiert werde, wofür Rumänien einer österreichischen Politik auf Saloniki und Mazedonien nicht entgegen sein wollte. Die Antwort darauf war eine russisch-bulgarische Konvention von 1902, die den Territorialbestand von Bulgarien sicherte. Beim Besuche des Zaren Ferdinand in Petersburg 1910 wurde versucht, diese Konvention im Hinblick auf die Möglichkeit eines allgemeinen Kampfes gegen die Türkei zu erweitern; Bulgarien hatte Wünsche auf Adrianopel und Dedeagatsch. Diese Verhandlungen kamen indes nicht zum Abschluß, weil Rußland Bedenken hatte und Serbien eine Ausdehnung nach Süden, nach Mazedonien verlangte, und verliefen im Sande. Als darauf die russische Diplomatie an die Herbeiführung eines Balkanbundes ging, traten die gleichen serbisch-bulgarischen Differenzen hervor. Es wurde eine Grenzlinie ausgearbeitet, die auf der dem Vertrage vom 26. März 1912 beigelegten Karte eingezeichnet wurde. Obwohl sie Mazedonien ohne Rücksicht auf die ethnographischen Verhältnisse teilte, akzeptierte sie Bulgarien in der Hoffnung auf weitere russische Vermittlung zu seinen Gunsten im nördlichen Mazedonien. Jedenfalls aber nahm es an, daß Serbien keine über die Vertragsgrenze hinausgehenden Ansprüche nach Süden mehr werde machen dürfen. Diese Erwartung wurde getäuscht, Serbien dehnte seine Forderungen immer mehr aus und okkupierte, gegen die Verabredung, daß Mazedonien in gemeinsamem Besitz gehalten werden sollte, dieses tatsächlich allein. Daraus entstand der Krieg innerhalb des Balkanbundes von 1913, dessen Kosten Bulgarien zu tragen hatte.

Natürlich hat Bulgarien sein altes nationales Ideal, Mazedonien sich anzugliedern, nicht mit dem Bukarester Frieden, zu dem es sich gezwungen sah, aufgegeben, sondern wirft jetzt, da alle die kaum beruhigten Streitfragen wieder wach werden, die Forderung, mindestens die Frage einer Revision dieses Friedensvertrages auf. Da findet es aber Serbien, dessen offiziöse Presse ihm das noch durch ihre herausfordernde Sprache besonders deutlich macht, als seinen Hauptgegner im Wege; Serbien will höchstens Istip und Kotschana aufgeben, während Bulgarien ganz Mazedonien will. Hinter Serbien aber steht als Gegner, wenigstens für die Radoslawisten, Rußland, ohne dessen unausgesetzte Unterstützung Serbien diese feindliche Stellung ja gar nicht gewagt hätte und wagt, und aus dessen eigenen Orientplänen Bulgarien nach allen Erfahrungen seiner Geschichte nur Schädliches erwarten kann. Wenn der Professor Jastrebow (in den Birschewyja Wjedomosti) und der be-

kannte Balkanhetzer Buxton recht haben und Rußland die Herrschaft über die Meerengen mit Bulgarien und Rumänien als Hinterland anstrebt, so ist die Stellung dieser beiden Staaten eigentlich von selbst gegeben. Um dies Ziel zu erreichen, waren die Opfer Rumäniens im Kriege von 1877/78 und die Bulgariens im Kriege von 1885 und 1912/13 und die lange Jahre zäh und klug betriebene Politik des Königs Karol und des Zaren Ferdinand nicht nötig. Die Idee beider, der beiden kräftigsten und geordnetsten Balkanstaaten, war in der Vergangenheit nur gegen Rußland durchzusetzen, und so bleibt es auch in Gegenwart und Zukunft. Daher sucht Bulgarien die Neutralität im dreibundfreundlichen Sinne, weil England und Frankreich ja diese russischen Orientpläne stützen, durchaus festzuhalten. Und darum haben auch mit seinen maßgebenden Politikern, Radoslawow und Genadiew, die Führer der Ukrainer kürzlich Beziehungen anknüpfen können, an die sich sogleich solche der Ukrainer in Konstantinopel mit Talaat Bei und Enver Pascha schlossen. Denn alle diese Politiker finden sich und wissen sich eins in der bewußten und entschlossenen Gegnerschaft gegen die aggressive Orientpolitik Rußlands.

Die letzte Zeit war besonders erfüllt von den Folgen des Weltkrieges für die Finanzen der in ihm kämpfenden Staaten. In dem uns verbündeten Österreich-Ungarn liegt die Kriegsanleihe auf, die zu 97½ v. H. emittiert, eine in beiden Reichsteilen ungefähr gleiche Verzinsung von etwas über 6 v. H. gewährt. Man darf von ihr mit Recht einen vollen Erfolg erwarten, der auch die wirtschaftliche Kraft unsres tapferen Verbündeten in glänzendem Lichte zeigt; das Ergebnis wird hinter zwei Milliarden Kronen nicht weit zurückbleiben. Wir freuen uns von Herzen dieses Beweises eines wirtschaftlichen Patriotismus im Donaustaate, der wieder von neuem klarstellt, welche innere Kraft in diesem Reiche steckt, das Rußland kurzerhand überrennen zu können glaubte. Dafür treten in diesem selbst die finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten schon recht sehr hervor. Die Einnahmeausfälle, die als für 1915 erwartet der Duma mitgeteilt wurden, sind schon hoch genug angegeben, sicher aber noch nicht hoch genug angenommen: ein Voranschlag der Zolleinnahmen von 235 Millionen Rubel für 1915 (gegen 374 in 1914) ist reichlich optimistisch. Der Voranschlag aber von 103 Mill. Einnahmen aus dem Branntweinmonopol 1915 gegen 895 Mill. 1914 zeigt, welche Wunde das Verbot des staatlichen Branntweinverkaufs den Finanzen Rußlands schlägt. Auf die zur Aushilfe vorgeschlagenen steuerlichen Mittel kann erst eingegangen werden, wenn etwas klarer zu sehen ist, was aus all diesen Vorschlägen herauskommt. Das Wirtschaftsleben will sich mit dem Steuerbukett des Finanzministers, auch mit der vorgeschlagenen Reichswehrsteuer, gar nicht befreunden. Aus der Sitzung des „Konseils der Vertreter von Handel und Industrie" (der größten und einflußreichsten Wirtschaftsorganisation des Reiches) über die Erhöhung der Eisen-

bahntarife, an der auch Witte teilnahm, sprach eine recht gedrückte Stimmung. Der Verband der südrussischen Montanindustriellen hat den Handelsminister telegraphisch dringend um Maßnahmen zur Beseitigung der Schwierigkeiten für den Transport von Montanprodukten ersucht — sonst drohe Krise und Einstellung der Tätigkeit der Gruben und Zechen. Und zwei der bedeutendsten Nationalökonomen Rußlands, Migulin (im Economist) und Tugan-Baranowski (in der Rjetsch) warnen übereinstimmend davor, an eine baldige wirtschaftliche Erschöpfung Deutschlands zu glauben, das Ersatz für die Schädigung seines Außenhandels in der starken Belebung seines Innenhandels durch den Krieg finde.

Gigantisch sind die Zahlen, die vor dem englischen Publikum über die Erfordernisse des Krieges entrollt wurden. Bis 31. März 1915 braucht der Staat 10,7 Milliarden Mark, während die Einnahmen nur auf 3,9 Milliarden geschätzt werden, so daß 6,8 Milliarden durch Einkommensteuerzuschläge und eine Kriegsanleihe aufzubringen sind. Letztere wird im Betrage von 7 Milliarden zu 95 und $3^1/_2$ v. H. aufgelegt; tatsächlich ist sie mehr eine von der Bank von England übernommene Anleihe, ihre Aufnahme kann also gar nicht mit der unsrer Kriegsanleihe verglichen werden. Ein Zeichen finanzieller Stärke und Zuversicht ist aber dieser von England gewählte Modus, die Anleihe aufzubringen, ganz und gar nicht. Wir heben noch hervor, daß die täglichen Kriegskosten für England nach amtlicher Mitteilung 20 Millionen Mark betragen und daß England bereits seinen Verbündeten mit hohen Summen hat zu Hilfe kommen müssen: Serbien sind 16 Millionen Mark, Belgien 58 vorgeschossen worden. Dazu werden aus den Kriegskosten garantiert eine ägyptische Anleihe (100 Millionen Mark), eine südafrikanische (140 Millionen), eine australische (360 Millionen). Wir glauben gern, daß Mr. Lloyd George, der schon in Friedenszeiten keine Skrupel kannte, auch ob dieser Zahlen nicht schwindlig werden wird. Aber mancher Citymann wird sich bange fragen, ob dieser ausgesprochene Handels- und Rentnerstaat, der England ist, diese finanzielle Spannung wird tragen können, ob nicht für die mit diesen Zahlen aufgetürmte Kreditpyramide die Basis der im eigenen Lande ruhenden Wirtschaftskraft schließlich doch zu schmal ist.

Soweit wir gesehen haben, ist ein wichtiger Schritt in Europa nicht bemerkt worden, den Rußland in der Mongolei vorwärts getan hat. Am 17./30. September hat es ein erst jetzt veröffentlichtes Abkommen mit der „Regierung von Urga" abgeschlossen, das die Verbindung der Mongolei mit der sibirischen Bahn festlegt. Beide Regierungen wollen gemeinsam über die vorteilhafte Linienführung beraten, Rußland wird die Mongolei mit Kapital für staatliche Linien unterstützen, und bei der Erteilung von Privatkonzessionen wird von beiden Regierungen vorher festgelegt, daß keine projektierte Linie für Rußland

wirtschaftlich oder strategisch schädlich ist. Unter gleichem Datum wurde der russischen Reichspost- und Telegraphenverwaltung die Konzession für Errichtung einer Telegraphenlinie von Monda im Gouvernement Irkutsk nach der mongolischen Stadt Uljasutaj erteilt. Damit wird dasselbe, aber in noch weiterem Umfange, mit der Mongolei begonnen, was man vor 15 Jahren mit der Mandschurei versuchte. Nur stieß Rußland damals sehr bald auf Japan als Gegner, jetzt ist dies sein Verbündeter, und von China ist in diesem Abkommen zwischen Rußland und der „mongolischen Regierung" in Urga (so der offizielle Ausdruck im Vertragsinstrument) überhaupt nicht die Rede.

3.

(England — Portugal — Die orientalische Frage — Die Vereinigten Staaten)

2. Dezember 1914

Der Krieg ist die untrügbare Probe auf jeden politischen Anspruch. Das merkt jetzt England mit seinem über ein Jahrhundert nicht bestrittenen Anspruche, die erste Seemacht der Welt zu sein. Tatsächlich war es das bereits vor dem Kriege nicht mehr. Denn der Stille Ozean war schon seit Jahren, das heißt seit Japans Sieg bei Tsushima und vollends seit Vollendung des Panamakanals, stillschweigend davon ausgenommen. Er ist die Domäne der japanischen und nordamerikanischen Flotte, die englische hatte, was den Australiern schon unangenehm klar war, dort ernsthaft nichts mehr zu bedeuten. Aber auf den andern Meeren wehte der Union Jack unbestritten, wenigstens nach der Behauptung der englischen Admiralität. Der Krieg dauert jetzt vier Monate. Fazit für England: 2 Linienschiffe und 5 Panzerkreuzer und rund 6000 Offiziere und Mann der Flotte verloren, stärkste Schädigung seines Handels, deutsche Kreuzer an der Küste von Norfolk, deutsche Unterseeboote hinter der Linie Calais—Dover bei Le Havre im Kanal, deutsche Minen an seiner ganzen Küste. Weder in der Seeschlacht noch im Kreuzerkrieg, weder im Seewachtdienst noch in der Minensperre hat England bisher die Überlegenheit bewiesen, die die Voraussetzung seiner Meeresherrschaft ist. Niemand von uns wird wegen dieser Vorspiele — denn mehr waren alle diese Kämpfe noch nicht — die Kampfkraft unsres Gegners zur See gering schätzen. Aber kleiner machen wollen wir deshalb unsre heldenhafte Marine und ihre Taten auch nicht. Was helfen alle ruhmredigen Worte des englischen Admirals Sir John Jellicoe, die seine Frau einer Londoner Damenversammlung (19. November) vorlas, über Schneid und Ausdauer und Disziplin seiner Leute, gegen den blutigen Spott, in dem die Washington Post den Engländern riet, an seiner Statt besser den japanischen Admiral Togo zum Oberkommandierenden zu

ernennen? Der Anspruch Englands auf die unbedingte Seeherrschaft wird von der deutschen Seemacht bestritten, so schrieben wir in den ersten Kriegswochen. Und das tun unsre Schiffe heute mit allem Erfolge.

Damit muß England sehen, daß es aufzuhören beginnt, eine Insel zu sein. Unterseeboot und Luftschiff stellen den Inselcharakter, Schutz und Sicherheit Altenglands, einfach in Frage: »Britannia rule the waves, Germany waves the rules«, las man noch dieser Tage als unübersetzbaren Spottvers in englischen Zeitungen. Aber die »rules«, die deutsche exakte Forschung und Technik haben gerade die Überlegenheit in diesen modernen Waffen begründet, für die sich die berühmte Empirie des praktischen Engländers nicht als fähig erwies. Wir triumphieren nicht, denn es ist uns sehr ernst um diesen erst begonnenen Kampf, aber wir stellen fest, daß es nun auch dem englischen Volke ernst darum wird, weil es merkt, daß es schon im eigenen Hause brennt. Bis jetzt war es ihm nicht ernst. Auch wenn seine Presse das jetzt schwarzmalend übertreibt, so ist es doch bis zu gewissem Grade richtig, daß man zwar entschlossen war, „den Kampf durchzufechten bis zum letzten Belgier und Franzosen", aber sich selbst in der Hauptsache noch außerm Schuß fühlte. Fortwährend weisen die ernstesten Blätter darauf hin, daß die Sportnachrichten in den populären Zeitungen mehr Raum einnehmen als die Nachrichten über die Kämpfe in Frankreich: 3—4 Millionen Zuschauer bei Fußballwettspielen berufsmäßiger (!) Fußballspieler hat man an einem der letzten Sonnabende gezählt, und fast alles junge Leute. Immer schärfer greifen deshalb selbst Blätter wie der Spectator die Regierung wegen ihrer Geheimniskrämerei an: wenn man dem Volke nicht offen sage, wie groß die Gefahr sei, könne die Regierung auch nicht verlangen, daß es sich zu den Werbebureaus dränge. Und die Gefahr sei groß — es ist weniger die Angst vor der Invasion, als der Eindruck der unerhörten Zähigkeit, mit der unsre Truppen am Yserkanal voranrücken und nachdrücken, der aus diesen englischen Preßstimmen spricht. Auch das ist den Engländern anders gekommen. An der deutschen Offensivkraft, an Fähigkeit und Entschluß der Deutschen zum Angriff und zum Sturm, haben sie natürlich auch nicht gezweifelt. Aber dem stellte man in Gedanken die alte, wenn einmal erwacht, gewaltige englische Zähigkeit entgegen. Diese zeigen die Deutschen jetzt ebenso. Auch der Trost, daß sie mit furchtbaren Verlusten von den Deutschen bezahlt werde, verfängt dabei nicht mehr. Seit die eigenen Verluste an Offizieren fühlbar werden, räumt man offen und trauernd ein, daß diese Verluste ganz außerordentlich seien. Und das, dies Gefühl — wir wollen noch gar nicht sagen — der militärischen Schwäche, aber die sich aufdrängende Einsicht, daß die Deutschen zu Lande und zu Wasser stärker sind, als England geglaubt hatte —, das ist heute die Hauptsache. Darum kommt jeder Deutsche von der Front im Westen mit

solcher Zuversicht zurück, die sich von da immer weiter mitteilt, daß jener Anspruch Englands, allein seebeherrschend zu sein, nicht nur bestritten, sondern auch gebrochen werde, daß in diesem Kampfe, wie man es ganz gut ausgedrückt hat, gegen den Vormund Europas das mündige Mitteleuropa sich durchsetzt.

Es ist noch ganz die alte englische Praxis, wenn jetzt Portugal auch in den Krieg hereingezerrt wird. Man merkt der gewundenen Rede seines Premierministers in der entscheidenden Kongreßsitzung am 23. November an, welcher Druck trotz des alten Bündnisses dazu noch nötig war. Seit über 200 Jahren, seit dem berühmten Methuenvertrage von 1703, ist Portugal der Vasall Englands geworden und hat in dieser wahrhaftigen »societas leonina« seine politische Selbständigkeit und seine wirtschaftliche Kraft völlig eingebüßt. Vor 400 Jahren eine der größten Kolonialmächte der Welt: denken wir an die Könige Johann II., Emanuel I., heute ein armseliges, durch und durch korruptes, von inneren Erschütterungen zerrissenes Land — ohne Übertreibung ist der Historiker berechtigt, zu sagen, daß das Englands Schuld ist. Der englische Handel und die englische Politik haben das Land seit je als ihre Domäne behandelt und ausgenutzt. Wozu es nun auch noch gezwungen wird, in den Krieg einzutreten, ist nicht recht klar. Höchstens, damit es die deutschen Handelsschiffe beschlagnahmt, die in seinen Häfen Schutz gesucht haben. Denn das bestehende Bündnis mit England gab diesem doch schon alles, was es sonst brauchte. Es hat schon im Burenkriege den ostafrikanischen Kolonialbesitz Portugals benutzt, um von da Truppen zum Entsatz von Mafeking zu schicken. Das Bündnis gewährt ihm als Stützpunkt alle Besitzungen Portugals über See und die Häfen des berühmten strategischen Dreiecks Lissabon — Punta Delgada — San Vincent, das den Eingang zum Mittelmeer und die Route zum Kap der guten Hoffnung zugleich beherrscht. Und Portugal war schon im Frieden — das hat der Standard gesagt — nur noch ein „Supplement" des britischen Reiches.

Portugals Unglück in der letzten Zeit war, daß die Heiratspolitik Eduards VII. hier nicht, wie in Spanien und Norwegen, zum glücklichen Abschluß gedieh. Sonst hätte England die Revolution vom 4. Oktober 1911 sicher verhindert und König Manuel, wenn er Mann einer englischen Prinzessin geworden wäre, auf dem Throne gehalten. Auf einen grünen Zweig wäre das Land damit auch nicht gekommen. Aber es wäre doch nicht so völlig in das politische Chaos geraten, in das es ein gutes halbes Dutzend republikanischer Ministerkabinette glücklich hereingesteuert haben. Nun wird es in dieser inneren Unordnung, die nur auf eine monarchistische Reaktion zu warten scheint, im halben Bankerott, in den Krieg hineingezogen. Sein Heer wird auf den Kriegsschauplätzen nichts bedeuten. Was davon überhaupt dahin kommen kann, trägt die Spuren der

allgemeinen Zerrüttung auch an sich. Die einzige Folge für uns ist, daß nun die Bewegung in Südafrika auf die portugiesischen Kolonien keine Rücksicht mehr zu nehmen braucht — ob daraus für Portugal ein Vorteil entspringen wird, ist wohl billig zu bezweifeln.

Es ist nicht zu umgehen, daß an dieser Stelle immer und immer wieder die orientalische Frage erscheint. Denn in ihr ist noch nicht an allen Stellen die Politik in den Krieg umgeschlagen. Und daher lastet auf der ganzen Balkanhalbinsel eine aufs höchste gespannte Atmosphäre, die, wie wir annehmen möchten, auch den verantwortlichen Männern dort unten bald unerträglich werden muß. Um so größere Bedeutung gewinnt jetzt der österreichische Feldzug in Serbien. Er hat nunmehr die strategische Linie der Kolubara (Nebenfluß der Save) überschritten und rückt im Norden von zwei Seiten auf Belgrad, nach Südosten ins Tal der Morawa auf Nisch zu. Daß die österreichische Armee damit die beiden Zentren Serbiens ernstlich bedroht, betont die russische Presse immer wieder, die die Lage Serbiens als fast verzweifelt schildert. Gleichzeitig machen die Albanier mobil. „Die Zeit ist gekommen, ein Albanien ohne Üsküb, Prizrend, Djakowa, Dibra, Kalkandelen ist undenkbar. Der Kalif hat den Heiligen Krieg erklärt, wir werden im Namen des Kalifen Rache nehmen. Wir kämpfen Schulter an Schulter mit den Verbündeten unsres Kalifen, mit Österreich-Ungarn." So heißt es in einem Manifest vom 23. November, das von Prenk Bib Doda und andern albanischen Führern unterzeichnet ist. Fürst Trubezkoj, der neue russische Gesandte in Nisch, findet mithin eine sehr schwierige Lage vor. Sie wird für ihn infolge der vom Grafen Tisza begonnenen rumänischen Politik in Ungarn noch schwieriger, die beim Aufenthalte des Grafen im Hauptquartier des Deutschen Kaisers unzweifelhaft in ihrer vollen Bedeutung gewürdigt worden ist, und durch eine riesige Kundgebung der Rumänen in Suczawa (Südbukowina) am 22. November, die unter Beteuerung der Treue zu Österreich den rumänischen König aufforderte, „in Verteidigung unsres Volkstums an der Seite der österreichisch-ungarischen Armee zu kämpfen". Die europäische Bedeutung eines deutsch-madjarisch-rumänischen Zusammenschlusses wird hier also ebenso erkannt wie in Berlin. Entsprechend wird der russische Druck auf Rumänien immer stärker; die Birschewyja Wjedomosti sind bereits (22. November) sicher, daß Rumänien in etwa zwei Wochen hervortreten, Siebenbürgen besetzen und Truppen nach Orsova senden wird, um Serbien zu entlasten, so lange müsse dieses noch aushalten. Aber die dazu nötigen sog. „Kompensations"-Verhandlungen kommen nicht vom Fleck.

Am einfachsten liegen die Dinge für Griechenland. Das erhält Epirus und denkt dann nicht daran, Serbien, seinem alten Freunde, zu Hilfe zu kommen. Bulgarien aber will mehr als die Vertragsgrenze von 1912. Dabei ist noch nicht einmal die Rückkehr zu diesem Vertrage durchgesetzt, dessen Wort-

laut und Karte die Rjetsch (19. November) veröffentlicht; der Wortlaut war ja bekannt, die Karte, wenn wir uns recht erinnern, nicht. Darum drehen sich jetzt die Verhandlungen, mit denen solche in Bukarest parallel laufen. So geht eine starke Bewegung durch die neutralen Staaten, wir haben aber nicht den Eindruck, daß das russische Ideal eines serbisch-bulgarischen Bundes und einer Erneuerung der russisch-bulgarischen Militärkonvention seiner Verwirklichung näher rücke.

Noch mehr verwirrt sich dies ganze Bild durch die Mitteilung des Petrogradski Kurjer, daß Italien nach dem Erwerb von Dalmatien und Albanien strebe und sich an die Spitze einer Balkanliga gegen den russischen Panslawismus stellen wolle. Uns ist unbekannt, wieviel oder wieweniger daran richtig ist. Aber die Schärfe, mit der das Petersburger Blatt solche und alle italienischen Balkanpläne abwies, zeigt, welch starker Gegensatz zwischen den italienischen und russischen Interessen im Orient besteht. So sind hier überall die Gegensätze zum Reißen gespannt. Wie sie zur Explosion kommen, hängt sehr stark von den kriegerischen Erfolgen der Türkei ab, die mit großer Tapferkeit vorangegangen ist, und deren Truppen bereits am Kanal von Suez stehen, vermutlich in El Kantarah eingerückt sind. Der Heilige Krieg, im Fetwa des Scheich ül Islam, des obersten Geistlichen der Türkei, feierlichst verkündet, durchzittert jetzt die mohammedanische Welt. Wie elektrische Schwingungen pflanzen sich diese Aufrufe fort, elementare Volksgefühle wachrufend, und im Reflex werden die Erörterungen immer nervöser, die zwischen englischer und russischer öffentlicher Meinung über die Zukunft der Türkei und der Meerengen hin und her gehen. Große Bewegungen rauschen fürwahr um unsre deutschen Soldaten, die da unten Schulter an Schulter mit den türkischen Kameraden kämpfen. Jetzt möge Colmar v. der Goltz, zum Hauptquartier des Sultans berufen, die Früchte seines mit zäher Tatkraft verfolgten Lebenswerkes ernten!

An sich scheinen uns heute die inneren Verhältnisse der Vereinigten Staaten wenig von Interesse. Aber bedenken wir ihren wachsenden Gegensatz zu Japan, so ist es nicht gleichgültig, wie es um den Panamakanal steht und wer in der Union politisch herrscht. Darum sei das Ergebnis der Neuwahlen vom Anfang November mitgeteilt. Der Senat war zu einem Drittel zu erneuern und zählt jetzt 59 Demokraten, 36 Republikaner, 1 Progressisten. Das Repräsentantenhaus war ganz neu zu wählen und zählt statt 290 nur noch 227 Demokraten, statt 130 Republikaner 200 und statt 15 Progressisten 8. Die von Roosevelt begründete neue Partei hat eine völlige Niederlage erlitten und ist, eigentlich noch vor ihrer Geburt, erledigt. Damit ist die demokratische Mehrheit von 145 auf 19 gesunken. Ebenso haben die Gouverneurwahlen im Staate New York mit einem vollen Siege der Republikaner über die Demokraten geendet. Dieser Ausgang ist für den Präsidenten Wilson eine

peinliche Überraschung, denn er hatte sicher auf einen günstigen Ausfall gerechnet. Das Gegenteil ist ja zunächst auf innere Gründe zurückzuführen. Namentlich wirft man dem neuen Tarifgesetze vom Oktober 1913, das die Zollsätze herabsetzte, vor, daß es eine Masseneinfuhr aus dem Auslande, Depression und Arbeitslosigkeit im Inlande verursacht habe. Die Notwendigkeit, die durch den Krieg verschuldeten Zollausfälle durch Kriegssteuern von rund 100 Millionen Dollar zu decken, ist natürlich nicht des Präsidenten Schuld, aber man empfindet sie durch sein Zollgesetz stärker. Noch mehr Widerspruch fand indes seine und seines Staatssekretärs Bryan Politik gegen Mexiko, die unklar und unrühmlich erschien. Jetzt steigt also wieder die republikanische Welle; diese Partei hofft die Mehrheit im Kongreß und den Präsidentensitz wiederzugewinnen. Die Republikaner waren aber, wie man weiß, immer die bewußten Imperialisten, sie halten nichts von den papiernen Schiedsgerichtsverträgen, auf deren Abschluß, noch im Donner des Krieges, Bryan so stolz ist. Nimmt der republikanische Einfluß zu, so wird auch bald der Ton gegen Japan schärfer werden. Dann aber ist es nötig, daß der Panamakanal absolut zur Verfügung steht. Das ist noch nicht der Fall, denn am 14. Oktober und 2. November sind offiziell wieder große Erdrutsche gemeldet worden, am Culebraausschnitt; sie haben die Durchfahrt zeitweilig zu suspendieren gezwungen. Übrigens haben vom 15. August bis 1. Oktober 81 Schiffe den Kanal passiert, davon im September 27 englische und 25 amerikanische, und haben 1 400 000 Mark Kanalgebühren gebracht.

Ist der große Krieg, den wir führen, ein Krieg der Rassen? Diese Frage hat recht zur Unzeit ein Artikel von Georg Wegener in der Kölnischen Zeitung wieder aufgeworfen, in dem der Krieg Deutschlands als Kampf um „die gemeinsame Sache der germanischen Nationen", vor allem gegen das Slawentum, bezeichnet wird. Mit Recht hat das in Österreich, in dessen Heere Hunderttausende von Slawen doch mittelbar auch gegen das germanische England kämpfen, Kopfschütteln hervorgerufen. Man lasse diese Formulierung vom Gegensatze des Germanen- und Slawentums besser ganz beiseite! Sie ist unklar und schädlich, dazu setzt sie zu Ende gedacht eigentlich die Auflösung des uns verbündeten Österreich-Ungarn voraus und erkennt im Grunde dann — die innere Berechtigung des Panslawismus an. So einfach liegen die tatsächlichen Gegensätze nicht, daß sie mit einer solchen theoretischen Formel zu umfassen wären. Das hat auch Sven Hedin, an den sich Wegeners Artikel („Sven Hedin und dessen Schlachtruf" heißt er) direkt wendet, gar nicht im Sinne. Mit ihm, der sich jetzt so entschieden zu Deutschland bekennt, verbindet uns das tief innerliche Gefühl der Gemeinsamkeit germanischer Kultur. Aber sein praktisches Ziel ist wie das unsre und wie es in den Beziehungen der Staaten gar nicht anders sein kann, politisch: der Gegensatz gegen den russischen Macht-

ehrgeiz, der Schweden bedroht, wie er Deutschland und Österreich angriff. Gegen den, für das politische Gleichgewicht, das Rußland und England schon im Frieden störten, fechten wir, und in diesem Kampfe, der ihnen die Freiheit eigener Erstarkung und Kulturentfaltung sichern soll, kämpfen Deutsche und Magyaren, Westslawen und Ruthenen und Osmanen Schulter an Schulter nebeneinander. Unter dem Schlagworte des Kampfes der Germanen mit den Slawen aber kann man sich etwas Reales nicht denken, und da es bloß Verwunderung oder gar Verstimmung erregen kann, soll man seine Verwendung, so gut es klingen mag, völlig vermeiden.

4.

(Belgrad — Italien — Der Dreibund)

9. Dezember 1914

Wie wenig die große Politik ruhen kann, während die Waffen reden, hat die letzte Woche recht eindringlich gezeigt. Die Rede des Reichskanzlers vom 2. Dezember samt den Mitteilungen der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung (1. Dezember) über die Vorbereitungen Englands zum Krieg in Belgien, die Erklärungen des Grafen Tisza und des Ministerpräsidenten Salandra, die Ernennung des Fürsten Bülow zum stellvertretenden Botschafter in Rom — das waren politische Ereignisse von großer Bedeutung, die sich unmittelbar aus den Kriegshandlungen ergaben und diese wiederum bestimmen werden. Und auch die Waffentat, die die 5. österreichisch-ungarische Armee zum 2. Dezember ihrem Kaiser darbrachte, die Besetzung von Belgrad hat vornehmlich politische Bedeutung.

An der serbischen Grenze begann der Krieg überhaupt, und es gab genug Leute, die aus der Ferne erwarteten, daß die österreichisch-ungarischen Truppen gleich in der letzten Juliwoche in Belgrad einrücken würden, das dem ungarischen Semlin gerade gegenüber liegt. Aus guten Gründen, die heute auch öffentlich besprochen werden können, hat das die Heeresleitung unsres Verbündeten nicht getan, sondern das mühselige und methodische Vorgehen von Westen her durch die Berge vorgezogen. Denn erst dann wurde, wie militärisch gar nicht näher begründet zu werden braucht, die Besetzung Belgrads ein wirklicher militärischer und politischer Erfolg. Dessen kann sich nun das österreichisch-ungarische Heer freuen und wir freuen uns von ganzem Herzen mit ihm. Verweilen wir noch einen Augenblick bei diesem serbischen Feldzuge, dessen erster Akt mit der Überschreitung der Kolubaralinie und der Einnahme Belgrads beendet ist, ist ihm doch, militärisch wie politisch gleich sehr zu Unrecht, bei uns oft nur nebensächlich Aufmerksamkeit geschenkt worden. Aber das Urteil über ihn ging sehr in die Irre, das ihn gering anschlug und ihn isoliert betrachtete.

Österreich begann den Krieg hier durchaus offensiv und sein Vorgehen hatte schon zu siegreichen Kämpfen jenseits der Drina, des Grenzflusses zwischen Serbien und Bosnien, und zur Einnahme von Schabatz in der Nordwestecke Serbiens geführt. Aber die Offensive mußte abgebrochen werden, weil der Kriegsschauplatz in Galizien die Hauptmacht erforderte. So mußte man sich zunächst auf die Defensive gegen serbische Einbrüche nach Norden, nach Syrmien (Ostkroatien) und Westen, nach Bosnien, beschränken. Auch gegen Montenegro behielt der Krieg nur den Charakter des Grenzkampfes. Erst allmählich konnte die Offensive wieder aufgenommen werden, in der nach mühseligen und heldenhaften Kämpfen in Gebirge und Sumpf die unter dem Befehl des Feldzeugmeisters Potiorek stehende 5. und 6. Armee von Westen her am 16. November die Linie der Kolubara, eines direkt von Süden der Save zuströmenden Nebenflusses, erreichten. Dann fiel wie eine reife Frucht am 2. Dezember Belgrad der österreichischen Invasion in den Schoß. Erst eine spätere Zeit wird ihren Taten voll gerecht werden können, besonders da der serbische Widerstand zäh und grausam und ganz und gar nicht zu unterschätzen war. Aber er vermochte sich trotz der Gunst des Geländes nicht gegen das — so nannten wir es schon — methodische Vorrücken des Gegners zu behaupten. Freilich ist die Arbeit auch jetzt noch keineswegs ganz getan. Aber ein wesentlicher Abschnitt ist erreicht, und wir haben keinen Grund, den Schilderungen der russischen Presse nicht zu glauben, die den Zustand ihres serbischen Bundesgenossen sehr düster darstellt. Das weitere Vorgehen wird allerdings dadurch erschwert, daß es zwei Richtungen und Ziele haben muß. Die nächste Aufgabe ist ja der Vormarsch nach Südosten und Süden in das Tal der Morawa, nach Kragujewatz und Kruschewatz und auf Nisch. Denn diese Stadt ist jetzt das Regierungszentrum des Landes. Aber zugleich muß der Angriff auch östlich und nordöstlich mit Erfolg vorgetragen werden, damit baldmöglichst Serbien und Rumänien voneinander getrennt werden und die Verbindung Wien—Konstantinopel ohne Unterbrechung gegeben ist.

Um nun aber zu fragen, was Belgrads Fall wirklich bedeutet und bedeuten muß, beleben wir die Erinnerungen an die früheren österreichischen Waffentaten, die sich an diese Stadt knüpfen. 1688 ist sie zuerst von habsburgischen und Reichstruppen erstürmt worden, aber noch im gleichen Jahre wieder verloren gegangen. 1717 hat sie, wie bekannt, Prinz Eugen erobert, und der Passarowitzer Frieden von 1718 wies sie Österreich zu. Aber man verstand dort bald nicht mehr den großen politischen Wert, den Prinz Eugen mit vollem Bewußtsein in Belgrad seinem Adoptivvaterlande gewann. Im Belgrader Frieden 1739 ist sie samt Schabatz und Orsova wieder an die Türken abgetreten worden. Seitdem hat sich Österreich bis zum Grafen Andrassy einer aktiven Orientpolitik völlig begeben, denn der Krieg Josefs II. gegen die Türkei, in

dem Laudon Belgrad wiederum eroberte, war nur eine Episode. 1791 ist die Stadt an die Türken zurückgegeben und erst 1867 von ihnen geräumt worden. Seit 1807 war sie Sitz der serbischen Regierung, deren Unabhängigkeit die Türkei erst 1834 anerkannte. Durch die Orientpolitik Andrassys und Aehrenthals ist dann Österreich der westliche Nachbar Serbiens geworden, das im letzten Jahrzehnt unter russischer Einwirkung sein erbitterter Feind wurde. Jetzt stehen die Österreicher wieder in seiner Hauptstadt, um die die Erinnerung an großen Waffenruhm und an große politische Schwäche Österreichs schwebt. Sofort hatte das Volk, das Kaiser Franz Josef zu den Fahnen rief, diese Zusammenhänge auch instinktiv begriffen, die im Worte Belgrad lebendig werden: vom ersten Mobilmachungstage an erklang in Österreichs Gauen überall das Lied vom Prinzen Eugen, dem edlen Ritter. Das war kein Zufall, sondern das sichere Empfinden, daß jetzt mit diesem serbischen Feldzuge, der Österreich frevelhaft aufgedrungen wurde, eine gründliche Vereinigung alter Klagen und Übelstände und eine Erfüllung positiver Absichten und Wünsche Österreich-Ungarns an der unteren Donau und auf der Balkanhalbinsel erfochten werden müsse. Dafür wirkt der Fall der serbischen Hauptstadt, dieses alten Verschwörernestes, in dem jahrelang die schlimmsten Intrigen auf der daran wahrlich nicht armen Balkanhalbinsel gesponnen wurden, beflügelnd und befreiend. Er mahnt und ruft wieder ins Gedächtnis, was in der verwirrenden Fülle der Erregungen und Eindrücke der ersten Kriegsmonate bei uns wie auch in Österreich schon allzusehr in den Hintergrund treten wollte, daß hier, an der serbischen Frage, an den Machtgegensätzen der Großmächte in der Orientpolitik der ungeheure Krieg ausgebrochen ist. Militärisch sind die Kriegsziele unsres Verbündeten in Serbien heute ja ganz deutlich. Noch ist es nicht Zeit zu fragen, wie sie dort politisch im einzelnen zu fassen sind, aber daß auch große politische Kriegsziele für Österreich-Ungarn, seine wichtigsten Kriegsziele dort liegen, das bringt der Fall Belgrads nachdrücklich in Erinnerung. Und Prinz Eugen, der Belgrad gerade vor zwei Jahrhunderten eroberte, handelte mit dieser Tat nicht nur als großer Feldherr, sondern auch als weitschauender Staatsmann, der Österreich-Ungarn am Laufe der unteren Donau ganz bestimmte Zukunftsziele wies.

Daß gleich mit der Besetzung Belgrads Gerüchte von einem Sonderfrieden, auf den Serbien hinarbeite, auftauchten, haben wir nicht ernst genommen. Auch nicht die Mitteilung des Daily Chronicle (27. November) auf Grund von Schweizer Meldungen aus Budapest, daß die ungarische Unabhängigkeitspartei in einer Versammlung unter Leitung von Apponyi, Karoly u. a. sehr lebhaft diesen allgemeinen Wunsch nach Frieden ausgesprochen habe; ein Deputierter der Kossuthpartei habe dabei sogar gefordert, den Frieden selbst gegen den Willen Deutschlands zu machen. Graf Apponyi hat diese

tendenziösen Meldungen selbst dementiert: ein Friedensschluß sei ausgeschlossen vor Erkämpfung eines vollen Erfolges, der allein einen dauernden Frieden sichert. Damit hat er dasselbe ausgesprochen, wie der deutsche Reichskanzler und wie zwei Tage vor diesem der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza, der am 30. November im Reichstage zu Budapest die sehr wohlabgewogenen Worte sagte: „Diesen Kampf müssen wir ohne Zagen, ohne Zaudern, ohne Kleinmut fortsetzen, bis er für die Nation die bleibenden Vorbedingungen der künftigen Sicherheit schafft." Diese aber sind frühestens auszudenken, wenn Serbien völlig zu Boden geworfen ist.

Unter dem Eindrucke der österreichisch-ungarischen Waffentaten verstärkt sich nun die Erwartung immer mehr, daß sich die ungeheure Spannung in Sofia und Bukarest — das sind ja die beiden Hauptzentren — bald im Entschlusse zur Tat entladen muß. Wir brauchen heute das darüber vorliegende diplomatisch-publizistische Material nicht aufzurühren. Denn es verändert das vor acht Tagen gezeichnete Bild nicht. Nur hat es jetzt auch das Reutersche Bureau für angezeigt gehalten, einen Wink zu geben: Bulgarien und eine Erneuerung des Balkanbundes! Das ist ein Zeichen, daß auch England gern eine Lösung herbeiführen möchte, zu der die Veranlassung für es ja auf der Hand liegt. Denn allmählich werden die Erörterungen zwischen England und Rußland über die Meerengenfrage in den beiderseitigen Zeitungen ersterem peinlich, zumal sie jetzt mit dem großen deutschen Offensivstoß gegen die russische Armee zusammenfallen. Die Times brachte am 19. November einen Artikel: „England und seine russischen Bundesgenossen", auf den am 29. die Rjetsch äußerst vorsichtig, aber so antwortete, daß man die „in dieser Beziehung möglichen Mißverständnisse" (so sagte die Rjetsch) recht deutlich zwischen den Zeilen liest. Auf beiden Seiten macht man sich nämlich klar, daß die Erwartungen, mit denen die Ententegenossen in den Feldzug gingen, an der deutschen Feldherrnkunst und Tapferkeit gescheitert sind. Man dachte im Westen das deutsche Heer zu schlagen, während die Russen nach Berlin rückten; statt dessen steht die deutsche Armee auf belgischem und französischem Boden, bedroht die englische Küste und ist mit ihrem Bundesgenossen zusammen sogar zu einem Angriffsstoß auf die Russen imstande. So verlegt die englische Feldzugskritik jetzt die Entscheidung nach dem Osten, die dann ihrerseits den Engländern und Franzosen erst Luft mache. Sofort fragte man dagegen auf russischer Seite, wie man dazu komme, die Last allein zu tragen, ursprünglich sei es doch anders verabredet gewesen. Das wird den kritischen Bemerkungen der Times über den russischen Verbündeten von der Rjetsch mit großem Wortaufwand und Drumherumreden entgegengehalten. Schließlich aber sagt sie ganz brüsk: „Man frage einen solchen ‚zweifelnden' (an Frankreich und England nämlich) Russen, und er wird sagen, daß wir im gegenwärtigen

Kriege gerade herausgesagt arbeiten »pour le roi d'Angleterre« und für die französische Republik, daß wir mit Deutschland tatsächlich nichts zu tun haben, und daß unser russisches Interesse direkt den schleunigsten Abschluß des Friedens fordert." Solche Auseinandersetzungen duldet die russische Zensur, die sonst gerade der kadettischen Rjetsch sehr auf die Finger sieht (sie ist eben wegen eines Artikels über den Kaukasus auf Zeit verboten worden) — das läßt nicht auf völlige Einigkeit zwischen den Bundesgenossen schließen.

Um so mehr blicken sie beide auf die Haltung Italiens, die man für sich doch noch zu bestimmen hofft, wenn es gelingt, Rumänien an den Dreiverband heranzuziehen. Die Rede, in der am 3. Dezember der Ministerpräsident Salandra die Politik seines Kabinetts unter allgemeiner Zustimmung festlegte, hat aber nur die bisherige neutrale Haltung Italiens erneut verkündet. Es ist freilich bereits eine „tätige und wachsame", eine „stark gewappnete" Neutralität, von der der Schritt zum Eintritt in den Krieg nicht mehr allzugroß ist. Denn — die Worte Salandras, die vielleicht einmal historische Bedeutung gewinnen, seien hierher gesetzt — „Italien besitzt in den Ländern und Meeren des alten Erdteils, dessen politische Gestaltung vielleicht im Begriffe ist, sich zu verändern, vitale Interessen, die es zu schützen, und gerechte Ansprüche, die es zu bekräftigen hat. Es muß seine Stellung als Großmacht behaupten und sie nicht nur unversehrt erhalten, sondern auch so, daß sie nicht durch die möglichen Vergrößerungen andrer Staaten relativ gemindert werde." Das ist unzweifelhaft eine staatsmännische Formulierung. Wer mit Gefühl und Stimmung Politik macht, dem wird sie freilich ungenügend und zugleich anspruchsvoll erscheinen. Aber sie entspricht genau den Interessen Italiens und widerspricht nicht der Tatsache, daß der Dreibund trotz der Neutralität Italiens heute noch besteht. Italien hat sich, wie das englische Weißbuch zeigt, bemüht, den Ausbruch des Weltkrieges am serbischen Konflikt zu verhindern. Sein Bemühen scheiterte an der Ablehnung, die San Giulianos Vorschlag bei Sir Edward Grey fand. In den Krieg einzutreten, verlangte sein — bekanntlich nicht veröffentlichter — Bundesvertrag nicht, verbot die Gefahr, die gegenüber den englisch-französischen Flotten in der Küstengestaltung des Königreichs liegt. Darum blieb man neutral. Nun ist aber Italien ein innerlich immer mehr erstarkendes Volk und Staatswesen, das unzweifelhaft berufen ist, nach Spanien und Frankreich die Führung des Romanentums zu übernehmen. Es will daher seine Stellung als Großmacht nicht nur behaupten, sondern sie nicht einmal durch mögliche Vergrößerungen andrer Staaten relativ gemindert sehen. Das klingt zunächst für unsre Seite im Kampfe bedenklich. Denn das heißt, daß Italien, worüber ja auch ein älteres Abkommen zwischen ihm und Österreich vorliegt, für einen Machtzuwachs Österreichs auf der Balkanhalbinsel Kompensationen fordern würde. Gewiß ist das eine Schwierigkeit, die

mit ihrem latenten starken Gegensatz zwischen unsern beiden Bundesgenossen nicht nur in der albanischen Frage schon im Frieden unangenehm war. Aber das rückt heute, da alle europäischen Großmächte außer Italien gegeneinander im Kriege stehen, in ein andres Licht.

Der italienische Staatsmann, der obigen Satz prägte, weiß ganz genau, daß italienische Großmachtspolitik in dem Sinne, wie sie ihm und seinem Könige vorschwebt, Seemachts- und Mittelmeerpolitik heißt. Ob die Richtungen dabei mehr nach Süden oder mehr nach Osten oder nach beiden zugleich gehen, ist weniger wichtig. In jedem Falle muß ein mächtiges Italien in anderm Sinne als bisher Mittelmeermacht werden, und das kann es nur im Gegensatz gegen Frankreich und England. Daß das Mittelmeer bei guten Beziehungen zwischen diesen beiden nichts als eine französisch-englische Domäne ist, fühlt Italien mit seiner Dampferflotte von 700 000 Tonnen und einem Schiffsverkehr von 19 Millionen Tonnen in seinen Häfen jetzt empfindlich und demütigend. Ein Italien, das europäische Politik macht, kann neutral bleiben, vielleicht auch dann in den Friedensverhandlungen ein Stück Albanien für sich herausschlagen. Aber ein Italien, das See- und Kolonialmacht sein will — und der stärkste Wille dazu lebt in ihm —, bleibt durch den Druck der eigenen Lage an den Bund mit Österreich und Deutschland herangedrängt und kann vom Siege der Türkei für sich weiteres hoffen. Denn wenn die deutsche Seemacht den Anspruch Englands auf die unbedingte Herrschaft zur See zu brechen vermag, bricht sie damit auch den auf die Herrschaft im Mittelmeer. Ebenso ist die Abrundung und Ausdehnung der kolonialen Stellung in Nordafrika nur mit den deutsch-österreichisch-türkischen Siegen gegen Frankreich und vor allem England durchzusetzen, wie jeder Blick auf Tunis, Libyen, Ägypten oder auch nur Solum zeigt. Solange England die bekannten Stationen von Gibraltar bis Cypern in der Hand hat und die im Mittelmeer vereinigte französische Kriegsflotte tatsächlich nur einen Teil der englischen Seemacht bildet, bleiben die Großmachtpläne Italiens mehr oder minder Träume. Denn alle Expansion bleibt für es abhängig von den englisch-französischen Schiffsgeschützen. Das sind feststehende Grundtatsachen der italienischen Politik. Denkt man sie sich durch, dann wird ihre bisherige Haltung auch ganz deutlich und verständlich. Ob sie die Folgen bringen, die wir Italien und uns wünschen, hängt davon ab, inwieweit die jetzt am Ruder befindlichen Staatsmänner, Salandra und Sonnino, Herr über die öffentliche Meinung ihres Landes in allen ihren Teilen bleiben, und natürlich vom allgemeinen Fortgang der Kriegsereignisse.

Wir hatten uns etwas zu sehr daran gewöhnt, den Dreibund als eine geschlossene politische Einheit zu betrachten, was er kaum im ersten Jahrzehnt seiner Existenz, seit Ausgang der neunziger Jahre aber sicherlich nicht mehr

war. Und es war natürlich ein Irrtum, die politischen Beziehungen zu Italien schließlich mit demselben Gefühlsinhalt zu füllen oder gefüllt zu glauben, der unsern Bund mit Österreich trug und immer tiefer im Volksbewußtsein verankerte, oder zu meinen, die starken geistigen Verbindungen der in ihrer Entwicklung so verwandten Reiche Deutschland und Italien brächten ohne weiteres auch sich deckende politische Interessen mit sich. Wie verwickelt aber Beziehungen zwischen zwei Staaten sein können, wurde uns nun klar, als Italien neutral blieb. Darum begrüßen wir es auf das lebhafteste, daß jetzt Fürst Bülow berufen wurde, diese komplizierten Beziehungen im Interesse Deutschlands zu pflegen. Er kennt nicht nur politisch den Boden wie kein andrer deutscher Staatsmann, sondern er lebt auch in jenen geistigen Beziehungen zu Italien, die ja keinen unmittelbaren politischen Münzwert haben, aber als Untergrund des Verkehrs doch auch in politischer Richtung nützen. Darum sind jetzt in seiner Hand unsre Interessen in Rom am besten aufgehoben. Nur möge man bei uns das eine nicht vergessen, daß jene Grundtendenzen der italienischen Politik, mit denen Fürst Bülow als neuer Botschafter zu arbeiten hat und die ihm vertraut sind wie keinem deutschen Diplomaten, von sich aus gar keine Eile haben, den italienischen Staatsmann zu noch bestimmterer Stellungnahme zu veranlassen.

5.

(Die Flotte Englands und Frankreichs — Die Vereinigten Staaten — Rußland)

16. Dezember 1914

Vor einigen Tagen ist der amerikanische Admiral Mahan gestorben. Seine marinegeschichtlichen Werke sind auch in Deutschland weit bekannt geworden, als unser Kaiser das große Werk begann, dem deutschen Volke eine Kriegsflotte zu schaffen. Damals ist namentlich Mahans Buch: „Der Einfluß der Seemacht auf die Geschichte" im Auftrage des Reichsmarineamts ins Deutsche übersetzt worden, und diente dazu, uns Verständnis für Seekrieg und Seepolitik, für den mächtigen Einfluß der Seegewalt (das uns heute so geläufige, damals wie neu empfundene, Wort Seegeltung besagt genau das, was Mahan mit sea-power meinte) auf die Geschichte zu mehren. Da ist es nun wirklich für ihn ein bemitleidenswertes Ende, daß seine Lehren der englischen Öffentlichkeit als Schwurzeugen der heutigen Seekriegspolitik Englands dienen müssen. Mahan hat ihr selbst kurz vor seinem Tode bescheinigt, daß sie „richtig, absolut richtig sei", und sich in Lobeserhebungen über ihre „notwendigerweise weithin defensive Haltung" ergangen. Es hat also dem alten Seemann aus Parteilichkeit für England nichts ausgemacht, seinem

ganzen wissenschaftlichen Vermächtnis ins Gesicht zu schlagen. Denn das ließe sich sehr lehrreich auch im einzelnen auseinandersetzen, wie diese Seekriegspolitik Englands von heute gerade seinen Lehren widerspricht und alles ruhmredige Selbstlob die Tatsache nicht mehr verhüllt, daß man die angeblich alles beherrschende Seegewalt nicht mehr voll besitzt. Im Mittelmeer mit all seinen England so wichtigen Positionen muß es deren Schutz der französischen Flotte überlassen, und auf dem Weltmeere wird es, gleich zu gleich, empfindlich geschlagen, ehe es endlich mit weit überlegenen Kräften unsre Panzerkreuzer zum Sinken bringen konnte. Und nicht mit eigenen Kräften wurde dieser „Sieg" bei den Falklandsinseln am 8. Dezember erfochten: „Zum großen Teil verdankt es diesen entscheidenden Erfolg der kräftigen, unschätzbaren Hilfe der japanischen Flotte", so hat Mr. W. Churchill dem Marineminister Japans telegraphiert. Würden sich nicht Englands große Seehelden der Vergangenheit, Rodney und Nelson und die vielen andern, dieses Sieges schämen? Ja, uns ist weh um unsre Helden, die so auf den Wogen des Ozeans dem überlegenen Gegner unterliegen mußten, um die vielen Hunderte junger Leben, die da untergingen, um diesen Admiral Grafen Spee, der mit zwei Söhnen den Tod in den Fluten fand. Aber sie haben bei Coronel und bei den Falklandsinseln doch den großen Seekriegsruhm Deutschlands begründet. Umsonst ist keiner gestorben von diesem unsern im Meere versunkenen Kriegsgeschwader. Denn nochmals: der Satz von der absoluten Herrschaft Englands zur See gilt nicht mehr, das hat unsre Kriegsflotte schon in diesen ersten Kriegsmonaten zuwege gebracht, dafür danken wir ihr und dem Kaiser, der sie uns geschaffen hat.

Die Tat des Verbündeten hat den französischen Marineminister Augagneur nicht ruhen lassen. Deshalb hat er in einem Interview an den Petit Parisien auseinandergesetzt, daß die französische Flotte (von der man bisher überhaupt noch nichts gehört hat) „alles, was von ihr zu erwarten war, erfüllt hat. Nach vier Monaten Kriegführung ist sie absolut intakt. Sie ist bereit. Wir hätten ja die schutzlosen Städte Triest und Ragusa zerstören (!) können, aber wir sind keine Germanen." Muß man nicht über diese Rodomontade trotz des Ernstes der Zeit nur lachen? Sind auch in Frankreich die stolzen Seekämpfe, die gerade Mahan beschreibt, die Schlachten der französischen Admirale Suffren und de Grasse vollständig vergessen? Freilich, diese wurden gegen die englische Flotte geschlagen, heute aber — während Spanien und Italien neutral sind! — hütet man dem alten Gegner das Mittelmeer.

Aber, sagt Herr Augagneur, die deutsche Handelsflotte, im Frieden fast ein Viertel des Welthandels repräsentierend, liegt untätig im Hafen, der deutsche Handel existiert nicht mehr. Wie steht es mit dem englischen

Handel? Er betrug im November 86 1/4 Millionen Pfund gegen 87 1/4 im Oktober, das klingt noch ganz gut. Die Einfuhr wuchs sogar um 4 1/2 Millionen gegen Oktober, davon 3 1/4 an Nahrungsmitteln und 1 1/4 an Rohstoffen. Aber die Ausfuhr sank um 20 Millionen Pfund, d. h. um 45 v. H. gegen den Vormonat. Wie soll das auf längere Zeit ausgehalten werden? Nun sieht ja der Ertrag der Kriegsanleihe glänzend aus: 400 Millionen Pfund sind gezeichnet, also 50 Millionen (die übrigens auch einbehalten werden) mehr, als man haben wollte. Aber, wie schon öfter hervorgehoben, ist dieser Emissionserfolg ein Werk der Bank von England, nicht der Sparer und kleinen Zahler, der Zentralnotenbank des Landes, die einen großen Anteil der Anleihe nur durch die Emission des eigenen Papiergeldes aufbringt. Dieselbe Bank muß aber zugleich immer weiter den Bundesgenossen Kredit geben: nach Serbien und Belgien wollen jetzt Rußland und Japan auch darankommen, und sie sind in ihren Wünschen gar nicht bescheiden. Aus jeder ernsthaften Betrachtung der wirtschaftlichen Seite des Krieges klingt daher in England dieser Ernst sehr nachdrücklich durch, zusammen mit dem Gefühl der Ohnmacht, daß man den deutschen Handel zwar lähmen, aber nicht totmachen, noch weniger sich im Umsehen an seine Stelle setzen kann. In Manchester drückte das Prof. Foxwell, ein Londoner Staatswissenschaftler, ganz direkt so aus (24. November): „Der deutsche Handel ist nicht in einem Tage entstanden. Er stellt das Ergebnis von zwei Generationen mühsamer und intelligenter Arbeit dar, und wir können ihn nicht in einem Tage kapern. Wenn wir etwas wie den deutschen Respekt vor der Wissenschaft hätten, könnten wir Rivalen der Deutschen werden. Aber das können wir nicht in ein paar Monaten machen. Worauf wir also die größte Anstrengung verwenden sollten, ist, den Krieg so bald als möglich zu beendigen." Diese Einsicht kommt freilich für die Engländer jetzt zu spät.

Ihnen hat auch die markige, alles zusammenfassende Rede des deutschen Reichskanzlers vom 2. Dezember gezeigt, wie die deutsche Nation und Politik über England denkt. Was die englische Presse dagegen vorbringt, ist, auch wenn wir ganz objektiv urteilen, durchaus lahm oder artet in eine Schimpferei aus, die indiskutabel ist. Bemerkenswert erschien uns nur der Satz der Times: „Wir kämpften stets für das Gleichgewicht der Mächte. Blieb England dem Kriege fern, so zerbrach der Dreiverband, und wurde das Gleichgewicht für immer zerstört, es fielen alle Schranken der freien Entwicklung deutscher Kraft." Daß das das genaue Gegenteil der Wahrheit ist, werden unsre Gegner nur durch die Macht der Waffen einsehen; eine Diskussion darüber ist Zeit- und Papierverschwendung.

Aber rastlos geht die diplomatische Arbeit Englands weiter. Was davon in bezug auf Holland verlautete, ist noch nicht bestimmt genug, um besprochen

zu werden. Dagegen ist eine Aktion an andrer Stelle zum Ende gekommen. Am 10. Dezember suchte Sir Edward Grey die päpstliche Bestätigung für die Ernennung Sir Henry Howards zum englischen Gesandten beim Vatikan nach; der Kardinalstaatssekretär antwortete darauf, daß die Ernennung die Zustimmung des Papstes gefunden habe. Das ist nun ein sehr bedeutsamer Vorgang. Auch hier wirft England eine Jahrhunderte alte Tradition über den Haufen. England, das selbst immer seinen Charakter als protestantische Macht, oft in altmodischen Formen und Überresten, betonte, erkennt jetzt auch den päpstlichen Stuhl als Souverän an. Wie groß muß durch und nach dem Kriege die Verwirrung der durchaus konservativen englischen Gemüter, die so schwer eine Neuorientierung finden, werden, wenn erst gegen Japan alle eingewurzelte Überlieferung des Rassengegensatzes und jetzt gegen Rom die der religiös-kirchlichen Feindschaft kurzerhand preisgegeben werden! Aber heute rennen die rein politischen Motive alles andre nieder, und diese sind ganz klar. Sollte Italien doch noch in den Krieg gegen den Dreiverband eintreten, so bliebe dieser neue Gesandte trotzdem im Lande, was ohne weiteres sehr vorteilhaft ist. Auch denkt man wohl durch dies Mittel auf die eigenen Katholiken, die Iren, einzuwirken. Vor allem aber bringt man damit den Papst und Frankreich, das ja seine Beziehungen zum Vatikan abgebrochen hat, wieder mittelbar in Berührung. So ist dieser politische Schritt ohne Zweifel geschickt, zumal man auch in der Auswahl des Gesandten ebenso geschickt war: Sir Henry Howard, der übrigens ein alter Herr ist, ist Katholik und gehört zum Hause der Herzöge von Norfolk, d. h. zur vornehmsten katholischen Adelsfamilie Englands. Ob sich freilich alle diese Erwartungen in dem großen Ringen des Nationalhasses und der politischen Mächte von heute voll erfüllen werden, steht doch sehr dahin.

Am 8. Dezember hat der Präsident der Vereinigten Staaten die übliche Botschaft an sein Parlament gerichtet, die diesmal begreiflicherweise besonders aufmerksam zu lesen ist. Die Hauptstelle daraus ist diese: „Wir sind die Vorkämpfer von Frieden und Einigkeit und sollen auf diese Auszeichnung sehr eifersüchtig sein, gerade jetzt, weil es unsre teuerste Hoffnung ist, daß dieser Charakter und Ruhm, will es Gott, eine Gelegenheit bringt, wie sie selten einer Nation geworden ist — nämlich Frieden in der Welt anzuraten und zu erlangen mit Versöhnung und Heilung und Beilegung vieler Fragen, die die Freundschaft der Nationen abgekühlt und zerbrochen haben. ... Die Zeit ist nahe, da manche Staaten Europas unsre Hilfe und mannigfachen Dienste nötig haben werden, wie nie zuvor, und die Vereinigten Staaten wollen dazu bereit sein mit ihren Hilfsquellen, Energien, Produktions- und Verteilungsmitteln. Wir haben die Hilfsquellen, sind aber noch nicht völlig bereit, sie und die Mittel der Distribution zu brauchen." Deshalb erscheint Mr. Wilson

die Schaffung einer staatlichen Handelsmarine und die Erweiterung der militärischen Rüstung nötig, dagegen nicht die der Rüstung zur See, die mit der Frage abgemacht wird: „Wer soll uns denn jetzt sagen, was für eine Art Schiffe man bauen muß?" Die mexikanische Frage wird in der Botschaft überhaupt nicht erwähnt, aus naheliegenden Gründen.

Dieses Programm findet anscheinend Zustimmung, in Sachen der Vermehrung der Armee sicher, da dazu schon die Einsetzung von Garnisonen zum Schutze des Panamakanals zwingt. Amerika hat nominell 88 746 Offiziere und Soldaten, tatsächlich nicht über 65 000; die New York Times macht spöttisch darauf aufmerksam, daß die ganze Armee bequem in der neuen Fußballspielbahn der Universität Yale, die 70 000 Zuschauer faßt, Platz fände. Man verlangt eine vollzählige Armee und eine effektive Reserve, da der Ansatz dazu in der National Guard von 100 000 Mann nicht ausreicht. Dagegen scheint die Stimmung im Kongreß bezüglich der Flotte über die Wünsche des Präsidenten hinauszugehen. Heer, Flotte, staatliche Handelsflotte (die also endlich einem seit einem Jahrhundert bestehenden Mangel in der Union in dieser Form abhelfen soll) — unweigerlich werden die Vereinigten Staaten auf der auch ihr inneres Staatsleben verändernden imperialistischen Bahn weitergetrieben, obgleich Präsident Wilson es nicht will. Denn er ist innerlich durchaus Pazifizist und allem abgeneigt, was irgend nach „Militarismus" aussieht. Aber die Verhältnisse sind stärker als er. So ernst er sich darum bemüht, er vermag nicht die strikteste Neutralität in all und jedem festzuhalten, in der er „wahrer Freund aller Nationen" sein will — zumal er mit seinem Staatssekretär Bryan und seinem Marineminister Daniels innerlich unzweifelhaft englische Sympathien teilt.

In politischer Beziehung greifen die deutschamerikanischen Blätter die Wilsonsche Politik an, weil sie ein Ansinnen Englands nicht ablehnte, auf Ecuador und Kolumbien einen Druck auszuüben, und weil sie in den Bestimmungen über den Panamakanal die Neutralität verletze. Mit größter Naivität verlangte nämlich England, daß jene südamerikanischen Staaten aufgefordert würden, etwa angelegte fremde Funkenstationen, die angeblich das deutsche Kreuzergeschwader mit Nachrichten versorgt hatten, zu beseitigen. England berief sich dabei ganz klug auf die Monroedoktrin, die amerikanische Opposition aber wirft dem Präsidenten vor, daß er sich damit in eigene Angelegenheiten der südamerikanischen Staaten mische und der Union das Geschäft in Südamerika verdürbe. Noch schärfer wendet sie sich gegen das Abkommen mit der Republik Panama. Am 10. Oktober ist nämlich ein am 14. November veröffentlichtes Protokoll unterzeichnet worden, das den Kanal und die Gewässer der Republik Panama als eine territoriale Einheit behandelt: überall darf dort nunmehr ein Kriegsschiff nur einmal binnen drei Monaten

Proviant und Kohlen einnehmen. Die deutschamerikanische Presse spricht aus, daß das eine Begünstigung Englands und Frankreichs sei, die beide in der Nähe eigene Marinebasen (Honduras, Jamaica, die französische Insel Clipperton) hätten, während Deutschland dergleichen nicht hat. (Dem Vertrage mit der Republik Panama, der diese damit einen weiteren Schritt an die Union heranzieht, hat der Präsident Einzelvorschriften über die Benutzung des Kanals durch Kriegsschiffe kriegführender Nationen angefügt, die vornehmlich die einschlägigen Bestimmungen des Hay-Pauncefote-Vertrags wiedergeben.)

In wirtschaftlicher Beziehung aber zieht man lebhaft gegen den Verkauf von Kriegsmaterial und offenbarer Konterbande zu Felde, der in großem Umfange an England und Frankreich erfolgt, während Deutschland und Österreich-Ungarn praktisch dergleichen nicht erhalten können. Den Bau von Unterseebooten hat die Regierung bereits dankenswerterweise verboten, andere Kriegsausfuhr aber zugelassen. Dafür spricht die Sorge um den eigenen Goldvorrat sehr stark mit, da infolge des neuen Tarifs die Einfuhr gestiegen ist und, wie bekannt, England sein Guthaben von 800 Millionen bis 1 Milliarde Mark in den Vereinigten Staaten jetzt realisieren möchte. Deshalb läßt man eine Forcierung jener Ausfuhr nach England und Frankreich zu, die den Export sehr gehoben hat und natürlich die Goldausfuhr hemmt, vielleicht ganz zum Stillstand bringt. Außerdem sucht man das Wirtschaftsleben, das sonst in den Rohstoffen, in Baumwolle und der sehr gut ausgefallenen Getreideernte, geradezu erstickt, damit wieder in etwas natürlichen Gang und Vorwärtsbewegung zu bringen. Aber ohne Zweifel wirken diese Maßnahmen im jetzigen Stadium des Krieges zu unsern Ungunsten. Indes werden wir sie richtig nur beurteilen, wenn wir den unfehlbar kommenden Konflikt Amerikas mit Japan dafür mit einstellen. Dieser kommt um so sicherer, gerade weil ihn die amtlichen Stellen in Washington nicht wünschen und die Zeitungen von Japan überhaupt nicht sprechen, aus optimistischer Friedensliebe, aus Mangel an Vertrauen in die eigene Flotte, aus Sorge um die Philippinen, aus Sympathie für England, aus Geschäftsrücksichten überhaupt. Erweist sich aber das alles gegen die rücksichtslos ausgreifende Politik Japans, das sich bereits im Stillen Ozean, im deutschen Inselgebiet, Besitz erworben hat, nicht mehr als kräftig genug, dann ist die Verfügung über den Panamakanal und die starke wirtschaftliche Rüstung des großen Goldvorrats von ausschlaggebender Bedeutung. Diesen Zwang der Lage für die Union wollen wir immer bedenken, wenn wir auf dergleichen mit dem Begriff der strikten Neutralität nicht verträgliche Vorkommnisse blicken.

Am 6. Dezember nahmen die Deutschen Lodz, vom 10.—12. schlugen die Österreicher und Ungarn die Russen bei Limanowa — die russische Offensive

ist erneut gebrochen, das Heer im Abbröckeln, die Zufuhr und Neuausrüstung enorm erschwert. Unter diesen Zeichen steht der Entwurf des russischen Budgets für 1915, den der Finanzminister Bark mit einer Denkschrift soeben vorlegte. Es hat keinen Zweck, die Zahlen der Einnahmen und Ausgaben, die mit je 3,2 Milliarden Rubel balancieren, mitzuteilen; sie sind rein fiktiv. Der Krieg hat, wie der Minister schätzt, bis Mitte November neuen Stils 1785 Mill. Rubel gekostet. Diese sind durch allerlei Kreditoperationen aufgebracht worden, von denen eine interessiert. England hat sich nämlich, trotz seiner bekannten Abneigung gegen die russischen Finanzen, zu einer Unterstützung bereitfinden lassen. Die Bank von England — wiederum sie — hat für 12 Millionen Pfund russische Schatzwechsel zum Diskont übernommen; dafür hat Rußland 8 Millionen Pfund Gold als sein Guthaben bar der Bank von England eingezahlt. Mit diesen Mitteln sollen der russische Staatsschuldendienst im Auslande und Ankäufe Rußlands in England gedeckt werden, wofür mithin 20 Millionen Pfund zur Verfügung wären. Sie müssen in England verwandt oder können höchstens, wenn der englische Markt die gewünschten Artikel nicht aufbringt, für Orders auf Amerika ausgegeben werden. Übermäßig groß ist diese Unterstützung Englands ja nicht. Aber sie hilft Rußland (und Frankreich) zunächst weiter, nur — auf Kosten des russischen Goldvorrats und mit Risiko für die Bank von England, deren Beanspruchung von allen Seiten ins Beängstigende wächst. Rußland aber steckt in einem Defizit, zu dessen Ausgleich sein Finanzminister neue „Kreditoperationen", d. h. vor allem Steuern in Aussicht nimmt; Genaueres darüber bringt seine Denkschrift nicht. Keine Ausgaben für irgendwelche Kulturzwecke, abschmelzender Goldvorrat der Reichsbank, Unmöglichkeit, den Ausfall der Branntweinmonopoleinnahmen wieder hereinzubringen, Defizit und Assignatenpresse, so sehen die Finanzen aus, mit denen man einen lange dauernden Weltkrieg durchfechten will.

Über soziale und nationale Bewegungen, die heute durch Rußland gehen mögen, können wir nichts sagen, und man tut gut, jegliche Nachricht darüber drei- und viermal auf ihre Quelle und Zuverlässigkeit zu prüfen. Dafür sei ein Bild der Stimmungen in Rußland mitgeteilt, das Anspruch auf Glaubwürdigkeit hat, weil es von dem englischen Verbündeten kommt, obwohl es in dessen Kram ganz und gar nicht hereinpaßt. Der Petersburger Korrespondent der Westminster Gazette, in dem wir eine bestimmte, ganz und gar nicht deutschfreundliche Persönlichkeit zu erkennen glauben, schickt nämlich seinem Blatte ein sehr interessantes Stimmungsbild: „Russische Kriegsideale", das bemerkenswert objektiv ist. Er findet, außer in den Petersburger und Moskauer Blättern, nirgends die Kriegsterminologie, die in den andern kriegführenden Staaten so geläufig ist. Man höre viel nur von „Rußlands Größe":

„der Wunsch, den Feind gedemütigt zu sehen, spielt nur eine geringe Rolle. Die Kriegsgefangenen sind dem Russen Menschen, unglückliche Personen, wie man die Verbrecher betrachtet. Die Presse kämpft gegen die Deutschen, Österreicher und Ungarn, aber die meisten Russen nehmen außerordentlich wenig Interesse an ihren Feinden. Das gilt für Bauern und Soldaten. Von denen habe ich niemals ein beschimpfendes Wort gehört. Das gilt auch von den meisten gebildeten Männern und Frauen." Ganz richtig findet der Beobachter bei Äußerungen über die Kriegsziele nur messianisch anmutende, unbestimmte Erwartungen, die aus slawophilen Gedankengängen gespeist werden. Nur wenige Glieder der Intelligenz haben bestimmte klare politische Postulate: Einigung Polens unter Rußland, Verpflichtung Deutschlands zu Landabtretung und Kriegsentschädigung. Die meisten Leute aus der Intelligenz konzentrieren vielmehr ihre Erwartungen ausschließlich auf die Verbesserungen im Innern, die ein glücklicher Krieg Rußland bringen soll.

So spiegelt sich die augenblickliche Stimmung in Rußland diesem Korrespondenten wieder, der, wie die von ihm gegebenen Details zeigen, sich im Lande und Volke sehr genau umgesehen hat. Er sagt jemand, der Rußland kennt, kaum etwas Neues. Aber wir teilen diese Schilderung eines Engländers in einem Blatte, das entschieden deutschfeindlich ist, mit für die angeblichen Rußlandkenner, die uns nicht oft und laut genug von dem vermeintlichen tief eingewurzelten Hasse des russischen Volkes gegen das unsre reden können. Uns haßt nur ein bestimmter Kreis der Intelligenz mit ebenso bestimmt zu umgrenzenden Kreisen des Hofes, der Diplomatie, der Bureaukratie und des Militärs. Die werden von unsern tapferen Truppen jetzt getroffen, und daß darüber Ströme von Blut des russischen Volkes fließen, das macht diesen von jenen Gruppen frevelhaft heraufbeschworenen Krieg auch zu einem ungeheuren Frevel gegen das eigene Volk.

6.

(Das Tirpitz-Interview — England — Der Hauptfeind — Skandinavien — Ägypten)

23. Dezember 1914

16. Dezember: Beschießung der englischen Nordostküste durch deutsche Kriegsschiffe — 17. Dezember: Meldung vom Zusammenbruch der russischen Offensive in Polen auf der ganzen Linie — 18. Dezember: Zusammenkunft der drei skandinavischen Monarchen in Malmö — 19. Dezember: Erklärung Ägyptens zum britischen Protektorat — das sind die wichtigsten Ereignisse der letzten Woche, von denen uns allerdings das letztgenannte ziemlich gleichgültig sein kann. Wie ein unmittelbarer Beleg für das, was wir hier über

Englands Herrschaft zur See ausführten, klang die Meldung, daß deutsche Kriegsschiffe wiederum die englische Küste mit Erfolg bombardierten, den Verfolgern erheblichen Schaden zufügten und selbst unversehrt zum Hafen zurückkehrten. Eben hatte Gabriel Hanotaux im Figaro die Schlacht bei den Falklandsinseln als „ein Meisterstück der Seetaktik" gefeiert: „Es ist eine Warnung für die deutschen Flotten in der Nordsee, daß, obwohl Minen, Unterseeboote und überraschende Angriffe den verbündeten Flotten beklagenswerte Verluste zufügen können, doch die britische Überlegenheit sich jedesmal zeigt." Am 16. Dezember hat dies jedenfalls nicht gestimmt, die Wirkung auf das englische Volk ist dementsprechend gewesen. Es sieht jetzt, wie die deutsche Flotte eine aus ihrer ganzen Lage sich ergebende, eigene und neue Taktik des Seekampfes befolgt, gegen die mindestens die üblichen Vorstellungen in England vom Kampfe auf den Meeren nicht gewappnet sind, und die, ohne die Großkampfschiffe unnütz auszusetzen, dem Gegner schwere, reale und moralische Verluste beibringt. Ebenso deutlich wie die deutschen Kanonenschüsse hat das jetzt den Engländern das Interview gesagt, das Admiral v. Tirpitz dem Vertreter der amerikanischen United Preß am 21. Dezember gewährt hat. Mit überraschender Offenheit, ohne Unterschätzung des Gegners, aber im Bewußtsein unsrer Kraft hat sich der Organisator unsrer Seemacht darin ausgesprochen. Mit dem Hinweis auf einen deutschen Unterseebootskrieg gegen alle feindlichen, also in erster Linie englischen Handelsschiffe zeigte er abermals eine neue Möglichkeit unsres Seekrieges auf, die England an der gefährlichsten Stelle, an seiner Nahrungsmittelversorgung und Rohstoffzufuhr, trifft. Daß er mit der ganzen Flotte entschlossen ist, auch dies Mittel auf das entschiedenste und ohne jede andre Rücksicht als die des vollen Erfolges auszunutzen, wissen wir. Das wünscht auch unser ganzes Volk, eingedenk des Hindenburgschen Wortes, daß die härteste Kriegführung die humanste ist, weil sie den Krieg am raschesten zu Ende bringt. Den Vorsprung, den England durch Zahl seiner Großkampfschiffe und alte Seetradition voraus hat, hat unsre Flotte in der angespanntesten Friedensarbeit auszugleichen gestrebt, indem sie sich auf alle Möglichkeiten der Technik und des Seekampfes einrichtete. Das bewährt sich jetzt und wird sich weiterhin bewähren — darum konnte Admiral v. Tirpitz so entschieden und so des Erfolges sicher zu Nordamerika sprechen, und auch auf die Freunde Englands werden seine Worte des Eindruckes nicht verfehlen.

Es ist kein Zweifel, daß dieser vom ganzen Volke getragenen Entschlossenheit das englische Volk ebenso einig gegenübersteht. Auch in England gibt es keine Parteien und Parteikämpfe mehr. Die Opposition hat in feierlicher Erklärung des Lord Landsdowne und Bonar Laws, ihrer beiden Führer im Ober- und Unterhause, die volle Verantwortung der Regierung für den Kriegs-

ausbruch bereits am 2. August mit übernommen. Unter dem Werbeaufruf für die Rekrutierung stehen die Namen von Balfour, Asquith und Bonar Law nebeneinander. Es kommt vor, daß in großen Meetings Redner der Konservativen und Liberalen gemeinsam auftreten. Durch alle Blätter geht derselbe Ton fester Entschlossenheit, den Kampf durchzufechten. Höchstens daß die Arbeiterpartei oder ein Blatt wie der Labour Leader sich kritisch oder auch ablehnend gegen den Krieg ausspricht. In Kanada erklärt der Führer der liberalen Opposition, Wilfred Laurier, der dort am Ruder befindlichen konservativen Partei seine Unterstützung: „Wäre Kanada passiv und ruhig geblieben, wir hätten uns mit Ehrlosigkeit bedeckt!" In Südafrika scheint der Aufstand zunächst in seiner Gefährlichkeit erstickt, und über die Bewegung Irlands gegen England vermögen wir ein sicheres Urteil nicht zu gewinnen. All das schreckt uns nicht, und das wundert uns auch nicht. Nur ein Tor konnte glauben, ein Riesenbau wie das britische Weltreich würde in 14 Tagen auseinander fallen, und nur wer nie seine Nase aus Deutschland herausgesteckt hatte, konnte diesen Gegner verächtlich und spöttisch betrachten. Aber gerade darin lag schon in Friedenszeiten für uns das Stählende und das Erhebende, in diesem Gefühl, daß Deutschland trotzdem gegen diese gewaltige Weltmacht anging und daß diese den jüngeren Rivalen von Jahr zu Jahr mehr fürchtete. Sie hat uns zur Probe mit den Waffen gezwungen. Die wird nun mit allen Mitteln und bis zu Ende durchgehalten. Denn durch sie hindurch streben wir zum großen weltgeschichtlichen, zum großen weltpolitischen Ziele — hier liegen ja die Aufgaben der deutschen weltpolitischen Offensive.

Am gleichen Tage, der uns den Vorstoß auf Hartlepool und Scarborough meldete, ward uns die Nachricht, daß die russische Offensive gebrochen sei. Wie die moderne Schlacht langsam sich entwickelt und verläuft, so zieht sich auch ihre Entscheidung in die Länge. Das ist auch nicht verwunderlich, wenn Millionen auf einer Front von Hunderten von Kilometern miteinander fechten. So sind trotz dieser von der deutschen und der österreichisch-ungarischen Heeresleitung übereinstimmend gemeldeten, hocherfreulichen Entscheidung die Operationen in Russisch-Polen noch immer in Fluß. Sind doch ihre nächsten Ziele noch nicht erreicht: Warschau und das Festungsdreieck, die Räumung Westgaliziens und der Entsatz von Przemysl. Darum waren uns auch die Erörterungen über Friedenspläne in der letzten Woche noch nicht recht verständlich. Sie fanden sich, soweit wir sehen, nur in liberalen Blättern, denen sich der Vorwärts anschloß, und wurden hier, besonders soweit der Gedanke an einen Separatfrieden mit Rußland in Frage kam, ablehnend geführt. Wir schließen uns ihnen völlig darin an, daß Deutschland von sich aus gar kein Bedürfnis hat, von Frieden zu reden. Um so weniger, als, worauf wir noch hinweisen möchten, die russische Presse die Lage Serbiens trotz der Räumung

von Belgrad durch Österreich als sehr ernst hinstellt, sogar von der Wiederkehr der „österreichischen Orientierung" aus den Zeiten König Milans in Kreisen der serbischen Liberalen und Fortschrittler spricht; „die Existenzmittel gehen eben in diesem unglücklichen Lande zu Ende" (Rjetsch, 10. Dezember). Es ist, wie schon gesagt, militärisch noch alles im Fluß, und in einem für uns und unsern Verbündeten günstigen Fluß. Deshalb schien uns für diese Friedenserörterung in der liberalen Presse kein rechter Grund da zu sein.

In ihr ist nun — wir brauchen die Worte eines Artikels der Vossischen Zeitung (20. Dezember) — eine gründliche Wandlung in der Bewertung unsrer Gegner seit Beginn des Krieges hervorgetreten. Das Berliner Tageblatt (14. Dezember) glaubte zwar besonders darauf hinweisen zu müssen, daß die in ihrer Einheit unvergleichliche deutsche Volkserhebung an Rußland entstanden sei. Das ist nicht richtig, die Erhebung galt und gilt jedem Feinde, der den deutschen Boden bedroht, und sie richtete sich, als England zuletzt von den Großmächten in den Krieg eintrat, und als alle seine Karten aufgedeckt da lagen, vor anderen gegen dieses. Für das Volk in Waffen gilt jeder Feind, der seine Erde betreten will, gleich, und es wirft jeden ohne Unterschied vom Reichsboden hinaus. Für den politischen Gesichtspunkt aber sagt Georg Bernhard in jenem Artikel der Vossischen Zeitung, mit deutlicher Spitze gegen Ansichten wie die des Berliner Tageblatts: „Bei der Formulierung dieser realpolitischen Notwendigkeit lassen wir völlig diejenigen idealen Forderungen beiseite, die gerade von liberaler Seite für die Bewertung unsrer einzelnen Gegner bei Beginn des Krieges erhoben worden sind. Die Verhältnisse, unter denen damals vielfach Rußland als der Feind bezeichnet worden ist, haben sich gründlich gewandelt. Man braucht heute nicht mehr zu befürchten, daß die innerpolitischen Verhältnisse Rußlands auf die innere Politik des Deutschen Reiches abfärben könnten. Wenn früher vielleicht einmal böse und unverantwortliche Ratgeber dem Kaiser zugeflüstert haben, daß Bündnisse mit andern Monarchen seinem Throne festere Stützen zu geben vermöchten, so werden derartige Einflüsterungen in Zukunft des Kaisers Ohr nicht mehr finden." Damit wird endlich einmal auf liberaler Seite eine Verquickung von inner- und äußerpolitischen Meinungen beiseite geworfen, die auf das Urteil über unsre Stellung zu Rußland oft genug recht schädlich eingewirkt hat. Seltsam häufig stieß man auf diese Ansicht, daß die traditionell guten Beziehungen zu Rußland, deren Pflege sich unser Kaiser angelegen sein ließ, leicht „reaktionäre" Einflüsse im Innern stützen könnten. Einmal ganz abgesehen von der Unverständlichkeit dieses Zusammenhangs überhaupt — lag darin nicht eigentlich geradezu etwas Beleidigendes für unsern Kaiser, an dessen kraftvoller Persönlichkeit sich der Zar 1905 aufrichtete, und der diesen, wie bekannt, gerade nachdrücklich darauf hingewiesen hat, wie sich

starke Stellung der Krone und konstitutionelles Leben miteinander vereinen lassen? Deshalb begrüßen wir die Feststellung Bernhards, daß „Rußland für uns durchaus nicht mehr der Feind, sondern einer unsrer Feinde ist, der uns nicht besser, aber auch nicht schlechter als die andern gilt". Denn wir haben damit eine gemeinsame Plattform, auf der wir über die politische Bewertung unsrer Gegner für unsre Weltzukunft im einzelnen diskutieren können, wenn die Zeit dafür kommt. Heute ist aber doch das schon klar, daß unser Krieg im Osten der Sicherung gilt, der Sicherung unsrer Ostgrenze, der Sicherung unsres Verbündeten Österreich-Ungarn als einer europäischen Großmacht, und der Sicherung der uns verbündeten Türkei. Die Lebensinteressen aller dieser Mächte und die Rußlands lassen sich vereinigen, die Deutschlands und Englands, eines Englands, das ein englisches „Weltjoch" für sein Lebensinteresse hält und verficht, nicht.

In solchen Erwägungen über die Kämpfe im Osten spielt, ausgesprochen und unausgesprochen, immer die Erwartung herein, daß sie durch revolutionäre Bewegungen in Rußland baldigst sehr erleichtert werden könnten. Den großen Vorrat an Zündstoff dazu schlagen wir sicherlich nicht gering an, aber es liegen bis heute irgend umfassendere Beweise für eine drohende Revolution in Rußland nicht vor. Wozu brauchen wir aber Nachrichten darüber, die stets aus absolut unsicheren und unzuverlässigen Quellen zu uns gelangen? Das, was wir brauchen, haben wir, Gott Lob und Dank: den Feldherrn und das Heer, die gegen das russische Feldheer den alten preußischen Vernichtungsgedanken, wie Graf Schlieffen die Clausewitzschen Lehren mit einem Wort bezeichnet hat, trotz ungeheurer Schwierigkeiten mit eiserner und zäher Konsequenz zum Siege führen.

Da die großen Entscheidungen zu Lande und zu Wasser noch nicht gefallen sind, dauert das Ringen um die Seele der Neutralen noch immer mit unverminderter Spannung an. Freilich kann man die rücksichtslose Behandlung des skandinavischen Handels durch England und die russischen Eisenbahnpläne gegen Schweden und Norwegen nicht mehr gut ein Ringen um die neutrale Seele der Skandinavier nennen. Denn Rußland bedroht damit schon die politische Selbständigkeit, wenn es über norwegisches und schwedisches Gebiet vorgehend nach einem eisfreien Hafen an der Nordsee strebt. England aber bedroht Norwegen und Dänemark buchstäblich mit dem Hunger. Denn in beiden Ländern droht das Gespenst der Teuerung, da die Ernte in beiden dieses Jahr schlecht war (in Norwegen betrug sie nur vier Fünftel der Durchschnittsernte) und beiden die Auslandsversorgung (Norwegen führt zwei Drittel seines Getreidebedarfs ein) durch den Krieg ungemein erschwert ist. Schweden hat bereits für 20 Millionen Kronen Weizen aus Amerika staatlich eingeführt, um einen eisernen Bestand zu haben, in Norwegen fehlt es selbst

dazu an barem Gelde. Und der Ausfuhrhandel Schwedens, besonders in Holz, wird durch die Konterbandebegriffe außerordentlich lahm gelegt. So befinden sich die drei skandinavischen Länder, wenn auch nicht alle drei gleichmäßig und nicht in jeder Beziehung, in einer sehr gefährlichen wirtschaftlichen Lage.

Dazu kommen die russischen Bahnpläne. Mit dem Zufrieren des Hafens von Archangelsk ist Rußland, da die Verbindung über Wladiwostok nur relativ wenig bedeutet, vom Weltmeere abgeschnitten. Um so stärker drängt es, Finnland in Verbindung mit der Nordsee, und zwar in Narwik, zu bringen — Pläne, die übrigens in den letzten Friedensjahren schon öfter erwogen worden sind. Es dreht sich dabei entweder um eine Verbindung der finnischen und schwedischen Bahnen oder um eine Bahnlinie längs der schwedisch-finnischen Grenze auf finnischem Gebiet nach der norwegischen Küste. Das letztere Projekt, eine Strecke von 230 Kilometer, dürfte für die Dauer des Krieges ohne Bedeutung bleiben, weil dazu eine lange Bauzeit gehört. Um so brennender wird die Frage des Eisenbahnanschlusses zwischen Torneo, dem Endpunkte der finnischen Bahn, und Haparanda, von wo die Eisenbahn durch das schwedische Lappland nach dem norwegischen Hafen Narwik seit längerem schon geht. Da es sich bei dieser Verbindung in der Hauptsache nur um den Bau einer Eisenbahnbrücke handelt, ist ihre Verwirklichung nur eine Frage kurzer Zeit. Ob sie später für die Ausfuhr etwas bedeuten kann, ist heute ganz gleichgültig. Die Möglichkeit, auf dieser Linie Munition und anderes Rußland so bitter fehlendes Kriegsmaterial zuzuführen, ist jedenfalls gegeben. Und damit die Notwendigkeit zu einem schweren Entschlusse für Schweden. Was geschieht, wenn dann Rußland die freie Durchfuhr von der norwegischen Grenze aus von Schweden und England den Transport von Narwik aus von Norwegen fordern? Und wenn andererseits beide nichts durchlassen wollen, was nach Deutschland gehen könnte?

Schweden hat, während die Sonderbündelei in Norwegen, die ja 1905 sogar die 1814 begründete Union sprengte, oft jeden Maßstab verlor, immer gestrebt, die Idee der sog. „skandinavischen Verteidigung" zu vertreten. Jetzt zwingt die Not der drei Staaten dazu und zueinander, sowie die Einsicht, daß man vereint eher dem Drucke Rußlands und Englands, die Neutralität aufzugeben, widerstehen könnte. Indes ist dieser politische Gesichtspunkt nicht zuerst für die Zusammenkunft der drei Könige in Malmö maßgebend gewesen, zu der König Gustav von Schweden auf den 18. Dezember eingeladen hatte. Man hat dort zunächst jene wirtschaftlichen Schwierigkeiten erörtert, um von gemeinsamer Grundlage aus die drängenden wirtschaftlichen Beschwerden bei den Kriegführenden wirksamer anmelden zu können. Aber selbstverständlich hatte die Zusammenkunft, bei der der Historiker unwillkürlich an die Union von Kalmar 1397 — seitdem hat eine solche Annäherung niemals wieder

stattgefunden — denkt, auch einen sehr realen politischen Wert. Die Grundlage dafür war ja schon durch das Abkommen vom 23. Dezember 1912 gewonnen, in dem einheitliche Neutralitätsregeln für alle drei Staaten festgesetzt wurden. Von hier aus wird man versuchen, seine wirtschaftlichen Wünsche geltend zu machen und sich damit — das ist heutzutage dasselbe — politisch behaupten.

Wir können diese Zusammenschlußbestrebungen der drei skandinavischen Reiche nur lebhaft begrüßen. Denn sie richten sich, wenn auch der Krieg für sie manche Beschwerden auch gegen uns ergibt, praktisch gegen unsre Gegner. Es kann für unsre Interessen im Kriege und auch danach nur wertvoll sein, wenn die nordischen Reiche durch gemeinsames Vorgehen einen entschlossenen, selbständigen und starken Faktor sowohl in den Ostsee- wie in den Nordseefragen darstellen. Zu fürchten haben sie nur von unsren Gegnern. England hat längst danach gestrebt, sich Norwegen zum Vasallen zu machen, die von Rußland drohende Gefahr aber ist allen drei durch die Befestigung der Alandsinseln, durch die Bedrohung der Neutralität Spitzbergens und durch diese Pläne auf Narwik ganz deutlich geworden. So hoffen und wünschen wir diesen germanischen Nordstaaten, daß die realen Interessen, die so stark auf Weiterführung des in Malmö Begonnenen hinweisen, dauernd stärker bleiben als der oft sonderbare Formen zeitigende Partikularismus und als manche nach der andern Seite ziehenden dynastischen Beziehungen. Das uns durch viele sympathische Bande nahestehende Schweden aber findet dann den Erfolg für seine weitsichtige und kluge Politik. —

Am 19. Dezember wurde Ägypten zum britischen Protektorat erklärt, der Prinz Hussein Kemal mit dem Titel Sultan zum Khediven ernannt und Sir Arthur Henry Mahon zum britischen Oberkommissar (high commissioner) für Ägypten bestellt. Die französische Regierung erkannte alles dies an, wofür England den französisch-marokkanischen Vertrag vom 30. März 1912 anerkannte. Damit ist die ägyptische Frage gelöst, verliert die Türkei endgültig Ägypten und ist England um eine Kolonie (der Name Protektorat und das Sultanat ist ja nur eine Fassade) reicher — auf dem Papier. Sicher von all dem ist nur, daß die immer noch vorhandene Vorzugsstellung Frankreichs in Kairo damit vorbei ist. Alles andre ist, da nunmehr die Waffen sprechen, nur eine Demonstration; der „Generalkonsul" Englands in Ägypten hat früher schon gemacht, was er wollte, ob er jetzt Oberkommissar heißt, ist ohne Bedeutung. England hatte, als es die Residenten Deutschlands und Österreich-Ungarns aus Ägypten trieb und dieses zwang, gegen die Feinde Englands in Kriegszustand zu treten, das Land tatsächlich schon annektiert und die Türkei damit vor die Frage der letzten Waffenentscheidung gestellt. Auf die kommt es nun an, für sie ist es ganz gleich, ob Ägypten suzeränitätsabhängig von der

Türkei ist oder englische Kolonie heißt. Aber England hat dabei nicht bedacht, daß es sich damit wenig nützt, wohl aber Italien gegen sich erneut aufregt. Englands Stellung im Mittelmeer flankiert jetzt die Italiens dort und in Afrika so völlig, daß, wie die objektive Presse Italiens betont, dieses einfach unter der Botmäßigkeit Englands steht. Bestätigte der Ausgang des Krieges diese von England nun auch formell so brutal vollzogene Gestaltung, so könnte Italien in allen seinen imperialistischen Plänen nicht einen Schritt ohne Englands Zustimmung tun. Das macht ihm England dazu noch demütigend fühlbar, indem es die Gibraltar passierenden italienischen Schiffe in rücksichtslosester Weise auf Konterbande untersucht und für seine Zwecke anhält. Natürlich wird sich England der Zustimmung der italienischen Staatsmänner zur Annexion Ägyptens jetzt in irgendeiner Weise versichert haben. Aber wird sich Italien diese Behandlung und jene Aussichten auf seine Mittelmeer- und afrikanische Zukunft auf die Dauer gefallen lassen können?

7.

(Neujahr — Frankreich — England)

30. Dezember 1914

Noch nie in seiner Geschichte hat unser Volk einen Jahreswechsel erlebt wie diesen Übergang von 1914 auf 1915. Diese Empfindung drängt sich uns so deutlich auf, daß der Unterschied der Zeiten und das Besondere dieses Jahresendes gar nicht ausführlich ausgemalt zu werden braucht. Die Gedanken und Entschlüsse, die sie auslöst, sind auch so einfach und stark, daß sie, wie es eben auf Bitten verschiedener Zeitungen unsre Heerführer getan, mit einem Wort, epigrammartig ausgedrückt werden können, mit dem Worte, das in diesen Grüßen unsrer im Felde stehenden Generale am häufigsten wiederkehrte: Durchhalten, durchhalten mit allen Kräften Leibes und der Seele durch eine Probe, wie sie — ohne Übertreibung darf der Historiker das sagen — noch nie einem Volke gestellt worden ist. Durchhalten — denn noch ist alles im Fluß, die militärischen Operationen in Ost und West oder gar auf dem Meere und vollends die politischen Erwägungen, die hinter ihnen schon nach den Umrissen des künftigen Friedens spähen möchten. Darum kann auch der Jahresrückblick der großen Politik noch weniger feste Merksteine aufrichten, als es sonst in Friedenszeiten bei dieser Gelegenheit möglich ist. Aber mancherlei Bestimmtes vermag er doch nach fünf Monaten Kriegsdauer zu sagen. Zuvörderst ist jedoch etwas eingehender von Frankreich zu reden, in dessen Stimmungen und Nöte die Kriegstagung seines Parlaments vom 22. bis 25. Dezember einen Einblick verstattete.

Am 3. September teilte Präsident Poincaré dem französischen Volke mit,

daß der Sitz der Regierung nach Bordeaux verlegt werden müsse. Er muß heute zugeben, daß sich an der damals von ihm gezeichneten Lage seines Vaterlandes aber auch nichts zum Besseren gewendet hat, und bleibt samt seiner Regierung darum auch weiterhin Paris fern. Nur auf kurzen Besuch sind die Kammern dorthin zusammengekommen, um die dringlichsten gesetzgeberischen Arbeiten zu erledigen. Auch sie standen einmütig und entschlossen da wie der deutsche Reichstag am 2. Dezember. Aber wie stach die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Viviani gegen die Rede unsres Reichskanzlers bei jener Gelegenheit ab! Es widerstrebt uns, angesichts des heldenmütigen Widerstandes, den die französischen Armeen unter dem Generalissimus Joffre unsern Truppen ununterbrochen entgegenstellen, das auszusprechen, aber es ist nicht anders: in diesem Manifest Vivianis feiert die »grande phrase« der Franzosen wahre Orgien. Und wir möchten zweifeln, ob diese großen Worte, die im Klirren der Waffen doppelt hohl und renommistisch klingen, auch nur einen Franzosen über die schweren Sorgen des Augenblicks beruhigen können. Daß sie es auch mit der Wahrheit nicht genau nehmen, hat der ausführliche Runderlaß des Herrn v. Bethmann-Hollweg an die deutschen diplomatischen Missionen (Großes Hauptquartier, 24. Dezember) in einer nach Inhalt und Form ausgezeichnet wirksamen Weise schlagend dargetan. Sein Wort darin von der für Deutschland am 31. Juli unmöglichen „Annahme einer unter den erhobenen Waffen der Ententemächte abzuhaltenden Konferenz" hat Bismarcksche Prägung und wird haften bleiben.

„Kampf ohne Gnade bis zur endgültigen, durch einen völlig siegreichen Frieden gesicherten Befreiung Europas" hat Herr Viviani proklamiert. Wir zweifeln auch durchaus nicht an dem festen Willen der französischen Nation, diesen Kampf durchzuführen; Beweise dafür gibt sie ja jetzt schon. Aber sonderbar klingt diese Formel eines Kampfes ohne Gnade. Hat Deutschland wohl danach verlangt, das gut ein Sechstel des französischen Bodens, reichste Teile seines Weinbaues und seiner Industrie, fest in der Hand hält, und das, von der Grenzlinie seines Südwestens abgesehen, Franzosen auf seinem Boden nur als Gefangene sieht? Dagegen liegt die Frage nahe, ob die innere Kraft Frankreichs diese stolzen Worte noch rechtfertigt. Gewiß hat Joffre am 17. Dezember, also kurz vor den Verhandlungen der Volksvertretung, jenen Generalangriffsbefehl erlassen, den unsre Heeresleitung veröffentlichen konnte, und aus dem der Wille zur erneuten Gesamtoffensive klang. Aber wir sind fest überzeugt, daß auch sie am festen Wall unsrer Verteidigung sich brechen wird, bis die Stunde zum deutschen Gegenangriff wiederkommt. Und wir wissen, daß Frankreich bereits die Heerespflichtigen vom Jahrgang 1916 aufgeboten hat und daß es keine amtlichen Verlustlisten herausgibt, während Deutschland im Bewußtsein seiner Kraft es jedem Gegner möglich macht,

die Zahlen seiner Toten, Verwundeten und Vermißten nachzuzählen. Dafür läßt das Exposé des Finanzministers Ribot für die Budgetkommission der Deputiertenkammer einen tiefen Einblick in die Finanzlage unsres Gegners tun. Wir sehen daraus, daß irgendwelche finanziellen Vorbereitungen für den Ausbruch eines Krieges überhaupt nicht getroffen waren. Infolgedessen ist heute die Aufstellung eines regulären Budgets völlig unmöglich. Die Einzahlungen auf die Anleihe vom Juli, die auf 805 Millionen Franken angesetzt waren, betrugen Anfang Dezember erst 515 Millionen. Die Kreditinstitute des Landes, wie »Crédit Lyonnais«, »Société Générale«, »Crédit foncier«, haben total versagt. Wie in England die Bank von England, so muß auch, hier die „Bank von Frankreich" schlechterdings das Mädchen für alles im Kreditleben des Landes und Staates sein. Sie hat auch den größten Teil der auf 6441 Millionen Franken bezifferten Ausgaben seit Beginn des Krieges aufbringen müssen. Dabei sind, wie es scheint, Vorschüsse an Belgien ($^1/_4$ Milliarde), Serbien (90 Millionen), Montenegro ($^1/_2$ Million Franken) noch nicht eingerechnet, mit denen auch Frankreich seinen Verbündeten unter die Arme greifen mußte. Der Finanzminister forderte nur für das erste Halbjahr 1915 einen Kredit von 8525 Millionen Franken, welche Forderung den regulären Staatshaushaltsentwurf vertrat. Da er neue Steuern nicht einführen — die so viel umkämpfte Einkommensteuer, deren Einführung am 1. Januar 1915 beginnen sollte, muß auch aufgeschoben werden — und die bestehenden Abgaben nicht erhöhen will, so bleibt immer und immer wieder nur die Bank von Frankreich als letzte Hilfe übrig. Es wäre eine Torheit, deren gewaltige Kraft, die sich in ihrem den unsern übertreffenden Goldvorrat besonders ausdrückt, gering anzuschlagen. Aber auf ihr liegt, wie auf jedem der unzähligen Rentner dieses ausgesprochenen Rentnerstaates, der Alp der ungeheuren Anlagen im Auslande, die sämtlich, unmittelbar wie die russischen und türkischen Werte, oder mittelbar wie die aller Balkanstaaten, vom Kriege betroffen, d. h. schwer erschüttert werden. Wie es politisch und schließlich auch militärisch an seine Verbündeten seine Selbständigkeit völlig verlor, so kämpft Frankreich auch wirtschaftlich in diesem Kriege um seine Existenz als Großstaat mit gebundenen Händen.

Es hat in einem 216 Seiten starken Gelbbuch, das erheblich nach allen andern Publikationen dieser Art, nach dem Blaubuch (Englands), dem Graubuch (Belgiens), dem Orangebuch (Rußlands) und dem deutschen Weißbuche herausgegeben wurde, versucht, seine Politik vor und zum Ausbruch des Krieges zu rechtfertigen. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung hat darauf (21. Dezember) eine ausführliche Antwort gebracht, besonders auch über die angebliche, direkt erfundene Äußerung des Generals von Moltke (mitgeteilt von Cambon 6. Mai 1913) und eine Unterhaltung zwischen dem Deutschen

Kaiser, dem König der Belgier und dem General v. Moltke im November 1913. Aber es hat im Donner der Schlachten keinen Wert mehr, hundertmal Gesagtes nochmals zu widerlegen, auch nicht für die Neutralen, die sich durch die Masse des amtlichen Materials — das Gelbbuch bringt nicht weniger als 160 Dokumente — längst nicht mehr hindurchfinden. Wer in einem Volke und bei einem Kaiser, dem Europa eine Friedenszeit von 44 Jahren dankt, an den Unsinn einer „deutschen Militärpartei, die zum Angriffskrieg gegen Frankreich entschlossen war" und an „methodische Entwicklung einer kriegerischen Gesinnung in Deutschland" — so die Worte des Gelbbuches — glaubt, dem ist nicht zu helfen.

Uns liegt näher, uns Gedanken über unser Verhältnis zu Frankreich überhaupt hinzugeben. Wird das Jahr 1915 Frankreich und Deutschland in ein neues historisch-politisches Verhältnis zueinander bringen? Wir haben gar keine Eile, diese Frage unserm Nachbar im Westen nahezulegen, der mit seinem Revanchebedürfnis recht eigentlich den Triebsatz zu der ungeheuren Explosion im Jahre 1914 geliefert hat. Denn obwohl uns die größte Koalition, die sich bisher in der Geschichte zusammengeschlossen hat, feindlich gegenübersteht, erwehren wir uns ihrer und führen den Krieg auf russisch-polnischem und belgisch-französischem Boden. Aber Frankreich, wie auch der Krieg ausgehe, sinkt durch ihn unter allen Umständen in seiner politischen Macht, weil es aus eigener Kraft sich gegen Deutschland nicht zu behaupten vermag, weil aus seiner politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit von seinen Ententegenossen unweigerlich auch die militärische folgte und folgt. Ob das schon viele Franzosen heute einsehen? Und ob, die es einsehen, die Kraft haben, die Parteien und Regierungscliquen zu dieser Einsicht zu zwingen, die schon vor 30 Jahren Bismarck Ferry (der das auch begriff) nahe genug legte, daß zwischen den beiden europäisch-verfeindeten Staaten trotzdem eine starke kolonial- und weltpolitische Gemeinsamkeit besteht? Und daß nur Deutschland oder der Dreibund Frankreich aus den auf die Dauer tödlichen Beziehungen zu England und Rußland lösen kann? Wir haben keine Antwort auf diese Frage zu geben, und unser militärisches wie politisches Kriegsziel gegen Frankreich steht uns fest. Aber wir vermögen sie ganz ruhig zu stellen. Denn von Haß gegen Frankreich ist bei uns wohl nirgends die Rede, eher von Mitleid mit diesem von überreiztem Nationalstolz beherrschten und darum so verhängnisvoll verrannten Volke. —

Blicken wir am Jahresende auf dies Jahr 1914 zurück, so wollen wir die Polemik um die Vorgeschichte des Krieges ganz auf sich beruhen lassen. Für objektive Geschichtschreibung darüber ist heute weder Zeit noch Material vorhanden. Doch zweierlei steht daraus jedenfalls fest: daß wir diesen großen Krieg nicht gewollt, ihn nirgends herbeizuführen gestrebt haben, und daß im

großen weltgeschichtlichen Zusammenhange England der Hauptschuldige daran ist. Ob man den Hauptfeind in England oder in Rußland sucht, darüber mögen politische Meinungsverschiedenheiten bestehen; für uns ist England, für unsern Verbündeten Österreich-Ungarn Rußland der Hauptfeind. Behaupten, daß Eduard VII. gegen seinen Willen in Abhängigkeit von Delcassé und Iswolski geraten, Grey einfach ihr Gefangener geworden sei, stellt die Dinge direkt auf den Kopf; das läßt sich schon heute mit dem amtlichen Material, das wir haben, zwingend beweisen. Weder die französischen Revanchepolitiker noch die Petersburger Kriegspartei hätten von sich aus oder gar gegen Englands Willen einen Weltkrieg herbeiführen können — dazu mußte Frankreich »l'épée de l'Angleterre« werden und Grey den Botschaftern Frankreichs und Rußlands mitteilen, daß er den Grafen Mensdorff auf die englische Flottenmobilisation bei Portland hingewiesen und dem Fürsten Lichnowski zu verstehen gegeben habe, auch England könnte sich an einem europäischen Kriege beteiligen. Diesen klaren und bewiesenen Zusammenhang wollen wir immer festhalten und ihn uns durch keinerlei politische Stimmung verschieben lassen. In sein Licht rücken wir nun die nicht oft genug zu zitierende Äußerung des Daily Telegraph, der in der ersten Oktoberwoche 1914 sagte (wörtlich aus dem Englischen übersetzt): „England wird niemals zugeben, daß Antwerpen deutsch werde. Sollte der Feind diese Festung nehmen, so wird er auch die Kontrolle der Schelde und die Küste besitzen. Er würde ferner imstande sein, Minen zu legen und seine schweren Geschütze so aufzustellen, daß sie die britischen Interessen schädigen." Seit dem 9. Oktober haben wir dies so gekennzeichnete Antwerpen. Blicken wir darüber hinaus auf die hohe See, so denken wir an Yarmouth und Scarborough, an Coronel und an „U. 9", und erinnern uns an eine große Lehre der Geschichte; es gibt nicht viele wirklich große Entscheidungen in Seeschlachten, aber, wenn wir sie aufzählen, Salamis, Aktium, Lepanto, die Kanalschlachten gegen die Armada, Abukir, Trafalgar, Lissa, Tsuschima, sie lehren nicht und keineswegs, daß der stärkeren Flotte und der älteren Seemacht stets der Sieg sicher sei, sondern zumeist das gerade Gegenteil.

Hat England den Krieg herbeigeführt, so hat es ihn auch zum Weltkrieg gemacht. Der Weltwirtschaft und der Weltpolitik entspricht der Weltkrieg — oft im Frieden gedankenlos wiederholt, wird dieser Satz nun der Welt, so wie wir eingebildeten Erdenkinder diesen Begriff immer gebrauchen, empfindlichst zu Bewußtsein gebracht. Außer China und vielleicht Mexiko ist die ganze Erde mehr oder weniger von diesem Ringen in Mitleidenschaft gezogen. Wie hat sich nun da die vorwiegend noch kontinental-europäische Stellung Deutschlands und Österreich-Ungarns im Anfange so peinlich und schmerzlich fühlbar gemacht! Mit unterlegenen maritimen Kräften, ohne alle Mittel zur Benachrichtigung

und Beeinflussung der Neutralen, hatte Deutschland den Kampf um seine Weltstellung aufzunehmen. Daß es das konnte, mit dem Erfolge, daß nach 5 Monaten der Krieg in der Hauptsache auf dem Boden der Gegner geführt wird, das hat unendlich viel mehr in den Seelen der Neutralen gewirkt als tausend Zeitungsartikel, Reden und Broschüren. Denn sie hatten das dieser Koalition gegenüber nicht für möglich gehalten, und das Staunen darüber wirkt weiter, in Holland und Skandinavien, in Spanien und Italien, bei den Balkanstaaten, in den Vereinigten Staaten und in Südamerika. So wie zu Anfang des Krieges verfängt die englische Lügenpresse heute bei ihnen allen längst nicht mehr, große Taten setzen ihren Eindruck und ihre Wirkung auch in den Widerwilligen durch. Das danken wir unsern Heeren und ihren Führern. Demnächst aber sahen wir und sah die Welt, daß die gewaltigen Störungen unsrer weltwirtschaftlichen Beziehungen unser Wirtschaftsleben doch nicht aus dem Sattel warfen. Fortwährend finden wir in den englischen Zeitungen den Hinweis, daß die Häfen Hamburgs und Bremens verödet seien. Aber das Volk leidet keinen Mangel an Nahrung, das Geld ist am Ultimo des Kriegsjahres 1914 genau so billig wie am gleichen Termine des Friedensjahres 1913, und die wirtschaftliche Arbeit pulsiert aufs stärkste. Das danken wir unsrer sich jetzt glänzend bewährenden Wirtschaftspolitik, unsrer Reichsbank und der deutschen Fähigkeit zu Organisation und Anpassung. Das alles aber wird getragen von einer Geschlossenheit und Einheitlichkeit im Innern, die nur aus großen Prüfungen im Volksleben erwächst.

8.

(Die Neutralen)

6. Januar 1915

In fünf Monaten eines erbitterten Ringens ist die große gegen Deutschland gerichtete Koalition nicht zu ihrem Ziele gekommen — mit dieser Tatsache hat das Jahr 1915 für die Welt begonnen. Deutschland hat sich mit seinem Verbündeten zusammen gegen die feindliche Übermacht und trotz höchst ungünstiger Stellung als die stärkste und kriegsmächtigste der im Kampfe stehenden Weltmächte erwiesen. Wie wirkt dieser Eindruck auf die Seele der Neutralen, die für sich zu beeinflussen die feindliche Presse mit allen erlaubten und noch mehr mit allen unerlaubten Mitteln verzweifelt sich bemüht? Wie immer in der Weltgeschichte, haben Taten und Erfolge auch diesmal gewirkt, zumal an den Stellen, wo man den Deutschen diese Widerstandskraft doch nicht zugetraut hatte. Darum können wir jetzt ruhig etwas nachlassen in der Führung des »war about the war«, wie ein Norweger in einer Zuschrift an eine englische Zeitung die Preßkampagne um die Entstehung des Krieges und um die Stim-

mung der Neutralen dazu bezeichnete. So sehr noch Belgien, die Greuel von Mecheln und Löwen, die Beschießung der Reimser Kathedrale und Ähnliches die Spalten füllen, es wirkt alles nicht mehr wie vor drei Monaten, weil die absolute Geschlossenheit unsres Volkes, die nur aus einem guten Gewissen hervorgehen kann, überall imponiert. Das ist schon ein Aktivum für unsre politische Stellung, das wir unserm Heere danken und an dem wir uns zunächst genügen lassen, um so mehr als die aus den Kriegssorgen entstehende unbehagliche Stimmung aller Neutralen sich fast ausschließlich gegen England richtet. Sie sind, wenigstens die Neutralen Europas, alle zu mehr oder minder kostspieligen militärischen Maßnahmen genötigt, die an ihrer Volkswirtschaft zehren. Diese aber leidet unter der rücksichtslosen brutalen „Seepolizei" der englischen Kriegsschiffe, die die Rohstoffzufuhr auch der Neutralen mit ihren willkürlichen Konterbandebestimmungen und Durchsuchungsansprüchen auf das empfindlichste stört. Das gilt für Holland, die Schweiz, die skandinavischen Staaten und Italien natürlich mehr als für die Balkanländer oder Spanien. Dafür leiden diese kapitalistisch noch nicht weit vorgeschrittenen Staaten unter den allgemeinen Folgen des Krieges für Wirtschaft und Kredit doppelt.

Für Holland, das den dringenden Wunsch hat, jede Invasion, woher sie auch komme, fernzuhalten, kommt die Besorgnis vor englischen Absichten auf die Scheldemündung hinzu und die großen Unbequemlichkeiten und Unannehmlichkeiten, die die rund 400 000 belgischen Flüchtlinge auf seinem Boden ihm machen. Die Schweiz, die dasselbe Bestreben wie Holland hat, hat sich bereits gegen einen direkten Neutralitätsbruch durch englische Flieger zur Wehr setzen müssen, und wir hören von Anregungen dort, — der Bundespräsident selbst hat sie ausgesprochen —, zum Schutze gegen England engere Fühlung mit den nordischen Neutralen zu suchen. Diese wieder, Dänemark, Norwegen und Schweden, sehen aus der Art, wie die englische Presse die Zusammenkunft von Malmö kommentierte, daß sie wenig Aussichten haben, bei England Abstellung ihrer Klagen zu finden. Mehr als allgemeine Sympathieerklärungen waren da nicht zu lesen, oft statt dessen nur ein beleidigendes Achselzucken, daß Krieg eben Krieg sei. Die russischen Zeitungen suchen Skandinavien dafür mit den Ideen eines großen zentraleuropäischen Zusammenschlusses unter deutscher Ägide zu schrecken. Das ist aber keine Hilfe gegen die gerade jetzt wieder von der Nowoje Wremja breit erörterten Eisenbahnpläne Rußlands. Am stillsten ist es in Europa von Spanien, in dem die Neutralitätsrichtung des Ministeriums Dato und die ausgesprochene Frankreichfreundlichkeit des Grafen Romanones miteinander ringen. Die Mehrheit im Lande ist wohl für Aufrechterhaltung der Neutralität, wie auch der König trotz seiner Verwandtschaft mit der englischen Königsfamilie. Auch hat es nicht den Anschein, als wenn in Portugal die Dinge so rasch für tätige

Anteilnahme am Kriege in Fluß kämen, daß das auf Spanien dringlich zurückwirkte. Dagegen hat in Italien seit dem Eintreten der Türkei in den Krieg die Strömung für ein Eingreifen auf der Seite der Allianzmächte doch zugenommen; entschieden für die Neutralität sind von den politischen Richtungen nur die Klerikalen und die Sozialisten. Im Sinne der Ankündigung des Ministers Salandra, bei jeder Machtverschiebung in und an der Adria Sorge zu tragen, daß Italien an ihr beteiligt werde, hat Italien auch bereits einen bedeutsamen praktischen Schritt getan, indem es am 24. Dezember Valona besetzte. Die Maßnahme ist von ihm gleich als nur provisorisch bezeichnet worden. Das ist ja selbstverständlich, da alle solche Operationen während dieses Krieges nicht anders als provisorisch sein können. Überraschen konnte dies Vorgehen nach allem, was in der albanischen Frage in den letzten Jahren vorgegangen ist, nicht mehr. Das Gerücht, daß die Einfahrt eines italienischen Kriegsschiffes in Durazzo auf ähnliche Absichten auch hier wie in Valona deute, ist sogleich dementiert worden. So dokumentiert Italien sehr entschieden seinen Machtwillen. Aber voller Sorge blickt es zugleich auf sein inneres Leben. Über eine Milliarde Lire hat schon für militärische Zwecke ausgegeben werden müssen, aus den kriegführenden Ländern strömen die Saisonarbeiter zurück, Arbeitslosigkeit, Finanzkrise, Teuerung droht oder ist schon eingezogen, und dabei trotz aller Neutralität die Störung des Außenhandels und der Mangel an Rohstoffen, die man England verdankt. Immer zahlreicher werden die Klagen auch aus Italien über die völlige Willkür in der Behandlung der neutralen Handelsmarine, für die die französische Flotte im Mittelmeer England Handlangerdienste leistet.

In den Balkanstaaten ist das alte Spiel und Gegenspiel weitergegangen, aber der russische Einfluß hat dabei ganz und gar nicht gewonnen. Die Räumung Belgrads, zu der sich Österreich-Ungarn gezwungen sah, hat die Folge gehabt, daß Serbien weniger als je an territoriale Zugeständnisse an Bulgarien denkt. Die russischen Blätter wissen nun gar nicht, was sie dazu schreiben sollen: sie müssen den Sieg Serbiens mit lauten Worten preisen, brauchen aber ein möglichst zu Boden geworfenes Serbien, um ihm klar zu machen, daß es unter allen Umständen auf Mazedonien verzichten müsse. Das ergibt so einen komisch wirkenden Eiertanz. Aber man begreift dort sehr wohl, was der feierliche Empfang des Feldmarschalls v. der Goltz in Sofia und Bukarest bedeutete und warum vor König Ferdinand zur Entgegennahme der Antwort auf die Thronrede von den Führern der (russophilen) Opposition allein Herr Malinow erschien. Als Antwort des Dreiverbandes auf diese von ihm als herausfordernd bezeichneten Schritte wird die faktische Blockade des bulgarischen Hafens Dedeagatsch durch die auf Konstantinopel operierende englisch-französische Flotte betrachtet. Zur gleichen Zeit stellte der Tempskorrespondent

in Petersburg fest, daß man es dort überdrüssig geworden sei, in Bukarest und Sofia tauben Ohren zu predigen. Aber die daran geknüpften Warnungen, zu bedenken, was sie zu verlieren hätten, verfangen bei den beiden Monarchen ebensowenig, wie die ununterbrochenen allmählich albern wirkenden englischen Meldungen von Bemühungen Österreich-Ungarns um einen Sonderfrieden oder von Abfallgelüsten der Magyaren. Diese Balkanstaaten warten, sich gegenseitig balancierend, in Ruhe die weiteren Erfolge der uns verbündeten Türkei gegen Rußland ab, vor allem aber die Entscheidungen in Polen.

Inzwischen kann aber an einer andern Stelle bereits ein Bruch herbeigeführt werden, weil nun der mächtigste aller Neutralen, die Vereinigten Staaten, sich gegen die englische Brutalität zu wehren beginnt. Naturgemäß hat uns die Frage, wie sich die Union zum Kriege stellen werde, seit Kriegsbeginn aufs tiefste beschäftigt. Heute ist es möglich, darüber auch in Einzelheiten etwas Bestimmteres zu sagen. Es hat in Deutschland manchen enttäuscht, daß die öffentliche Meinung in Nordamerika so völlig der englisch-französischen Auffassung anheimfiel. Man hatte etwa von den Wirkungen des Professorenaustausches mehr erwartet, als daß diese Gelehrten, die bei uns gewirkt und freundlichste Aufnahme gefunden hatten, nur in Ausnahmen die Partei Deutschlands ergriffen; ein Mann von der Bedeutung des früheren Präsidenten der Harvard-Universität, Charles Elliot, steht sogar unbedingt im Lager unsrer Gegner. Eifrige Aufklärungsarbeit hat darin manches geändert, aber doch nicht so viel, daß nicht auch heute noch die Mehrheit der Amerikaner mit ihren Sympathien bei unsern Feinden sind, was von der angloamerikanischen Presse und aus England her auf alle Weise gefördert wird. So wird augenblicklich der hundertjährige Gedenktag des Genter Friedens (24. Dezember 1814), der den zweiten und letzten Krieg zwischen England und Nordamerika beendete, in dieser Weise ausgenutzt. Diesen Zustand der Stimmungen müssen wir heute hinnehmen, es nützt auch heute und während des Krieges nicht viel, sich den Kopf über seine Gründe und die Mittel der Abhilfe zu zerbrechen; das kommt später. Einstweilen muß es genügen, daß die Nachrichten über unsre Erfolge heute auch durch die dicksten Lügen hindurchdringen; selbst das perfideste deutschfeindliche Blatt, der New York Herald, wagt es nicht mehr, seinen Lesern die wörtliche Mitteilung der deutschen Generalstabsberichte vorzuenthalten. Und die Taten unsrer Kreuzer und Unterseeboote finden auch in Deutschland kritisch gegenüberstehenden Blättern stets eine ehrliche und lebhafte Anerkennung. Mehr können wir zunächst nicht erwarten. Um so dankbarer empfinden wir die mächtige Bewegung der Deutschamerikaner, denen sich überall die Iren anschließen. Denn diese ist in einer Weise in Gang gekommen, die an jene Erhebung gegen Mac Kinley 1898 erinnert, und wird immer stärker und einflußreicher. Jetzt zeigen sich die Fortschritte gegen

damals auch in der Organisation: der deutschamerikanische Nationalbund, der zwei Millionen Deutscher zusammenschließt, kann mit seinem Protest gegen die Neutralitätsbrüche nicht einfach beiseite geschoben werden. Und diese Bewegung ist, wie nach den Massenversammlungen in Chicago am 1. Dezember zu urteilen war, erst im Anfange. Was sie aber auszeichnet, ist die klare Bestimmtheit ihrer Ziele, und deshalb sind wir wohl berechtigt, davon für unsre Sache viel zu erhoffen.

Die Deutschamerikaner richten sich nämlich gegen eine offizielle Neutralität ihres Landes, die nach ihrer Meinung keine ist, weil sie den Verkauf von Waffen und Kriegsmaterial an die Kriegführenden zuläßt —, was bei den augenblicklichen Machtverhältnissen zur See nur unsern Gegnern zugute kommt. Freilich spricht dabei auch die eigentümliche Lage der Union mit. Der Krieg hat ihr Wirtschaftsleben zunächst sehr schwer getroffen. Das merkte jeder ihrer Bürger unmittelbar, weil der große Ausfall an Zolleinnahmen durch ab 1. November erhobene Extrasteuern auf Bier, Wein, Tabak usw. ausgeglichen wird. Zur gleichen Zeit drohte ein starker Goldabfluß, weil England seine Forderungen an Nordamerika realisieren wollte. In dieser Lage war es ein Vorteil, zu den man mit beiden Händen griff, daß aus England, Frankreich und Rußland enorme Kriegsbestellungen einliefen; man berechnet jetzt das wöchentlich darin gemachte Geschäft auf fast 300 Millionen Mark.

An diesem vor allem für England sehr angenehmen Verhältnis beginnt sich aber einiges zu ändern. Das wirtschaftliche Selbstvertrauen kehrte allmählich wieder, besonders, da der Getreidehandel ein gewaltiges Leben zeigte. Nach dem amtlichen Bericht des Handelsdepartements betrug der Export in Brotstoffen im Oktober 1913: 13,3 Millionen Dollar, im Oktober 1914: 38,2 Millionen. Mit dieser Stärkung der Zahlungsbilanz wuchs das Selbstbewußtsein, das immer lebhafter gegen die Behandlung auch des amerikanischen Außenhandels durch England reagierte, so stark, daß es die entgegenstehenden Interessen des Exports an der englischen Konterbandepolitik überwand. Am 28. Dezember ließ die amerikanische Regierung der englischen eine sehr deutliche Protestnote gegen die Belästigung ihres Handels überreichen, deren Inhalt sie gleichzeitig, was recht ungewöhnlich ist, veröffentlichen ließ. Die Note beklagt sich darüber, daß in den fünf Monaten trotz allen Entgegenkommens der Union keine Besserung in der englischen Praxis eingetreten sei, und stellt fest: „Das Gefühl darüber ist so stark geworden, daß die Regierung gezwungen ist, um definitive Aufklärung über die Maßnahmen zum Schutze amerikanischer Bürger in ihren Rechten zu ersuchen.“ Wir sehen darin einen Erfolg sowohl der Klagen des drangsalierten Handels wie der deutschamerikanischen Beschwerden und glauben, daß der Entschluß dazu dem Präsidenten Wilson und namentlich dem englandfreundlichen Staats-

sekretär Bryan nicht ganz leicht geworden ist. Für England ist das nun eine große Verlegenheit, und die Politik, diesen Klagen so auszuweichen, oder ihnen mit nichtssagenden Redensarten zu antworten, wie gegenüber Skandinavien, hält hier nicht vor. Amerika will Schutz und Sicherheit für seinen neutralen Handel, und England weiß nicht, wie es die doch immerhin gebotene Rücksicht auf die Union mit dem Plane der Aushungerung Deutschlands verbinden soll.

Die Frage wird für England noch schwieriger dadurch, daß die kraftvollsten Staaten Südamerikas in derselben Richtung drängen, stärker sogar als der Union und namentlich Bryan lieb ist. Die gewissenlose antideutsche Hetze, die in Südamerika betrieben wurde, konnte uns, da nun einmal Krieg war, nichts weiter schaden. Aber sie erreichte nicht, daß diese südamerikanischen Staaten ihre Interessen vernachlässigten. Sie wollen einfach nicht in diesen großen Krieg hereingezogen werden, und wissen eben, daß, wenn die Länder der drei Amerika darin einig sind, sie ihre Forderungen durchsetzen. So sehen wir ein Anwachsen des sogenannten Panamerikanismus, das den Vereinigten Staaten über den Hals kommt, einmal weil augenblicklich die diesen Dingen überhaupt abgeneigten Demokraten am Ruder sind, dann aber, weil Wilson und Bryan fürchten, daß eine aktive panamerikanische Politik die Aussicht der Union, der entscheidende Friedensvermittler zu werden, schädigen können. Argentinien, Chile, Peru, Uruguay und Ecuador sind mit Vorschlägen und Wünschen auf Sicherung der Neutralität gekommen, unter denen der interessanteste der ist, die bekannte alte neutrale Dreimeilenzone vor jeder Küste entsprechend der gestiegenen Tragweite der Geschütze erheblich auszudehnen, damit der Küstenverkehr absolut ungefährdet bliebe (Vorschlag Perus). Als Organ für solche Erörterungen existiert ja schon länger das Bureau der panamerikanischen Union. So eröffnen sich bereits Perspektiven, auf die wir noch oft zurückzukommen haben werden. Der Panamerikanismus war, obwohl bald ein Jahrhundert alt, bisher nicht viel mehr als eine akademische Idee; daß aber die Zusammenfassung der 20 Republiken von den großen Seen bis zum Kap Horn genau zur gleichen Zeit durch die Vollendung des Panamakanals und durch einen gewaltigen europäischen Krieg gefördert werden würde, das haben sich weder Henry Clay noch James Blaine träumen lassen können.

Mögen das ins Weite gehende Ausblicke sein, mag die Erörterung über Kanada und die Monroelehre, der Taft eben eine unanfechtbare Formulierung gab, ganz akademisch bleiben, mag die mit der Räumung von Veracruz am 23. November zunächst beendete Unternehmung auf Mexiko weder in ihrer Absicht klar noch in ihrer Durchführung heroisch gewesen sein — ein Zeichen der Zeit hat die öffentliche Meinung der Union erkannt: daß diese Zeit und

noch mehr die nächste Zukunft eine ganz andre militärische und maritime Rüstung fordere als sie hat. Es war gar nicht notwendig, daß die Navy League, der amerikanische Flottenverein, die Agitation dafür mit groben Ausfällen gegen Deutschland begann, das mit diesen Dingen gar nichts zu tun hat. Aber recht hatte sie wie die Army League mit der Feststellung, daß die Monroedoktrin nur so stark ist wie die Flotte und die Armee, die sie verteidigen. Die einzelnen Forderungen lassen wir beiseite, wichtiger als sie ist, daß sich diesmal auch die Demokraten, auch die deutschen Blätter dafür ins Zeug legen. Es sind doch demokratische Minister, Mr. Garrison für Krieg und Mr. Daniels für Marine, von deren Berichten diese Agitation ausgeht, die mit jenen Neutralitätsfragen den Amerikanern heute viel wichtiger ist als das ganze sachliche Interesse am Kriege selbst, das ersichtlich im Schwinden ist. Und da lesen wir die Worte (New York Times, 10. Dezember): „Mr. Garrison zweifelt nicht, daß jede Gemeinschaft auf der Welt den Schutz militärischer Gewalt braucht, und glaubt nicht, daß ein verständiger amerikanischer Bürger den leisesten Schatten von Furcht vor militärischem Despotismus hat. Er lehnt den greulich verkehrten Gebrauch des Wortes Militarismus ab, wenn das für eine Vorbereitung zur Heeresbereitschaft in Amerika gebraucht werden soll." Wie paßt zu dieser klaren Erkenntnis, die übrigens doch Theodor Roosevelt in erster Linie vorbereitet hat, das Gerede über den deutschen Militarismus, mit dem unsre Gegner die Welt erfüllen?

Und der Feind, gegen den man sich rüsten will? Er wird selten genannt, höchstens nur angedeutet, daß die Reibungen mit Japan nach diesem Kriege beginnen würden. Aber daß es die pazifischen Interessen sind, die man verfechten will, darüber ist nirgends ein Zweifel. Deutlicher würde das ja, wenn die Republikaner herrschten. Aber das charakterisiert in allem und jedem die heutige Lage in den Vereinigten Staaten, daß die Demokraten noch die »ins« sind, daß aber ihre Macht im Sinken ist. Der nächste Kongreß, der mit dem 4. März beginnt, hat eine demokratische Mehrheit statt wie bisher von 163, von 27, oder wie andre rechnen, nur noch von 15. Die republikanische Welle ist zusehends wieder im Steigen, damit die Betonung der auswärtigen Interessen, das ganze Programm des amerikanischen Imperialismus, der nach außen drängt. Natürlich ist es kein Zufall, wenn schon jetzt für die Nomination des Obersten George W. Goethals als republikanischen Präsidentschaftskandidaten für die nächste Wahl Stimmung gemacht wird. Goethals ist der Erbauer des Panamakanals, sein Name wie ein Symbol für eine Entwicklung, die weitblickende Beobachter bei uns längst vorausgesagt haben, daß mit dem Tag der Eröffnung dieses Kanals ein neues Rüsten um die Flotte und die Offensive gegen Japan beginnen würde.

Weil dem aber so ist, auch wenn das alles nicht heute und morgen schon zum

Reifen kommt, ist uns sehr wahrscheinlich, daß Japan seine Teilnahme an diesem Kriege auf den asiatischen Kriegsschauplatz beschränken wird. Daß Herr Pichon die Wünsche hegt, die er äußerte, Japans Kriegshilfe werde in Europa die Entscheidung bringen, glauben wir gern — wo ist die Macht Frankreichs hin, wenn ein ehemaliger Minister das demütigende Zugeständnis macht, „für jetzt müsse alles in Europa und Asien daran gesetzt werden, Beistand zu erlangen, um den Schmerz und Schimpf preußischer Okkupation los zu werden." Aber für Japan hat das wenig Reiz. Geldbeihilfe gegen Truppensendungen kann es wohl brauchen — woher sollen die Frankreich und Rußland nehmen? Landabtretungen? Die zweite Hälfte von Sachalin? Französisch-Indochina? Die holländischen Kolonien? Gewiß kann manches davon abgetreten werden. Aber Japan weiß sehr genau, daß es diese Gebiete, die ja im Bereiche seiner ehrgeizigen Absichten liegen, gegen die Union erst gewinnen und dann verteidigen muß. Der Konflikt mit Amerika mag noch im weiten Felde liegen, aber eine Rüstung dafür wäre es für Japan nicht, Hunderttausende seiner Truppen in Europa festzulegen, da es schon jetzt, obwohl durch das Unternehmen gegen Tsingtau kaum geschwächt, seine Armee nicht für genügend stark hält. Hat doch schon im Oktober Graf Okuma die Errichtung von zwei neuen Divisionen gefordert. Er ist mit diesem Programm zunächst gescheitert, so sehr, daß er seinen Reichstag auflösen mußte (26. Dezember). Erst im März werden die Neuwahlen sein, bis zu denen Japan in der Kriegspolitik nichts unternehmen dürfte. Daher sind die ausweichenden Antworten Japans auf die Anzapfungen Frankreichs so deutlich, daß sie wohl als Ablehnung aufgefaßt werden dürfen. Seine großen Parteien sind sich bei allen sonstigen Gegensätzen darin einig, daß die Expansionsrichtungen in Asien und auf dem Stillen Ozean liegen, und daß sie dort, in ganz China, in Honolulu und Hawai, mit der Besetzung der deutschen Südseekolonien, überall, nachdem England so bereitwillig Platz gemacht hat, auf die Vereinigten Staaten stoßen. Indem die Verblendung der englischen Politik zu einer vorübergehenden Ausschaltung der europäischen Mächte aus der ostasiatischen und pazifischen Politik geführt hat, ist die Stellung Japans und der Union darin ebenso verstärkt worden wie ihr Gegensatz. Es ist daher kaum zu erwarten, daß Japan sich für das englische Bündnis, das ihm bisher nur Schulden und Finanzschwierigkeiten gebracht hat, in Unternehmungen auf europäischen Schauplätzen einlassen sollte. Von England hat es — dafür hat dieses selber ja gesorgt — nichts zu fürchten, weder jetzt, noch nach dem Kriege. Seine Gegner sind die Vereinigten Staaten und — Rußland, das mit dem Iswolskischen Abkommen von 1910 über die Mandschurei sich zwar vorläufig gegen Japan in Ostasien gesichert, aber sein letztes Wort in den politischen Verhältnissen des fernen Ostens sicher noch nicht gesprochen hat.

9.

(Amerika — England — Belgien — Rom — Japan und China)

13. Januar 1915

Die beiden Brennpunkte der großen Politik sind heute ohne Zweifel Rom und Washington; Sofia und Bukarest kommen erst nach ihnen in Frage. Während aber Italien Moment und Art seines aktiven Eingreifens — darunter braucht noch nicht gleich ein Losschlagen mit den Waffen gedacht zu werden — berechnet, suchen die Vereinigten Staaten durchaus und bis zu Ende neutral zu bleiben. Dies Streben erspart ihnen jedoch nicht sehr ernsthafte Schwierigkeiten. Wir meinen damit im Augenblick die wachsende Spannung, in die Nordamerika England gegenüber in der Frage der Konterbandeuntersuchung geraten ist. Noch braucht man nicht an eine ernste Krise zu denken. Aber es ist von Bedeutung auch hierfür, daß die amerikanische Regierung ihre Flotte, die zur Weltausstellung nach San Franzisko abfahren sollte, im Atlantischen Ozean zurückzuhalten Befehl gegeben hat. Es war für diese Fahrt, die etwas an die große Demonstrationsreise um Kap Horn vor mehreren Jahren erinnern sollte, schon das ganze Programm vorbereitet. Indem Präsident Wilson dies zum Mißbehagen der auf ihre Ausstellung rüstenden San-Franziskoer stört, will er kundgeben, daß er die Erfüllung der in seiner Note vom 28. Dezember ausgesprochenen Forderungen von England bestimmt erwartet.

Dort ist man aber trotz des fortgesetzten Druckes, den der Washingtoner Korrespondent der Londoner Times auszuüben sich bemüht, gar nicht geneigt, entgegenzukommen. Obwohl die Beschlagnahme eines Seglers, der von Norfolk (Virginia) mit Baumwolle nach Bremen abging, in den Vereinigten Staaten, besonders in dem am Baumwollhandel so interessierten Süden erneut den unangenehmsten Eindruck machte, enthält die am 10. Januar durch Reuter mitgeteilte Antwort Englands auf die amerikanische Note nur halbe Zugeständnisse. Die Zusicherung, daß alle Klagen auf das sorgfältigste geprüft würden, ist eine Redensart. Die Hauptsache bleibt, daß England von seinem Anspruch, den an sich klaren Begriff „bedingungsweiser" Konterbande nach eigener Willkür auszulegen, nicht abgeht. Es will Nahrungsmittel, die ja der wichtigste Teil der relativen Konterbande sind, zwar künftig nicht mehr zurückhalten, wenn nicht die Mutmaßung vorliegt, daß sie für eine feindliche (d. h. England feindliche) Macht bestimmt sind. Aber es sieht sich nicht in der Lage, eine bestimmte Erklärung dazu abzugeben, sondern hält am alten Anspruch, verdächtige Schiffe zur Untersuchung in einen englischen Hafen zu bringen, fest. Also wird am bestehenden Zustande nichts geändert.

Die Sicherheit, mit der England damit die Vereinigten Staaten heraus-

fordern zu können glaubt, kontrastiert seltsam mit dem durchaus unbefriedigenden Verlauf, den nach dem eigenen Zeugnis der Times die dreitägigen Debatten seines Oberhauses (6.—8. Januar) genommen haben. Auch die konservative Opposition, besonders Lord Curzon äußerte diese Kritik an der Regierung: die Erklärung Lord Kitcheners hätte doppelt so lang und doppelt so ausführlich sein sollen. Das kann man auch sagen: mager und unbestimmt genug waren diese Ausführungen des Kriegsministers. Was heißt das: „über 218000 Mann, die bereit sind zu dienen, haben sich in die Listen eingezeichnet"? Wie weit ist diese Zahl aber unter allen Umständen von den 2 Millionen entfernt, die als notwendig bezeichnet wurden, und von denen Lord Curzon auch zweifelt, ob man sie wird auftreiben können! Unzweideutig drückte man die auch im Lande weitverbreitete Klage und Besorgnis aus, daß dem Publikum nicht reiner Wein eingeschenkt werde, und empfindet die Geheimniskrämerei der Regierung immer unangenehmer. Ein hübscher Trost war darauf fürwahr die Antwort des Kabinetts, die der Earl of Crewe gab, die Behörden müßten die Bevölkerung langsam an unangenehme Veröffentlichungen gewöhnen! Zwei Eingeständnisse halten wir noch fest: daß der Lordkanzler sagte, die Aufgabe Englands decke sich in diesem Kriege nicht ganz mit der der Verbündeten — darüber beschweren sich ja auch immer unverhüllter Rußland und Frankreich. Und ferner die Äußerung Lord Middletons, daß das Rekrutierungsresultat in Süd- und Westirland einfach unglaublich sei — was der Redner mit Beweisen belegte, wie sie unsres Wissens von englischer Seite während des Krieges zur irischen Frage und Gefahr noch niemals zugestanden worden sind. Eine Antwort des Kabinetts auf diese Vorwürfe erfolgte nicht.

Was Deutschland in diesen ohne jede Erhebung verlaufenen Oberhausdebatten gesagt wurde, konnte uns recht sein, da es zutrifft: es sei kein Anzeichen dafür vorhanden, daß ihre (der Deutschen) Mittel erschöpft seien (Lord Curzon), Deutschland habe gezeigt, daß es die wunderbarste Kampfmaschine besitze, über die jemals eine Nation verfügt habe (Lord Selborne). Deren Wirksamkeit spüren Engländer und Franzosen, auch wenn sich das nicht jeden Tag in großen Fortschritten, Gefangenenzahlen und dgl. ausdrückt, unausgesetzt. Es ist ihnen nicht möglich, die eiserne Wehrmauer, die ihnen die Deutschen von Nieuwport bis Belfort entgegenstellen, einzurennen und Belgien zu befreien. Hier richtet sich die deutsche Verwaltung immer mehr ein, von dem ganz richtigen allgemeinen Prinzip aus, jede Möglichkeit des späteren Schicksals des Landes offenzuhalten. Seit 1. November ist ihre Organisation etwas anders geworden, insofern seitdem an der Spitze jeder Provinz ein Militärgouverneur steht, dem ein Verwaltungsbeamter als Präsident der Zivilverwaltung beigegeben ist. Auch an der Kreisstelle stehen Offiziere, die Verwaltungsbeamte als ihre Ziviladjutanten neben sich haben. So

ist die Verwaltungsorganisation wohl etwas verwickelt und umständlich, aber das geht nicht anders, wenn man die militärischen Erfordernisse erfüllen, in deren Rahmen die materiellen Aufgaben der Verwaltung lösen und sich auch der alten belgischen Organisation anpassen will. Am schwierigsten ist natürlich das Problem der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln. Aber es sind jetzt wenigstens genügende Vorräte vorhanden, und zwar aus den neutralen Ländern beschaffte, die auch weiterhin aus den Vereinigten Staaten ergänzt werden, da England diese Zufuhr nicht als Konterbande betrachten will. Auf diesem Wege wird die Pflicht der Humanität gegen das eroberte Land mit der ebenso unbedingt gebotenen Rücksicht auf unsre Interessen, auf unsern Getreidevorrat für unser Volk und Heer vereinigt.

Zur Frage der Zukunft Belgiens hat Albert Ballin nicht, wie selbstverständlich ist, ein Programm aufgestellt, aber eine allgemeine Lehre aus dem bisherigen Verlauf des Krieges gezogen, die er so formuliert: „Die Erfahrungen, welche wir während der Kriegsmonate in der Nordsee gemacht haben, lassen uns unwiderleglich erkennen, daß für die Betätigung unsrer Schlachtschiffe unsre Häfen uns nicht die nötigen Vorbedingungen schaffen, und daß für die zukünftige Wahrung eines glücklichen Friedens es notwendig für uns ist, hinauszukommen — ans Meer! Die arge Belästigung, welche unsern Überseehandel fast zum Stillstand bringt, ist nur dadurch für die englische Flotte zu erreichen, daß das Gebiet der Nordsee sich als leicht absperrbar erwies, und der seeräuberische Druck, den England heute auf die neutralen skandinavischen Staaten und Holland ausübt, wäre unmöglich gewesen, wenn wir für unsre Flotte eine Basis gehabt hätten, die ihrer Bedeutung und der Kampflust ihrer tapferen Offiziere und Mannschaften entspricht. Deshalb müssen wir hinaus, noch über das Gebiet der Nordsee hinweg uns einen Flottenstützpunkt suchen, der in Zukunft uns wenigstens in diesem Teil der Welt die gleichen Möglichkeiten sichert, wie England sie besitzt und rücksichtslos ausbeutet." Dem stimmen wir ganz zu, und daß diese Anschauung von dem Generaldirektor unsrer größten Schiffahrtsgesellschaft und einem Verfechter der Hamburgischen Interessen geäußert wird, macht sie doppelt beachtenswert.

Wenn wir sagten, Rom sei der andre Brennpunkt der großen Politik, so gilt das in doppeltem Sinne: Quirinal und Vatikan. Papst Benedikt XV. ist zunächst mit einer Anregung des Friedens und edler christlicher Nächstenliebe an die kriegführenden Mächte herangetreten, nämlich die für den Militärdienst künftig als untauglich anzusehenden Kriegsgefangenen gegeneinander auszutauschen. Nach der Zusammenstellung des Osservatore Romano (5. Januar) haben Deutschland, Österreich-Ungarn, die Türkei, Frankreich, England, Rußland, Serbien und Montenegro dem auch zugestimmt. Damit hat der Vorschlag bestimmte Aussicht, verwirklicht zu werden, trotz mancher, aber zu über-

windender praktischer Schwierigkeiten. Daß z. B. Deutschland, das die Maßregel prompt und gewissenhaft durchführt, Vorsicht walten läßt, wo es Nachlässigkeit oder bösen Willen auf der Gegenseite sieht oder voraussetzen muß, ist ja selbstverständlich. Aber viele Mütter, Frauen und Kinder werden in ganz Europa diesem erfolgreichen Streben des Papstes von Herzen danken, die Leiden des Krieges zu lindern.

Daß das Papsttum die diplomatische Souveränität besitzt, macht sich aber jetzt über diese Fragen allgemeiner Humanität auch politisch in steigendem Maße bemerkbar. Daß England einen Gesandten beim Vatikan beglaubigt hat und damit einen seit der Reformation zerrissenen Faden wieder anknüpfen möchte, wurde hier schon besprochen. Sir Henry Howard hat nun den begreiflichen Wunsch, gegenüber der Stellung des deutschen und des österreichisch-ungarischen Gesandten am Vatikan eine Flankierung zu erhalten, um so mehr, als die vereinigten evangelischen Kirchen Englands mit Schärfe gegen seine Ernennung und gegen eine solche Anerkennung der weltlichen Macht des Papstes protestiert haben. Das ist ein Zeichen, welchen großen Einfluß die evangelische Kirche in England hat, erleichtert aber die Arbeit des neuen Gesandten gerade nicht. Neben England hat nun auch Rußland wieder freundliche Beziehungen zum Heiligen Stuhl, die unter und vom Papst Pius IX. sehr schroff abgebrochen worden waren, angeknüpft und in der Person des Herrn Nelidow gleichfalls einen Gesandten beim Vatikan ernannt. Ferner ist am 23. Dezember 1914 ein direkter Verkehr zwischen Papst und Sultan eröffnet worden, indem der neue apostolische Delegierte in Konstantinopel, Monsignore Dolei, direkt beim Sultan akkreditiert und von diesem feierlich empfangen wurde. Das ist ein Schritt von großer Bedeutung. Denn damit haben Papst und Sultan das alte französische Protektorat über die Katholiken des Orients beseitigt. Das war eine unmittelbare Folge der Aufhebung der Kapitulationen durch die Türkei und fügt den französischen Orientinteressen einen großen Schaden zu. Sogleich beginnt daher auch Japan die Entsendung eines Vertreters zum Vatikan zu erwägen, weil ja das französische Orientprotektorat seinen Bereich und seine Ansprüche auch auf den fernen Osten ausstreckte, und ebenso denkt man angeblich auch in den Vereinigten Staaten, in denen ein Drittel der Gesamtbevölkerung katholisch ist, an eine gleiche oder ähnliche Maßnahme. Damit setzt sich immer mehr ein Standpunkt durch, den namentlich das Deutsche Reich längst vertreten hat, daß jeder Staat seine eigenen Katholiken selber schützt und sich nicht um das französische Protektorat im Orient zu kümmern braucht. Es ist schon ein Ergebnis dieses Krieges, daß es jetzt zertrümmert wird; das Papsttum selbst hat gegen diese Entwicklung nicht das mindeste.

Je mehr der Krieg die Dinge auf der Erde durcheinanderwirbelt, um so

mehr wird die große historische Macht des Papstes als Vermittlung überhaupt in Anspruch genommen werden. Auch die katholische Kirche als Gesamtinstitution spürt an ihrem Leibe die großen prinzipiellen Probleme, die der Krieg aufrührt; es sei bloß an die eben bekannt gewordene Auseinandersetzung zwischen deutschen und nichtdeutschen Jesuiten oder an den erfreulicherweise rasch und geschickt erledigten Hirtenbrief des Kardinals Mercier von Mecheln erinnert. Andrerseits berühren Fragen, die durch den Krieg vielleicht in starkes Rollen kommen, wie die irische und die polnische, die allgemeinen katholischen Interessen ganz ungemein. So ist es gar kein Wunder, wie jetzt schon von selber das Papsttum in diesem Weltkampfe wieder stärker hervortritt. Der Tod Pius' X. und die Neuwahl Benedikts XV. vollzogen sich noch fast ohne Interesse Europas, nur die Waffen hatten damals das Wort. Jetzt werden bereits wieder diese allgemeinen Fragen wach, und wir sehen, daß sich ihnen keine Macht, weder das evangelische England, noch das buddhistische und shintogläubige Japan noch die nur privatkirchliche Interessen kennende Union entziehen können. Für Deutschland und Österreich-Ungarn bringt diese Entwicklung nichts Neues, sondern befestigt nur bestehende Verhältnisse. Ob man in alledem schon Vorbereitungen sieht, die Rom zum Sitze der Friedensverhandlungen machen würden, wie die New Yorker Staatszeitung (24. Dezember) das ausführte, bleibe dahingestellt. Erklärlich ist aber, daß dieser so viele festgewurzelte Verhältnisse erschütternde Krieg nun auch eine Verständigung zwischen Quirinal und Vatikan nahelegt. Wie die Perseveranza meldete, haben darin schon allerhand Sondierungen und Unterhandlungen stattgefunden, die natürlich noch weit vom Ziele sind. Aber Italien wie das Papsttum müssen heute ein wachsendes Interesse daran haben, über 1870 und den Sturz des Kirchenstaates hinweg zu einer Verständigung zu kommen, die freilich sehr davon beeinflußt werden wird, welche Stellung Italien endgültig zum Kriege einnimmt. —

Die Besetzung von Valona, mit der Italien zunächst nur den Fremdenschutz sichern und die Landung andrer Mächte, d. h. also Griechenlands, ausschließen will, hat in der russischen Presse eine erhebliche Verstimmung erregt. Mit einer Plumpheit, die bei einem früher in Rom beglaubigt gewesenen Staatsmanne auffällt, hat der Minister Ssasonow dieser in einer Mitteilung an den Corriere della Sera Ausdruck gegeben. Ssasonow wurde darin in einer Weise deutlich, die sich nur durch eigene Nervosität erklärt, weil nämlich die russischen Balkanpläne nicht vorangehen und weil man in Rußland in der Besetzung Valonas das Streben nach der Vormacht Italiens in der Adria und auf dem Westbalkan wittert. Darum versuchte man es noch einmal mit einem groben Faden: Italien habe ja Otranto, Brindisi, Venedig und nun Valona, es erhalte ferner Triest, dann möchte aber Rußland, dem diese Machterweiterung Italiens

sympathisch sei, Dalmatien für Serbien und Montenegro in Aussicht nehmen. Diese Zukunftsmusik hat in Italien nur Verwunderung erregt, man merkt die Absicht (Italien und Österreich endlich zu brouillieren) und wird verstimmt — denn die konsequente Irredenta rechnet Dalmatien zu dem italienischen Zukunftslande und ist wenig erbaut, wenn sie an den starken slawischen Bevölkerungsanteil in Triest und dem Küstenlande so grob erinnert wird. Aber auch die Staatsleitung sieht die Idee des Gleichgewichts im Mittelmeere durch solche Lösungsaussichten bedroht.

Das Gefühl, das heute den verantwortlichen Staatsmann Italiens beseelt, läßt sich wohl am besten in dem Worte zusammenfassen, daß „bereit sein alles ist". Daher die militärischen Rüstungen, deren Ende schon abzusehen sein soll, und daher die politische Vorbereitungsstellung, die mit der großen Rede des Ministerpräsidenten Salandra eingenommen wurde. Zweifelhaft ist ihm aber sicherlich nicht, daß das, was zwischen Rom und Wien liegt, ausgeglichen werden kann, daß aber die eigentlichen Gegner für die großen Ziele seines Vaterlandes im und am Mittelmeer England und Rußland sind. Für England erweisen es schon alle Erfahrungen in der Kolonialpolitik: von den Plänen auf Sokotra 1875 und auf Tripolis 1880 an zu Massaua 1887 und Adua 1896, und zum englisch-französischen Vertrag über das Hinterland von Tripolis im März 1899, immer sind die Wünsche und Pläne Italiens durch England preisgegeben, vereitelt, ja verraten worden. Für Rußland aber zitieren wir aus dem Memorandum Ignatiews, des bekannten „Vaters der Lüge", an Gortschakow vom 27. Dezember 1866 den Satz, daß die Tätigkeit der christlichen Völkerschaften am Balkan ausschließlich von Rußland geleitet werden müsse und keine andre europäische Macht darauf einen Einfluß ausüben dürfe. In der Haltung der russischen Zeitungen und im Interview Ssasonows spürt Italien diese Ignatiewschen Ideen direkt gegen sich gerichtet, weil aus ihnen Serbien und Montenegro als Mittelmeermächte hervorgehen sollen, deren ganze raison d'être dann nur gegen Italien gewendet zu denken ist. —

Japan hat Tsingtau genommen angeblich, um es China zurückzuerstatten. Aber es denkt nicht daran, und so schrieb der Korrespondent der Morning Post aus Tokio schon am 10. November folgende Sophisterei: „Im Westen legt man Nachdruck auf die Bedingungen des japanischen Ultimatums an Deutschland, das die Rückgabe an China versprach, wenn Deutschland seinen Besitz ohne Gewalt aufgäbe. Aber Deutschland übergab es nicht ohne große Opfer für Japan. So haben sich die Umstände für den japanischen Standpunkt geändert. Die Rückführung (!) Tsingtaus hat Japan viel Blut und Geld gekostet. Deshalb ist klar, daß die allgemeine Stimmung in Japan ist, daß keine der eroberten deutschen Besitzungen leicht aufgegeben werden kann. Jedenfalls kann Japan sie nicht ohne ein quid pro quo aufgeben." Mehr auf Stel-

zen kann man wohl seine Ausdrucksweise nicht stellen, aber klar ist trotzdem Japans Ziel: es wird alles Eroberte behalten oder günstig eingetauscht. Daher lebt in den Vereinigten Staaten und in China das größte Mißtrauen gegen diese Machtansprüche. Und daher ist es uns auch heute schon gar nicht gleichgültig, wie die 1911 begonnene Umwälzung in China weitergeht.

Es ist noch in Erinnerung, wie daraus Juanschikai als provisorischer Präsident hervorging, mit einer Legislatur in zwei Kammern nach westeuropäischem Vorbilde. Die provisorische Verfassung hat sich nicht bewährt, aber trotz der Rebellion in den Südprovinzen im Sommer 1913 wurde die englische Form der vom Parlament abhängigen Kabinettsregierung endgültig ausgebildet. Juanschikai wurde nach der Anerkennung dieser parlamentarischen Republik durch die Vereinigten Staaten zum Präsidenten auf fünf Jahre gewählt. Die Opposition der Kuomingtang nahm aber darauf bald hochverräterische Formen an. Juanschikai ließ deshalb alle ihre Anhänger ihrer Mandate entkleiden und hatte dadurch von nun an ein Parlament, das nie mehr die gesetzmäßige Beschlußfähigkeit hatte und infolge dieser Beschlußunfähigkeit schließlich aufgelöst, doch bis heute nicht beseitigt wurde. Seitdem arbeitete der Präsident mit einem mehr konservativ zusammengesetzten Verwaltungsrat, der auch gesetzgeberische Funktionen ausübte. Aus diesen gingen Amendements zur Verfassung hervor, die diese im Sinne stärkerer Exekutive veränderten. Der Präsident wurde umgeben von einem Staatsrat oder einer nur beratenden Kammer, die heute einstweilen noch als Surrogat eines Parlaments dient. Diese Körperschaft hat nun jedenfalls dem Präsidenten die äußere Form für eine noch weitergehende Stärkung seiner Macht geboten: in einem Gesetze, das ihm die Präsidentschaft auf Lebenszeit sichert (1. Januar). Wenigstens meldete das so der Daily Telegraph. Für das Volk aber war wichtiger, daß Juanschikai schon im vergangenen Herbst im Himmelstempel dem Himmel die kaiserlichen Opfer dargebracht hatte. M. a. W.: die Reaktion in die Traditionen der Vergangenheit war nach dreijähriger Dauer republikanischer und parlamentarischer Ideen wieder so groß, daß Juanschikai sich durch diese rituelle Handlung zum Sohne des Himmels, zum Kaiser erklären konnte. Als solchen haben wir ihn, wie dann auch im einzelnen die gesetzlichen Formen sein werden, jetzt schon zu betrachten. Er hat die Ordnung an Stelle der Anarchie gesetzt, die Reorganisation der Finanzen wenigstens einigermaßen durchgeführt und den drohenden Auseinanderfall des Reiches verhindert; selbst die äußere Mongolei ist noch nicht ganz von ihm abgetrennt. So hat er sich doch einigermaßen festen Boden unter den Füßen geschaffen und gezeigt, was ein Mann selbst in einem so großen Volke zu leisten vermag, und das mit verhältnismäßig wenig Opfern an Menschenleben. Wie er sich und China wieder eine Verfassung schafft, die zu den besonderen Bedürfnissen und Tra-

ditionen seines eigenartigen Reiches paßt, ist seine Sorge und interessiert uns weniger. Dagegen interessiert uns sehr der starke politische Ehrgeiz, den diese zweifellos bedeutende Persönlichkeit jetzt drei Jahre mit Erfolg bewiesen hat. Denn dieser macht Juanschikai zum ausgesprochenen Gegner der japanischen Machtinteressen und Wühlereien, die nun von der Provinz Schantung als fester Basis aus vielleicht schon für den Sturz der Republik und die Wiedereinsetzung eines Schattenkaisertums aus der Mandschudynastie arbeiten, und weist ihn auf die Bahn der Verständigung mit Rußland und der Annäherung an die Vereinigten Staaten.

Gewiß haben wir heute drängendere Sorgen als die Aussichten, die sich so in der Welt des fernen Ostens, vor allem in China, eröffnen. Aber ausgespielt ist die Rolle der Deutschen und ihr Anteil in den gewaltigen Umwälzungen nicht, die sich langsam in diesem ein Viertel der Menschheit umfassenden Staatswesen in Bewegung setzen. Die Zeiten kommen wieder, wo uns das Problem der wirtschaftlichen und kulturellen Erschließung Chinas in dieser oder jener, heute noch gar nicht zu umreißenden Form wieder beschäftigen wird, und auch darauf müssen wir dann gerüstet sein.

10.

(Graf Berchtold — Österreich-Ungarn)

20. Januar 1915

Das wichtigste politische Ereignis der vergangenen Woche ist der am 13. Januar erfolgte Rücktritt des österreichisch-ungarischen Ministers des Äußern, Grafen Berchtold, der völlig überraschend kam. Da es durchaus ungewöhnlich ist, daß ein so wichtiger Posten in so schwierigen Verhältnissen den Inhaber wechselt, sind daran begreiflicherweise vielerlei Kommentare und noch mehr Vermutungen geknüpft worden. Die Mitteilung von Einzelheiten, die sich in manchen Blättern fanden und so gut wie nicht kontrolliert werden können, halten wir nicht für besonders zweckmäßig. In jedem Fall zeugt es für die innere Festigkeit des uns treu verbündeten Staates, wenn er einen solchen Ministerwechsel ohne Bedenken vornehmen kann, und das Moment der Stärke Österreich-Ungarns, das darin zum Ausdruck kommt, möchten wir zunächst betonen. Dem Grafen Berchtold aber tut man keinen Gefallen, wenn man mit vielen Worten seine Sehnsucht hervorhebt, sich zu seinen Sammlungen und Liebhabereien wieder zurückzuziehen. Daß er sein Amt, zu dem ihn sein Meister Graf Aehrenthal in den letzten Stunden seines Lebens vorschlug, nur ungern angenommen hat, und daß er es bei sich bietender Gelegenheit seinem kaiserlich-königlichen Herrn mehrmals wieder zur Verfügung gestellt hat, wissen wir, ebenso, daß er als pflichtgetreuer Staatsbeamter un-

bedingt trotzdem ausgehalten hätte, wenn es von ihm gefordert worden wäre. Aber im Leben jedes Staatsmannes können Lagen kommen, zu denen seine Überzeugungen und Traditionen schlechterdings nicht mehr passen, und eine solche Lage war anscheinend für den Grafen Berchtold jetzt gekommen. Dem im einzelnen nachzuspüren, dazu liegt weder das einwandfreie Material vor, noch das Bedürfnis des Augenblicks. Graf Berchtold tritt von seinem Amt zurück, ohne daß damit von einer Niederlage seiner Politik oder gar von einer grundsätzlichen Änderung der österreichisch-ungarischen Politik überhaupt, an die vollends nicht gedacht werden kann, zu sprechen ist. Mit dem Danke seines Monarchen und dem Danke Deutschlands, dem er immer und unerschütterlich ein treuer Bundesfreund gewesen ist, zieht er sich nun zum dritten Male auf seine Güter zurück. Da er erst im 52. Lebensjahre steht, wird seine bisher schon ungewöhnlich schnelle und glänzende Laufbahn damit kaum endgültig abgeschlossen sein.

Als Schüler und Nachfolger des Grafen Aehrenthal hat Graf Berchtold an der 1908 eingeleiteten neuen Orientpolitik Österreich-Ungarns stärksten Anteil genommen. Auf seinem Schlosse Buchlau in Mähren fand die Zusammenkunft zwischen Aehrenthal und Iswolski statt, die der Annexion von Bosnien und der Herzegowina vorausging. In dieser Zeit (seit 1906) war Graf Berchtold Botschafter in Petersburg, wo er der Nicholson-Iswolskischen Politik gegenüber die aussichtslose Aufgabe hatte, trotzdem gute Beziehungen zwischen Rußland und Österreich aufrecht zu erhalten. Nach der Annexionskrisis trat er deshalb von seinem Amte zurück (1911). Als Graf Aehrenthal am 17. Februar 1912 starb, wurde Berchtold zu seinem Nachfolger berufen. Er trat dieses Amt in der Überzeugung an, seiner Aufgabe nicht in vollem Maße gewachsen zu sein, und wohl auch in der bestimmten Meinung, daß die österreichisch-russischen Beziehungen auf die Dauer nicht friedlich würden bleiben können. Es ist ihm dabei weder gelungen, durch den mit seiner Note vom 15. August 1912 angeregten Meinungsaustausch den drohenden Balkankrieg zu verhindern, noch danach, als der Krieg vorbeigezogen war, die Revision des Bukarester Friedens im österreichischen Sinne durchzusetzen. Schon damals, Mitte 1913, gingen daher Gerüchte über seinen bevorstehenden Rücktritt um. Er ist gleichwohl im Amte gehalten worden und hat so die politische Führung seines Staates in der größten Krisis und Entscheidung gehabt, vor die wohl je ein österreichischer Staatsmann gestellt worden ist. Aber was auch daraus erwachsen möge, das Urteil steht über diesen seinen Entschluß, mit Serbien endgültig in Ordnung zu kommen, schon heute fest: er war notwendig für den österreichisch-ungarischen Gesamtstaat. Mit dem Gefühl, in der entscheidenden Stunde für sein Vaterland den unbedingt notwendigen Entschluß gefaßt und durchgeführt zu haben, scheidet Graf Berchtold aus dem Amt. Daß

er dabei bis aufs äußerste bemüht war, den Ausbruch des Krieges zu verhindern, bescheinigt ihm sogar das englische Weißbuch selbst (in der Mitteilung Greys vom 1. August an Bunsen).

Es ist kein Geheimnis, daß die Stellung des Grafen Berchtold dadurch schon seit längerem schwierig war, daß am 6. Juni 1913 Graf Stefan Tisza Ministerpräsident in Ungarn geworden war. Ungarn ist kraft des Ausgleichs ein Einfluß auf die auswärtigen Angelegenheiten des Gesamtstaates eingeräumt, und Graf Tisza hat diesen Einfluß um so stärker ausüben können, als er selbst, wie bekannt, eine sehr energische Persönlichkeit ist, und als die sich zuspitzenden Verhältnisse der großen Politik auch, mit der rumänischen Frage, innerungarische Angelegenheiten sehr lebhaft berührten. Wir suchen daher den einfachsten und letzten Grund für diesen Wechsel in der sowohl vom Grafen Berchtold wie an Allerhöchster Stelle erkannten Notwendigkeit, Reibungen zu vermindern und die Einheitlichkeit herzustellen. Hatte man doch schon seit längerer Zeit die Vermutung, daß Graf Tisza der nächste Minister der auswärtigen Angelegenheiten selbst werden würde. Ob ihm jetzt dieses Amt tatsächlich angeboten worden ist, wissen wir natürlich nicht. Wenn es der Fall gewesen ist, so liegt der Grund seiner Ablehnung nahe genug. Er ist Ministerpräsident Ungarns und kann diesen Posten in der Kriegszeit schlechterdings nicht verlassen. Man würde aber wohl die Persönlichkeit des neuen Ministers, des Barons v. Burian, falsch beurteilen, wenn man ihn einfach als Schatten und Figuranten für den Grafen Tisza betrachten würde. Dazu hat er in seiner langen Laufbahn als Generalkonsul in Moskau, als Gesandter in Sofia, Stuttgart und Athen, besonders als gemeinsamer Finanzminister, der er von 1903 bis 1912 war, eine zu große Selbständigkeit der eigenen Persönlichkeit bewiesen. Wie die Reihe der von ihm bekleideten Posten beweist, hat er auch gerade in den wichtigsten und schwierigsten Materien der Reichspolitik Erfahrungen gesammelt. Der Übergang in seinen neuen Posten vollzieht sich zudem für ihn um so leichter, als er als ungarischer Minister am Königlichen Hoflager seit 1913, also als Mittelglied zwischen der ungarischen Regierung und dem Ministerium des Äußeren, in alle Angelegenheiten vollständig eingeweiht ist. So kommen wir dem vielfach bewährten Staatsmanne, dessen Bundestreue über allen Zweifel erhaben ist, mit vollem Vertrauen entgegen. Er ist der Freund und Vertrauensmann des Grafen Tisza, und so wird Andrassyscher Geist die Führung der auswärtigen Geschäfte Österreich-Ungarns bestimmen.

Graf Tisza ist ein unbedingter Verteidiger des Ausgleichs und der wirtschaftlichen Gemeinschaft mit Österreich und der schärfste und unbarmherzigste Gegner jeder separatistischen Opposition in Ungarn. Wie er dieser gegenübertrat als Präsident des Abgeordnetenhauses im Mai und Juni 1912,

ist noch in unsrer Erinnerung. Der „eiserne Graf" zeigte damals, am 7. Juni, auch seinen nicht zu erschütternden persönlichen Mut, als der bauernbündlerische Abgeordnete Kovacs im Sitzungssaale drei Schüsse auf ihn abfeuerte. Als dann das Ministerium Lukacs zusammenbrach, suchte die Opposition den Grafen Tisza durch größten Skandal unmöglich zu machen; trotzdem wurde er, wie erwähnt, am 6. Juni 1913 Ministerpräsident. Wie auch die einzelnen Wünsche und Klagen über seine Politik sein mögen, auf allen Seiten steht fest, daß er ein Mann von eiserner Tatkraft ist, der sich nicht scheut, auf scheinbar verlorene Posten zu treten und gerade dadurch den Sieg zu erringen. Wenn wir sagten, daß Andrassyscher Geist durch seine Auffassung und Behandlung der äußeren und inneren Fragen der Gesamtmonarchie gehe, so ist das für die äußere Politik in dem Bunde mit Deutschland ja gegeben, der jetzt auf gemeinsamen Schlachtfeldern seine Feuerprobe besteht. Schwieriger ist es in bezug auf die innere Politik, die Andrassysche Ansicht, daß die Deutschen in Cis und die Magyaren in Trans die Grundpfeiler des Gesamtstaates seien, und die berechtigten Forderungen der andern Nationalitäten zu verbinden.

Von hier aus fällt schon ein Licht auf die beiden äußerpolitischen Probleme, die den Minister des Auswärtigen in Österreich-Ungarn jetzt beschäftigen müssen. Das ist das Verhältnis zu Italien und zu Rumänien. Der rumänischen Frage gegenüber hat Graf Tisza seine Stellung bereits insofern genommen, als er den ungarischen Rumänen die Erfüllung ihrer Wünsche bestimmt zugesagt hat. Deshalb möchten wir auch kein so großes Gewicht darauf legen, daß die bekannte „rumänische Kulturliga" in Bukarest sich jetzt den Namen „Nationalliga" gegeben hat, und, was immerhin auffällig ist, zu ihrem Präsidenten einen agitatorisch hochbegabten Rumänen ungarischer Staatsbürgerschaft, den Pfarrer Dr. Lucaciu, gewählt hat. Die Wünsche der öffentlichen Meinung in Italien aber sind ja bekannt genug. Für den Augenblick ist der Standpunkt Italiens in folgender Auslassung der Turiner Stampa, wie uns scheint, richtig bezeichnet. Das Blatt warnte vor einigen Tagen vor der gegenwärtig lebhaft betriebenen Verbreitung von allerlei Gerüchten in Italien: „Es handelt sich um die Frage: Sind unsre Interessen geschädigt oder bedroht oder werden sie dieses binnen kurzem sein? Diese Frage ist auf das allerentschiedenste zu verneinen. Die Lage Italiens gegenüber den Kriegführenden Europas hat, seit Salandra die bekannten Erklärungen abgab und seit das Parlament fast einstimmig die Vertrauenstagesordnung Bettolo annahm, keine wesentlichen Änderungen erfahren. Die Lage ist im allgemeinen dieselbe wie vor sechs Wochen. Bei diesem Standpunkt der Dinge nötigt uns unser Interesse, dem Kampfe der andern anzuwohnen, ohne unsre Aktionsfreiheit zu gefährden, indem wir uns darauf beschränken, unsre Vorbereitungen zu beschleunigen und unsern

Marine- und Heeresapparat in jeder Hinsicht vollkommen und furchtbar zu gestalten." Darin ist die Grundlage, wie sie im Moment ist und wie sie der neue Herr im Ministerium am Ballplatze vorfindet, deutlich bezeichnet.

Blicken wir im ganzen auf das halbe Jahr, in dem Österreich-Ungarn nun im Kriege steht, so kann das nur mit dem Gefühl der vollsten Befriedigung geschehen. Man muß den verwickelten Organismus dieses Staates kennen, um alles das zu verstehen, was in diesen Monaten zu Kritteleien innerhalb und außerhalb seiner Grenzpfähle Anlaß gab. Es ist der erste Krieg der allgemeinen Wehrpflicht, den Österreich-Ungarn heute führt, sein überhaupt erster gemeinschaftlicher Volkskrieg, und wie einheitlich und geschlossen steht es in dieser, in militärischer Beziehung da! Gleichgültig, wie sonst die staatsrechtlichen Formen sein mögen, alle Untertanen Kaiser Franz Josefs fühlen sich eins unter einem Oberbefehl, sind nichts andres als der Sache nach k. k. Soldaten. Und darin sind eine Million Slawen (ohne daß damit eine genaue Zahl gegeben sein soll), die Kaiser Franz Josefs Ruf hat marschieren lassen. Der Panslawismus, der nach diesen österreichischen Slawen seine Arme ausgestreckt hatte, liegt heute am Boden. Seine Versuche sind an der Geschlossenheit des österreichisch-ungarischen Staates abgeprallt. Daß bestimmte Teile der Monarchie nicht haben gehalten werden können und daß Serbien wieder aufgegeben werden mußte, sind, wie die Dinge heute liegen, keine politischen Niederlagen. Die Welt wußte, daß das österreichisch-ungarische Heer zahlenmäßig dem russischen Angreifer unterlegen war, und trotzdem hat es in heldenmütigem Ringen wochen- und monatelang den Ansturm von den Zentralpositionen nicht nur des eigenen Staates, sondern, was wir im Reiche nicht vergessen wollen, auch unsres Vaterlandes abgehalten. Denn Galizien und die Bukowina sind, wenn auch wertvolle Bestandteile der Monarchie, so doch eben nur Außenwerke. Immerhin dürfte es recht voreilig sein, wenn die russische Verwaltung sich dort so fest einrichtet, wie sie es tut. Da ist in Lemberg schon ein militärisches Generalgouvernement gebildet worden aus den vier Gouvernements Czernowitz, Tarnopol, Lemberg und Przemysl. Bei letzterem hat aber die russische Heeresleitung anscheinend die nicht unwichtige Tatsache vergessen, daß die Festung Przemysl nach wie vor als ein unüberwindliches Hindernis der russischen Offensive gegenübersteht. Auch sonst behandelt Rußland das Land schon wie seinen Besitz. Es wimmelt nicht nur von Polizisten, sondern auch von Beamten, Dumaabgeordneten und dergleichen, die dort nach Ämtern und Vorteilen jagen. Ein schwieriger Konflikt, der übrigens vorauszusehen war, ist dabei gleich ausgebrochen. Rußland betrachtete bekanntlich die galizischen Ruthenen als die „rotrussischen" Brüder, die nur in bezug auf ihre kirchliche Stellung von ihm abweichen. Der Allerheiligste Synod und die ganze russische Hierarchie möchten nun diese unierten

Ruthenen so bald wie möglich zur orthodoxen Kirche zurückführen, während die weltlichen Behörden die Schwierigkeiten der Okkupation nicht noch dadurch verschärfen und deshalb vorläufig die unierte Kirche nicht beseitigen wollen. Aber über alle die Fragen wird ja erst auf den Schlachtfeldern entschieden, und da stehen die Dinge auf der großen Front von Memel herunter bis zu den Südkarpathen, wie wir wissen, dauernd für die gemeinsame Sache Deutschlands und Österreichs gut. Alle andre Sorge kommt später.

Noch mehr als die militärische Geschlossenheit hat die Welt wohl die erstaunliche wirtschaftliche Widerstandskraft überrascht, die Österreich im Kriege bewiesen hat. Diese Leistung ist um so höher zu bewerten, als der Staat doch durch die Kriegsvorbereitungen und Mobilmachungen der Jahre 1908 auf 9 und 1912 auf 13 bereits finanziell sehr stark angespannt war. Aber die Schwierigkeiten der ersten Wochen, namentlich eine starke Kleingeldnot, sind überwunden worden, Darlehnskassen wurden eingerichtet, das Moratorium, das am 1. August bewilligt werden mußte, war weniger für Österreich als für die ungarische Bankwelt notwendig. Die Banken, Sparkassen und Kreditgenossenschaften haben dem Ansturm der Schwierigkeiten gut standgehalten. Wie kapitalkräftig aber der Gesamtstaat war, bewiesen die Zeichnungen auf die Kriegsanleihe, die in Österreich über 2 Milliarden und in Ungarn 1 Milliarde Kronen erreicht haben. Dieses Ergebnis ist wohl auch manchem Österreicher selbst überraschend gekommen, der von seinem Vaterlande eine solche Finanzkraft nicht erwartet hatte. Nehmen wir noch hinzu, daß auch in Österreich-Ungarn die Industrie sich den Kriegsbedürfnissen rasch angepaßt hat und damit die Arbeitslosigkeit zurückgedämmt ist und daß ferner die Lebensmittelversorgung gleichfalls sichergestellt ist, so ergibt sich daraus im ganzen das Bild einer kräftigen wirtschaftlichen Organisation und einer Widerstandskraft, die die Feinde jedenfalls diesem Staate nicht zugetraut hatten. Das berechtigt aber unsern Verbündeten zu demselben festen Vertrauen, das uns beseelt, nämlich daß der Krieg auch wirtschaftlich durchgehalten werden wird.

Wenn seine Wirkungen auf das innere Leben Österreich-Ungarns schon heute gesucht werden, so ergibt sich ohne viel Fragen eine, wir möchten sagen, Bejahung des Staatsgedankens, die wie ein frischer Frühlingswind durch das Land hindurchgeht. Praktisch gesprochen bedeutet das eine starke Betonung der dynastischen Idee, die in den letzten anderthalb Jahrzehnten an manchen Stellen in der Verdunklung begriffen war. Auch der Radikalismus jeglicher Färbung, der in den trüben Friedensjahren das politische Leben verwirrte, fühlt sich jetzt wieder eins mit seinem Staate, an den man glauben kann und dem man eine Zukunft zutraut. Das gilt sowohl für die Radikalen in Cisleithanien wie für die Separatisten in Ungarn. Graf Tisza hat nun weiter in der Rede vom 30. November an das ungarische Abgeordnetenhaus auch noch

folgendes betont: „Es ist dies der erste Krieg der Monarchie, seitdem es endlich gelang, dieser Großmacht in der dualistischen Form eine Struktur zu geben, in der die ungarische Nation mit ihrem Sehnen nach Unabhängigkeit und mit ihrer tausendjährigen Verfassung ihren Platz finden konnte. Reich an Erfahrungen von großer Tragweite ist dieser erste Krieg. Glänzend hat sich in ihm der Dualismus bewährt. Dieser Krieg hat in Wahrheit bewiesen, daß die Kraft, die Aktionsfähigkeit, die Macht dieser Monarchie nicht in den spanischen Stiefeln zentralistischer Rechtsinstitutionen zu suchen sind, sondern in einer Struktur, die unter Sicherung der rechtmäßigen Unabhängigkeit der ungarischen Nation die Einheit der Gefühle, die Einheit der Bestrebungen, die ganze freie Betätigung des einträchtig geführten Kampfes ermöglicht." Wir sagten schon, daß es nun darauf ankommt, diese jetzt im Waffenlärm sich bewährende dualistische Staatsform den berechtigten Wünschen der anderen Nationalitäten völlig anzupassen. Die große Aufgabe Österreich-Ungarns ist doch die und wird in diesem großen Kriege wieder völlig klar: die besondere Staats- und Kulturmacht darzustellen, in der Deutsche und Slawen, Ungarn und Rumänen an den Grenzen von Mittel- und Osteuropa zusammenleben. Die tiefe Kluft, die gerade dieser aus dem Panslawismus heraus geborene Krieg zwischen Ost- und Westslawen gezeigt hat, erleichtert durch die Erfahrungen dieses Krieges in solcher Richtung eine Lösung von Schwierigkeiten, um die man sich seit Jahrzehnten schon bemüht hat, die aber doch durch die gemeinsamen Kriegserlebnisse und Blutopfer der Verwirklichung vielleicht nähergerückt wird. Große Aufgaben liegen hier vor, die der Hingabe an den gemeinsamen Staat und eines starken ordnenden Gesamtwillens bedürfen. In ihnen wird das Gemeinsame um so stärker betont werden müssen, als das Trennende, je mehr zugleich auch aus diesem Kriege die vom Grafen Aehrenthal neu begonnene Orientierung des Gesamtstaates nach Südosten ihren Fortgang findet. Militärisch liegen die Hauptentscheidungsfelder in diesem großen Ringen im Osten, aber politisch zeigt die entscheidende und für die Zukunft Österreich-Ungarns bestimmende Richtung nur nach Südosten, nach der Balkanhalbinsel und der Türkei — eine Richtung, in der sich zugleich auch gemeinsames Interesse und Weiterarbeiten mit dem Deutschen Reiche von selber ergibt.

Uns ebenso wie viele Österreicher und Ungarn bewegt in den Kämpfen dieser Monate, in denen beide Mächte auf Leben und Tod verbunden stehen, lebhaft die Frage nach Wesen und Fortbildung des Bündnisses. Mancherlei seit Jahrzehnten ausgesprochene Ideen sind mit dem Kriege von selber wieder wach geworden. Die Anregung, von der Bismarck spricht, daß das Bündnis den beiderseitigen Verfassungen eingefügt werde, ist jetzt in ein andres Licht getreten. Vornehmlich aber sind die künftigen wirtschaftlichen Beziehungen schon jetzt der Gegenstand des Nachdenkens und der Erwägung. Sie bewegen

sich durchgehends in der Richtung, wie ein engeres wirtschaftliches Zusammenleben nach dem Kriege herbeizuführen ist: also in der Richtung des Programms einer Zollunion oder eines Zollbündnisses. Durchaus erwünscht, ja notwendig ist, daß, was in den Friedensjahren versäumt worden ist, jetzt geschehe, nämlich, daß die exakten Grundlagen dieser ungemein schwierigen und verwickelten Frage geschaffen werden. Denn in den zahlreichen Erörterungen über den Zollzusammenschluß oder das Zollbündnis in den Jahren seit 1878 bis zum Kriege ist das niemals recht umfassend geschehen; sie sind über Allgemeinheiten und Forderungen auf beiden Seiten nicht wesentlich hinausgekommen. Darum ist es gut und wünschenswert, wenn das jetzt nachgeholt wird. Es kann gar nicht genug Material darüber beschafft werden, weil die in Frage kommenden wirtschaftlichen Verhältnisse unendlich viel verwickelter und vielfach gegensätzlicher sind, als z. B. die ähnlichen Fragen bei der Vorbereitung des preußischen Zollvereins. Gerade darum aber muß es vermieden werden, schon während des Krieges die Neuordnung dieser Handelsbeziehungen selbst tatsächlich in die Wege leiten zu wollen. Der Krieg berührt das Wirtschaftsleben so stark, er gestaltet es in vielen Beziehungen so völlig um, er erteilt Lehren, die erst nach dem Kriege ganz zu übersehen sind und zu Bewußtsein kommen, daß irgendeine Bindung während des Krieges bestenfalls nichts nützen, schlimmerenfalls nur schaden kann. Deshalb möchten wir davor warnen, hier schon zu früh auf praktische Lösungen und Neuordnungen zu drängen. Solche Versuche können auch, mögen sie von amtlicher oder nichtamtlicher Stelle unternommen werden, gar nicht verhindern, daß die nun einmal in solchen wirtschaftlichen Fragen vorhandenen Gegensätze geradezu künstlich hervorgetrieben werden. Und das wollen wir in unserm Verhältnis zu Österreich-Ungarn doch auf alle Weise vermeiden. Darum möge man darauf verzichten, während des Krieges schon die praktische Neuordnung festlegen zu wollen, und beschränke sich auf die Sammlung der Grundlagen und auf die Förderung der allgemeinen Stimmung dafür, die in diesen Fragen zunächst einmal über die allgemeinen Formeln hinausgebracht werden muß. Besonders wäre es zu begrüßen, wenn von österreichisch-ungarischer Seite in dieser Richtung auch zu unserer Aufklärung gearbeitet würde. Denn, wie wir schließlich uns im Reiche doch eingestehen müssen, die Vorstellungen über das innere Leben und den Aufbau dieses uns verbündeten Staates und über seine Lebensnotwendigkeiten sind bei uns beschämend gering. Hier ist noch viel nachzuholen, und das kann während des Krieges gar wohl geschehen. Die geistigen Beziehungen zwischen uns und der österreichisch-ungarischen Monarchie können gar nicht eng genug sein. Und auf Mittel zu sinnen, wie diese zu fördern und zu pflegen sind, ist ohne Zweifel eine nationale Tat. Denn der Krieg erweist ja nun nicht nur für jedermann bei uns, sondern auch

für die Welt, daß die beiden Staaten zusammen gehören. Und daß das nicht eine erst im Drange der Kriegsnot geborene oder nur von der Diplomatie geschaffene Lage ist, dafür sei es erlaubt, einen Zeugen beizubringen, der alles Entscheidende schon vor über 100 Jahren dazu gesagt hat. Herder, der sich ja durch einen überraschenden, geradezu divinatorischen geschichtsphilosophischen Weitblick auszeichnete, hat schon zum hundertsten Gedenktage der preußischen Königskrönung im Jahre 1801 folgende Sätze geschrieben, die wie für die Gegenwart entworfen klingen: „Dürfen wir da nicht der Vorsehung danken, daß sie, ehe menschliche Augen dessen Bedürfnis vorhersahen, in aller Stille einen Baum pflanzte, der ein Jahrhundert hin unter gewaltsamen Stürmen wachsen und dann vereint mit Österreich, dessen natürlicher Bundesgenosse Brandenburg ist, ein Teil der Mittelmacht werden sollte, die das feste Land aller deutschen Völker sowohl als die nordischen Reiche vor Unterdrückung fremder Nationen und Sprachen mitbeschützen helfe? Wiche diese Zwischenmacht nordwärts, Österreich südwärts, wie stünde es um Deutschland, das sodann westwärts die Kaufmannsnationen nie retten werden? Feindselig ist daher die Politik derer, die Österreich und Preußen als ewige Nebenbuhler, als nie zu versöhnende Gegner betrachten. Der Zwist, der sie trennte, ist fast erloschen, und bald ist die Zeit zu hoffen, da zum gemeinsamen Wohl Europas zur Aufrechterhaltung der deutschen und von Deutschen abstammenden Völker ein dringendes Interesse beide innig verbindet."

11.

(U-Boot und Luftschiff — England — Rußland)

27. Januar 1915

Ernst aber zuversichtlich, vor allem jedoch in tiefer Dankbarkeit gegen unsern Kaiser begehen wir heute den 27. Januar. Sonst einer unsrer höchsten Festtage, zieht er heute still vorüber, aber nur von um so heißeren Wünschen für unsern kaiserlichen Herrn begleitet. Blickt er an seinem Geburtstage, der gerade ein halbes Jahr dieses uns aufgezwungenen großen Krieges abschließt, zurück, so sieht er mit berechtigtem Stolze, daß sein rastloses Wirken um Heer und Flotte in einem Vierteljahrhundert uns segensreiche Früchte getragen hat. Die russische und die französische Offensive sind zusammengebrochen, nach beiden Seiten haben wir es, nach menschlichem Ermessen, nur noch mit einer Defensive zu tun. Und der Kampf mit England hat jetzt in sehr ernsthaften Vorspielen begonnen. Von den ersten Jahren seiner Regierung an hat Kaiser Wilhelm erkannt, daß mit England künftig anders gerechnet werden müsse, als die Bismarcksche Zeit das noch zu tun brauchte. Auf das ernsthafteste

hat er sich bemüht, die Möglichkeit friedlichen Nebeneinanderlebens für die beiden großen Mächte zu erhalten. Aber ebenso war ihm klar, daß, wenn solch friedliches Zusammenleben nicht möglich sein könne, für Deutschland die Waffe geschaffen werden müsse, die ihm allein die Fähigkeit, sich gegen England durchzusetzen, geben könnte. England hat Deutschland zu kriegerischer Auseinandersetzung gezwungen, und nun bewährt sich die ununterbrochene Arbeit unsres Kaisers um die Flotte in diesen Zusammenstößen, die England immer ängstlicher machen. Die Unterseebootsblockade hat in der letzten Woche wieder ein Handelsschiff zur Strecke gebracht, am 24. Januar sind in offener Seeschlacht die Kampfschiffe zusammengestoßen, und am 20. Januar haben deutsche Marineluftschiffe befestigte Plätze an der englischen Ostküste angegriffen.

Von den Methoden des Seekampfes im heutigen Kriege sind die der Unterseebootsblockade und die des Luftschiffangriffs völlig neu. Sie haben beide, der Kampf über und unter dem Wasser, etwas Unheimliches an sich, und da sie, wie begreiflich ist, leider auch unschuldige Opfer treffen, erhebt sich sofort der Lärm gegen die deutschen Barbaren von neuem, die durch Angriffe unter dem Wasser eine wehrlose Schiffsbesatzung ertrinken lassen oder durch Bombenwerfen von oben Kirchen zerstören und schuldlose Zivilpersonen töten. Darum war es richtig, daß mit diesen Angriffen zugleich amtliche Auseinandersetzungen erfolgten, die die völker- und kriegsrechtliche Frage für das neutrale Ausland einwandfrei darlegten. Wir in Deutschland brauchen ja solche Rechtfertigungen nicht. Wir freuen uns der Erfolge unsrer Technik und des Wagemutes unsrer Marine, und wir können das mit um so reinerem Gewissen, als wir ganz genau wissen, daß unsre Marine jede nutzlose und zu vermeidende Grausamkeit auf das peinlichste vermeidet. Aber es ist gut, wenn man sich selbst über die innere Berechtigung dieser Kampfesmethoden auch Klarheit schafft.

Das Interview des Admirals v. Tirpitz hat erklärt, daß mit Hilfe von deutschen Unterseebooten der Blockadekrieg gegen England geführt würde, der die Zufuhr unsres Gegners gefährlich bedrohen soll. Wir erinnern uns dabei zunächst, daß auf der zweiten Haager Konferenz 1907 auf Deutschlands Antrag die Regelung der Prisenfrage in Aussicht genommen wurde. Man versuchte, dafür einen internationalen Gerichtshof zu begründen, und schuf auf der Londoner Konferenz 1909 mit einer Anzahl von Bestimmungen über Blockade, Konterbande u. dgl. auch den Anfang eines internationalen Prisenrechts. Das Ergebnis dieser Konferenz war die jetzt oft zitierte Londoner Deklaration. England hat diese nicht ratifiziert und handelt im jetzigen Kriege in jedem Punkte dagegen und nur nach seinen eigenen Interessen. Es gibt also heute ein Seekriegsrecht überhaupt nicht. Nun hat England, da die sog. effektive Blockade, die das Völkerrecht vorschrieb, heute infolge der Unterseeboote gar nicht mehr möglich ist, einfach die ganze Nordsee als Kampfgebiet erklärt, das

es durch Minen und Kaperei kontrolliert. Entsprechend ist daher für unsre Flotte jegliches Meer, auf dem englische Schiffe sich bewegen könnten, eo ipso auch Kampfgebiet. Da wir die Überlegenheit in Schlachtschiffen nicht haben, um diese Kontrolle durchzuführen, nutzen wir die Überlegenheit in Unterseebooten, die wir haben, für uns in der vom Admiral von Tirpitz so bestimmt erklärten Weise aus. Die Gefährdung der neutralen Handelsschiffahrt fällt dabei natürlich in das Gewicht, jedoch nicht in dem Maße, wie man zunächst denkt. Der weitaus größte Teil der englischen Zufuhr erfolgt auf englischen Schiffen, besonders die Zufuhr, die wir stören wollen, die von Kriegsmaterial, Nahrungsmitteln usw. Außerdem hat Admiral von Tirpitz mit diesem Interview gewissermaßen die völkerrechtliche Vorschrift der Ankündigung dieser Unterseebootsblockade erfüllt. Jedes neutrale Handelsschiff, das sich heute auf die in Frage kommenden Gewässer hinauswagt, weiß somit genau, welcher Gefahr es sich aussetzt.

Über die völkerrechtliche Seite eines Angriffs durch Luftschiffe hat die Norddeutsche Allgemeine Zeitung ganz klare Antwort gegeben. Der Luftangriff ist genau so ein anerkanntes Mittel moderner Kriegführung wie das schwere Geschütz oder der Säbel. Das Ziel der Operationen am 19./20. Januar war der — nach der amtlichen englischen Angabe zweifellos befestigte — Küstenplatz Great Yarmouth, der ebenso beschossen werden kann wie jede Festung und der ebenso auf jede unerwartete Beschießung gefaßt sein muß, wie eine Truppe, die durch Fliegerpfeile aus Luftschiffen beschossen wird. Die andern — offenen — englischen Plätze sind nur überflogen worden und mußten lediglich in der Verteidigung beworfen werden, da aus ihnen auf unsre Luftschiffe geschossen worden ist. Statt sich in heuchlerischer Entrüstung gegen unsre Kriegführung zu ergehen, sollte die englische Admiralität vielmehr gründlich Vorsorge tragen, daß die Bevölkerung sich durch die wahnsinnige, in den Zeitungen fortwährend gesteigerte, Invasionsfurcht nicht zu Unbesonnenheiten verleiten läßt. So gut einzelne Lordleutnants in den östlichen Grafschaften die Bevölkerung sehr verständig ermahnt haben, im Falle einer deutschen Invasion nicht mit Waffen gegen diese aufzutreten, ebenso können die Posten in offenen Plätzen angewiesen werden, wenn sie von Luftschiffen überflogen werden, nicht darauf zu schießen. Auf die englische Regelung, für sich die Unverletzlichkeit offener Plätze zu verlangen und seinerseits auf offene Städte wie Freiburg, Daressalam, Swakopmund Bomben zu werfen, sind wir nicht naiv genug, uns einzulassen.

Freilich die juristische Begründung genügt nicht immer für Fragen, über denen auch Maßstäbe der Religion und Sittlichkeit walten. Es ist darum sehr wohl begreiflich, wenn sich unser Gewissen aus Gründen der Religiosität wie der Humanität zunächst dagegen sträubt, daß wehrlose und unschuldige Zivil-

personen, sogar Frauen und Kinder, von den Bomben der Luftschiffe zu Tode getroffen werden. Kommen solche Begründungen aus England, so verfangen sie freilich nicht. Das gehört dort zu den (nach Bismarck) „in dem Cant der öffentlichen Meinung in England üblichen und wirksamen Wendungen der Humanitätsgefühle, deren Betätigung England von allen andern Mächten erwartet, aber seinen eigenen Gegnern nicht immer zugute kommen läßt". Für unsre Gedanken darüber ist aber wohl dieses zu sagen. Wir wissen zunächst, daß unsre Marine auf das genaueste über den Rahmen, innerhalb dessen sie nach diesen, auch den ungeschriebenen Gesetzen operieren kann, orientiert ist; das sah man ja gleich, mit welchen genauen Details über die Küstenbefestigung sie den Preßangriffen dienen konnte. An ihr liegt es jedenfalls nicht, wenn diese Angriffe etwas an sich haben, gegen das sich das Humanitätsgefühl sträubt. Man vergißt dabei so leicht, daß auch das Artilleriefeuer des Landkampfes sehr häufig Opfer in der Zivilbevölkerung trifft und dies oft gar nicht vermeiden kann. Deutschland ist aber durch England gezwungen, um seine staatliche Existenz zu kämpfen. Es ist darum sein gutes Recht, ja, seine Pflicht, jedes Mittel legitimer Selbstverteidigung, die nach alter preußischer Überlieferung am besten im Hieb besteht, anzuwenden. Denn nur auf diese Weise, indem die englische Küste und die englische Nahrungsmittelzufuhr selbst bedroht wird, kann den Bewohnern der bis dahin so glücklich geschützten Insel der Ernst des Krieges wirklich nahegebracht werden. Sie merken jetzt, daß ihre Insel nicht mehr unnahbar ist, sondern daß sie rettungslos in den Strudel des allgemeinen Krieges selbst hereingezogen werden. Je erbarmungsloser dies aber geschieht, um so wirksamer ist es und deshalb auch schließlich um so humaner. Es ist dieselbe Frage wie 1870 bei der Beschießung von Paris, die wir heute wieder stellen: Was war humaner, die Beschießung der großen Stadt, die bestenfalls Wochen dauerte, oder die Aushungerung, die viel länger dauern konnte und viel quälender war? Genau ebenso liegen die Dinge heute in unserm Verhältnis zu England, selbst wenn wir noch gar nicht dabei den Gesichtspunkt der Wiedervergeltung mit hereinbringen. Denn England hat doch rücksichtslos seinen Entschluß geäußert und auszuführen begonnen, daß es uns aushungern will wie eine belagerte Festung. Rücksichtslos müssen also alle Mittel, die unsre große technische Überlegenheit und die glänzende Ausbildung unsrer Marine uns zur Verfügung stellen, gegen die Küste Großbritanniens angewendet werden. Wir wollen uns unsre Tatkraft weder durch das englische Gezeter, noch durch die Kritik der Neutralen hierin lähmen lassen. Und wir glauben, daß diese Art der Kriegführung auch mit den ernstesten Geboten der Religion und Menschenliebe letzten Endes zu versöhnen ist. Wem darin Skrupel kommen, der möge an das Wort denken, das der Feldmarschall von Hindenburg ausgesprochen hat, der, wie bekannt, ein tief religiöser und christ-

licher Mann ist: „Je unbarmherziger die Kriegführung ist, um so barmherziger ist sie in Wirklichkeit, denn um so eher bringt sie den Krieg zu Ende."

Daß England durch diese Angriffe besonders nervös wird, können wir allerdings sehr wohl begreifen. Seit Beginn des Krieges bis gegen Ende 1914 ist der Quarter (etwas über zwei Doppelzentner) Weizen von 1 Lstr. 14 Schilling auf 2 Lstr. 3 Schilling, das übliche Vierpfundbrot von $5^1/_2$ Pence auf 7 Pence gestiegen. In den ersten Monaten blieben die Preise der Nahrungsmittel in der Hauptsache noch dieselben. Seit September aber hat eine ununterbrochene Steigerung eingesetzt, deren Ende gar nicht abzusehen ist. Die Regierungsmaßnahmen dagegen, wie nicht obligatorische Höchstpreise oder Regierungszuckerankäufe, haben nichts genützt. In gleicher Weise wird über Steigerung der Kohlen- und der Baumwollpreise geklagt. Die Erörterungen in der englischen Presse darüber zeigen, daß man hier einer schon jetzt sehr schweren Kalamität gegenübersteht. Man sucht den Grund, da angeblich die Seefahrt frei ist, in unerträglich hohen Frachtraten. Aber der Vorschlag, das Monopol der Reeder durch Regierungsvorschriften zu brechen (was an sich schon der englischen Denkweise widerstrebt), begegnete dem begründeten Einwand, daß diese Frachtraten zum großen Teile so hoch sind, weil die Versicherungsprämien ungemessen gestiegen sind. M. a. W.: die Seefahrt ist eben doch nicht in dem Maße frei, wie die renommistischen Worte des Herrn Churchill das bei jeder Gelegenheit betonen. „Das hoffnungsvollste Mittel wäre, die künstliche Beschränkung der Schiffe zu reduzieren." (Manchester Guardian, 16. Januar.) Wenn man dazu schon einige der internierten deutschen Schiffe für die Küstenschiffahrt herangezogen hat, so wird man in England selbst nicht glauben, daß das wesentlich hilft. Hier liegt zunächst eine Unbequemlichkeit, die sehr rasch zur großen Gefahr werden kann, weil das Land absolut auf die fremde Zufuhr angewiesen ist, und weil der ausschließlich Weizenbrot konsumierende Engländer sich durch Ermahnungen noch viel weniger zu einer Änderung seiner Konsumsitten bewegen läßt, als der Deutsche.

Eine andre Schädigung Englands durch den Krieg lassen die kürzlich veröffentlichten amtlichen Zahlen des Handelsamtes für 1914 erkennen. Nach diesen amtlichen Ziffern betrug die Einfuhr im Dezember 1914: 1350 Mill. Mark gegen 1420 Mill. Mark im Dezember 1913; Verlust: 70 Mill. Mark. Für die Ausfuhr sind die entsprechenden Zahlen 520 Mill. Mark, 860 Mill. Mark, also Verlust: 340 Mill. Mark. Die Gesamteinfuhr für 1914 betrug 13 950 gegen 15 374 Mill. Mark 1913, ein Verlust von 1424 Mill. Mark. Für die Ausfuhr sind die Zahlen wiederum 8600 Mill. Mark, 10 500 Mill. Mark, Verlust: 1900 Mill. Mark; für die Wiederausfuhr (die für den Londoner Markt eine sehr große Rolle spielt) 1900 Mill. Mark, 2180 Mill. Mark, also 280 Mill. Mark weniger. Das sind enorme Verluste, die doch nur den Ab-

schluß von fünf Kriegsmonaten darstellen. Die Zahlen werden immer gefährlicher, weil die Einfuhr infolge der Kriegslieferungen nicht weiter sinkt, dagegen die Ausfuhr immer unaufhaltsamer abwärts geht. Damit nimmt die Verschuldung an das Ausland zu, die das sehr reiche Land gewiß eine lange Zeit aushalten kann, die aber um so drückender wird, je größer die pekuniären Ansprüche seiner Verbündeten an England werden.

Es hat sich bisher in diesem Kriege militärisch viel stärker beteiligt, als je in einem Kriege seiner früheren Geschichte. Aber Rußland und Frankreich beklagen sich trotzdem darüber, von England nicht in dem Maße unterstützt zu werden, wie man es erwartet hatte. Um so mehr muß sich England den Anforderungen seiner Verbündeten offen halten mit geldlicher Unterstützung, wenn es sie dauernd an seiner Seite festhalten will. Es hat schon im September eines sehr starken Druckes durch Kitchener selbst bedurft, um das damals lebhaft hervortretende Friedensbedürfnis Frankreichs zurückzuschieben. Jetzt muß man ebenso mit allen Mitteln gegen die zunehmenden Friedenswünsche in Rußland Front machen. Es war schon ungewöhnlich, daß der englische Botschafter in Petersburg, Sir George Buchanan, sich in schroffster Form bei Ssasonow über Äußerungen des Grafen Witte beschwerte, die dann nicht einmal in dieser Form gefallen sein sollten. Noch ungewöhnlicher aber war es, daß auf Druck (auf „Fürsprache" steht in den russischen Zeitungen) des englischen Botschafters die Odessaer Nachrichten mit 3000 Rubel Geldstrafe wegen Verbreitung ungünstiger Nachrichten über die englische Armee belegt wurden. „Aus den Presseäußerungen über seine Rede hätte eigentlich der britische Botschafter sich schon überzeugen können, daß die russische Gesellschaft im Kampfe gegen die ‚inneren Deutschen' nicht eine solche Unterstützung nötig hat, wie es diese Repressivmaßregeln gegen die Presse sind", so schrieb dafür die liberale Rjetsch (5. Januar) dem Botschafter des befreundeten liberalen England ins Stammbuch. Wir möchten ausdrücklich davor warnen, diese Friedenswünsche, die in Rußland zweifellos vorhanden sind, zu überschätzen, wie wir auch immer wieder davor warnen, die Fülle von Zeitungsnachrichten über die innere Unordnung in Rußland irgendwie als authentisch hinzunehmen. Man macht sich keinen Begriff davon, wie unzuverlässig, wie oft handgreiflich falsch diese Nachrichten sind, deren Quellen meist überhaupt nicht angegeben werden. Man kann ruhig sagen, daß ein guter Teil dieser Nachrichten direkt gefälscht wird, da russische Zeitungen und Nachrichten in das uns befreundete Ausland nur in sehr geringem Maße kommen. Mit Recht hebt der Vorwärts, der sicherlich in der Lage ist, über direkte Nachrichten zu verfügen, in seinen Korrespondenzen die Gründe hervor, aus denen der Krieg den Zarismus heute längst nicht in dem Maße bedroht, wie der Krieg mit Japan vor zehn Jahren. Auch bezüglich der angeblichen Bemühungen des Grafen Witte, von denen

man so viel hört, kann mit aller Bestimmtheit gesagt werden, daß er seit Beginn des Krieges Rußland nicht verlassen hat, weder nach Rom gefahren ist, noch gar sich in Deutschland aufgehalten hat.

Aber ohne Zweifel ist die Lage Rußlands prekär. Es ist zu einem großen Teile für sein Kriegsmaterial von der Einfuhr des Auslandes abhängig. Diese ist in der Hauptsache heute unmöglich. Bereits im Oktober, für den amtliche russische Zahlen vorliegen, war die Einfuhr gegen den Oktober 1913 um fast 100 Millionen Rubel gesunken und betrug nur 27 Millionen Rubel. Seitdem sind die Verhältnisse noch ungünstiger geworden. Dazu kommt seine eigentliche Finanzklemme, die für Frankreich so gefährlich ist, weil sie den Zinsendienst schwer bedroht. Wir behalten uns die zusammenfassende Kritik des Budgetentwurfs (den übrigens die neue russische Nummer der Times vom 15. Januar wieder nach alter, bewährter Weise als riesengroße, vier Seiten lange, bezahlte Anzeige bringt) und der in Arbeit befindlichen Steuerprojekte für später vor. Jetzt haben nach der ausführlichen Mitteilung der Rußkija Wjedomosti England und Frankreich Rußland einen Kredit von $1^1/_2$ Milliarden Franken eröffnet. England diskontiert kurzfristige Schatzscheine Rußlands, wofür es sich 8 Millionen Lstr. Gold aus Rußland hat überführen lassen, im ganzen für eine Milliarde Franken. Diese Schatzscheine sind auf sechs Monate terminiert, können aber auf ein weiteres halbes Jahr gestundet werden. Die ganze Summe muß zur Deckung der russischen Schuldverpflichtungen an England oder für in England gemachte Bestellungen verwendet werden; falls Rußland einen Teil der Bestellungen anderswo macht, verpflichtet es sich, zwei Fünftel der von England vorgeschossenen Summe in Gold zu bezahlen. Frankreich eröffnet durch die Bank von Frankreich einen Kredit von $^1/_2$ Milliarde Franken an russische Banken und Firmen gegen Verpfändung von Wertpapieren und unter Garantie der russischen Reichsbank. Daß man sich über die Abrechnung später sehr in die Haare geraten wird, ist bereits jetzt deutlich. Die Abrechnung soll nämlich nach dem Kriege nach dem normalen Kurs des russischen Goldrubels in Franken stattfinden. Rußland weist aber schon jetzt mit einer für Frankreich recht peinlichen Offenheit darauf hin, daß der Frankenkurs nur durch die englischen Zahlungen auf französischem Boden gehalten werde, nach Schluß des Krieges aber große Erschütterungen erfahren werde, und verlangt deshalb die Abrechnung nach dem tatsächlichen Tageskurs.

So sehr sich England bei diesem ganzen Manöver, das Rußland erneut $1^1/_2$ Milliarden Franken zur Verfügung gestellt hat, gesichert hat, so ist es doch schwer genug damit belastet. Nun wird aber ein noch umfassenderer und großzügigerer Fischzug gegen das englische Kapital vorbereitet. Man hat in den Zeitungen gelesen, daß sich augenblicklich zwei Gruppen russischer Send-

linge auf Reisen auf der Balkanhalbinsel und nach Bordeaux und London befinden. Daß diesen Missionen eine große Bedeutung beigemessen wird, geht aus dem Umstande hervor, daß man für sie Mitglieder der höchsten russischen Aristokratie ausgewählt hat. Was sie im einzelnen sollen, ist nicht bekannt, aber die Vermutung liegt nahe genug, daß sie den Boden für die Überzeugung zu bereiten haben: Wenn Rußland nicht bald finanziell in großem Umfange geholfen wird, geht ihm in absehbarer Zeit zu einer Kriegführung gegen Deutschland und Österreich-Ungarn der Atem aus. Der russische Finanzminister Bark ist diesen Missionen bereits gefolgt und auf dem Wege zu einer Zusammenkunft mit Mr. Lloyd George und Herrn Ribot. Er will oder soll den Plan zum Abschlusse bringen, eine Anleihe von 15 Milliarden Franken gemeinsam durch die drei kriegführenden Großmächte auflegen zu lassen. Die weitere Meldung aus Paris, daß der Betrag auf 20 Milliarden Franken erhöht sei und die Zeichnungen auch noch in New York und Japan erfolgen sollen, ist bisher noch nicht bestätigt. Zu erwarten ist nach der bisherigen Haltung des amerikanischen Kapitals zu derartigen Anzapfungen nicht, daß es auf den Plan eingeht. Die Anleihe soll „gegenseitig verbürgt" werden. Wenn unter diesem vieldeutigen Ausdrucke überhaupt etwas Ernsthaftes verstanden werden kann, bedeutet er, daß England die Bürgschaft dafür übernimmt, oder noch deutlicher, daß es den größten Teil der Summe selber aufbringt. Nochmals: die englische Kapitalkraft ist außerordentlich groß; ob sie freilich wirklich so viel höher ist als die deutsche, deren ganzer Umfang erst jetzt durch den Krieg recht deutlich wird, steht dahin. Dafür sind aber auch die Anforderungen, die an die Bank von England ununterbrochen gestellt werden, ungeheuer hoch. Man kann dagegen auch nicht einwenden, daß das englische Geld auf diese Weise gewissermaßen nur einen Kreislauf vollende, indem es sicher wieder in die englische Tasche zurückkomme. Was Frankreich und vor allem Rußland mit dem englischen Gelde bezahlen wollen, sind entweder die Verpflichtungen im eigenen Lande oder vor allem die Bestellungen auf Kriegsmaterial, die auszuführen England gar nicht in der Lage ist. Auch England kann heute einen erheblichen Goldabfluß gar nicht hindern, wenn dieser selbstverständlich auch längst nicht die Maße annimmt, wie der Abfluß des Goldes aus den Kellern der russischen Reichsbank. Eine Entschädigung aber für diese finanziellen Opfer in andrer Weise ist kaum denkbar. Freilich würde es englischer Tradition entsprechen, sich gegen finanzielle Opfer mit Konzessionen andrer Art bezahlen zu lassen. Das ist diesmal aber kaum möglich. Nun, wie England mit seinen Finanzfragen fertig wird, ist seine Sorge, sie ergeben jedenfalls für uns die Tatsache, daß England die finanzielle Last des Krieges auf seiten unsrer Gegner zum allergrößten Teile zu tragen hat, und daß mithin auch in dieser Beziehung der Krieg in erster Linie Englands Krieg ist. In gigantischem Maße

dehnt sich dieser Krieg militärisch wie wirtschaftlich und finanziell, aber es ist ja auch der Krieg, der Englands arbitrium mundi brechen soll. Die Hauptlast dieser Aufgabe liegt auf unsern Schultern, wir kämpfen in dem Kriege gegen England auch vorerst um unsre Ellbogenfreiheit und unsre Weltstellung und Seegewalt. Aber Deutschland kämpft in diesem Riesenringen auch für die Sache der Menschheit und wir sind sicher, daß in späteren Jahrzehnten die neutralen Staaten Deutschland diese Kraftanspannung danken werden.

„Wir kämpften für das Gleichgewicht der Mächte in den Kriegen gegen Philipp II. von Spanien, gegen Ludwig XIV. und gegen Napoleon I., wir kämpfen auch heute dafür", hat die Times (4. Dezember) in ihrer Kritik der Rede des deutschen Reichskanzlers gesagt. Dieser Satz ist für die Vergangenheit genau so richtig, wie er für die Gegenwart falsch ist. Darum stand ja Preußen-Deutschland in den von der Times zitierten großen Krisen der neueren Geschichte auf der Seite Englands, wenn auch England natürlich heute nicht gern an 1689 und 1756 bis 1760 und 1814 erinnert wird. In der Gegenwart aber kämpft Deutschland gegen die Weltvormundschaft — Weltherrschaft kann man wirklich schon nicht mehr sagen — Englands. Es kämpft dagegen mit seiner ganzen physischen und sittlichen Kraft, und es kämpft darum auch rücksichtslos bis zum Ende mit allen den Mitteln, die diesen Gegner am Nerv seines Lebens treffen können und werden.

12.

(Rumänien — Italien — Spanien und Portugal — Frankreich — Rußland)

3. Februar 1915

In der letzten Woche haben die Erörterungen über die Haltung Rumäniens einen breiten Raum eingenommen, nachdem vorher Italien mehr im Vordergrunde gestanden hatte. Beide Fragen stehen in erkennbarem engen Zusammenhange, der so stark erscheint, daß die Haltung des einen gleichsam automatisch eine ähnliche oder gleiche Haltung des andern auslöst. Durch die Reise des früheren bulgarischen Ministers des Äußern Genadiew, der am 18. Januar in Rom vom Minister Sonnino empfangen worden ist, kommt das, wenn auch der bulgarische Staatsmann mit einer offiziellen Mission nicht betraut war, recht sinnfällig zum Ausdruck. So ist das Gleichgewicht von Genua bis nach Galatz im höchsten Maße labil und kann, indem sich eine Wandlung der großen Politik mit den besonderen Balkanfragen verschlingt, im Nu gestört werden. Wenn sich dabei die Augen vor allem auf Rumänien richten, so ist das noch eine Folge des zweiten Balkankrieges und der Stellung, die

Rumänien in der klugen Politik seines verstorbenen Königs dazu genommen hatte.

Am 10. Oktober 1914 ist König Karol gestorben. Er hatte mit dem Frieden von Bukarest am 10. August 1913 ohne Blutopfer für sein Volk seine politische Hauptidee, das Gleichgewicht zwischen den Balkanstaaten unbedingt aufrecht zu erhalten, mit höchster Geschicklichkeit und Mäßigung zum Siege geführt. Danach konnte er beginnen, eine neue Orientierung der rumänischen Politik einzuleiten, die nur zu einem engeren Anschluß an die Türkei und Bulgarien (wegen des rumänischen Gegensatzes zu Griechenland und dessen Bündnisses mit Serbien) und im großen an den Dreibund (wegen des nahen Verhältnisses von Serbien-Montenegro zu Rußland) führen konnte. Mancherlei schwere Steine lagen freilich hindernd auf diesem Wege. Österreichfeindliche Strömungen im eigenen Lande und mächtige Werbungen Rußlands, die sich allmählich auch an den König selbst herandrängten, versuchten auf alle Weise, den Herrscher Rumäniens davon abzulenken. Er war viel zu erfahren und klug, um sich dadurch imponieren zu lassen. Der Opposition, die zum Kriege drängte, drohte er kurzerhand mit seiner Abdankung, wenn die Neutralität Rumäniens nicht aufrecht erhalten werden könnte. Nun ist aber die Frage, ob nach seinem Tode der Lebensgrundsatz König Karols, jede zu starke Engagierung nach der einen oder andern Seite zu vermeiden, für die Lage noch ausreicht, die mit dem Bukarester Frieden gerade durch ihn geschaffen wurde. König Karol hat sein Staatsschiff im Gewoge der großen Politik noch nicht fest genug verankert verlassen müssen: so schloß sein Königsleben mit einer schweren offenen Frage ab.

Der Nachfolger steht vor dieser Frage, die notwendig gewordene neue Orientierung finden zu müssen mitten in Verwicklungen, die die Staatskunst der Neutralen auf die höchste Probe stellen. Er sieht, daß mit der reinen Idee des Gleichgewichts der Balkanstaaten, die sein Vorgänger unbedingt vertrat, heute nicht mehr alles getan ist. Er spürt, wie die beiden Kriege die Gegensätze gerade auf der Balkanhalbinsel verschärft haben und so auch Rumänien, das an dieser Verschärfung wesentlich beteiligt war, zu einer entschiedeneren Parteinahme zwingen müssen. Auch ist ihm natürlich kein Geheimnis, daß ohne Opfer gewonnene Gebietserweiterungen, wie die 6000 Quadratkilometer, die der Friede von Bukarest brachte, in Volk und Armee viel eher das Verlangen nach Weiterem zeitigen müssen, als daß sie in ihrem Werte an sich genügend hoch eingeschätzt werden. Für diese weitergehenden Forderungen aber sind ja die Programme längst fertig: 3 Millionen Rumänen leben jenseits des Passes von Predeal unter der Unterdrückung der Magyaren (wenigstens stellt sich das die landläufige Meinung Rumäniens so vor) und $1^1/_2$ Millionen in jenem Beßarabien, mit dem Rußland 1878 Rumänien für seine Unterstützung

gegen die Türken betrog. Wie überall sonst auf der Balkanhalbinsel hat auch hier der Gedanke, alle Söhne der eigenen Nationalität unter einem Königsbanner zu vereinigen, tiefe Wurzeln geschlagen. So ist die Lage für das rumänische Königtum recht schwierig. Es steht einer Situation gegenüber, in der möglicherweise durch den Weltkrieg die Grenzen sehr stark verschoben werden, und das Volksbewußtsein, aufgepeitscht durch eine skrupellose Agitation, fordert ungestüm von seinem König, solche Gelegenheiten, die vielleicht nie wiederkehren, nicht ungenutzt zu lassen. Aber das bedingt zugleich eine Stellungnahme zwischen den beiden gewaltigen Mächtegruppen, die in Europa miteinander kämpfen, einen Entschluß, den König Karol immer auf das entschiedenste abgelehnt hat und der möglicherweise, wenn die Karte auf die falsche Seite schlägt, Rumänien selbst bedrohen, mindestens die Dynastie stark erschüttern kann.

Eine einheitliche und feste Richtung, die ihn selbst fortreißen und tragen könnte, findet der rumänische König in seinen politischen Parteien nicht. Denn deren Stellung ist sehr verschiedenartig. Der der liberalen Partei angehörige Ministerpräsident Bratianu hält wie der König selbst an einer abwartenden, aber für alle Fälle gerüsteten Neutralität fest. Seine Partei, die gegenwärtig am Ruder ist, ist in sich jedoch auch nicht einheitlich, unterstützt aber den Ministerpräsidenten. Ein Teil der Konservativen, der von Marghiloman geführt wird, ist für die bisherige amtliche Neutralitätspolitik ebenso wie die sozialdemokratische Partei. Dagegen ist die Mehrheit dieser Konservativen, die unter dem Einflusse von Filipescu steht, für den Anschluß an die Entente, die von Take Jonescu geführte konservative Partei demokratischer Färbung sogar einfach russophil: das sind die Kreise, die sich mit der Abtretung Beßarabiens abgefunden haben und dafür den Erwerb Siebenbürgens und der Bukowina verlangen.

Die sachlich begründete Unsicherheit der Regierung wird durch diese Gegensätze unter den Parteien um so mehr aufrecht erhalten, als eine geräuschvolle Werbung von Frankreich her die französischen Sympathien im Lande auszunutzen versucht und als manche dieser rumänischen Politiker sehr lebhaft ihren persönlichen Vorteil mit dieser Agitation verbinden. Besonders über Take Jonescu ist in dieser Richtung mancherlei zur Genüge bekannt geworden. Diese Art Politiker scheut sich auch nicht, durch aufdringliches Hervortreten in Paris der eigenen Regierung erhebliche Schwierigkeiten zu bereiten, wie neben Herrn Jonescu besonders Herr Diamandy, der mit einigen Freunden in Paris geradezu als Kriegshetzer auftritt. Mit welcher Kurzsichtigkeit dabei dieser Schlag von Agitatoren arbeitet, dafür ist ein Beleg das Wort, das Herr Diamandy in Paris gesprochen hat: Der Krieg sei ein Krieg zwischen der deutsch-magyarischen Hegemonie und dem Prinzip der Nationalität. Die darin zum

Ausdruck kommende Auffassung ist genau das Gegenteil von der Anschauung, in der König Karl sein Land in 40jähriger aufopfernder Regententätigkeit zum blühendsten Balkanstaate von heute gemacht hat.

Wir glauben nun nicht, daß diese Gruppe, für die man mit Recht das Wort von den zigeunernden Politikern geprägt hat, das Heft vollkommen in der Hand hat. Eine ganze Reihe von angesehenen Gelehrten und Politikern, darunter vor allem der alte, bedeutende Staatsmann Peter Carp, haben sich dagegen ausgesprochen. Sie betonen, daß an der Neutralität festgehalten werden müsse und daß, wenn über sie hinausgegangen werden müsse, das nur in der Richtung des Anschlusses an Deutschland und Österreich-Ungarn geschehen könnte. Aber gerade die Fülle der Zeitungserörterungen und die Häufung der Argumente zeigt, daß der Meinungskampf noch unentschieden hin und her geht. Inzwischen hat Rumänien den Vorschlag der deutschen Regierung angenommen, daß Deutschland den Eisenbahnwagenpark selber nach Rumänien senden darf, mit dem das in den letzten Monaten an Deutschland verkaufte Getreide wirklich ausgeführt werden kann. Daß Rumänien dies nicht von sich aus ermöglichte, ist verständlich; in einer Zeit, die binnen 24 Stunden die Notwendigkeit der Mobilmachung bringen kann, sucht natürlich jedes Land seinen Wagenpark festzuhalten. Zugleich aber hat Rumänien in Amerika für 50 Millionen Franken Kriegsmaterial bestellt und bei England Anleiheverhandlungen angeknüpft, die dort Entgegenkommen gefunden haben; die Anleihe soll nur zur Bezahlung der im Ausland fälligen Anleihecoupons dienen. So sucht Rumänien seine Stellung zwischen den Mächten noch in jeder Weise aufrecht zu erhalten und rüstet sich für den Fall, daß es aus der bewaffneten Neutralität in die Aktion mit den Waffen übergehen muß, die es wahrscheinlich ebensogern wie die andern Balkanstaaten, wenn es irgend geht, vermeiden möchte.

Seine Haltung ist nun ebenso von der Bulgariens abhängig, wie Bulgarien gespannt auf die Entschlüsse Rumäniens blickt. Auch in Bulgarien ist der Wille zur Neutralität sehr entschieden, der nach den großen Opfern der Balkankriege begreiflich ist. Zar Ferdinand will nicht zum zweiten Male das unsichere Spiel eines Krieges riskieren. Auch ist man sich hier im Prinzip klar, daß man nicht an der Seite Rußlands fechten will. Bulgarien ist ja von Rußland immer so mitgespielt worden, daß das heute wohl die Überzeugung der Mehrheit in seinem Lande ist. Ist es doch, als es wagte, die Hand nach Adrianopel auszustrecken, von Rußland ohne Bedenken der antibulgarischen Koalition geopfert worden. Daher haben die Lockungen der Russen die Bulgaren bisher zum Anschluß an den Panslawismus im Kriege nicht verleiten können, um so weniger als es auch dem geschickten russischen Diplomaten, der jetzt in Nisch arbeitet, nicht gelungen ist, die Starrköpfigkeit Serbiens in

bezug auf Mazedonien zu überwinden. Hier liegt aber für Bulgarien genau dieselbe Schwierigkeit wie für Rumänien gegenüber Siebenbürgen oder Beßarabien. Die Könige und ihre Minister können fest entschlossen sein, neutral zu bleiben, und werden es doch vielleicht nicht hindern können, daß an dieser mazedonischen Frage von heute auf morgen eine neue kriegerische Auseinandersetzung der Balkanstaaten losbricht, zumal Serbien sein Unwesen gegen die Mazedonier trotz allem immer weiter forttreibt. Je mehr sich die Zahl der sich den serbischen Verfolgungen entziehenden mazedonischen Flüchtlinge steigert — man spricht heute schon von 30 bis 40 000 wehrfähigen Männern —, um so größer wird die Gefahr eines kriegerischen Ausbruches, in den jede der Balkanmächte, mag sie wollen oder nicht, verwickelt werden muß.

So sind die Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel nach wie vor auf das stärkste gespannt und blickt das kämpfende Europa mit höchstem Interesse auf ihre weitere Entwicklung. Aber wir möchten doch hoffen, daß die Logik der Tatsachen darin letzten Endes den Sieg davonträgt. Was der angebliche russische Diplomat neulich in Saloniki über die russischen Balkanpläne gesagt hat, sind reine Phantasien. Es ist gar keine Rede davon, daß Rußland durch diesen Krieg in die Lage käme, in solcher Weise über die Balkanstaaten verfügen zu können. Das ist einfach Renommage, denn da gilt nach wie vor das Wort Bismarcks: „Alle Balkanstämme haben Rußlands Hilfe zur Befreiung von den Türken bereitwillig angenommen, aber, nachdem sie freigekommen, keine Neigung gezeigt, den Zaren zum Nachfolger des Sultans anzunehmen." Spricht also die Logik der Tatsachen bei jedem dieser Balkanstaaten gegen Rußland, so werden die Aussichten des Dreibundes — wir brauchen absichtlich dieses Wort — gerade durch diesen Krieg vielleicht besser. Italien erzwingt die Anerkennung, daß es das Recht zu einer selbständigen Balkanpolitik habe, deren Gebiet es natürlich in Albanien sucht. Die daraus entstandenen Schwierigkeiten zwischen Österreich und Italien aber fallen mitsamt allen etwa in einem früheren Vertrage festgelegten Verpflichtungen durch den Krieg selbst weg, der Österreichs Balkaninteressen an einer anderen Stelle der Halbinsel neu zu regeln, zu sichern und zu erweitern helfen muß. Dabei haben Österreich-Ungarn und Italien bereits heute den gemeinsamen Gegner: sie haben beide das stärkste Interesse, einen erfolgreichen Vorstoß eines Balkanstaates nach dem Adriatischen Meere unter allen Umständen zu verhindern. So meinen wir, daß sich gerade aus den verwickelten Verhandlungen und Bemühungen um die Balkanstaaten im weiteren günstige Perspektiven ergeben, auf die es allerdings gilt, schon während des Krieges die Politik entschieden zu orientieren.

Inwieweit dafür der in Österreich vollzogene Ministerwechsel von Bedeutung sein kann, wissen wir zunächst noch nicht. Aus den Pressestimmen über den Rücktritt des Grafen Berchtold möchten wir noch die Äußerungen des eng-

lischen Journalisten Dr. Dillon erwähnen, der als der in den letzten Jahren einflußreichste englische Zeitungskorrespondent (des Daily Telegraph) in Petersburg bekannt ist. Dillon schreibt (Daily Telegraph, 16. Dezember): „Berchtold war nur der Vermittler zwischen der Staatsmaschine und dem wirklichen Minister, der unfehlbar in allen großen Krisen der letzten Jahre auftrat und der niemand anderes war als Kaiser Franz Josef selbst." Über Tisza aber sagt dieser unbedingt österreichisch-feindliche Publizist: „Anzunehmen, wie viele Zeitungsschreiber in Frankreich und England tun, daß dieser Minister fähig sei, Ungarn von seinem Verbündeten zu trennen, heißt, gerade die wesentlichen Züge seines Charakters verkennen." Graf Tisza aber hat ein lebhaftes Verständnis für die Aufgabe der Monarchie nach Südosten; wenn er es selbst auch in Abrede stellte, so ist doch in Österreich und Ungarn die allgemeine Meinung, daß er der Urheber und Verfasser der Note vom 23. Juli 1914 an Serbien war, an der der Krieg zum letzten Ausbruch kam.

Ohne die Frage der österreichisch-italienischen Beziehungen, die mit dem bisher Gesagten aufs engste zusammenhängt, erneut zu erörtern, dürfen wir feststellen, daß heute noch der Entschluß König Viktor Emanuels, neutral zu bleiben, durchaus feststeht, wie daß die Katholiken Italiens infolge päpstlicher Einwirkung die gleiche Haltung einnehmen. Für den genaueren Beobachter dieser Dinge war schon länger deutlich, daß der Vatikan die Tätigkeit der zugleich antimonarchischen und antikirchlichen Kriegshetzer in Italien mit Sorge verfolgte. Papst Benedikt XV. hat an der Neutralität der katholischen Kirche in diesem Kriege von Anfang an entschieden festgehalten. Ziemlich dreiste Versuche unsrer Gegner, ihn auf ihre Seite zu ziehen, wurden von ihm abgewiesen; wir erinnern nur an das Geschrei über die Beschießung des Doms von Reims und namentlich an die Angelegenheit des Hirtenbriefs des Kardinals Mercier. Der Osservatore Romano, das Blatt des Vatikans, muß sich daher auch schon recht unverblümte Angriffe, besonders der französischen Presse, gefallen lassen. Aber dieses Geschrei beirrt den Vatikan in keiner Weise. Dagegen hat Papst Benedikt keinen Zweifel daran gelassen, welche Stellung Italiens er für wünschenswert hält. Im Osservatore Romano und in der Perseveranza ist als Meinung der höchsten Kirchenautorität ausgesprochen worden, daß Italien gegen einen Angriff natürlich alle seine Söhne aufrufen müsse, daß aber ein von ihm unternommener Angriffskrieg verwerflich sei. Soweit uns bekannt ist, hat der Vatikan noch niemals seit 1870 eine so bestimmte Stellung zu einer Frage der äußeren Politik Italiens eingenommen. Damit wird aber ein Gewicht von größter Bedeutung in die Wagschale der Neutralitäts- und Friedenspolitik gelegt, die von dem Könige und seinen Ministern heute vertreten wird. Und wir dürfen wohl hoffen, daß diese Bahn auch bis zum Ende eingehalten werden wird.

Nicht ganz so wichtig wie Rumänien und Bulgarien im Osten, aber doch auch von Bedeutung sind Spanien und Portugal im Westen. In Spanien vertritt der liberale Führer Graf Romanones den Gedanken, daß Spanien aktiv an der Seite des Dreiverbandes in den Krieg eingreifen müsse, ohne daß dabei ersichtlich wird, welche Lebensinteressen Spaniens den Grafen zu dieser Stellungnahme veranlassen. Sein Gegner, der augenblickliche Ministerpräsident Dato, verficht dagegen im Einvernehmen mit König Alfons die Politik der Neutralität. Inwieweit bei diesem Gegensatze Fragen der inneren spanischen Politik mitspielen, kann uns gleichgültig sein. Denn viel mehr wird ja Spanien in seiner Haltung bestimmt durch die Entwicklung der Kriegsfragen in Portugal. Dort herrscht keine Kriegsbegeisterung, was auch nicht verwunderlich ist, da Portugal durch den Krieg nichts gewinnen, aber sehr viel verlieren kann. Deshalb hat es dem Drucke Englands noch widerstanden, das aus dem sogenannten Bündnisse mit Portugal dessen Intervention fordert. Über diese Verhandlungen und inneren Kämpfe ist das bisherige portugiesische Kabinett, das für eine sofortige Intervention war, gestürzt; das neue Kabinett, in dem General Pimento di Castro Präsident ist, will die Absicht festhalten, daß Portugal erst auf formelles Verlangen Englands gemäß dem Bundesvertrag losschlagen soll, und glaubt dafür die Meinung der Mehrheit im Parlament und im Lande hinter sich zu haben. Die Nachrichten über Offizierrevolten im portugiesischen Heere sind nicht deutlich genug, um erkennen zu lassen, ob eine monarchische Bewegung schon wieder um sich greift. Aber sie lassen in jedem Falle eine Zerrüttung im Heere erkennbar werden, die es der Regierung sehr rätlich erscheinen lassen muß, solange wie irgend möglich die Teilnahme am Kriege hinauszuschieben. Uns können die 20 bis 30 000 Mann, die Portugal bestenfalls stellen könnte, und seine Flotte aus einem Panzerkreuzer und vier kleinen Kreuzern nicht schaden.

Wir würden gern ausführlicher über Frankreich hier sprechen, aber es ist für das ganze Verhältnis der kämpfenden Mächtegruppen ungemein bezeichnend, daß die Presse, auch die der Neutralen, über Frankreich so wenig hören läßt. Auch die Session des französischen Parlaments in diesem Monat gibt zu keinen Erörterungen Anlaß, als daß sie abermals bestätigt, daß die öffentliche Meinung Frankreichs trotz allen Nationalgefühls und Opfermutes in keiner Weise an die Geschlossenheit Deutschlands in diesem Kriege heranreicht; wenn auch etwas unter der Decke, gehen die alten parlamentarischen Zänkereien weiter. Daß sie aber schon in irgend einer Weise das Erstarken antirepublikanischer Strömungen erkennen lassen, ist übertrieben. Wichtiger ist die immer prekärer werdende finanzielle Lage des Landes, das sich ja auch finanziell völlig im Schlepptau seiner Bundesgenossen befindet, darüber möglicherweise ruiniert wird, und noch wichtiger sind die Verluste des Heeres, von

denen wir uns zwar keine bestimmte Vorstellung machen können, über die aber der uns gerade nicht freundliche Corriere della Sera festgestellt hat, daß das französische Heer in den ersten vier Kriegsmonaten über die Hälfte seiner Mannschaften durch Tod, Verwundung oder Gefangenschaft eingebüßt habe. Mag das auch nur eine Handhabe für eine allgemeine Vorstellung sein, so ist es doch ein Zeichen für ganz gewaltige Verluste, daß der Kriegsminister Millerand nach wie vor die Herausgabe von amtlichen Verlustlisten ablehnt.

Ein wie großer Teil der französischen Bevölkerung sich unter diesem Drucke nach Frieden sehnen mag, ist heute noch nicht zu erkennen. Dagegen steht es fest, daß es in Rußland bereits eine Friedenspartei gibt. Zweimal hintereinander ist die große russische Offensive zusammengebrochen, und jetzt steht sie auch in den Karpathen und in Galizien hart davor. Auf die Erklärungen des Ministers Ssasonow in der Budgetkommission der Duma, daß die Regierung im Einvernehmen mit den Verbündeten in den Friedensfragen beharren werde, möchten wir daher nur im negativen Sinne Wert legen: wenn der Abgeordnete Miljukow fragen mußte, ob nicht die Gefahr eines verfrühten Friedens bestehe, so wird er dazu seinen guten Grund gehabt haben. Auch die amtliche Erklärung der russischen Regierung gegen solche Friedensstimmungen ist unbestimmt, ja, sagt vielmehr den Bundesgenossen recht deutlich, worauf es ankommt: „Leute, die dem Laufe der Operationen nur von ferne folgen, können sich fragen, ob der Grad des Kräfteeinsatzes für den Krieg auf der englisch-französischen Front den Anstrengungen entspricht, die wir auf unserm Kriegsschauplatze machen." Das klingt weder nach großer Kriegsbegeisterung noch nach besonderer Freundschaft für die Verbündeten. Und wenn das russische Finanzministerium jetzt wirklich ein Gesetz vorbereitet, daß Produkte und Waren aus Deutschland, Österreich-Ungarn und der Türkei bei der Einfuhr einen Zollzuschlag von 100 v. H. bezahlen sollen, so hat das während des Krieges doch gar keinen Sinn. Das Finanzministerium wird sich also schon jetzt auf die Zeit zwischen Waffenstillstand und endgültigem Frieden rüsten. Daß es das jetzt bereits für notwendig hält, legt immerhin die Vermutung nahe, daß auch im russischen Finanzministerium Gedanken von dem nicht zu fernen Abschluß des Krieges umgehen. Auf die großenteils unverbürgten Nachrichten über die Persönlichkeiten, die dem Frieden geneigt sein sollen, oder über die Stimmung des Zaren selbst, gehen wir nicht ein. Wir können in aller Ruhe abwarten, wie der Minister Bark von seiner Finanzreise aus Paris zurückkommt, und begleiten mit unbeirrtem Vertrauen die weiteren Operationen unsrer Heeresführung im Osten, die ihr strategisches Ziel nach wie vor fest im Auge behält und sich ihm immer mehr nähert. Von ihrem Ermessen und ihrem Urteil, wie von dem des Generalstabs überhaupt hängt auch in erster Linie die Frage ab, wie ein Friede sich für Deutschland gestalten möchte, dessen

Umrisse jedenfalls heute noch nicht erkennbar sind, mag auch die Friedenssehnsucht in Rußland schon groß sein. Deshalb sind auch Erörterungen allgemeiner Art über die Fragen des Landerwerbs usw. jetzt noch überflüssig. Entweder sagen sie nur Selbstverständlichkeiten oder sie streifen doch die Frage der Gebietsveränderungen nach dem Kriege, deren Erörterung die militärische Zensur aus gutem Grunde unbedingt verboten hat. —

England steht nach wie vor in der Erörterung über den Angriff unsrer Luftschiffe auf seine Küsten und über das Seegefecht in der Nordsee. Die Bedeutung des angeblichen englischen Sieges in diesem Gefecht wird auch nach dem Eindrucke neutraler Leser außerordentlich übertrieben; wir glauben unbedingt den Angaben unsres Admiralstabes und mißtrauen den Reutermeldungen, die bis heute noch nicht den Untergang des „Audacious" amtlich zugegeben haben. In den Artikeln über die Zeppelinangriffe aber finden wir keine neue Note, und die alten Argumente wirken durch die fortgesetzte Wiederholung, und je ernster die Lage für England wird, um so schwächer. Eben wieder haben die höchst erfolgreichen Angriffe von „U 21", die sich noch dazu an der Westküste, in der Irischen See, abgespielt haben, unserm Gegner gezeigt, daß Deutschland unbeirrt auf dieser Bahn weiterzugehen entschlossen ist. Indem es seine eben beschlossenen großen organisatorischen Maßnahmen in der Nahrungsmittelversorgung durchführt und das ganze Volk die Regierung auch im wirtschaftlichen Durchhalten bis auf das Letzte unterstützt, sieht England, daß die Aushungerung Deutschlands nicht möglich ist. Und indem Deutschland die ihm eigenen furchtbaren neuen Waffen des Seekrieges, Luftschiff und Unterseeboot, rücksichtslos zur Anwendung bringt, tritt ein, was ein Blatt der amerikanischen Iren (Irish-World, 26. Dezember) in grimmiger Freude über den deutschen Erfolg gegen die verhaßten Engländer so formulierte: „Wir kennen keine wirksameren Mittel, um den Feind die Not des Krieges wirklich fühlen zu lassen."

13.

(Die Kriegsgebietserklärung zur See — Rußland — Österreich-Ungarn — Die Erörterung der Kriegsziele)

10. Februar 1915

Die ganze Welt hat das Gefühl, daß mit der Bekanntmachung des deutschen Admiralstabes vom 4. Februar der Kampf zwischen Deutschland und England in sein entscheidendes Stadium zu treten beginnt. Die Gewässer um Großbritannien und Irland einschließlich des Kanals wurden dadurch zum Kriegsgebiet erklärt, in dem vom 18. Februar an jedes feindliche Handelsschiff zerstört wird. Auch neutrale Schiffe laufen dort diese Gefahr, die angesichts

des von der britischen Admiralität befohlenen Mißbrauches neutraler Flaggen nicht ausgeschlossen werden kann. Denn mit der Erklärung seines Auswärtigen Amts vom 8. Februar hat sich England zu diesem unter dem 31. Januar erlassenen Geheimbefehl seiner Marineleitung bekannt.

Am 3. November 1914 hat England die ganze Nordsee als Kriegsgebiet erklärt. Deutschland hat also genau ein Vierteljahr gewartet, ehe es seine Antwort darauf gab. Niemand auf der Welt kann sich also darüber beschweren, daß dieses Vorgehen überraschend kam. Am 21. Dezember ist die Unterredung veröffentlicht worden, in der der Admiral v. Tirpitz diese Kampfmethode Deutschlands ankündigte, und auch jetzt ist eine Frist — bis zum 18. Februar — ausdrücklich gesetzt, innerhalb deren sich alle neutralen Handelsmächte auf die neue Lage vorbereiten können. Deutschland hat so, wie wir schon sagten, auch für den Unterseebootskrieg die völkerrechtlichen Bestimmungen über die Ankündigung einer Blockade erfüllt. Kaum ein Schritt unsrer Regierung ist in diesem Kriege mit einer so absoluten Einmütigkeit in der öffentlichen Meinung aufgenommen worden wie diese Maßnahme. Unsre Marine, die jetzt diesen äußersten Kampf beginnt, kann darum sicher sein, daß hinter ihr ganz Deutschland in zweifelloser Zustimmung und Einigkeit steht. Alle Fragen und Bedenken sind lange genug erwogen worden, alle Argumente sind erschöpft, nachdem sie von unsrer Regierung zum Überfluß noch einmal in einer Denkschrift an die Neutralen zusammengefaßt worden sind. England behandelt uns, so hat der Reichskanzler zu einem dänischen Journalisten gesagt, wie eine belagerte Festung; deshalb benutzen wir den günstigsten Zeitpunkt zu den allerenergischsten Gegenmaßregeln. Es gibt heute kein Seekriegsrecht mehr, nachdem England selbst die verheißungsvollen Anfänge zu seiner Schaffung seit Beginn des Krieges umgangen oder zertreten hat. (Eine nützliche Zusammenstellung über dieses ganze völkerrechtliche Material enthält das Büchlein von H. Pohl, England und die Londoner Deklaration, Berlin 1915, worin auch alle wichtigen amtlichen Urkunden mitgeteilt sind.) Die Zeit wird kommen, da aus den neuen Formen des Seekampfes ein neues Seerecht erwächst, aber dazu muß erst Englands Vormachtstellung zur See gebrochen werden. Bis dahin sind völkerrechtliche Erörterungen in dem Kampfe, der nun beginnt, nicht mehr das Papier wert, auf das sie gedruckt werden.

Auch in dieser neuen Kampfesform zeigt unsre Kriegführung den Geist der Offensive. Denn dieser Unterseebootskrieg ist nicht mehr eine Blockade in dem älteren Sinne des Wortes, die vornehmlich den überseeischen Verkehr des feindlichen Landes sperren oder wenigstens auf das äußerste erschweren wollte, sondern ihr Ziel ist die Vernichtung der feindlichen Schiffe. Und in einem Kampfe, dem von der feindlichen Seite in solchem Maße der Charakter des Wirtschaftskrieges gegeben ist, wie von England, sind eben auch die feindlichen Handels-

schiffe Kriegswerkzeuge und Ziele der Vernichtung. So ist der Kampf zur äußersten Schärfe und Erbitterung emporgestiegen. England hat das Wort von den Lebensinteressen, um die es kämpft, zuerst gebraucht, nun ist es von uns aufgenommen worden, und wie ein Gefühl der Erleichterung geht es durch unser ganzes Volk, daß jetzt in voller Klarheit und Entschiedenheit die entscheidenden Kämpfe eingeleitet werden. Denken wir an „U 21" und die Besatzung der „Emden", die durch schier märchenhafte Fährlichkeiten hindurch sich zu retten wußte, so wissen wir, daß wir diesem Ringen mit allem guten Vertrauen entgegensehen können.

Ernst genug ist daher die Stimmung, in der am 2. Februar das englische Parlament zusammengetreten ist, von dem rund 200 Mitglieder des Unterhauses und fast 150 des Oberhauses an der Front oder hinter der Front im Kriegsdienste tätig sind. Die Preise der nötigsten Lebensmittel, wie namentlich jetzt auch der Milch und der Kohle, steigen, die Gärung unter den Arbeitern, besonders den Grubenarbeitern und Eisenbahnangestellten, wächst immer mehr zur bestimmten Forderung höherer Löhne. Die Kriegskosten, die bis 10. Januar bereits fast 3900 Millionen Mark betrugen, wachsen andauernd, so daß England schon seinen Geldmarkt für ausländische Anleihen zum Teil sperren mußte; sein Finanzminister hat die Emission ausländischer fester Anleihen in London absolut verboten, die Bank von England wird also ferner nur kurzfristig mit den Bundesgenossen finanziell verkehren. Die Rekrutierung schließlich geht nicht in dem Maße befriedigend voran, wie man wünscht. Deshalb reißen die Diskussionen darüber nicht ab, ob man nicht doch während des Krieges zur allgemeinen Wehrpflicht übergehen müsse; eine Äußerung Haldanes steht da im Mittelpunkte einer oft recht bewegten Debatte, daß nämlich „nach dem Common Law des Landes es Pflicht jedes Bürgers des Königreiches sei, dem Herrscher beizustehen, um eine Invasion von den Küsten zurückzuweisen und das Reich zu verteidigen". Die Nation steht nach wie vor geschlossen hinter der Regierung wie bei uns, aber nicht mehr mit der Uninteressiertheit am eigentlichen Gange des Krieges, wie in den ersten Kriegsmonaten. Immer größere Schichten fühlen, daß England noch niemals einen solchen Krieg hat führen müssen, und daß man sich bei seiner Anlage in manchem, vielleicht entscheidenden Punkte schwer getäuscht hat.

Natürlich ist unsre Regierung nicht an der Frage vorbeigegangen, wie sich die neutralen Mächte zu der Erklärung des Unterseebootskrieges stellen würden. Diese haben sich den völkerrechtswidrigen Maßnahmen Englands im großen und ganzen gefügt und finden sich, auch die Vereinigten Staaten von Amerika, mit theoretischen Protesten ab. Sie sind jetzt gewarnt und haben ausreichend Zeit, sich auf die neue Lage einzurichten, in der der deutsche Admiralstab ausdrücklich eine sichere Verkehrslinie um die britischen Inseln

herum offen gelassen hat. Das weitere können wir abwarten und wollen uns besonders nicht durch eine schon jetzt einsetzende Stimmungsmache irremachen lassen, die besonders in Nordamerika die englische Presse mit allen Mitteln sofort begonnen hat. Wir kämpfen um unsre Lebensinteressen und zugleich für die der neutralen Mächte, denen es auch zugute kommt, wenn die unerträgliche Despotie der englischen Seegewalt und die Nichtachtung allen Rechtes und aller Ehre auf den Wellen gebrochen wird. Hilfe erwarten wir von den neutralen Mächten nicht, ebensowenig aber werden wir hoffentlich Schwierigkeiten von ihnen zu erwarten haben. Ist es doch namentlich ihre Sache, wenn Deutschland mit solcher Entschiedenheit sich gegen den Mißbrauch der neutralen Flagge kehrt, der nach dem Geiste des Haager Abkommens von 1907 ein unantastbares Hoheitsrecht des neutralen Staates verletzt.

Am unbequemsten ist, wie auf der Hand liegt, das deutsche Vorgehen für die Vereinigten Staaten, die selber noch nicht mit den durch die englische Brutalität entstandenen Schwierigkeiten fertig geworden sind. Noch sind die Erörterungen über die amerikanische Note und die Antwort Sir Edward Greys darauf nicht zum Abschluß gekommen. Auch das von den deutschen Kongreßabgeordneten vorgeschlagene Embargo, an dem übrigens nicht interessiert zu sein die deutsche Regierung erklärt hat, beschäftigt die Presse und die öffentliche Meinung nach wie vor. So ist es für den Präsidenten Wilson recht schwierig, durch diese Klippen seine Lieblingsbill durchzusteuern, die eine Bewilligung von zehn Millionen Dollar für den staatlichen Ankauf von Handelsschiffen durchsetzen will. Es scheint, als wenn die republikanische Obstruktion dagegen dieser Bill ein Begräbnis erster Klasse bereiten werde. Auch ist ja fraglich, woher und von wem die Vereinigten Staaten mit diesem Gelde so schnell eine Handelsmarine bekommen wollen. Aber die Bill ist jedenfalls aus dem Wunsche hervorgegangen, die durch die englische Seepolitik entstandene außerordentliche Steigerung der Frachtsätze zu beseitigen, und richtet sich so unmittelbar gegen England selbst. Kein Wunder, daß die mit der englischen Presse in Verbindung stehenden nordamerikanischen Zeitungen sie bekämpfen, und daß vor allem die Deutschen sehr entschieden dafür eintreten. Diese rühren sich überhaupt mit einer immer größeren Entschiedenheit. In einer ausgezeichneten Kongreßrede hat der Abgeordnete Bartholdt aus Missouri den deutschamerikanischen Standpunkt rückhaltlos vertreten. Er hat danach die ganze Opposition der Deutschamerikaner in einer Neutralitätsliga zusammengefaßt, die auch von den Iren unterstützt wird. Diese Liga will eine wirkliche amerikanische Neutralität herstellen, fordert die freie und offene See für den amerikanischen Handel und das Verbot der Ausfuhr von Kriegsmaterial. Natürlich begrüßen wir mit großer Dankbarkeit diese erneute energische Betätigung unsrer deutschen Stammesgenossen, die in keiner Weise die Interessen ihres

neuen Vaterlandes verletzt, aber doch ihrem alten Mutterlande im Kampfe um seine Existenz und um das Recht zugute kommt. In diesem Gefühle warten wir ab, wie sich die Vereinigten Staaten amtlich zu der Erklärung unsres Admiralstabes weiterhin stellen werden, und nehmen an, daß der gesunde Sinn und das Eigeninteresse Amerikas dabei siegen werden. Haben sie doch auch mit ihren inneren wirtschaftlichen Verhältnissen, die trotz der Ausfuhr von Kriegsmaterial gar nicht glänzend sind, und mit den wirtschaftlichen Neugestaltungen in Mittel- und Südamerika und im fernen Osten gerade genug zu tun, um sich nicht noch die Last internationaler Verwicklungen auf den Hals zu laden.

Zu den Sorgen Englands kommt von der andern Seite noch hinzu das immer ungestümere Drängen Rußlands auf weitergehende finanzielle Unterstützung. Rußlands finanzielle Lage ist ja klar. Durch die Unterbindung seines Seeverkehrs ist seine Getreideausfuhr, damit die in Friedenszeiten übliche und (außer der Anleihe) einzige Verbesserung seiner Aktiven, unmöglich geworden. Andrerseits wächst seine Passivseite, weil es in viel höherem Maße, als es selbst und Europa meinte, in der Lieferung von Kriegsmaterial aller Art vom Auslande abhängig ist. Da dies mit Gold bezahlt werden muß, wird die Grundlage seiner Währung, seines Kredits und seiner ganzen staatlichen Wirtschaft, die im Goldvorrat seiner Reichsbank besteht, angegriffen. Vor übertriebenen Vorstellungen muß aber gewarnt werden. Der Abfluß aus diesem Goldbestande ist heute bei weitem noch nicht so groß, wie man sich vielfach vorstellt. Deshalb ist mit einem raschen und baldigen finanziellen Zusammenbruch Rußlands nicht zu rechnen. Aber sein Finanzminister drängt die Verbündeten um ihre finanzielle Unterstützung, weil sein ganzes finanzielles Gebäude in das Rutschen kommt und weil er die Zwangslage Englands zu einem recht gründlichen Goldaderlaß ausnutzen möchte. Daher der verlockende Gedanke, die finanzielle Kriegführung als ein vollständiges Kompaniegeschäft durchzuführen in der Form, daß die Mächte alle drei gemeinsam die Einkäufe von Kriegsmaterial usw. ausführen und gemeinsam die Vorschüsse an die andern (jetzigen oder noch kommenden) Verbündeten auf sich nehmen.

Daß Rußland der eigentlich Notleidende ist, ging aus der amtlichen Mitteilung hervor, die über die Konferenz der drei Finanzminister ausgegeben worden ist und in der diese allgemeinen Gedanken, allerdings in ziemlich undurchsichtiger Fassung, ausgesprochen wurden. Rußland soll der Export erleichtert werden, damit ein gleichmäßiger Wechselkurs zwischen Rußland und seinen Verbündeten hergestellt werde. Da tatsächlich ein Export Rußlands unmöglich ist, liefe das also darauf hinaus, daß Rußland auf seine Exportvorräte, vor allem an Getreide, jetzt einen Barvorschuß erhielte. In dieser Form, daß England die russische Getreideernte ankaufen wolle, ist

dieses Manöver jetzt gerüchtweise mehrfach erwähnt worden. Wird es wirklich durchgeführt, so erhält Rußland eine Anleihe in andrer Form. Befriedigend ist dieser Ausgang für es freilich nicht. Denn es will eine langfristige Anleihe ohne Pfand und nicht einen derartigen Vorschuß, der entweder mit Getreide oder mit Gold zu garantieren ist und der in einer Form gegeben würde, wie man sie nur unsicheren Schuldnern gegenüber verwendet. Ein solcher ist aber eben Rußland und als ein solcher wird er von England betrachtet und behandelt. Darüber helfen alle schönen Redensarten über die Finanz- und Wirtschaftsgemeinschaft zwischen den Ententegenossen nicht hinweg. Auch fehlt schon die natürliche Grundlage des Geschäftes. Selbst wenn Getreide von Rußland nach England zu verschiffen wäre, würde das auf ein Geschenk an Rußland herauskommen und auf eine Erschwerung der amerikanischen, besonders der kanadischen Einfuhr, über die von der andern Seite her sehr schnell laute Klagen bei der englischen Regierung einlaufen würden.

Ob aus der Fortsetzung der Finanzkonferenz in London mehr herauskommt, wird sich ja zeigen. Inzwischen nimmt die Freundschaft zwischen den Verbündeten nicht zu. In der englischen und französischen, aber auch in der amerikanischen Presse mehren sich die Hinweise auf den Widerspruch, daß England angeblich für Freiheit und Recht der unterdrückten Nationalitäten kämpfe, während Rußland gar keine Miene mache, seinen Finnen, Polen und namentlich Juden irgendwie das Leben leichter zu gestalten. Besonders das Verhalten der russischen Regierung gegen den bekannten Revolutionär Burzew hat in Frankreich sehr verstimmt. Auch die nicht verstummenden Gerüchte und Meldungen über russische Friedensgeneigtheit verbessern das Verhältnis der Verbündeten zueinander nicht. Angeblich hat sich die russische Regierung in einer offiziösen Kundgebung der Birschewyja Wjedomosti (28. Januar) sehr entschieden gegen diese Gerüchte über die Möglichkeit eines Separatfriedens ausgesprochen. Wir weisen darauf hin, daß es offiziöse Kundgebungen in der uns geläufigen Form in Rußland nicht gibt und daß die Meinungsäußerungen des russischen Ministeriums des Äußern regelmäßig in einer andern, jedem Leser russischer Zeitungen vertrauten Weise erfolgen. Die Birschewyja Wjedomosti, die übrigens nur ein ziemlich unbedeutendes Boulevardblatt sind, werden vielmehr gelegentlich vom Kriegsminister Suchomlinow benutzt, und daß die russische Militärpartei, zu der dieser Kriegsminister hervorragend gehört, heute noch gegen einen Friedensschluß ist, glauben wir recht gern. —

Dem Wechsel in der Person des österreichisch-ungarischen Ministers des Auswärtigen sind weitere Veränderungen im Ministerium Stürgkh gefolgt. Der bisherige Leiter des galizischen Landsmannministeriums, v. Morawski, ist definitiv zum Minister für Galizien ernannt, und der gemeinsame Finanzminister v. Bilinski durch den früheren Ministerpräsidenten Ernst von

Koerber ersetzt worden. Dieser Wechsel ist namentlich in jetziger Zeit sowohl nach der negativen wie nach der positiven Seite von Bedeutung. Negativ insofern, als der Pole v. Bilinski aus seinem Amte scheidet, das Bedeutung vor allem dadurch hat, daß die Angelegenheiten Bosniens und der Herzegowina ihm zugehören. In diesem Amte hat Bilinski, wie allgemein festgestellt wird, Schiffbruch gelitten und den Zustand der Unordnung und Verwirrung mitgeschaffen, aus dem das Attentat gegen den Thronfolger erwuchs. Voraussichtlich wird Bilinski die Leitung des Polenklubs übernehmen, die er schon einmal innehatte und die frei geworden ist, weil der bisherige Präsident Dr. Leo dieses Amt niedergelegt hat. Leo hat seinen Schritt damit begründet, daß ihm sein Amt als Stadtpräsident von Krakau jetzt keine Zeit mehr ließe. Das wird an sich auch stimmen, ganz durchsichtig ist dieser Wechsel indes noch nicht, und die Unsicherheit im österreichischen Polenklub, auf deren begreifliche Gründe wir nicht näher eingehen, hat dazu wohl auch mitgewirkt. In Ernst v. Koerber aber tritt die bedeutendste Reservekraft wieder in das Ministerium, über die die österreichische Reichshälfte verfügt. Koerber war dreimal Minister und fünf Jahre (1899 bis 1904) Ministerpräsident. Seine Amtszeit liegt noch nicht so weit zurück, als daß man schon die großen Eigenschaften dieses Ministers vergessen hätte. Ihm fällt zunächst die Aufgabe zu, die Neuordnung Bosniens jetzt schon vorzubereiten. Vor allem aber wird er berufen sein, in den Friedensverhandlungen die finanziellen und die wirtschaftlichen Fragen zu vertreten, so daß seine Ernennung auch für Deutschland in dieser Richtung von großer Bedeutung ist. Für eine Frage der Gegenwartspolitik aber erinnern wir uns gerne daran, daß Herr v. Koerber sich immer lebhaft um die Beilegung der italienischen Schwierigkeiten Österreich-Ungarns bemüht hat. Leicht ist das Erbe nicht, das er antritt, aber wir können diesen bedeutenden Staatsmann Cisleithaniens mit berechtigtem Vertrauen und besten Wünschen begrüßen. —

Bei Gelegenheit des Zusammentritts des preußischen Landtags ist, obwohl dieser an sich die Stätte dazu nicht ist, der Wunsch wieder aufgetaucht, die Friedensbedingungen öffentlich erörtern zu lassen. Wir schließen uns allem an, was L. Raschdau (im Tag) zu dieser Frage entschieden ablehnend gesagt hat, und weisen außerdem darauf hin, daß die Erinnerung an 1870 für die Lage der Gegenwart noch nicht zutrifft. Wenn Treitschke seine berühmte Schrift: „Was fordern wir von Frankreich?" schon unter dem Datum des 30. August 1870 ergehen ließ und Bismarck diese Erörterungen begrüßte, so ist nicht zu vergessen, daß damals die großen Entscheidungen schon so weit gefallen waren, daß der Ausgang für eine völlige Erreichung des oder der Kriegsziele ganz unzweifelhaft war. Außerdem waren damals die Kriegsziele schon bei Beginn des französischen Krieges in der Hauptsache klar.

Heute sind sie dies in politischem Sinne noch nicht. A. Ballin hat in einem Artikel mit Recht darauf hingewiesen, der beste Beweis dafür, daß Deutschland den Krieg nicht gewollt habe, sei, daß es ohne ein Programm in ihn hereingegangen sei. Es führt den Krieg zunächst als reinen Verteidigungskrieg und findet darin die heroische Kraft der Abwehr, die die Welt in Erstaunen setzt. Aber damit ist über seine politische Bewertung Klarheit noch nicht in dem Maße einheitlich gewonnen, daß, wie es heute manchmal gefordert wird, der Volkswille den leitenden Staatsmännern eine kräftige Rückenstärkung gewähren könne. Am besten zeigt sich das darin, daß die Diskussion beinahe ausschließlich die Frage der Friedensbedingungen behandelt, die Möglichkeiten territorialer Veränderungen ins Auge faßt. Die territoriale Neugestaltung hängt aber wesentlich, ja entscheidend, sobald die Möglichkeit dazu gegeben ist, von dem Programm und Willen des Generalstabs ab, über die aus begreiflichen Gründen heute irgendwelche Äußerung noch gar nicht vorliegen kann. Heute kann nur erst von Erwägungen ausgegangen werden über die ganze politische Anlage des Krieges und über die Frage, wie die Beziehungen der Großstaaten nach dem Kriege zueinander sein würden. Der Krieg kann wesentliche Veränderungen der europäischen Landkarte bringen, aber er wird nicht das europäische Staatensystem als solches auflösen und beseitigen. Sondern auch nach ihm werden die europäischen Großstaaten, die mit den Vereinigten Staaten und Japan zusammen die Welt beherrschen, in ihren Gegensätzen und Beziehungen zueinander lebendig bleiben. In diesem Staatensystem sind Deutschland und Österreich-Ungarn in eine Koalition geraten, die beide mit einem eisernen Ringe beinahe aller Großmächte, mindestens der stärksten Militärmächte, erdrücken will. Einer solchen Aussicht darf und kann Deutschland nach dem Kriege nicht wieder ausgesetzt werden. Es darf nicht innerhalb kurzer Zeit derselben Koalition gegenübergestellt werden, sondern es ist die Aufgabe der politischen Führung in beiden Ländern, den heute bestehenden Ring unsrer Gegner unter Benutzung der in ihm selbst vorhandenen natürlichen Keime zum Unfrieden zu lösen und eine unsrer bedrohten Flanken dauernd frei zu machen. Von hier aus hat jede Erörterung, die über den reinen Verteidigungscharakter des heutigen Krieges hinausgeht und seine politische Bedeutung für uns und unsre Zukunft erfassen will, auszugehen. Denn nur dann behält solche Diskussion festen Boden unter den Füßen, während eine öffentliche Erörterung der Friedensbedingungen, die Deutschland gewissermaßen als den alleinigen Richter der neuen Weltgeschichte ansieht, jedenfalls nicht eine übereinstimmende öffentliche Meinung im Volke schaffen würde. Dann kann aber die mit der Regelung der Fragen betraute Diplomatie erst recht nichts mit ihr anfangen, und es bleibt als einziger Effekt die mehr oder minder ungünstige Wirkung auf das neutrale Ausland. Noch weniger

aber kann es die Einheitlichkeit unsrer öffentlichen Meinung fördern, wenn jede abweichende Meinung sofort als Flaumacherei und Schwächlichkeit im eigenen Lager abgefertigt wird. Darin liegt eine Anmaßung, die um so unberechtigter ist, als sich alle politisch voneinander abweichenden Meinungen in dem Entschlusse völlig einig sind, den Krieg unter allen Umständen bis zum ehrenvollen Ende durchzuhalten.

14.

(Rußland — Die Türkei — Italien)

17. Februar 1915

Seit dem 10. Februar meldeten unsre Generalstabsberichte aus dem Osten von größeren Kämpfen in Ostpreußen. Schon drei Wochen vorher hatte auf dem andern Nebenkriegsschauplatze, in der Bukowina, gleichfalls eine neue Offensive eingesetzt. In Ostpreußen sind die Russen siegreich zurückgeworfen worden, im Süden ist von den verbündeten Truppen die Serethlinie schon erreicht und der Angriff über die wichtigsten Karpathenpässe vorgetragen worden. Unter dem Eindruck dieser gewaltigen, glückverheißenden neuen Offensive hat die zweite Kriegstagung des russischen Parlaments stattgefunden. Was davon die Aufmerksamkeit am stärksten auf sich zog, nämlich die Rede des Ministers Ssasonow, ist in der Presse bereits zur Genüge behandelt und mit Recht aufs schärfste die kleinliche Polemik und das unglaubliche Spiel mit der Wahrheit gekennzeichnet worden, das sich der russische Minister erlaubt hat. Darüber ist nichts mehr zu sagen; unser Urteil darüber steht fest. Am interessantesten aber war aus der Tagung der sehr entschiedene Hinweis auf die politischen Kriegsziele Rußlands. Schon der Minister Goremykin sprach von der glänzenden Zukunft Rußlands am Schwarzen Meer, die vor den Mauern von Konstantinopel immer klarer hervortrete. Der Abgeordnete Miljukow aber bezeichnete dieses Ziel noch konkreter: Die Erwerbung der Meerengen und Konstantinopels. Das ist ja nichts Neues, weil wir wissen, welche Ziele Rußland im Kampfe gegen die Türkei verfolgt. Aber bezeichnend war der Zusatz von Miljukow, daß nämlich „die Erfüllung dieser Hauptaufgabe rechtzeitig unter die nötigen diplomatischen und militärischen Sicherheiten gestellt werde"! Wir würden gern wissen, mit welchem Gesicht und mit welchen Empfindungen der englische Botschafter, der in seiner Loge der Sitzung beiwohnte, diese mehr als deutlichen Anspielungen aufgenommen hat. Um so mehr, als in ihnen seit Beginn des Krieges ein System liegt und als aus ihnen immer deutlicher der Gegensatz zu England hervorleuchtet, den diese Frage, wie sie auch immer gelöst werde, unter allen Umständen bringt. Wir möchten das mit einigen Preßstimmen beleuchten. Am 14. November schrieb der

Spectator, die bekannte englische, vornehme Wochenschrift, daß man nichts gegen Rußland in Konstantinopel habe. Die alte Eifersucht darum sei geschwunden: „Die alte abergläubige Idee, daß das Gleichgewicht der Welt gestört werde, wenn eine der Großmächte Konstantinopel besetzt, ist verschwunden. Wir sehen jetzt die Dinge von beiden Gesichtspunkten in ihrer wahren Perspektive. Die Russen sind von jeder Selbstsucht frei, wenn sie behaupten, daß der Besitz von Konstantinopel ein Vorteil für sie sei, und daß deshalb Stadt und Meerengen ihnen gehören müssen. Wir haben immer die absolute Gesundheit dieser Forderung anerkannt und deshalb gewünscht, daß Rußland in Konstantinopel sein solle." Diese jeder englischen Tradition in der Orientpolitik ins Gesicht schlagenden Ausführungen genügten aber in Rußland noch nicht. Am 8./21. November brachten die Birschewyja Wjedomosti, das bekanntlich vom Kriegsminister öfter benutzte Organ, einen, von Inssarow verfaßten, inspirierten Artikel. Dieser führte aus: Schon einen Monat vor Eintritt der Türkei in den Krieg habe der englische Botschafter in Petersburg seiner Regierung mitgeteilt, daß die russische Diplomatie bestimmt die Meerengenfrage auf das Tapet bringen werde, und geraten, damit zu rechnen und die englische öffentliche Meinung darauf vorzubereiten. Sofort seien Verhandlungen zwischen Paris und London eingeleitet worden, die günstig für Rußland liefen. England habe seine Ansicht über die Meerengen radikal geändert, die landläufige Meinung sei endgültig eine historische Erinnerung geworden. Und die englische öffentliche Meinung sei derselben Ansicht. „Der Schwerpunkt dieser Frage liegt gänzlich in England, und die Lösung hängt nicht so sehr von unsern militärischen Operationen in der Türkei als von dem erfolgreichen Gange der Unterhandlungen in London ab." In derselben Weise sprach sich am gleichen Tage die Nowoje Wremja aus. Als dann England sein Protektorat über Ägypten erklärte, legte die Rjetsch (Ende Dezember) sofort England fest. Dieser Schritt hat eine außerordentlich wichtige Bedeutung für Rußland, „er beseitigt ein ernsthaftes Hindernis auf unserm Wege nach Konstantinopel". Dergleichen Preßstimmen ließen sich zahlreich anführen. Das politische Kriegsziel Rußlands ist hier ganz klar und ebenso klar, daß es England gar nicht paßt. Diese russischen Äußerungen suchen ja offensichtlich den augenblicklich Verbündeten in einer Weise festzulegen, die diesem höchst unangenehm ist; nur mit allgemeinen Redensarten wird die erkennbare Abneigung dagegen, Rußland als Mittelmeermacht selbst in die Weltpolitik einzuführen, verhüllt. Wie man sich mit diesen Dingen in England abfindet, darüber äußerte sich ein Artikel in der bekannten großen Monatsschrift Fortnightly Review (Oktober), der die Frage behandelte, ob Rußland für England gefährlicher als Deutschland sei. „Rußlands Ausgaben im gegenwärtigen Kriege an Menschen und Geld sind so groß, daß es Jahr-

zehnte zur Erholung brauchen wird, und während dieser Jahrzehnte wird das englische Reich wachsen an Bevölkerung, Einheit und Macht, und vor allem wir wissen: eine Vereinigung der angelsächsischen Nationen, eine angelsächsische Wiedervereinigung kann in dieser Zeit Platz greifen, wenn der russische Koloß das britische Reich bedrohen würde. Außerdem braucht Rußland Frieden, der gegenwärtige Zar ist ein Mann des Friedens. Er wünscht sein Land reich und zufrieden zu machen und zu einem modernen Staat. Sein Ackerbau ist sehr primitiv. Seine Minen und Industrie sind fast unentwickelt. Seine Wälder werden verschwenderisch ausgenutzt und sein Volk ist arm und unwissend. Während vieler Jahrzehnte wird Rußland Geld wie Wasser auszugeben haben, um sein Volk mit den reinen Notwendigkeiten einer zivilisierten Existenz und der elementarsten Form der Erziehung zu versorgen. Für Jahrzehnte kann Rußland nicht an Eroberung denken. Aber wenn es übereilt genug wäre, mehr Ruhm als soliden Vorteil zu wünschen, wenn es einmal mehr in eine antienglische Politik in Asien einlenken würde, wie es das früher auf Deutschlands Drängen getan hat, so würden unzweifelhaft Mittel zu finden sein, ihm Schranken zu setzen. Aber wir haben keinen Grund, solche Entwicklungen vorwegzunehmen. Rußlands Aufgabe besteht nicht darin, seine gigantischen Gebiete anwachsen zu lassen, sondern sie zu entwickeln, und alle Russen wissen das. Während der nächsten Menschenalter wird Rußland sich bemühen, ein großer Faktor der Zivilisation zu werden. Nachdem es den Militarismus Napoleons und Wilhelms II. zerstört hat, wird es nicht von sich aus einen Militarismus einführen." Man kann diese Anschauungen als richtigen Ausdruck der englischen öffentlichen Meinung auffassen und sieht aus dem ganzen Gerede die Spitzen und Gegensätze heraus.

Die russische Budgetkommission hat sich natürlich auch mit der finanziellen Seite beschäftigt. Dabei erklärte der Reichsratskontrolleur Charitonow, daß die Kriegskosten am 1./14. Januar 3020 Millionen Rubel betragen haben; die täglichen Kriegsausgaben werden auf 14 Millionen Rubel geschätzt. Auf die weiteren Besprechungen der Kommission dazu brauchen wir nicht einzugehen, denn es ist aus ihnen nichts herausgekommen, ebensowenig wie bisher aus der Finanzberatung in London. An ihr hat auch Delcassé teilgenommen und bei seiner Abreise an Sir Edward Grey telegraphiert: „Vor 12 Jahren begleitete ich den Präsidenten Loubet hierher. Damals schlossen wir den Friedensbund, der jetzt durch den gemeinschaftlichen Feind zum Kriegsbund geworden ist." Diese Erinnerung hätte der französische Minister nicht beleben sollen, denn sie bezeichnet den ersten, eigentlichen Markstein auf dem Wege zu der großen internationalen Verschwörung, deren Drahtzieher König Eduard, Iswolski und Delcassé selber gewesen sind. Er hat, wie er sagt, aus der Unterredung alle Zuversicht in bezug auf den Krieg mitgenommen.

In bezug auf die finanzielle Seite trifft das nicht zu. Die Londoner City hat der Besprechung mit unverhohlener Abneigung zugesehen. Sie liebt, wie der Manchester Guardian (8. Februar) sagt, derartige Geheimniskrämerei nicht. „Man ist allgemein der Ansicht, daß jedes Arrangement für die finanzielle Festigkeit der Verbündeten willkommen ist, vorausgesetzt, daß es den Krieg abkürzt. Aber man ist auch darin einig, daß man unmöglich bestimmte Ansichten äußern kann, wenn die Regierung die Geschäftswelt nicht mehr ins Vertrauen zieht." Da haben wir an einer andern Stelle die immer stärker werdende Opposition gegen die Geheimniskrämerei, die für die Regierung von Asquith und Sir Edward Grey so charakteristisch ist. Man empfindet aber in der Londoner City überhaupt „Beunruhigung über diese neuartige Politik, den britischen Kredit zu vermengen mit dem von Ländern, die eine völlig andre finanzielle Struktur haben. Das Publikum hat überhaupt noch keine Vorstellung von dem Ernst der finanziellen Lage und den ungeheuren Kriegsverpflichtungen, die schon übernommen oder in Vorbereitung sind". Das ist genau dasselbe, was wir hier schon öfter gesagt haben. Es ist ein ernstes Zeichen, daß der Londoner Finanzwelt die Schwere der finanziellen Verpflichtungen bewußt wird, über die sie anscheinend die eigene Regierung noch fortwährend in Sorglosigkeit einzulullen sich bemüht.

Inzwischen ist der sinkende Rubelkurs nach wie vor Gegenstand der allergrößten Sorge. Er betrug in den ersten sechs Monaten 1914: 2,09 Mark, am Ende Dezember 1,70 Mark. Und die Korrespondenzen der englischen Blätter aus Rußland betonen, daß eine baldige Hilfe notwendig sei und daß namentlich die reichen Kaufleute in Moskau der Ansicht sind, England und Frankreich könnten mehr tun, um die Situation zu erleichtern, als sie tatsächlich leisten. Diese gewiß unvoreingenommenen Berichte (wir haben eine solche Korrespondenz des Manchester Guardian aus Moskau und eine des Economist vom 6. Februar aus Petersburg vor uns) stimmen darin überein, daß die Stimmung namentlich unter den wirtschaftlichen Gesichtspunkten „nicht übermäßig zuversichtlich sei". Inzwischen hat die Morgan-Gruppe in Amerika Rußland eine Anleihe von 50 Millionen Rubel gewährt, zu etwas über 6 v. H. Anscheinend ist das ein Teilbetrag der 40 Millionen Pfund, für die russische Schatzwechsel in London ausgegeben werden sollen. Daß eine so bescheidene Abschlagszahlung die Entwertung der russischen Valuta aufhalten könnte, wird wohl auch in Rußland selbst niemand erwarten. —

Während sich die russische Duma mit der Meerengenfrage beschäftigte, hat die Türkei gehandelt. Die Operationen im Kaukasus sind zwar wegen des Wetters eingestellt worden. Dafür sind am 13. Januar die türkischen Vortruppen in Täbris eingerückt und am 3. und 6. Februar haben die ersten Gefechte am Suezkanal stattgefunden. Beide Ereignisse sind von größter

Bedeutung. Täbris ist nicht weit entfernt von Dschulfa, von wo das russische Kaukasusgebiet viel leichter zu bedrohen ist, als im Westen. Ferner hat mit der Besetzung dieser Stadt die russische Herrschaft in der nördlichsten persischen Provinz Aserbeidschan ihr Ende gefunden. Dort hatte sich Rußland bereits eingerichtet, als gehörte das Gebiet schon zu seinem eigenen Lande. Daher ist es kein Wunder, wenn die Bevölkerung die Türken als Befreier begrüßt, und es ist sehr wohl möglich, daß sich persische Truppen mit dem weiteren türkischen Vormarsch vereinigen. Dieser hat aber ein ganz besonders wichtiges Ziel. Er führt am westlichen Ufer des Schwarzen Meeres nach den Petroleumquellen von Baku. Gelingt dessen Einnahme, so wird Rußland ein schwerer Schlag versetzt. Denn hier werden immer zur Revolution bereite Elemente losbrechen. Vor allem aber versorgt Baku die russischen Eisenbahnen mit dem unentbehrlichen Heizstoff, dem Masut, dem Rückstand des Naphtha, der für die Eisenbahnen im russischen Süden weder durch Kohle noch durch Holz ersetzt werden kann.

Schneller, als wir erwarteten, ist ferner der Erkundungsmarsch der türkischen, gegen Ägypten operierenden Armee zum Ziele gelangt. Bei Ismailia fand ein Gefecht statt, und zwischen Tussum und Serapeum gelang es sogar, mit einigen Kompanien Infanterie den Kanal selbst zu überschreiten. Zum ersten Male seit Jahrhunderten haben damit türkische Truppen wieder den Fuß auf ägyptischen Boden gesetzt. Es sind erst noch Vortruppengefechte, aber der Brückenschlag über den Kanal zeigt ebenso wie die rasche Durchführung des Marsches durch die Wüste, daß die Türkei militärisch etwas zu leisten vermag. Die Fragen der Neutralität dieses Kanals (laut Vertrag vom 29. Oktober 1888) sind gegenwärtig genau so gleichgültig wie alle andern derartigen Fragen gegenüber der Aussicht und Aufgabe des in Syrien zusammengezogenen türkischen Heeres, den Verbindungsweg zwischen England und Indien in seine Hand zu bekommen. Fast zur gleichen Zeit hat (4. Februar) der Vizekönig von Indien, Lord Hardinge, der in Mesopotamien die englischen Stützpunkte am Meerbusen besucht, in Basra, das die Engländer besetzt haben, die Hoffnung ausgesprochen, daß die britische Herrschaft über diese von ihm besetzten Gebiete dauernd sein werde. Was Lord Curzon schon 1903 auch nach einer solchen Erkundungsfahrt im Persischen Golf aussprach, das ist jetzt Gegenstand des großen Kampfes zwischen der von Deutschland gestützten Türkei und dem englischen Plane, Ägypten und Indien dadurch in feste Verbindung zu bringen, daß England Mesopotamien, die Bagdadbahn, Arabien und das Kalifat unter seinen Einfluß bringt. Um diese riesengroßen Aussichten wird dort jetzt gefochten. Auch sie werden getroffen, wenn nun am 18. Februar der deutsche Unterseebootskrieg gegen England beginnt. Zu den Fragen, die dieser auch im Zusammenhange mit der Stellung Nordamerikas dazu

anregt, wird zurückzukommen sein, sobald die deutsche Antwortnote an Amerika vorliegt. —

In den nächsten Tagen wird der italienische Minister Salandra seiner Kammer über die politische Lage Auskunft zu geben haben. Offenbar daraufhin ist Anfang des Monats der Brief Giolittis an einen Freund veröffentlicht worden, der die Stellung dieses hervorragenden Staatsmannes so kennzeichnet: Giolitti will den Krieg unter keinen Umständen, würde aber in ihn eintreten, wenn er die Verantwortung dafür tragen kann. Seine Stellung ist damit etwas klarer, als die des augenblicklich leitenden Ministerpräsidenten, und soll wohl dessen mangelnde Klarheit von sich aus fördern. Von der andern Seite hat einer der Führer der ungarischen Opposition, Graf Julius Andrassy, sich zu dieser Frage in der Neuen Freien Presse (26. Januar) so geäußert: „Es ist mein unerschütterlicher Glaube, daß mit etwas Wollen auf Grund des bestehenden Dreibundes das Verhältnis der beiden Nachbarn zueinander auch inmitten der heutigen Krise auf eine festere Grundlage als bisher gestellt werden könnte und sollte." Zur Sache selbst ist heute nichts hinzuzufügen.

Am 11. Februar ist der neue Jesuitengeneral gewählt worden an Stelle des am 28. August verstorbenen Pater Wernz. Gewählt wurde Graf Wladimir Ledochowski, ein Pole österreichischer Untertanenschaft, der 1866 geboren ist und zu der bekannten polnischen Adelsfamilie der Ledochowski gehört, aus der der Konfliktserzbischof der siebziger Jahre stammte. Die Wahl ist ja zunächst eine Angelegenheit der katholischen Kirche und eine rein geistliche Frage. Immerhin ist es unter den jetzigen Umständen von Bedeutung, daß dieses wichtige, hohe Kirchenamt einem österreichischen Polen übertragen worden ist.

15.

(England — Nordamerika — Italien — Kriegsziele und Kriegsgrund)

24. Februar 1915

Kaum eine Woche seit Beginn des Feldzuges haben wir die Zeit weltgeschichtlicher Spannung, die wir durchleben, so in uns empfunden wie in der letzten. Weltgeschichtliches Werden wehte uns aus der Meldung von der neuntägigen Winterschlacht in Masuren am 16. Februar entgegen, weltgeschichtliches Werden auch von dort, wo Krieg und Politik sich wieder miteinander verschlingen. Fiel doch in die letzte Woche der 18. Februar, mit dem die Ankündigung unsres Admiralstabes an England und an die Welt in Kraft trat. Bei unsern Feinden wie bei allen Neutralen hat sie stärksten Eindruck und außerordentliche Spannung erweckt.

England hat darauf zunächst nur mit dem Worte geantwortet. Es will Verluste von Handelsschiffen nicht mehr öffentlich bekanntgeben und es hält an dem Schwindel (ein andres Wort ist nicht möglich) mit der Benutzung der neutralen Flagge als einer erlaubten Kriegslist fest. Sonst haben sich seine leitenden Staatsmänner auf allgemeine Andeutungen beschränkt. Asquith hat am 12. Februar nur folgende, von der englischen Presse als „wichtig" bezeichnete Äußerung getan: „Die Regierung erwägt die Frage, kräftigere (stringent) Maßnahmen gegen den deutschen Handel angesichts der flagranten Verletzung der Regeln der Kriegführung durch den Feind zu ergreifen." Ebenso geheimnisvoll hat sich Churchill in seiner großen Flottenrede am 15. Februar vor dem Parlament ausgedrückt. Die Rede war echt Churchill: voll Selbstvertrauens, über die Schwierigkeiten hinweggleitend, vielfach (so sagt eine englische Zeitung selbst) recht selbstgefällig und prahlerisch, so daß sich der eitle Mann die bittere Bemerkung von Bonar Law gefallen lassen mußte: „Das Schweigen unsrer Flotte wurde nur unterbrochen durch die Kanonen der Schiffe und die Zunge und Feder des Ersten Lords der Admiralität. Beides vielleicht war notwendig, besonders die Kanonen." Der Minister redete sehr breit davon, wie trefflich die Flotte vorbereitet und gerüstet gewesen sei in Munition und namentlich in Mannschaft, er pries die beiden englischen Seesiege, rühmte die Durchführung des Transports von einer Million Mann über den Kanal (fast ein Fünftel der englischen Handelsflotte ist dazu gechartert worden), stellte die Verluste der englischen Marine auf 5500 Offiziere und Mann fest und tat die deutsche Ankündigung als „ein System offenen Seeraubes und Mordes" ab. Aber es war eine erkünstelte Ruhe, die über seiner Rede lag; sie beruhigte nicht die Zweifel (wieder folgen wir einer englischen Besprechung), ob die englische Admiralität auf den Krieg mit Unterseebooten sowohl für ihre Schlachtschiffe wie für die Handelsflotte genügend vorbereitet sei. Wir warten in aller Ruhe ab, was hinter den dunklen Anspielungen der englischen Staatsmänner stecken mag; unsre Marine wird auch darauf gerüstet sein. Und wir verfolgen mit Aufmerksamkeit die zunehmende innere Gärung in England selbst. In der letzten Woche haben große Arbeiterversammlungen in den Mittelpunkten des Industrielebens, in Liverpool, Manchester, Birmingham und Cardiff, stattgefunden, um sich über die Lage auszusprechen, daß die Preise sämtlicher notwendigen Nahrungsmittel seit Beginn des Krieges um ein Fünftel bis ein Viertel gestiegen sind. Die Arbeiter erklärten sich durch die Äußerungen Asquiths zur Preisnot nicht befriedigt und drohten offen mit der Kündigung des Burgfriedens (truce), wenn nicht durch Regierungsmaßnahmen der Stand der Preise für Weizen, Fleisch, Milch usw. auf den Stand von Anfang August 1914 heruntergedrückt würde. Das zeigt, ebenso wie die besorgten Äußerungen gerade liberaler Blätter, wie gespannt trotz

aller Gewerkvereine und des angeblichen „sozialen Friedens" die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit in England sind. Schon wird die Besorgnis mit Recht laut, daß der Krieg, wie er auch ausläuft, für England soziale Kämpfe von ungeahntem Umfange bringen wird, und wir glauben, daß nach der ganzen Struktur der englischen Eigentumsverteilung diese Besorgnis sehr begründet ist. Inzwischen ziehen unsre Unterseeboote ihre Bahn und drängen den Krieg in ein entscheidendes Stadium.

Am 18. Februar hat Sir Edward Grey auf die amerikanische Note geantwortet. In dieser Antwort arbeitet er mit bewußten und groben Unwahrheiten und gibt in der Sache auf die amerikanischen Beschwerden nichts nach. Es ist nun abzuwarten, was die Vereinigten Staaten darauf sagen werden. Einen Tag früher hatte die deutsche Regierung die amerikanische Note ausführlich beantwortet, in maßvoller, aber entschiedener Weise, die bei uns überall mit Genugtuung begrüßt wurde. Eine offizielle Antwort ist noch nicht erfolgt, ein Urteil darüber, wie die Note vom amerikanischen Publikum aufgenommen worden ist, kann noch nicht gefällt werden, da erst nur unzureichende Presseäußerungen, zum Teil durch Reuter zurechtgemacht, vorliegen. Unzweifelhaft ist die Stimmung der Vereinigten Staaten im Augenblick noch zu einem erheblichen Teile gegen uns. Sie ist dazu nicht, wie man gelegentlich hört, aus dem Konkurrenzneid erwachsen. Wenn Amerika etwas an Deutschland anerkannte, so war es im Gegenteil gerade der große Aufschwung unsres Handels in den letzten dreißig Jahren. Aber die Sympathien dieses durchaus republikanischen und demokratischen Landes gehören in erster Linie einem Lande, das seiner Ansicht nach ganz freiheitlich regiert wird, d. h. Frankreich. Diese Stimmung hat England, als im Bunde mit Frankreich, auf das skrupelloseste, aber auch geschickteste für sich ausgenutzt. Bedenkt man, daß England heute von drei Vierteln der amerikanischen Bevölkerung im Grunde genommen nicht geliebt wird, so ist die Wirkung der englischen Preßkampagne auf die öffentliche Meinung Amerikas gegen uns erstaunlich. Freilich hat sie auch ungeheure Anstrengungen gemacht. So ist z. B. der bekannte englische Zeitungsmagnat Lord Northcliffe häufig, zuletzt im November 1913, in Amerika gewesen und hat die Propaganda gegen Deutschland auf das denkbar beste und straffste organisiert. Dadurch sind die Vereinigten Staaten in eine geistige Abhängigkeit von England gekommen, die nicht größer sein könnte, als wenn England diese verlorene Kolonie heute noch besäße. Wir aber haben dieses dankbare Feld unserm Gegner ohne Kampf überlassen. Während England z. B. das jetzt bis zum Überdruß oft zitierte Buch des Generals von Bernhardi schon vor dem Kriege drucken und gleich nach Ausbruch in Millionen Exemplaren in Amerika verbreiten ließ, haben wir nicht eine einzige englisch geschriebene Zeitung in Nordamerika

in unsern Dienst gestellt, obwohl es an Gelegenheiten dazu nicht fehlte. Gewiß begrüßen wir mit großer Dankbarkeit die Arbeit unsrer deutschamerikanischen Brüder, aber keinem Kenner des amerikanischen Lebens ist zweifelhaft, daß auf diesem Gebiete — das gilt für die Zeitung wie für den Vortrag oder die Broschüre — ein durchgreifender Einfluß nur in englischer Sprache ausgeübt werden kann. Wir haben in dieser Beziehung so gut wie nichts getan, haben nicht versucht, auf diese Weise die Vereinigten Staaten uns menschlich nahe zu bringen, und können uns daher nicht wundern, wenn die Stimmung heute dort so ist, wie sie ist. Aber wenn wir uns mit dieser Tatsache abfinden, so ist damit auch heute noch nicht gesagt, daß wir nun einfach die Hände in den Schoß legen müßten. Auch während des Krieges ist es noch möglich, wenn auch nicht leicht, diese Unterlassungssünden des Friedens wieder gutzumachen. Und gerade die Auseinandersetzung, die jetzt vor sich geht und in der Deutschland sachlich nicht einen Schritt von dem einmal eingenommenen Standpunkte zurückweicht, sollte für unsre verantwortlichen Kreise ein Anlaß sein, mit doppelter Energie in dieser Richtung vorzugehen, mit Energie sowohl wie mit Vorsicht und richtiger Erfassung der amerikanischen Denkweise und Seele. Wer in dieser Aufklärungspropaganda gleich mit dem fertigen Urteil kommt und es dem Amerikaner aufdrängen will, hat von vornherein verspielt; wer aber imstande ist, ihn für das Urteil, das er sich selbst bilden will, die Unterlagen zu liefern, kann auch heute noch, trotz der Verhetzung durch die englische Presse, darauf rechnen, daß der große natürliche Menschenverstand und der Gerechtigkeitssinn der Amerikaner die rechte Stellung dazu findet.

Über die Einzelheiten der Neutralitätsfragen, des Unterseeboots- und Minenkrieges ist mit den Vereinigten Staaten augenblicklich von uns aus nicht mehr zu diskutieren. In erfreulicher Klarheit liegt der Standpunkt unsrer Regierung, den das ganze Volk teilt, fest. Die Form der Note aber, die in durchaus freundschaftlichem Tone gehalten ist, hat gezeigt, wie wir die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten auffassen. Aus diesen Gründen meinen wir auch, daß es der amerikanischen Regierung sehr wohl möglich ist, auf die in unsrer Note bezeichnete Brücke zu treten und damit diese Schwierigkeiten zu beseitigen. Wir glauben uns zu dieser Erwartung um so mehr berechtigt, als der Staatssekretär Bryan immer mehr ins Wanken kommt. Von deutscher wie von republikanischer, angloamerikanischer Seite werden die Angriffe auf die Politik dieses Mannes immer rücksichtsloser und schärfer. Daher ist nicht ausgeschlossen, daß sich Bryan nicht mehr lange behaupten kann, sondern zurücktreten muß, so wichtig er dem Präsidenten Wilson als Taktiker der demokratischen Partei auch ist. Dann würde natürlich die Bahn noch schneller frei für die Einsicht, daß Deutschland in seinem Kampfe gegen England ja in einer Richtung kämpft, in der allein die Vereinigten Staaten gegen England in die

Höhe gekommen sind. Gerade die Erinnerung an den Genter Frieden, die im letzten Dezember begangen wurde, macht Amerika darauf aufmerksam. Jener Krieg von 1812 war ein Kampf gegen englische Seegewalt und Seebarbarei, genau so wie unser heutiger Seekrieg gegen England. An den maßlosen Ansprüchen seines Durchsuchungsrechts und an dem barbarischen Gebrauch des sog. Matrosenpressens war jener Krieg ausgebrochen, und wenn England danach den völkerrechtlichen Satz wenigstens vorübergehend anerkannte, daß die Flagge die Ware deckt, so war das eine Folge des Emporkommens der amerikanischen Marine. Heute ist dieser Erfolg ebenso wie alle andern mühselig erreichten Fortschritte im Seevölkerrecht durch England wieder in Frage gestellt. Selbst der nicht besonders deutschfreundliche holländische Sozialist Troelstra hat gesagt: „Diese Aushungerungspolitik Englands gegen Deutschland ist eine der gefährlichsten politischen Maßregeln, die zu denken ist. Die dafür verantwortliche Macht erntet in Zukunft nur Haß. Darin geht England zu weit." Dagegen kämpft heute Deutschland für sich und für die Welt, und auch heute wird der Erfahrungssatz der Geschichte wieder gelten, daß das Seevölkerrecht Fortschritte nur gemacht hat durch die Marinen zweiten Ranges. Diese einfachen, vom gesunden Menschenverstand, der geschichtlichen Erfahrung und dem Eigeninteresse bestimmten Erwägungen müßten auch in Nordamerika so weit durchschlagen, daß die öffentliche Meinung dort aus dem Lügengewebe herauskommt, in das sie die englische Presse in einer langjährigen gewissenlosen Arbeit verstrickt hat. Freilich müssen wir uns darum auch selber bemühen und zwar auf den richtigen Wegen und mit den richtigen Methoden der Aufklärung. —

Ebenfalls am 15. Februar hat Lloyd George vor dem englischen Parlament eine große Rede über die Kriegsfinanzen gehalten, die viel ernsthafter als die Churchillsche, auch sachlicher war, als Lloyd George selbst sonst spricht. Dafür war sie aber auch gedämpfter. Der englische Schatzsekretär berechnet die Kriegskosten für die drei Verbündeten bis 31. Dezember 1915 auf 2000 Millionen Pfund, von denen England 100 bis 150 Millionen mehr zu tragen hat als seine beiden Alliierten. England und Frankreich können nach seiner Ansicht diese ungeheure Last auch tragen. Dagegen ist Rußland „der arme Verwandte", dem die andern zu Hilfe kommen müssen. Die russischen Forderungen waren auch Anlaß und Hauptinhalt dieser Rede, deren wichtigste Mitteilung war, daß England und Frankreich zusammen an Rußland vorläufig eine Anleihe von 50 Millionen Pfund gewähren. Den Gedanken des russischen Finanzministers, die finanziellen Maßnahmen des Krieges gewissermaßen in einen Topf zu werfen, der vom russischen Standpunkte aus sehr verständlich war, wies Lloyd George mit schönen Worten, aber unzweideutig zurück. Auch er wünscht die Verquickung des englischen Kapitals mit den russischen Finanzen in keiner

Weise, mußte freilich den Widerspruch unerklärt lassen, daß er trotzdem diese beschränkte Anleihe Englands und Frankreichs akzeptiert hatte. Austen Chamberlain, der Sohn des bekannten verstorbenen Imperialistenführers, hakte darum hier sofort mit der Feststellung ein, er bedaure, daß eine gemeinsame Anleihe, wenn auch nur in dieser beschränkten Form, überhaupt beschlossen worden sei. Der Standpunkt des englischen Finanzministers ist also eine Halbheit. Man verspricht dem Verbündeten, ihn nicht sitzen zu lassen, und will ihm doch nicht mit einer Anleihe ohne Garantie und Grundlage helfen. Die Erwartung, daß die Dardanellen bald frei werden für den Export russischen Weizens, der diese Grundlage und dieses Pfand bilden soll, ist doch ebenso vage wie die Aussicht abenteuerlich ist, Rußland könne auf dem nördlichen Wege Getreide in nennenswertem Maße zu demselben Zwecke nach England verschicken. Wenn man dabei aus England fordert, die Regierung müsse, um mit russischem Weizen die Weizenpreissteigerung in England herunterzudrücken, die außerordentlichen Transportkosten dieses umständlichen Weges im Norden selbst tragen, so sagt das nur, daß man mit seiner Weisheit am Ende ist.

Natürlich befriedigt diese Halbheit, die auch die kritische Lage Englands immer schärfer markiert, auf der russischen Seite ganz und gar nicht. Immer mehr häufen sich die Anzeichen, die das auch von außen erkennbar machen lassen. Man kann sich denken, daß der Minister Bark nicht sehr begeistert zurückkommt, da er seine Wünsche für die Besserung des Rubelkurses nicht durchgesetzt hat, und wie dies mangelnde Entgegenkommen Englands auf die Kriegsentschlossenheit zurückwirkt. Bisher ist die lediglich vom Londoner Daily Telegraph (15. Februar) gemeldete Nachricht nicht bestätigt worden, daß an Stelle des Ministerpräsidenten Goremykin der bisherige Landwirtschaftsminister Kriwoschein Ministerpräsident geworden sei. Deshalb enthalten wir uns heute noch eines Urteiles über diese Veränderung und erinnern nur daran, daß Kriwoschein, der fähigste und klarste Kopf unter den heutigen aktiven Staatsmännern Rußlands, immer ein entschiedener Anhänger der Friedenspartei war und auch heute noch ist. Diese Stimmung wird noch dadurch gefördert, daß, wie bulgarische Zeitungsstimmen hervorheben, die Frage der Dardanellen von England weiterhin in der Schwebe gehalten wird. Es wird dort mitgeteilt, daß im Hause Wittes eine Besprechung maßgebender Minister und Reichsratsmitglieder stattgefunden habe, die sich um diesen Gesichtspunkt gedreht habe, daß England anscheinend in der Frage der Dardanellen, die übrigens auch die verbündeten Flotten Englands und Frankreichs ohne jeden Erfolg beschossen haben, in keiner Weise seinem Bundesgenossen nachgeben wolle. —

Die Sitzung der italienischen Kammer am 18. Februar wurde durch ziemlich scharfe Presseerörterungen eingeleitet, die die italienische Presse an

einen Artikel der Wiener Neuen Freien Presse über das Verhältnis zwischen Österreich und Italien anknüpfte. Sowohl Giornale d'Italia wie Tribuna wandten sich gegen eine angebliche österreichische Gewaltpolitik; das letztgenannte Blatt erwiderte auf die Erklärung der Neuen Freien Presse (daß sich Österreich die Küste von niemandem wegnehmen lasse), niemand denke daran, Österreich vom Meere abzuschneiden, wies aber auf die Notwendigkeit „zweckmäßiger Konzessionen" hin. Die Kammersitzung selbst ist dann doch erheblich weniger scharf verlaufen. Salandra hat zugleich im Namen Sonninos erklärt, daß die Regierung an ihren Erklärungen vom Dezember bis jetzt nichts zu ändern habe. Deshalb hat auch diese Kammersitzung nicht die Sensation gebracht, die unsre Gegner davon erwartet hatten. Wir können nun den Wunsch nicht unterdrücken, daß die verhältnismäßig geringfügigen Fragen zwischen Italien und Österreich-Ungarn, um die es sich hierbei handelt, möglichst bald bereinigt werden möchten. Die verantwortlichen Politiker Italiens machen sich ja nur einen Teil der irredentistischen Wünsche zu eigen, und eine Einigung über eine Grenzregulierung in Südtirol und am Isonzo liegt durchaus im Bereich des Möglichen, wofür selbstverständlich Österreich-Ungarn die Sicherheit haben muß, daß Italien damit zufrieden ist und in diesem Kriege bis zum Schluß neutral bleibt. Gerade weil der Krieg eine Lösung des Gegensatzes zwischen unsern beiden Verbündeten im westlichen Balkan bringen wird und bringen muß, möchten wir glauben, daß eine solche Einigung sich erzielen ließe, und die Hoffnung aussprechen, daß möglichst bald in direkten Verhandlungen der Vertreter der drei verbündeten Staaten eine Verständigung darüber erzielt werde. Wir sagen drei —, denn Deutschland ist auch hier der gegebene Vermittler, wie es das im Frieden schon war, und es findet darin Recht und Pflicht, von sich aus diese Verhandlungen freundschaftlich und entschieden zu fördern. Falls, wie im Präsidium des österreichischen Abgeordnetenhauses gewünscht wird, der Reichsrat bald einberufen wird, wird diese Frage ja auch dort zur Erörterung kommen. —

Am 14. Februar fand in London eine Konferenz der Sozialisten aus Frankreich, Belgien, England und Rußland statt. Sie war von 42 Abgeordneten besucht und tagte unter dem Vorsitz von Keir Hardie. Einig waren die Sozialisten sich dabei nicht. Keir Hardie wie Macdonald verurteilen die Politik ihrer eigenen Regierung; der letztere wies sogar die Mitteilungen über deutsche Greueltaten in Belgien als unglaubwürdig zurück. Die Russen fürchteten, daß ein für Rußland siegreicher Krieg dort die Reaktion stärke, und konnten daher ihrem Vaterlande den Sieg nicht wünschen. Die Franzosen dagegen und die Belgier traten für die Notwendigkeit, den Krieg fortzusetzen, ein. Der Beschluß der Konferenz läßt immerhin eine gemeinsame Linie erkennen. Er fordert den Kampf bis zur Erlangung des Sieges über

Deutschland, will aber nur die Regierungen, nicht die Völker bekämpfen, fordert Befreiung und Entschädigung Belgiens, Lösung der polnischen Frage und Selbstbestimmungsrecht annektierter Volksteile. Mit dem Protest gegen die Unterdrückung der Finnländer, Juden und Polen in Rußland trat man dem einen Verbündeten direkt entgegen. Dementsprechend ist der Eindruck der Konferenz vor allem in Frankreich recht unangenehm. Hat doch der Minister Sembat an dem Kongreß selbst teilgenommen, auf dem diese Kritik an allen Regierungen zum Ausdruck gebracht wurde. Die Angriffe, denen deshalb Sembat, wie der gleichgerichtete Guesde in Frankreich ausgesetzt waren, sind allerdings durch eine ablenkende Erklärung des Ministerpräsidenten Vivani in der Kammer zurückgewiesen worden, der die beiden Angegriffenen durch Beifallsklatschen ostentativ zugestimmt haben. Für uns sind diese Verhandlungen an sich belanglos, denn sie berühren die Geschlossenheit der französischen Kriegführung zunächst in keiner Weise. Aber sie weisen auch hier darauf hin, welche Differenzen der politischen Meinungen innerhalb der uns gegenüberstehenden Koalition vorhanden sind. Wir warten ab, ob diese Störungen stärkeren Einfluß gewinnen, wenn die Zeit für die Friedensverhandlungen kommt. Der Vorwärts bezeichnete die Rede Sembats als anmaßend gegen die deutsche Sozialdemokratie und hob hervor, daß diese Sozialisten nach vergeblichen Versuchen, den Krieg ihrem Programm anzupassen, ihr Programm dem Krieg anpaßten. Drücken wir das deutlicher aus, so heißt das, daß die berühmte internationale Solidarität der Sozialisten an den harten Tatsachen dieses Kampfes der Staaten miteinander zerschellt ist und daß der Krieg, wie mit mancher andern Vorstellung, die sich eben nur als Phrase entpuppte, so auch mit dieser sehr erfreulich und klärend aufräumt.

Trotzdem glauben manche Köpfe im Sozialismus noch daran. In einer interessanten Wendung kommt das zum Ausdruck in der Mitteilung und Überzeugung des schon genannten holländischen Sozialistenführers Troelstra, daß auf einer Besprechung in Kopenhagen die Berufung eines interparlamentarischen Kongresses in Aussicht genommen ist, der parallel zu dem Kongreß der Diplomaten dann die Friedensverhandlungen begleiten und beeinflussen soll. Ob und wie daraus etwas wird, können wir dahingestellt sein lassen. Jedenfalls spricht sich in diesem Hinweis die Überzeugung aus, daß an der Feststellung der Friedensbedingungen der Wille der Völker sehr viel stärker beteiligt werden muß, als das bei früheren Friedenskongressen der Fall war. Diese Meinung ist in der letzten Woche auch in Deutschland mit Recht lebhaft vertreten worden, obwohl die Erörterung darum zunächst ja noch akademisch ist. Der Landtag hat diesen Wunsch ausgesprochen, dessen Erfüllung darnach durch die Erklärung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 21. Februar

freilich einigermaßen eingeschränkt worden ist. So richtig die Feststellung dieses offiziellen Artikels war, daß zunächst als einziges Kriegsziel nur die Niederlage der Feinde bezeichnet werden kann, so war dies an der ersten Stelle der Äußerung doch mißverständlich ausgedrückt. Man hebt mit Recht hervor, daß nach der völligen Niederlage der Feinde, so wie sie der Reichskanzler als nötig bezeichnet hat, für eine Erörterung der Kriegsziele und der Friedensbedingungen in der öffentlichen Meinung kein Raum mehr ist. Denn dann ist es einfach zu spät dazu. Der Termin, zu dem die Erörterung freigegeben werden muß, ist schärfer und klarer so zu bezeichnen, daß er eintritt, wenn der Fortgang der militärischen Ereignisse die Entscheidung bestimmt absehen läßt. Wir wissen alle ganz genau, was wir darunter verstehen, und brauchen uns deshalb an dieser trotzdem noch allgemein bleibenden Fassung des Termins nicht zu stoßen. Ferner aber engt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung den Gegenstand der Diskussion, deren Eröffnung jetzt von allen Seiten gefordert wird, ein. Es dreht sich gar nicht nur um die Friedensbedingungen im einzelnen, worunter allerdings die landläufige öffentliche Meinung die territorialen Veränderungen, zu denen dieser Krieg führen kann, in erster Linie verstehen wird; dazu haben wir schon vor 14 Tagen unsre Meinung gesagt und halten sie aufrecht. Bei der Erörterung, die bei uns gewünscht wird, handelt es sich um die allgemeine Erfassung des oder der Kriegsziele und die politische Beurteilung des Krieges überhaupt. Diese kann aber nicht erst einsetzen, wenn wir in diesem notgedrungenen Kampfe nach den Worten der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung mit der Abwehr unsrer Feinde am glücklichen Ende sind. Der Krieg ist, von Deutschland ohne Kriegsziele begonnen worden, er wurde uns als ein reiner Verteidigungskrieg aufgedrängt und wurde als solcher geführt. Sobald diese Verteidigung durch die gewaltige Leistungsfähigkeit unsrer Heerführung und unsrer Truppen über die Grenzen hinausgetragen wurde, beginnt sofort die Erwägung über die politische Bewertung des Ringens. Diese bewegt heute, unklar oder klarer, bewußt oder instinktiv, jedermann im Volke, sowohl die Truppen draußen im Felde wie das Volk daheim. Bleibt diese Erwägung auf das Gespräch von Mann zu Mann beschränkt, wird ein Teil des Volkes durch das Schweigegebot geradezu veranlaßt, sich überhaupt keine Gedanken über diese zentralen Fragen zu machen, so wird ganz bestimmt nicht der Volkswille herauskommen, auf den die Regierung gestützt sein muß. Wie sollen auch nur die positiven Unterlagen für die Urteile und Wünsche, die sich jetzt doch schon bilden, gewonnen werden, wenn sie nicht in der öffentlichen Erörterung ausgesprochen, unsertwegen auch umkämpft werden? Wir haben der Welt die Geschlossenheit und Einigkeit unsres Willens zum Siege deutlich genug gezeigt, als daß wir zu befürchten brauchten, unsre Gegner würden daraus Kapital schlagen, wenn in diesen Auseinandersetzungen auch Gegen-

sätze zutage treten, die sowieso da sind und über deren Vorhandensein sich niemand täuscht. Es handelt sich dabei also nicht oder erst in zweiter Linie um die Frage der territorialen Neugestaltung; diese hängt wesentlich und entscheidend von den Forderungen und Programmen der militärischen Kreise ab, die sich darüber heute noch gar nicht äußern können. Wohl aber kann die Auseinandersetzung über die ganze politische Anlage des Krieges und die Beziehungen der großen Staaten nach dem Kriege zueinander, auch wenn sie vielleicht in manchem der Regierung unbequem wird, nicht mehr lange hintangehalten werden. Wir wollen uns doch der Wirkung dieser harten und großen politischen Schule, in die uns alle mit unsern politischen Vorstellungen dieser Krieg nimmt, nicht mit Gewalt berauben. Das Fell des Bären haben wir nicht vor der Zeit zu verteilen; in dieser Beziehung wird die Presse ihr Verantwortlichkeitsgefühl beweisen müssen, auch bleibt das Recht der Zensur, das notwendig ist, darin ja unbestritten. Aber nur wenn in dieser Beschränkung und im Gefühl dieser Verantwortung frei über das Kriegsziel und die politische Wertung des Krieges überhaupt gesprochen werden kann, wird sich eine öffentliche Meinung bilden lassen, die der Regierung späterhin wirklich eine Stütze ist. Es ist dieser auch unbenommen, ist im Gegenteil ihre Pflicht, in solchen Erörterungen führend voranzugehen. Nur dann ist es möglich, falsche Vorstellungen zu bekämpfen, die sich so, wie sie heute umgehen, leicht in gefährlicher Weise festsetzen. Dahin rechnen wir z. B. Versuche, auch heute noch die Schuld Englands am Kriege abzuschwächen, gegen die eine Erklärung der Hamburger Ortsgruppe des Alldeutschen Verbandes sich ebenso wendet wie ein ausgezeichneter Artikel der Nationalliberalen Korrespondenz (in der Kreuz-Zeitung, 21. Februar, abgedruckt), dem wir durchaus zustimmen. Sehr glücklich ist dort am Schlusse diese ganze Hauptfrage, die für die Bildung unsres politischen Urteils mit die wesentlichste ist, so zusammengefaßt: „Die Brandfackel, die Rußland schließlich in die Welt geschleudert hat, ist ihm in die Hand gedrückt worden durch Herrn Delcassé; das Brennmaterial aber war vorher sorgsam angesammelt worden durch die englische Politik." Das ist historisch richtiger ausgedrückt, als die mißverständliche Formulierung, die die vortreffliche Zusammenstellung Karl Helfferichs über die Entstehung des Weltkrieges gegeben hat, nämlich daß Rußland der Brandstifter und England und Frankreich nur die Mitschuldigen seien. Die Hauptsache dieses Weltkrieges und seiner Vorbereitung ist und bleibt das Verhältnis und der Gegensatz zwischen Deutschland und England. Dafür haben wir eben wieder in den letzten Tagen aus der Weißbuchmitteilung über den Appell Poincarés an König Georg am 31. Juli 1914 einen erneuten schlagenden Beweis erhalten.

16.

(Der Kampf an den Dardanellen — Die Türkei — Der ferne Osten. — Reuter)

3. März 1915

Seit dem 25. Februar werden nach einem Vorspiele am 19. und 20. die Dardanellen von einer kombinierten englisch-französischen Flotte, die aus acht bis zehn Panzern unter dem Befehl des englischen Vizeadmirals S. H. Carden steht, beschossen. Gleich nach Eintritt der Türkei in den Krieg im Anfang November wurde ein solcher Angriff versucht; seitdem war eine völlige Pause eingetreten. Wenn die Forcierung der Dardanellen jetzt wieder begonnen wird, so ist das natürlich kein Zufall. Tritt das Ziel der neuen großen Hindenburgschen Kampfesanlage, die Erreichung der Linie Narew—Weichsel—San und die Räumung Galiziens, immer greifbarer hervor, so entspricht dem bei unsern Gegnern nunmehr ein Plan, in dem der Flotte eine entscheidende Stelle zugewiesen wird. Wir wissen schon, welche unangenehmen Begleiterscheinungen für Rußland die durch die Türkei bewirkte völlige Schließung der Meerengen gezeitigt hat. Diese Sperre zu brechen, erscheint den Verbündeten schon um der finanziellen Lage Rußlands willen als dringend notwendig. Noch wichtiger ist ihnen aber der durch einen erhofften Sieg an dieser Stelle bewirkte Druck auf Rumänien und Bulgarien zugunsten Serbiens und ein Sieg in Ungarn, den sie durch die Dardanellen hindurch erfechten möchten, weil sie immer noch nicht von dem Glauben abkommen, hier liege ein besonders schwacher Punkt unsrer Aufstellung im Osten.

Seit einem Jahrhundert sind die Dardanellen nicht angegriffen worden. 1807 hat der englische Admiral Duckworth versucht, sie zu forcieren, doch ohne Erfolg, obwohl damals die Meerengen fast unbefestigt waren. 1853 hat eine englische Flotte vorübergehend in der Besika-Bai am Südausgange der Dardanellen Anker geworfen, der Basis, von der überhaupt die Bedrohung der wichtigen Meeresstraße in den Wechselfällen der orientalischen Frage immer wieder ausgehen wollte. Als 1878 die englisch-russische Krisis auf ihrem Höhepunkte war, ist ein englisches Geschwader unter dem Admiral Hornby durch die Straße gefahren. Damals kam aber England nicht als Feind, sondern stand bekanntlich auf Seite der Türkei gegen die russischen Eroberungspläne, die danach auf dem Berliner Kongreß gebrochen wurden. Aber obwohl England damals nicht Feind war, ist die Durchfahrt als schwierig empfunden worden; die Biographie Hornbys beschreibt anschaulich die Beklemmung des englischen Admirals, in der er diese Bewegung vornahm, bei der übrigens nicht ein Schuß abgefeuert worden ist. Seitdem aber ist die Dardanellenstraße am Eingange vom Ägäischen Meere (da liegen die jetzt viel genannten Kum Kale und

Seddil Bahr) und am Ende des ersten Drittels, der Stelle, wo Leander und Lord Byron die Enge durchschwammen, also an der schmalsten Stelle, auf das stärkste befestigt worden. Zu modernen Forts und moderner Strandartillerie ist noch ein sehr gefährliches Minenfeld getreten. Daher äußert der Militärkritiker der Times, der bekannte Oberst Repington, selbst, daß eine erfolgreiche Forcierung nur möglich ist, wenn die angreifende Flotte von einer Landarmee von wenigstens 200 000 Mann unterstützt würde. Auch wenn es gelänge, die Eingangsforts wirklich zu zerstören, würde das noch nichts bedeuten, da die Schwierigkeiten erst nach der Einfahrt mit der Beschießung durch die Küstenbatterien und dem Minenfelde beginnen.

Obwohl die Stimmung in England in bezug auf den militärischen Erfolg alles andre als zuversichtlich ist, wird die politische Seite des Unternehmens schon erörtert, weil sie nun nicht mehr umgangen werden kann. Endlich hat sich auch die Regierung in Sir Edward Grey dazu verstanden, sich auf das bestimmte Programm Ssasonows zu äußern. Grey hat das aber in so allgemeinen Wendungen getan, die alles Wesentliche auf die Friedensverhandlungen schoben, daß das Rußland nicht befriedigen kann. Gleichzeitig macht der Economist Rußland mit folgenden verdrießlichen Worten auf sein Verhältnis zu England aufmerksam: „Wenn ein Finanzgeschäft (gemeint ist die Finanzentente) wirklich nötig ist, so haben wir es vom englischen Standpunkt aus zu kritisieren. Wir würden es für eine völlig einleuchtende Antwort halten, Rußland zu sagen, daß das ein Krieg ist, von dem Rußland viel und England wenig zu erwarten hat. Nach dem Prinzip des Pfeifers und seiner Melodie müssen solche Arrangements den englischen Einfluß steigern in bezug auf Fragen wie die Autonomie der kleinen Nationalitäten, die Zukunft Persiens, Konstantinopels und Kleinasiens und andere Fragen von Lebensinteresse für Handel und Sicherheit des ganzen britischen Reiches." Wir können uns nicht denken, daß diese kritische Stimmung gegenüber der politischen Seite die militärischen Operationen gegen die Türkei gerade beflügeln wird.

Man ist daher naiv genug, das von der andern Seite her zu versuchen, indem man (nach einer Mitteilung des Corriere della Sera) die Möglichkeit erörtert, einen Sonderfrieden mit der Türkei abzuschließen. Welch eine sonderbare Wendung! Als im November die Türkei den Krieg erklärte, hatte sie damit nach Behauptung der russischen und englischen Presse ihr eigenes Todesurteil unterschrieben. Nach vier Monaten denken diese Mächte aber schon daran, ihr einen Sonderfrieden anzubieten. Die Türkei kann mit Recht mit dieser unfreiwilligen Anerkennung ihrer militärischen Kraft, über die wir uns natürlich ganz besonders freuen, zufrieden sein. Von irgend welcher Bedeutung ist diese erste Anregung nicht, höchstens insofern, als sie zeigt, welche

schwierige Lage für die Verbündeten durch den Schluß der Dardanellen entstanden ist und welche noch schwierigere Lage entstehen würde, wenn die Verbündeten an die Liquidation der Türkei gehen könnten. Zu diesem macchiavellistischen Versuche Englands, die Türkei aus dem Gegenbunde zu lösen, damit die Durchfahrt für den russischen Weizen frei zu machen, und zugleich die politische Exekution selber gegen Rußland in die Hand zu nehmen, ist es leider zu spät, wenn es auch ein Geschäft recht nach dem Herzen der englischen Politiker gewesen wäre.

Die militärische Betrachtung des Angriffes auf die Dardanellen unterstreicht weiter, von welcher Bedeutung die neutrale Haltung vor allem Bulgariens ist. Stünde dieses auf seiten der Verbündeten, so würde die Landung als Ergänzung des Seemanövers leicht sein. Aber Bulgarien hält an seinem eigenen wohlverstandenen Interesse fest, wie auch in Rumänien nach wie vor trotz aller Schwierigkeiten der Agitation die Anhänger der Neutralität das Heft in der Hand zu behalten scheinen.

Der andere Schauplatz, auf dem die Türkei kämpft, liegt im türkischen und russischen Armenien, dessen Schicksal in der russischen Presse schon seit Monaten lebhaft erörtert wird. Besonders der Kadettenführer Miljukow tritt für ein Größer-Armenien einschließlich Ciliciens und mit dem Golfe von Alexandrette ein, dessen Gestaltung von anderer Seite lebhaft bestritten wird. Das sind Zukunftshoffnungen, die nur den Wert haben, zu zeigen, wie weit die russischen Wünsche in dieser Richtung gehen. Inwieweit sie einen Widerhall im armenischen Volke finden, ist von hier aus gar nicht zu erkennen. Es fechten auf der russischen Seite anscheinend armenische Freiwillige, für die in England lebhaft gesammelt wird, und es trägt die Politik des geistlichen Oberhaupts aller Armenier, des Katholikos Kework V., jetzt ihre Früchte. Diesem Kirchenfürsten, der seit 1911 amtiert, ist es gelungen, in gute Beziehungen zu dem heutigen Generalgouverneur des Kaukasus, Grafen Woronzow-Daschkow zu kommen, der seinerseits auch den Wunsch hatte, liberaler und friedlicher zu regieren als sein Vorgänger Fürst Galitzyn. Denn dieser hatte mit seiner schroff antiarmenischen Politik nicht zum geringsten den Ausbruch der Revolution im Kaukasus 1905 verschuldet. Der jetzige Statthalter hat es nicht ganz leicht gehabt, sich gegen den Vorwurf zu großer Schlaffheit gegen die Armenier zu verteidigen, behauptet aber seine Politik weiter und erfreut sich der Unterstützung des Katholikos, der das Haupt der ganzen armenischen Kirche, auch außerhalb der russischen Grenzen, ist und daher einen sehr starken Einfluß genießt. Dessen politische Wünsche gehen auf ein autonomes Größer-Armenien bis an das Mittelmeer unter dem Schutze Rußlands und unter einem Statthalter, wie es Graf Woronzow ist,und die russischen Zeitungen scheinen diesen Plänen sympathisch gegenüber zu stehen. Dagegen ist der Katholikos der Zu-

stimmung des armenischen Volkes im ganzen nicht sicher. Hier wird vielmehr in den türkenfeindlichen Kreisen die Idee vertreten, dieses Größer-Armenien, das man gleichfalls anstrebt, unter das gemeinsame Protektorat von Rußland, Frankreich und England zu stellen, wobei Rußland seine besondere Einflußsphäre in den Gegenden an seinen Grenzen und England und Frankreich in den armenischen Gebieten an der Grenze von Mesopotamien und des Mittelmeeres haben sollten. Es ist gut, auch dergleichen etwas entlegene politische Ideen sich schon vor Augen zu halten.

Sie berühren zugleich, da ein guter Teil der Armenier in Persien wohnt, die Gestaltung dieses Landes, das auch in den Krieg hereingezogen ist, so sehr es selbst wünschen mußte, neutral zu bleiben. Ssasonow hat behauptet, deutsche Umtriebe unter den Kurden in der Nordprovinz Aserbeidschan hätten unter Verletzung der persischen Neutralität die türkischen Truppen in das Land gezogen, das so zu einem Teile des russisch-türkischen Kriegsschauplatzes geworden sei. Wir entnehmen einer Teheraner Korrespondenz des Manchester Guardian, also eines Rußland verbündeten Blattes, mit Vergnügen den Beweis dafür, daß das Gegenteil richtig ist. Denn Aserbeidschan ist zum Kriegstheater geworden, weil Rußland seine Truppen dort zurückhielt und sein Generalkonsul in Täbris, Herr Orlow, den persischen Prinzen Shuja ed Dowleh lokale Revolten gegen die Türken und die Grenzkurden vornehmen ließ. Der englische Gesandte in Teheran, Sir Walter Townley, suchte auf alle Weise den Süden und die Mitte des Landes von diesen Verwicklungen fernzuhalten, begegnete aber der bewußt entgegengesetzten Politik seines russischen Kollegen in Teheran, des Herrn Korostowetz, der den etwas bekannteren Herrn Poklewsky Koziel abgelöst hat. Der russische Diplomat brachte es dahin, daß Schweden seine Gendarmerieoffiziere in Persien zurückzog und dadurch das ganze Land wieder der größten Unordnung ausgeliefert ist, während es für die Türken notwendig und gerechtfertigt war, hierhin ihren Feldzug auszudehnen, der sie schon bis zur Besetzung von Täbris geführt hat. England ist mithin in Persien in einer sehr unangenehmen Lage. Es will versuchen, Schweden zur Zurücknahme seines Entschlusses zu bewegen, wozu gar keine Aussicht ist, und Rußland zur Zurückziehung seiner Truppen aus Aserbeidschan, was inzwischen bereits geschehen ist, allerdings nicht freiwillig, sondern indem die Truppen von den Türken hinausgeworfen wurden. Die große strategische Bedeutung der Besetzung von Aserbeidschan durch die Türken wird auch in England durchaus anerkannt. Was soll man aber machen? Eine starke Landungsarmee hinzusenden, bleibt das einzige Hilfsmittel. Ob man das kann, ist nicht so sicher, wie sicher ist, daß eine militärische Aktion Englands in Persien den im Abkommen von 1907 nur mühsam verklebten Gegensatz zu Rußland sofort auf das stärkste wieder wachruft. Man kann eben so elementare Gegensätze,

wie sie zwischen England und Rußland in Persien und im Zugang zum Persischen Golf bestehen, zwar vorübergehend verschleiern und in den Hintergrund schieben, aber nicht lösen, da in dem Lande die beiden Großmächte nicht zugleich Herren sein können.

So haben wir in diesen Verwicklungen zunächst eine mittelbare Hilfe, die noch stärker werden kann, wenn der Heilige Krieg über das persische Land hin sich verbreitet und die persischen Staatsmänner die Bedeutung der Stunde wirklich erkennen. Noch ist ungewiß, wie sich die Dinge entwickeln, ebenso wissen wir noch nicht, wie die Wirkungen des Krieges auf Indien heute schon sind. Dagegen sind sie jetzt in Ostasien allerdings sehr deutlich geworden. Wir wollen zunächst das Material darüber zusammenstellen, das in einwandfreiem Wortlaut, zur lebhaftesten Beschwerde der englischen Öffentlichkeit, noch nicht vorliegt. Am 18. Januar hat Japan eine Reihe von Forderungen an China gerichtet, die es zugleich an England, Frankreich, Rußland und die Vereinigten Staaten mitgeteilt hat. Der Inhalt liegt vorläufig nur in einem Pekinger Telegramm der Times vom 12. Februar vor, ergänzt durch ein Pekinger Telegramm der amerikanischen Associated Preß. Danach sind 21 Forderungen Japans an China gestellt worden, von denen elf, nachdem der Minister des Auswärtigen in Peking zehn als unannehmbar abgelehnt hatte, von Japan den Vertretern der genannten vier Mächte mitgeteilt wurden. Der Umkreis der japanischen Wünsche ist folgender: Kein Teil der chinesischen Küste und keine Insel Chinas darf einer fremden Macht abgetreten oder verpachtet werden. In der Ostmongolei dürfen keine Eisenbahnen ohne Zustimmung Japans gebaut werden, dem die Bergwerkskonzessionen dort ausschließlich zustehen. Die Pachtfrist für Port Arthur und die Konzessionen für den Bau der Bahn Mukden-Schantung und Kirin—Tschangtschung werden auf 99 Jahre verlängert. Japan erhält das Recht, in der Ostmongolei und in der Südmandschurei Land zu erwerben. Es erhält die deutschen Privilegien in Schantung und eine Eisenbahnkonzession von Tschifu nach Weihsien. Ohne seine Zustimmung dürfen Bergwerks- und Eisenbahnkonzessionen in Fukien (der Provinz gegenüber Formosa, aus der der größte Teil der Teeausfuhr nach England kommt) nicht gewährt werden. Es verlangt die gemeinsame Kontrolle mit China über die Minen von Hanjang (die zu den reichsten Minen der Welt gehören) und über die Kohlenzechen von Pingsiang, das im Jangtsetal liegt. China engagiert Fremde als politische, finanzielle und militärische Berater nur unter Bevorzugung von Japan, kauft die Hälfte der Munition und der Waffen, deren es künftig bedarf, von ihm und gestattet Japan dieselben Rechte wie andern Nationen für die Errichtung von Missionsstationen, Schulen und Kirchen; Japan erhält damit das Recht, für den Buddhismus Propaganda zu machen.

Mögen diese Forderungen auch nur zum Teile authentisch sein, sie streben, wie man ganz gut gesagt hat, eine Koreanisierung des nördlichen Chinas an und zeigen, daß Japan jetzt auch nach dem Süden Chinas seine Hand ausstreckt. Auch scheint kein Zweifel zu sein, daß es entschlossen ist, gegebenenfalls mit Waffengewalt seine Wünsche durchzusetzen, da die Mobilmachung schon seit langem im Gange ist. Man rechnet, daß Japan etwa 760 000 Mann Kampfheer, eine Million Reserveformationen und den Rest als Landwehr und Landsturm aufstellen kann, so daß rund zwei Millionen Mann herauskommen. Daß China einer solchen Macht gewachsen sein würde, ist durchaus unwahrscheinlich, zumal Japan nach Durchführung des Feldzuges gegen Deutschland schon auf chinesischem Boden steht und den größten Teil seiner Kriegsflotte im Gelben Meer versammelt hat. Wenn es auch noch nicht möglich ist, ein begründetes Urteil über den hier heraufziehenden welthistorischen Konflikt abzugeben, so ist die Stellung der heute kriegführenden Mächte dazu leicht zu charakterisieren.

Uns und unsre Verbündeten berühren diese Kämpfe weniger; nach den Entscheidungen des Krieges werden sich im Frieden auch unsre ostasiatischen Ansprüche gestalten. Dagegen sind unsre Gegner ganz und gar nicht „desinteressiert". Frankreich sieht seine Hoffnungen auf japanische Hilfe endgültig schwinden und muß sich immer mehr schon darauf einrichten, daß der japanische Ehrgeiz auch sein Gebiet Indochina berührt. Für Rußland hören die Waffenlieferungen, die es namentlich in schwerem Geschütz aus Japan bezogen hat, auf. Im übrigen hat aber Rußland auch während des Krieges gesorgt, daß es derartige Verwicklungen, die vorauszusehen waren, nicht unvorbereitet treffen. Wir finden erst jetzt in der deutschen Presse die Mitteilung von jenem neuen Vertrage von Kjachta vom 17./30. September, den wir in der Kreuz-Zeitung schon am 25. November nach den authentischen Mitteilungen der russischen Presse erörtert haben. Dieser sichert Rußland die äußere Mongolei und schließt diese an die sibirischen Bahnen an. Mit Japan aber ist eine Ordnung schon in dem Mandschureiabkommen vom 4. Juni 1910 getroffen, in dem die beiden im nördlichen Ostasien rivalisierenden Mächte sich genügend verständigt haben, so daß ein Zusammenstoß schwerlich zu erwarten ist. Daher hat auch Ssasonow, der natürlich über die japanischen Wünsche an China orientiert war, in der Duma gesagt, daß die Forderungen Japans an China nichts enthalten, was den russischen Interessen widerspricht. Ob das im einzelnen völlig zutrifft, ist, da eben der authentische Wortlaut der Forderungen nicht vorliegt, nicht zu sagen. Stärker aber werden durch diese Wendung die Vereinigten Staaten betroffen, deren chinesischer Politik die japanischen Wünsche direkt in das Gesicht schlagen. Die Vereinigten Staaten sind jetzt die ersten dazu, zu verhindern, daß die „offene Tür" in China so durch Japan

zugeschlagen werde. Ob es richtig ist, daß bereits zwei Geschwader ihrer Flotte nach dem Stillen Ozean abgelaufen sind, bleibe dahingestellt. Entziehen können sich die Vereinigten Staaten den hier sich anbahnenden Umwälzungen in keiner Weise. Freilich sind sie darauf nicht gerüstet und durch die anglophile Haltung eines Teiles ihrer Bevölkerung in einer schwierigen Lage. Ohne viele Worte ist aber klar, daß der sich so vorbereitende Konflikt, der nun schneller zu kommen scheint, als man dachte, auf die Haltung der Vereinigten Staaten zu dem deutschen Unterseebootskriege gegen England zurückwirken muß. Man kann in Nordamerika nicht mehr, wie man es bisher getan hat, nur auf Europa blicken mit der stillen Hoffnung, jetzt an den Waffenlieferungen viel zu verdienen und nachher der gegebene Vermittler zu sein. Jetzt wird man selbst in einer Weise engagiert, deren Folgen noch gar nicht abzusehen sind.

Aber am meisten wird doch von der Art, wie Japan den Weltkrieg für sich rücksichtslos benutzt, England getroffen. Das englisch-japanische Bündnis wird damit eigentlich schon zerrissen. Denn in ihm steht ausdrücklich und wörtlich, daß der Zweck des Bündnisses sei, „die Unabhängigkeit und Integrität des Chinesischen Reiches und den Grundsatz der Gleichberechtigung für Handel und Industrie aller Nationen in China zu sichern". Japan wird auch wissen, warum es den offiziellen Text seiner Forderungen an China in England nicht veröffentlicht, weil das dort die öffentliche Meinung, so sehr sie jetzt mit dem Kampfe gegen Deutschland beschäftigt ist, aufrühren würde. Noch peinlicher ist, daß Japan mit seinem Anspruch auf Fukien, das von Hongkong nicht sehr weit entfernt ist, und im Jangtsetal in Interessen eingreift, deren Sphäre sich England, wie bekannt, ausschließlich vorbehalten wollte. Soweit sich die englische Presse mit der Frage beschäftigt, gibt sie unumwunden zu, daß die englischen Sympathieerklärungen für China so formell und die englischen Interessen im Jangtsetal so mächtig, ein so lange verfolgtes Lieblingsziel der englischen Politik sind, daß der Standpunkt Englands zu diesem Konflikt gegeben ist. Aber wie will man ihn geltend machen? Von sich aus wird China nicht in der Lage sein, die japanischen Forderungen abzuwehren. Wie soll ihm England gegen den eigenen Verbündeten helfen? Seine einzige Hoffnung kann nur sein, daß Japan nicht die finanzielle Kraft hat, einen solchen Krieg zu führen, da seine eigenen Finanzen die Anspannung von 1904 immer noch nicht überwunden haben und sonst auf der ganzen Welt heute kein Geldmarkt zu finden ist, der ihm eine Anleihe gewährt.

Es ist nicht vermessen, heute schon zu sagen, daß England vor einem völligen Zusammenbruch seiner ostasiatischen Politik, an der zugleich seine Stellung in der Südsee hängt, steht und daß es diesen durch seine eigene Schuld herbeigeführt hat, durch jene überschlaue Politik, die das Bündnis mit Japan von

1902 schloß und sich nicht scheute, die Japaner in den europäischen Krieg hereinzuziehen. Seine Staatsmänner werden selber nicht geglaubt haben, daß sich diese Politik so schnell und so schwer rächen würde. Aber sie haben mit eigenen Händen das Grab der englischen Größe in Ostasien und in der Südsee gegraben, in der England heute schon sich nur noch durch die Gnade seines Verbündeten hält. Welche Rückwirkung das auf die Stellung Australiens zum Reiche haben muß, liegt auf der Hand. Die englische Politik hat es, indem sie sich so ausschließlich auf die Niederwerfung Deutschlands einstellte, so gewollt, daß uns heute diese Verwicklungen im fernen Osten ein Bundesgenosse sind. —

Am 20. Februar hat das Reutersche Bureau, dessen Name heute auch jedem Deutschen unangenehm bekannt ist, sein 50jähriges Jubiläum begangen. Diese von Reuter selbst mit Stolz verbreitete Nachricht ist insofern falsch, als das Bureau 1849 begründet wurde. Weniger bekannt ist, daß diese gewaltige Waffe der englischen Weltmachtstellung von einem Deutschen begründet wurde, von dem aus Kassel stammenden Paul Julius Reuter, den 1870 der Herzog von Koburg in den Freiherrnstand erhob. Erst 1851 hat Reuter dieses erste Vermittlungsbureau von Depeschen für Zeitungen und Bankgeschäfte nach London verlegt und ihm dort die große Ausdehnung gegeben, die im Zusammenhange mit dem englischen Weltkabelmonopol das Nachrichtenwesen der Welt zu einem erheblichen Teile für England beherrscht oder zum mindesten färbt. Heute wird es von dem Sohne des deutschen Begründers geleitet, der sich natürlich Baron de Reuter nennt. Seit Ausbruch des Krieges gehört es zu unsern erbittertsten Gegnern, wir haben seine Wirksamkeit vor allem in den ersten Wochen namentlich in Amerika deutlich genug verspürt. Eine der Folgen des Krieges muß es ja sein, daß wir mit dem Nachrichtenwesen unsrer Zeitungen von dieser Quelle unabhängig werden. Ein Vorbild kann sie uns dabei immerhin sein, nicht als Lügenfabrik, wohl aber in der geschickten und rücksichtslosen geschäftlichen Anlage, die an allen Punkten der Welt ihre Verbindungen besitzt und so England in diesem Weltkampfe einen unermeßlichen Dienst leistet.

17.

(Mittelmeer, Balkan und Dardanellen)

10. März 1915

Langsam rollt die Welle des großen Weltgeschehens, das wir erleben, zu ihrem Ausgange zurück. An einer Sonderfrage der Balkangegensätze kam dieser Krieg zum Ausbruch, an ihr hat er die viel größeren Gegensätze der Weltmächte zum Ringen gegeneinander entzündet, und nun heißt es von ihm wieder, wie in einem der tiefsinnigsten Kapitel aus Machiavellis Buch vom „Fürsten“:

Ritornare al Segno! Es zeugt für die Bedeutung Italiens, daß dieses »Segno« jetzt steht über den Entschlüssen seiner Politik. Erst jetzt kommt die Bedeutung der Ereignisse, aus denen 1870 unter dem Donner der deutschen Kanonen vor Sedan das geeinte Italien hervorging, zu ihrer vollen politischen Wucht. Jetzt zieht dieser neu geeinte Großstaat alle Folgen aus seiner unvergleichlichen geographischen Lage im Mittelmeer, die ihm zugleich auch die schwerste Verantwortung auferlegt. Die Welt hält den Atem an vor den Entscheidungen, die sich vorbereiten und die nach menschlichem Ermessen außerordentlich in den heutigen Krieg eingreifen müssen. Wir versuchen es, indem wir uns zur Objektivität zwingen, ohne es ganz zu können, noch einmal, ein Gesamtbild der großen Fragen und Gegensätze zu zeichnen, die so verwirrend durcheinandergehen, die einander so stark bestimmen, daß heute sicherlich die Fürsten und die Staatsmänner der Mittelmeer- und Balkanstaaten, von deren Entschlüssen so viel abhängt, die Situation schon fatalistisch betrachten. Denn wirklich meistern kann sie heute keiner von ihnen mehr allein.

Es ist die von rund vierzig englischen und französischen Kriegsschiffen fortgesetzte Beschießung der Dardanellen, die den Mittelmeerstaaten anzeigen soll, daß eine neue Stunde in der Machtverteilung auf und an diesem Meere geschlagen hat. Wie stellt sich Italien dazu? Seine militärische Rüstung steht nach allem, was man hört, vor dem Abschluß. Andrerseits gilt aber noch der Satz seines Ministerpräsidenten vom 3. Dezember, den wir wegen seiner historischen Bedeutung wiederholen: „Italien besitzt in den Ländern und Meeren des alten Erdteils, dessen politische Gestaltung vielleicht im Begriffe ist, sich zu verändern, vitale Interessen, die es zu schützen, und gerechte Ansprüche, die es zu bekräftigen hat. Es muß seine Stellung als Großmacht behaupten und sie nicht nur unversehrt erhalten, sondern auch so, daß sie nicht durch die möglichen Vergrößerungen andrer Staaten relativ gemindert wird.“ Der energische Minister, der diesen Satz sprach, hat bisher sein Land mit großem Geschick durch eine kritische Zeit gesteuert, wie sie noch kein italienisches Ministerium erlebt hat. War doch sein Land, als der Weltkrieg ausbrach, darauf weder finanziell noch militärisch vorbereitet. Er fand jene Formel der Neutralität, die er sich jetzt langsam zu verlassen anschickt.

Erklärlicherweise wächst darum der Druck des Dreiverbandes auf ihn von Tag zu Tag. Der englische Botschafter hat ihm bereits die Absichten seiner Machtgruppe auseinandergesetzt für den Fall, daß die Forcierung der Dardanellen gelinge, und versprochen, daß Italiens Interessen dabei nicht verletzt werden würden. Die Antwort Italiens darauf ist nicht bekannt geworden. Rußland andrerseits hat, während die Vertreter des Dreiverbandes am Vatikan dessen Stellung zu beeinflussen suchen, seinen Botschafter gewechselt:

an Stelle von A. S. Krupenski, der in seiner grobschlächtigen Art die Hoffnungen des Dreiverbandes auf Italien bisher enttäuscht hat, tritt M. N. v. Giers, der bis zum Kriegsausbruche russischer Botschafter in Konstantinopel war. Ihnen allen steht gegenüber der beste Staatsmann, über den das Deutsche Reich verfügt, Bernhard v. Bülow, der mit seinem österreichischen Kollegen Baron Macchio in diesem diplomatischen Ringen eng zusammen arbeitet.

In diesem Kampfe können die Vertreter unsrer Feinde sich allerdings auf eine starke Volksstimmung, in der anscheinend der Entschluß zum Kriege immer stärker wird, stützen. Vor allem führt darin das überhaupt bedeutendste Blatt Italiens, der Corriere della Sera in Mailand, der in seinem ununterbrochenen Feldzuge gegen Deutschland und Österreich Norditalien völlig gegen uns beeinflußt hat. Aber sieht man in alle diese Preßstimmen, die unsre Zeitungen, manchmal recht wahllos, veröffentlichen, herein, so werden sie doch in der Hauptsache von Stimmungen diktiert, denen der fähigste Staatsmann des heutigen Italiens, Giolitti, Anfang Februar den Satz entgegengehalten hat, daß „für eine Sentimentalität (d. h. für die Volksgemeinschaft zwischen Franzosen und Italienern) wohl der einzelne sein Leben opfern könne, aber nicht eine ganze Nation". Wohin wird diese aber von ihren realen Interessen gewiesen?

Fragt man die italienischen Blätter danach, so scheint es, als seien diese nur nach Norden und gegen Österreich-Ungarn gerichtet, an das große Teile der italienischen öffentlichen Meinung die bekannten Forderungen erheben. Man glaubt heute in Italien, auf Grund des § 7 des Vertrages zwischen Österreich-Ungarn und Italien und der Erklärung Giolittis über die Verhandlungen vom August 1913, nicht mehr durch den Dreibundvertrag gebunden zu sein, und hält sich in seinen Entschließungen ganz frei, was natürlich einschlösse, daß auch Österreich-Ungarn in seinen Entschließungen zu dieser Frage ganz frei ist. Ihr kann durch öffentliche Erörterung heute mehr Schaden als Nutzen gebracht werden. Nur das eine sei hervorgehoben, daß die italienischen Presseerörterungen darin von einer seltsamen Einseitigkeit sind. Nur ausnahmsweise, wie in einem Leitartikel der Mailänder Perseveranza, findet man einmal einen Hinweis darauf, wo die für die Zukunft Italiens wirklich entscheidenden Stellen liegen. Niemand in Europa, weder wir noch unsre Feinde, bestreiten Italien, daß eine eventuelle Neugruppierung des Gleichgewichts im Mittelmeere nicht ohne Veränderung seiner politischen Geographie, nicht ohne Erweiterung seiner Machtstellung vor sich gehen kann und wird. Aber ebensowenig zweifelt jemand daran, wenn es auch die Dreiverbandpresse nicht so deutlich ausdrückt, daß für Italien die wesentlichen Interessen dafür nicht im Norden, sondern in den Mittelmeerfragen liegen. Dagegen verschließt ein großer Teil seiner

öffentlichen Meinung absichtlich die Augen, obwohl doch selbst der wildeste Irredentist zugestehen muß, daß unendlich viel wichtiger als das Trentino für Italiens Zukunft sind: Mittelmeer, Tunis, Korsika, Malta, Savoyen, Nizza. Aber alle diese Worte wird man jetzt vergeblich in der zum Kriege hetzenden Presse Italiens suchen. Und noch weniger gern läßt es sich an das lapidare Wort erinnern, das einmal Crispi seinen Landsleuten gesagt hat und das stets über allen Forderungen Italiens an unsern Bundesgenossen stehen sollte: „Österreichs Bestehen ist notwendig für das Gleichgewicht Europas."

Für die Naivität, mit der die vielen Italienfahrer aus Deutschland dem heutigen Italien gegenüberstehen, ist nichts bezeichnender als die Verwunderung darüber, was eigentlich Italien auf der Balkanhalbinsel und in der orientalischen Frage zu suchen habe. Dabei hat die Republik Venedig Cypern bis 1571, Kreta bis 1669 besessen. Auch als Italien völlig zerteilt und ohnmächtig dalag, sind diese Beziehungen nach der Levante immer aufrecht erhalten worden, und das neu geeinte Italien hat das stolze Erbe Venedigs im östlichen Mittelmeer mit vollem Bewußtsein angetreten. Daher sein Blick auf Albanien und Valona, daher seine Beteiligung an der kretischen Frage, daher die Beziehungen zu Montenegro, aus dem die Königin Italiens stammt. Man kann hundertmal sagen, die eigentliche Zukunftsrichtung Italiens weise dieses nach Süden, nach dem nördlichen Afrika. Wenn eine Großmacht, wie es Italien immer mehr erstarkend geworden ist, mit dieser Bevölkerungszunahme und mit dieser materiellen Kraft sich stark genug fühlt, nach mehr als einer Richtung auszugreifen, so nützen alle schönen theoretischen Auseinandersetzungen über Berechtigung oder Unrecht nichts. Es entscheidet hier wie überall, ob dieser Staat die Macht hat, nach beiden Seiten hin seine Ansprüche durchzusetzen. Noch steht nicht fest, inwieweit das Italien wird tun können. Aber sicher ist, daß es dabei nicht einmal auf der Balkanhalbinsel auf entgegengesetzte Interessen Österreich-Ungarns und Deutschlands zu stoßen braucht. Wir haben schon öfter betont, daß sich der alte Gegensatz zwischen unsern beiden Bundesgenossen auf dem Westbalkan immer mehr löst; jeder Monat dieses Krieges erweist das aufs neue. Und die italienische Expansion nach Afrika liegt, wie schon Bismarck hervorgehoben und mit Meisterschaft benutzt hat, genau im gleichen Interesse mit uns. Aber nach beiden Seiten stößt Italien an die Interessen des Dreiverbandes. In Afrika sind Frankreich und England seine gegebenen Gegner; weder der Bardovertrag vom 12. Mai 1881 noch das französisch-englische Abkommen vom 21. März 1899 können in Italien heute vergessen sein. Das Mittelmeer ist heute eine englische See, auf der Frankreich gehorsam Vasallendienste tut, und nun soll die Durchfahrt durch die Meerengen gleichfalls dem Dreiverbande zufallen und damit Rußland, dem gegebenen

Gegner auch aller italienischen Balkanpläne, den Zugang in das Mittelmeer eröffnen. Darum ist jetzt eine Schicksalsstunde für Italien, und nicht weniger als alles steht für es auf dem Spiele. Noch hat es in seiner öffentlichen Meinung nicht die neue Orientierung gefunden von einem rein gefühlsmäßigen Irredentismus, der schlechterdings keinen politischen Bedürfnissen dient, hinweg zu einer realpolitischen Richtung, in der seine Mittelmeerinteressen es Frankreich, England und Rußland entgegenstellen. Dabei fällt heute, da die englische Flotte an mindestens zwei Punkten (den Küsten Englands und den Dardanellen) aufs stärkste gebunden ist, jene Rücksicht nicht so stark ins Gewicht, die wir immer anerkannten, daß Italien durch seine schutzlos den englischen Schiffsgeschützen preisgegebene Küste auf freundliche Beziehungen zu England angewiesen sei. Vielleicht rückt heute die Stunde nahe, von der Heinrich v. Treitschke im Juni 1876, als die große orientalische Verwicklung einsetzte, schrieb: „Die Zeit wird und muß kommen, da Gibraltar den Spaniern, Malta den Italienern, Helgoland den Deutschen und das Mittelmeer den Völkern der mediterranischen Lande gehören wird." Voraussetzung dafür aber ist, daß Englands Seeherrschaft gebrochen wird. Gelingt das, so zieht Italien daraus beinahe einen größeren Vorteil als Deutschland selbst, weil jenes niemals wahrhaft Großmacht werden wird, solange die Monopolstellung der englischen Seemacht besteht. Nur eines darf die italienische Politik dabei nicht vergessen, daß zu den „mediterranischen Landen" auch Österreich-Ungarn mit Triest und Fiume gehört, und daß der darin ausgesprochene Anspruch unsres Bundesgenossen sich mit einem Lebensinteresse unsres Reiches deckt.

Machte das in englischer Hand befindliche Malta alles dies Italien eigentlich früher schon jeden Tag deutlich, so wird es jetzt eben durch die Bemühungen Englands um die Sudabai Kretas darauf gestoßen, denen gegenüber sich die italienischen und griechischen Interessen eigentlich decken müßten. England hat sich Cypern formell angegliedert, es hat Ägypten zu seinem Protektorat gemacht und benutzt rücksichtslos griechische Inseln als Stützpunkte für seine Flotte. Nun, da mit der Unternehmung gegen die Dardanellen eine Entscheidung herbeizuführen versucht wird, verlangt man von Griechenland noch mehr. Man fordert gegen das angebliche Versprechen des Wilajets Smyrna eine Landaktion Griechenlands auf Gallipoli, die die englisch-französische Flottenaktion unterstützen soll. Dem Besuche des französischen Generals Pau ist es auch gelungen, auf den Ministerpräsidenten Griechenlands, Venizelos, damit Eindruck zu machen. Aber König Konstantin hat sich dagegen entschieden und seinen Ministerpräsidenten zur Demission veranlaßt. Danach scheint der König an der Neutralität noch festhalten zu wollen, während Venizelos bereits aus ihr heraustreten will, und damit ist auch hier eine hoch-

gespannte Lage entstanden. Der König ist der Feldherr, der die Siege der Balkankriege erfochten hat. Dafür ist sein Ministerpräsident der volkstümlichste Mann im Lande, weil er sich in den Wirren der beiden letzten Balkankriege als der neben König Karl von Rumänien weitaus fähigste Staatsmann bewiesen hat, und weil ihm sein Land den so erfolgreichen Frieden von Bukarest dankt. Noch mehr: Venizelos wird getragen von dem großgriechischen Gedanken, der hinter den vier Millionen Griechen im Königreich die vier Millionen außerhalb sieht und sich zur Expansion auf diese hin stark genug fühlt. Damit sind als Gegner gegeben Serbien, Bulgarien, die Türkei und Rußland, also beide einander entgegengesetzten Mächtegruppen. Mit Serbien verbindet Griechenland bereits ein Bündnis, mit Bulgarien hat es nur zum Teil Reibungsflächen, mit der Türkei steht es in einem unversöhnlichen Gegensatze nur, wenn es in Wiederaufnahme großhellenischer Vergangenheitserinnerungen seinen Blick auf die Küste Kleinasiens richtet. Aber kann es im Ernst daran denken, daß die Frage der Inseln die Türkei schon nicht mehr berührt? Dagegen muß zumal Griechenland, wie die ganze Geschichte der orientalischen Frage zeigt (wir erinnern an jenes griechische Kaisertum, das Katharina für ihren Enkel Konstantin bestimmt hatte), der Todfeind des russischen Panslawismus sein, der sich die Balkanhalbinsel unterwerfen will. Es ist nicht abzusehen, welchen Vorteil Griechenland für sich von einem Siege Rußlands mit Hilfe Englands und Frankreichs in panslawistischem Sinne haben sollte. Dann kehrt ja die Lage wieder, aus der vor bald hundert Jahren die Griechen in ihrem vom Mitgefühl Europas getragenen Freiheitskampfe sich unter vielen Opfern gelöst haben. Die Einsicht in diesen Zusammenhang ist es wohl, die König Konstantin veranlaßt, solange wie möglich die Neutralität festzuhalten.

Längere Zeit haben wir nichts von Kämpfen in Serbien und Montenegro gehört. Aber damit ist der Kriegsschauplatz dort keineswegs in zweite Linie gerückt. Im Gegenteil gewinnt der Feldzug Österreich-Ungarns und Deutschlands hier, gerade je mehr die Gegensätze der orientalischen Frage sich verschärfen, eine immer entscheidendere Bedeutung, wie das jeder Blick auf die Karte, insonderheit auf den Lauf der Donau lehrt. Was später mit Serbien wird, darüber braucht sich noch niemand den Kopf zu zerbrechen. Aber daß es militärisch völlig niedergeworfen werden wird und muß, daran ist kein Zweifel. Wie dann in diesen Kampf die andern Balkanstaaten eingreifen, kann ebenfalls niemand sagen. Das Bündnis zwischen Griechenland und Serbien wurde schon erwähnt; ob es heute noch die Bedeutung hat wie vor dem Kriege, wissen wir nicht. Auch Bulgarien und Rumänien suchen die Entscheidung immer noch hinauszuschieben. Sie haben untereinander Anfang März einen Durchfuhrvertrag geschlossen, in dem die wichtigste Bestimmung

ist, daß die Durchfuhr von Munition und Kriegsmaterial in jeder Form ausdrücklich verboten ist. Aber sie machen sich für alle Möglichkeiten bereit. Die rumänische Regierung hat sich Militärkredite bewilligen lassen, Bulgarien zieht Truppen an der Grenze zusammen und hat sich finanziell durch eine bei deutschen und österreichisch-ungarischen Banken aufgenommene Anleihe von 500 Millionen Franken etwas gekräftigt, die übrigens bei dem gegenwärtigen Zustande des Geldmarktes nicht ausbezahlt werden kann; deshalb werden darauf Vorschüsse gegen Schatzbons gewährt. Inzwischen arbeitet der Dreiverband auch hier mit aller Rücksichtslosigkeit. Der General Pau hat auch Sofia und Bukarest besucht, freilich an beiden Stellen einen nicht übermäßig warmen Empfang gefunden, in Bukarest freundlicher als in Sofia, aber an beiden Stellen hat keine offizielle Persönlichkeit oder gar ein Regierungsmitglied ihn begrüßt. Man wartet und hält sich gerüstet und sucht, aus widerstreitenden Interessen die rechte Stellung zu finden.

Bulgarien und Rumänien gehören an sich in ihren Interessen zusammen. Aber zwischen ihnen steht die Dobrudscha, die im Bukarester Frieden an Rumänien abgetreten werden mußte, ein Gebiet, in dem nur 6000 Rumänen, aber rund 200 000 Bulgaren wohnen. Umgekehrt greifen die rumänischen Wünsche in bulgarisches Gebiet mit den Kutzowallachen Mazedoniens über, auf die Bulgarien, Rumänien und Griechenland gleichmäßig Ansprüche erheben. Dazu empfindet Rumänien den Ausgang des zweiten Balkankrieges, so wenig er für Bulgarien glänzend war, doch auch hier als schmerzlich. Denn der Friede gab Bulgarien einen Hafen am Mittelländischen Meer, den von Dedeagatsch, während Rumänien auch mit seiner Erweiterung bis gegen Warna hin doch nur Schwarzmeermacht und nichts weiter bleibt. Schließlich: Bulgariens ganzes Streben geht nach der strategisch und national gleich wichtigen Linie des Wardar, die nur von Serbien zu erringen ist, Rumäniens Wünsche dagegen schwanken zwischen dem russischen Beßarabien und dem ungarischen Siebenbürgen, werden jedenfalls dadurch bestimmt, daß nur $6^1/_2$ Millionen Rumänen zum Königreich gehören und mindestens $4^1/_2$ Millionen unter fremder Herrschaft leben. Ist es ein Wunder, daß das politische Bild an allen Höfen der Balkanhalbinsel so schwankend und schillernd ist, wenn die nationalen und die militärischen Strebungen derartig durcheinander gehen und derartig gegeneinander wühlen? Nur umständlich und vorsichtig kann die Stellung gewählt werden, so wie es am virtuosesten die Politik des verstorbenen König Karl von Rumänien zu tun vermochte. Aber lange wird das nicht mehr gestattet sein. Denn sie alle berührt doch die kriegerische Unternehmung, durch die eben alle diese Gegensätze aufs höchste erhitzt worden sind: der Vorstoß von England und Frankreich auf die Dardanellen.

Ununterbrochen sind diese Kämpfe weitergetragen, in denen nicht weniger

als 326 englische und französische Geschütze die Forts der Meerengen beschießen. Wir halten am Vertrauen fest, in dem wir in letzter Woche noch durch entschiedene Erklärungen Enver Paschas und des türkischen Botschafters in Berlin bestärkt worden sind. Auch die gegnerische Presse sagt offen, daß es sich besten Falles um ein Unternehmen von Wochen, ja Monaten dabei handelt. In dieser Zeit kann viel geschehen und es bleibt abzuwarten, ob die Ankündigung der russischen Blätter, „Rußland werde sich selbstverständlich an den militärischen Operationen gegen Konstantinopel beteiligen", etwas bedeuten kann. Dazu gehört doch die Herrschaft über das Schwarze Meer und die hat Rußland nicht. Inzwischen aber treiben die politischen Erörterungen darüber, was mit den — noch gar nicht eroberten — Dardanellen später geschehen soll, die Balkanstaaten immer mehr von dem Dreiverbande ab. Das hat die Rjetsch (25. Februar) ganz offen ausgesprochen; auch die feurigsten Russophilen Rumäniens und Bulgariens zeigen die kalte Schulter, seit diese Frage aufs Tapet gekommen ist. Der Widerstreit aber zwischen England und Rußland, der hier schon öfter hervorgehoben wurde, läßt sich gar nicht deutlicher belegen, als mit den Äußerungen der auf beiden Seiten maßgebenden Staatsmänner. Ssasonow hat am 3. Februar in der Duma gesagt: „Die Ereignisse an der russisch-türkischen Grenze werden Rußland der Lösung der politischen und wirtschaftlichen Probleme näher bringen, die sich an sein Streben nach dem Ausgange zum freien Meere knüpfen." Darauf hat Sir Edward Grey am 25. Februar in einer Erklärung geantwortet, die wir wörtlich wiedergeben: „Die Erklärung, die ich gesehen habe, besagt, daß die Ereignisse an der russisch-türkischen Grenze Rußland der Verwirklichung der politischen und wirtschaftlichen Probleme näherbringen würden, die mit Rußlands Zutritt zur offenen See verknüpft sind. Dies war eine Aspiration, mit der wir in vollständiger Sympathie sind. Die genaue Form, in der sie verwirklicht werden wird, wird unzweifelhaft in den Friedensbedingungen festgestellt werden." Grey weicht damit aus und will die Worte des russischen Ministers absichtlich nicht verstehen — das halten ihm die Zeitungen: Rjetsch, Birschewyja Wjedomosti und Petrogradski Kurjer entgegen. In ihren Äußerungen ist das Bestreben deutlich, die Frage als bereits für Rußland im günstigen Sinne entschieden hinzustellen und zugleich den eigenen Minister mit seinen Äußerungen, die sich ja schließlich auch anders deuten ließen, zweifelsfrei festzulegen. Aber das sind alles nur „Milchmädchen"-Rechnungen, die an der Festigkeit der türkischen Forts und an der Tapferkeit ihrer Verteidiger scheitern werden.

Liest man heute jene oben angeführte Korrespondenz durch, die Treitschke in den Preußischen Jahrbüchern im Juni 1876 schrieb, in einer Zeit, als die heute zum Ausbruch kommende Krisis sich eben andeutete, so will uns

das, was da gesagt ist, zuerst als recht veraltet erscheinen. Aber es sind noch dieselben Machtgegensätze, damals wie heute, nur mit einer großen Ausnahme, durch die eben der Krieg heraufgeführt worden ist. England steht seit dem Juli 1908 genau auf der entgegengesetzten Seite als im Juni 1876. Eine traditionelle, vom englischen Gefühl oft bestrittene, vom englischen Realinteresse immer geforderte Orientpolitik gab es 1908 vollständig auf. Durch das Projekt der Sandschakbahn wurde die Entente zwischen Rußland und Österreich von 1897 und 1902 zerstört, durch das Abkommen von 1907 zwischen Rußland und England der Boden für ein Zusammengehen beider Mächte im nahen Orient geschaffen. Früher gaben allein die wirtschaftlichen und politischen Interessen Frankreichs und Englands in der Orientpolitik den Ausschlag gegen Rußland und für die Türkei. Seit zwei Jahrzehnten sind Deutschland und Italien als Nebenbuhler neben jene alten Orientmächte getreten, Deutschland machte England, Italien den Franzosen eine immer fühlbarere Konkurrenz. Rußland kam als wirtschaftlicher Nebenbuhler nicht in Betracht, und die politische Feindschaft der Westmächte gegen Deutschland machte es für sie bündnisfähig gegen Deutschland und die Türkei. Damit war wirtschaftlich wie politisch die Stellung Deutschlands im Bunde mit Österreich-Ungarn klar und fest gegeben. Für sie sind unsre Heere in den Kampf gezogen und kämpfen unsre Soldaten an den Dardanellen, im Kaukasus und am Suezkanal. Wird Italien die Stellung finden, in der es allein Mittelmeer- und Orientmacht werden kann? Schwer ist der Entschluß, den zu fassen das Schicksal seinen Staatsmännern auferlegt; sie tragen, wie jener alte römische Gesandte in Karthago, auch für die Staaten der Balkanhalbinsel, in ihrer Toga Frieden oder Krieg.

18.

(England und der Dreiverband)

17. März 1915

England hat nach einer privaten Berechnung vom 1. August 1914 bis 1. März 1915 126 Dampfer seiner Handelsflotte mit fast einer halben Million Tonnen eingebüßt. Unzweifelhaft kann diese Aufstellung nicht vollständig sein, da viele Verluste uns gar nicht bekannt werden und jeder Tag neue Erfolge der Arbeit unsrer Unterseeboote bringt. Aber die Zahl genügt, um zu beweisen, wie der deutsche Handelskrieg Englands Lebensgrundlage angreift. Es setzt sich dagegen zur Wehr mit Minensperre und Blockadeerklärung. Am 25. Februar hat es den Nordkanal der Irischen See so gut wie völlig gesperrt und den Verkehr in der Hauptsache auf den Südeingang, den sog. Georgskanal, verwiesen. Dann ist am 7. März die Anlage eines neuen großen Systems

von Minenfeldern zwischen Great Yarmouth und dem Englischen Kanal bekanntgegeben worden, durch die die großen Flußmündungen an der Ostküste Englands und Schottlands geschützt werden sollen (womit übrigens der amerikanische Vorschlag eines Minenübereinkommens in sich bereits abgelehnt ist). Ferner hat Asquith am 2. März erklärt, daß England die Nahrungsmittelzufuhr aus neutralen Ländern nach Deutschland nicht freigeben wolle, wodurch auch der übrige Teil der amerikanischen Vorschläge an Deutschland und England bereits erledigt ist. England sucht sich also durch Sperre der Verkehrswege um seine Insel herum zu schützen und durch eine allgemeine Blockade gegen Deutschland seinen Aushungerungsplan doch durchzuführen. Gegen das zweite, die sog. Repressalien Englands gegen uns, ist dem Ministerium im eigenen Lande eingewendet worden, daß diese Blockade nur eine Papierblockade sein könne, daß sie Deutschland über den bisherigen Zustand hinaus gar nicht schaden könne und daß sie nur die neutralen Mächte, insonderheit Skandinavien und Nordamerika gegen England aufbringe.

Alles das zeigt, daß England nach wie vor fest entschlossen ist, den Krieg bis zum Ende durchzuführen. Es hat daher heute gar nicht mehr Anlaß zu verschleiern, warum es in den Krieg eintrat und worum es ihn führt. Die Times (8. März) hat jetzt offen zugegeben (aus dem Englischen wörtlich übersetzt, da die Times versuchte, es später abzuleugnen): „Unser Interesse hätte uns zwingen müssen, mit Frankreich und Rußland zusammenzugehen, selbst wenn Deutschland gewissenhaft die Rechte seines kleinen Nachbarn geachtet hätte. Herr v. Bethmann-Hollweg hatte ganz recht; selbst wenn Deutschland in Belgien nicht eingefallen wäre, würde unser Interesse uns mit Frankreich vereint haben. England ficht nicht zuerst für Belgien oder für Serbien, Frankreich oder Rußland; das kommt zu zweit. Zuerst kommen wir und zwar mit Recht." Die hierin ausgedrückten englischen Interessen sind bereits, woran wir erneut erinnern möchten, im November von der Morning Post (25. November) noch deutlicher bezeichnet worden: „Deutschland gedachte Frankreich schnell zu überwinden, um sich mit ganzer Kraft auf Rußland zu werfen. Erst nach dessen Bändigung wollte es England angreifen, das damit in eine schwierige Lage gekommen wäre. Mithin kämpft England in Frankreich um seine Existenz, ist also Frankreich für seine Unterstützung verpflichtet. Den wahren Grund des Krieges verdunkelte bisher das Gerede vom Bruch der belgischen Neutralität. Diese war von unendlicher Wichtigkeit für England. Nur durch sie konnte ein Angriff über den Kanal verhindert werden. England begann demnach den Krieg nicht Belgiens, sondern der eigenen Verteidigung wegen." In gleicher, wenn auch in etwas vorsichtiger Weise wurde dieses nackte Eigeninteresse Englands am Kriege durch die Äußerung Churchills hervorgehoben, daß England auch dann bis zum bittern Ende kämpfen würde, wenn Frank-

reich und Rußland Frieden schlössen. Auf eine Anfrage im Parlament am 27. Februar hat Asquith nicht, wie erwartet wurde, seinen Kollegen desavouiert, sondern erklärt, er hätte keinen Grund, von Churchills Stellung abzuweichen, dieser habe ja auch gesagt, daß er sich den Fall eines Sonderfriedens von Rußland und Frankreich gar nicht vorstellen könne. Warum aber hat dann Churchill überhaupt diese Äußerung getan, ohne sich dabei zu überlegen, daß England damit seine Verbündeten von der Abmachung des 5. September 1914, keinen Sonderfrieden schließen zu wollen, lossspricht? Doch nur, um die unerschütterliche Entschlossenheit, selbst auf Kosten der politischen Zweckmäßigkeit, zu unterstreichen, daß England allein diesen Krieg mit Deutschland führen und zu Ende führen wolle.

So wird der welthistorische Gegensatz unsrer Tage nun auch in England, von allem cant und allen Redensarten entkleidet, klipp und klar ausgesprochen. England weiß so gut wie Deutschland, daß Deutschland die Möglichkeit zu wirtschaftlicher Betätigung und die Sicherung seiner künftigen Weltstellung entweder sich in freundlichen Beziehungen mit England erhandeln oder mit Gewalt von ihm erzwingen muß. Der Versuch, England durch Versöhnlichkeit und Verhandlungen zu gewinnen, ist gescheitert. So ist nur der Weg der Gewalt offengeblieben, den England aus eigenem Entschluß beschritten hat. Mit einem Wort ist der Gegensatz zwischen ihm und uns realpolitisch zu bezeichnen. Er findet heute den knappsten militär- und verkehrspolitischen Ausdruck in der Existenz der deutschen Flotte, die London selbst bedrohen kann und in einer — jetzt durch den Landkrieg bereits eingetretenen — Ausdehnung der deutschen Nordseeküste, die abermals London bedroht. Wie England aus diesem Grunde, der Verletzung der belgischen Neutralität, aber um seiner selbst willen den Eintritt in den Krieg für absolut notwendig hielt, so trifft der aus bitterer Notwendigkeit unternommene Angriff Deutschlands auf Belgien politisch bereits den Kern dieses deutsch-englischen Gegensatzes. An der Geschichte der belgischen Neutralität durch das ganze 19. Jahrhundert hindurch ließe sich diese These eingehend und zwingend belegen; darum liegt hier, auf und an der Nordsee, nicht in irgend einer Kolonie oder auf einem andern Meere, die Entscheidung.

Warum aber der so bezeichnete Gegensatz elementar und jede Vorstellung, ihn durch Versöhnlichkeit auch heute noch zu überbrücken, unmöglich ist, ist leicht gesagt. Die Grundlage der englischen Weltstellung ist der Besitz der absoluten Seegewalt. Stellt man sich vor, England würde Deutschland zur See als gleichberechtigten Nebenbuhler freundschaftlich anerkennen, nachdem es dessen Stärke erfahren habe, so setzt das logisch bereits die Überwindung des bisherigen englischen Anspruchs voraus. Denn nur auf der ungestörten Suprematie zur See beruht Englands Verbindung mit Amerika, Indien und Afrika,

sein Weltkabelmonopol und alles dergleichen. Für Indien, Ostasien und Ägypten braucht das gar nicht begründet zu werden. Aber auch die Selbstverwaltungskolonien haben sich im letzten Jahrzehnt dem Imperialismus nur deshalb offen gezeigt, weil dahinter der alles überragende und die Kolonien nichts oder recht wenig kostende Schutz der englischen Flotte stand. Geht der Krieg auch nur so weit für England ungünstig aus, wie Deutschland das braucht, so werden unter allen Umständen die zentrifugalen Tendenzen im englischen Weltreich außerordentlich verstärkt. Deshalb wird dieser Krieg von England so ernst genommen, deshalb spannt es alle Zähigkeit an, ihn günstig durchzuführen, oder, wenn er jetzt nicht bis zu einem bestimmten Ziele durchgeführt wird, sich später gegen Deutschland unter allen Umständen zu sichern. Um Frankreich niederzuwerfen, hat es in den 125 Jahren, die dieser Gegensatz andauerte, über 60 Kriegsjahre auf sich genommen. Man braucht nur Seeleys »Expansion of England« zu lesen, um das heute von Deutschland im Kern bedrohte Grundprinzip der ganzen neueren englischen Geschichte und heutigen Weltstellung Englands zu verstehen, das eine politische Vorstellung schlechterdings unmöglich macht, als könnten die beiden Staaten nach diesem Kriege *nebeneinander* leben und *miteinander* die Welt verteilen. Die naheliegende Vorstellung, daß der Engländer als praktischer Mann mit dem starken Gegner sich nach der Niederlage abfindet, ja, ihn achtend anerkennt, kann man wohl auf den Fußballkampf anwenden, aber nicht auf das Ringen um die Grundlagen der staatlichen Existenz.

Noch zwingender ergibt sich dies aus der Betrachtung der *inneren* Lage. Die Lebensbasis der herrschenden Klasse, die fast ausschließlich auf Erwerb und auf Handel und Großindustrie beruht, wird durch den Krieg angegriffen und aufs stärkste erschüttert, die Lebensbasis der Schicht der großen Landeigentümer durch die schon jetzt sich ankündigenden, nach dem Kriege sicher eintretenden Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit aufs stärkste bedroht. Für beides liegen die beweiskräftigen Anzeichen heute vor. Der Economist veröffentlicht in seiner wertvollen Jahresübersicht über das Wirtschaftsleben von 1914 folgende abschließenden Zahlen. Die Einfuhr nach England sank von 769 Mill. Pfund 1913 auf 697 1914, die Ausfuhr von 525 auf 430, die Wiederausfuhr von 109 auf 95 Mill. Pfund. Mithin betrug die Abnahme 1914, das doch noch sieben Friedensmonate hatte, in der Einfuhr 9,2 v. H., in der Ausfuhr 18 und der Wiederausfuhr 12,7 v. H. Eine Erläuterung zu diesen Zahlen ist nicht nötig. Die sozialen Kämpfe aber schweigen nicht einmal unter dem Drucke des Krieges. Unausgesetzt kriselt es bei den Kohlenarbeitern, den Werftarbeitern, den Eisenbahnangestellten usw. Eben ist ein großer Streik auf den Clydewerften mühsam vermieden worden, aber unter Bedingungen, die für die englische Arbeiterschaft beschämend sind.

Denn die Beilegung des Streiks ist nur gelungen durch die Erklärung der Arbeiter, die Produktion planmäßig zu verlangsamen (das berühmte Cacannuprinzip), und das in einer Zeit, da von der schnellen Lieferung des Armeebedarfs so viel abhängt.

Für den Augenblick dringlicher aber sind die finanziellen Sorgen, die in England umgehen. Der Kurs der berühmten englischen Konsols ist seit Anfang August 1914, und zwar nach einer Berechnung des französischen Nationalökonomen Paul Leroy-Beaulieu, um mindestens 11 bis $11^1/_2$ v. H. zurückgegangen. Das ist über das Doppelte des Kursrückgangs unsrer Reichsanleihe und fast so viel, wie der Rückgang bei der französischen Rente. 1913 hat England keine Staatsanleihe aufgenommen, 1914 solche im Betrage von $332^1/_2$ Mill. Pfund. Geht der Krieg bis 31. Dezember 1915 weiter, so wird England nach der Berechnung von Lloyd George eine Schuldenlast von 1587 Millionen Pfund (31,7 Milliarden Mark) haben. Dabei geht der Goldvorrat der Bank von England zurück. Er betrug im November 1914 69,2 Mill. Pfund, stieg seitdem im höchsten auf 72,5 und betrug am 3. Februar 67,6 Mill. Pfund: augenblicklich beträgt er nur noch etwa 64 Mill. Pfund (= 1280 Mill. Mark). Diese rückläufige Bewegung macht natürlich den englischen Finanzmännern große Sorge. Zwar hat Lloyd George erklärt, daß er in der ängstlichen Sorge der Zentralbanken um ihren Goldvorrat eine zu große Neigung zur Verehrung des „goldenen Kalbes" sehe, und der Economist stimmt diesem Urteil zu. Richtig ist darin, daß die Verhältnisse in diesem Punkte für England mit seinem gewaltigen Kredit und seinen großen Auslandsanlagen anders liegen als für Rußland. Aber die Verschlechterung des englischen Wechselkurses auf New York zeigt, daß das Bonmot Lloyd Georges die Lage seines Staates nicht erschöpfend bezeichnet. Sonst würden ja auch die Bank von Frankreich und die russische Reichsbank nicht verpflichtet worden sein, der Bank von England Gold zuzuführen, wenn deren Goldbestand unter einen bestimmten Satz sinkt. Sonst hätte man vor allem nicht ein Geschäft eingeleitet, von dem charakteristischerweise in der englischen und angloamerikanischen Presse ganz stillgeschwiegen wurde. England hat nämlich Ende Januar das Haus J. P. Morgan u. Co. zu seinem Agenten in der Union ernannt, durch dessen Vermittlung (sehr zum Mißfallen der amerikanischen Firmen) die Waffenlieferungen jetzt gehen. Dafür hat das Haus Morgan England einen Kredit von 100 Mill. Dollar in der ausgesprochenen Absicht eröffnet, den Goldabfluß aus England nach Nordamerika einzuschränken oder ganz zu verhindern. Ein solches Geschäft schließt man nicht ab, wenn man sich, wie Lloyd George es darstellt, mit seinem Goldvorrat ganz sicher fühlt. Morgan tritt so als Bankier der Entente in Amerika auf und benutzt dabei die günstige Gelegenheit, die für die englischen Beziehungen bisher so wichtigen Bank-

häuser deutschen Namens wie Speyer u. Co., Kuhn, Loeb u. Co. aus dem Geschäft zu verdrängen. Immer wieder bestätigt sich, was wir hier schon öfter hervorgehoben haben, daß dieser große Krieg den englischen Finanzen trotz ihrer Stärke und Dehnbarkeit eine Belastung zumutet, von der den englischen Finanzmännern selbst zweifelhaft wird, ob sie ihr dauernd gewachsen sein können.

Demgegenüber mehren sich die Stimmen, die zweifeln, ob der wirtschaftliche Druck auf Deutschland zu seinem Ziele führen könne. In so bedeutenden Blättern wie dem Economist, der Morning Post und dem Manchester Guardian haben wir diese übereinstimmende Kritik an der wirtschaftlichen Durchführbarkeit der Asquithschen Blockadeerklärung gefunden. Wir setzen den Gedankengang des letztgenannten Blattes (6. März) hierher: „Wenn Deutschland so abhängig von dem auswärtigen Handel wäre wie wir, würde seine Industrie wahrscheinlich vollkommen stillstehen. Aber Deutschland ist ein sich selbst viel mehr genügendes Land als England. Die zuverlässigsten Berichte über die Lage des Handels in Deutschland deuten nicht auf nahenden Zusammenbruch. Arbeitslosigkeit ist geringer als vor dem Kriege, Geld ist billig, der innere Kredit nicht ernsthaft erschüttert und die Solidarität des Volkes, die sich bisher in jeder Beziehung bewiesen hat, wird ihn aufrechterhalten. Wenn eine Nation entschlossen ist, zu leben und nur zu leben, kann sie sich fast jeder Verkürzung ihrer industriellen Tätigkeit anpassen. Es ist schwer, sich einen Grad wirtschaftlichen Drucks vorzustellen, der sie zur Aushungerung bringt. Daß das deutsche Volk schon gewisse Unbequemlichkeit tragen muß, ist wahr. Daß diese Unbequemlichkeit, wenn eine wirkliche Blockade erzwungen wird, wächst, ist wahrscheinlich. Aber daß wir in absehbarer Zeit wirklich den deutschen Handel erdrosseln oder einen Zusammenbruch der Wirtschaftsmaschine, die diesen Handel trägt, bewirken könnten, das ist, wie wir fürchten, ganz unwahrscheinlich." So pessimistisch beurteilt ein Blatt von größtem Verständnis für die wirtschaftlichen Fragen diese Aussicht. So bleibt für England trotz alledem, wenn es den Krieg zu Ende führen will, nur die Unterstützung durch seine Verbündeten.

Finanziell hat es in dieser Beziehung nichts zu erwarten. Militärisch ist die Rolle Rußlands in dem großen Koalitionsplan ebenso fehlgeschlagen wie die Frankreichs. Je deutlicher nun wird, daß England das militärische Ziel seiner gegen Deutschland gerichteten Politik nicht erreicht, um so stärker treten die Differenzen in den politischen Wünschen der Dreiverbandsmitglieder hervor. Der schlagendste Beweis dafür, daß England diesen Krieg gegen Deutschland so wie seine früheren Kämpfe gegen Spanien, Holland und Frankreich betrachtet, liegt darin, daß es sich in einer in seiner Geschichte bisher unerhörten Weise, die von der Tradition englischer Auslandspolitik seit Heinrich VII. ganz

abweicht, mit Frankreich verknüpft hat. Noch niemals hat England einen Krieg von Anfang an so als Land- und Seemacht zugleich geführt, auch in den Napoleonischen Kriegen nicht. Denn damals trat Wellington in Spanien und später in Belgien erst kämpfend ein, als das Übergewicht zur See bei Trafalgar erstritten war. Jetzt hat England sich dieses Vorteils von vornherein begeben. Wenn damit die englische Politik, wohlbewußt, eine Lehre ihrer Geschichte, der England den endgültigen Sieg gegen Spanien und Frankreich verdankt hat, beiseite setzte, beweist das, wie ernst ihr dieser Konflikt erschien und für wie vorteilhaft sie die von ihr geschaffene Koalition hielt, aber auch wie groß das englische Risiko dieses Krieges ist. Der Brückenkopf und das Glacis der englischen Machtstellung auf dem Kontinent ist mit der deutschen Eroberung Belgiens schon verloren gegangen. Die Aussicht für England ist daher nur die: entweder gelingt die völlige Vertreibung der deutschen Truppen aus Frankreich und die Rückeroberung und dann dauernde Sicherung der belgischen Küste und ihrer Häfen oder — England bleibt in den nordfranzösischen Häfen, soweit diese nicht auch von den Deutschen erobert werden, dauernd sitzen, in denen es sich heute für die Zwecke des Krieges schon häuslich eingerichtet hat. England legt dort Befestigungen an, baut Kasernen für seine Truppen und verwaltet dieses Gebiet, als sei es bereits eine englische Kolonie. Vorgesorgt dafür hatte es schon durch alle Konventionen, die die französische Seemacht im Mittelmeer banden und England den Schutz Frankreichs am Kanal und am Ozean auferlegten. Daraus ergeben sich jetzt die Konsequenzen, die mit der französischen Großmachtstellung schlechterdings unvereinbar sind. Noch scheint der tiefe Gegensatz, der damit zwischen englischen und französischen Interessen heute militärisch, später sicher auch politisch aufklafft, der französischen Nation nicht zu Bewußtsein gekommen zu sein. Noch hält diese Nation, wenigstens soweit es von außen zu beurteilen ist, an der Hoffnung fest, gegen Deutschland zum Siege zu kommen. Verschiedene französische Preßstimmen könnten angeführt werden, wie ein Artikel im Temps (3. März) und andre, die immer noch die Zertrümmerung der deutschen Macht und die Rückeroberung Elsaß-Lothringens erörtern. Wir können auch bei einem so logisch veranlagten Volk wie den Franzosen nicht erwarten, daß die konsequente und geschlossene französische Auslandspolitik, deren Hauptlinien in dem ersten Ministerium Delcassé 1898 bis 1905 völlig deutlich wurden, rasch ihre Wirkungen in der französischen Volksseele einbüßt. In einer rastlosen, über vierzigjährigen Arbeit hat diese Auslandspolitik Frankreichs sich durchgebildet und Frankreich in diesen Krieg hereingetrieben. Sie treibt es mit gleicher Notwendigkeit seiner militärischen und wirtschaftlichen Niederlage entgegen. Daran ändern weder jene Stimmen französischer Blätter etwas, noch die mit Tapferkeit immer wiederholten, aber an unsrer Front zerschellenden Angriffe

seines Heeres. Wirtschaftlich ist man heute, wenn wir nur die Zahlen des Außenhandels ansehen, bereits auf den Stand von 1908 zurückgedrückt worden. Einfuhr und Ausfuhr betrugen über 4 Milliarden Franken weniger als 1913, obwohl das erste Halbjahr 1914 noch eine große Zunahme zeigte. Tritt nun im Laufe des Krieges die Ernüchterung und der Zusammenbruch ein, dann wird auch das französische Volk sehen, wie es von der englischen Politik mißbraucht worden ist. Und bleiben dann die englischen Besatzungen in den nordfranzösischen Häfen, dann wird es sehen, daß es seine militärische Kraft und die Anlage dieses Revanchefeldzuges in den Dienst von Interessen gestellt hat, die nicht nur andre als die eigenen, sondern diesen in Geschichte, Gegenwart und Zukunft diametral entgegengesetzt sind.

Wie wenig hat doch heute schon dieses Frankreich in der Orientpolitik des Dreiverbandes zu sagen! Es hat darin vielleicht die größten materiellen Interessen, aber die Politik wird von England gemacht. Sie hat in dem Entschluß des griechischen Königs, den zum Anschluß an die Entente drängenden Venizelos zu entlassen, eine schwere Niederlage erlitten. Noch ist nicht recht klar, wodurch es den Beauftragten des Dreiverbandes gelungen ist, den klugen griechischen Staatsmann zu umgarnen, dessen Laufbahn sicherlich noch nicht zu Ende ist. König Konstantin und sein Generalstabschef haben sich, nicht unter deutschem Einfluß, sondern aus klarer Erkenntnis des eigenen Vorteils nicht fortreißen lassen. Die Bildung des neuen Ministeriums Gunaris ist gelungen, es hat mit einer Erklärung für strikte Neutralität seine Arbeit begonnen. Die Haltung Griechenlands wird von großem Einfluß auf die Balkanpolitik überhaupt bleiben, vorausgesetzt, daß nicht der Feldzug gegen Serbien eine neue Wendung erfährt. Denn die Dinge sind in Serbien dadurch verwickelter geworden, daß nun die Albanier über die Drina, die von der Londoner Konferenz als Grenze zwischen Albanien und Serbien gezogen war, vorgedrungen sind. Der Einfall ist nicht von Essad Pascha, sondern durch Kreise außerhalb der augenblicklichen albanischen Regierung, aus Dibra, unternommen worden und soll bereits bis in die Nähe der Städte Prizrend und Ochrida vorgedrungen sein. Dadurch werden die Serben in diesem durch den Bukarester Frieden neuerworbenen Lande schwer bedrängt und noch mehr gefährdet, wenn diese Albanier im Vorrücken nach Osten sich mit den bulgarischen Freischaren im serbischen Mazedonien vereinigen. Auf die Weise ist es wohl möglich, Serbien und Griechenland voneinander zu trennen und die bisher über Saloniki gegangene Zufuhr von Kriegsmaterial usw. nach Serbien zu durchschneiden oder zu gefährden. Wie das dann im Zusammenhange mit einer neuen österreichisch-ungarischen Offensive auf Serbien wirken muß, liegt auf der Hand.

Inzwischen ist der militärische Ansturm auf die Dardanellen ebenso

erfolglos weitergegangen, wie die Erörterungen, die immer stärker die politische Differenz zwischen Rußland und England darin betonen. Wir haben sogar in der New Yorker World (31. Januar) einen umfassenden Artikel gefunden, der das mit aller wünschenswerten Schärfe hervorhob und deshalb von den irischen Blättern Nordamerikas wohlgefällig nachgedruckt wurde. So sehr liegen also die Meinungsverschiedenheiten auf der Hand, daß selbst die anglo-amerikanische Presse die englisch-russischen Beziehungen ganz offen in diesem Sinne behandelt. Leider verbietet es der Raum, den umfassenden Artikel, der von der Rede des englischen Botschafters gegen die Germanophilen in Petersburg ausgeht und mit einer Charakteristik der Friedenspartei in Rußland schließt, hier wiederzugeben. —

Während die Augen der Welt auf den Kampf um den Zugang Rußlands zum Mittelmeer gerichtet sind, hat Rußland hoch im Norden die Bahn nach Karungi, über die wir mehrfach berichteten, vollendet. Damit ist zwischen dem schwedischen und dem russisch-finnischen Bahnnetz nur noch eine gleislose Strecke von drei Kilometern übriggeblieben, die durch Umladen überwunden werden kann, um so mehr, als bei der bekannten verschiedenen Spurweite der russischen und schwedischen Bahnen dies ohnehin nötig gewesen sein würde. Aber der erhoffte Nutzen aus der mit großer Energie geförderten Erbauung dieser Bahnstrecke wird Rußland nicht zuteil werden, da Schweden kurzerhand die Durchfuhr von Kriegsmaterial allgemein verboten hat. Dafür nutzt es natürlich nichts, wenn der Verkehr zwischen Raumö in Finnland und Gefle in Schweden trotz der Schwierigkeiten des Eises aufrecht erhalten wird. So bleiben nur die Bahnpläne, die sich auf russischem Boden bewegen, die Verstärkung der Linie nach Archangelsk von Njandoma ab oder die Idee, den nur 90 Kilometer von der norwegischen Grenze entfernten Hafen Alexandrowsk an der Murmanküste mit dem russischen Eisenbahnnetz zu verbinden. Der Hafen ist ja sehr schön, tief genug auch für große Kriegsschiffe und bleibt vor allem das ganze Jahr hindurch eisfrei. Aber an den Bau einer so ausgedehnten Eisenbahnstrecke von Kajana bis Alexandrowsk ist während des Krieges wohl kaum zu denken.

Der englische Historiker Holland Rose schrieb in der Fortnightly Review (Märzheft), die englische Politik sei statisch, die deutsche dynamisch. Wenn wir statt Politik besser sagen die Idee der politischen Betätigung beider Reiche, so ist dies Urteil ganz richtig. Und damit ist auch für den Erfolg des Ringens schon viel gesagt. Die englische Politik will erhalten, erhalten ein überlebtes und veraltetes System englischer Vorherrschaft. Da sie aus eigener Kraft das nicht mehr vermochte, hat sie sich Bündnisse gesucht, die lediglich in dem negativen Gedanken: Gegen Deutschland! zu schließen waren. Der Krieg zeigt selbst heute schon, wie wenig organisch dieses Bündnissystem war und ist, und

er zeigt schon, während die militärischen Entscheidungen noch hin und her schwanken, die Risse und Reibungen im Dreiverband. Nur mühsam vermag die englische Staatskunst das alles auf das ursprüngliche Ziel hin zusammenzuhalten; mit wieviel versteckten und offenen Drohungen, mit welchem Druck namentlich auf Frankreich, das wissen wir heute noch nicht. Und unter der Last des Krieges, die sich finanziell immer ausschließlicher auf seine Schultern legt, wird auch der Atem des ungeheuren englischen Wirtschaftskörpers schon schwerer. So schwere Opfer auch uns der Krieg kostet, wir spüren doch in ihm, in diesem Ringen mit England, dessen Ablauf noch niemand unter uns voraussehen kann, daß das Deutsche Reich und Volk der Jugendlichere, der Kräftigere, der Zukunftssicherere von beiden Gegnern ist. Nur wollen wir aus der Geschichte Englands die Lehre entnehmen, daß dergleichen Gegensätze von langer Dauer sind und langdauernde Anspannung in jeglicher Beziehung erfordern. Über ein Jahrzehnt hat England gebraucht, um die Koalition, die gegen uns kämpft, zusammenzuschmieden. Wir können daher nicht erwarten, daß wir sie in einem halben Jahre militärisch oder gar politisch zerschlagen. Aber daß wir das müssen und daß wir es können, das ist heute die feste Überzeugung unsres Volkes.

19.

(Das englische Weltreich)

24. März 1915

Der Tod des Grafen Witte hat in der englischen Presse geringen Widerhall gefunden. Nur Dr. E. Dillon, der langjährige Korrespondent des Daily Telegraph in Petersburg, der heute sein Blatt in Rom zwar unbedingt deutschfeindlich, aber immerhin anständig vertritt, hat dem russischen Staatsmanne einen persönlich gehaltenen Nachruf gewidmet. Das ist auch erklärlich. Denn England weiß, daß es in Witte, der übrigens auch kein Wort Englisch verstand, keinen Freund hatte. Als er im September 1905 aus Amerika vom Friedensschluß in Portsmouth zurückkam, überbrachte ihm im Auftrage des Grafen Benckendorff der damalige russische Botschaftssekretär in London, nachmalige Gesandte in Teheran, Poklewsky-Koziel, der zu der Clique der Hartwig und Genossen gehörte, eine Einladung König Eduards zu einem Besuche in London. Witte lehnte die Einladung ab, weil er keine neue Seereise unternehmen wollte. Darauf setzte ihm Poklewsky den politischen Grund auseinander, den Plan für den Vertrag, der 1907 zwischen England und Rußland zustande kam. Witte wies aber die Beteiligung daran rundweg zurück und ist nicht nach London gegangen. Ohne sein Wissen sind die berühmten „Konversationen" in Algeciras von D. M. Wallace zwischen Nicholson und dem russischen Ver-

treter Cassini vermittelt worden, die den Grund für das Abkommen vom 31. August 1907 legten. Und erst nach Wittes Rücktritt konnte der neue russische Minister, Iswolski, diese Besprechungen zu dem bekannten Ende weiterführen. Ganz unzweifelhaft hat Witte außerhalb des Kreises von russischen Staatsmännern gestanden, der sich von England in den Krieg treiben ließ, und er ist deshalb von England immer mit Mißtrauen betrachtet worden. Das Schicksal hat das Leben dieses großen russischen Finanzministers geschlossen, ehe zu ersehen war, ob er noch einen Einfluß auf die weitere politische Haltung seines Vaterlandes hätte üben können. Jetzt ist keine andere Persönlichkeit zu erkennen, die sich so entschieden dem englischen Einflusse in Petersburg entgegenstellt. Dabei befindet sich dieser angeblich so mächtige und weltbeherrschende englische Bundesgenosse heute geradezu schon in der Defensive.

Denn diesen Charakter tragen die beiden wichtigsten englischen Ereignisse in der letzten Zeit. Lord Kitchener hat am 15. März eine sehr ernste Rede im Oberhause gehalten. Sie wirkte um so stärker, als Kitchener sehr selten im Parlament erscheint und spricht. Mit größter Offenheit sagte der für die Kriegführung verantwortliche englische Minister, daß die Frage des Munitionsersatzes jetzt und für die nächsten zwei, drei Monate seine „ernste Besorgnis" sei. Diese Worte haben natürlich in England tiefsten Eindruck gemacht. Und die Opposition fragt mit Recht, warum das Kriegsministerium für diese Frage, die doch von Kriegsanfang an unschwer zu übersehen war, nicht genügend vorgesorgt habe. Der nahezu pessimistisch klingende Appell Kitcheners richtete sich vor allem an die Arbeiter, die, wie bekannt, auch den für die Regierung arbeitenden Fabriken Schwierigkeiten machen, und wurde noch schärfer von Lloyd George aufgenommen, daß die Beschaffung von Munition für England und seine Verbündeten unbedingt notwendig sei. Aber der starre Gewerkvereinsegoismus, dessen Früchte sich jetzt zeigen, steht allem guten Zureden, das schon für die Regierung und die Presse demütigend wird, sehr kühl gegenüber. Man verlangt seinen Anteil an den Profiten der Unternehmer und Lieferanten, lacht über Versprechen von Auszeichnungen, Medaillen u. dgl., und die Äußerungen der Arbeiterführer zu den Reden Kitcheners und Lloyd Georges klingen, als handle es sich um irgend eine sekundäre Lohnfrage, und nicht um die Not des Vaterlandes.

Am 11. März ist die königliche Proklamation (Order in council) über die Blockade Deutschlands veröffentlicht worden. Wir wollen die Hauptstellen dieses historischen Schriftstückes, das gewissermaßen eine umgekehrte Kontinentalsperre versucht, hier im Wortlaute mitteilen. Nach einer Einleitung, die das Recht Englands zu Vergeltungsmaßregeln betont, sind die vier Hauptpunkte folgende: „1. Kein Handelsschiff, das nach dem 1. März 1915

aus seinem Ausgangshafen absegelte, darf auf seiner Fahrt irgendeinen deutschen Hafen erreichen. 2. Kein Handelsschiff, das nach dem 1. März 1915 aus einem deutschen Hafen ausfuhr, darf auf seiner Fahrt mit der in einem solchen Hafen eingenommenen Fracht seinen Bestimmungsort erreichen. 3. Jedes Handelsschiff, das aus seinem Ausgangshafen nach dem 1. März 1915 ausfuhr und das auf seiner Fahrt zu einem nichtdeutschen Hafen Güter feindlicher Bestimmung oder feindlichen Eigentums mit sich führt, kann gezwungen werden, diese Güter in einem britischen Hafen oder einem seiner Verbündeten auszuladen. 4. Jedes Handelsschiff, das aus einem nichtdeutschen Hafen nach dem 1. März 1915 ausfuhr und an Bord Güter feindlichen Ursprungs oder feindlichen Eigentums hat, kann gezwungen werden, diese Güter in einem britischen Hafen oder einem seiner Verbündeten auszuladen." Danach ist Handel über deutsche Häfen absolut verboten. Bezüglich des deutschen Handels über neutrale Häfen aber wird statt darf: kann gebraucht — eine Unterscheidung, die in der Rede von Asquith am 2. März nicht erschien, aber den springenden Punkt darstellt.

Die Wirkung der Order soll in bezug auf deutsche Häfen eine Blockade sein. Die Strafe für Blockadebruch aber durch ein neutrales Schiff ist nicht die Konfiskation, sondern der Zwang, in einem englischen oder gleichstehenden Hafen zu entladen. Was dann mit der Ladung geschehen soll, wird gleichfalls in der Verfügung eingehend bestimmt: entweder wird die Ladung in das Gewahrsam des Marschalls des Prisenhofes gestellt oder das Schiff erhält einen Paß für die Weiterfahrt nach einem neutralen oder verbündeten Hafen, oder, wenn das Schiff mit diesem Paß trotzdem nach einem feindlichen Hafen fährt, verfällt es der Konfiskation.

Der Unterschied zwischen der brüsken Ankündigung des Premierministers und dieser königlichen Verfügung liegt auf der Hand. Sie ist viel entgegenkommender gegen die Neutralen als die Rede Asquiths. Inzwischen war nämlich der formelle Protest der Vereinigten Staaten eingelaufen, der auf die Formulierung der königlichen Verfügung nicht ohne Einfluß gewesen ist. Die verantwortlichen Staatsmänner fühlen, daß sie den Bogen nicht überspannen dürfen, und sie „hoffen", daß die Neutralen unter diesen Umständen auf ihrem „technischen Rechte, mit dem Feinde zu handeln", nicht bestehen werden. Das hat schon die Andeutung eines amerikanischen Protestes bewirkt. Denn mehr als dies sind die Äußerungen doch nicht, die amtlich dazu aus Amerika nach London gelangt sind. Immerhin findet ein so englandfreundliches Blatt wie die New York Times (3. März) bereits folgende deutlichen Worte an die englische Adresse: „Aus England kommen Stimmen der Unzufriedenheit mit Amerikas Neutralität. Man erwartet dort von Amerika mehr. Aber man soll nicht vergessen, daß die Haager Konventionen nicht von allen

Kriegführenden ratifiziert sind und sonst im Völkerrecht kein Anlaß für die Intervention gegeben ist, die man von Amerika fordert. Die Sache Englands hat die Sympathie aller Amerikaner außer denen, die durch Blutsbande mit Deutschland verbunden sind. Für Deutschland empfinden wir Freundschaft und Bewunderung; nur seinen militärischen Imperialismus können wir nicht annehmen. Mehr können unsre englischen Freunde nicht verlangen. Irgendwelche weitergehenden Beweise der Freundschaft zu England sind durchaus ausgeschlossen, und es ist notwendig, in Zeiten, die alle Ansichten so verwirren, darauf hinzuweisen."

Inzwischen ist der Angriff auf die Dardanellen weitergegangen und weiter mißlungen und zwar unter Verlusten, die auch der englische Admiralitätsbericht im Verhältnis zur Bedeutung der Operationen für sehr schwer erklärt. Wir glauben, daß, hierbei neben allem andern, eines der englischen Kriegsleitung besonders unangenehm deutlich wird, nämlich die ungeheure Verzettelung der Streitkräfte, zu der England durch diesen Krieg gezwungen ist. Nicht einmal die ganze Flotte kann einheitlich verwendet werden, sondern ist mit dieser Unternehmung auf die Meerengen geteilt. Aber auch die Landtruppen müssen über das ganze Weltreich hin verstreut bleiben, oft von einer zur andern Stelle verschickt werden, um den überall auftretenden Schwierigkeiten gewachsen zu sein. Wie steht es nun mit diesem Problem, den Schwierigkeiten, die England selbst aus seinem eigenen Weltreiche heraus für und durch den Krieg erwachsen?

Von den Selbstverwaltungskolonien ist wenig zu sagen. Nach großem Lärm im Anfange, mit dem ihre militärische Unterstützung, besonders die aus Kanada, gefeiert wurde, ist es davon recht still geworden. Wir wissen nicht, wie es in Südafrika aussehen mag, wir wissen, daß Australien sehr besorgt auf die japanisch-chinesische Verwicklung blickt, und es ist mehr als wahrscheinlich, daß Kanada nur mit einem Auge auf das kämpfende Mutterland und mit dem andern auf die Haltung der Vereinigten Staaten im Weltkriege hinsieht. Aber wenn auch die Unterstützung Englands aus den Selbstverwaltungskolonien nicht sonderlich groß ist, so erwachsen ihm aus ihnen während des Krieges doch auch sicherlich keine Schwierigkeiten. Diese Kolonien bleiben bestimmt loyal.

Anders aber steht es mit den drei großen Gebieten, die keine Selbstverwaltungskolonien sind, sondern von der Krone unmittelbar abhängig gehalten werden, wenn auch in staatsrechtlich sehr verschiedener Stellung, weil sie die drei Angelpunkte der englischen Weltstellung überhaupt sind: Irland, Ägypten und Indien. Man hat in Deutschland gleich zu Kriegsanfang erwartet, daß die großen Schwierigkeiten, die für England in diesen drei Besitzungen existieren, und gar kein Geheimnis für die Welt waren, sofort einen sehr gefähr-

lichen und akuten Charakter annehmen würden. Stellen wir zusammen, was sich darüber nach fast acht Kriegsmonaten einigermaßen mit Sicherheit sagen läßt.

Irland stand, wie erinnerlich, in den letzten Monaten vor Ausbruch des Weltkrieges vor der Revolution und dem Bürgerkriege infolge der Homerulepolitik, die das liberale Kabinett bis zum Ende durchgeführt hatte. Diese Krise ist seit Beginn der kriegerischen Ereignisse vertagt. Die Ulsterleute unter dem „ungekrönten König von Irland", Sir Edward Carson, tun enthusiastisch Dienst in der Armee. Die Iren selbst aber sind gespalten. Der Führer, der seit Januar 1900 die wieder vereinigten Parteien der Parnelliten und der Parnellgegner leitet, Redmond, steht entschlossen auf englischer Seite. Sein Gedankengang ist einfach und klar: Homerule ist Gesetz geworden. Ob das Gesetz verwirklicht wird und der Widerstand Ulsters zu brechen ist, hängt davon ab, daß Irland in dieser Zeit der Gefahr unbedingt zu England steht. Bleibt es treu, schickt es seine Söhne zur Rekrutierung, so muß England dafür nach dem Kriege mit voller Befriedigung der irischen Wünsche, koste es, was es wolle, quittieren. Das ist eine Politik, die zweifellos von realen Gesichtspunkten bestimmt wird. Dagegen läuft aber die irische Arbeiterwelt, die Arbeiterparteien unter Führung Larkins, Sturm, deren Losung der Haß gegen England sans phrase ist und die von den amerikanischen Iren mit Geld und publizistischer Literatur unterstützt werden. Die Aussichten beider Parteien gegeneinander abzuwägen, ist jetzt hier nicht angebracht; wir haben auch zu einem vollkommen begründeten Urteil kaum die Grundlagen. Redmond behauptet, daß die Rekrutierung ausgezeichnet voranginge. Das stimmt nun sicher nicht, da in den amerikanischen Zeitungen der Iren, wie dem Gaelic American und der Irish-World, genügend Beweise dagegen vorliegen. Man geht wohl zur Rekrutierung, aber zu den National Volounteers, einer eigenen Milizorganisation, die man sich im Homerulekampfe geschaffen hat. Und die scharfe Unterdrückungspolitik gegen die „Sinn-Fein-Bewegung" und die irischen Zeitungen auf der grünen Insel selbst, zu der sich die Regierung gezwungen sieht, lassen in jedem Falle eine große Gärung erkennen, von der ja auch nach Lage des ganzen historischen Gegensatzes zwischen England und Irland verwunderlich wäre, wenn sie nicht vorhanden wäre. Wie hoch wir diese für den heutigen Weltkrieg einschätzen sollen, ist nicht zu sagen. Der radikale Flügel geht ja in seinen Forderungen sehr weit und strebt die völlige Losreißung Irlands von England und die Errichtung einer unabhängigen irischen Republik an. Aber diese radikale Bewegung dürfte unter den amerikanischen Iren mehr Anhänger zählen als in Irland selbst. Sie vermag wohl das Werbegeschäft zu lähmen, und das ist schon für uns wichtig genug, daß England aus Irland nicht nur wenig neue Rekruten werben kann, sondern dort auch Garnisonen

zur Besatzung zurücklassen muß. Aber über diesen mehr passiven Widerstand hinaus dürfte heute die Erregung in Irland noch nicht gediehen sein, an einen Aufstand in den katholischen Strichen Süd- und Westirlands ist noch in keiner Weise zu denken. Die Aussichten, die ein solcher uns bieten könnte, sind allerdings groß genug. Schon Niebuhr hat gesagt: „Der Verlust Irlands ist der Todestag nicht nur der Größe, sondern der Existenz Englands", und für den deutschen Ausgang nach einem freien, von der englischen Seegewalt freien Atlantischen Ozean ist Irland von ebenso großer Bedeutung wie der Kanal. „Der Schlüssel zur freien Bewegung europäischer Schiffahrt (so hebt die Schrift eines Iren: Die Achillesferse Englands, mit einiger Übertreibung, hervor) liegt nicht bei Dover, sondern an der Südwestküste Irlands bei Berehaven." Mit um so größerer Kraft wird daher England um diesen einen Angelpunkt seiner Stellung auf den Meeren kämpfen. Auch hier liegt die Aussicht für uns in der Kraft unsrer deutschen Waffen und nicht in der Hoffnung auf große revolutionäre Erhebungen auf irischem Boden.

Die zweite Stelle, an der Englands Weltstellung sterblich ist, ist Ägypten. Wir lassen uns durch den Spott der englischen Presse nicht in der bestimmten Erwartung beirren, daß der türkische Vormarsch auf den Suezkanal, der ja bereits in einem ersten Vorstoße gelungen ist, auch weiterhin gelingen wird. Daß er Zeit beansprucht, ist für uns nichts Neues, sind doch rund 800 Kilometer zum großen Teile durch Wüste und wasserloses Gebiet zu überwinden. Und in jedem Falle muß England schon heute sehr beträchtliche Truppenmassen in Ägypten binden, um auf alle diese Möglichkeiten gerüstet zu sein. Was ihm Ägypten bedeutet, ist so geläufig, daß wir es nicht hervorzuheben brauchen. Für seine Stellung in Afrika, vor allem für den Weg nach Indien ist ihm die Verfügung über das Land des Nils und zwar im ganzen Verlaufe dieses Riesenflusses unbedingt notwendig. Heute kommt es auch nicht darauf an, zu untersuchen, ob England kulturell wenig oder viel in diesem Land geleistet hat, das es mit dem Erwerb der Suezkanalaktien 1875, mit der Beschießung Alexandriens am 11. und 12. Juli 1882, mit dem Feldzuge Kitcheners 1898 und den beiden Verträgen mit Frankreich vom 21. März 1899 und vor allem vom 8. April 1904 sich in der Hauptsache zur Kolonie gemacht hatte. Der unscheinbare Generalkonsul und diplomatische Agent, den England in Kairo unterhielt, war ja schon im Frieden neben dem Khedive der eigentliche Regent des Landes. Namentlich Lord Cromer hat als solcher für das Land sehr viel geleistet. Die Bevölkerung haben weder er noch seine Nachfolger Eldon Gorst und Kitchener für England gewinnen können. Alljährlich im September, am Jahrestage des Einzuges der Engländer in Ägypten, hielt die nationale jungägyptische Organisation in Genf eine Protestversammlung ab, alljährlich richtete sie an England die Erinnerung, daß es am Nil lediglich Gastrecht habe.

Jetzt hat, wie bekannt, England dieses Gastrecht in ein Besitzverhältnis verwandelt. Es hat am 19. Dezember Ägypten in ein Protektorat und seinen Generalkonsul in einen High Commissioner verwandelt. Die jungägyptische Bewegung erkennt das selbstverständlich ebensowenig an wie jenes Scheinverhältnis, das vorher bestand. Sie ist etwa im Jahre 1894 durch eine Gruppe junger Ägypter ins Leben gerufen worden, deren bedeutendster Mustafa Kemal war und deren Programm lediglich in der Losung bestand: Ägypten den Ägyptern! Solange England und Frankreich in afrikanischen Fragen einander gespannt gegenüberstanden, neigte diese nationale Richtung zu Frankreich. Nach Faschoda und dem Abkommen von 1904 aber war sie gezwungen, sich selbständig zu machen. Sie fand die Grundlage der Selbständigkeit und der neuen Kräfte im Islam und damit wieder die Anlehnung an die Türkei, die im 19. Jahrhundert unter der Dynastie Mehemet Alis bewußt durchschnitten worden war. Die Wucht der Tatsachen hat so alte Beziehungen wiederhergestellt, die Politik der ägyptischen Nationalpartei wurde islamisch. Sie nähert sich damit wohl der Türkei, wie auch ihr heutiger Führer Mohammed Ferid sich seit Ausbruch des Krieges ebenso wie der Khedive in Konstantinopel aufhält, aber sie strebt ein selbständiges Ägypten an.

Auch hier dürfte es gegenwärtig nicht viel anders stehen als in Irland. Eine Fülle von Gärung und Unzufriedenheit, ja von Haß gegen England ist vorhanden. Ob das schon ausreicht, die sehr verschiedenartig zusammengesetzten Bevölkerungselemente in sich zu einigen, ist ungewiß, vielleicht aber anzunehmen. Zweifelhafter aber ist, ob diese völlig waffenlose Bevölkerung imstande sein würde, in einem großen Aufstande von sich aus loszuschlagen. War nun in Friedenszeiten diese jungägyptische Bewegung England zwar unbequem, aber keineswegs gefährlich, und konnte sie ihm mit Beginn des Krieges noch nicht gleich hinderlich sein, so gewinnt sie von Monat zu Monat einer längeren Dauer des Krieges an Bedeutung und Gefährlichkeit für die englische Machtstellung gleich von zwei Seiten her, nämlich von der Unternehmung der Türkei auf Ägypten und vom Heiligen Kriege her, der von Oberägypten aus in das Land hereinschlägt. Berichte über die Kämpfe im Sudan, die bereits das Auftreten eines neuen Mahdi, den Fall von Faschoda und von Khartum meldeten, sind in der deutschen Presse angezweifelt worden. Jedenfalls liegt hier die Hauptgefahr. Wer den Sudan besitzt, besitzt den Nil, und der Besitz Ägyptens ist nur dann, wie der frühere Aufstand des Mahdi und der Feldzug Kitcheners bewiesen haben, sicher, wenn der Sudan nicht in Feindeshand ist. Die Macht der Engländer ist aber im Sudan begreiflicherweise noch weniger fest begründet, da er erst seit wenigen Jahren in ihrer Hand ist, als im eigentlichen Ägypten, und als Gegner stehen hier fanatische und kriegerische Negerstämme auf dem Plan, gefährlicher als im unteren Ägypten, wo eine

kluge englische Politik die Eingeborenen auseinander zu halten und waffenlos zu halten sich mit Erfolg bestrebt hat. Daher dürfte auch hier das Ergebnis sein, daß der gewaltige, aufgehäufte Zündstoff zu für England erschütternder Explosion kommen kann, ja muß, wenn die militärischen Ereignisse das Tor dazu einschlagen.

Noch weniger für uns zu übersehen ist die Lage in Indien, an dessen Aufstandsbereitschaft in Deutschland besonders ausschweifende Hoffnungen geknüpft worden sind. Daß starke, englandfeindliche Strömungen eigentlich in allen Schichten der Bevölkerung, unter den Hindus sowohl wie unter den Mohammedanern, vorhanden sind, ist kein Zweifel. Eine nationalistische Strömung des Hinduismus bekämpft die Fremdherrschaft und den europäischen Kulturanstrich, den sie brachte, grundsätzlich. Noch gefährlicher ist der Anspruch der nur zur Hälfte europäisierten Inder, die in England den Respekt vor dem Herrenvolk verloren haben und in Indien von ihm nicht in die Stellung zugelassen werden, auf die sie Anspruch erheben. Eine große islamische Bewegung kommt dazu, die mit dem türkisch-griechischen Kriege von 1897 entstand, als sich zum ersten Male die Türkei einem christlichen Staate gegenüber als stärker erwies. Diese mohammedanischen Inder waren früher ganz loyal, sind auch durch die englische Regierung immer verwöhnt worden. Ihnen zuliebe wurde 1909 Bengalen in zwei Teile geteilt — eine Maßnahme, die die Hindus sehr erbitterte — und 1912 die Hauptstadt von Kalkutta nach Delhi verlegt. Auch hat England immer versucht, die Streitigkeiten zwischen Hindus und Mohammedanern für sich nutzbar zu machen. Heute ist das nicht mehr möglich, seit der Heilige Krieg seine Wellen auch schon in diese mohammedanische Masse hereinzieht. Mohammedaner und Inder stehen gemeinsam dem Herrenvolk ablehnend, ja feindlich gegenüber. Die Mohammedaner werden dabei besonders gegen England wachgerufen durch die Bewegung in Afghanistan, so wenig wir diese von hier aus durchschauen können. Aber der dortige Emir Habibullah, die einzige unabhängige Macht des Islam in Asien, hat genug aus den Schwankungen der russischen und englischen Asienpolitik gelernt, um vor der überwältigenden Macht Englands keine besondere Scheu zu haben. Alle diese Momente religiös-nationaler Gärung werden schließlich noch durch ein wirtschaftliches verstärkt: das Land ist übervölkert, es wird durch den alten rücksichtslosen Egoismus von Lancashire wirtschaftlich zurückgehalten, und seine Söhne dürfen nicht einmal in die englischen Kolonien in Südafrika und Kanada einwandern, sie sind Bürger zweiter Klasse.

Klarer und bekannter als alle diese Bewegungen, die wir uns nur in großen Umrissen heute vorstellen können, ist, wie England von Anfang des Krieges an mit allen Mitteln gestrebt hat, sich Indien zu sichern. Es hat überall Loyalitätskundgebungen veranlaßt, es hält das geistige Oberhaupt der indischen Moham-

medaner ganz in seiner Hand, und vielleicht ernsthafter als alles dies ist die unbedingt loyale Haltung der einheimischen Fürsten, die nicht weniger als zwei Fünftel des Riesengebiets beherrschen. Diese hat ihre guten Gründe: die Gärung gegen England richtet sich ebensogut gegen die althistorische Despotenstellung, die die persönlich oft ganz europäisch kultivierten Radjahs immer noch einnehmen, und England hat seit über 50 Jahren in einer sehr klugen Politik alles getan, diese Fürsten auf seiner Seite zu halten. Daher kann es auf deren Loyalität und klingende Unterstützung unbedingt zählen. Allgemein aber mag heute auch hier noch gelten, daß wohl eine Masse von Unzufriedenheit vorhanden ist, daß aber in diesem Lande von 300 Millionen Einwohnern noch viel weniger als in Ägypten eine wirkliche Geschlossenheit der Stimmung oder gar der Organisation erzielt ist. Der Vizekönig von Indien, Hardinge, hat auch bei der Tagung der sogenannten indischen gesetzgebenden Versammlung (die aber nicht viel mehr als beratende Rechte hat) in Delhi mit Erfolg den Wunsch geäußert, die Besprechung aller streitigen Fragen zu vermeiden, und das Oberhaus hat sogar soeben für die Dauer des Krieges seine Zustimmung zu der Vorlage abgelehnt, für die vereinigten Provinzen Agra und Oudh einen Exekutivrat zu schaffen.

So wird auch hier heute noch nicht mit einem großen Aufstande gegen die englische Herrschaft gerechnet werden können. Auch hierfür werden die Erfolge unsrer Waffen in Europa das erste entscheidende Wort sprechen, dazu freilich unter allen Umständen die Rückwirkung des Konflikts, zu dem Japan China gegenüber anscheinend mit allen Mitteln treibt. Zweierlei freilich steht schon heute fest, was unter allen Umständen zuungunsten Englands in Indien wirkt, wie auch der Krieg ausgehe. Die Glorie der unbesiegbaren Macht, die Englands Stellung in Indien für die Indier umstrahlte, ist zerrissen. Das hat ja England selber den Indiern vordemonstriert, indem es indische Truppen auf französischem und belgischem Boden gegen die Deutschen fechten ließ. Diese Truppen aber kämpfen heute als gleichberechtigte Macht an der Seite der Engländer, die sie drüben in Indien nur als Menschen zweiter Klasse ansehen. Wie wird England, selbst wenn der Krieg seine Macht dort nicht wesentlich erschüttert, Indien dann die Begleichung der Rechnung ablehnen können, die ihm auch dort präsentiert werden wird? Kann es dem Lande eine eigene Verfassung und Verwaltung nach dem Vorbilde der Selbstverwaltungskolonien verweigern, dessen Söhne Schulter an Schulter mit den Söhnen der vornehmsten englischen Familien gegen die Deutschen gefochten haben? Eine so fundamentale Revision der bisherigen Indienpolitik aber ist der Anfang vom Ende der Vorherrschaft Englands in Indien überhaupt. Und kann man in Indien nicht heute schon darauf hinweisen, daß England während des Krieges nicht einmal aus eigenen Kräften sich dort aufrecht erhalten kann? In Singapore ist eine

Meuterei englisch-indischer Truppen ausgebrochen, zu deren Niederwerfung japanische Truppen gelandet worden sind. Umfang und Bedeutung dieses Vorfalles sind nicht genau zu erkennen, jedenfalls ist er von Japan mit größter Beflissenheit zur Erfüllung seiner ihm durch das Bündnis mit England auferlegten Schutzpflicht für Britisch-Indien benutzt worden. So setzt sich die Vorstellung fest, daß England eigentlich nur mit Japans Hilfe sich dort halte, und Singapore, das den Zugang zum ostasiatischen Meere ungefähr so beherrscht wie Gibraltar zum Mittelmeer, ist heute schon geradezu ein Pfand in den Händen der Japaner, der kommenden Vormacht in Asien.

Nur Unkenntnis und Unterschätzung des Gegners konnten zu Beginn des Krieges erwarten, daß an allen diesen Stellen des britischen Weltreiches sofort die Revolution in hellen Flammen aufschlagen würde und daß diese solide Kolonialmacht wie ein Kartenhaus zusammenbrechen würde. Heute können wir ruhiger darüber urteilen. Für einen Krieg, in dem sich die Machtorganisationen in den Millionenheeren und den Flotten der Großstaaten so gegenüberstehen, sind irreguläre Erhebungen nur Hilfsmittel, die erst wirksam werden, wenn die regulären Kämpfe der Entscheidung näherrücken oder diese gefallen ist. Wir haben auch gesehen, daß wir, um uns mit Erfolg zur Wehr zu setzen, die Hoffnungen auf revolutionäre Erhebungen bei unsern Feinden nicht brauchten. Indes wird darum die Bedeutung der hier besprochenen Probleme für England von uns nicht unterschätzt. Auch für diese Seite der englischen Politik gilt dasselbe wie für die Seegewalt Englands: sie will erhalten, Abhängigkeitsverhältnisse und eine koloniale Vorherrschaft konservieren, gegen die an vielen Stellen die Beherrschten sich selbst mit Erfolg sträuben, weil die Grundbedingungen dazu sich überlebt haben. Auch diese Fragen lehren, wie notwendig England, um seine Weltstellung zu behaupten, den Frieden brauchte. Denn nur dann konnte es seine alte Politik an diesen drei Stellen fortsetzen, mit einer sehr schwachen Minderheit über abhängige Mehrheiten andrer Rasse und andrer Konfession zu herrschen. Durch den Krieg treibt es aber die Gegensätzlichkeit der abhängigen Bevölkerung gegen die Herren auf der grünen Insel wie am Nil und am Ganges geradezu mit Absicht und Gewalt hervor und erweckt sie zu bewußter Feindschaft und Ablehnung. Ginge auch der Krieg für England ganz glücklich aus, seine Stellung als Weltreich kann es durch ihn nicht verstärken. Denn seine Staatsmänner selbst haben dazu beigetragen, dieses Weltreich durch den Krieg in seinem Gefüge zu lockern. Wohl kann ein Staat im Frieden lange Anspruch und Prestige aufrecht erhalten, für die die innere Kraft bereits fehlt; in einem Kriege, wie ihn England heute aus eigner Schuld zu führen gezwungen ist, werden diese Ansprüche und wird dieses Prestige in ihrer inneren Schwäche erkannt.

20.

(Der ferne und der nahe Osten)

31. März 1915

Am 17. April sind es 20 Jahre, daß der Friede von Shimonoseki geschlossen wurde, der den japanisch-chinesischen Krieg beendete, das Vorspiel für die weltpolitische Entwicklung von 1894 bis 1914. In diesem Frieden wurde zwar Japan durch den Widerspruch Deutschlands, Frankreichs und Rußlands um die an Korea angrenzende Halbinsel Liaotung gebracht, aber es erwarb das reiche Inselland Formosa, und die chinesische Kriegsentschädigung gab ihm die Möglichkeit, fieberhaft zu neuer gewaltsamer Expansion zu rüsten. Durch die Torheit der russischen und die Kurzsichtigkeit der englischen Politik fand es dafür im Bündnis von 1902 mit England eine wesentliche, ja entscheidende Stütze. Der Krieg mit Rußland 1904/5 sicherte ihm neben halb Sachalin den Besitz der Halbinsel Korea und die Anwartschaft auf die Mandschurei. Doch legte, da es dem russischen Unterhändler Witte gelang, eine Kriegsentschädigung seitens Rußlands auszuschließen, auch dieser siegreiche Ausgang dem aufs äußerste angespannten Wirtschaftssystem des Landes nur neue Lasten auf. Nun brach 1914 der Weltkrieg aus. Formell war die Lage Japans gegeben mit dem Artikel 2 des englisch-japanischen Bündnisvertrages vom 30. Januar 1902 (erneuert 1905 und 1911): „Wenn einer der Vertragschließenden durch einen unprovozierten Angriff oder einen Überfall von irgend einer andern Macht zur Verteidigung seiner Hoheitsrechte oder besonderer Interessen in einen Krieg verwickelt wird, soll der andre Vertragschließende dem Bundesgenossen sofort zu Hilfe kommen." Ohne Zweifel war England nicht angegriffen, sondern hatte nach seiner eigenen, immer wiederholten Erklärung den Krieg zum Schutze eines Dritten (Belgiens) begonnen. Danach mußte also Japan neutral bleiben, wofür auch seine Finanzlage sprach. In dieser Richtung arbeiteten auch Amerika und, wie mit Wahrscheinlichkeit behauptet wird, China durch seinen Berater, den Australier Morrison, obwohl dieser vor Antritt dieser Stellung lange Jahre der Vertreter der Times in Peking gewesen war. Bei uns erwartete man sogar in den ersten Augusttagen, Japan werde uns zu Hilfe kommen, indem es Rußland in den Rücken fiele, um den Ertrag des Krieges von 1904 nun ganz in seine Scheuer zu führen. Dabei vergaß man bei uns freilich vollständig, daß die ostasiatischen Beziehungen zwischen Rußland und Japan durch das Mandschureiabkommen von 1910 bereinigt waren; es ist gerade das Verdienst Iswolskis, hier reinen Tisch gemacht zu haben.

Wie nun die japanische Regierung zwischen dem 4. und 17. August dazu kam, Deutschland das bekannte Ultimatum zu stellen, ist heute im einzelnen

natürlich noch unbekannt. Fest steht aber, daß die beiden maßgebenden japanischen Minister, Graf Okuma und Baron Kato (der Minister des Auswärtigen, der 1902 als Botschafter in London das Bündnis mit England abgeschlossen hat), in ihrem Parlamente deshalb heftig angegriffen, sich ausdrücklich auf den Zwang beriefen, unter dem Japan sich auf englischen Druck zum Eintritt in den Krieg entschlossen hätte. Der Finanzminister schloß sich dem an, und das Parlament nahm die Kriegskredite zwar einstimmig, aber mit der Begründung: „Unter dem Zwange der auswärtigen Lage" an. Innerpolitische Schwierigkeiten, die schon damals bestanden, haben außerdem noch mitgespielt. Daran ist also kein Zweifel, daß England, um augenblicklich im Rücken sicher zu sein (das Bündnis bezieht sich ja ausdrücklich auch auf Indien), Japan in den Krieg hereingezerrt hat, der von ihm nicht mit einhelliger Begeisterung begonnen wurde. Sobald das aber der Fall war, war der ganz nüchternen Staatskunst Japans das Ziel absolut klar. Man benutzte den Krieg, um Deutschland Kiautschou wegzunehmen, nicht aus besonderer Feindschaft gegen Deutschland, sondern man hätte diesen Punkt jeder andern europäischen Macht auch weggenommen. Man dachte aber und denkt nicht daran, Truppen auf europäischen Kriegsschauplätzen zur Unterstützung der Verbündeten mitfechten zu lassen, sondern, da der Krieg einmal ausgebrochen ist, soll er Japan die Herrschaft über Nordchina und einen maßgebenden Einfluß und Anteil in Südchina, mindestens die Vorherrschaft längs der ganzen Küste des chinesischen Reiches bis herunter nach Hongkong bringen.

In der Übersicht vom 23. März haben wir von den Forderungen berichtet, die Japan an das von ihm für wehrlos gehaltene China richtete. Inzwischen sind sie im Wortlaut bekannt geworden. Er läßt, ebenso wie die Art der Übermittlung direkt durch den japanischen Gesandten an Juanschikai und die Forderung an China, sie ganz geheim zu halten, erkennen, daß Japan seinen Absichten in möglichster Verschleierung, ja Unehrlichkeit gegen England nachgehen wollte. Natürlich blieb das Geheimnis nicht gewahrt. Deshalb wurden die Forderungen für übertrieben erklärt, es sollten statt 21 nur 11 sein. Tatsächlich sind folgende Forderungen überreicht worden: 1. Vier in bezug auf Schantung, die in der Hauptsache Japan in die Nachfolge Deutschlands einsetzen. 2. Sieben in bezug auf die Südmandschurei und Ostmongolei, darunter: Kontrolle und Verwaltung der Eisenbahn Tschangtschung—Kirin auf 99 Jahre, Überlassung von Port Arthur und der südmandschurischen und Antung—Mukdenbahn gleichfalls auf 99 Jahre, Recht des Landerwerbs in der Südmandschurei und Ostmongolei, japanische Zustimmung für alle Eisenbahnkonzessionen oder Anleihen mit fremden Mächten, freies Wohnrecht der Japaner, Recht des Minenbetriebes in diesen Gegenden und Verpflichtung Chinas, Japan bei der Heranziehung von Beratern und Instrukteuren für

alle möglichen Zwecke zuerst zu berücksichtigen. 3. Forderungen in bezug auf die Hanjang-Gesellschaft, die Japan einen maßgebenden Einfluß auf diese große Minengesellschaft sichern. 4. Verpflichtung Chinas, keine Häfen und Inseln an der Küste an eine dritte Macht abzutreten, und 5. (sieben Forderungen): Verpflichtung Chinas, über die Hälfte seines Munitionsbedarfs von Japan zu kaufen, Verwaltung der Polizei in bestimmten Plätzen durch Japan oder gemeinsam durch Japan und China, Verwendung von Japanern als Berater, Recht der religiösen Propaganda für den Buddhismus, Recht des Landerwerbs im Innern für den Bau von japanischen Krankenhäusern, Schulen und Kirchen, Recht Japans zu Eisenbahnbau, Hafenanlagen, Minenbetrieb in der Provinz Fukien (gegenüber Formosa), und schließlich Recht des Baues einer Eisenbahn zwischen Wuschan und Kiukiang und Nantschan, sowie zwischen Nantschan und Tschaotschaufu und Hangtschau — diese Eisenbahnberechtigungen würden den Anschluß Südchinas und Schanghais an die große Peking—Hankau-Linie und deren Verbindung mit Schanghai japanisch machen und damit das Jangtsetal dem japanischen Einflusse unterwerfen.

Die Version seiner Wünsche, die Japan an seine Verbündeten mitgeteilt hat, lautet freilich viel einfacher und bescheidener. Wir können sie des Raumes wegen hier nicht vollständig mitteilen; jedenfalls sind aus dieser Liste eine Reihe gerade der wichtigsten Forderungen ausgelassen und ist bei andern ihr wirklicher Charakter verschleiert. Zum Beispiel hat Japan seine Forderung auf ausschließliche Bergwerksrechte im Jangtsebassin und auf die Eisenbahnbauten in diesem Verzeichnis nicht mitgeteilt. Es geht darin mit direkter Unehrlichkeit gegen seinen Verbündeten vor.

Die Bedeutung des japanischen Programms liegt ohne weiteres auf der Hand und ist oben schon bezeichnet. Es erinnert einigermaßen an das Vorgehen Englands seinerzeit in Ägypten, so daß die Engländer sich über ihren gelehrigen Schüler freuen können, freilich mit dem bitteren Beigeschmack, daß sich der Schüler gegen die Interessen seines Meisters richtet. Zunächst aber ein Wort über die inneren Motive dieses ins Ungemessene gehenden japanischen Ehrgeizes, der auf diese Weise den besten Teil vom chinesischen Riesenreiche sich untertan machen will. Vielleicht ist für keine Großmacht der Welt heute der Zwang zur Expansion, zum Imperialismus so groß wie für Japan. Wenn je auf ein Land das Wort des Grafen Caprivi zutraf: „Entweder müssen wir Menschen exportieren oder Waren", so ist es Japan, das nach Großbritannien am dichtesten bevölkerte Land der Erde — bei 53 Millionen Seelen beträgt die Bevölkerungsdichtigkeit auf den Quadratkilometer in Japan 139; dabei ist der Geburtenüberschuß noch größer als der Deutschlands. Die Ernte an Reis, dem wichtigsten Volksernährungsmittel, reicht trotz intensiven Kleinbetriebs nicht aus, so daß eine zunehmende Einfuhr ebenso nötig ist wie

die Förderung der Industrieausfuhr, für die aber z. B. die Baumwolle auch eingeführt werden muß. Das Land ist zu eng geworden, der Bevölkerungsüberschuß strebt nach außen (daher das Drängen japanischer Einwanderung nach Kalifornien usw.), und der Industrie steht die englische und nordamerikanische Konkurrenz, vor allem auf dem besten Absatzgebiet, in China entgegen. Damit ist die unbedingte Notwendigkeit für Japan, sich Absatzmärkte zu sichern und Siedlungsgebiete für seine Bevölkerung, um so mehr gegeben, als die aufs höchste geschraubte Steuerleistung des Volkes eine stärkere Anspannung kaum zuläßt und sein Staatshaushalt sich heute nur mühsam am Rande des Zusammenbruches hält.

Das so begründete und seit zwei Jahrzehnten planmäßig verfolgte imperialistische Programm wird aber nicht von der gesamten Bevölkerung einhellig getragen, die die sich daraus notwendig ergebenden militärischen Rüstungen mit zunehmender Abneigung auf ihre Schultern nimmt. Man fordert aus finanziellen Gründen, die von dem Kabinett Okuma für notwendig gehaltene Militärverstärkung zu verschieben. Es ist darüber zur Auflösung des Parlaments gerade in dieser Krisis gekommen, und im Wahlkampfe standen sich die Militärpartei unter der Führung der Gennro (der alten Staatsmänner) und die friedliche Demokratie gegenüber, die einen stärkeren Einfluß des Volkes wünscht; sind doch von der Bevölkerung nur $1^1/_2$ Millionen überhaupt wahlberechtigt. Die Wahlen am 26. März scheinen indes eine kleine Mehrheit der Regierung ergeben zu haben. Aber auch wenn die jetzige Regierung abtreten müßte, glauben wir nicht, daß das eine Änderung der japanischen Angriffspolitik bedeuten würde, weil diese vom japanischen Standpunkte aus in sich zu gut begründet ist, und weil vor allem die Gelegenheit für einen großen Erfolg heute so günstig ist wie nie.

Aus den Einzelheiten über die japanisch-chinesischen Verhandlungen ist bisher nicht klug zu werden. Ihnen wird von japanischer Seite bereits durch Truppenlandungen Nachdruck gegeben, denen die chinesische Regierung gleichfalls Truppenkonzentrationen gegenüberstellt. Daß trotzdem China einem japanischen Angriff nicht gewachsen ist, darüber dürfte kein Zweifel sein. Es ist weder militärisch noch finanziell, noch innerpolitisch irgendwie auf einen Krieg vorbereitet. Inwieweit der passive Widerstand, den die Größe seines Landes leisten kann, ihm hilft, hängt von der Spannweite ab, die Japan seinen Forderungen gibt. Um jenes Programm durchzusetzen, ist ihm eine Eroberung gar der inneren Provinzen Chinas überhaupt nicht nötig. Auch bei aller Vorsicht des Urteils dürfte es nicht zweifelhaft sein, daß Japan mit seinem ausgezeichneten Heere, seiner Flotte und den Positionen, die es bereits auf chinesischem Boden fest in seiner Hand hält, imstande ist, seine Wünsche durchzusetzen.

Es findet darin im heutigen Weltkriege keinen starken Widerstand der an Ostasien beteiligten Mächte. Rußland gegenüber ist auch eine Interessenkollision nicht sofort gegeben, wenn auch die Bahn Tschangtschung—Kirin Wladiwostok böse bedroht und die japanischen Wünsche in der östlichen Mongolei direkt gegen die russischen Interessen verstoßen. Einstweilen aber ist das Abkommen von 1910 noch in voller Gültigkeit, und für die weiteren Beziehungen zwischen Japan und Rußland in Ostasien kommt es darauf an, welche Richtung Japan mit seinen chinesischen Wünschen stärker betont. Denn die Gesamtrichtung seiner Forderungen läßt ihm heute noch die Wahl, ob es den Norden oder den Süden als das wesentlichere Einflußgebiet betrachten will. Andrerseits hat Rußland mit seiner mongolischen Politik sich mehr auf die Linie Urga—Kalgan—Peking festgelegt, und es ist ja ganz fraglich, wann es wieder eine entschiedene Ostasienpolitik aufnehmen kann, oder ob ihm nicht der Krieg überhaupt die mittelasiatische Richtung nach dem eisfreien Hafen näherlegt. So gehören die Reibungsmöglichkeiten hier erst einer ferneren Zukunft an.

Dagegen stößt Japan direkt gegen die amerikanischen und englischen Interessen vor. Bei der ungeheuren Wichtigkeit, die diese Fragen für Nordamerika haben, und obwohl man diesen Konflikt seit Jahren hat kommen sehen, ist es erstaunlich, daß die amerikanischen Blätter sich damit so wenig beschäftigen. Mit Nachdruck erinnern nur die deutschamerikanischen Zeitungen daran, daß hier im Stillen Ozean und gegen Japan die eigentliche Gefahr für Nordamerika liege. Aber die jetzige Regierung der Vereinigten Staaten ist einer entschiedenen weltpolitischen Betätigung überhaupt abgeneigt und das wirtschaftliche Interesse wie die öffentliche Meinung sind fast ausschließlich auf den europäischen Krieg eingestellt. So ist die Äußerung der Besorgnis und Gegnerschaft gegen dieses japanische Programm noch recht zage und bescheiden. Am 30. November 1908 ist ja zwischen dem damaligen Staatssekretär Elihu Root und dem japanischen Botschafter Takahira ein Abkommen geschlossen worden, auf das jetzt von Amerika hingewiesen wird, und das beide Mächte zur gemeinsamen Anerkennung der Unabhängigkeit und der Integrität Chinas und der wirtschaftlichen Gleichberechtigung und offenen Tür verpflichtet. Es ist mithin fast dieselbe Verpflichtung für Japan, die ihm sein Bündnis mit England diesem gegenüber auferlegt. Außerdem erinnert man Okuma an sein feierliches Versprechen vom 24. August an Amerika, daß Japan Kiautschou an China ohne jeden Vorbehalt zurückgeben wolle. Aber was nutzen diese papiernen Verpflichtungen und Erinnerungen, wenn Japan entschlossen ist, selbst mit Gewalt und unter Verletzung völkerrechtlicher Verpflichtungen seine Wünsche durchzusetzen? Dann braucht man in Amerika nur auf die eigene Wehrmacht hinzusehen, um ganz still sein zu müssen. Jetzt rächt sich die Vernachlässigung der militärischen Rüstung in den Vereinigten Staaten. Die

amerikanische Flotte steht sicherlich auf der Höhe, aber sie ist nach eigenem Zugeständnis ihrer Admirale ungenügend bemannt. Dagegen ist die japanische Flotte schlagfertig und hat sich Japan durch die Besetzung dreier deutscher Kolonien in der Südsee — kürzlich ist die englische Garnison auf der früheren deutschen Südseeinsel Yap durch eine japanische abgelöst worden — bereits gegen alle Möglichkeiten gesichert. Daher hat die Nachricht viel Wahrscheinlichkeit für sich, daß Amerika sich nur auf einen formellen Einspruch beschränken wird mit der Begründung, daß sein Handel mit Japan zweimal so groß als der mit China sei. Über diese Proteste aber wird Japan zur Tagesordnung übergehen. Damit ist die Politik Bryans auch hier vollständig bankerott, und es bleibt nur die Hoffnung, daß Japan finanziell nicht in der Lage ist, einen großen Krieg durchzuführen. Aber es hat es ja bei der augenblicklichen Situation in der Welt vollkommen in der Hand, den Krieg so sparsam und mit so kleinem Aktionsradius wie möglich zu führen. Sonderbar ist es doch und muß die Mißstimmung patriotischer Amerikaner erregen, daß die Vereinigten Staaten dieser außerordentlichen Gefahr, die auf die Südsee schon übergegriffen hat (auf Hawai sind von 154000 Einwohnern 82 500 Japaner) und in ihren Folgen offensichtlich Kalifornien und vor allem den Panamakanal bedroht, nicht anders als resigniert gegenüberstehen.

Freilich kann auch in England augenblicklich das Gefühl nicht anders sein als das der Resignation oder einer ohnmächtigen Wut. Mit Formosa hat sich Japan schon 1904 der englischen Interessensphäre recht unangenehm vorgelegt, jetzt aber sucht es zur Flankierung der Fukienstraße mit jenen Eisenbahnforderungen im Süden den Stoß in das englische Interessengebiet im Jangtsetal und in Südchina überhaupt zu führen. Ohnmächtig muß England dem zusehen, ja, indem es die Ablösung seiner Besatzung in Yap durch Japaner selbst erbat, dehnte es von sich aus die Einflußsphäre Japans aus — was werden die Australier dazu sagen? —, und in der Erfüllung der Bündnispflicht gegen den Aufstand in Singapore sitzt Japan bereits an dieser Eingangsstelle zum ostasiatischen Mittelmeer. Ein Wunder ist es darum nicht, daß die englische öffentliche Meinung immer besorgter und aufgeregter auf die Entwicklung im fernen Osten hinblickt. Die Zuschriften an die Zeitungen mehren sich von Tag zu Tag, stehen doch, allein den Handel mit China gerechnet, nicht weniger als 50 Millionen Pfund jährlich auf dem Spiele. Man betont, daß Japan den Bündnisvertrag von 1905 glatt zerreißt, daß die ganze englische Chinapolitik, die auf der Anerkennung der chinesischen Integrität beruhte, damit obsolet wird. Aber was will man machen, was verlangt man von der Regierung? Deren Antworten werden übereinstimmend als ungenügend empfunden. Grey stellte die Meldungen als übertrieben hin; zur gleichen Zeit veröffentlichten die englischen Zeitungen den Wortlaut der japanischen Forderungen, den wir oben

wiedergaben. Der Unterstaatssekretär Primrose sagte, daß England gegen die japanische Expansion in China nichts hätte, vorausgesetzt, daß diese in keiner Weise englische Interessen verletze; dabei trifft jede der Forderungen in bezug auf Südchina diese englischen Interessen tödlich. So wächst die Beunruhigung von Woche zu Woche, besonders in Lancashire, dessen Textilinteressen in erster Linie getroffen werden und dessen Abgeordnete sich deshalb am lebhaftesten rühren. Aber alle diese Proteste bleiben auch jetzt nur auf dem Papier stehen. Natürlich sieht die Regierung ein, was auf dem Spiel steht, aber sie kann es zu einer Kündigung des Bündnisses mit Japan jetzt nicht kommen lassen. Sie hat selbst England aus Ostasien herausmanövriert, als sie in dem bornierten Hasse gegen Deutschland Japan bündnisfähig machte und die gelbe Rasse in die Auseinandersetzungen mit Europa hereinzog.

Für Deutschland rächt sich jetzt die Politik des Friedens von Shimonoseki. „Als wir damals Japan in den Arm fielen, verloren wir viele, seit Jahrzehnten dort aufgespeicherte Sympathien, ohne dafür bei Frankreich und Rußland sonderlichen Dank zu ernten", so sagt Fürst Bülow in seinem Werke über die auswärtige Politik Deutschlands. Jenen Frieden hat Japan Deutschland niemals verziehen. Ito, der wohl bedeutendste Staatsmann, den es in den letzten zwei Jahrzehnten hatte, hat das ganz offen ausgesprochen. Und Deutschland hat seitdem auch nicht genug in seiner großen Politik getan, um sich feste Beziehungen in Ostasien zu sichern. Auch hier hat sich die absolute Politik der freien Hand, die es trieb, nun gerächt. Daß aber Deutschland im fernen Osten von Japan nicht als dauernder Gegner betrachtet wird, ist bereits heute klar. Von Ausschreitungen gegen Deutsche haben wir nichts gehört, die deutschen Gefangenen werden mit Hochachtung behandelt usw. Die kalt rechnende Staatskunst Japans weiß natürlich heute schon, daß sie in den jetzt eingeleiteten Auseinandersetzungen ebensowenig dauernd Feind aller Großmächte sein kann wie Deutschland. Vergessen werden wir in Deutschland — das wollen wir doch gegenüber mancherlei laut werdenden Versuchen betonen — die Art nicht, in der Japan uns gerade in kritischster Zeit überfiel, und noch weniger ist auch für uns das letzte Wort über Ostasien schon gesprochen. Aber wir glauben wohl, daß dort und in der Südsee ein Sichvertragen mit Japan für uns herauskommen wird, und begnügen uns heute mit den Folgen seines Vorgehens für den europäischen Kriegsschauplatz. Kommt es zum Kriege mit China, so ist Japans Beteiligung in Europa noch viel mehr ausgeschlossen als jetzt schon und zudem die Kriegsmaterialzufuhr für Rußland aus den Vereinigten Staaten über Japan unterbunden.

Ferner und naher Orient sind räumlich weit voneinander getrennt und doch durch unendlich viele Fäden verbunden. So zieht das Vorgehen Japans seine Kreise nach Indien, aus dem immer bedrohlichere Symptome für England

von diesem nicht mehr verheimlicht werden können, so macht es sich in seinen Ausläufern spürbar auch in Zentralasien, Persien usw. Überall ist es das englische Prestige und das englische Interesse, das davon berührt wird und das, sobald die Dinge fest angefaßt werden, schon im russischen keine Stütze mehr findet. In Teheran haben die Gesandten Rußlands (Korostowetz) und Englands (Townley) gewechselt werden müssen, da sie einander zu strikt entgegenarbeiteten. England hat als Gesandten seinen früheren Botschaftsrat in Konstantinopel, Malet, hingeschickt und hofft, daß der neue russische Gesandte, N. S. Etter, der aus London kommt und dort öfter den Grafen Benckendorff auf der Botschafterreunion vertreten hat, genügend in seinem Interesse tätig sein werde. Es wird sich darin täuschen. Und glaubt England wirklich, daß sein erschüttertes Prestige durch die glänzende Aussicht hergestellt werden könnte, die es dem indischen Bevölkerungsüberschuß in Südpersien und Mesopotamien eröffnet, wie das eben Lord Hardinge getan hat? Dazu muß dieses Gebiet doch erst erobert werden. Die Absicht darauf, im Frieden gar manchmal, um Deutschland einzuschläfern, verhüllt, wird jetzt ganz offen ausgesprochen. Was war das für ein vortreffliches Orientprogramm der Verteilung des vorderen Orients: für Frankreich Syrien, Palästina, die Herrschaft über die türkischen Finanzen, für Rußland Armenien, für England der Persische Golf, Arabien, die Sinaihalbinsel und Ägypten! Deutschland wäre dann sein Anteil an der Bagdadbahn geblieben, der einfach in der Luft gehangen hätte. Durch all dies ist jetzt durch den Krieg ein Strich gemacht, auch um dieses wird an den Dardanellen entscheidend gekämpft.

Dort ist eine Kampfpause eingetreten, in der die Befestigungen zu neuer Abwehr gerüstet werden, diese Befestigungen, an denen schon Moltke beteiligt war und deren Hauptverdienst dem deutschen Ingenieur Friedrich Bluhm (1851 bis 1887 in türkischen Diensten) gehört. Im ersten Angriff sind zwei englische und ein französisches Linienschiff vernichtet, ein englisches und ein französisches kampfunfähig gemacht worden. Da zwei neue englische Schiffe hinzukommandiert worden sind, stehen jetzt 15 Schiffseinheiten zum neuen Angriff zur Verfügung mit acht 38-Zentimeter-Geschützen und 68 andern Geschützen schwerer Artillerie geringeren Kalibers. Obwohl die Eroberung noch nicht geglückt ist, gehen die Auseinandersetzungen der russischen Presse darum lustig weiter. Besonders die Rjetsch tut sich darin hervor und in eifriger Polemik mit der englischen Presse. Aber alles das hat ebenso wenig Bedeutung, wie die diplomatischen Aktionen des Dreiverbandes in Bukarest und Sofia. Sowohl Bratianu in Rumänien wie Radoslawow in Bulgarien sehen nach wie vor keinen Grund, sich in den Krieg an der Seite des Dreiverbandes hereinreißen zu lassen, der Rumänien nicht Beßarabien und vor allem Bulgarien nicht Mazedonien bringen würde. Die Versprechungen und Drohungen, mit

denen die russischen und englischen Staatsmänner arbeiten, verfangen um so weniger, als ein Hauptmotiv für die griechische Neutralität jetzt bekannt geworden ist. In einem ausgezeichnet informierten Artikel teilte nämlich die Nea Hemera in Athen (9. März) mit, daß Rußland während der Vorbereitungen des Dardanellenangriffs kategorisch erklärt habe, es würde den Einzug griechischer Truppen in Konstantinopel nicht dulden. Das ist in Athen bekannt geworden und Frankreich hat infolgedessen sofort alle Hoffnung auf die Teilnahme Griechenlands aufgegeben. Die Mißachtung, die England und Frankreich dem griechischen Proteste gegen die Besetzung der Inseln Lemnos, Tenedos und Naxos als Flottenbasis entgegenstellen, kommt noch hinzu. Griechenland würde nur in den Konflikt eingreifen, wenn Bulgarien es oder Serbien angreift oder wenn es mit Bulgarien die Türkei angreifen würde. Beide Fälle sind nicht wahrscheinlich, daher ist die Erwartung gerechtfertigt, daß die Neutralität von ihm festgehalten wird.

Die Hauptsache in all diesem Auf und Ab der Parteien in den Balkanstaaten ist aber doch der unversöhnbare Gegensatz gegen die russischen Orientpläne. Die Herrschaft Rußlands in Konstantinopel würde zunächst die Selbständigkeit der griechischen, rumänischen und bulgarischen Kirche bedrohen, insofern, als das ökumenische Patriarchat dann in russische Abhängigkeit käme. Bedenkt man, welche Bedeutung die selbständige Kirche für die Emanzipationsbestrebungen der Balkanstaaten hatte und was die von Rußland abhängige Kirche, wie bereits das Beispiel in Ostgalizien zeigt, für den Panslawismus bedeutet, so ist mit diesem einen Wort schon ein unüberbrückbarer Gegensatz bezeichnet. Und „Puffer für Rußland, ein Netz unschädlicher, aber widerstandsfähiger kleiner Organismen" zu werden, wie Menschikow in der Nowoje Wremja (4. März) die Zukunft der Balkanstaaten sieht —, dafür haben diese Staaten nicht über ein Jahrhundert ihr Blut vergossen und Opfer gebracht im Kampfe erst gegen die Türkei und dann gegen Rußland. Auch dieser Krieg wird nach menschlichem Ermessen die Selbständigkeit der Balkanstaaten ein gut Stück weiterbringen, gerade gegen Rußland. So einfach ist die Lage nicht, wie England in seinem Interesse sie sehen möchte: „Durch den Bruch zwischen Rußland und der Türkei versperrt Deutschland die Tür zum Kompromiß zwischen ihm und Rußland. Entweder Rußland oder Deutschland muß die herrschende Macht im nahen Osten am Ende dieses Krieges sein, und sicherlich wird Deutschland sie nicht sein." (Westminster Gazette, 19. November.) Man muß schon sehr in den Haß gegen Deutschland verrannt sein, um die Lage des nahen Orients mit dieser schematischen Einseitigkeit anzusehen. Rußland wird und darf die herrschende Macht im nahen Orient nicht werden, Deutschland hat sie nie werden wollen, und der Krieg muß den Ausgang bringen, daß die Selbständigkeit der Türkei und der Balkanstaaten zusammen

mit dem dadurch stabilierten deutschen Einfluß diese einfache englische Alternative ausschließen. Von Rußland wird es dann aber abhängen, ob es sich nicht auch gegen die englischen Orient- und Mittelmeeransprüche richtet, die seinen Lebensinteressen genau so entgegengesetzt sind, wie denen der Türkei und ihrer Verbündeten.

Wieder betonen wir, daß, so wichtig der Kampf um die Dardanellen ist, der Krieg gegen Serbien nicht in die zweite Reihe gerückt werden darf. Unter allen Gesichtspunkten ist die endgültige Niederwerfung Serbiens, das den Feldzug verschuldet hat, vonnöten, und es bedarf keiner Worte, um nachzuweisen, was für diesen Teil der orientalischen Frage, der aber mit allen bisher betrachteten aufs engste zusammenhängt, die österreichisch-italienischen Beziehungen bedeuten. Der ganze Wust von alarmierenden Nachrichten darüber, mit denen die Ententepresse namentlich aus Rom ihre Spalten füllt, kann uns nicht beirren. Er ist eher ein Zeichen dafür, daß die Dinge in unserm Sinne gut stehen. Wir möchten aber besonders bei uns vor einer Ungeduld warnen, die sich diese Frage der Beziehungen zwischen Österreich und Italien etwas naiv vorstellt, wie ein einfaches Geschäft, in dem der eine bietet und der andre zuschlägt oder ablehnt. Diese Beziehungen sind ja gerade deshalb so verwickelt, weil sie naturnotwendig in die orientalische Frage hereinreichen. Das hat auch Graf Tisza mit der Äußerung im Auge gehabt, die er an einen Mitarbeiter der Turiner Stampa getan hat (im Pester Lloyd, 23. März veröffentlicht): „Die aufmerksame und gründliche Untersuchung der gegenwärtigen Lage und der Zukunft der beiden Länder läßt glauben, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten eine friedliche und freundschaftliche Lösung finden können. Desgleichen glaube und hoffe ich, daß zwischen beiden Mächten der Einklang aufrichtig und dauernd sein wird. Denn ich bin überzeugt, daß sie beide durch vitale und bleibende Interessen darauf angewiesen sind, die Fundamente zu einer innigen Freundschaft und fruchtbaren Harmonie zu legen." Wer diese Worte flüchtig durchliest, ist geneigt, sie für nichtssagende Phrasen zu halten, die bestehende reale Gegensätze übertünchen sollen. Aber Graf Tisza ist alles andre eher als ein Phraseur und hat immer eher ein Wort zu wenig als jemals eins zu viel gesagt. Man muß seine Worte lesen auf dem Hintergrunde der ganzen großen Mittelmeer- und Orientfragen, die in ihnen zwischen Österreich und Italien gemeint sind. Dann gewinnen sie sogleich ein ganz andres Schwergewicht.

So erscheinen heute Italien und Japan als die beiden äußersten Exponenten in den Verwicklungen des nahen und des fernen Orients, die, beide Kultur- und Machtkreise für sich, voneinander geschieden waren und die gerade durch diesen großen Krieg in stärkste gegenseitige Berührung und Wechselwirkung versetzt sind. Daß das so gekommen ist, ist in erster Linie

Englands Werk. Darum treffen auch alle Entscheidungen, wenn sie in unserm Sinne fallen, unmittelbar unsern englischen Gegner.

21.

(Bismarck — Kriegsschuld und Kriegsziel — Die Neutralen)

7. April 1915

Die vergangene Woche hat uns im Zeichen Bismarcks gestanden und sein Gedenktag hat uns erschütternd gelehrt, wie tief diese Gestalt, die schon ganz der Vergangenheit anzugehören schien, in das deutsche Leben und Kämpfen von heute hereinragt. Das gilt für die innere Politik, für die Art und Organisation, in der wir den uns aufgedrungenen Kampf im Innern tragen. Das gilt auch für die große Politik nach außen. „Wenn ich mir in der auswärtigen Politik irgend ein Verdienst beilegen kann, so ist es die Verhinderung einer übermächtigen Koalition gegen Deutschland seit dem Jahre 1871." So sagte Bismarck am 14. Juni 1882 im Reichstag, und in der letzten Parlamentsrede, die er über auswärtige Politik gehalten hat, am 26. Januar 1889: „Ich betrachte England als den alten und traditionellen Bundesgenossen, mit dem wir keine streitigen Interessen haben; — wenn ich sage ‚Bundesgenossen', so ist das nicht in diplomatischem Sinne zu fassen; — wir haben keine Verträge mit England; — aber ich wünsche die Fühlung, die wir seit nun doch mindestens 150 Jahren mit England gehabt haben, festzuhalten, auch in den kolonialen Fragen." In diesen beiden Bismarckworten scheint uns die kürzeste Antwort auf die Frage nach Kriegsschuld und nächstem Kriegsziel zu liegen.

Der langsamere Gang der militärischen Ereignisse veranlaßt von selbst, über die allgemeinen Kriegs- und Friedensfragen nachzudenken. Dabei sagt uns gleich ganz richtig die Stimmung, die Kriegsschuld und Kriegsziel in einem bestimmten Verhältnis zueinander halten möchte, d. h. die Niederwerfung des Gegners fordert, dem die Schuld am Ausbruche des Krieges vor allem beizumessen ist, daß das für uns unter allen Gesichtspunkten England ist. War auch seit Begründung des Bundes zwischen Deutschland und Österreich die Lage die, daß im Kern der Gegner Österreichs immer Rußland und der Gegner Deutschlands Frankreich war, so war durch die leidlichen Beziehungen zwischen Österreich und Frankreich einerseits, Deutschland und Rußland andererseits ein allerdings schwieriges Balancieren der Kräfte gegeben, mit dem Bismarcks Staatskunst den europäischen Frieden erhalten konnte. Er wurde dabei durch England unterstützt, das sich zwar im ganzen den europäischen Fragen fernhielt, aber zu Deutschland, unter Disraeli und Gladstone in den 70er und 80er Jahren, wie unter Salisbury und Rosebery in den 90er Jahren, freundliche Beziehungen unterhielt. Aber seit Mitte der

90er Jahre glitt England Schritt für Schritt in das alte kontinentaleuropäische System wieder hinein und zwar durch und nach dem Burenkriege bewußt auf die Seite unsrer Gegner. Keinem denkenden Engländer ist heute zweifelhaft, daß dadurch das europäische Gleichgewicht zerstört, allein durch diese Stellungnahme Englands, die seit 1902 immer absichtlicher von der englischen Politik weiter gefördert wurde, die Situation vom Juli 1914 herbeigeführt wurde, die nur in den Krieg ausmünden konnte. In dieser welthistorischen Wandlung, die allerdings bis zu ihrem Ende gut 20 Jahre brauchte, liegt, soweit die Beziehungen der großen Mächte zueinander in Frage kommen, der tiefste Unterschied zwischen dem Zeitalter Bismarcks und dem Wilhelms II., und es ist keine Frage, daß das Bismarcksche politische System, das mit einem freundlichen, mindestens einem gleichgültig draußenstehenden England rechnete, auf die drängenden politischen Fragen unsrer Gegenwart eine unmittelbare Antwort nicht gibt. Mittelbar aber gibt uns Bismarcks politische Haltung diese Antwort doch.

Der Historiker Karl Lamprecht weist in verschiedenen Kriegsreden darauf hin, daß das Deutsche Reich in seiner unabänderlichen geographisch-politischen Lage von vornherein auf Bündnisse angewiesen gewesen sei, daß diese Schwäche unsres Reiches nur durch Bismarcks Genie längere Zeit verhüllt blieb, und daß erst der Bund mit Österreich das für das Dasein beider notwendige Gleichgewicht der europäischen Kräfte hergestellt habe. Dieser Gedankengang ist richtig, wenn man den Nachdruck auf europäisch legt. Für die Erweiterung des Staatensystems, die mit Beginn der Weltpolitik in den 90er Jahren eintrat und in der England wieder sein Wort auch als europäische Großmacht geltend machte, reicht er ebensowenig aus wie die Politik, die in diesen neuen Verhältnissen die alte Bündnisgrundlage allein für ausreichend hielt. Die politische Basis des Deutschen Reiches war in diesen Weltbeziehungen, die sich von Jahr zu Jahr immer enger mit den alten europäischen Staatenverhältnissen verschlangen, nicht mehr breit genug, oder anders gewendet: seine Politik hat innerhalb dieses Weltstaatensystems die feste Stellung der Staatenbeziehungen nicht gewonnen, ohne die die entschiedene Betonung der deutschen Weltinteressen in der Luft hängen blieb.

So entstand die politische Lage unsres Reiches bei Ausbruch des Krieges. Er mußte als reiner Verteidigungskrieg begonnen werden. Wir wurden von allen Seiten überfallen und hatten uns nach allen Seiten zu wehren, gleichgültig, wo der Hauptgegner stand, und was wir von unsern Gegnern wollten. Diese aber standen, und zwar einschließlich Englands, dem Deutschen Reiche genau so gegenüber wie die Großmächte dem Preußen Friedrich des Großen, im Jahre 1756. Wie das von 1640 bis 1756 groß gewordene Preußen danach die letzte Feuerprobe zu bestehen hatte, durch die es sein Recht auf Gleich-

berechtigung im Staatensystem durchsetzte, genau so wurde das von 1866 bis 1914 entstandene und erwachsene Deutsche Reich zum Kampfe um die Existenz gezwungen. Wir führen diesen Kampf, den letzten und entscheidenden, um Bismarcks Werk, wie Bismarck und Moltke ihrem Volke immer wieder eingeschärft haben, daß das 1870 Errungene ein halbes Jahrhundert lang werde verteidigt werden müssen. Diese vom Gründer des Reiches vorausgesehene Lage ist jetzt da. Aus ihr ergibt sich ohne viel Nachdenken militärisch das Kriegsziel: die Behauptung Deutschlands mit seinen Bundesgenossen gegen die Koalition der Großmächte, durch die dauernd Deutschlands Gleichberechtigung im Weltstaatensystem erkämpft wird. Unter allen Umständen ist dann dieser Kriegsausgang genau so wie im Jahre 1763 ein gewaltiger politischer Gewinn. Das politische Kriegsziel läßt sich auch heute schon viel deutlicher bezeichnen, und gerade die Erinnerung an Bismarcks Politik an seinem 100. Geburtstage sollte das eindringlich lehren, daß eine Koalition, wie die uns jetzt bekämpfende, in Zukunft nicht wieder möglich sein darf. Wir lächeln heute nicht mehr über den »Cauchemar des coalitions« des alternden Bismarck, wozu vor 20 Jahren mancher in Deutschland geneigt war. Denn genau die Gefahr ist eingetreten, die er immer vermeiden wollte, die gleiche, der Friedrich der Große 1756 gegenüberstand, und aus der herauszukommen es der ganzen Spannkraft der Nation bedarf. Auch in Zukunft wird Deutschland seinen Weltinteressen, deren Anerkennung es jetzt durchsetzt, nur mit Erfolg nachstreben können, wenn es seine Politik fertig bringt, was Bismarck so glänzend im Gewirr der großen Politik verstand, den Streit möglichst nur mit einem Gegner durchzufechten.

Wir glauben nicht, daß eine Erwägung der Kriegsziele, die nicht von diesem Gedanken ausgeht, von Nutzen sein kann. Jedenfalls aber kann eine solche, wie sie eben Rohrbach mit seiner Erörterung eines englischen Gedankens: Belgien gegen deutsche Kolonien, hervorrief, nur Verwirrung anstiften. Englische Stimmen der Art lassen sich ja jetzt unschwer häufen, und wir glauben, daß auf dieser Grundlage ein Friede mit England keine allzu großen Schwierigkeiten finden würde. Wer sie indes heute in Deutschland für diskutabel hält, hat den Sinn des Krieges mit England überhaupt nicht verstanden. Die mechanische Rückgabe unsrer Kolonien, die übrigens England doch auch erst sehr zu einem Teile erobert hat, kann hier schon theoretisch nicht eingestellt werden, weil wir von diesem Kriege eine organische Ausgestaltung unsres kolonialen Besitzes erwarten, nicht eine Rückkehr zu der Verzettelung unsrer kolonialen Interessen, die so, wie der Krieg zeigt, gar nicht zu verteidigen sind. Was aber aus Belgien wird, darüber werden wir uns heute in den Einzelheiten noch nicht den Kopf zerbrechen. Das hängt von den letzten militärischen

Entscheidungen ab. Und unsre militärischen Forderungen können schon deshalb noch nicht angekündigt werden, weil nicht nur die militärischen Erfolge noch nicht abgeschlossen sind, sondern auch die militärischen Erfahrungen des Krieges noch gar nicht haben ausgemünzt werden können. Der springende Punkt aber ist so einfach und klar, wie möglich: der Brückenkopf Englands auf dem Kontinent und das Einfallstor Frankreichs gegen Deutschland darf Belgien nach diesem Kriege nicht mehr werden und sein. Nebenbei machen wir erneut darauf aufmerksam, daß genau die gleiche Formulierung für unsern Verbündeten Österreich-Ungarn gegenüber Serbien gilt. Entsprechend war auch die einzige konkrete Forderung in der letzten Rede von Sir Edward Grey die Wiederherstellung von Belgien und Serbien.

So kehrt jede derartige Erörterung beinahe mechanisch zu unserm Hauptgegner und Hauptgegensatze zurück. Es ist nicht richtig, wie uns manchmal mit staatsmännischer Miene gesagt wird, daß der Haß gegen England übertrieben sei und nicht hindern dürfe, gefährlichere Feinde an andrer Stelle als solche zu erkennen. Von Haß ist in diesen Erwägungen gar keine Rede; Haß beflügelt wohl den Kampf von Mann zu Mann, aber aus den Überlegungen über die politischen Kriegsziele wollen wir ihn ganz fernhalten. An sich sollte es auch nach acht Monaten Krieg mit England überflüssig sein, diese einfachen Gedanken immer wieder wiederholen zu müssen. Aber immer wieder tauchen Zeitungsstimmen auf, von denen man annimmt, daß sie größere Kreise vertreten, und die immer noch von der Idee einer Verständigung mit England ausgehen. Was dann dafür an Gründen beigebracht wird, klingt oft sehr gut, verfliegt aber bei genauer Analyse sofort. Wir wollen uns, wie auch die Dinge militärisch laufen, den historisch-politischen Weltgegensatz zwischen Deutschland und England unter keinen Umständen verdunkeln lassen. Und wir weisen darauf hin, daß heute auch die Mehrheit der Sozialdemokratie sich dieser Anschauung öffnet. „Wenn der Krieg diesen seit anderthalb Menschenaltern sich langsam vorbereitenden Umwälzungsprozeß (den Niedergang der englischen Weltherrschaft) beschleunigt und zu Ende führt, so wären Blut und Opfer dieses Krieges nicht ganz umsonst gebracht" heißt es in der Schrift von Lensch, der als Herausgeber der Leipziger Volkszeitung doch eine sehr radikale Tonart der Sozialdemokratie vertritt. In derselben Schrift wird entsprechend betont, daß die Bekämpfung des Zarismus als Verfassungsform nicht die Aufgabe des deutschen Volkes sein kann, und daß im übrigen in Rußland gerade die kapitalistische Entwicklung diesen Staat aus sich heraus untergräbt: „Die Freiheit der Unterdrückten muß das Werk der Unterdrückten selber sein." Auch hier wird also um der ganzen deutschen Zukunft willen der Gegensatz zu England immer mehr die Hauptsache, um die sich der Weltkrieg dreht.

Der Idee aber, wie sie vor einiger Zeit in zwei viel zitierten Artikeln des Tag zum Ausdruck kam, daß die Engländer als realpolitische Leute zu einer Verständigung mit uns rasch kommen würden, stellen wir — wir könnten auch genau gleiche Stimmen der Morning Post und des Economist aus der letzten Woche anführen — das Wort eines der ersten englischen Publizisten entgegen. In der Westminster Gazette (24. März) bespricht Spencer Wilkinson, der in der ersten Reihe der englischen Publizisten steht, die „Natur des Konflikts". Wir haben seit Kriegsbeginn noch nie eine so scharfe und knappe Herausarbeitung des springenden Punktes von englischer Seite gelesen, wo man so gern mit allgemeinen Prinzipien den Machtgegensatz umkleidet. Dort heißt es: „England ficht für seine nationale Existenz und sein Reich. Nicht mehr und nicht weniger. Der deutsche Angriff darauf begann schon vor über dreißig Jahren, als Bismarck 1884 Kamerun und andere Teile Afrikas annektierte, in denen England wesentliche Interessen hatte." Spencer Wilkinson war im Deutschen Reichstage am 10. Januar 1885 anwesend, als Bismarck seine berühmte Rede über die deutsche Kolonialpolitik hielt, und hat damals bereits den sich ankündigenden Gegensatz mit voller Schärfe empfunden. Er kennt Deutschland ganz gut und hat Sympathien für uns, aber er fühlte sich schon damals bei dieser Rede als fremd und als Feind. Das war ein ganz richtiges Gefühl, wenn auch England das im ganzen damals noch nicht empfand und der „Landratte von Vetter" einige Stücke des afrikanischen Kolonialbesitzes gönnte. Im Grundsatze war doch damals schon der Anspruch englischer Suprematie auf den Meeren und in allen überseeischen Weltteilen auf das entschiedenste bestritten. Der Bau der deutschen Flotte war nur die Folgerung daraus, die gewaltige wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands ließ diesen Gegensatz so außerordentlich schnell anwachsen und gibt ihm heute den Charakter der Unversöhnlichkeit. Und wir werden gut tun, diese Einsicht der heute England noch führenden Schichten, daß dem so ist, nicht zu gering einzuschätzen. —

Der Krieg wird mit Recht ein Weltkrieg genannt, weil seine Wirkungen bis in die fernsten Winkel der Erde spürbar sind. Beteiligt an ihm sind jedoch keineswegs alle Staaten der Welt, sondern ein Kranz von Neutralen sieht dem Ringen zu. Sie alle werden von den wirtschaftlichen Wirkungen des Krieges mehr oder weniger empfindlich berührt. Sie streben, dem Kampfe, dessen Folgen gerade für einen neutralen Staat das belgische Beispiel abschreckend vorführt, fernzubleiben. Aber sie werden durch den Handelskrieg zwischen Deutschland und England in ihren eigenen Interessen getroffen. Sie dienen als Vermittlungsstellen zwischen den Kriegführenden, den Flüchtlingen, den Gefangenen usw. und fast alle, wenn wir von Südamerika (dessen Neutralität übrigens durch die Vernichtung unsrer „Dresden" im chilenischen

Küstengewässer von England bewußt verletzt worden ist) und der Schweiz absehen, müssen die Politik des »watchful waiting« verfolgen, weil für jeden von ihnen Gelegenheiten über Nacht für eine Lösung auch ihrer Lebensfragen kommen können, — Gelegenheiten, die, wenn versäumt, vielleicht unwiederbringlich dahin sind. Und sie sind so gut wie alle zu militärischen Rüstungen genötigt, die, auch wenn sie nicht für den Ernstfall eingesetzt zu werden brauchen, doch schwer am Marke ihrer Volkswirtschaft zehren.

Wenn wir Südamerika und China, das durch Japan vielleicht schon in naher Zukunft auch in das Weltringen hereingezogen wird, beiseite lassen, können wir drei verschiedene Kreise neutraler Staaten unterscheiden. Der erste wird gebildet von den neutralen Balkanstaaten, die den Kriegsfragen am allernächsten stehen. Über sie ist hier schon genügend gesprochen. Wir wollen heute nur das entschiedene Bemühen des früheren rumänischen Ministerpräsidenten Peter Carp hervorheben, der in seinem neubegründeten Blatte Moldowa Rumänien auf den Gewinn Beßarabiens orientieren möchte. Wie er in dieser Zeitung entschieden unterstreicht, ist die Neutralität Rumäniens von seinem Kronrate nicht beschlossen worden. Dieser Kronrat hat Carps Vorschlag, sofort an der Seite Deutschlands in den Kampf einzutreten, ebenso abgelehnt wie den Entschluß, mit Rußland zu gehen, und an Stelle seines Beschlusses, die Neutralität festzuhalten, den Vorschlag Marghilomans, „gerüstet abzuwarten", als Richtschnur für die rumänische Politik festgelegt.

Der andre Angelpunkt in der Neutralität der Balkanstaaten liegt in der griechischen Politik. Diese wird immer mehr durch das Bestreben Englands bestimmt, das, schon mit einem russischen Konstantinopel rechnend, trotzdem im östlichen Mittelmeer seine Stellung zu bewahren. Deshalb setzte sich dieses in Tenedos und Imbros fest, deren Lage zum Dardanellenausgang man sich bloß auf der Karte anzusehen braucht, um die englische Absicht sogleich zu verstehen, und hat einen Teil von Lemnos besetzt, dessen Hafen Mudros ein englisches Malta im Nordosten des Ägäischen Meeres werden kann. Wir wissen, daß England gegen seinen Willen, nur um Rußland, das gerade mitten im Kriege mit dessen Einstellung drohte, festzuhalten, die Forcierung der Dardanellen in seine Operationen aufnahm, und die Balkanstaaten sehen in dieser Beleuchtung, was die Festsetzung Englands auf diesen Inseln bedeutet. Gehen die Dinge so weiter, wie die weitschauende englische Politik sie ansieht, so müßte Griechenland sich selbst und seine ganze Zukunft aufgeben, wenn es auf die Seite Englands träte. An Griechenland aber hängt die Neutralität der Balkanstaaten überhaupt.

Den zweiten Kreis der Neutralen bilden Italien und die Vereinigten Staaten. Je ruhiger die Verhandlungen zwischen Österreich und Italien ihren Gang weiter nehmen, um so entschiedener werden die Stimmen der russischen

Presse, die das Programm der italienischen Irredenta für unvereinbar mit den slawischen Zukunftshoffnungen erklären. Nowoje Wremja und Djen sagten übereinstimmend, daß eine Unterwerfung von Slawen unter den italienischen Imperialismus slawische, d. h. serbische und slowenische Interessen tödlich verletze. Diese ablehnende Haltung hat eine gute Wirkung auf bestimmte erhitzte Stimmungen in Italien. Man strebt dort nach italienischer Auffassung ein besseres Gleichgewicht zwischen Österreich und Italien in der Adria an, da die jetzige Lage, das Kondominium zwischen beiden Staaten auf diesem Meere, angeblich Österreich die stärkeren Positionen zuweise, was übrigens nicht zutrifft. Aber man sieht ein, daß man mit der gegen Österreich gerichteten Spitze lediglich panslawistische, zunächst großserbische Hoffnungen fördert, und daß man — diese Lage einmal theoretisch zu Ende gedacht, daß nämlich Österreich seine Stellung als Großmacht einbüße — lediglich sich selber dem von Rußland geführten slawischen Machtehrgeize ausliefert. So tut die erregte Erörterung der russischen Presse über die italienische Irredenta gegen Österreich uns und der italienischen Neutralität ungewollt ihre Dienste.

Über Amerika haben wir vor kurzem ausführlich gesprochen. Seitdem ist die amerikanische Note an England und Frankreich gegen die Blockade der deutschen Küste am 31. März abgegangen. Der Wortlaut liegt noch nicht vor, doch wird Amerika sich entschieden gegen die Blockade wenden. Dafür hat sein Staatssekretär Bryan erklärt, die Regierung halte sich nicht für berechtigt, gegen Anleihen zwischen kriegführenden Staaten und amerikanischen Banken einzuschreiten, was auf die Verbindung Morgans mit England zielt und eine amerikanische Liebenswürdigkeit gegen letzteres bedeutet.

Der letzte Kreis der neutralen Staaten ist der Kranz von europäischen Kleinstaaten, der um die kriegführenden herum oder in sie eingelagert ist. Von ihnen leiden Skandinavien und die Niederlande am meisten unter den englischen Repressalien gegen uns. Die effektive Blockade würde den Schiffen auch der Neutralen den Verkehr mit uns verbieten, und dem würden sich die neutralen Staaten ja fügen müssen als der höheren Gewalt. Sie wollen sich aber mit Recht einer Blockade nicht unterwerfen, für die England seine Linienschiffe in der Nordsee nicht stationieren will (aus Angst vor den deutschen Unterseebooten) und die deshalb nur auf dem Papier steht.

Getroffen wird von der englischen Ankündigung zunächst Skandinavien. Seine Könige haben schon am 18. Dezember auf der Zusammenkunft in Malmö diese Schwierigkeiten besprochen. Ob die damals getroffenen Abreden sich zu weiterem verdichtet haben, ist nicht bekannt geworden. In letzter Zeit ist es mit den Klagen Skandinaviens, insonderheit Schwedens stiller geworden, woraus man schließen kann, daß England unter der Hand seinen Bogen hier nicht allzustraff gespannt hat. Außerdem geht der Handel Schwedens über

die Ostsee mit Finnland und Rußland in starkem Maße weiter, da die in Frage kommenden Häfen eisfrei gehalten worden sind und jetzt auch dauernd eisfrei werden.

Über die Frage der wirtschaftlichen Interessen und ihrer Sicherung hinaus hat sich jetzt in Schweden eine Erörterung erhoben, ob die Zeit nicht gekommen sei, eine aktivere Politik zu machen. Eine Reihe von Zeitungen, darunter die wichtigsten: Aftonbladet und Nya Dagligt Allehanda (11. März), begegnen sich in dem Wunsche auf eine aktive Politik Schwedens, die namentlich die finnische Frage der Lösung rechtzeitig zuführen soll. Von der andern Seite werden dagegen Bedenken erhoben, die vor allem die besonderen Schwierigkeiten dieser finnischen Frage unterstreichen. Den Widerstand gegen die Russifizierungspolitik in Finnland haben ja in erster Linie die Schweden getragen, mit einem Rechts- und Freiheitssinn und oft mit einem Heldentum, das die Bewunderung der Welt erregte. Darüber hat man, namentlich in Deutschland, allzuoft übersehen, daß die Schweden nur eine dünne Minderheit in Finnland sind, daß die finnische Masse, die durch ein ganz demokratisches Wahlrecht politisch das Heft vollkommen in der Hand hat, zuerst und vor allem Feind der Schweden ist und sich mit Rußland in der Hauptsache abfindet. Man sieht in Finnland nicht, was Schweden Finnland bei einer Veränderung seiner staatsrechtlichen Lage wirtschaftlich, militärisch und politisch bieten könnte. Man sieht dagegen sehr wohl, daß Schweden gar nicht in der Lage wäre, dieses Land, selbst wenn es, was nicht der Fall ist, seine Vereinigung mit Schweden wollte, militärisch gegen Rußland zu verteidigen. Diese Gesichtspunkte, die man sich in der Beurteilung der finnischen Frage auch in Deutschland zu eigen machen sollte und die keineswegs neu sind, werden jenem Streben nach einer aktiven schwedischen Politik aus der öffentlichen Meinung selbst entgegengehalten, und wir möchten auch glauben, daß sie mit anderen Motiven zusammen für Schweden durchschlagen werden, seine Neutralität nach Möglichkeit durch diesen Krieg hindurch zu behaupten und die Neuorientierung der eigenen politischen Stellung dann erst durch und mit dem Frieden zu finden.

Noch stärker als Schweden ist Holland durch den Handelskrieg zwischen Deutschland und England berührt. Es hat jetzt am 19. März einen formellen Protest an England und Frankreich erlassen, in dem es auf Grund der Pariser Seerechtsdeklaration von 1856 seine Stimme sehr entschieden gegen die englische Blockade erhebt. Darin fordert es, daß feindliches Gut, mit Ausnahme der Kriegskonterbande, durch die neutrale Flagge, vorausgesetzt, daß sie mit Recht geführt wird, gedeckt sein soll. An der äußeren und inneren Berechtigung dieses Standpunktes ist nicht mit einem Wort zu zweifeln. Ebenso unzweifelhaft aber erscheint uns, daß England ihn nicht anerkennen, lieber die Ver-

handlungen auf alle Weise in die Länge ziehen und versuchen wird, seine Kontrolle über den holländischen Seeverkehr, die schon weit über das mit der Souveränität Verträgliche hinausgeht, aufrecht zu erhalten.

Deutschland gegenüber ist die Stimmung, abgesehen von einer Zeitung wie dem Amsterdamer Telegraaf, nach wie vor, wenn auch nicht überall freundlich, so doch absolut korrekt. In einer Erörterung, die in der nordamerikanischen Presse geführt wurde, weil der englische Zensor die Veröffentlichung in den englischen Zeitungen verboten hatte, suchen englische Journalisten Holland auf die feindliche Seite zu ziehen, indem sie ihm lockend eine Grenze Hollands bis an die Ems und ans linke Rheinufer vorhalten. Die holländischen Stimmen darauf lehnen solche Träume durchaus ab. Wir dürfen auch hoffen, daß die verschiedenen Zwischenfälle, wie im Augenblick die Versenkung des holländischen Dampfers „Medea", die Stellung Hollands zu uns nicht verändern, so sehr die Stimmungsmache aus England darum sich bemüht, und haben vollends Verständnis für die mißliche und unerfreuliche Lage, in die die Niederlande durch den Krieg gekommen sind. Sie leiden am meisten unter den Störungen des Welthandels, und mit der Flut belgischer Flüchtlinge dringen unausgesetzt lästigste Fragen des Krieges an sie heran.

Viel ruhiger kann alledem die Iberische Halbinsel zusehen. Portugal freilich weniger als Spanien. Denn Portugal hat mit seinen inneren Wirren reichlich zu tun. Die auf den 7. März anberaumten Wahlen sind durch den Militärdiktator Pimento Castro, der das republikanische Regiment Costas abgelöst hat, auf Anfang Juni verschoben. Während diese Republikaner auf alle Weise Portugal in den Krieg hereinziehen wollen, sucht General Castro mit dem Offizierkorps sein Land davor zu bewahren. England sieht natürlich diesem Streben ungern zu. Aber es ist ihm bisher weder gelungen, die portugiesische Unterstützung für den Krieg zu gewinnen, so gering diese sein mag, noch aus der Verwirrung heraus den vom Thron gestoßenen König Manuel wieder auf den Thron zu heben. Besonders für letzteren ist nicht die geringste Sympathie vorhanden. Die Elemente, die jetzt das Land beherrschen, suchen vor allem Ruhe und etwas Ordnung herzustellen, und wenn ein royalistischer Rückschlag erfolgen sollte, so würde er heute wohl eher als Manuel dem eigentlichen Prätendenten zugute kommen, Don Miguel von Braganza, der als Chef der Familie Braganza in Österreich lebt und sich mit mehr Recht zur Thronfolge berechtigt ansieht, als den früheren König Manuel.

Während so Portugal nicht in der Lage ist, sich für den Weltkrieg zu interessieren, blickt Spanien auf eine Gelegenheit, die er ihm bringen kann. Es ist neutral, mit mehr Freundlichkeit für Deutschland als für England, dem man in Spanien die Haltung zugunsten der Vereinigten Staaten von 1898 nicht vergißt. Die spanischen Interessen aber werden berührt oder schon für berührt

gehalten in bezug auf Marokko. Man erwägt die Besetzung von Tanger, das heute international ist, und möchte das Vorbild befolgen, das Italien mit der Besetzung von Valona gegeben hat. Aber die Stimmung dafür ist noch nicht einheitlich. Seit 1909 hat das spanische Gebiet Marokkos unendlich viel Geld und Blut gekostet, ohne irgend einen Erfolg: man hat dort seit 1909 80 000 Mann stehen und rund eine Milliarde Pesetas dafür aufgewandt, ohne daß man sagen könnte, was Spanien von dieser Beteiligung an der Marokkopolitik für sich gewonnen habe außer einem ziemlich fragwürdigen Prestige. So denken auch die Sozialisten und Republikaner, die deshalb nicht nur gegen jede Besetzung von Tanger sind, sondern überhaupt die Aufgabe des spanischen Marokko und die Zurückziehung des Besatzungsheeres fordern. Ihre Gegner aber sehen die Zukunft Spaniens in Nordafrika, fürchten, daß Marokko vollständig in Frankreichs Hände übergehe, und richten sich auf die Veränderung der Gleichgewichtsverhältnisse im Mittelländischen Meere ein, die man von diesem Kriege unter allen Umständen erwartet. Es scheint auch, daß das offizielle Spanien sich ebenfalls schon auf diese Eventualitäten gefaßt macht, die freilich durch einen spanischen Entschluß allein nicht zur Lösung gebracht werden.

Am wenigsten an alledem ist die Schweiz beteiligt und doch leidet sie infolge ihrer geographischen Lage mindestens ebenso stark unter dem Kriege wie die andern Neutralen. Die großen Einnahmen aus dem internationalen Fremdenverkehr sind durch den nun acht Monate dauernden Ausfall schwer beschnitten. Und andrerseits hat die Schweiz vom ersten Tage an ihr Heer auf mobilem Fuß halten müssen, was ihr bisher über 150 Millionen Franken gekostet hat. Der Entschlossenheit und Sicherheit, mit der der Schweizer Bundesrat diese Maßnahme ergriff, dankt sein Land, daß seine Neutralität von den Kriegführenden respektiert wird, von Deutschland aus jedenfalls unbedingt — eine Neutralität, die, worauf wir hinweisen möchten, nicht wie die belgische von Europa garantiert, sondern nur anerkannt ist. Die Schweiz hat mithin aus ihrer Neutralität in keiner Weise die Verpflichtungen, die Belgien und Luxemburg für diese Garantie von den Mächten auferlegt worden sind. Sie ist ein Schulbeispiel für die Erfahrung der Geschichte, daß auch neutrale Staaten als solche nur etwas gelten, wenn sie die Möglichkeit und Kraft haben, mit der Waffe ihre Neutralität zu behaupten. Die Schweiz vermag das und wird deshalb von der Staatengesellschaft respektiert.

Während die Schweiz offiziell an ihrer Neutralität festhält, ist die Stimmung ihrer Bevölkerung geteilt. Ihr französischer Teil ist unsern Gegnern entschieden freundlich gesinnt, so stark, daß der Schweizer Bundesrat sich gegen deutschfeindliche Kundgebungen in Lausanne und Freiburg hat wenden müssen. Er hat soeben sämtliche Kantonsregierungen aufgefordert, die Neutralität der

Eidgenossenschaft besser als bisher zu wahren, und wirft ihnen vor, daß sie nicht überall mit der nötigen Beharrlichkeit gegen die Hetze der Presse vorgegangen sind. Es sind besonders Journal de Genève und Gazette de Lausanne, die blindlings und ohne jeden guten Willen auch gegenüber den Interessen des eigenen Staates die französische Sache verfechten. Wir wundern uns nicht darüber, denn wir haben nichts anderes erwartet. Die deutsch-schweizerischen Kreise aber betonen im ganzen die Korrektheit stärker als die Gemeinsamkeit des Volkstums und der geistigen Kultur mit uns. Doch werden Stimmen, die in Deutschland mit Recht sehr verdrossen haben, wie die Spittelers und Hodlers, durch sehr entschiedene und schöne Bekenntnisse zu einer geistigen Gemeinsamkeit mit Deutschland ausgeglichen. Ein Beispiel aus einem Artikel des Basler Professors Wernle, eines gebürtigen Schweizers, in den Basler Nachrichten (7. Februar) möchten wir doch dafür zitieren: „Für kein andres Land steht so sehr alles, was es in halbhundertjähriger Arbeit sich erwarb, auf dem Spiele wie für Deutschland. Kann man es den Deutschen verargen, wenn sie sich sagen: Wer in der schwersten Stunde unsrer Geschichte so gar nicht mit uns empfinden kann, der stellt sich damit abseits unsres Geisteslebens? Man kann nicht dem deutschen Geistesleben innerlich so stark verpflichtet sein und sich gleichgültig zurückziehen von der Geschichte des deutschen Volkes in der Stunde seiner größten Not. Man mute uns nicht zu, dieses Verstehen jetzt einzustellen gegenüber unserm stammverwandten Nachbarvolk. Not hat immer zusammengekettet. Sie kettet uns jetzt auch zusammen mit unzähligen Gefallenen, Verwundeten, Gefangenen. Wir würden selbst verzichten auf einen guten Teil der Größe unsrer Zeit, wenn wir jetzt abrücken wollten von unsern deutschen Freunden. Wir halten daran fest: ein Volk, das so singen, so beten, so kämpfen und sterben kann, das ist nicht das Volk, das unsre Welschen jetzt aus den ausländischen Zeitungen sich schildern lassen, sondern das Volk, das wir ganz anders kennen und mit dem wir innerlich uns tief verbunden wissen." —

So stehen diese neutralen Staaten, wenn auch nicht alle gleichmäßig stark, doch auch aufs höchste an dem Ausgange des großen Ringens interessiert da. Soweit sie Gegensätze gegen England haben, und das haben sie fast alle, kämpfen wir auch ihre Sache in diesem Kriege gegen die englische Seeherrschaft mit durch. Gleichgültig ist uns Stimmung und Verstehen der Neutralen uns gegenüber gewiß nicht. Aber entscheidend auch dafür wird letzten Endes nur der Erfolg unsrer Waffen sein. Es ist darum nicht notwendig, in dem Maße, wie es vielfach noch geschieht, sich um die Gunst der Neutralen zu bewerben. Vor allen beendige man jetzt die Versuche, in die Vergangenheit rückschauend ihnen unsre Sache als die allein wahre und gerechte darzustellen. Diese Erörterungen über die Einzelfragen der Schuld usw., die amtlichen wie die nicht-

amtlichen, sind überhaupt jetzt nicht mehr vonnöten, den Neutralen gegenüber aber sind sie vom Übel. Die Wahrheit dringt doch allmählich durch und der Waffenerfolg entscheidet auch hier. Wir haben es nicht mehr nötig, immer noch der Welt unser gutes Recht auseinanderzusetzen. Wir glauben daran, das ist die Hauptsache, und die andern werden durch den Ausgang dieses Krieges einfach daran glauben müssen. Dringlicher ist heute schon, auf Mittel und Wege zu sinnen, auf denen wir nachholen, was wir von unsrer Seite auch in der Stellung zu den kleineren und neutralen Staaten Europas im Frieden reichlich genug versehen und versäumt haben.

22.

(Frankreich — Der Balkan — Nordamerika und England)

14. April 1915

Auch sehr aufmerksame Beobachter vermögen sich nur schwer ein Bild von der inneren Lage Frankreichs zu machen. Die Unergiebigkeit der Berichterstattung darüber liegt nicht nur daran, daß Frankreich in dem großen Völkerringen überhaupt nur eine Macht zweiten Grades ist, sondern ebenso an der französischen Presse, d. h. der Zensur, die sie beherrscht. Fortwährend klagen die Zeitungen über diese Zensur, aber die Regierung kümmert sich nicht darum und übt sie viel schärfer als bei uns und rücksichtslos aus, um dem Auslande ein möglichst einheitliches Bild der öffentlichen Meinung vorzuführen. Jede Parteipolitik wird unterdrückt, die Berichte über die Kammerverhandlungen werden auf das äußerste zusammengestrichen und spaltenlange weiße Stellen zeigen dem Leser, wie der Zensor seines Amtes waltet. So hilft man sich geschickt über die mancherlei drückenden Maßnahmen hinweg, zu denen man auch in Frankreich hat greifen müssen, und sucht die Stimmung im eigenen Lande durch ungünstige Nachrichten über das Ausland auf der Höhe zu halten, dem Auslande aber ein möglichst günstiges Bild von der französischen Lage und Stimmung zu geben. Das sieht man auch an den Berichten der Obersten Heeresleitung. Bei uns wird man sich oft fragen, wie Widersprüche möglich sind, wie sie uns in der letzten Woche zwischen den Berichten unsrer und der französischen Heeresleitung gezeigt worden sind. Das erklärt sich sehr einfach. Unsre Heeresleitung stellt die von den einzelnen Kommandostellen zusammengelaufenen Nachrichten selbst und nur unter dem Gesichtspunkte der schlichten Wahrheit zusammen. In Frankreich dagegen gehen die Armeeberichte an den Kriegsminister Millerand, der sich als Gehilfen für diese Arbeit den bekannten Tempsmitarbeiter Tardieu genommen hat, und durch beide werden sie für das Publikum zurechtgemacht. Man braucht da gar nicht gleich an bewußte Fälschung zu denken; der Ausgangspunkt ist auf beiden Seiten ver-

schieden. Dem deutschen Volke wird von seinem Generalstabe die Wahrheit gesagt, im französischen Volke aber soll durch die Generalstabsmitteilung Stimmung gemacht und für das Ausland künstlich hergestellt werden. Und diese Methode geht durch die ganze Handhabung der Zensur, so sehr sich die Presse dagegen sträubt. Denn nicht die Disziplin einer nur das Staatswohl im Auge haltenden Presse erzeugt diesen Zustand, sondern nur der eiserne Zwang einer geradezu oligarchischen Regierung, die sich Volk und Presse gefallen lassen oder gefallen lassen müssen. Ohne Bedenken ist diese Praxis, die jedes Ventil der Unzufriedenheit verschließt und damit die Gefahr einer gewaltsamen Explosion in sich trägt, natürlich nicht. Aber dem Auslande gegenüber ist sie unzweifelhaft heute ein Vorteil.

Trotzdem aber gilt auch hier, daß sich die Wahrheit dauernd nicht verschleiern läßt. Frankreich nähert sich dem Ende seiner Kräfte. Militärisch ist daran kein Zweifel. Es hat bereits die Einberufung der Jahresklasse 1917 beschlossen, was eine Verstärkung von 275 000 Mann bedeutet. Auch trotz der Zensur hat sich die Unzufriedenheit mit dieser Maßnahme sehr deutlich ausgesprochen, handelt es sich dabei doch um 17- bis 18jährige Jungen, und man weist darauf hin, daß man lieber die Drückeberger früherer Jahresklassen etwas schärfer heranziehen solle. Schon heute ist mit aller Bestimmtheit zu sagen, daß Frankreich den furchtbaren Aderlaß dieses Krieges nicht wieder einholen wird. Seit 1870 hat seine Bevölkerung um noch nicht anderthalb Millionen Köpfe zugenommen (Deutschland wuchs in dieser Zeit von 41 auf 67 Millionen); seine Toten werden allein für das erste Kriegshalbjahr bereits auf 400 000 Mann geschätzt. Dabei fällt auf, wie häufig in den französischen Todesanzeigen die Worte: notre fils u n i q u e wiederkehren — das Zweikindersystem der französischen Fortpflanzungssitten rächt sich jetzt auf das bitterste! Und nun greift man auf diese Jungen zurück, in denen die zeugungsfähige Generation des nächsten Jahrzehnts noch mehr als dezimiert werden wird. Daran begreift man, warum Frankreich so leidenschaftlich am Wiedergewinn von Elsaß-Lothringen festhält, das ihm bis 1870 eine mächtig strömende Quelle des Bevölkerungszuschusses war. Man begreift aber noch viel mehr, warum ein Mann wie der ermordete Jaurés dem Kriege nur mit Schrecken entgegensah. Aber diese patriotischen Bedenken sind damals wie heute tot gemacht. Regierung und Heeresleitung halten die bisherige Bahn weiter ein mit einer Konsequenz, die bewundernswert und verrannt zugleich ist. Denn wie der Krieg auch ausgehe, Großmacht ersten Ranges ist Frankreich nach ihm gewesen, und es hat sich selbst das Grab dazu gegraben.

Der große, alte Reichtum des Landes bewirkt, daß Frankreich w i r t s c h a f t l i c h noch nicht ebenso dem Ende seiner Kräfte nahe ist. Sein Goldvorrat betrug am 1. April 4250 Millionen Franken (am 1. April 1914: 3625 Millionen).

Dem stand ein Notenumlauf von 11 250 Millionen (5950 am 1. April 1914) gegenüber. Das ist an sich noch keine Lage, die zu großen Bedenken Anlaß gibt. Aber die Rede, die sein Finanzminister Ribot der großen Etatsrede Helfferichs im Deutschen Reichstage gewissermaßen entgegenzustellen für gut hielt, vermochte trotz aller geschickten Aufmachung nicht, über erhebliche Finanzschwierigkeiten hinwegzutäuschen. Die durch den Krieg entstehenden Ausgaben werden monatlich auf 1200 Millionen Franken veranschlagt, wobei aber die an Belgien, Serbien, Griechenland und Montenegro bereits bewilligten Anleihen und spätere mit England gemeinsam an Rußland zu leistende Vorschüsse noch nicht einbegriffen sind. Übrigens weist die englische Presse darauf hin, daß Frankreich trotzdem den Krieg billiger führt als England, und fragt, woran das liege: „Ist die französische Verwaltung sparsam oder ist unsre verschwenderisch und ohne Weitblick?" Aufgebracht werden diese Kosten auf dreierlei Weise: 1. Vorschüsse der Bank von Frankreich an den Staat: bis 4. März $4^1/_2$ Milliarden Franken ohne den regelmäßigen Jahresvorschuß. 2. $3^1/_2$%ige Anleihe von 1914 (jetzt fast ganz in Nationalverteidigungswechsel konvertiert): 805 Millionen Franken, und 3. Nationalverteidigungswechsel: $3^1/_2$ Milliarden Franken. Das ergibt nach einer Rechnung des Economist für den 5. März 8,8 Milliarden. Dazu tritt die am 25. Februar eröffnete neue Zeichnung auf neue Nationalverteidigungsobligationen (zu 5% unkündbar auf zehn Jahre). Ribot teilte mit, daß dafür ganze 253 Millionen Franken bar gezeichnet worden seien, was ein für die französische Kapitalkraft geradezu klägliches Ergebnis ist.

Diese Zahlen treten aber erst in das richtige Licht, wenn man dazu nimmt, daß der Unterschied der Staatseinnahmen von Februar 1914 (273 Millionen) zu Februar 1915 (206 Millionen) 67 Millionen Franken ausmachte. Der Wert des Auslandshandels Januar und Februar 1915 zusammengenommen fiel gegen die entsprechenden Monate 1914 um 1260 Millionen Franken. Vor allem aber das besorgniserregende Symptom, das am bestimmtesten auf die Unsicherheit der Finanzen hinweist: der Kursrückgang der französischen 3%igen Rente, die am 22. März 1915 auf 71 stand. Auch daß das Moratorium im März wiederum auf 30 Tage weiter erstreckt werden mußte, zeigt nach derselben Richtung.

Die finanzielle Lage Frankreichs ist heute der Englands ähnlich, nur viel bedrängter. Goldvorrat und Kapitalkraft sind noch groß, und die Krise, die das Sinken der Staatseinnahmen wie des Außenhandels hervorruft, könnte ein Land mit diesen Reserven an sich überstehen. Aber die ertragreichsten Teile des Landes sind in Feindeshand und fallen für jede finanzielle Berechnung vollständig aus; ein beschränkterer Teil des Landes muß viel größere Lasten tragen. Ferner zeigt die beständige Abnahme der französischen Spareinlagen

gerade im Gegensatz zu Deutschland, ebenso wie die Schwierigkeiten der Anleihebegebung, daß die finanzielle Kraft bereits auf das äußerste angespannt ist. Vielleicht ist sie schon überspannt, weil an ihr zu allem andern ja die Verbündeten hängen, an die große Anleihen schon gegeben sind, und namentlich der russische Bundesgenosse, dessen Zahlungsfähigkeit zu erhalten für Frankreich schlechthin eine Lebensfrage ist. Alle diese Lasten aber liegen auf der Staatsbank, auf der Bank von Frankreich und ihren Vorschüssen an den Staat, die heute schon fast 5 Milliarden Franken erreichen. Auch wenn man die finanzielle Stärke Frankreichs noch so hoch anschlägt, wird man nicht leugnen können, daß es auf diesem Wege nicht ewig weitergehen kann, und auch wenn wir uns zu ganz objektivem Urteile zwingen, vermögen wir an den französischen Kriegsfinanzen nur Zeichen der Erschöpfung und nirgends der Stärke oder gar der Erstarkung zu sehen.

Wir glauben gern, daß das Publikum in Frankreich alles dies entweder nicht sieht oder nicht sehen will. Nicht als ob Zweifel und Stimmen der Besonnenheit nicht laut würden; das kann ja gar nicht anders sein. Aber es ist keine Möglichkeit, solche Zweifel wirkungsvoll auszusprechen. Denn, und damit kehrt eine öfter beobachtete Erscheinung der französischen Geschichte wieder, dieses Land der Demokratie und Freiheit wird heute in einer Weise oligarchisch, ja despotisch regiert, wie kein andres im Kriege befindliches Land. Diese Entwicklung der Republik von der parlamentarischen zur oligarchischen Regierungsweise hat sich ja schon lange vor Kriegsausbruch angebahnt und vollzogen. Auf alle Weise suchte und sucht die liberale Bourgeoisie sich an der Herrschaft zu erhalten. Positives ist in diesem Kampfe für die „Verteidigung der Republik" in den letzten Jahren vor dem Kriege, gerechnet etwa seit der Beendigung des Dreyfusskandals, nicht geleistet worden. Denn den Kampf gegen die Kirche kann man nicht gut positiv nennen. Aber immer entschiedener erhob das Proletariat mit seinen sozialistischen Anforderungen das Haupt, und rettungslos hat sich damit diese immer wurzelloser werdende Bourgeoisie selber radikalisiert. Der weitere Gang ist geradezu ein Schulbeispiel für die Entwicklung der Verfassungsformen und würde von dem Staatsweisen des Altertums, der diese Lehren zum ersten Male wissenschaftlich aufgestellt hat, mit besonderer Freude in seine Politik aufgenommen werden. Er führte geradezu naturnotwendig zu der Oligarchie, will sagen zu der Herrschaft einer kleinen Clique, die die Einwirkung des Parlaments immer mehr ausschaltet und die heute Frankreich regiert.

Diese Entwicklung hat das innere, namentlich das Parlamentsleben Frankreichs rettungslos korrumpiert und die äußere Politik in sklavische Abhängigkeit von England gebracht. Sieht man die Dinge so, dann rückt heute die Erinnerung an den Caillauxskandal im letzten Jahre in ein eigenes Licht.

Gegen diesen Mann wurde doch vor allem jener Feldzug geführt, weil er das Parlament gegen diese Cliquenwirtschaft stärken wollte, und es ist natürlich kein Zufall, daß derselbe Caillaux, den der Figaro vor einem Jahre auf alle Weise zu vernichten suchte, im letzten Herbst für einen möglichst raschen und glimpflichen Frieden Frankreichs mit Deutschland war, weil er richtig sah, daß der Krieg Frankreich nach außen nichts bringen kann und darum seinem inneren Leben ungeheure Krisen voraussagt. Noch hat dieser Vertrauensausschuß der radikalen Bourgeoisie die Macht in der Hand. Wir überschätzen auch nicht die mancherlei Anzeichen dafür, daß der Royalismus, natürlich im Bunde mit der Kirche, im Steigen begriffen ist und eine Stunde für sich gekommen glaubt. Der Herzog Philipp von Orleans hat auch diesmal, wie 1890, als er das dienstpflichtige Alter erreichte, Frankreich seine Dienste angeboten. Damals wie heute ist dieses Angebot abgewiesen worden. Auch Rußland hat das Gesuch des Herzogs zum Eintritt in sein Heer, gegen den die französische Regierung nichts gehabt hätte, abschlägig beschieden. So sah dieser Versuch des Herzogs von Orleans, an der Verteidigung seines Vaterlandes teilzunehmen, wie ein Zwischenfall aus, dem ein gewisser komischer Anstrich nicht fehlte. Aber selbst die strenge Pariser Zensur ist nicht in der Lage, einen Preßstreit um diese Frage zu verhindern, der ganz außerordentlich scharf geführt wird und zu der »union sacrée«, dem Burgfrieden, gar nicht paßt.

Vielleicht täuschen wir uns, aber wir haben doch Grund zu der Annahme, daß sich die Stimmung des deutschen Volkes Frankreich gegenüber im Laufe der acht Kriegsmonate gewandelt hat. Wir standen zu Anfang diesem Gegner ohne Haß, ja ohne innere Abneigung gegenüber, mit einem Mitleid, das die Revanchegedanken immerhin verstand, und mit Bedauern sah, wie sich dieses stolze und tapfere Volk im Hinstarren auf das Loch in den Vogesen um alle finanzielle und politische Selbständigkeit in Europa brachte. Wenn Gedanken an einen Sonderfrieden laut wurden, so war bei uns die Neigung rein stimmungsmäßig wohl zumeist für einen solchen mit Frankreich, wobei man freilich die Lebenskraft der Revancheidee und die Verflechtung der französischen Politik in die ganze Entente unterschätzte. Aber je länger der Krieg dauert, um so mehr hat sich die Kluft zwischen den beiden Völkern vertieft, und das ohne unsre Schuld. Die frevelhaften Komödien der Militärjustiz, die Behandlung der deutschen Gefangenen und vieles Ähnliche hat sich immer tiefer in die Seele unsres Volkes eingegraben. Es sieht immer mehr, daß es nicht mehr mit einem ritterlichen Gegner zu fechten hat. So sehr wir vor der offensiven Kraft Achtung haben, mit der sich die französischen Heere bald an diesem, bald an jenem Punkte unsrer Stellung auf französischem Boden den Kopf einrennen, so

wenig vermögen wir mehr diese Achtung vor dem Geiste zu hegen, in dem der Krieg von Frankreich geführt wird und in dem uns die französische Nation heute gegenübertritt. Wenigstens die Nation, wie wir sie in den Äußerungen ihrer Presse und noch mehr in den Handlungen ihrer Machthaber erkennen. Ob die Masse des Volkes mit alledem vollkommen einverstanden ist, vermögen wir gerade diesem Gegner gegenüber noch viel weniger zu beurteilen als gegenüber England und Rußland. Aber wir glauben, daß — und zwar, wie wir wiederholen, ohne unsre Schuld — dieser Krieg die innere Abneigung beider Völker gegeneinander in einer Weise steigert, die an sich aus dem Kampfe der Staaten gegeneinander nicht notwendigerweise zu folgen brauchte. —

In der Balkankrisis dauert die Entspannung an, die mit der vorläufigen Einstellung der Operationen gegen die Dardanellen und dem Sturz des Ministers Venizelos eingeleitet war. Daran dürften auch weder die krampfhaften Versuche von Venizelos selbst noch der serbisch-bulgarische Zwischenfall in der letzten Woche etwas ändern. Der griechische Ministerpräsident gibt das Spiel nicht gleich verloren, sondern hat versucht, den Nachfolger und den König selbst durch Enthüllungen bloßzustellen. Dazu veröffentlichte er Mitteilungen und eine Denkschrift an König Konstantin über seine Politik. Diese trägt für einen Staatsmann, der den Anschluß an den Dreiverband unbedingt für richtig hält, ohne Zweifel einen einheitlichen und großen Zug; die unzweifelhafte staatsmännische Bedeutung des kretischen Politikers verleugnet sich auch darin nicht. Er glaubte für Griechenland Konzessionen in Kleinasien im Umfange von 140 000 Quadratkilometer gesichert, die den von ihm vertretenen panhellenischen Gedanken ein mächtiges Stück gefördert hätten. Dabei sah er vollkommen klar, daß die Großmächte dann ein Gleichgewicht unter den Balkanstaaten verlangen würden und daß, was wichtiger war, Griechenland für diese Aussichten Bulgarien und Rumänien an seiner Seite haben müsse. Er nahm deshalb in Aussicht, die etwaigen Konzessionen Serbiens an Bulgarien zu unterstützen und, wenn das nicht ausreiche, sogar den Hafen Kawala am Ägäischen Meere und den daran angrenzenden Bezirk von Drama, also ein Stück des im Bukarester Frieden gewonnenen Neugriechenland, an Bulgarien abzutreten. Das ganze Geschäft hätte nach dem Kriege durchgeführt werden sollen und nur dann, falls der Sieg des Dreiverbandes Griechenland jene kleinasiatischen Gebiete wirklich sicherte. Wie gesagt, für einen Staatsmann, der das Heil seines Staates im Anschluß an den Dreiverband sah, war das eine weitblickende Politik, die auf Erfolg rechnen konnte. König Konstantin aber sah und sieht mit Recht das Heil seines Reiches nicht im Anschluß an den Dreiverband. Deshalb hat er niemals auch nur in Vorverhandlungen über solche Abtretungsgedanken eingewilligt. Indem Venizelos seine Politik jetzt skrupellos enthüllte, zwang er seinen Nachfolger zu einer

Entgegnung, die diesen vielleicht schon stärker festlegte, als Gunaris selbst im Augenblick noch wollte. Damit hat aber Venizelos gerade das Gegenteil von dem erreicht, was er mit seinen Enthüllungen bezweckte. Er hat dem Volke die ganze Gefahr der Politik erst recht gezeigt, in die er es führen wollte und so den König und sein Ministerium in der entgegengesetzten Richtung bestärkt. Deshalb hat er auch jetzt veröffentlichen lassen, daß er sich ganz von der Politik zurückziehen wolle, in der er $4^1/_2$ Jahre eine große Rolle gespielt hat. Anders kann er auch aus der Sackgasse nicht heraus, in die er sich selbst gebracht hat. Ob sein Rücktritt vom politischen Leben dauernd sein wird, hängt sowohl von der Natur dieses diktatorischen und unruhigen Staatsmannes wie von den künftigen Neuwahlen zum griechischen Parlament ab, an denen sich seine Partei entschieden beteiligen wird.

Zur gleichen Zeit, da dieses Nachspiel abrollte, schien ein Grenzzwischenfall zwischen Serbien und Bulgarien den Zündstoff zur Entladung zu bringen. Es war der typische Komitatschizwischenfall, wie er früher geradezu traditionell in jedem Frühjahre die orientalische Frage, namentlich in Mazedonien, an zahlreichen Stellen in Unruhe brachte. Serbien behauptet, daß bulgarische Grenzposten in Serbien eingefallen seien, um die Eisenbahnverbindung zwischen Saloniki und Uesküb zu zerstören. Dagegen stellt Bulgarien fest, daß vielmehr serbische Truppen, die die Mohammedaner auf neuserbisch-mazedonischem Gebiete zur Verzweiflung gebracht hatten, eine Revolte dieser Mohammedaner niedergeworfen haben, bei der sich die Mohammedaner zum Teil auf bulgarisches Gebiet flüchteten, die bulgarischen Grenzposten sich aber ganz korrekt verhielten. Unzweifelhaft ist die bulgarische Darstellung richtig, und dieser Zwischenfall von Walandowo ist nur einer in der langen Kette von Freveltaten, mit denen Serbien seinen neuen Untertanen in Serbisch-Mazedonien das Glück, von ihm regiert zu werden, begreiflich macht. Der Zwischenfall ist aber von der serbischen Kriegspartei benutzt worden, um ihrer Regierung jede Verständigung mit Bulgarien unmöglich zu machen, und natürlich hat die Ententepresse auch gleich in derselben Richtung eingegriffen und gearbeitet. Aber die Besonnenheit des bulgarischen Ministerpräsidenten und die Korrektheit des bulgarischen Militärs verhindern, daß an dem geringfügigen Vorfalle die von unsern Gegnern längst ersehnte große Verwicklung zum Ausbruch kommt.

Denn vorläufig ist es damit nichts, wie auch die Haltung Rumäniens zeigt. Der mit viel Preßgetöse begleitete russische Vorstoß auf den Bosporus hat gar nichts bedeutet und die Forcierung der Dardanellen ist zunächst unterbrochen und aufgeschoben. Ein großer Teil der dafür bestimmten Armee ist zurückgezogen worden, angeblich aus Verpflegungsschwierigkeiten. Ob das der ausschlaggebende Grund war und die Truppen nicht vielmehr in Ägypten andern ernsthaften Aufgaben zu dienen haben, ist abzuwarten. Somit ist dieser

erste, Ende Februar eingeleitete Akt des konzentrischen Angriffs auf die Türkei militärisch wie politisch zu Ende; er hat mit einer glatten Niederlage des Dreiverbandes geendet. Wir können daher den Schmerz der englischen öffentlichen Meinung verstehen, die einen wirklich großen Staatsmann in dieser Frage, von der die Entscheidung über den ganzen Feldzug im Osten abhängt, vermißt und verlangt. Mit Recht wirft sie ihrer Politik vor, daß sie es nicht verstünde, den Widerstreit zwischen Rußland und Rumänien um die Zukunft der Dardanellen auszugleichen und die Ansprüche Bulgariens an Serbien und Griechenland zu befriedigen. Dieser Schmerz ist um so größer, als man in dem Rücktritt von Venizelos den einzigen Staatsmann größeren Stils scheiden sieht, auf den die Dreiverbandspolitik allerdings große Hoffnungen setzen konnte. —

Am 7. April ist die Note der Vereinigten Staaten (vom 2. April) an England veröffentlicht worden als Antwort auf die Antwort, die Sir Edward Grey dem ersten Proteste Nordamerikas erteilt hatte. Diese neue amerikanische Entgegnung ist sehr umständlich, sehr gewunden, sehr freundschaftlich und schließlich sehr bescheiden. In langen juristischen Auseinandersetzungen wird die Pariser Erklärung von 1856 und jene englische Order in council vom 11. März 1915 besprochen und die von England angekündigte Blockade als außergewöhnlich und völkerrechtsverletzend, sowie als schwere Belastung des neutralen Handels erklärt. Aber Nordamerika behält sich nur das Recht vor, trotz der Bestimmungen vom 11. März Rechte und Pflichten seiner Bürger nicht beschränkt zu sehen, und wird jedesmal, wenn diese Rechte oder Pflichten verletzt oder verhindert werden, einen Protest dazu erlassen. Das ist im ganzen recht wenig: man redet England freundlich zu, stellt aber keine bestimmten Forderungen an die englische Seepolitik. Zu Protesten aber wird Nordamerika voraussichtlich wenig Anlaß haben, da England diesem mächtigsten der neutralen Staaten gegenüber nicht den Bogen überspannen wird. Und so ist eine Lage geschaffen ganz nach dem Herzen der Staatsmänner, die heute die nordamerikanische Politik leiten. Nach außen hin ist die Pflicht eines Protestes erfüllt, und damit läßt sich der gewinnbringende Waffen- und Munitionshandel mit dem Dreiverbande fröhlich fortsetzen. Den Traditionen der amerikanischen Geschichte gerade in ihren Beziehungen zu England entspricht diese Haltung freilich nicht. Die englischen Orders in council von 1807 und 1812 waren nicht schärfer als diese neue von 1915, und wegen jener haben die Vereinigten Staaten 1812 ihren zweiten Unabhängigkeitskrieg gegen England geführt. Ob die Haltung, die sie heute einnehmen, sich dauernd mit der Selbständigkeit einer Weltmacht vereinigen läßt, ist wohl zu bezweifeln, und diese Note des Präsidenten wird gerade die Agitation der Deutschen und der Iren im eigenen Lande aufs stärkste neu

aufwühlen. Zunächst aber erkennen die Vereinigten Staaten offiziell den englischen Anspruch auf unbedingte Beherrschung der Meere an, auch da, wo er gar nicht mehr durchführbar ist, und ohne Voraussicht der Folgen für ein späteres amerikanisches Interesse.

Durch einen Zufall fiel die Veröffentlichung dieser Note mit einer Unterredung zusammen, die der amerikanische Journalist Karl A. v. Wiegand am 5. April mit dem Papste hatte, und dadurch wurde die von dem Amerikaner bei Benedikt XV. gewissermaßen erwirkte Friedensbotschaft an das amerikanische Volk um ihren praktischen Wert gebracht. An sich ist diese Berührung der beiden größten Mächte der Welt, die für den Frieden wirksam sein könnten, ein großes und wichtiges Zeichen. Von Benedikt XV. ist bekannt, daß er auf alle Weise dem Frieden zu dienen sucht, nicht nur durch die gewaltige moralische Stellung, die das Papsttum hat, sondern auch durch eine kluge, weitschauende und vorsichtige Politik. Um so deutlicher waren die abgewogenen Worte, in denen sich der Papst zu dem Vertreter Amerikas aussprach. Denn unzweifelhaft meinte er mit dem Hinweise, alles zu vermeiden, was den Krieg verlängern könnte, den Punkt, auf den es ankommt, nämlich die Kriegslieferungen aus den Vereinigten Staaten an unsre Gegner. Das Oberhaupt der katholischen Christenheit hat damit den Widerspruch zwischen Theorie und Praxis auf diplomatische, aber sehr eindringliche Weise dem amerikanischen Volke zu Gemüte geführt. Seine Worte werden die katholische Bevölkerung der Union — das sind die Iren, also die schärfsten Gegner Englands — in ihrer Bewegung gegen die Ausfuhr von Kriegsmaterial unterstützen. Auch wenn ihre Wirkung nicht so bald fühlbar werden sollte, so hat Papst Benedikt mit dieser Osterbotschaft an die Nordamerikaner seinen Verdiensten um die Beilegung dieses Krieges ein neues hinzugefügt.

Worauf es uns darin ankommt, das ist in derselben Woche auch einem Amerikaner, dem früheren Senator Beveridge, unumwunden ausgesprochen worden, und zwar von den beiden Männern, in denen sich dem deutschen Volke heute seine Wehrmacht zu Lande und zu Wasser gewissermaßen verpersönlicht. Beveridge ist vom Admiral von Tirpitz und vom Feldmarschall von Hindenburg empfangen worden. Der letztere hat ihm gesagt: „Rußland hätte nicht angefangen, wenn England Nein gesagt hätte, aber England wollte den Krieg. England glaubte, mit Rußlands und Frankreichs Hilfe Deutschland vernichten zu können.“ Admiral von Tirpitz äußerte: „England konnte sich die Märkte auf zwei Wegen erhalten, entweder durch Arbeit und durch ein Leben, wie wir es führen, oder durch unsre Vernichtung. England hat den letzteren Weg gewählt.“ Beide, der Admiral und der Feldmarschall, sprachen damit der Mehrheit des deutschen Volkes aus der Seele, daß England der Brandstifter dieses Krieges sei und ihn zur Vernichtung der

deutschen Weltstellung führe. Das Ziel, das Deutschland demgegenüber verfolgt, haben leider die Vereinigten Staaten in ihrer bisherigen Politik gegen England nicht aufgegriffen, obwohl es sich mit den Interessen aller andern, aller neutralen Mächte deckt: die Freiheit der Meere zu erkämpfen. „Deutschland kämpft", so hat es die Norddeutsche Allgemeine Zeitung ausgedrückt — und sie deckt sich darin mit der knappen und schlagenden Formulierung, die Graf Westarp in seiner Hamburger Bismarckrede diesem deutschen Kriegsziele gegeben hat —, „um die Freiheit der Meere, um die Befreiung aller Völker, insbesondere aber auch der kleinen und schwachen Staaten, von der Gewaltherrschaft der englischen Flotte."

23.

(Der Hauptfeind — Österreich-Ungarn)

21. April 1915

Am 31. März wurde gemeldet, daß die Forcierung der Dardanellen „vorläufig aufgegeben" sei, womit der völlige Fehlschlag des ersten Angriffes der Welt kundgetan war. Am 13. April hörten wir, daß die seit dem 20. März andauernde, durch die frei gewordene Belagerungsarmee von Przemysl verstärkte russische Offensive zum Stillstand gekommen sei. Deutschland und Österreich-Ungarn halten vom russischen Gebiet genau 46 581,8 Quadratwerst besetzt; das ist fast die Hälfte Russisch-Polens, das 111 554,2 Quadratwerst umfaßt. Die französischen Angriffe zwischen Maas und Mosel scheitern einer nach dem andern. Dafür hat in der Nacht vom 15. zum 16. April die Attacke der deutschen Luftschiffe gegen England erneut mit Erfolg begonnen. Und in den Birschewyja Wjedomosti lesen wir: „Man muß mit der Möglichkeit rechnen, daß Deutschland die Aufgabe, bis zur Ernte 1915 auszuhalten, wirklich löst und daß es ihm gelingt, seine Ernährungsschwierigkeiten zu überwinden." So haben wir allen Anlaß, dankbar und zuversichtlich zu sein und mit Ruhe und Erwartung den Entscheidungen entgegenzusehen, die das Frühjahr bringen kann, um die wir aber nicht ungeduldig drängen.

Inzwischen sind die Auseinandersetzungen über die Frage nach dem Hauptfeinde weitergegangen. Soweit daraus Folgerungen auf die Stimmung für einen Separatfrieden gezogen werden, sind sie unberechtigt. Die Feinde, die uns überfallen haben, werden bekämpft, ohne daß wir fragen, ob einer mehr oder weniger unser Feind ist; darin stimmen wir mit allen überein, die die Frage so bezeichnen. Aber unsre Gedanken gehen doch ununterbrochen über diese nächste Frage hinaus, und jede Erwägung über die weltpolitischen Folgen des Kampfes drängt uns diese Hauptfrage auf, um die

die Erörterung hin und her geht — eine Erörterung, in der, wie wir nebenbei hervorheben, heute Frankreich nirgends auch nur die leiseste Rolle spielt.

Die Vermengung innerpolitischer Gesichtspunkte mit dieser Auseinandersetzung wird jetzt erneut von der Vossischen Zeitung (in einem sehr entschiedenen Artikel von Georg Bernhard) zurückgewiesen. Sie ist auch unberechtigt. Schon im Frieden war die Verwischung des Unterschiedes zwischen liberal und konservativ mit der Stellung zu Rußland unverständlich und nicht zutreffend. Man muß schon sehr weit in der preußischen Geschichte zurückgehen, um die Belege dafür zu finden, daß gute Beziehungen zu Rußland der Reaktion im Innern dienten. Seit über einem halben Jahrhundert, nämlich seit Bismarck an die Spitze Preußens trat, ist darin ganz reiner Tisch gemacht worden. Ja, eigentlich geht das, was zu dieser Gleichung von konservativ-russophil berechtigte, schon während des Krimkrieges zu Ende. Die Stellung zu England oder zu Rußland hatte seitdem für die Konservativen mit Fragen der inneren Politik nicht das mindeste zu tun, und es wäre an der Zeit, daß diese unzeitgemäßen und störenden Erinnerungen aus der Diskussion verschwänden. Das Verhältnis Deutschlands zu Rußland muß, wie das zu jeder andern Großmacht, ohne jede Abhängigkeit von Parteilehren betrachtet werden, und wie der Aufsatz Bernhards erneut zeigt, gewinnen wir auch erfreulicherweise die von den Parteien unabhängige, gemeinsame Plattform dafür immer mehr, von der aus wir über unsre Gegner diskutieren können.

Damit ist zugleich auch das Schlagwort: Gegen den Zarismus! erledigt. Daß dieses im Anfang des Krieges das ganze Volk zusammengeschweißt habe, ist einfach nicht wahr. Und den Vorwärts, der unser Urteil über die Sozialdemokratie in dieser Beziehung bestreitet, weisen wir auf die Stimmen seiner eigenen Parteigenossen hin. Die Verfassungsform eines andern Staates geht uns nichts an, kann jedenfalls nicht Preis eines Weltkampfes für uns sein.

Auch durch Untersuchungen, wer der Hauptschuldige am Weltkriege sei, wird die Hauptfrage nicht wesentlich gefördert. Für uns sind die Akten darüber geschlossen, von links und von rechts wird heute England übereinstimmend als das geistige Haupt der Entente bezeichnet. Die Frage, um die es sich dreht, ist vielmehr die: Führt England diesen Krieg im Ernst oder nicht? Lesen wir Artikel wie die des Grafen Monts, so scheint tatsächlich England diesen Krieg nicht um eigener großer Interessen willen zu führen, wie früher die Kämpfe gegen Holland und Frankreich. Danach hat es seit 12 Jahren die große Koalition geschaffen, es hat sich militärisch auf dem Kontinent festgelegt, wie noch nie in seiner Geschichte — lediglich um „die Erdrückung seiner beiden Bundesgenossen hintanzuhalten" oder „das von ihm stets gesuchte Gleichgewicht auf dem europäischen Festlande" zu erhalten. Ist die Zumutung dieser Gleichgewichtstheorie, „abgesehen vielleicht von geringen Verände-

rungen des Standes an der belgischen Küste", die ein neutraler Diplomat uns stellt, nicht geradezu eine Beleidigung unsres Volkes und seines Kampfes? Müssen wir ihn an den Artikel der Times vom 8. März: „Warum wir im Kriege stehen?" erinnern, an die Auffassung vom europäischen Gleichgewicht, die auch heute noch in England herrscht? Gemäß der durchgehenden Tradition englischer Auslandspolitik, wie sie der Historiker Erich Marcks einmal so schlagend dargestellt hat, daß das Gleichgewicht für England darin besteht, sich die Freiheit der Meere zu reservieren und sich den Rücken durch den Bund mit einer oder mehreren Mächten Europas zu decken, damit die Kontinentalmächte sich gegenseitig zu Diensten Englands im Schach halten.

Wir glauben, wie gesagt, gern, daß England zu den bekannten Bedingungen heute ohne viel Schwierigkeit zu einem Frieden bereit sei. Hat es aber den Krieg im Ernst begonnen und führt es ihn in seinen führenden Schichten in klarer Einsicht in das, was auf dem Spiele steht, so ist kein Zweifel, daß dann ein derartiger Abschluß nur vorläufig sein würde. Um Frankreich niederzuwerfen, hat England, wie sein Historiker aufzählt, in 125 Jahren, die dieser Gegensatz andauerte, nicht weniger als 60 Kriegsjahre auf sich genommen. Das aufstrebende Deutschland Wilhelms II. aber ist der englischen Weltstellung viel gefährlicher, als es das Frankreich des XIV. und XV. Ludwig, ja auch das Napoleons I. war. Und wenn England bereit wäre, mit Deutschland, aber auch unter Aufgabe der Notwendigkeiten, die Deutschland für seine Weltentwicklung braucht, sich auf ein dauerndes Einvernehmen einzulassen, so würde der Bund zwischen diesen beiden germanischen Mächten, der größten Seemacht und der größten Landmacht, der die Phantasie so sehr anspricht, das deutsche Heer à la merci der englischen Weltinteressen stellen. M. a. W.: Deutschland würde der Prellbock Englands auf dem Kontinent gegen Rußland. Wie Pitt mit Recht gesagt hat, daß England durch die Siege Friedrichs des Großen in Europa, Kanada und Indien erobert habe, so würde dann Deutschland England in Europa gegen den russischen Angriff in Asien verteidigen. Genau das Gegenteil der Formulierung, daß Verständigung mit England für uns Unangreifbarkeit und dauernden Weltfrieden bedeute, ist richtig.

Natürlich hat Deutschland zunächst danach zu fragen, was dem deutschen Interesse dient. Aber es ist nicht allein auf der Welt, sondern seine Machtansprüche haben sich mit den Lebenstendenzen der anderen Großmächte auseinanderzusetzen, mit denen sie sich stoßen. Diese Lebensinteressen sollen auf der russischen Seite uns dauernd und zwar in wachsendem Maße bedrohen. Seltsam mutet es dabei freilich an, daß diese russische Gefahr, die ungeheure Zunahme seiner Bevölkerung in der Zukunft u. dgl., vielfach gerade von Seiten uns vorgehalten wird, die früher den russischen Gegner als durchaus

minderwertig und verächtlich behandelten. Wir wagen jedenfalls nicht, mit dieser Sicherheit darüber zu urteilen, weder nach der optimistischen noch nach der pessimistischen Seite, und der Aufrechnung, daß in 50 Jahren Rußland soundsoviel Millionen Einwohner habe, kann man ebenso die Vermutung entgegenstellen, daß Konstitution und Kapitalismus, die beide schlechterdings nicht fernzuhalten sind (von der Möglichkeit revolutionärer Erschütterungen ganz abgesehen), in der Zukunft in diesem in sich so disparaten Reiche aufs stärkste zentrifugal wirken können. In politische Kalkulationen der nächsten Gegenwart läßt sich das Urteil über die russische Zukunft nur mit größter Vorsicht einstellen, ohne daß wir damit die Gefahr, die in ihr für Europa liegen kann, gering einschätzen.

Daneben wird das Rußland naturnotwendig innewohnende Expansionsbedürfnis nach Westen als dauernde Gefahr für unsre ganze Weltzukunft bezeichnet. Uns scheint dagegen ein sichereres Mittel als die phantastischen Wünsche auf die Zerschlagung des russischen Kolosses (Gedanken übrigens, die über ein halbes Jahrhundert alt sind) zu sein, daß diese russische Expansion jetzt an dem deutschen und österreichisch-ungarischen Heere scheitert und daß danach auf Grund dieser militärischen Erfolge eine von Deutschland geführte, einheitliche und klare Balkan- und Orientpolitik den dauernden Wall dagegen aufrichtet. Um eine gar nicht vorhandene Neigung zum Separatfrieden mit Rußland zu bekämpfen, müssen auch die Stimmen, die sich dagegen aussprechen, uns immer supponieren, daß ein solcher Friede nur unter Aufgabe Österreich-Ungarns und der Türkei geschlossen werden könnte. Ein solcher Friede, um deswillen Deutschland gar nicht in diesen großen Krieg hätte einzutreten brauchen, wäre aber keine Verständigung mit Rußland, sondern ein Friede, den dieses nach Gewinn des Feldzuges uns diktierte.

Nun zerbricht im Gegenteil die expansive Kraft Rußlands nach Westen heute abermals. Die Positionen der Zentralmächte sind nicht zu erschüttern, und die gerade gegen Rußland selbständig gewordenen Balkanstaaten werden, auch wenn sie nicht militärisch auf unsrer Seite in diesen Krieg eintreten, und dann gerade noch mehr, sich wie bisher gegen Rußland entwickeln. Wiederum muß sich ihm die Erfahrung seiner Geschichte wiederholen, daß jeder von ihm begonnene Krieg um der orientalischen Frage willen — das ist der heutige Krieg ebenfalls — auch bei großen militärischen Erfolgen (die heute nicht vorhanden sind) mit einer politischen Niederlage Rußlands geendet hat. Damit werden die Reibungsflächen im Osten Europas geringer, und lösen sich Gegensätze, die, wobei wir auch trotz des Krieges bleiben, Lebensgegensätze nicht zu sein brauchen. Die Lebensinteressen der Ostmächte, wozu die Türkei natürlich aufs stärkste gehört, lassen sich miteinander vereinigen. Das

hat nicht nur Bismarck für richtig gehalten, den man als einer früheren Periode angehörig hier vielleicht ablehnen möchte, sondern das hat auch die Politik unsres jetzigen Kanzlers angenommen, wie das Potsdamer Abkommen von 1910 und ähnliches zeigen.

Überall aber steht auch hier England als der Hauptgegner im Wege. Nicht nur uns, dem deutschen Volk und Reich, auch Österreich, dessen Mittelmeerinteressen England entgegen ist. Auch der Türkei, wo sich nach verbürgten und an sich sehr glaubwürdigen Nachrichten jetzt ein ungeheurer Haß gegen dieses England ansammelt, das traditionell der Freund der Türkei war, das aber seit zehn Jahren seine Politik auf ihre Zerstörung angelegt hat und jetzt mit seiner Flotte und der Perfidie seiner Marinemission zum ersten Male wieder seit 100 Jahren einen gefährlichen Angriff auf das Kernwerk der ganzen türkischen Weltstellung unternommen hat. Und Rußland? Ein türkisches Blatt hat geschrieben, England führe gegen Rußland Krieg, während es sich den Anschein gibt, für seinen Verbündeten Konstantinopel zu erobern. Das ist paradox, aber im Kern ganz richtig.

Es ist nicht anders: England steht heute wie Napoleon I. vor 100 Jahren der Welt mit seinen Ansprüchen und Hoffnungen gegenüber. Es richtet sich dabei in erster Linie gegen uns. Und diese Einsicht wollen wir uns, darum ist alles dies hier nochmals erörtert worden, nicht verschleiern lassen. Manche Artikel der letzten Zeit tun das. Wohl nicht mit Absicht; aber es sind auch Bemühungen am Werke, die mit Absicht daraufhin arbeiten. In praxi können sie nur auf einen Frieden mit England unter Aufgabe der deutschen Weltziele hinauskommen und auf eine Bereitstellung der deutschen Macht im englischen Interesse gegen Rußland. Manches Beispiel in der neueren Geschichte gibt es dafür, daß England ein solches Bemühen geglückt ist. Uns gegenüber wäre es vielleicht der größte Erfolg, den es zur Sicherung seiner Stellung noch je erringen könnte. Aber dazu bluten unsre Kämpfer draußen nicht, dazu hat unser Volk nicht diese unerhörte Anspannung aller Kraft auf sich genommen. Wir wollen uns nicht vom Zugange zum Weltverkehr nach Englands Gutdünken absperren lassen, und wir wollen nicht wieder eine Koalition in Europa mit Hilfskräften von außerhalb Europas gegen uns entstehen lassen. Und wir glauben, daß jetzt diese ausschließlich vom deutschen Machtstandpunkte aus orientierte Auffassung über alle Parteiunterschiede hinaus Gemeingut unsres Volkes und daß dadurch der tiefbegründete elementare Haß unsres Volkes gegen England zu einer einheitlichen und klaren Auffassung vom politischen Gegensatze zwischen den beiden Großmächten wird. —

Mit großer Kraft weist unser Verbündeter Österreich-Ungarn die Angriffe des russischen Gegners zurück. Vor einiger Zeit hat der militärische

Berichterstatter des Berliner Tageblattes die Heereszahlen mitgeteilt, mit denen Österreich sich einer mindestens doppelt so starken Angriffsmacht zu Beginn des Feldzuges entgegenstellte. Es hat in diesem Ringen wochen- und monatelang den Ansturm von den Zentralpositionen nicht nur des eigenen Staates, sondern — was wir im Reiche niemals vergessen wollen — auch unsres Vaterlandes abgehalten. Die Kernwerke des Donaustaates sind in dem großen Kampfe gehalten, der Durchbruchsversuch zwischen Mähren und Schlesien, der zugleich unsern Osten bedroht hatte, abgehalten worden. Seitdem kämpfen Österreicher und Ungarn mit den Deutschen vereint in den Karpathen. Alexander Gutschkow, der frühere Dumapräsident, der in einer hohen Stellung des russischen Roten Kreuzes sehr häufig an die Front kommt, spricht (Birschewyja Wjedomosti, 26. März) mit größter Achtung von diesem österreichischen Heere: es sei ein gefährlicherer Gegner denn je, die ungarischen Regimenter seien zäher als die bisher verwandten Slawen, die Macht Österreichs sei noch längst nicht gebrochen. Und nun rüstet sich unser Verbündeter zu einer erneuten Anspannung. Am 17. April wurde amtlich mitgeteilt, daß die Landsturmpflicht in der Donaumonarchie, die bisher nur vom 19. bis 42. Lebensjahre lief, jetzt auf das 18. bis 50. Lebensjahr erstreckt wird. Das ist eine Betätigung innerer Kraft, ein Wille, bis zum äußersten durchzuhalten und während des Krieges noch im Frieden Versäumtes wieder einzuholen.

Vermutlich wird diese Umänderung der Wehrorganisation auf Grund des § 14 durchgeführt. Denn die Einberufung des Reichsrates lehnt die Regierung nach wie vor ab. Die Führer des Parlaments erkennen auch, wie es scheint, die innere Begründung dafür an. Denn man fühlt und bringt es zum Ausdruck, daß der österreichische Reichsrat nicht das österreichische Volk darstellt und die Neuwahlen nach dem Kriege ein andres Bild bieten werden. Ein verheißungsvolles Zeichen dafür scheint uns der Zusammenschluß aller nationalen Parteien Niederösterreichs zu sein, der unter dem Namen „Deutsche nationale Vereinigung Niederösterreichs" im März glückte: der niederösterreichische Volksbund, die deutschradikale Landespartei, die deutschsoziale Partei, die deutsche Arbeiterpartei und der niederösterreichische Hauer- und Bauernbund haben sich da zusammengeschlossen. Wir vermögen natürlich nicht zu sagen, inwieweit darin schon allgemein ein Anzeichen für die Neugestaltung des Parteiwesens im Donaustaate liegt.

Ebenso wie militärisch hält er finanziell und wirtschaftlich auf das entschiedenste stand. Während sein neuer Reichsfinanzminister Ernst von Koerber, einer seiner ausgezeichnetsten Beamten, sich heute, von den Gegenwartsaufgaben seines Ressorts wenig in Anspruch genommen, auf die Durchführung des wirtschaftlichen und finanziellen Teiles der Friedensverhandlungen vor-

bereitet, gehen die Maßnahmen zur Sicherung der Volksernährung weiter, ungefähr wie die unsern. Für uns ist es wichtiger, daß am 10. April die Bankrate seitens der österreichisch-ungarischen Bank von $5^1/_2\%$ (seit 29. Oktober) auf 5% ermäßigt worden ist. In jeder Richtung ist der Markt wieder für eine neue, die zweite Kriegsanleihe vorbereitet, auf deren Gelingen wir ebenso fest wie bei der ersten vertrauen. Die Abschlüsse der großen industriellen Unternehmungen, die jetzt veröffentlicht werden, zeigen gleichfalls, daß der Krieg das Wirtschaftsleben unsres Verbündeten nicht erschüttert hat. Im Gegenteil ist in eine ganze Reihe von Produktionszweigen (Waffen, Munition natürlich, aber auch Zucker, Lebensmittel, Mühlen, Petroleum, Eisen usw.) gerade durch den Krieg ein besonderer Schwung gekommen. Für Ungarn hat allerdings das Moratorium abermals, zum 6. Male, auf vier Monate verlängert werden müssen. Aber im ganzen haben sich auch in dem letzten Vierteljahr die wirtschaftlichen Verhältnisse unsres Verbündeten als widerstandsfähig und gut fundiert erwiesen. Wie die lesenswerte Schrift von Meisel und Spiethoff: Österreichs Finanzen und der Krieg nachweist, ist das System der Staatseinnahmen Österreichs noch so entwicklungsfähig, daß wir selbst einer großen Belastung durch den Krieg mit Vertrauen entgegensehen können.

Darüber hinaus sind die Gedanken ununterbrochen in der Richtung eines engeren Zusammenschlusses mit dem Deutschen Reiche gegangen. Wir machen daraus besonders auf die Schrift eines der Opposition angehörenden Ungarn: Deutschland und Ungarn von Eduard Palyi aufmerksam, die sehr instruktiv ist. Soweit wir sehen, sind in dieser Schrift zum ersten Male die einzelnen Programmforderungen genauer aufgezählt, um die sich die Erwägungen dieser wichtigen Frage bewegen: statt Konkurrenz freundlicher Wettbewerb, Zollunion mit Zwischenzöllen, Ordnung der österreichisch-ungarischen Valuta durch Deutschland, Bereitstellung der finanziellen Kraft Deutschlands (P. fordert eine Milliarde Mark zu 3%) zur wirtschaftlichen Entwicklung Österreich-Ungarns usw. Daß die Einzelheiten ungemein schwierig sind, weiß der Verfasser; wir teilen seine Wünsche hier auch nur mit, ohne uns mit ihnen zu identifizieren. Besonders interessant ist in der Schrift ein Briefwechsel mit den drei höchsten Kirchenfürsten Ungarns, zweier katholischer und eines calvinischen, die sich auch aus kirchlichen Gründen für einen engeren Zusammenschluß mit Deutschland entschieden aussprechen. Aussetzen möchten wir aber an der Schrift den Titel. Das ist nicht kleinlich, sondern alles muß vermieden werden, was den Anschein erweckt, Ungarn wolle sich unter Ausschaltung Österreichs mit Deutschland verständigen. Das ist nicht die Absicht des Verfassers, aber Titel und Anlage der Schrift können zu dem Mißverständnis führen. Uns steht der Staat unsres Verbündeten als eine

Einheit gegenüber, in deren inneren, staatsrechtlichen Zusammenhang wir uns nicht einmischen. Man sollte auch nicht für seine inneren staatsrechtlichen Streitfragen, wie es Palyi und manche andre tun, bei uns zuviel Verständnis fordern. Das ist nicht nötig. Uns ist der österreichisch-ungarische Staat die Doppelmonarchie und der Gesamtstaat zugleich, mit dem wir immer enger zusammenwachsen.

Auch die Nationalitätenfrage Ungarns wird in der Schrift berührt. Daß sie ganz so leicht zu lösen sei, wie sie es annimmt, glauben wir nicht. Immerhin ist am 7. März auf Regierungsverordnung in Ungarn eine verstärkte Zulassung der nichtmadjarischen Sprachen schon gewährt worden — Fortschritte, die über sich selbst hinausführen müssen, wenn sie auch an die Organisationskraft der Madjaren große Anforderungen stellen. Aber das muß und wird überwunden werden.

Ebenso ist das von der Kernfrage der cisleithanischen Reichshälfte zu erhoffen, vom deutsch-tschechischen Ausgleich in Böhmen. Bei uns ist im Drange der Kriegssorgen der wichtige Wechsel nicht beachtet worden, der am 27. März auf dem Posten des Statthalters für Böhmen stattgefunden hat. Fürst Franz Thun, der schon 1889 Statthalter in Böhmen wurde und unter dem der erste, freilich nie zur Wirkung gekommene, Ausgleich abgeschlossen wurde, der 1897 von diesem Posten schied und 1898/99 Ministerpräsident wurde, wurde 1911 zum zweiten Male Statthalter, von welchem Posten er am 27. März 1915 mit hoher Auszeichnung durch seinen Herrn enthoben wurde. Einer der einflußreichsten unter den böhmischen Hochadligen, der Führer des konservativen Großgrundbesitzes im Herrenhause, hat er die Hauptfrage, für die er berufen war, nicht zu lösen vermocht. Auch in seiner zweiten Amtsperiode ist der Ausgleich nicht zustande gekommen, und die Deutschen sahen heute diesen Staatsmann gern von seinem Posten scheiden, der für sie die Verkörperung der Versöhnung mit den Tschechen um jeden Preis, d. h. auf Kosten des Deutschtums war. Die Politik, die diese sehr charakteristische und bedeutende politische Persönlichkeit in Böhmen gemacht hat, ist in der Hauptsache gescheitert, hat jedenfalls für den Gesamtstaat nicht förderlich gewirkt. Nun übernimmt als sein Nachfolger der bisherige Landespräsident von Schlesien, Graf Max Coudenhove, ein schweres Erbteil. Bei seinem Namen soll man weniger daran denken, daß er der jüngere Bruder des Statthalters in Böhmen zur Zeit des Grafen Badeni, sondern daß er selber ein ausgezeichneter Beamter ist.

Vorerst beherrschen die Kriegsfragen die allgemeine Aufmerksamkeit auch in Österreich-Ungarn, neben den rein militärischen die Verhandlungen mit Italien, die ununterbrochen weitergehen, in erster Linie die Erwägung der letzten Endes doch gemeinsamen Mittelmeerinteressen beider Staaten.

Beide haben am Gleichgewicht im Mittelmeer das größte Interesse, ein Grundsatz, der von Italien seit 40 Jahren vertreten und der noch niemals so verletzt worden ist wie heute, da die englische und französische Flotte das Meer beherrschen und Italien seine Flotte in Tarent zurückhält und entsprechend Österreich die seine in Pola zurückhalten muß.

Daneben hat auch in Österreich-Ungarn eine lebhafte Erörterung der Frage nach der Kriegsschuld eingesetzt. Treffliche Schriften sind darüber erschienen, besonders die des Grafen Julius Andrassy: Wer hat den Krieg verbrochen? Es ist selbstverständlich, daß für Österreich, dessen Hauptfeind im Kern Rußland ist, dieses auch in der Frage nach der Schuld des Krieges im Vordergrunde steht. Wir weisen auf diesen Unterschied zwischen Österreich und uns hin, der so alt ist wie der Bund zwischen Deutschland und Österreich überhaupt, und den man im Auge behalten soll, wenn man derartige Schriften österreichischer Politiker als Meinungsausdruck auch des Deutschen Reiches oder des gesamten Deutschtums hinstellen will.

Fruchtbringender als dies scheint uns die Beschäftigung mit den Balkanfragen zu sein. Bosnien und Herzegowina stehen heute unter militärischer Verwaltung, die bereits gutmacht, was die Zivilverwaltung vorher, besonders in der Zurückstoßung des katholischen Kroatentums, versehen hat. Darüber hinaus aber legt sich der Erwägung Österreich-Ungarns das serbische Problem genau so auf wie uns das belgische. Wir weisen dafür auf die beiden Schriften von Leopold Mandl: Österreich-Ungarn und Serbien, unter dem gleichen Titel 1911 und 1912 erschienen, hin. Sie geben einen ausgezeichneten Einblick in die großserbische Agitation, machen den Zwang voll verständlich, aus dem heraus Aehrenthal im Zusammenhange mit der kretischen Frage und der türkischen Revolution die ganze große Krisis ins Rollen brachte, und zeigen die Unversöhnlichkeit der österreichischen und der serbischen Idee: „Zwischen uns und Österreich-Ungarn kann es nur Frieden geben, wenn Österreich-Ungarn darauf verzichtet, eine Großmacht zu sein, wenn es sich entschließt, die Rolle einer östlichen Schweiz zu übernehmen." (Rede des serbischen Ministers Protic am 2. Januar 1909.) In diese größenwahnsinnige Haltung aber wurde Serbien hineingetrieben seit 1903, da der Sieg der neuen Dynastie zugleich ein Sieg der Volkssouveränität war, und seit 1910 das russische Protektorat als Rettungsanker ergriffen wurde. Beides muß durch den Krieg zerbrochen werden. Ist doch ein Zustand für einen Großstaat einfach unmöglich, daß er durch Räuberbanden gezwungen wurde, 300 Millionen Kronen (1909 bis 1912) für den Grenzschutz seiner Bevölkerung auszugeben. Darum gewinnen die Schlußworte Mandls, vor dem Krieg geschrieben, in und durch den Krieg doppelte Bedeutung: „Nicht darum handelt es sich letzten Endes, ob Serbien

einen Adriahafen erhält oder nicht, ob es Albanien zerstückeln darf, ob es seine Hand auf alle Verkehrswege legen darf, die der österreichisch-ungarische Handel nach dem Balkan braucht: es handelt sich um die Beseitigung eines organischen Gegensatzes, hervorgerufen durch die destruktive serbische Staatspraxis, die das Recht des starken Nachbars auf legale und friedliche Nachbarschaft negiert. Dieses unhaltbare Verhältnis grundlegend zu ändern, muß die nächste Aufgabe österreichisch-ungarischer Staatskunst sein." Im Frieden ist das durch Serbiens Hartnäckigkeit und Rußlands Schuld nicht möglich geworden; nun muß der Krieg die Lösung dieser Grundfrage bringen.

24.

(Tirpitz — England)

28. April 1915

Auch an dieser Stelle muß des Tags (24. April) gedacht werden, an dem Großadmiral von Tirpitz den 50. Erinnerungstag seines Diensteintritts beging. Wie weit liegen uns heute die Zeiten zurück, in denen um die beiden Flottenvorlagen gekämpft wurde, als Admiral von Tirpitz noch im Reichstage hartnäckigen Widerstand und im Volke vielfach Unverstand zu bekämpfen hatte gegen die Einsicht und den Entschluß, dem Deutschen Reiche und Volke eine seiner Weltstellung angemessene Flotte zu schaffen! Er hat das zu überwinden glänzend verstanden und hat weiterhin unsrer Flotte die Organisation und die Leistungsfähigkeit gegeben, der wir es jetzt verdanken, daß die Nordsee frei von englischen Kriegsschiffen ist und England seine Hochseeflotte dem Risiko eines Kampfes mit der unsern nicht aussetzt. Was es aber bedeutet, daß unsre Flotte, einfach durch ihr Vorhandensein, den weitaus größten Teil der englischen Hochseeflotte in den heimischen Gewässern festhält, das braucht man sich nur am Gange der Aktion gegen die Dardanellen klarzumachen, die ganz anders liefe, wenn der größte Teil der englischen Kriegsschiffe daran beteiligt werden könnte. Dies und den Schutz unsrer geradezu unangreifbaren Küsten danken wir dem Organisator der deutschen Seemacht, der einer der stärksten Träger des deutschen Weltmachtgedankens ist und auf den unser Volk mit besonderem Vertrauen blickt. Er hat den Kampf mit England niemals gesucht, aber, nun er uns aufgezwungen ist, wird er ihn an seinem Teile mit aller Kraft bis zum notwendigen Ende durchführen.

Daß das die übereinstimmende Ansicht aller unsrer maßgebenden Kreise ist, hat die Erklärung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung (24. April) uns gesagt. Ein Wort zur Begründung des damit festgelegten Standpunktes hinzuzufügen, wäre überflüssig. Weniger überflüssig ist es aber vielleicht, zu betonen, daß auch in England von irgend einer Friedensneigung oder

Friedenserörterung keine Rede ist. Die Stimmung steht allerdings in England jetzt unter einem starken Drucke. Die bisherigen Fehlschläge hatten die Siegeszuversicht noch nicht erschüttert; jetzt aber hat das Mißlingen des Angriffs auf die Dardanellen ebenso niederdrückend gewirkt, wie der Mißerfolg bei Neuve Chapelle. Seit der Bericht des Generals French vorliegt, weiß man zwar, daß die übertreibenden Gerüchte, die eingestandenermaßen in den Londoner Klubs umgingen, nicht richtig waren. Aber der Eindruck der Depesche, zu deren Überbringung der Prinz von Wales persönlich abgeordnet wurde, war nicht der eines großen Sieges. Ein paar Kilometer vorgedrungen, die Einnahme von ein paar zerschossenen Häusern, das erkauft mit sehr großen Verlusten und einem Aufwand an Munition, von dem behauptet wurde, daß er den Gesamtaufwand an Munition im Burenkriege bereits erreiche! Interessant ist nun, zu sehen, welche Schichten des englischen Volkes von diesen Verlusten am stärksten betroffen werden. Freund und Feind sind sich darüber einig, daß die oberen Schichten in England ihre Schuldigkeit in hervorragender Weise tun. Die Verluste des Adels sind, wie die Listen der gefallenen und verwundeten Offiziere zeigen, außerordentlich groß, so daß manche schon von einer Dezimierung dieses „normannischen" Adels durch den Krieg sprechen, die sich nur den ähnlichen Verlusten in den Kriegen der beiden Rosen vergleichen ließe. Die englische Gentry, die der Träger der auf den Krieg hintreibenden Interessen des Reiches war, hat auch, wie der Feind offen anerkennen muß, ihre Pflichten rückhaltlos auf ihre Schultern genommen, sowohl die persönlichen in Leistung des Kriegsdienstes, wie die sachlichen in Leistung der finanziellen Kriegsopfer. Ebenso wird hervorgehoben, daß die unteren Schichten, d. h. vor allem die Arbeiter und die kleinen Farmer, ihre Schuldigkeit voll tun, wenn auch nicht ganz aus denselben Motiven, wie die führenden Schichten der Nation. Dagegen wird von einer gewissen Zurückhaltung des Mittelstandes dem Kriege gegenüber gesprochen: das, was man in England als »Shopkeeper« zusammenfaßt, drängt sich in keiner Weise zur Erfüllung der Ansprüche, die der Krieg stellt.

Zum ersten Male ist am 21. April von amtlicher englischer Seite ein Anhalt gegeben worden für die Schätzung der englischen Feldarmee: Lloyd George erklärte, daß gegenwärtig über 36 Divisionen im Felde stünden, also rund 700 000 Mann. Der englische Abschnitt der Kampffront im Westen ist, wie bekannt, die Linie Küste—La Bassée—Ypern, ein im Verhältnis recht kleiner Teil der ganzen Linie, der also mit englischen Truppen ungemein stark besetzt sein muß. Ein Zeichen, für wie wichtig England die Behauptung dieses dem Kanal nahegelegenen Stückes hält! Bisher tönten nun Zeitungen und Versammlungen wider von dem Lärm der Werbung, jetzt aber ist in dem Trio der Gegenstände, die in den Zeitungen bis zur Ermüdung behandelt

werden: Männer, Munition und Alkohol, die Munition die Hauptsache geworden. Und wie das in der englischen Öffentlichkeit gewöhnlich geht, wird, um ein solches neues Ziel zu erreichen, die Sache selbst übertrieben: „Der Sieg in Belgien wird durch die Fabriken daheim erfochten. Der Krieg, der jetzt beginnt, ist mehr ein Krieg der Munitionsfabriken als der Strategie" (Manchester Guardian, 15. April). Da hat man nun zunächst gesehen, daß die Anpassungsfähigkeit der Industrie an die Anforderungen des Krieges nicht so groß ist wie bei uns. Man hat eine besondere Kommission zur Behebung dieser Schwierigkeiten geschaffen, der man nicht mit viel Vertrauen entgegenkommt, fehlen doch vollständig in ihr Geschäftsleute, Ingenieure, Wissenschaftler; der Ausschuß wird von Politikern und Zivilbeamten, einem Arbeiterführer und einem Vertrauensmann der Regierung gebildet, der die Geschäfte führt. Diese Schwierigkeiten sind aber noch gering gegenüber den Verlegenheiten, die die Arbeiter machen. Es hat des direkten Eingriffes Kitcheners und mühseliger Verhandlungen Lloyd Georges bedurft, ehe die Gewerkvereine die Produktion von Munition, soweit es an ihnen ist, sicherstellten. Denn die Gewerkvereine wollen am Gewinn der Unternehmer beteiligt werden, weil die Lohnerhöhungen und der Lohn für die Überstunden durch die allgemeine Preissteigerung aufgehoben würden, und sie sträuben sich besonders dagegen, daß aus andern Produktionszweigen Arbeiter in die Munitionsbranche herübergenommen werden. Es gehört ja zu den geheiligten Sätzen der Gewerkvereinslehre, daß kein Arbeiter eines Produktionszweiges dem Kollegen in dem andern Konkurrenz machen darf. In einem sehr verklausulierten Abkommen vom 25. März zwischen Lloyd George, dem Handelsminister und den Vertretern der Gewerkvereine wurden den letzteren mühsam die Zugeständnisse, aber auch nur auf Zeit, abgerungen, ohne die die Arbeit in den Fabriken für die Munition nicht sichergestellt werden kann.

Man sträubt sich überhaupt, nicht nur bei den Arbeitern, gegen dieses notgedrungene Eingreifen des Staates in Gebiete des Wirtschaftslebens, auf denen nach herrschender Ansicht ausschließlich das Einzelinteresse sich betätigen soll. Aber man kann sich gar nicht dagegen wehren, daß an allen Ecken der Staat mit Gebot und Verbot eingreift. Drohende Streiks können nur durch Eingreifen des Staates verhindert werden. Nur er kann Frauen- und Kinderarbeit gestatten und regeln, die sich in verschiedenen Zweigen als notwendig erweisen. Nur er kann die Rüstungen für Heer und Flotte sicherstellen, indem er die Kontrolle über die betreffenden Industrien übernimmt: die Regierung kann heute alle Werke, die Kriegsmaterial herstellen, einfach auf den Staat übernehmen. Nur er kann die Beschränkung des Alkoholkonsums durchführen, die notwendig wird, weil die Lohnerhöhungen in Whisky und Bier umgesetzt wurden, und weil die Arbeiter für eigene Ab-

stinenz auch die der besitzenden Klasse fordern, wodurch die ganze Erörterung auf ein totes Gleis gekommen ist. So sehen wir heute in England ein Vordringen des Staatssozialismus, das ganz erstaunlich ist. Schon die Regelung der Zuckerfrage, in der die Regierung überall ungeheure Ankäufe vornahm, war tatsächlich ein Monopol. Danach hat die indische Regierung den Weizenexport monopolisiert und die englische soeben die Versorgung der eigenen Industrie mit Farbstoffen, die bisher aus Deutschland kamen, ebenso in Angriff genommen. Von Eingriffen in das Geld- und Bankwesen sprechen wir nachher. Im ganzen dringt auf diese Weise durch den Zwang der Umstände die Überzeugung, daß der Staat das Wirtschaftsleben regeln müsse, immer tiefer ein. Für uns, die wir seit Jahrzehnten an dergleichen gewöhnt sind, ist das nichts Neues, aber für den Engländer bedeutet das eine Umwälzung seiner Denkweise, der ganzen Organisation seines Wirtschafts- und Staatslebens, die schon heute als eine der allerwichtigsten Folgen dieses großen Krieges betrachtet werden kann. Diese Entwicklung hat aber mehr als nur wissenschaftliches Interesse. Bei dem Verhältnis von Kapital und Arbeit und bei der heutigen Besitzverteilung in England läßt der Krieg, wie wir schon einmal ausführten, wenn er nicht gut für England ausgeht, mit Bestimmtheit größte soziale Kämpfe erwarten. Auf der andern Seite steuert man schon während des Krieges, von radikalen Politikern wie Lloyd George bewußt dahin geleitet, in einen Sozialismus herein, der in diesem Lande nicht wie bei uns durch eine über den Parteien stehende starke Monarchie gebändigt, dafür aber von der vielleicht stärksten Arbeiterorganisation der Welt gefordert wird.

Heute freilich liegen dem englischen Staatsmanne die Sorgen näher, die diese Arbeiterbewegung selbst ihm macht. Die englische Arbeiterwelt hat in ihrer überwältigenden Mehrheit bekanntlich niemals in einem so entschiedenen Gegensatze zu ihrem Staat gestanden, wie etwa die deutsche Sozialdemokratie, und ist deshalb gelobt worden. Seit Jahren aber war schon zu sehen, daß sie aus ihrem Staate herauszuwachsen strebte oder mindestens ihre Wünsche und Forderungen einfach denen des Staates gleichsetzte. Der extreme Liberalismus, der seine Wortführer im liberalen Kabinett von heute hat, hat das durch unausgesetzte Zugeständnisse nur gefördert. So stehen jetzt zwar die Parlamentsführer der Arbeiter unbedingt mit der Regierung zusammen und machen im Parlament dem Kabinett keine Schwierigkeiten. Aber man sieht überall, daß die Arbeiterschaft draußen sich ihre Selbständigkeit wahrt. Wir wollen die Bedeutung der sog. J. L. P. (Independent Labour Party) nicht überschätzen, aber ohne Bedeutung ist es nicht, wenn sie auf ihrem Kongreß in Norwich (6. April) die Teilnahme an der Rekrutenwerbung aufs schärfste verurteilte und die Agitation für den Krieg und die

Politik der Regierung ihren Mitgliedern unbedingt untersagte, oder wenn der Labour Leader (eine Wochenschrift der Arbeiterpartei) in der Auffassung der belgischen Frage in schärfstem Gegensatze zur Regierung steht und das ungescheut ausspricht. In diesem Kreise finden besonders die Angriffe auf die Geheimniskrämerei der Regierung ihren Widerhall, die auch von bürgerlicher Seite unterstützt werden. Keiner glaubt mehr, daß die Zensur, über deren Ungeschicklichkeit allgemein geklagt wird, die Wahrheit sagt, und man empfindet es als einen Verstoß gegen den Geist des Parlamentarismus überhaupt, wenn z. B. im April bekannt wird, daß Sir Edward Grey am 11. Januar Venizelos die bekannten Zugeständnisse gemacht, also eine Teilung der Türkei schon in Aussicht genommen hat.

Aber daraus, daß eine Absplitterung der J. L. P., die sich als Union of Democratic Control bezeichnet, von der Regierung eine klipp und klare Erklärung über die Friedensbedingungen fordert, soll man ja nicht schließen, daß in England eine Stimmung für einen baldigen Friedensschluß da sei. Wohl kommt man namentlich in liberalen Kreisen immer noch nicht darüber hinweg, daß England mit Rußland zusammen diesen Krieg führt. Keir Hardie hat in Norwich gesagt: „Eine der größten Gefahren, in die wir durch den Krieg geraten sind, ist, daß wir mit einer Nation ein Bündnis geschlossen haben, deren Geschichte in Vergangenheit und Gegenwart jeder Zivilisation und jedem Fortschritt zur Schande gereicht", und der Engländer, der heute einmal in Parlamentsverhandlungen während des Krimkrieges blickt, etwa die große Abrechnung liest, die Lord Lyndhorst im Oberhause am 19. Juni 1854 mit Rußland hielt, dem muß wohl die Scham ins Gesicht steigen. Auch aus der Schwierigkeit kommt man nicht heraus, wie das Eintreten für die nationale Autonomie im Osten mit dem Interesse des russischen Verbündeten zu vereinigen sei, und schweigt deshalb lieber diese peinlichen Diskussionen ganz tot. Wichtiger noch ist, daß die Erwartungen, mit denen man in den Krieg ging, überhaupt sehr herabgestimmt sind. Wo Kriegsziele angedeutet werden, da reden sie nicht mehr von der Zertrümmerung Deutschlands. Z. B. kennzeichnet der Economist Englands Friedensziele so: volle Wiederherstellung Belgiens und Frankreichs mit einer Regelung (settlement) der elsaß-lothringischen Frage, während im Osten allerdings höchstens ein Kompromiß zwischen den nationalen Ansprüchen und dem „Bau der bisherigen Staaten", d. h. Rußlands, herauskommen würde. Aber von der Einsicht, daß Deutschland im gehofften Maße nicht zu zertrümmern ist, bis zu dem Entschluß, einen Frieden einzuleiten, ist noch ein gewaltiger Schritt, den die maßgebenden Parteien und Zeitungen noch in keiner Weise tun oder zu tun willens sind. Vereinzelte Stimmen von Gelehrten besagen demgegenüber ebensowenig, wie jener Widerspruch der unabhängigen Arbeiter. Im ganzen

steht die öffentliche Meinung Englands, weil es ihr um diesen Krieg wirklich Ernst ist, trotz mancher auch während des Burgfriedens hervortretender Differenzen, geschlossen hinter der Regierung und einig darin da, den Krieg bis zum Ende zu führen, so wie ihn die Regierung begonnen hat. Wir sehen auch nicht, trotz der Depression, die Neuve Chapelle und die Dardanellen gebracht haben, daß die Zuversicht, den Krieg zu gewinnen, soweit das englische Interesse in Frage kommt, heute bereits erschüttert sei. Wer uns ein andres Bild von der öffentlichen Meinung Englands malen will, der kennt sie entweder nicht, oder er will sie nicht erkennen. So bleibt, da wir mit ruhigem Vertrauen auf den Weitergang unsres Krieges gegen England schauen können, die Hauptfrage, inwieweit unser Gegner durch ihn leidet und wie er ihn aushält.

Die Zeitungen suchen ihren Lesern den deutschen U-Bootkrieg immer als unwirksam hinzustellen, und die Admiralität veröffentlicht regelmäßig ihre Übersichten, in denen die Zahlen der aus- und einfahrenden Schiffe neben die Zahl der durch ein deutsches U-Boot vernichteten gestellt werden. Bei näherer Betrachtung verliert aber diese Paradestatistik etwas an Bedeutung. Ein Mann von der Bedeutung des Präsidenten der White-Star-Linie weist in der Morning Post mit Recht darauf hin, daß neben die Zahlen der Schiffe und ihres Tonnengehaltes auch die Ladung gestellt werden müsse, und macht die Statistik auf, daß der Wert der von August 1914 bis Februar 1915 zerstörten Schiffe 2,9 Millionen Pfund betrug, der Wert der Ladung, der doch außerdem auch als reiner Verlust abgeschrieben werden muß, aber in derselben Zeit 4,4 Millionen Pfund. Noch einleuchtender sind die Zahlen (Times, 2. April), daß am 1. April 1914 die Weizenbestände in Liverpool (heute dem wichtigsten Getreidehafen Englands): 410 000 Quarter, am 1. März 1915: 328000, am 1. April 1915 nur 236 000 betrugen. So ganz wirkungslos kann also der deutsche U-Bootkrieg doch nicht sein, der die berühmte Ankündigung Joffres, die Stellung des Feindes „abzuknabbern", England gegenüber recht ernsthaft zur Wahrheit macht. Und wo, so fragt man in England selbst, wie wohl in der ganzen Welt, sind eigentlich die englischen U-Boote? Bisher haben wir von ihnen so gut wie nichts gehört. Aber die Erinnerung daran ist den Engländern recht peinlich. Denn sie ruft die Tatsache wach, daß von allen Unterseebootflotten der Welt die englische die meisten Unglücksfälle gehabt hat, und zwar festgestelltermaßen wegen mangelhafter Führung und schlechter technischer Herstellung. Man braucht aber gar nicht alle diese Belege. Der U-Bootkrieg lastet auf Industrie und Handel Englands mit einem zunehmenden und immer nervöser machenden Druck, der in andauernder Preissteigerung der Lebensmittel und der Schwierigkeit der Rohstoffversorgung jedem einzelnen täglich vor die Augen tritt.

Jetzt, wo die Frühjahrsbestellung im Gange ist, werden die Wirkungen des Krieges auch schon der englischen Landwirtschaft bewußt. Die Landwirte sollen soviel Getreide bauen wie möglich. Wir wissen aber, daß die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeiter in England seit Jahren zurückging und im Frieden bereits nicht ausreichte. Jetzt sind gerade von den landwirtschaftlichen Arbeitern Tausende den Werbern gefolgt, weil sie in der Armee besser ernährt werden und für ihre Familien außerdem die Kriegshilfe gewinnen. Nun kommt ein ungewöhnlich ungünstiger, regnerischer Winter hinzu, der die Friedensarbeit wesentlich verzögert. Die Masse der kleineren Landwirte kam schon im Frieden aus Schulden und Arbeit nie heraus, jene unaufhaltsam sinkende Klasse, die durch die Aufhebung der Getreidezölle ruiniert ist. Sie wissen nicht, wie Nineteenth Century (April) sagt, wie sie über Arbeiter- und Transportschwierigkeiten, Futtermangel und notwendige Viehverkäufe bis zur Ernte hinwegkommen sollen. Gegenseitige Hilfe ist bei dem geringen Stande des Genossenschaftswesens in England nicht vorhanden. Bleibt also wieder der Staat, die Regierung, der für solche Arbeiten vorläufig alle Vorbereitungen fehlen. Sie kann sich auch damit nicht befassen. Denn alles das läuft auf die Bereitstellung von Mitteln heraus, und diese hängt wieder von der Finanzlage ab.

Die Gesamtausgabe des letzten Finanzjahres, für das eine Reihe Budgets nacheinander gemacht wurde, ergab ein Defizit von $339^1/_2$ Millionen Pfund. Davon wurden $17^1/_4$ Millionen durch die Suspension des bekannten Tilgungsfonds aufgebracht, 15 Mill. durch Steuerzuschläge (auf Einkommen, Bier, Tee), der ungeheure Rest durch Anleihe. Man wird anerkennen müssen, daß die englische Regierung über erhebliche Widerstände hinweg mit Energie und Geschick in diese großen Finanzschwierigkeiten eingegriffen hat. Um die internationale Stellung des Londoner Wechselverkehrs zu halten, hat sie (12. August) den Staatskredit für die Einlösung der auf London gezogenen Wechsel eingesetzt. Ferner gewährte sie Barmittel (bei der Bank von England) für die Einlösung von Wechseln auch für den Fall, daß die Kunden der betr. Häuser nicht zahlten. Vorschüsse an den Ausfuhrhandel und den Baumwollverkehr in Liverpool kamen dazu, ferner im September eine Regelung des Börsenverkehrs, die für England unerhört erschien, und, wie bekannt, ist die Regierung auch in die gerade durch den deutschen U-Bootkrieg entstandenen Schwierigkeiten der Seeversicherung helfend und garantierend eingetreten. Alle diese Maßnahmen, die prompt und gegen alte Zöpfe rücksichtslos vorgenommen wurden, nötigen Anerkennung vor der Geschicklichkeit von Lloyd George ab. Aber sie helfen über den eigentlich schwachen Punkt der gewaltigen englischen Finanzen nicht hinweg. Der Sterlingkurs, in Friedenszeiten das festeste Bollwerk des internationalen Kredits, ist in das Rutschen gekommen. Man kann

sich den Kopf zerbrechen, wie man will, die Notierungen in New York für englische Sterlingwechsel sinken mehr und mehr. Auch hat bisher die schon geschilderte Verbindung mit dem Hause Morgan nichts genutzt. Also bleibt — wohin ist der Spott Lloyd Georges über die Verehrung des Goldenen Kalbes gekommen? — nichts andres, als die Verschiffung von Gold, die Sorge um den eigenen Goldvorrat. Die Decke des englischen Goldes wird anscheinend doch für die Kreditanspannung dieses Krieges allmählich knapp. Dabei hat man doch, um den Goldvorrat der Bank von England zu stärken, den der ägyptischen Nationalbank und die Reserven aus Indien schon zu Anfang des Krieges nach London überführt. Stimmen erheben sich, die verlangen, daß die Forderungen auf Gold bei Frankreich und Rußland jetzt realisiert würden, was natürlich wieder besonderen Schwierigkeiten begegnet. Wir sehen somit eine immer stärker ansteigende Schwierigkeit, aus der man heut noch keinen Rat weiß. Darum hilft man sich mit der Geldaufnahme durch Schatzscheine, beschafft das Geld kurzfristig, was die schwebende Schuld sehr stark anwachsen läßt, eine Schraube ohne Ende sein kann und die großen Gefahren der Lage nicht beseitigt. Mit Nachdruck weisen wir immer wieder auf diesen Punkt hin, weil die Vorstellung, durch die Friedenserfahrungen begreiflicherweise begründet, bei uns nahe liegt, daß der Riesenbau der englischen Finanzen, zumal ein großer Teil des Handels trotz des deutschen U-Bootkrieges doch weitergeht, unerschütterlich sei. Das ist er nicht. Wir stehen in Sachen der Deckung unsrer Noten besser da als England. Und wir brauchen nicht die Sorge vor Rückschlägen in dem Maße zu haben, wie unser mächtigster Konkurrent im Welthandel sie hat. Zudem ist nirgends zu sehen, wie diese Lage für England, wenn der Krieg weiter dauert, besser werden sollte, dagegen zu beweisen, daß seine Lage immer schlechter wird.

In England gibt man sich, wie in Rußland, Erwägungen hin, auf welche Weise man sich dauernd von dem deutschen Handel unabhängig machen könnte. Ein trefflicher englischer Volkswirtschaftler, Chiozza Money, handelt davon häufiger in der Westminster Gazette, und er täuscht sich auch gar nicht über die geringen Aussichten dafür. 1913 hat England für 56,1 Millionen Pfund Industrieartikel von Deutschland eingeführt. Wenn es sich von dieser Einfuhr unabhängig machen will, braucht es einen vollständigen Neubau seiner Industrie, seiner Produktionsmethoden, seiner wissenschaftlichen Arbeit, eine Reorganisation seines Verkehrssystems usw. Dem setzen wir entgegen, daß der deutsche Gewerbefleiß und Handel, der für die Ausfuhr arbeitet, mit Gewalt nicht zu überwinden ist, sondern nur, wenn er technisch übertroffen wird. Daß dazu die Arbeit einer Generation gehört, dem werden sich in England selbst die Augen nicht verschließen.

Wir glauben einfach nicht daran, daß es auch durch die größten Kriegsschäden und die längste Kriegsdauer möglich sein wird, die deutschen Waren vom englischen Markte zu verdrängen. Dafür glauben wir aber ein andres. Der Krieg greift, wie die englischen Regierungsmaßnahmen gleich zu Anfang bewiesen haben, die Stellung der City als des internationalen Finanzinstituts für den Welthandel in gefährlichster Weise an. Dieses System ist gewiß seit langem eingefahren, verwickelt, arbeitete gut und fein und zur Befriedigung der Kunden auf beiden Seiten. Daher war im Frieden das Streben, sich von dem Londoner Akzeptverkehr unabhängig zu machen, ziemlich aussichtslos. Der Krieg zwingt jetzt dazu. Im Geschäftsverkehr zwischen Nordamerika und Ostasien z. B. ist diese Emanzipation von London schon in vollstem Gange. Aber auch wenn wir bereits über den Krieg hinaussehen, können wir uns nicht vorstellen, daß die alten Beziehungen etwa unsrer Exporthäuser zum Londoner Wechselmarkt sich sofort wieder knüpfen werden. Das Gegenteil liegt viel näher: daß, wenn es unserm Exporthandel gelingt — woran wir gar nicht zweifeln — diese Überseebeziehungen wiederherzustellen, er dies, wohl mit starker Benutzung von New York, direkt tun wird. Hier liegt für die englische Zukunft eine Gefahr, von der wir nicht sehen, wie ihr England entgehen wird. Ein ungeheurer Verdienst, der zudem, da einmal das Clearingsystem bestand und arbeitete, auch ziemlich bequem eingenommen wurde, wird sicherlich stark vermindert und bedroht. Auch die Maßnahmen der englischen Regierung, die wir nannten, können dagegen nur zeitweilig etwas helfen.

So machen wir uns aus den Äußerungen unsres Gegners selbst ein Bild über die Lage, aus Tatsachen, die nicht verfälscht oder verschoben werden können. Das Risiko, das ihr anhaftet, ist in England selbst kaum so erkannt worden, als man in den Krieg eintrat. Auf das Risiko, das die deutsche Flotte der englischen Seemacht entgegenstellte, konnte man sich einrichten. Dagegen konnte eine Vorstellung davon, wie der deutsche Konkurrent wirtschaftlich und finanziell den Krieg bestehen würde, gar nicht vorhanden sein. Wir selber haben ja im Frieden kaum gewußt, wie stark wir waren. England aber hat im Frieden nicht gewußt, wenigstens nicht in seiner gesamten öffentlichen Meinung, welche Schwächen sein Wirtschafts- und Kreditsystem in einem Kriege zeigen würde. Es hat sich die Folgen eines Koalitionskrieges von diesem Umfange damals nicht vollständig klargemacht und fühlt heute, daß nicht nur sein Prestige als Seemacht bereits stark erschüttert ist, sondern auch sein Prestige als größte Finanz- und Kreditmacht der Welt. Darum wäre es unbegreiflich und mehr als das, wenn Deutschland den Kampf gegen England nicht bis zu dem ihm notwendigen Ende führen würde. Noch niemals hat ich England militärisch und finanziell in einem Kriege, an dem es teil-

nahm oder den es allein führte, dermaßen engagiert, wie heute. Daß darum einsichtige Männer jenseits des Kanals heute froh sein würden, recht bald und so glimpflich als möglich aus diesem Engagement herauszukommen, glauben wir wohl. Aber das Interesse unsres Reiches liegt genau in der entgegengesetzten Richtung, und wir haben auch die Kraft, es bis zum Ende zu verfolgen.

25.

(Kriegslage und Orientalische Frage — Russische Finanzen)

5. Mai 1915

Wir sind wieder in eine Zeit stärkster militärischer Bewegung eingetreten. Die Kämpfe in Flandern — sind sie der Beginn des Krieges im Mai, den das arrogante Wort Kitcheners ankündigte? —, die Beschießung der Festung Dünkirchen durch unsre Artillerie, der deutsche Vormarsch in Kurland, der glänzende Erfolg in Galizien vom 2. Mai und die Dardanellenkämpfe besonders vom 24. bis 27. April bezeichnen sie. Im Augenblicke sind die letztgenannten immer noch politisch das Wichtigste. Denn von ihnen hängt möglicherweise die Haltung Italiens ab, und mit ihnen wird erneut auf die Balkanstaaten, denen der Dreiverband die Zusammenziehung eines gewaltigen Landungsheeres vorzutäuschen versucht, der bekannte verzweifelte Druck ausgeübt. Aber auch diese Angriffe sind gescheitert; sie haben nach dem Ausdrucke eines neutralen Blattes, der Neuen Zürcher Nachrichten, den Zusammenbruch gleich im Anfang gebracht. So könnte nach menschlichem Ermessen die allgemeine Lage auf dem Balkan erst dann eine Veränderung erfahren, wenn ein Vordringen der österreichisch-ungarischen Truppen bis zur bulgarischen Grenze eine unmittelbare Verbindung Bulgariens mit den Zentralmächten schüfe.

Inzwischen graben sich die Differenzen der Dreiverbandmächte in der orientalischen Frage immer tiefer ein, weil sie, auch von den Meerengen abgesehen, gerade an entscheidenden Stellen von ihr liegen. Deren drei fallen ins Auge. Zuerst die dem südlichen Dardanellenausgange vorgelagerten Inseln. Wie bekannt, hat sich England da schon auf Bleiben eingerichtet. Aber auch Rußland erhebt auf sie Ansprüche. Der Kadettenführer Miljukow hat sich gegenüber Korrespondenten des Secolo und des Messagero über diese russischen Hoffnungen ausgesprochen. Wir wissen, da die Äußerungen uns nicht im Original vorliegen, nicht, ob sie seine Meinung ganz richtig wiedergeben. Aber da Miljukow der unterrichtetste russische Orientpolitiker außerhalb der Regierung ist, heben wir aus der Mitteilung des Messagero folgende uns wichtig erscheinende Stelle hervor, in der Miljukow sagte: „Ich glaube, daß zwischen England, Frankreich und Rußland ein die Frage Konstantinopels

und der Meerengen im Sinne der russischen Bestrebungen lösender schriftlicher Vertrag bereits geschlossen ist. Ich weiß nicht, ob dieser Vertrag auch die Inseln am Eingange der Dardanellen in sich begreift. Die Londoner Konvention von 1913 hat anerkannt, daß die Inseln Tenedos und Imbros dem Besitzer der Meerengen gehören müssen. Daher denke ich, daß man diese beiden Inseln, da sie einen Teil der Dardanellen (!) bilden, Rußland zuerkennen wird." Darin ist eine Ausdehnung der russischen Ansprüche in der Meerengenfrage ausgesprochen, die in ihr etwas Neues anmeldet. Griechenland wird dabei gar nicht erwähnt, aber auch ohne das ist der Interessenzwiespalt der beteiligten, jetzt verbündeten, Mächte in den abgewogenen Worten, die den andern, England, provozieren und festlegen wollen, deutlich genug.

Die zweite Stelle, deren gleichfalls große strategische Bedeutung, vielleicht auch für diesen Krieg der Türkei, ohne weiteres einleuchtet, ist Syrien. Dieses wurde bisher von Frankreich als seine Interessensphäre beansprucht, aus historischen, religiösen, kulturellen, wirtschaftlichen Rechten. Seine Ansprüche sahen allerdings schon im Frieden recht verstaubt aus. Jetzt sind sie hinfällig geworden. Die Türkei hat durch die Aufhebung der Kapitulationen mit allen Sonderrechten aufgeräumt und viel Militär in den Libanon gelegt. Die Auseinandersetzung um Syrien wird daher von unsern Gegnern zunächst nur auf dem Papier weitergeführt, und zwar geschieht das in Ägypten. Dort ist ein fröhlicher, manchmal nur durch den Zensor unterbrochener, Zeitungskrieg um Syrien zwischen der englischen und französischen Presse entbrannt. Darin kommt England mit originelleren und neueren Forderungen an seine Bundesgenossen: enge Beziehungen zwischen Syrien und Ägypten, vor allem aber das Durchgangsland für die Bahn Kalkutta—Bagdad—Port Said. In diese Auseinandersetzung, die bei aller praktischen Unerheblichkeit heute doch recht lehrreich ist, tritt indes auch gleich Rußland herein. Jetzt hofft nämlich die lange, auf weite Sicht betriebene Arbeit, die besonders von der 1882 entstandenen Kaiserlich Russischen Palästina-Gesellschaft und seinem seit 1858 bestehenden Konsulat in Jerusalem getragen wurde, ihre Saat reifen zu sehen. Sie ist mit Kirche und Schule, und ganz und gar nicht mit wirtschaftlichen Interessen getan worden. Darum rückt sie uns, die wir leicht unsre Orientinteressen lediglich nach Ausfuhr- und Einfuhrzahlen und den Kilometern der Bagdadbahn abschätzen, die ungeheure Bedeutung der Kulturfragen, um die dort gerungen wird, so eindringlich vor die Augen. Und deren Förderung ist nur denkbar, wenn man sich ihre enge und notwendige Verbindung mit der Kirche völlig klar macht. Sind wir in diesen Kulturfragen bereits gerüstet genug auf alle Schwierigkeiten, die uns der Krieg um die orientalische Frage stellt?

Die dritte und letzte Stelle ist das südliche Persien. Wir wissen heute noch wenig, ob der Heilige Krieg bereits Schiiten und Sunniten einander näher gebracht hat und Türkei und Persien gemeinsame Erfolge gegen gemeinsame Gegner erzielen werden. Aber wir wissen bereits sehr genau, was England dort will, seit seine fast ein Jahrhundert schon gehenden Bemühungen durch die bekannte Reise des Lord Curzon (damals Vizekönigs von Indien) nach dem Persischen Golf und seinen strategischen Hauptpunkten 1902 in ein System gebracht sind. Im 99. Heft der Times History of the War (9. März) fand sich kürzlich eine gute Zusammenstellung der gesamten englischen Politik in Persien, ganz ausschließlich orientiert auf die pangermanische B.B.B.-Bewegung (Berlin—Byzanz—Bagdad). Daß unsre Interessen dagegen mit den englischen schlechterdings unversöhnlich sind, wissen wir. Aber es ist auch nicht zu kühn zu prophezeien, daß die Abgrenzung der Interessensphären zwischen England und Rußland, in der das Abkommen von 1907 Persien schon wie ein herrenloses Gut verteilte, ganz bestimmt zwischen diesen beiden Mächten nicht vorhalten wird. Denn sie betrog Rußland schon um seine Interessen an Persien, mag auch seine Sphäre im Norden in den Provinzen Aserbeidschan, Chorassan, Gilan, Masandran die besten Stücke des Landes enthalten.

Deutschland und die Türkei aber haben alledem gegenüber den Vorteil der berühmten inneren Linie; sie verteidigen die Dardanellen und sie greifen den Suezkanal an. Und während im Osten und Westen die Kämpfe weiter gehen, sind in Ägypten, in Mesopotamien und im Kaukasus militärische Kräfte unsrer Gegner gebunden, die man wohl ohne Übertreibung auf 300 000 Mann schätzen kann. Der Krieg brach an einer Stelle der orientalischen Frage aus, die Englands Interessen so fern lag wie irgend möglich. Aber sie hängt heute auf dem gewaltigen geographischen Raume, den sie überdeckt, so fest in sich zusammen, daß an ihren anderen Brennpunkten, an einem vor allen — in Ägypten —, auch der Krieg zwischen England und Deutschland militärisch wirklich zu dem Austrag gebracht werden kann, der möglich ist. Für alle Kriegs- und Friedensfragen ist es darum so notwendig, sich innere Zusammenhänge, wie die hier entwickelten, vorzuhalten, wenn sie zunächst auch mit den Kämpfen am Yserkanal, in Litauen und in den Karpathen gar nichts zu tun zu haben scheinen. —

Wir haben letzthin die innere, namentlich finanzielle Lage Frankreichs und Englands betrachtet. Heute lenken wir im Hinblick auf die westgalizischen Kämpfe die Aufmerksamkeit auf Rußland.

Von den russischen Finanzen ist es freilich in der letzten Zeit ebenso still geworden, wie von den Versuchen des Ministers Bark, die Geldmittel der Verbündeten unbeschränkt zur Errettung aus seiner Finanzklemme einzuspannen.

Nehmen wir einen der letzten Ausweise der russischen Reichsbank, den vom 16./29. März 1915 (im Londoner Economist 17. April veröffentlicht), und setzen wir die entsprechenden Zahlen desselben Termins — 15./28. März — 1914 daneben, so haben wir folgendes Bild. Der Goldvorrat betrug 1710 Mill. Rubel (1773 Mill.), die Notenzirkulation 3198 Mill. (1611). Vor dem Kriege war also die Notenzirkulation überdeckt, während sie jetzt nicht weit vom Doppelten des Goldvorrats entfernt ist. Die russische Reichsbank rechnet immer noch mit einer Golddeckung von 56,3 v. H., was für ein kapitalistisch hochentwickeltes Land nicht bedenklich, für ein in den Anfängen des Kapitalismus stehendes Reich indessen nicht gerade rosig ist. Nun ist aber soeben das Emissionsrecht der russischen Reichsbank um eine volle Milliarde Rubel erhöht worden. Die betr. Sitzung hat am 23. März beim Präsidenten der Reichsbank, Schipow, stattgefunden, das Finanzkomitee und der Ministerrat haben die Erhöhung genehmigt, die kaiserliche Bestätigung ist am 30. März erteilt worden. Schipow rechnete aus, daß die Maximalsumme der Ausgabe von Kreditrubeln bei dem heutigen Goldvorrat der Reichsbank 4,2 Milliarden Rubel erreichen könne, bei welcher Höchstgrenze die Golddeckung immer noch 40,57 v. H. betrüge. Nach seiner Ansicht wäre das immer nur der schlimmste Fall, vielleicht würde man im weiteren Verlaufe des Krieges gar nicht von der ganzen Emissionssumme Gebrauch machen müssen. Diese Äußerung ist charakteristisch für die mechanische Gleichsetzung der finanziellen Verhältnisse Rußlands mit denen anderer Länder. Sieht man nur die Zahlen an, so läßt sich allerdings für den Optimismus des Bankpräsidenten mancherlei sagen. Nichts freilich für seine Hoffnung, man werde die ganze bewilligte Summe nicht brauchen müssen — vorausgesetzt, daß Rußland nicht in absehbarer Zeit Frieden schließt. Denn sonst ist nicht zu sehen, woher das Geld kommen soll, das die Reichsbank von der Verpflichtung, das Emissionsrecht voll auszunutzen, befreit. Auch wenn die Nachrichten über das letzte Finanzabkommen zwischen Frankreich, England und Rußland richtig sind, daß Frankreich und England für den Rest des Krieges die in Paris und London zahlbaren Pflichten Rußlands erfüllen und die Zinsen seiner Staatsschuld und der garantierten Eisenbahnobligationen garantieren, so hilft das dem russischen Finanzminister für den Geldbedarf im Lande, der doch andauernd in gleicher Höhe anhält, nichts. Er muß das Recht der Notenausgabe bis zu der angegebenen Grenze, vielleicht noch darüber hinaus, ausnutzen. Aus dem eigenen Lande die Goldbestände zu steigern, ist die russische Reichsbank nicht in der Lage. Schipow konnte leicht mit spöttischem Lächeln auf die Agitation in Deutschland, das Gold der Reichsbank zuzuführen, herabsehen und ähnliche Maßnahmen ablehnen, weil er ganz genau weiß, daß er auch mit diesen Maßnahmen nichts aus dem Volke bekommt. Den vielfach in Rußland erhobenen Vorschlag, Gold von

den Industriellen aufzukaufen, lehnte der Präsident ab, mit Recht, da ein solches Vorgehen leicht ein Agio auf Gold und eine Spekulation in Gold hervorriefe, was man gerade mit aller Kraft vermeiden möchte.

Dem Optimismus der Bankpräsidenten, zu dem diesen ja sein Amt verpflichtet, steht der Pessimismus gegenüber, den einer der bedeutendsten Volkswirtschaftslehrer Rußlands äußert. Tugan-Baranowski bespricht in der Rjetsch (26. März) den Beschluß der Erhöhung der Notenausgabe. Er erklärt „die Maßnahme zwar für notwendig und unvermeidlich, aber für höchst unerwünscht. Ohne diese außergewöhnliche Geldquelle könne Rußland den Krieg nicht weiterführen. Wenn man sich in der russischen Presse über die bittere Notwendigkeit damit trösten will, daß auch nach der Emission der neuen Milliarde Noten die Golddeckung noch größer sei, als sie z. B. das deutsche Reichsbankgesetz vorschreibe, so ist dies nicht der wesentlichste Punkt. Die Möglichkeit, die russische Goldvaluta nach dem Kriege wiederherzustellen, wird nicht so sehr von der Größe des Goldvorrats abhängen, als von der gesamten wirtschaftlichen Lage Rußlands. Diese wirtschaftliche Gesamtlage wird aber einzig von dem Ausgange des Krieges bestimmt werden. Führt der Krieg nicht zu einem entscheidenden Siege der russischen Waffen, so wird es für Rußland sehr schwer sein, der Herrschaft des Papiergeldes mit all ihren traurigen Folgen zu entgehen. Wenn Rußland aber, wie man hoffen muß, seine Feinde zerschmettert, dann werden es die kolossalen wirtschaftlichen Vorteile des Sieges für die gebrachten Opfer entschädigen. Man denke nur an die Erwerbung Konstantinopels durch Rußland. Konstantinopel garantiert die russische Papierwährung besser als der größte Goldfonds, und wird es Rußland ermöglichen, zur Goldwährung zurückzukehren." Wir schätzen Tugan-Baranowski als national-ökonomischen Forscher zu hoch, als daß wir annähmen, er hätte die letzten Sätze als seine Überzeugung ausgesprochen. Das sagt er, um sich zu salvieren. Für uns ist wichtiger der auch nach unsrer Überzeugung absolut zutreffende Satz, daß, wenn der Krieg nicht zu einem entscheidenden Siege der russischen Waffen führt, es für Rußland sehr schwer sein wird, der Herrschaft des Papiergeldes zu entgehen. Nach einem Friedensschlusse ist auch die stärkste Regierungsgewalt in Rußland nicht in der Lage, ein Agio auf Papiergeld auszuschließen, da der Krieg zu einem entscheidenden Siege der russischen Waffen eben nicht führen wird.

Andrerseits verspricht aber auch die Fortsetzung des Krieges keine Abhilfe. Von Monat zu Monat wird diese Lage schlechter, abgesehen davon, daß die materiellen Schäden der Volkswirtschaft durch den Krieg in Rußland von Monat zu Monat viel stärker steigen, als in dem anpassungsfähigen und elastischen Wirtschaftsleben eines europäischen Staates. Von den Verbündeten ist über jene Verpflichtung hinaus nichts zu erhalten. Solange nicht die Darda-

nellen geöffnet werden, wird England nicht seinen Säckel in größerem Maße für Rußland auftun. Dazu ist aber jetzt keine Aussicht. Wo soll man sonst im Auslande borgen? Wo es möglich ist, versucht man es, nämlich in Amerika. Da ist ein Geschäft gelungen: amerikanische Banken, d. h. der Morgantrust, haben einen Kredit bis zu 50 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt zu 7 v. H.; der Hauptteil dieses Betrages entfällt auf Staatsbestellungen, für die Privatindustrie sind nur $12^1/_2$ Millionen zur Verfügung (Rußkoje Slowo 17. März). Natürlich ist das nur ein Tropfen auf den heißen Stein und geht ja für Lieferung von Kriegsmaterial sofort wieder zurück.

Seit Monaten sind nun Komitees und Ministerien tätig, um dieser Kalamität durch Entwicklung des inländischen Steuersystems abzuhelfen. Abermals können wir nur sagen, daß aus der ganzen breiten Erörterung bisher noch nichts zum Gesetz gediehen ist. In den Zeitungen jagen sich die Nachrichten über Monopole: Zündhölzer, Tee, Tabak, Naphtha, Versicherung usw.; nicht weniger als 50 Monopolvorschläge sind in den letzten Monaten im russischen Finanzministerium behandelt worden. All die schönen Zahlen, die man als Ertrag dieser Monopole berechnet, stehen aber nur auf dem Papier. Nicht eine Kopeke ist bis jetzt aus diesen Plänen in die Staatskasse geflossen. Bis auf geringfügige Einzelheiten ist also das an sich schon recht wenig tragfähige russische Steuersystem während des Krieges nicht erweitert worden. Dafür klafft immer noch unausgefüllt die Lücke, die durch die Aufhebung des Branntweinmonopols entstanden ist, und die andre, durch das Sinken des Außenhandels den Zolleinnahmen geschlagene.

Was nun aus der russischen Industrie durch den Krieg und nach dem Kriege werden soll, darüber zerbricht man sich in Rußland schon in vielen Kreisen den Kopf. Der neue Handelsminister, Fürst W. N. Schachowskoj (vorher Gehilfe des Eisenbahnministers), der den bisherigen Handelsminister Timaschew ersetzte, hat gleich zu Anfang als sein Programm ausgesprochen, daß er den Einfluß der deutschen Industrie in Rußland auf ein Nichts zurückdrängen wolle. Von diesem nationalistischen Standpunkte aus wurde seine Ernennung auch in den Zeitungen vielfach besprochen; Swjet und Den stellten sich ebenso auf diesen Standpunkt wie das Organ der Petersburger Handels- und Börsenkreise, die Birschewyja Wjedomosti. Erst in zweiter Linie bezeichnete man als Aufgabe des neuen Ministers, die nach Milliarden zählenden Kriegsverluste wieder gutzumachen. Es ist charakteristisch für Rußland, daß die zweite Aufgabe, die doch die erste sein müßte, in den Hintergrund geschoben wird gegenüber der Hetze gegen die Beteiligung der Deutschen am russischen Wirtschaftsleben. Freilich kostet die Erfüllung der zweiten Aufgabe Geld, während man die erste sehr bequem mit Kongressen und Vorträgen, Ausarbeitung von Zolltarifen und ähnlichen Maßnahmen erfüllen kann. Teilte doch das offizielle

Organ des russischen Finanzministers, die Torgowo-Promyschlennaja Gazeta, mit, daß ein neuer autonomer Zolltarif ausgearbeitet werde, der eine gute Waffe für die Friedensverhandlungen und die Handelsvertragsverhandlungen nach dem Kriege sein solle. Dieses Vergnügen kann man dem russischen Handelsminister und seiner Umgebung ja lassen. Wer, wie der Finanzminister, die Dinge ernsthaft betrachtet, weiß, daß das alles zu einem großen Teile nichts als Schaumschlägerei ist, während die wirtschaftliche Krisis im eigenen Lande immer stärker nach Abhilfe verlangt. Wir wollen nicht im einzelnen über die Kohlen- und Brennholznot und über die Preissteigerung sprechen. Statt eigener Urteile teilen wir lieber die Ansicht eines andern hervorragenden russischen Nationalökonomen mit, der als Autorität im russischen Finanzministerium gehört wird und augenblicklich diesem sogar als amtlicher Berater attachiert ist, des Professors Migulin. Dieser fällt in der besten russischen volkswirtschaftlichen Zeitschrift, der Wochenschrift Nowy Economist (Doppelnummer 12/13 vom 3. April) folgendes Urteil: „Es werden oft Hoffnungen geäußert, daß durch die Öffnung der Dardanellen unsre Ausfuhr außerordentlich anwachsen und die Balance des Außenhandels sich entschieden zu unsern Gunsten verbessern wird. Bis zur Klärung des Umfanges der Ernte von 1914 habe ich auch diese Hoffnung geteilt, jetzt aber nicht mehr. Unsre Ausfuhr wird gewiß bedeutend zunehmen, aber nicht so sehr, daß sie der Einfuhr die Wagschale halten könnte, die mit der Öffnung der Meerengen enorm steigen wird: so groß ist augenblicklich unsre Not an Zufuhren, so sehr haben sich unsre Vorräte erschöpft. Andrerseits sind unsre Eisenbahnen so beschaffen, daß sie nicht imstande sind, unsre Frachten nach den Schwarzmeerhäfen, der Nachfrage entsprechend, zu befördern. Man braucht kein Prophet zu sein, um für das Jahr 1915, sogar im Falle einer raschen und erfolgreichen Beendigung des Krieges, eine ungünstige Handelsbilanz für uns zu prophezeien. Bis unsre Industrie einigermaßen in Ordnung gebracht, die ausländische Einfuhr eingeschränkt und unsre Ausfuhr gesteigert wird, werden wir ohne Zweifel die Periode einer ungünstigen Handelsbilanz durchmachen, die die schädlichsten Folgen für unser ganzes Wirtschaftsleben, insbesondere für unsre Valuta haben wird. Unvermeidlich ist auch der Zufluß unsrer alten Papiere nach Rußland, unvermeidlich der Rückstrom (nach Beendigung des Krieges) unsrer Touristen und Kranken nach dem Auslande." Auch Migulin schließt sich übrigens denen an, die von der Erweiterung des Emissionsrechts der Reichsbank nur eine Erschütterung des Finanzsystems erwarten.

Wie aber die Lage in der Landwirtschaft ist, dafür sei aus derselben Zeitschrift gleichfalls ein Urteil mitgeteilt. Der Nowy Economist hebt hervor, daß die „Lebensmittelfrage nicht Anlaß zur Sorge gibt. Es ist genügend, wenn

auch nicht reichlich Vorrat vorhanden; nur muß bedacht werden, daß es an Transportmitteln fehlt, und daß genügend Saatkorn zurückbehalten werden muß. Es laufen von verschiedenen Seiten zudem besorgniserregende Nachrichten über die Not an Arbeitskräften zur bevorstehenden Feldarbeit ein. Viele Gutsbesitzer, die Land an ihre Bauern verpachten, werden dieses Land gar nicht bebauen können. Die Bauern sind größtenteils im Felde, und auch an nötigem Inventar ist Mangel. Wie die Erntearbeiten zu bewältigen sein werden, ist gar nicht auszudenken." Derartige Äußerungen sind beweiskräftiger als die Wiedergabe von Stimmungsbildern, die auf unkontrollierbaren Wegen über Skandinavien oder Rumänien oder die Schweiz nach Westeuropa gelangen. Denn jene stammen aus ernsten Zeitungen und Zeitschriften, die zudem unter einer strengen Zensur stehen. Und es sind im höchsten Grade Sachverständige, die sprechen, Männer zudem, an deren russischem Patriotismus gar kein Zweifel besteht.

Auch heute wollen wir uns von einer Unterschätzung des russischen Gegners fernhalten. Er hat in vielem gezeigt, daß er im Jahrzehnt vor dem Kriege viel gelernt hat, in Vorbereitung des Krieges, auch in der Intendantur, auch im Eisenbahnwesen. Er hat in der Durchführung des Alkoholverbots große moralische Kraft bewiesen, und keine Anzeichen revolutionärer Stimmung berechtigen uns anzunehmen, daß Stimmung und Lage heute so sei, wie im Oktober 1904, welcher Zeitpunkt im Vergleich mit damals dem heutigen entsprechen würde. Aber diese Zahlen und Urteile russischer Sachverständiger über die finanzielle und wirtschaftliche Kraft ihres Landes sagen auch schon genug. Die Hoffnung, die allein die russischen Finanzpolitiker veranlassen konnte, in die Kriegshetzerei miteinzustimmen, hat getrogen. Am Widerstande der drei verbündeten Heere ist die phantastische Erwartung gescheitert, man könne im raschen Einmarsch bis nach Berlin, Wien und Konstantinopel kommen und sich so die Volkswirtschaft dieser Länder tributär machen. Die Va-banque-Hoffnung des Spielers, die für die russische Kriegspartei so charakteristisch ist, daß schlimmstenfalls der reiche Verbündete England alles zahlen würde, trügt auch, wenn die Eroberung Konstantinopels nicht gelingt. Und die skrupellose, von vornherein uneingestandenermaßen in Aussicht genommene Absicht, schlimmstenfalls Frankreich mit der Bezahlung oder vielmehr Nichtbezahlung der Schuldzinsen sitzen zu lassen, schädigt nicht uns, sondern eben das verbündete Frankreich.

Bezeichnenderweise ist der Mitarbeiter der Nowoje Wremja, Wergun, mit Mitteilungen über die Kriegsziele Rußlands, wie sie Witte sich gedacht habe, erst nach dem Tode dieses Staatsmannes gekommen, da dieser sie nicht mehr richtigstellen kann. Wir glauben jedenfalls nicht daran, daß Witte noch Anfang März Karten mit den zukünftigen Grenzen Rußlands gegen Westen und im

Schwarzen-Meer-Becken vor sich gehabt habe. Und wenn er dergleichen einem Ausfrager vorlegte, so hat er selber nicht daran geglaubt, daß solche weitgreifende Phantasien Wirklichkeit werden könnten. Torheiten vollends, wie sie vor einiger Zeit nach einer russischen Flugschrift, die auch uns im Original vorgelegen hat, über die russischen Kriegsziele vorgesetzt wurden, sollten wir nicht erst ernst nehmen. Ihr Verfasser, ein Fürst Abamelek-Lazarew, der darin ganz Europa fröhlich für Rußland aufteilt, spielt im russischen politischen Leben keine nennenswerte Rolle, er beschäftigt sich mit Bergwerksangelegenheiten, in denen er Stellungen bekleidet, und das gelehrte statistische Beiwerk, mit dem er seine Phantasie umgibt, rechtfertigt auch nicht, daß wir sie als Ausdruck der politischen Meinung in Rußland nehmen. Was man in ernsten politischen Kreisen Rußlands heute vom Kriege denkt, davon können wir uns noch kein rechtes Bild machen. Wir versuchen es auch nicht, uns genügt, daß der größte Feldherr, den dieser Krieg der Welt gebracht hat, den gesamten Riesenfeldzug im Osten gegen die russischen Heere leitet!

26.

(Italien — Nordamerika)

12. Mai 1915

Wenn heute einer der vielen Italiener, die unserm geistigen Leben nahestehen, unsre Zeitungen liest, so findet er ein ganz einheitliches Bild. Kaum je hat unsre Presse eine solche Disziplin, Festigkeit und Einmütigkeit bewiesen, wie in der Erörterung dieser brennenden italienischen Frage. Nirgends Schimpfen oder Umwerben, überall klingt es gleichmäßig, daß wir natürlich den Eintritt unsres bisherigen Bundesgenossen in den Krieg nicht wünschen, aber daß wir ihn auch nicht fürchten. Wir warten ab, denn wir können abwarten. Sollte dieser Anblick einer Nation, die im Kampfe mit sieben Gegnern auch dem achten furchtlos ins Auge sieht, den Italienern, soweit sie noch Ruhe und Besonnenheit bewahrt haben, nicht zu denken geben?

Wie sehr Krieg und Politik in sich zusammenhängen, das zeigte uns wieder einmal diese Woche, in der auf erneute militärische Bewegung eine Zeit stärkster politischer Krisis folgte. Denn das ist doch der Ausgangspunkt. Nicht die Furcht vor der englischen Seemacht ist der Grund, warum Italiens Haltung so kritisch geworden ist. Die Besorgnis vor den englischen Schiffskanonen hat nur veranlaßt, daß es, obwohl Dreibundgenosse, neutral blieb. Vielmehr ist der Hauptanstoß, abgesehen davon, daß, wenn überhaupt der Eintritt in den Krieg ins Auge gefaßt wurde, die kritische Zeit von selbst der Frühling war, die gewaltige deutsche Offensive.

Der Erfolg der ersten neun Kriegsmonate war der, daß der Angriff der

Gegner, der Deutschland überrennen wollte, endgültig abgeschlagen ist. Deutschland ist nach dem Urteil der englischen Zeitungen an seiner West- und Ostgrenze heute einer uneinnehmbaren Festung zu vergleichen. Seit Wochen wurde das unsern Feinden immer klarer, denen es während dieser Zeit nicht gelang, die neutralen Staaten im Süden Europas zur bewaffneten Parteinahme zu bewegen. Wochenlang hörte man nichts von dem großen Feldherrn des Ostens. Es war wie das tiefe Atemholen eines Riesen, der die von allen Seiten auf ihn eindringenden Gegner zuerst einmal zurückgeworfen hat und nun Brust und Muskeln spannt, sie seinerseits anzugreifen. Denn das ist doch das Großartige in den Meldungen der letzten Woche, daß dieses von allen Seiten umstellte und angegriffene Deutschland nach einem Verteidigungskriege von dreiviertel Jahr nun seinerseits den Angriff beginnt, daß heute die deutsche Heeresleitung militärisch die Situation dirigiert und die andern sich damit abzufinden haben. Dadurch ist in England eine Unsicherheit entstanden, die sich in lebhafter Erörterung niederschlägt, ob England gut tue, sich militärisch zu zersplittern, indem es gleichzeitig in Flandern und an den Dardanellen mit seiner Armee kämpft. Diese Zweifel zeigen schon, wie England militärisch die Leitung aus der Hand verliert. Nun macht man sich drüben mit Verstandesgründen die Bedeutung der Dardanellenaktion klar: „Wir schützen dadurch Ägypten mehr als durch eine passive Verteidigung des Kanals. Wir fechten gegen Österreich ebenso wie gegen Deutschland. Wir kämpfen diesen Krieg, wie der ältere Pitt den Siebenjährigen, nicht durch Beschränkung unsrer Anstrengungen auf einen Punkt, sondern indem wir sie überall einsetzen, wo Aussicht auf Erfolg ist.“ Da aber Deutschland im Osten und Westen unangreifbar ist, bleibt als seine einzige verwundbare Stelle der Süden. „Der Dreiverband will mit der Eroberung Konstantinopels nicht nur die Türken vertreiben und die deutschen Träume auf Eroberung Asiens zerstören, sondern auch diese große strategische Zentralstadt als Basis zum Einmarsch nach Österreich durch das Donautal benutzen. Auf diesem Wege rückten die Türken nach Ungarn und kamen zweimal vor Wien. Was die Türken im 16. und 17. Jahrhundert taten, das tun jetzt die Alliierten, indem sie ihre ganze Kraft auf Konstantinopel richten.“ (Manchester Guardian, 3. und 5. Mai.) Dieser Gedankengang ist logisch und zwingend. Ebenso zwingend aber ist die Einsicht, die jetzt die beiden bekannten Brüder Buxton in einem neu erschienenen Buche: The war and the Balcans (London, Allen and Unwin) vertreten, daß nicht alles den militärischen Wechselfällen, für die aber alle Verstärkungen eingesetzt werden müßten, an den Dardanellen überlassen werden dürfe, sondern „daß unsre Diplomatie, die bisher nicht sehr erfolgreich gewesen ist, unsren Waffen zu Hilfe zu kommen habe“.

Hier liegt der Angelpunkt für die außerordentliche Verschärfung der

politischen Lage, unter deren Druck wir heute stehen. Der nach drei Seiten siegreich vorangehenden, gewaltigen Offensive kann sich England als militärischer und finanzieller „Pivot" des Dreiverbandes nur erwehren, wenn es die aktive Unterstützung Italiens und der Balkanstaaten gewinnt; sonst geht der Feldzug nach menschlichem Ermessen für den Dreiverband verloren. Daher die herausfordernde Haltung des russischen Vertreters Sawinski in Sofia, der den auch hier besprochenen Zwischenfall von Valandowo zum Bruch mit Bulgarien benutzen will. Daher die Meldung, daß das serbische Ministerium Paschitsch (Meldung der Wiener Zeit vom 8. Mai) seine Demission gegeben habe, weil es nämlich die serbischen Interessen durch die Verhandlungen des Dreiverbandes mit Italien schwer gefährdet glaubt. Und daher schließlich die Krise in Italien, in der alle diese Bemühungen und Gegensätze gipfeln.

Auch wenn sie nur ein Gerücht wiedergeben mag, so beleuchtet doch die Meldung des Secolo und des Avanti die Lage richtig, daß Italien sich über den Friedensvertrag von Lausanne mit der Türkei hinwegsetzen und die Annexion der Inseln des sog. Dodekanes erklären wolle, weil angeblich Offiziere der regulären türkischen Armee an den letzten Kämpfen in Lybien teilgenommen hätten. Wenn es zum Kriege kommen sollte, so dürfte hier der Vorwand gefunden werden, daß nämlich die Türkei die Bestimmung des Vertrages von Lausanne nicht eingehalten habe, nach der sie ihr Militär aus Lybien zurückberufen sollte, wofern Italien die von ihm besetzten türkischen Inseln wieder zurückgeben solle. Entstünde daran der Krieg, so wäre der Schein gewonnen, daß Italien der Verteidiger sei; dann würde Deutschland selbstverständlich als Bundesgenosse der Türkei in den Krieg eintreten und Österreich als Bundesgenosse beider desgleichen. Damit wäre verschleiert, daß Italien den Krieg vom Zaune brechen möchte gegen Österreich, während es an Deutschland keine Forderungen hat, und damit wäre die Lage gegeben, auf die die englische Diplomatie systematisch und von ihrem Standpunkte aus mit allem Grunde hinarbeitet, nämlich die italienische Streitmacht in den Angriffen auf die Türkei festzulegen.

Dem entspricht auch durchaus der Rahmen, in dem sich die Angebote der Entente an Italien halten, wenn es in den Krieg eintritt. Ungefähr lassen sie sich erkennen: eine Grenzberichtigung im Departement du Var (bei Nizza), desgleichen in Tunis, und dann die Geschenke aus dem Fell des noch nicht erlegten Bären: die dalmatinische Küste, Albanien und Smyrna, das also glücklich in diesen Verhandlungen der Entente bereits zum zweiten Male (nach Griechenland an Italien), ehe es erobert ist, verschenkt wird. Große Aussichten werden damit den italienischen Zukunftshoffnungen vor Augen gestellt, sie wollen einen Grundfehler in der Gestaltung Italiens verbessern, auf den

schon Napoleon I. hinwies: „Italiens Länge stehe in keinem Verhältnis zu seiner Breite". Aber diese phantastischen Hoffnungen verlieren jeden realen Boden unter sich. Mare nostro — Italianisierung Albaniens — Italiens Hand über Triest, Istrien und Dalmatien — ein nordafrikanisches Kolonialreich — und schließlich eine Sphäre in Kleinasien, wie soll aus alledem ein einheitliches Reich entstehen, zumal die andre Forderung Napoleons I. an Italien nur zu einem unzureichenden, gegen den Hauptgegner Englands sicherlich unzureichenden Teile erfüllt ist: „Die erste Lebensbedingung für dieses Reich ist, daß es eine Seemacht wird, um seine Inseln beherrschen und seine Küsten verteidigen zu können!" Niemals trat die Unsicherheit Italiens selbst, in welche Richtung es von seiner Zukunft getrieben werden soll, so hervor wie jetzt, wenn man fragt, wofür Italien eigentlich fechten würde, wenn es den Lockungen der Entente folgt. Es sind phantastische Aussichten, an denen aber die nationale Erregung von den eigentlichen Kriegstreibern aufgepeitscht wird.

Wer diese sind und warum sie zum Kriege treiben, ist in den letzten Tagen zur Genüge beleuchtet worden. Nach außen ist es allein der Haß gegen Österreich, die Erinnerung an längst dahingeschwundene Fremdherrschaft, eine feindselige Stimmung gegen den Bundesgenossen, die im Dreibunde auszugleichen leider in Friedenszeiten nicht gelungen ist. Im Innern aber sind es die Elemente, die an einem gewaltsamen Umsturz der bestehenden Verfassungsform ein Interesse haben: die Republikaner und in Verbindung mit ihnen die Freimaurer unter Führung des Großmeisters Nathan, beeinflußt von der bekannten Loge des Grand Orient in Frankreich. Mit ihnen zusammen arbeitet die durch das diplomatische Geschick namentlich Frankreichs gewonnene und gekaufte Presse, um eine Stimmung zu erzeugen, von der niemand mehr recht weiß, warum man in den Krieg gehen will, sondern nur noch überzeugt ist, daß dieser Krieg unter allen Umständen für die Zukunft Italiens gewagt werden müsse. Trotz des Lärms der Garibaldifeier am 5. Mai und trotz der Rede des Herrn d'Annunzio beherrscht diese Stimmung gleichwohl das italienische Volk noch nicht ganz. Die Katholiken und die entschiedenen Parteisozialisten sind ebenso gegen den Krieg wie die Landbevölkerung und alle Elemente, die die Nachwirkungen des Feldzuges in Tripolis noch an sich und ihren Familien spüren. Männer wie Giolitti, Luzzati, Brusati (der Adjutant des Königs), Enrico Ferri, Turati und viele andre weisen darauf hin, daß Italien mit diesem Kriege mutwillig und ohne Sinn die panslawistische Gefahr gegen sich heraufbeschwöre. Auch heute noch dürfte es zweifelhaft sein, ob eine Kammermehrheit — vorausgesetzt, daß die Kammer frei von dem Druck der Agitation und der Straße stimmen könnte — für den Krieg vorhanden ist. Die große Gefahr aber ist in einem Lande des Südens und einer so weit vorgeschrittenen Demokratie, daß die Leitung des Staates die

Direktion über die Masse aus der Hand verliert und daß diese, die Herrschaft der Piazza, wie man in Italien sagt, zu Entschlüssen fortreißt, die ganz und gar nicht das Staatsinteresse, sondern lediglich die kirchen- und königsfeindliche Demagogie formuliert hat.

Diese Gefahr erscheint im Augenblick um so größer, als die Politik Italiens ein Schaukelspiel treibt, von dem immer zweifelhafter wird, ob sie es noch beherrscht. Der Ausgangspunkt der italienischen Politik für diesen Krieg ist, nachdem wir uns damit abgefunden hatten, daß Italien neutral blieb, die große, an dieser Stelle mehrfach erwähnte Rede des Ministers Salandra vom 3. Dez. 1914. Neben Salandra aber ist immer stärker der Minister des Auswärtigen, Sonnino, hervorgetreten, der die aus Salandras Rede sich ergebenden praktischen Forderungen bereits vor den militärischen Entscheidungen vorwegzunehmen geneigt war und zu diesem Zwecke diese Forderungen an unsern Bundesgenossen überspannte. In seinem Organ, dem Giornale d'Italia, wurde das von Woche zu Woche deutlicher. Zu diesem Zwecke hat er sich immer mehr in die Verhandlungen mit der Entente eingelassen, denen England Nachdruck verlieh, indem es die Ausfuhr von Kohle in das bekanntlich kohlenarme Land gestattete. Noch ist nicht bekannt, ob Sonnino bereits mit den Mächten des Dreiverbandes zu einem bindenden Abschlusse gelangt ist. Immerhin ließen sich zwischen den Zeilen der Korrespondenzen des ausgezeichnet unterrichteten römischen Vertreters von Daily Telegraph und Manchester Guardian, des Dr. E. Dillon, auch darin die Fortschritte erkennen. Man spürte daraus, wie allmählich die Arbeit des Fürsten Bülow und des Baron Macchio immer schwieriger wurde. Von Dillon wird uns sogar gesagt, daß selbst die Verhandlungen mit Rußland befriedigend verlaufen, mit dem doch, wie aus dem unvorsichtigen und leidenschaftlichen Feldzuge der russischen Presse gegen Italien ersichtlich ist, die Gegensätze am allerschärfsten sind. Denn wie Rußland Griechenland beim Einzuge in Konstantinopel nicht brauchen kann, so kann es noch weniger Italien als Küstenmacht des Westbalkans vor Serbien und Montenegro, vor allen Südslawen dulden.

Die besonnenen Elemente können bisher auf König Viktor Emanuel immer noch zählen. So schön sein Telegramm den Festteilnehmern in Quarto in die Ohren klang, so wenig verpflichtet es zu bestimmter Stellungnahme im Sinne der Irredenta. Auch ist ja nicht zu sehen, warum gerade das Königtum in Italien sich von der republikanischen Partei, die mit der Irredenta identisch ist, zum Kriege fortreißen lassen sollte. Läuft der Feldzug dann nicht so, wie erwartet, so richtet sich natürlich die Wut der Masse gegen das Königtum und begräbt dieses vielleicht in der großen Erschütterung, die dann kommt, unter den Trümmern. So sprechen für den König alle Gründe dafür, in der bisherigen Stellung zu bleiben, die ihm und seinem

Reiche einen sicheren Gewinn nicht nur in Aussicht stellt, sondern — infolge der Anerbietungen Österreichs — heute bereits in die Hand gibt, während auch bei glücklichem Kriegsausgange Italien von dem abhängt, was seine Ententegenossen ihm zuzuwerfen für gut halten, bei ungünstigem Ausgange aber für Königtum und Königreich Italien, wir können fast sagen: das Lebenswerk Camillo Cavours und Viktor Emanuels II. auf dem Spiele steht. Aber wir wissen nicht, wie weit der König noch Herr der Volkserregung ist und ob er es noch sein kann, seitdem die ganze Lage durch die schweren Mißerfolge in Tripolis eine für den König und das Ministerium gleich unangenehme weitere Verschärfung erfahren hat.

Man hat dort nach Ausbruch des Krieges die vorgeschobenen Posten im Innern räumen müssen, was die feindlichen Beduinen ermutigte, und sieht sich jetzt in einer sehr peinlichen Lage, an der in erster Linie Frankreich schuld ist. Denn Frankreich ist die Ursache dafür, daß Italien dieser seiner neuen afrikanischen Kolonie nicht froh geworden ist. Von Frankreich aus sind die türkisch-beduinischen Truppen Lybiens mit Waffen und Munition versehen worden. Mit allen Mitteln hat Frankreich versucht, den Handel auf sein Gebiet nach Tunis zu locken, und hat durch Besetzung der südlichen Sudaneingänge nach Tripolis Lybien seines natürlichen Hinterlandes beraubt. Eine große Karawanenstraße durch den Sudan diente demselben Zwecke, und indem Frankreich sein Generalkonsulat in Tripolis in ein gewöhnliches Konsulat verwandelte, während die andern Mächte ihre Vertretungen verstärkten, machte es Italien diese Gegensätze recht deutlich. Seit Ausbruch des Krieges ist die so geschaffene prekäre Lage Italiens immer schwieriger, möglicherweise unhaltbar geworden. Der Heilige Krieg treibt seine Wellen auch in dieses Land und natürlich gegen eine Fremdherrschaft, die nicht im Bunde mit dem Sultan steht, ja, die noch vor kurzem einen Krieg gegen den Sultan geführt hat. So haben sich die Zustände in Tripolis immer mehr verschlechtert und die Erregung daheim gesteigert. Logischerweise müßte sie sich gegen England und Frankreich richten, die an der heillosen Lage in Nordafrika schuld sind. Aber die Logik regiert die Volksbewegungen sehr selten, und die begreifliche Scham darüber, daß der Tripolitanische Krieg nichts gebracht hat als Riesenkosten und fortdauernde Verluste an Blut und Prestige in der mohammedanischen Welt, kann sich sehr leicht gerade nach der andern Richtung hin entladen, wo für die erhitzte Volksstimmung die Befriedigung der nationalen Wünsche so leicht zu erringen scheint. Und so nimmt die Forderung an Kraft und Nachdruck zu, das Va-banque-Spiel zu wagen — etwas andres wäre der Krieg weder für Italiens Machtstellung wie für das Königtum im besonderen.

Absichtlich lassen wir alles beiseite, was uns aus früheren Zeiten mit Italien verbindet. Wir appellieren nicht an ein Bundesverhältnis, das von

unsrer Seite treu gewahrt worden ist. Wir sprechen auch nicht von den gemeinsamen geschichtlichen Erinnerungen der Kämpfe des 19. Jahrhunderts und noch weniger von den großen geistigen Kulturgütern, die Deutschland und Italien aufs engste verbinden. Alles das hat im Lärm der Waffen keinen realen Wert. Wir fürchten auch diesen Gegner nicht. Die natürliche Grenze Südtirols, die jahrelange Vorbereitung gerade auf diese Kriegsmöglichkeit, die im besonderen mit dem Namen Conrad v. Hötzendorffs verbunden ist, und unsre glänzende strategische Lage überhaupt geben uns Grund zu festem Vertrauen. Wir blicken nicht, wie der Secolo schreibt, „mit unbeschreiblicher Angst" auf diese Eventualität, und sind nur zu höflich, heute schon gegenüber den irredentistischen Schreiern das Wort aus Schillers Fiesko (5. Auftritt, 4. Aufzug) zu zitieren, das allein am Platze ist.

Will Italien sein Heer dem Dreiverbande als Kanonenfutter zur Verfügung stellen und sich in dauernde Abhängigkeit von England begeben, so ist das seine Sache. Daß seine Finanzen auch im besten Falle des Krieges diesen nicht aushalten, wissen seine Staatsmänner besser als wir. Daß eine Festsetzung auf der andern Seite der Adria ihm kein Glück bringen würde, zeigt ihm heute schon die Entwicklung des Slawentums in Triest oder die Geschichte von Ragusa, das aus einer italienischen Stadt heute zu einer völlig slawischen geworden ist. Daß der Heilige Stuhl nicht auf der Seite der Kriegshetzerei steht, ist auch bekannt. Die Führer der Freimaurer führen diese Kampagne, allerdings unter Ausschluß der deutschen Freimaurer, die als „dem Militarismus verfallen" beiseite gelassen werden, auch direkt gegen die katholische Kirche: sie fordern die Aufhebung des Garantiegesetzes von 1872 für den Vatikan und eine Regelung der kirchlichen Dinge wie in Frankreich. So wird die gewaltige moralische Macht, die das Papsttum in der Welt bedeutet, wenn Italien wirklich zu den Waffen greift, auf der andern Seite stehen und von ihr auch die Lösung der schwierigen politischen Lage erwarten, in die der Vatikan durch einen solchen Krieg gerät.

Wir aber denken in diesen gespannten Tagen in erster Linie daran, daß im großen Zusammenhange der Dinge auch dieses Stück politischer Verwicklung nicht unmittelbar Deutschland und Österreich gilt, sondern daß in erster Linie die uns fest verbündete und auch für uns heldenhaft kämpfende Türkei dadurch in ihren Lebensinteressen bedroht wird. Deutschland kämpft Schulter an Schulter mit der Türkei, so ist ihm seine Stellung gegeben. Und wenn Italien gegen Österreich ins Feld ziehen sollte, so steht, wie gar nicht besonders betont zu werden braucht, Deutschland unbedingt an Österreichs Seite, und denkt zugleich auch daran, daß der Feldzug in Serbien begonnen hat, und daß Österreich und die Türkei im Kampfe mit Italien am ersten in Serbien verteidigt werden würden.

Den Kriegshetzern Italiens aber halten wir das Urteil einer bewußt deutschfeindlichen amerikanischen Zeitung entgegen, der New York Tribune, die schon am 18. März schrieb: „Seit Jahrhunderten hat Europa den Grundsatz als gesund angenommen, daß Österreich, wenn es nicht vorhanden wäre, geschaffen werden müßte, um den europäischen Frieden zu erhalten. Italien strebt an, diesen Grundsatz der Diplomatie aufzuheben — auf seine eigene große Gefahr hin." —

Parallel mit dieser Krisis geht die Verwicklung in Ostasien, doch noch nicht im Innern mit ihr zusammenhängend. Deshalb ist es gestattet, die Erörterung einer Politik zu verschieben, in der Japan, wie es die Rjetsch ausdrückte, „die durch den Krieg hervorgerufene Abwesenheit Europas von Ostasien" für sich benutzt. Denn was dort geschieht, geht heute die Vereinigten Staaten näher an als uns. Diese befinden sich im Augenblick in leidenschaftlicher Aufregung über das Schicksal der „Lusitania". Jedes Wort zur Rechtfertigung unsres Handelns wäre verloren. Der deutsche Botschafter in Washington hat mit dem ungewöhnlichen, aber vollauf begründeten Mittel der Zeitungsannonce die Amerikaner vor der Benutzung eines englischen Dampfers gewarnt, der zweifellos Kriegskonterbande trägt und als Hilfskreuzer armiert ist. Man hat diese Warnung ebenso wie die früheren nicht ernst genommen, jetzt merkt das amerikanische Volk, daß mit den Deutschen nicht zu spaßen ist und mit welch unheimlicher Präzision das deutsche U-Boot sein Werk tut. Wir freuen uns dieses Sieges nicht, der an sich unschuldige Menschenleben kostete, aber wir haben mit ihnen kein Mitleid. Die Welt sieht, daß Deutschland durchführt, was sein Admiral ihr im Dezember angekündigt hat, und daß es Englands Ohnmacht, die großen Handelsstraßen zum Atlantischen Ozean offenzuhalten, vor aller Welt dartut. Nie war bei einer an sich harten, ja vielleicht grausamen Kriegsmaßnahme das sittliche Recht so auf der Seite der Kämpfenden, wie es hier bei uns ist. Auf den Meeren und in Flandern, in Kurland und in Galizien dringen die deutschen Waffen voran, und wenn die Welt heute noch nicht, nachdem wir es ihr mit vielen Worten und Gründen klar zu machen versucht haben, an das Recht unsres Kampfes glaubt, so wird sie unter dem Eindrucke unsrer Kriegserfolge daran zu glauben lernen müssen!

27.

(England und Nordamerika — Italien — Die Schweiz)

19. Mai 1915

Der Fall der „Lusitania" beschäftigt nach wie vor die englische und mit etwas weniger Leidenschaftlichkeit die amerikanische Öffentlichkeit. In England hat sich die Erregung in Ausschreitungen des Pöbels gegen die Deutschen

entladen, gegen die man im Unterhause nur ausweichende Worte allgemeinen Bedauerns gefunden hat. Auch die anständigen Zeitungen, die im Herzen gegen diese wüsten Szenen sind, wagen nur in vorsichtigen Worten vor solcher Entfesselung der Volksleidenschaften zu warnen. Die Regierung will nun die rund 60 000 Ausländer, die sich in England noch frei bewegen, wenn sie das militärische Alter noch nicht überschritten haben, internieren, welcher Absicht auch die Opposition zugestimmt hat. Wir nehmen an, daß unsre Regierung auf eine dadurch zu erwartende Verschlechterung in der Lage der Deutschen in England mit entsprechenden Gegenmaßregeln zu antworten gerüstet ist.

Die gewaltige Erregung richtet sich aber zugleich auch an die Adresse der Regierung. Man fragte, wie es möglich sei, daß ein so kostbarer Dampfer, noch dazu mit „Regierungsladung" (auf deutsch: Kriegsmaterial aus Amerika) ohne Kriegsschiffbegleitung gelassen worden sei. Durch die lahme Entschuldigung, die Winston Churchill darauf vorbrachte, hat sich dessen Stellung sicherlich nicht gefestigt. Den Grund aber, warum man die „Lusitania" ohne Geleit gehen ließ, hat Archibald Hurd, der militärische Mitarbeiter des Daily Telegraph, verraten: „Die ‚Lusitania' war mit Schnellfeuergeschützen stark armiert. Sie sollte nicht den Kampf suchen, aber beim Zusammentreffen mit feindlichen Kreuzern, mit der Höchstgeschwindigkeit davonfahrend, den Feind durch Geschützfeuer belästigen und ihm möglichst auch Schaden zufügen." Diese Worte aus berufenem englischen Munde genügen. Mit aller Rücksichtslosigkeit wird Deutschland mit dieser Methode fortfahren; an der Verschärfung des Kampfes zwischen uns und England, die sich damit ergibt, sind wir nicht schuld.

Nicht gleichgültig ist es uns aber, daß die Vereinigten Staaten, wenigstens mittelbar, dadurch getroffen worden sind. Die Tatsache, daß unter den Opfern der „Lusitania" Nordamerikaner waren, hat zu erregter Erörterung in der Union geführt. Deren Quellen sind freilich nicht ganz unverdächtig. Z. B. fanden wir in der am 8. Mai erschienenen Londoner Westminster Gazette eine große Übersicht über beinahe ein Dutzend amerikanischer Zeitungen, in denen es Angriffe und Vorwürfe gegen Deutschland mit aller denkbaren Schärfe nur so hagelte. Die „Lusitania" ist aber erst am 7. Mai nachmittags torpediert worden. Sollte wirklich in der knappen Zwischenzeit die Nachricht davon nach Amerika gekommen, dort besprochen worden und der Auszug aus der amerikanischen Presse wiederum nach London gelangt sein? Viel eher haben wir den Verdacht, daß diese schöne Presseübersicht in einer Zeitung, die nicht einen einzigen ausländischen Korrespondenten hat, gleich in London zurechtgemacht, d. h. gefälscht worden ist. In Amerika selbst ist die Stimmung keineswegs allgemein so scharf. Die bestimmte und würdige, mit schlagendem

Tatsachenmaterial versehene Note unsrer Regierung an die neutralen Mächte hat dort Eindruck gemacht. Der gesunde Menschenverstand des Amerikaners sagt sich auch, daß die Benutzung der „Lusitania" trotz aller Warnungen genau dasselbe ist, als wenn sich jemand aus Neugier in einen Schützengraben begibt und dabei umkommt. Und dem Lande selbst ist die Aussicht internationaler Verwicklung mit Deutschland sehr wenig angenehm. Amerika könnte in einem solchen Kriege uns wenig schaden und selber wenig ausrichten. Es riskierte zudem den Ausbruch des Konflikts mit Japan und, was in seinen Zeitungen noch offener ausgesprochen wird, den Ausbruch eines großen inneren Konflikts. Denn die Stimmung des gegen die Waffenausfuhr gerichteten Volksteils ist heute so stark, daß wir bereits in zwei angesehenen anglo-amerikanischen Zeitungen den Hinweis auf die Möglichkeit eines Bürgerkrieges gefunden haben. Dazu kommt, daß die Amtszeit Wilsons zu Ende geht, und man sich heute schon auf die Wahlkampagne für 1916 rüstet. Daher enthält sich auch die amerikanische Note vom 13. Mai an Deutschland über den Lusitaniafall jeder Drohung, wenn sie auch nicht gerade freundschaftlich gehalten ist. Daß ihre Annahme, die Kommandanten der U-Boote könnten dergleichen gar nicht mit Billigung ihrer Regierung tun, eine Fiktion ist, weiß natürlich die amerikanische Regierung. Sie erkennt an, daß es einem U-Boot unmöglich ist, angehaltene Schiffe zu durchsuchen und Prisen zu machen, und „hofft auf eine gerechte, prompte und einsichtige Aktion" Deutschlands. Sollen solche, gewiß sehr bedauerlichen, Zwischenfälle zwischen Deutschland und Amerika vermieden werden, so kann diese Aktion nur darin bestehen, daß entweder Deutschland die U-Bootkampagne einstellt oder die Amerikaner die sog. Kriegszone meiden. Das erstere ist ausgeschlossen; daher bleibt nur der zweite Ausweg, der darum wohl begangen werden wird. Dann finden wir uns auch damit ab, daß diese neue amerikanische Note mit keinem Worte auf unsre Beschwerden über die Waffenausfuhr usw. eingeht. Wir verstehen ja bis zu einem gewissen Grade die Antwort des Staatssekretärs Bryan (22. April), daß ein Ausfuhrverbot von Kriegsmaterial rechts- und verfassungsmäßig unmöglich sei, können aber nicht finden, daß die Note unsres Botschafters (Mitteilung vom 10. April), die eine sorgfältigere Einhaltung der Neutralität forderte, irgendwie die gegebenen Grenzen überschritten hätte. Das deutsche Volk empfindet eben die einseitige Betonung der formalen Rechtslage als die Benachteiligung, die sie tatsächlich für uns darstellt und die den Krieg in die Länge zieht. Und je mehr seiner Söhne durch amerikanische Patronen und Artilleriegeschosse fallen, um so tiefer wird diese Stimmung greifen, was wir im Interesse künftiger guter Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika, an denen auch uns gelegen ist, sehr bedauern. Aber unser ist die Schuld dabei nicht. —

In Italien hat am 13. Mai das Ministerium Salandra, da es „in bezug auf die Richtlinien der Regierung in der internationalen Politik der Eintracht und der Zustimmung der konstitutionellen Parteien entbehrte, die angesichts des Ernstes der Lage erforderlich wären", dem König seine Demission überreicht. Ob die danach eingeleiteten Verhandlungen über eine Neubildung des Ministeriums tatsächlich einer solchen galten, wissen wir heute noch nicht. Jedenfalls hat der König am 16. Mai die Demission des Kabinetts abgelehnt, so daß dieses in den entscheidenden Kammerverhandlungen vom 20. Mai ab vor die Parteien treten wird. Der König schiebt damit sehr geschickt und korrekt die Entscheidung dem Parlamente, d. h. seinem Volke zu, und so macht die ganze Aktion von außen allerdings den Eindruck eines streng konstitutionellen Vorgehens und erscheint als ein Sieg des Parlamentarismus. Ebensogut aber wird man die Vermutung äußern können, daß sich das Ministerium unter diesem Vorwande lediglich die Unterstützung der Parteien gesichert habe für eine Politik, die jedenfalls vom Ministerium Salandra-Sonnino ganz entschlossen auf den Kriegsausbruch hin betrieben wird. Sicher hat sich der König noch nicht formell gegenüber dem Dreiverbande gebunden, und ebenso liegt wohl noch kein formelles Abkommen des Kabinetts dahingehend vor. Einzelne seiner Mitglieder aber, vor allem Sonnino selbst, haben sich jedoch, wie es scheint, schon vor einiger Zeit fest gebunden. Ob die Nachricht des jedenfalls gut informierten Giolitti-Blattes, der Stampa, richtig ist: „Es ist durchaus möglich, daß das Bündnis mit Österreich gekündigt ist (am 4. Mai), nicht aber mit Deutschland", wissen wir natürlich nicht. Nach Art und Zahl der Staatsverträge, die den Dreibund konstituieren, wäre ein solches Vorgehen an sich durchaus möglich. Praktische Bedeutung hat es nicht. Auch der Versuch, Österreich und Deutschland damit formell auseinanderzuhalten, sollte auf der italienischen Seite unterlassen werden. Die beiden Zentralmächte sind für alle Kriegseventualitäten, woher sie auch kommen mögen, heute nach außen absolut eine militärische und politische Einheit.

Nun hat das Parlament das Wort, dessen Sitzungen morgen beginnen. Sehen wir seine Zusammensetzung nach den Novemberwahlen 1913 an, so zählen wir nur 109 entschiedene Kriegstreiber und 75 entschlossene Gegner des Krieges unter den 508 Abgeordneten. Es kommt also alles auf die 291 sogenannten ministeriellen Konstitutionellen an. Das ist die Gruppe, die mit 100 Senatoren zusammen eine Vertrauensadresse an Giolitti gerichtet hat. Von deren Haltung wird vor allem die Entscheidung in einem Parlamente abhängen, in dem eine sichere Mehrheit für den Krieg noch nicht da ist, aber ebenso sicher eine ungemein rührige und tatkräftige Minderheit dafür arbeitet.

Inzwischen aber hat die Erregung des Volkes bereits Formen angenommen, die von den Beobachtern mit der Stimmung in Paris im Juli 1870 verglichen

werden. Wir können nicht finden, daß die Volksstimmung für den Krieg gegen Österreich in den letzten 8 Tagen irgendwie abgeflaut sei, und die Tumulte, die heute durch die Straßen Mailands, Roms und Turins gehen, sehen revolutionären Zuckungen schon verzweifelt ähnlich. Lange kann ein solcher unnormaler Zustand der Volksseele nicht anhalten, er drängt zu einer gewaltsamen Entladung.

Militärisch befindet sich Italien in einem Zustande, der seit längerer Zeit von der Mobilmachung nicht mehr entfernt ist, und der ihm schon heute fast $1^3/_4$ Milliarden Lire Kosten auferlegt hat. Dieser Zustand halber oder dreiviertels Kriegsbereitschaft hat auch das Land um alle Vorteile gebracht, die es sonst wirtschaftlich aus der Neutralität hätte haben können. Die nächste Wirkung des Kriegsausbruches war, wenn wir von der Stillegung der Fremdenindustrie absehen, das Zurückströmen der im Auslande tätigen italienischen Saisonarbeiter und ein ungeheures Überangebot von Arbeitskräften. Die Regierung hat gegen die darin drohende soziale Gefahr nichts getan, und jetzt stellen die Arbeitslosen natürlich ein großes Kontingent zu den Massen, die in den Hauptstädten den Krieg fordern und, wenn er nicht kommt, dem Könige offen mit der Revolution drohen. Ebenso gefährlich ist die Verfassung, in die der Geldmarkt und die Staatsfinanzen geraten sind. Seit Monaten liegt auf der italienischen Währung bereits ein Agio von 10 v. H., verschuldet dadurch, daß die Notenausgabe ungebührlich gesteigert worden ist. Nach dem letzten Ausweis der Banca d'Italia, der uns vorliegt, vom 31. März 1915, betrug der Kassenvorrat (wieviel davon Gold ist, ist nicht zu ersehen) 53,6 Millionen Pfund Sterling, die Notenzirkulation 89,9, letztere gestiegen gegen den gleichen Termin 1914 um 25,3 Millionen Pfund (Angabe in Pfund, da der Ausweis dem Londoner Economist entnommen ist). So träte Italien, das auch schon längst unter einem Moratorium lebt, in den Krieg mit einer sehr gespannten wirtschaftlichen Lage ein. Dazu kommt die Fürsorgeverpflichtung für die zurückgekehrten Saisonarbeiter, rund $^3/_4$ Millionen, und die unmittelbaren Kosten des Krieges. Diese müßten durch innere Anleihen und weitere Ausdehnung der Notenausgabe gedeckt werden. In Amerika ist bereits der Versuch zur Aufnahme einer Anleihe gemacht worden, und schließlich bliebe auch für Italien nur das Mädchen für alles in finanziellen Dingen, die Bank von England. Ob es Mr. Lloyd George bei dieser Aussicht doch nicht etwas schwül wird?

Wir zählen nur noch die Tatsachen auf, die für die politische Lage im besonderen vor der Entscheidung von Bedeutung sind. Der Reichskanzler hat am 18. Mai im Anschluß an die Rede des Grafen Tisza vom 17. die von Österreich gemachten, von Deutschland verbürgten Angebote an Italien mitgeteilt. Danach träte Österreich an Italien ab: den von Italienern bewohnten Teil

von Tirol, das Westufer des Isonzo und die Stadt Gradisca. Triest wird eine autonome freie Stadt mit einem Freihafen und einer italienischen Universität. Die Souveränität Italiens über Valona wird anerkannt; Österreich verzichtet auf sein politisches Interesse an Albanien überhaupt. Man braucht nur die Karte anzusehen, um zu erkennen, wie weit die Angebote Österreichs gehen, ja daß sie beinahe die Grenze des vom österreichischen Standpunkte aus Möglichen überschreiten. Und man braucht nur den langen Bericht Dillons über diese Verhandlungen im Daily Telegraph (datiert Rom, 4. Mai) zu lesen, um zu sehen, wie Sonnino gegenüber diesen Angeboten Schritt für Schritt seine Forderungen höher spannte, schließlich sogar Rumänien und Serbien mit hereinzog. Dazu hat England ausdrücklich die Kohlenausfuhr vom 13. Mai an nur auf seine Verbündeten beschränkt, was einen unmittelbaren empfindlichen Druck auf Italien bedeutet, dazu arbeitet der neue russische Botschafter in Rom, Giers, mit frischer Kraft und bemühte sich Frankreich, durch eine Sondersendung Hanotaux' die Stellung Deutschlands beim Vatikan zu zerstören.

Die Einheit unsrer Gegner wird freilich gestört, sobald man über die Adria herüberblickt. Die Heimlichkeit, mit der die Verhandlungen Sonninos mit der Entente erst in Rom, dann in Paris und schließlich in der französischen Botschaft in London geführt wurden, hatte hierin noch ihren besonderen Grund. Man befürchtete mit Recht, daß die Serben über die dalmatinischen Zugeständnisse des Dreiverbandes Lärm schlagen würden, und suchte hinter ihrem Rücken ins reine zu kommen. Jetzt aber, da man anscheinend im Prinzip einig ist, sickert durch, daß Italien auch Norddalmatien mit Zara und Sebenico, mit Inseln und Hinterland versprochen worden ist. Das ist ein Gebiet, in dem 96 v. H. der Bevölkerung Serbokroaten (6—700 000) sind und das in italienischer Hand die Idee der südslawischen Föderation auf immer unmöglich machte, weil es eine Schranke zwischen österreichischen und Südslawen des Balkans errichten würde. Wir finden bereits in englischen Blättern Zuschriften, die gegen eine solche Verletzung der Freiheit der Nationalitäten (für die bekanntlich England im Felde steht) entrüstet protestieren, auch einen beweglichen „Appell an das englische Volk und Parlament" seitens des „Südslawischen Komitees" (dalmatinische und ungarische Kroaten sowie Slowenen), der Englands Hilfe für einen einheitlichen, unabhängigen Südslawenstaat fordert. Das wird ja in England heute wenig Erfolg haben, und noch weniger in Frankreich. Hierzu könnte Hilfe nur bei Rußland gefunden werden. Deshalb ist der serbische Ministerpräsident Paschitsch, der nicht zurückgetreten ist, nach Petersburg gefahren und droht dort wegen dieser Zusagen an Italien mit seinem Rücktritte.

Damit ist die russische Politik in eine schwierige Lage gekommen. Ihre Versuche, in Nisch (durch den Fürsten Trubezkoj) und in Sofia (durch den

Gesandten Sawinski) die mazedonische Frage zwischen Serbien und Bulgarien zu bereinigen, was übrigens mit jenem Ententeversprechen über Dalmatien auch für alle Zeit unmöglich würde, sind völlig mißlungen. Mitten in dieser noch ganz ungeklärten Lage stoßen nun die Serben, die man in den Krieg gehetzt hat, und die Italiener, deren Bundesgenossenschaft man haben möchte, in ihren Ansprüchen auf das Härteste zusammen. Die Südslawen wollen unter keinen Umständen unter italienische Herrschaft kommen; der ganze Krieg hätte für Serbien auch nicht den mindesten Sinn mehr, wenn sich statt Österreich nun Italien vor den von Serbien so sehr angestrebten Zugang zum Adriatischen Meere legen würde. Die Rjetsch gibt dem in einer noch recht vorsichtigen Kritik des angeblichen Abkommens bereits Ausdruck: in Dalmatien leben 18 000 Italiener und 610 000 Serbokroaten; wird das Küstengebiet italienisch, so wird die Lage der letzteren unvergleichlich schlechter, als sie bisher war. Und daran ist gar kein Zweifel, daß die panslawistischen Kreise in Rußland gegen ein solches Abkommen mit Italien sein müssen, das aber nach dem heutigen Stande vornehmlich an den Zugeständnissen auf der Balkanhalbinsel hängt.

Indes meinen wir, daß man den damit gegebenen Zwiespalt heute für die letzte Entscheidung nicht allzuhoch einschätzen darf. Die offizielle Politik Rußlands, die seit Jahren um Italien geworben hat — wir erinnern an den Besuch des Zaren in Racconigi und das Auftauchen der Italiener im russischen Wirtschaftsleben — will heute den Anschluß Italiens an den Dreiverband, auch mit eigenen Opfern. Und die Südslawen werden dabei unwirsch zur Ruhe verwiesen. In den Birschewyja Wjedomosti, stand ein Artikel des Grafen Petrowo-Solowowo über diese serbischen Ansprüche auf Dalmatien als Hindernis für ein befriedigendes Abkommen mit Italien. Der Artikel wurde in vollem Wortlaut von der Morning Post (8. Mai) wiedergegeben; aus ihr teilen wir seine Hauptsätze mit, weil er unzweifelhaft die heutigen Ansichten der offiziellen russischen Kreise ausdrückt: „Der Anschluß Italiens kann zum Wendepunkte im Weltkriege werden. Italien wird seine Unterstützung nicht umsonst gewähren. Es wäre bedauerlich, wenn die Slawen den Preis an Italien mit von Slawen bewohnten Gebieten bezahlen müßten. Äußerste Sorgfalt ist nötig, damit nichts abgetreten wird, was nicht durchaus nötig ist. Andrerseits ist der Grundsatz der Gebietsaufteilung nach der Nationalität der Bevölkerung nur ein abstrakter Grundsatz, der der praktischen Ordnung einer politischen Frage nicht im Wege stehen darf. Wir mögen Slawen oder Slawenfreunde sein, aber zunächst und vor allem sind wir Russen und Russenfreunde. Wenn wir uns den Anschluß Italiens auf andre Weise nicht sichern können, dann laßt uns nicht zögern, die Dalmatiner zu opfern, auch wenn sie Slawen sind.“ Und nun folgt ein Wink an die Serben,

der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrigläßt. „Den Serben laßt uns offen sagen: Wir erkennen alles an, was eure tapferen Waffen geleistet haben, aber der Krieg war euretwegen begonnen. Euretwegen sind alle diese Schrecken über Europa gekommen. Werft daher keine Hindernisse in den Weg eurer Verbündeten, die den euretwegen begonnenen Weltbrand zu löschen versuchen. Wir können euch daran erinnern, daß, wenn ihr vor dem Kriege der mazedonischen Frage nicht ein hartnäckiges Non possumus entgegengestellt hättet, vieles ganz anders hätte sein können. Beschwört nicht für eure Freunde eine Reihe neuer Fragen in der Art der mazedonischen Schwierigkeiten herauf." Danach werden sich die Serben wohl oder übel fügen müssen, damit der Abschluß mit Italien gelingt.

Man kann nicht sagen, daß die andern Balkanstaaten der heraufziehenden Entscheidung, die sie doch auch sehr berührt, mit besonderer erkennbarer Unruhe entgegensehen. In Rumänien ist es, abgesehen von den üblichen ununterbrochenen Plänkeleien zwischen den Russophilen und ihren Gegnern, ganz still geworden. Bulgarien hält sich gleichfalls ganz zurück; in seiner Zeitung Kambana wird nach wie vor eine fast unbedingt deutschfreundliche Politik gemacht. Griechenland aber weist — wir zitieren aus einer griechischen Zeitung—Italien, im Hinblick auf die Zusage des Dreiverbandes über Smyrna, darauf hin, daß das berühmte Gleichgewicht im Mittelmeere, für das Italien fechten wolle, nicht in der Eroberung von Gebieten bestehe, die andern Leuten gehörten und auf die andre Leute Anspruch machten. Auch sind die Verhandlungen zwischen dem Dreiverbande und Griechenland jetzt offiziell abgebrochen worden, da sie zu einem Griechenland befriedigenden Ergebnis nicht geführt haben. Wir hoffen von Herzen, daß die Krankheit König Konstantins, der sein Land mit solcher Ruhe durch diese Wirrnisse steuert, nicht ernsten Charakters sein möge. Die Balkanstaaten warten genau so wie wir ab. Wir spüren schon die Wirkung des Vordringens in Galizien auf sie, den Eindruck der wundervollen Offensivkraft, die der Dreibund, worunter wir jetzt Deutschland, Österreich-Ungarn und die Türkei verstehen, beweist.

So stehen wir heute vor einer Spannung, die sich nur mit der in den letzten Julitagen vorigen Jahres vergleichen läßt. Aber wir stehen ihr heute anders gegenüber als damals und sind auch innerlich vorbereitet für jede Eventualität, wie wir das nach außen längst sind. Eine schwere Verantwortung vor der Geschichte lastet heute auf den verantwortlichen Staatsmännern Italiens und seinem Könige. Wir sollten auch meinen, daß dieses Gefühl von einem Parlamente, das sich seiner Pflicht bewußt ist, nicht vermindert, sondern nur gestärkt werden müßte. Die Volksvertretung Italiens hat nun die Entscheidung, wenn eine solche noch möglich ist, über diese Frage von weltgeschichtlicher

Bedeutung, die zugleich über die Zukunft Italiens als Weltmacht mit entscheiden wird!

Unter den Ländern, die an dieser Entscheidung lebhaft interessiert sind, ist auch ein neutrales Land, die Schweiz. Tritt Italien in den Krieg ein, so wird die Rückwirkung auf die Schweiz sehr ernst. Der Zugang zum Hafen von Genua wäre dann gesperrt und so die Verbindungen der Schweiz mit der Weltwirtschaft, die ihr sehr notwendig sind und die bisher wenigstens einigermaßen noch weiter gingen, empfindlich unterbunden. Die Schweiz ist darauf angewiesen, Rohstoffe und Halbfabrikate einzuführen und fertige Fabrikate auszuführen. So würde durch diese Erweiterung des Krieges ihre Produktionskraft auf großen Gebieten lahmgelegt. Das ist aber nicht die einzige Besorgnis. Der Krieg würde von Italien gegen Österreich begonnen unter dem Prinzip der Nationalität für die italienischen Volksgenossen, die unter Österreichs Herrschaft leben. Auch in der Schweiz gibt es, wie bekannt, Italiener, und der weit nach Süden vorgeschobene italienische Kanton Tessin ist schon manchmal — wir erinnern besonders an die 60er Jahre — das Ziel der italienischen Irredenta gewesen. So hat die Schweiz allen Anlaß, dieser Aussicht noch gerüsteter gegenüberzustehen als bisher, und Nachrichten über ihre Truppenverschiebungen haben auch gezeigt, daß sie sich dieser Aufgabe bewußt ist.

Ihr Heer steht, wie bekannt, seit Anfang des Krieges in vollem Umfange im mobilen Verhältnisse, und die Verteidigung des Landes ist jetzt so ausgezeichnet organisiert und vorbereitet, daß eine Verletzung der Schweizer Neutralität ein außerordentliches Wagnis sein würde. Diese militärische Bereitschaft legt aber dem Lande große finanzielle Opfer auf. Seit Kriegsbeginn sind von seinem Finanzdepartement bereits 240 Millionen Franken ausgegeben worden. Indes sind diese Lasten für das wohlhabende Land trotz aller wirtschaftlichen Nachteile, die der Krieg gebracht hat, noch nicht unerträglich geworden. Die Industriegesellschaften haben gute Abschlüsse, weil sich auch hier die Industrie den Kriegsbedürfnissen angepaßt hat. Eine Anleihe in New York ist abgeschlossen, der Geldmarkt ist normal, und die Ausweise der Schweizerischen Nationalbank zeigen einen befriedigenden Stand: der vom 7. Mai wies einen Goldvorrat von 9,6 Millionen und einen Notenumlauf von 16,1 Millionen Pfund auf. Immerhin erfordern die Kriegsausgaben eine für die Schweiz ungewohnte Anspannung der Steuern. Daher ist eine neue Kriegssteuer soeben in den eidgenössischen Räten angenommen worden und wird am 6. Juni der Volksabstimmung unterbreitet, weil der Schweizer Bund an sich kein Verfassungsrecht zur Erhebung direkter Steuern besitzt. An ihrer Annahme durch das Volk ist nicht zu zweifeln, da die bürgerlichen Parteien bereits dafür gewonnen sind und die Sozialdemokraten auch dafür stimmen

werden. Diese Kriegssteuer trägt den Charakter einer Steuer auf den Besitz nach dem Vorbilde der deutschen Wehrsteuer.

In der Aufrechterhaltung der unbedingten Neutralität mit Hilfe des entschiedenen Grenzschutzes ist sich heute das ganze Schweizer Volk einig. Unsre Fassung dieser Neutralität in der Übersicht vom 7. Mai hat aus der Schweiz Widerspruch erfahren. Wir werden darauf hingewiesen, daß die Schweiz ihre Neutralität mit den Mächten vereinbart habe, und daß diese sie ebenso ausdrücklich garantiert hätten, daß also der von uns damals betonte Unterschied zwischen der belgischen und der Schweizer Neutralität nicht bestehe. Es ist mehr als ein Streit um Worte und Begriffe, wenn wir die Lage, wie sie ist, festlegen. Die belgische und die Schweizer Neutralität sind die einander am nächsten stehenden Fälle dieses völkerrechtlichen Begriffes, aber mit einem wesentlichen Unterschied. Die Neutralität Belgiens wurde künstlich von den Großmächten geschaffen, ihre Grundlage ist besonders der bekannte Passus aus dem Londoner Vertrag vom 15. November 1831. Die Schweiz aber hat den Entschluß zur Neutralität von sich aus freiwillig gefaßt, und die uns entgegengehaltene Erklärung der Mächte des Wiener Kongresses vom 20. November 1815 gibt nur die „Anerkennung" dieser Neutralität wieder. Sie ist freiwillig von der Schweiz erklärt und international anerkannt, nicht garantiert. Darin kommt die viel größere Selbständigkeit der Schweiz zum Ausdruck, ebenso wie die Notwendigkeit, daß ihre Neutralität jeweilig von neuem anerkannt werden muß, wie das bei Ausbruch dieses Krieges auch geschehen ist.

27a.

(Japan, China und Nordamerika)

23. Mai 1915

Wir haben im Augenblick keine besondere Neigung, uns mit den ostasiatischen Fragen viel zu beschäftigen, sind sie doch mit dem System der Politik, in dem wir zu kämpfen haben, noch nicht so fest zusammengewachsen, daß sie unsre Verhältnisse schon entscheidend berührten. Immerhin dürfen wir sie nicht aus den Augen verlieren, schon weil ihre Betrachtung allein ein Urteil über die Stellung der Vereinigten Staaten zum heutigen Weltkriege ermöglicht. Denn diese werden in erster Linie durch den Vorstoß der japanischen Expansion betroffen, der mit der Kapitulation Chinas am 8. Mai einen ersten bedeutungsvollen Abschnitt in diesem Kriege auf dem ostasiatischen Festlande erreicht hat.

Von den inneren Gründen des japanischen Strebens haben wir hier am 31. März gesprochen. Seitdem ist die Probe im Lande darauf gemacht worden, ob seine öffentliche Meinung die vom Grafen Okuma entschlossen vertretene

imperialistische Politik auch unterstützt. Die Neuwahlen des Parlaments, die im März stattfanden, haben eine Mehrheit dafür ergeben: das Kabinett Okuma verfügt über 299 Anhänger gegen eine Opposition von 140 und 31 unabhängigen Abgeordneten. Geben wir die Parteizahlen noch etwas genauer, so zählen auf der Seite des Ministeriums die Doshikai 148, die Chuseikai 34 und die neue Gruppe der unbedingten Okuma-Anhänger 27. Auf der Seite der Opposition hat die in diesen Wahlen recht eigentlich geschlagene Partei der Seijukai nur noch 105 und die der Kokuminto 27 Sitze. Wie tief der Wahlkampf das Land aufgerührt hat, zeigt die Tatsache, daß von den 380 Mitgliedern über die Hälfte neue Männer sind. Graf Okuma hat also einen glänzenden Sieg erfochten und ist für seine Politik einer geschlossenen Mehrheit in seinem Parlamente sicher.

Die erste Sitzung dieser neuen Kammer trat fast genau zur selben Zeit zusammen wie die entscheidende Sitzung der italienischen Kammer. Aber das japanische Parlament steht bereits vor einer vollzogenen Tatsache, vor einem friedlichen Siege der japanischen Politik über China. In dem Grafen Okuma, der schon 1874 die Expedition gegen Formosa anregte, der 1895 die Opposition gegen den Frieden von Shimonoseki und 1905 die gegen die Ergebnisse des Krieges mit Rußland führte und der heute Premierminister Japans ist, sowie in seinem Minister des Äußern, Baron Kato, verkörpert sich dieser japanische Imperialismus, der heute vom japanischen Volke als etwas Lebensnotwendiges angesehen und gegen China rücksichtslos verfochten wird.

Freilich spürt das Land die Kehrseite eines solchen Strebens schon jetzt sehr, obwohl der Krieg gegen das deutsche Schutzgebiet in möglichst engen Grenzen gehalten wurde und China es auf einen Zusammenstoß der Waffen nicht hat ankommen lassen. Aber die Finanzen Japans waren immer seine schwache Seite. Sie trugen mit den Lasten aus dem Kriege mit Rußland und der Amortisation der dadurch gewaltig vergrößerten Staatsschulden eine Last, die sie nach der wirtschaftlichen Kraft des Volkes nicht tragen können. Daher hat der japanische Staatshaushalt immer unter einem Defizit gelitten, das nur durch immer neue Anleihen zu decken war. Diese Anleihen, vornehmlich auf dem Londoner Markt aufgenommen, waren ja der klingende Preis, den England dafür zahlte, daß Japan sein Bundesgenosse blieb. Das so entstandene Finanzsystem hat das ganze Wirtschaftsleben Japans schließlich gelähmt. Immerhin waren von dem früheren Kabinett Yamamoto etwas bessere Grundlagen gelegt, man sammelte Reserven und konnte mancherlei Kulturaufgaben erfüllen, vor allem die Steuern etwas ermäßigen. Der Nachfolger Okuma suchte eine weitergehende Erleichterung dadurch herbeizuführen, daß er die jährliche Schuldenamortisation von 50 auf 30 Millionen Yen herabsetzte. Aber das Wenige, was so gebessert wurde, ist im Nu durch das

Eintreten Japans in den Krieg verwischt worden. Auch das Steigen der Goldreserve besagt dafür nichts Denn das hat seinen Grund nur in Kriegslieferungen für Rußland, also nicht in normaler Weiterentwicklung der Industrie und des Handels, die vielmehr, in der Hauptsache auf Europa angewiesen, an sich schon unter den Folgen des Krieges schwer leiden.

Deshalb konnte der Vorstoß, den Okuma gegen China unternahm, wenn er zu einem längeren Kriege führte, für Japan trotz aller militärischen Erfolge sehr gefährlich werden. Die japanische Diplomatie hat es aber mit großem Geschick fertig gebracht, den Krieg zu vermeiden und in der Hauptsache doch ihre weitgehenden Wünsche durchzusetzen. Nachdem monatelang über diese Politik mit Absicht ein Schleier gelegt war — an dieser Verschleierung hat sich auch die offizielle Politik Englands wie Nordamerikas beteiligt —, ist es jetzt möglich, den Zusammenhang bis zum ersten Abschluß zu erkennen. Als Japan im Feldzuge gegen Tsingtau, das am 16. November besetzt wurde, die Schantung-Eisenbahn erreicht hatte, wurde das große Spiel, das es spielen wollte, schon in den Umrissen deutlich. Obwohl die Eisenbahn und die Bergwerke so gut wie ganz außerhalb der Kriegszone lagen, besetzte Japan auch diese Gebiete. Deutschland ließ durch einen Vertreter in Peking Protest gegen den offenbaren Bruch der chinesischen Neutralität erheben, aber China war nicht in der Lage, diesem Proteste Nachdruck zu verleihen. Die militärische Besetzung in diesen Gebieten blieb, und Japan richtete sich im Pachtgebiete von Kiautschou häuslich ein. Es ist noch in der Erinnerung, wie es die Antwort auf die Forderung hinzog, sein Versprechen auf Rückgabe Kiautschous an China zu erfüllen. Schließlich verlor China die Geduld und hob in einer Mitteilung an Japan und England unter dem 7. Januar von sich aus den Kriegszustand in der von Japan besetzten Zone auf. Damit hatte es, notgedrungen, der japanischen Politik die Handhabe geboten, die diese wünschte. Denn es sah nun beinahe wie eine Verteidigung aus, als Japan am 18. Januar jene Liste von 21 Forderungen an China überreichen ließ, die hier unter dem 31. März mitgeteilt wurde.

Davon wurden zunächst nur 11 den Großmächten bekanntgegeben. Auf alle Wünsche, die aus England kamen und Genaueres wissen wollten, verhielt sich Japan ganz stumm; es verhandelte im geheimen mit China, um die Welt vor eine vollzogene Tatsache zu stellen. Erst am 29. April veröffentlichte Reuter den Text der Forderungen, und man fand, daß er im wesentlichen genau so lautete, wie er unoffiziell in die Zeitungen gekommen war. Während dem aber hatte Japan in Konferenzen in Peking, die sein Gesandter dort, Dr. Hioki, führte, sein Werk beträchtlich vorangebracht. China war auf eine Anzahl dieser Forderungen eingegangen, namentlich auf die Ausdehnung des Pachtverhältnisses über Port Arthur und die südmandschurische Bahn,

sowie die Nachfolge Japans in dem deutschen Besitz von Schantung. In manchen Punkten aber hatten sich unlösbare Schwierigkeiten ergeben, so daß Japan am 27. April mit einem etwas modifizierten Programm kam. Es zog die Forderung zurück, daß in „wichtigen Plätzen" Chinas die Polizei gemeinsam von Japanern und Chinesen wahrgenommen werden sollte. Auf dieser neuen Grundlage gingen die Verhandlungen zwischen beiden weiter. Wohl oder übel gab China der Forderung des japanischen Einflusses in der Mandschurei und Mongolei nach, ebenso der geforderten Beteiligung Japans an den Hanyehping-Eisenwerken und -Minen. Dagegen stellte es andern Wünschen einen starken Widerstand entgegen, besonders dem, daß China einen großen Teil seiner Kriegsmunition von Japan bezöge, ferner dem Wunsche, Japaner als politische Finanz- und Militärberater anzustellen, und ebenso weigerte es sich, Japan Eisenbahnkonzessionen im Yangtsetal zu gewähren, die mit andern Mächten schon zugestandenen Eisenbahnprivilegien in Konflikt kommen konnten.

Über die letzteren Differenzen, welche die Gruppe 5 der japanischen Forderungen betrafen, kam man nicht ins reine, sie berührten ja auch die Lebensinteressen Chinas als eines souveränen Staates auf das stärkste. Allerlei militärische Vorbereitungen wurden von Japan bereits getroffen, und am 7. Mai stellte es China ein Ultimatum mit einer Frist von 48 Stunden bis zum 9. Mai 6 Uhr abends. Trotzdem ist es nicht zum Äußersten gekommen. Am 8. Mai wurde mitgeteilt, daß Japan auf diese Gruppe 5 seiner Forderungen Verzicht leiste. Am 9. Mai veröffentlichte eine amtliche Nachricht an die japanische Botschaft in London, daß China die japanische Note angenommen habe. Inwieweit auch nichtjapanische Einflüsse auf diese Wandlung eingewirkt haben, ist heute noch nicht zu erkennen. Wahrscheinlich ist, daß England einen sehr starken Druck angewendet hat, der aber nur deshalb Erfolg haben konnte, weil Okuma nach Möglichkeit das Äußerste vermeiden wollte. Trotz der Aufgabe der Gruppe 5 hat Japan einen gewaltigen Erfolg erstritten und China im Frieden eine schwere Niederlage erlitten. Denn die von Japan durchgesetzten Forderungen sind ernst genug.

Japan hat in vier Provinzen des chinesischen Reiches eine bevorzugte, exklusive Sonderstellung durchgesetzt: in der südlichen Mandschurei, in der östlichen Mongolei, in Fukien (der Provinz, die Formosa gegenüber liegt) und in Schantung, dem Hinterlande unsrer bisherigen Kolonie. In allen Fragen, die sich auf diese Gebiete bezogen und Eisenbahnen, Handelsrechte, lokale Anleihen, Schulen, Kirchen und Krankenhäuser, Konsulatsinteressen usw. betrafen, hat China nachgegeben und Japan das Heft in die Hand bekommen. Wir wollen uns heute auf die Detailbesprechung dieser japanischen Vorrechte, die für diese Gebiete eine „Koreanisierung"

ermöglichen, nicht einlassen, sondern nur hervorheben, daß Deutschland selbstverständlich die damit getroffene Regelung der Schantung-Bahnangelegenheiten nicht akzeptieren kann. Die Bahn kann nicht, wie die Japaner sagen, als Kriegsbeute betrachtet werden, sondern nach völkerrechtlichen Grundsätzen haftet Japan für die Rückgabe der Bahn an ihre Privateigentümer und auch für Schadenersatz während der Zeit der Beschlagnahme. Den Versuch Japans, sich damit an deutschem Privateigentum zu vergreifen, kann sich Deutschland nicht bieten lassen. Aber heute liegt uns die Frage näher, was der große am 8. Mai erzielte Erfolg Japans für die politische Orientierung Ostasiens überhaupt bedeutet.

Möglich ist er durch die militärische Schwäche Chinas geworden, die es gegen jeden ernsten Willen unfähig und machtlos macht, und durch die Haltung der Vereinigten Staaten. Während der ganzen kritischen Zeit hat sich Amerika darauf beschränkt, zu betonen, daß die Übereinkunft zwischen Root und Takahira von 1908 (Nichtverletzung der neutralen Integrität Chinas) eingehalten werden müsse. Der Abschluß, wie er nun vorliegt, genügt der heutigen Regierung der Vereinigten Staaten völlig, da sie in ihm keine Verletzung dieser Integrität, überhaupt ihrer Vertragsrechte in China sieht. Natürlich hat Japan gewußt, daß Amerika sich zu einem entschiedenen Widerspruche nicht verstehen würde, hat doch in diesen Wochen kein angloamerikanisches Blatt von diesem Konflikte gesprochen. Nur die deutschgeschriebenen Zeitungen, besonders die aus den Weststaaten, hoben immer und immer wieder die hier heraufziehende Gefahr hervor. Aber die Haltung der wirklich maßgebenden Presse zeigte, daß man Japans Vorgehen zusah, weil man ihm zusehen wollte. Nur die Gruppen, die eine entschiedene Marinerüstungspolitik betrieben, wiesen auf die japanische Gefahr im Stillen Ozean hin. Aber das bedeutete für den Augenblick nichts, weil sie damit nur den Finger auf die wunde Stelle der ungenügenden Rüstung Amerikas zur See legten. Dazu kamen immer erneute Nachrichten von Erdrutschen im Panamakanal, dessen Bedeutung positiv wie negativ in diesen Zusammenhängen recht klar wurde, ohne daß sie der Stellung Amerikas etwas nützt.

Diese ist, wenn wir die großen Ansprüche der Vereinigten Staaten als einer Weltmacht betrachten, für sie beschämend. Noch beschämender ist, daß sich gleichzeitig eine Landung der Japaner auf mexikanischem Boden vollzog. Am 9. Februar war von Japan bekanntgemacht worden, daß der Panzerkreuzer „Asama" an der mexikanischen Küste auf ein Riff geraten sei. Am 16. April wurden dann plötzlich 4000 Japaner an dieser Stelle, in der Turtlebai, gelandet, um angeblich das gesunkene Kriegsschiff gegen feindliche Angriffe zu schützen. Die Truppen haben sich dort eingerichtet, ein Lager bezogen, eine Funkenstation erbaut usw., kurz, seit Mitte April hat Japan

einen Stützpunkt auf amerikanischem Boden; die Aussicht, von der früher so oft die Rede war, ist jetzt Wirklichkeit geworden. Der Punkt liegt auf der Halbinsel Niederkalifornien, die zu Mexiko gehört, nicht allzuweit entfernt nach Norden von der Magdalenenbai, auf die die Japaner schon früher Absichten geäußert haben. Nun haben sie da eine Flottenstation, die ihnen sowohl für die mexikanischen Verhältnisse wie für ihre Stellung zu San Franzisko und dem Panamakanal von Nutzen ist. Eine flagrantere Verletzung der Monroedoktrin aber kann man sich wohl kaum vorstellen. Man braucht sich nur an den Lärm zu erinnern, der 1902 gegen die englisch-deutsche Venezuelaexpedition auf Grund der Monroedoktrin erhoben wurde, damit dieser japanische Vorstoß in das rechte Licht tritt. 409 Seemeilen südlich von San Diego sitzt jetzt tatsächlich eine fremde Weltmacht und die Vereinigten Staaten sehen dem, während sie in Mexiko einen Rückschlag nach dem andern erleben, ruhig zu. Man beruhigt sich mit dem Berichte, den der Kommandant des amerikanischen Kreuzers „New Orleans" nach Washington geschickt hat. Dieser hat sich die japanische Niederlassung angesehen und sich mit der japanischen Begründung, sie gälte nur den Trümmern des gescheiterten Kreuzers, zufrieden erklärt. In Washington betrachtet man damit die Angelegenheit als erledigt, weil hier, wie in allen andern großen Fragen zwischen Japan und den Vereinigten Staaten, der Grundsatz gilt, alles nach Konflikt Aussehende zu ignorieren. Ob diese Politik, die die großen Gesichtspunkte so völlig und absichtlich vernachlässigt, für die Vereinigten Staaten selbst sich künftig als segensreich erweisen wird, steht dahin. Zunächst ermöglichte sie Japan eine Ausdehnung seiner Machtsphäre, die ihm sonst selbst in der ganz unnormalen Lage dieses Weltkrieges schwer geworden wäre.

So glänzend dieser Erfolg ist und so folgenreich er für die ostasiatischen Dinge überhaupt sein wird, so wenig täuscht sich freilich die japanische Diplomatie darüber, daß ihre Stellung dadurch auch recht prekär geworden ist. Denn Japan hat heute keinen Freund auf der Welt mehr. Das Bündnis mit England lockert sich von Monat zu Monat. Die Vereinigten Staaten stehen still, aber natürlich voll Abneigung gegen diesen gefährlichen Ehrgeiz der Gelben. Frankreich hat im fernen Osten nichts zu bedeuten, und Deutschland hat man sich durch den heimtückischen Überfall auf Kiautschou zum Feinde gemacht. So bleibt zunächst für die künftige Orientierung, die doch schon auf die Lage nach dem Kriege Rücksicht nehmen muß, nur Rußland übrig. Eine Entente mit Rußland wird daher auch in der japanischen Presse schon offen erörtert, und in der russischen Presse, soweit sie sich jetzt mit diesen Dingen beschäftigt, findet der Gedanke auch Widerhall. Abermals erscheint für diese Verwicklungen die Politik Iswolskis als für beide Teile vorteilhaft, da er mit dem Abkommen von 1910 zunächst einmal die

Reibungen zwischen Rußland und Japan aus der Welt schaffte. Erkennt Rußland die jetzt China aufgezwungenen Zugeständnisse an, so würde es dafür freie Hand in der äußern Mongolei und in Chinesisch-Turkestan bekommen. Ob diese Lage die Möglichkeit einer dauernden Entente zwischen beiden Staaten über Ostasien in sich trägt, ist heute noch ganz zweifelhaft. Immerhin sei nicht vergessen, daß sich beide Staaten jahrelang auf eine erneute kriegerische Auseinandersetzung eingerichtet hatten. Rußland hat die Erweiterung der ostsibirischen Bahn unter diesem Gesichtspunkte begonnen, Japan hat sich dafür strategische Bahnen in dem Dreieck Dairen—Fusan—Genson geschaffen, die ihm den Aufmarsch gegen Rußland erheblich erleichtern. Und hält man sich die geographische Lage Japans gegenüber der ostasiatischen Küste überhaupt vor Augen, so liegt auf der Hand, daß das russische Küstengebiet mit Wladiwostok, ebenso wie das russische Nord-Sachalin in die Sphäre der japanischen Zukunftsansprüche fallen.

Für eine große Auseinandersetzung aber um Ostasien, die nach diesem Kriege für Japan kommen könnte, reicht die Stütze, die man vielleicht an Rußland fände, noch nicht aus. Daher hören wir schon aus Japan Stimmen, die auch an eine Annäherung an Deutschland wieder denken. Für uns liegen diese Fragen heute in weitem Felde. Erst wollen wir diesen Krieg in Europa zum siegreichen Ende führen, dann wird die Zeit wieder kommen, wo wir auch über diese ferner liegenden Interessen nachdenken. Heute freuen wir uns zunächst über die große Enttäuschung, die Japan England bereitet. Es dürfte das erste Mal in der englischen Geschichte sein, daß England mit den gleichen Mitteln, die es selber immer gebraucht hat, in seiner Bündnispolitik, wenn wir den Ausdruck gebrauchen dürfen, „hereingelegt" worden ist. Der Angriff Japans auf den deutschen Besitz in Ostasien nützt unsern Gegnern gar nichts. Von einer Unterstützung ihres Kampfes in Europa durch japanische Truppen ist vollends keine Rede mehr. Der finanzielle Druck Englands, der früher immer das erprobte Mittel war, Japan an sich zu fesseln, läßt heute nach, da England drängendere finanzielle Verpflichtungen hat. So müssen sich seine Staatsmänner, wenn sie über diese ostasiatische Frage interpelliert werden, mit allgemeinen Redensarten durchhelfen, und der Baumwollfabrikant in Lancashire merkt es schon empfindlich, was die Ostasienpolitik seines Staates geschadet hat. England kann heute wohl die Niederlassungen der deutschen Handelshäuser in den ostasiatischen Hafenstädten zerstören und in einer brutalen Weise zur Liquidation zwingen. Die Verluste, die unserm Wirtschaftsleben dadurch beigebracht werden, sind auch schwer und groß. Aber sie werden wieder hereingebracht werden; in welcher Form auch immer, Deutschland wird in Ostasien wieder eine wesentliche Macht. Dagegen ist es mit der englischen wirtschaftlichen Vormachtstellung und dem

englischen Prestige in der Welt des fernen Ostens und des Stillen Ozeans vorbei, und das durch Englands eigene Schuld, das selber den Grund dazu durch sein Bündnis mit Japan gelegt hat.

27b.

(Italien und wir)

25. Mai 1915

Die Kriegserklärung Italiens an Österreich-Ungarn ist nunmehr erfolgt. So tritt auch Italien in die Reihe unsrer Gegner, auch mit seinen Soldaten haben nun die deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen die Waffen zu kreuzen. Daß es dazu kam, ist vielen im Deutschen Reiche eine schmerzliche Enttäuschung, und wir sprechen dies aus, weil wir keinen Grund haben, uns dieser Gefühle zu schämen. Unendlich viele Deutsche hingen an diesem Lande, dem die Sehnsucht der Nordländer Jahrhunderte hindurch galt, so manchem unsrer größten Genien sind unter dem Himmel Italiens erst die Schwingen ganz gewachsen. Und alle diese Zusammenhänge glaubte man durch den gleichen Entwicklungsgang verstärkt, den die beiden Völker in ihrem Streben nach nationaler Einheit nahmen. Der Deutsche mochte dabei auch glauben, daß die gewaltige Unterstützung, die Bismarck dem italienischen Einheitstraum lieh, vergalt, was Italien kulturell uns gegeben hatte, und daß die Gleichheit der politischen Wiedergeburt und neuen Stellung in Europa mindestens eine Harmonie der politischen Haltung, vielleicht sogar dauernden Dank gegen uns nach sich ziehen würde. An mancherlei überschwenglicher Betonung dessen hat es ja auch nicht gefehlt, in Italien besonders nicht dann, wenn man von Deutschland etwas haben wollte.

Erst in dieser Enttäuschung merken wir, daß wir bisher nur das Land liebten, seine Natur und seine Kunst, seine alte Kultur und seinen Zusammenhang mit der Antike. Der Staat Italien und die Italiener von heute, die ihn tragen, sie sind uns fremd geblieben. Sie wollten uns nicht nahe kommen, und wir haben uns um die italienische Gegenwart auch immer viel zu wenig gekümmert. Das Italien, das dem idealistischen Deutschen vor Augen stand, das ist nicht das Italien von heute, mit seiner Industrie und seiner Saisonarbeiterschaft, mit seiner Kirchenfeindschaft und seiner Demokratie, mit seinem ausgreifenden und fahrig anspruchsvollen Imperialismus. Gesundes und Krankes liegt in ihm unverbunden nebeneinander und es macht heute den Kriegshetzern nichts aus, daß Irredenta und Imperialismus nicht zueinander gehören. Vielmehr tragen sich heute jenes maßlos überspannte Nationalgefühl und diese reine Machtpolitik gegenseitig und schufen die Stimmung, mit der Italien in den Krieg geht.

Am 20. Mai 1882 ist es in den Bund mit Deutschland und Österreich-Ungarn eingetreten. Über 30 Jahre ist dieser Dreibund eine Grundlage des europäischen Friedens gewesen, oder man hat ihn wenigstens so lange dafür gehalten. Gegen Frankreich war das geeinte Königreich Italien zustande gekommen, und gegen Frankreich wiesen es alle seine weitergehenden Interessen, die sich auf dem Boden Afrikas mit denen der romanischen Schwesternation unversöhnlich kreuzten. Daraus wuchs ja der Dreibund hervor, nachdem Italien schon 1878 einen im Namen Bismarcks von Andrassy gemachten Hinweis auf Tunis einfach versäumt hatte. Der Vertrag von 1881, der Italien um seine Hoffnungen in Nordafrika betrog und es völlig isolierte, wurde der Anstoß für seinen Eintritt in den Bund mit den Zentralmächten Europas. Diesem Bunde, dem seine ganzen Lebensinteressen entsprachen und der von den Hohenzollern und ihren Ministern immer mit besondrer Liebe gepflegt worden ist, verdankt Italien unendlich viel. Er hat ihm jahrzehntelang politischen Rückhalt geboten. Nur er hat die wirtschaftliche Erstarkung, vor allem den Aufschwung der Industrie in seinem Norden ermöglicht. Denn nur der damit geschaffene Zusammenhang mit der gewaltigen Wirtschaftskraft Deutschlands fügte dem politischen Risorgimento, das man Deutschland dankte, auch das wirtschaftliche hinzu. Frankreich stand dem Emporstreben Italiens nach wie vor feindselig gegenüber, nicht nur in Nordafrika, wo jeder, auch der geringste Schritt Italiens bis heute unter Mißgunst und bewußter Feindseligkeit Frankreichs zu leiden gehabt hat, auch wirtschaftlich: jahrelang hat es seinen Handels- und Zollkrieg gegen Italien geführt, der dessen Volkswirtschaft schwerste Wunden schlug.

Doch in den neunziger Jahren begann die Schwenkung, die im Verlaufe von 19 Jahren Italien an die Seite unsrer Gegner geführt hat: 1896 der Vertrag mit Frankreich über Tunis, im selben Jahre die Heirat König Viktor Emanuels mit einer montenegrinischen Prinzessin, 1898 der Handelsvertrag zwischen Frankreich und Italien, der jenen Handelskrieg beendete, und die Stellung Italiens auf der Seite unsrer Gegner in der kretischen Frage, schließlich 1899 das Abkommen mit Frankreich über Tripolis. Es ist doch vor allem die französische Arbeit, der diese Schwenkung herbeizuführen gelang, geführt von einer skrupellosen, aber höchst geschickten Diplomatie, besonders dem Botschafter Barrère, die namentlich in der Beeinflussung der Presse das Menschenmögliche leistete. Gelang es, Italien von Nordafrika ab- und auf Albanien und Mazedonien hinzulenken, so war man den durch seine Menschenzahl überlegenen und unbequemen Rivalen los und förderte den alten schlummernden Gegensatz zwischen Italien und Österreich in der Adria und im Westbalkan. Wie das Schritt für Schritt der französisch-englischen Politik gelang, das wissen wir, ruft das doch jede Phase der orientalischen Frage, jede Erinnerung

etwa an die Konferenz von Algeciras in uns wieder wach, bis der vom Zaun gebrochene Krieg Italiens mit der Türkei um Tripolis Deutschland bereits einmal in eine fast unmögliche Lage brachte. Der deutschen und österreichisch-ungarischen Diplomatie ist es nicht gelungen, den Gegensatz innerhalb des Dreibundes zwischen unsern beiden Bundesgenossen aus der Welt zu schaffen und dadurch allein wirksam gegen das Bestreben zu arbeiten, das Italien vom Dreibunde zu der Entente hinüberzog. Man mußte sich damit begnügen, diese Neigungen Italiens als ungefährlichen Flirt hinzustellen und nur gelegentlich ihm kundzutun, daß das Bündnis mit ihm uns nicht eine unbedingte Notwendigkeit sei. Deshalb hatte sich aber unsre öffentliche Meinung so stark daran gewöhnt, trotz alledem Italien als einen Bundesgenossen zu betrachten. Denn nach unsern Begriffen von Treu und Glauben konnte sich unser Volk nicht recht vorstellen, daß ein so feierlich verbriefter, oft genug gepriesener Bundesvertrag nur ein Stück Papier sein solle, das man allein nach eigenem Vorteil so oder so benutzt.

Italien aber hat den Dreibundvertrag niemals anders angesehen und behandelt. Es wußte, was wir aus Höflichkeit gegen den Bundesgenossen niemals laut ausgesprochen haben, daß es aus eigener Kraft nicht in der Lage sei, die Weltstellung zu erringen, zu der sein hochgespannter, an römischen Erinnerungen sich berauschender Ehrgeiz das Land emportragen möchte. Alles, was schon immer für die italienische Politik bezeichnend war, hat sich dann in diesen Wochen in größtem Maßstabe wiederholt, dies Schaukelspiel einer Politik, die nichts sein will, als nackte grundsätzliche Machtpolitik, die absichtlich und bewußt macchiavellistisch auftritt, und eine nur vom Gefühl bestimmte Volksstimmung und Hetze, die durch die Herrschaft der Straße auf die Regierung drückt und von den Regierenden zugleich benutzt wird, diese Mischung von erhitzter Phrase und berechnender Kälte, die dieser italienischen Politik etwas so Abstoßendes gibt.

Sie glaubte nun die Maske fallen lassen zu können und den größern Vorteil im Bunde mit unsern Feinden zu sehen. Wir glauben, daß sich die maßgebenden Staatsmänner Italiens heute ungemein klug vorkommen. Sie werden an die Haltung Cavours denken, der sein Land am Krimkriege teilnehmen ließ, obwohl Italien dort nichts zu suchen hatte, aus berechneter Politik auf den künftigen Frieden hin, die ja auch Cavours Berechnung nicht getäuscht hat. Aber heute liegen die Dinge anders. Österreich wollte mit größten Opfern den Frieden erhalten und dauernd gute Beziehungen zu Italien. Deutschland trat hinter die Zusagen seines Bundesgenossen mit der vollen Garantie seines Wortes. Man hätte 400 000 neue Untertanen und ein reiches Land ohne Schwertstreich und finanzielles Opfer gewonnen und weiterhin Frucht davon getragen, wenn der Fortgang des Krieges Ver-

änderungen auf der Balkanhalbinsel, in der orientalischen Frage, in Nordafrika, mit sich gebracht hätte. Auch für das Gleichgewicht im Mittelmeere, auch für die Freiheit der italienischen Flagge kämpft Deutschland in seinem Kriege gegen die englische Seemacht. Alle diese Erwägungen wurden beiseite geschoben, weil man der wilden Erregung durch die Irredenta nicht mehr steuern wollte. Denn die Aktenveröffentlichungen, die sich in diesen Tagen folgen, zeigen uns, welch ein berechnetes Spiel die italienischen Vertreter in den Verhandlungen der letzten Monate getrieben haben. Für den, der Italiens Politik seit Ende der 90er Jahre richtig einschätzte, werden diese Enthüllungen wenig Überraschendes gebracht haben. Er wird sich höchstens darüber wundern, welch einen armseligen Vorwand zum Kriege Italien jetzt uns mit dem Hinweis auf den angeblich verletzten Artikel 7 des Dreibundvertrages entgegenzuhalten wagt. Nachdem der ungarische Ministerpräsident und der deutsche Reichskanzler die Lage festgelegt haben, sollten wir uns auch weitere Auseinandersetzungen in der Presse darum sparen. Der Vorwand, den Italien darin sucht, ist so fadenscheinig, daß auch der Deutschland mißgünstigste Neutrale sich mit ihm nicht aufhalten wird. Auch die Neutralen, die uns feindselig gegenüberstehen, sehen, daß die maßgebenden Staatsmänner Italiens von vornherein auf den Krieg losgesteuert haben und nur auf die Gelegenheit warteten, die ihnen am günstigsten zu sein schien. Selbst in der New York Times, die uns wahrhaftig nicht liebt, hat in einem offenen Briefe des Professors Burgeß (18. Mai) gestanden, daß Italien, wenn es in den Krieg gegen Deutschland einträte, in einer „verräterischen Weise handele, eine Methode der Geschäfte befolge, die eine tiefe und ewig zu verdammende Schande bringen" werde. Daran wollen wir uns genügen lassen und uns nicht zu sehr auf Gefechte mit der Feder einlassen, in denen wir es mit der bezahlten Klopffechterei der Herren d'Annunzio und Konsorten doch nicht aufnehmen können!

Es gibt ein stolzes Wort von Cavour: Italia fara da sè, Italien wird sich aus sich selbst durchsetzen. Das Wort war in der Vergangenheit schon nicht richtig, denn aus eigner Kraft hat Italien seinen Staat nicht gewonnen, sondern es ist in allen entscheidenden Schlachten geschlagen worden. Noch weniger aber wird das Italien, das das Imperium der Cäsaren erneuern möchte, aus eigner Kraft durchsetzen. Ein Knecht des Dreiverbandes, d. h. Englands, wird es werden, ist es schon geworden, als es das Abkommen mit ihm unterzeichnete, das ihm nur Versprechungen in die Zukunft hinein macht. Es ist der Knecht Englands schon finanziell. Denn ohne das englische Geld und ohne die englische Kohle kann Italien überhaupt keinen Feldzug führen. Und für die Fetzen, die ihm auf der Balkanhalbinsel oder sonst seine Bundesgenossen zuzuwerfen für gut halten, wird es die Herrschaft Englands im

Mittelmeere dauernd befestigen. Ein Treubruch ist sein Verhalten gegen seine Bundesgenossen, wie er in diesem an solchen Erfahrungen gerade nicht armen Kriege bisher noch nicht vorgekommen ist. Sicherlich setzen sich die italienischen Staatsmänner darüber heute kühl lächelnd hinweg. Aber die Zukunft wird lehren, daß ihre Politik zugleich auch eine Treulosigkeit gegen die eigene Vergangenheit und die eigenen Lebensinteressen ihres Staates war, und solche Treulosigkeit hat die Geschichte immer gerächt. Dann aber rächt sich auch die sittliche Treulosigkeit gegen die bisherigen Bundesgenossen. Auch der wildeste Irredentist wird im Innern nicht glauben, daß dieser Krieg Deutschland zertrümmern und auflösen könnte. Deutschland bleibt eine Großmacht und eine Weltmacht —, getrennt nun durch eine Kluft von Italien, die vielleicht noch tiefer und unüberbrückbarer wird, als die, die uns von England trennt. Dann wird Italien erfahren, ob es, wenn es nun einmal die elementarsten Gebote des Rechts und der Treue, die auch im Völkerleben gelten, beiseite setzen wollte, für seine Zukunft gut und glücklich war, sich das Deutsche Reich zum Gegner zu machen.

Wir lassen uns auf den Versuch nicht ein, Deutschland und Österreich auseinander zu halten, indem Italien den Kriegsvorwand nur gegen Österreich sucht und den Bündnisvertrag nur mit ihm kündigte. Indem Deutschland an der Seite seiner Bundesgenossen steht, ficht es für seine Interessen. Es verteidigt die österreichisch-ungarische Großmacht gegen die Eroberungsansprüche einer Politik, die alles Maß verloren hat, und es verteidigt die Türkei, gegen deren Bestand sich die Teilnahme Italiens an diesem Orientkriege unmittelbar richtet. Die Ziele, die Salandra und Sonnino vorschweben, mögen für die Italiener etwas Berauschendes und Hinreißendes haben: die Auflösung Österreichs und sein Abschluß von der Adria, der Gewinn türkischer Inseln und eines großen Stücks von Kleinasien —, indem sie Österreich und die Türkei im Lebensnerv treffen wollen, gefährden sie zugleich das Deutsche Reich, und dagegen setzt es sich zur Wehr.

So tritt zu den Gegnern, mit denen wir kämpfen, die italienische Heeresmacht hinzu, deren Kriegsstärke auf 1,1 Million Mann eingeschätzt wird, und die jedenfalls Zeit gehabt hat, sich auf diesen Krieg vorzubereiten und zu rüsten. Ob das Vertrauen in die militärische Kraft, mit der man in den Krieg geht, in Italien sehr groß ist, bezweifeln wir. Wir unterschätzen die militärischen Möglichkeiten nicht, die uns diese weitere Verwicklung bringt. Denn frische Truppen treten damit in den Feldzug ein, und die Rückwirkung ihrer ersten Kämpfe auf die aufs Höchste gespannte Lage der Balkanstaaten kann groß sein. Aber wir sind bereit und gerüstet, und wir vertrauen auf unsre Kraft und die unsrer Verbündeten. Und schlagen wir die Blätter der italienischen Kriegsgeschichte auf, so finden wir von 1848—1866 Namen, wie Vicenza

und Custozza, Mortara und Novara, nochmals Custozza und Lissa. Das sind die größten Schlachten der italienischen Einigungsgeschichte, und jede war eine Niederlage Italiens.

Im Grunde ist es ein erbärmliches Schauspiel, das unsre Gegner der Welt bieten. Wir mögen manchen Fehler gemacht haben, und mancher mag berechtigt sein, über uns zu klagen oder von uns etwas zu fordern. Aber keiner hat gewagt, allein uns anzugehen und allein gegen uns mit seinem Schwerte zu drohen. Einer hat nach dem andern gesehen, und einer den andern gesucht, bis glücklich ein Bund der größten Mächte der Welt zusammen war, der sich nun zutraute, dieses Deutschland zu überrennen. Und nachdem dieser Bund $^3/_4$ Jahre lang gegen uns gefochten hat, da tritt auch Italien aus seiner behutsamen Zurückhaltung heraus, um sich denen anzuschließen, die nach seiner Hoffnung die Sieger sein werden, und um nur ja nicht bei der Verteilung der Beute zu fehlen. Wie soll ein Krieg mit aller sittlichen und physischen Anspannung geführt werden können, der so begonnen wird? Werden Armee und Volk Italiens, wenn der Rausch der Phrasen verflogen ist, und die Mühsale des Feldzuges gegen einen zum Äußersten entschlossenen Gegner andauern, eine Antwort auf die Frage finden, warum eigentlich Italien diesen Krieg führt? Und wie wird die Antwort lauten? Solche Fragen sind aber in einem so demokratischen Lande außerordentlich gefährlich: für die Machthaber, auch für das Königtum. Aber das geht Italien allein an. Wir haben bis aufs letzte versucht, den Frieden mit ihm zu erhalten, ja, Österreich ist in seinen Zugeständnissen weiter gegangen, als mit seiner Machtstellung an der Adria, die auch uns wesentlich ist, noch vereinbar war. Das Papier, auf das diese Verhandlungen geschrieben waren, flattert zerrissen im Winde. Das deutsche Volk wird es Österreich danken, daß es, um diese Verwicklung auszuschließen, so weit zu gehen bereit war, und ficht nun für Österreich, dessen Stellung an der Adria nicht bedroht und verändert werden darf. Im Bewußtsein unsres guten Rechts und der Lebensinteressen, die für die von uns vertretene Machtgruppe Europas auf dem Spiele stehen, gehen wir mit Zuversicht auch in diesen Kampf hinein, gilt doch für ihn, wie kaum für einen andern in diesem Feldzuge, das alte gute Wort: Viel Feind, viel Ehr!

28.

(Italien — Der Dreibund — England)

26. Mai 1915

So wichtig die Veränderung der politischen Lage ist, die der Eintritt Italiens in den Krieg schafft, wichtiger ist die militärische Lage, unter der er sich vollzieht. Wir lassen darüber nur die Zeitungen Englands

reden, durch die übereinstimmend heute dieses Urteil geht: an den Dardanellen, wo der Angriff zu einer Belagerung hat werden müssen, geht es für den Dreiverband zu langsam voran, und in Galizien geht der deutsche und österreichische Erfolg zu rasch voran; er macht heute schon den möglichen Erfolg an den Dardanellen und die militärischen Ergebnisse des Eintritts Italiens wett, während er den Russen die Möglichkeit vor Augen rückt, bald wieder da zu stehen, wo sie zu Anfang des Krieges standen. So sehen unsre Feinde, wenn sie ehrlich sind — die englische Presse ist klug genug, ihren Lesern nicht wie die französische und russische blauen Dunst vorzumachen — unsre militärische Stellung an. Sie berechtigt uns, ruhigen Blutes auch dem neuen Gegner ins Auge zu sehen.

Wir wollen zunächst nur die dürren Daten über die Verwicklung reden lassen, die mit der Kriegserklärung Italiens an Österreich am 23. Mai endete. Italien erklärte bei Ausbruch des Krieges seine Neutralität. Obwohl dieser Krieg für Deutschland und Österreich, wenn je einer, ein Verteidigungskrieg war, erachtete Italien den Bündnisfall nicht für gegeben. Wir fanden uns darein, zumal wir durch Erklärungen San Giulianos im Jahre 1913 darauf vorbereitet waren. Ebenso fand Italien, wie das Telegramm König Viktor Emanuels an Kaiser Franz Josef vom 2. August beweist, seinerseits damals im Vorgehen Österreichs nichts, was dem Dreibundvertrag zuwider gewesen wäre. Am 25. August erklärte San Giuliano, daß es verfrüht sei, jetzt von Kompensationen zu sprechen — für den Fall nämlich, daß Österreich-Ungarn territoriale Vorteile aus dem Kriege auf der Balkanhalbinsel zöge; für diesen Fall wurde Italiens Recht auf Kompensationen kraft Artikel 7 des Dreibundvertrages anerkannt. Am 16. Oktober stirbt San Giuliano. Am 5. November wird Sonnino Minister des Äußern. Am 2. Dezember fällt Belgrad. Am 4. Dezember hält Salandra die hier öfter erwähnte Programmrede. Am 9. Dezember eröffnet Sonnino den diplomatischen Feldzug mit der Waffe des Artikels 7 des Dreibundvertrages. Am 14. Dezember erfährt Italien, daß Graf Berchtold durch den deutschen Botschafter für einen Meinungsaustausch gewonnen sei. Am 15. Dezember wird Belgrad wieder geräumt. Am 20. findet die Unterredung zwischen Bülow und Sonnino statt, die eine feste Grundlage weiterer Verhandlungen bot und Deutschlands ernsten Willen zu erkennen gab. Am 27. wird die Besetzung Valonas durch Italien mitgeteilt, womit es den Artikel 7 des Dreibundvertrages selbst verletzte. Am 13. Januar tritt Graf Berchtold zurück. Am 14. Januar fordert Sonnino Trient und Triest. Am 12. Februar erklärt Italien, daß Valona und Dodekanes nicht Gegenstand seiner gegenwärtigen Unterhandlung mit Österreich bilden sollte. (Während also Österreich keine Machterweiterung gefunden hatte, sollte es schon Zugeständnisse machen, als wenn das der Fall

wäre; während Italien eine solche erworben hatte, mithin eigentlich an Österreich ein Zugeständnis hätte machen müssen, verlangte es, daß Österreich ihm noch etwas dazu abtreten solle — alles zur Erhaltung des Gleichgewichts auf dem Westbalkan!) Am 4. März teilt Sonnino seine Forderungen mit. Am 9. stimmt Burian diesen Forderungen, die man mehrmals durchlesen muß, um ihre außerordentliche Tragweite zu erkennen, trotzdem als einer Grundlage zu Verhandlungen zu. Sonnino stellt zur Bedingung, daß das Übereinkommen in zwei Wochen fertig sein und sofort ausgeführt werden müsse. Am 13. lehnt Burian das letztere ab. Am 19. März übernimmt Deutschland die Bürgschaft gegenüber Italien für Ausführung einer etwaigen Konvention nach Friedensschluß. Am 6. April stellt Italien (am 11. in Wien mitgeteilt) Forderungen, von denen es wohl selbst nicht mehr annahm, daß sie angenommen werden könnten. Am 25. April (Mitteilung der Idea Nazionale) unterzeichnet Italien die Verpflichtung gegen den Dreiverband, innerhalb Monatsfrist an der Seite des Dreiverbandes in den Krieg einzutreten. Dafür soll es erhalten das Trentino bis zur strategischen Grenze, Triest, Istrien, Dalmatien bis zur Varenta, Anerkennung der Besetzung Valonas und seiner Interessensphäre in Südalbanien, Aktionsfreiheit im Adriatischen Meere, außerdem Grenzberichtigungen in Tripolitanien sowohl gegen Tunis wie gegen Ägypten, endlich die Anwartschaft auf einen Teil der türkischen Erbschaft in Kleinasien. Italien trat zugleich in das Abkommen vom 5. September ein, daß keine beteiligte Macht einen Separatfrieden schließen darf. Am 2. Mai lehnt Italien die wiederholt angebotene Sendung des Grafen Goluchowski nach Rom ab. Am 4. kündigt es den Dreibundvertrag in Wien. Am 10. bietet Österreich noch weitergehende Zugeständnisse an (deren Umfang vom Reichskanzler am 18. mitgeteilt wird). Am 13. tritt das Kabinett zurück, am 15. lehnt der König bereits die Berufung eines neuen Kabinetts ab. Am 20. nimmt die Kammer mit 474 gegen 74, am 21. der Senat mit 262 gegen 2 Stimmen das Kriegsvollmachtgesetz der Regierung an. Am 21. lehnt Österreich die Annahme der Kündigung des Dreibundes ab. Am 23. erfolgt die Übergabe der Kriegserklärung Italiens an Österreich in Wien, am gleichen Tage veröffentlicht Deutschland die Erklärung, daß Fürst Bülow zugleich mit dem österreichischen Botschafter Rom verlassen habe.

Diese Kette von Daten ist zumeist aus dem Grünbuche Italiens selbst entnommen. Sie zeigt, daß Italien mit Vorbedacht und voller Absicht, den Krieg gegen Österreich zu suchen, diese monatelangen Verhandlungen geführt hat. Es gibt sich in seinen amtlichen Verlautbarungen nicht einmal die Mühe, offenbare Blößen seiner Stellung zu verschleiern. Österreich verletzte (im Unternehmen gegen Serbien) „Lebensinteressen" seines Verbündeten — bis zu diesem Augenblicke vertrat Italien den Standpunkt, daß es Lebensinteressen

in Albanien habe, von Serbien hat es nie ein Wort gesagt. Italien verlangt „die Befriedigung seiner legitimen nationalen Ansprüche" — was hat Trient mit der Machtverteilung auf dem Westbalkan zu tun? Wahrhaft, wer dies Aktenstück über die Kündigung des Dreibundes konzipiert hat, braucht darauf nicht stolz zu sein. Nichts zeugt für den unbedingten Wunsch Österreichs, mit Italien ins reine zu kommen, so sehr, wie daß nach diesem Dokument noch von ihm und Deutschland weiter verhandelt wurde.

Daß alle Verhandlungen zu nichts führten, trifft weder den Fürsten Bülow noch die Leitung der deutschen Politik überraschend. Der Temps, der Beziehungen zu Sonnino hat, hat ebenso wie der Vertreter des Daily Telegraph in Rom, Dr. Dillon, die Überzeugung ausgesprochen, daß spätestens seit Sonninos Eintritt in das Kabinett Salandra der Entschluß Italiens zum Krieg gegen uns feststand. Auch dem Vertreter Italiens in Berlin, der übrigens seine Aufgabe loyal erfüllte und sich seine Ansprüche auf unsre persönliche Sympathie nicht verscherzt hat, ist das wohl von Anfang an klar gewesen. Deshalb hat die englische Presse während der neun Monate niemals gedrängt, die französische sich sogar etwas reserviert geäußert, die bekannten Drahtzieher konnten ihrer Sache sicher sein. Nur die russische Presse zeigte wegen der unbequemen serbischen Einreden in der italienischen Frage manchmal einige Nervosität. Das größte „Verdienst", die Stimmung der Masse und der Presse, und alles, was an vorbereitender Arbeit geschehen war, zum diplomatischen Ergebnis zusammengefaßt zu haben, gebührt dem Halbengländer Sidney Sonnino — wie wir überhaupt den starken englischen Einschlag in der heutigen römischen Aristokratie nicht gering anschlagen dürfen. Das Manöver des Kabinettsrücktritts erweist sich jetzt als eine, taktisch allerdings gut berechnete, Farce, und die internationale Sozialdemokratie ist ohnmächtig gewesen, in diesem gepriesenen Lande der extremsten Demokratie zu verhindern, daß ein ausgesprochener Eroberungskrieg frevelhaft vom Zaune gebrochen wurde.

Noch ein Wort zur Frage des Dreibundes. Italien kündigt nur den Bund mit Österreich und läßt geflissentlich Deutschland beiseite, die Zentralmächte aber sprechen stets vom Artikel 7 des Dreibundes. Bisher war die jetzt immer wieder angezogene Verpflichtung dieses Artikels zwar bekannt, aber nur als eine solche zwischen Italien und Österreich. Sie steht jedoch auch in dem Dreibundvertrage, der am 5. Dezember 1912 — bis 1920 — erneuert wurde und dessen Wortlaut sonst nicht bekannt ist. Ob sie bereits in den Dreibundvertrag von 1887 Aufnahme gefunden hat, wie H. Friedjung 1913 auf Grund von Äußerungen Aehrenthals und von Kiderlen-Wächters behauptete, oder erst in eine der späteren Dreibunderneuerungen der nachbismarckischen Zeit, steht noch nicht fest. Auch kommt es heute darauf nicht mehr an.

Von Italien, wie unsre amtliche Erklärung vom 23. mit dem besten Rechte der Welt sagte, ist das Bündnis „auch mit Deutschland ohne Recht und Grund zerrissen". Das Werk Bismarcks und Crispis liegt in Trümmern, Italien hat es zerschlagen, nun sprechen die Waffen!

Eine Gesamtzahl ausgebildeter Soldaten von rund $3^1/_2$ Millionen, eine Kriegsstärke von 1,1 Millionen rechnet man für Italien; über 12 Linienschiffe, 8 Panzerkreuzer, 68 Torpedo-, 20 U-Boote, 32 Torpedobootzerstörer verfügt es. Alles Abwägen der militärischen Chancen wird mit Recht ausgeschlossen, dafür setzen wir nur das Gesamturteil des neuesten Economist (London 22. Mai) hierher: „Über den tatsächlichen militärischen Wert des italienischen Beistandes gehen die Sachverständigen auseinander. Deutschland und Österreich sind für eine Aktion an der Landgrenze völlig vorbereitet, und die italienischen Streitkräfte werden wahrscheinlich eine gehörige Aufgabe (a stiff task) vor sich haben, wenn auch der Hinzutritt einer neuen Front den Druck auf die Russen in Galizien erleichtern könnte. Die italienische Front ist imstande, der österreichischen in der Adria große Sorge zu machen. Aber vielleicht (!) die größte Wirkung der italienischen Intervention ist wahrscheinlich (!) der Einfluß auf die Entschlüsse der Balkanstaaten."

Der Economist schließt seine Betrachtungen über den Entschluß Italiens mit dem Satze: „Man nimmt allgemein an, daß ein Abkommen über gemeinsames Handeln zwischen den Regierungen Italiens, Rumäniens und Griechenlands getroffen ist". Davon ist bisher nichts bekannt, wohl aber manches, was dagegen spricht: Rumäniens große Zurückhaltung in den letzten Wochen und das Communiqué der griechischen Regierung vom 8. Mai über die Neutralität. Bulgarien aber, auf das die russische öffentliche Meinung gerade jetzt ungewöhnlich ungehalten ist, will, wie bekannt, an der Neutralität gleichfalls festhalten. Es hält damit Rumänien und Griechenland im Schach und macht Serbien etwaige Überraschungen unmöglich. Wir dürfen erwarten, daß sich unsre Diplomatie der damit für ihre tätige Aufmerksamkeit gegebenen — nicht ganz leichten, aber noch in nicht hoffnungslosen — Lage gewachsen zeigen wird. —

Am 12. Mai fragte im englischen Parlament ein Mitglied den Premierminister, ob er „angesichts des Krieges und der sich aus einem längeren Kampfe für Industrie und soziales Leben ergebenden Maßnahmen" die Bildung eines Koalitionskabinetts, d. h. eines aus allen Parteien zu bildenden Ministeriums in Erwägung ziehe. Asquith verneinte die Frage. Am 15. Mai trat Lord Fisher von seinem Amte als Erster Seelord zurück; gleich darauf brachte die Times die vom Zensor durchgelassene Bemerkung, daß die Feldarmee an Brisanzgranaten Mangel leide. Und am 19., kurz vor der Vertagung, erklärte Asquith, daß Maßnahmen im Gange seien zur „Rekonstruktion der

Regierung auf einer breiteren persönlichen und politischen Basis. Noch ist nichts definitiv festgestellt, doch sind drei Dinge klar: 1. daß die Funktionen des Premierministers und die des Ministers des Äußern keinerlei Veränderungen erleiden werden, 2. daß keinerlei Veränderungen in der Richtung der Politik in bezug auf Fortsetzung des Krieges mit aller möglichen Energie und mit allen Hilfsmitteln eintreten werden, 3. daß jede Veränderung des Kabinetts ausschließlich zugunsten des Krieges aufzufassen sei und nicht irgend eine Partei ihre politischen Ideale aufgebe." Die Opposition stimmte dem zu, und seitdem gehen die Verhandlungen zur Bildung eines solchen Kabinetts, das am 3. Juni, wenn das Parlament wieder zusammentritt, fertig sein soll.

Plötzlich sind damit die Parteien und das Land vor eine in der englischen Geschichte ganz ungewöhnliche Veränderung gestellt. Wir wüßten auch im Augenblick kein ähnliches Beispiel der Bildung eines Koalitionsministeriums in England, wie sie auf dem Kontinent häufig vorkommt, aber mit dem englischen Begriffe des Parteiregiments im vollen Widerspruche steht. Dieser wird in England jetzt auch empfunden und von den liberalen Zeitungen ausgesprochen, von den konservativen weniger, weil der Vorgang ihnen zugute kommt. Denn der eine Arbeiterführer, wahrscheinlich Henderson, der in das Kabinett kommt, besagt nicht viel, und der Eintritt des Iren, d. h. Redmonds, um den man sich bemüht, scheint nicht zu gelingen. So müssen eine Reihe Liberaler Platz machen, damit Unionisten für sie eintreten können.

Obwohl also dies Arrangement gegen alle Traditionen ist und jede Parteikritik und Parteiverantwortung in Frage stellt, wird es auf allen Seiten, außer bei den Iren, als notwendig empfunden. Seine innere Geschichte ist ganz klar. Immer deutlicher wurde die Schwäche des Ministeriums besonders in allen Organisationsfragen (Farbstoff-, Munitions-, Alkoholfrage), immer heftiger die Angriffe der Presse, namentlich der Northcliffepresse, deren Hauptzielscheiben Churchill und auch Kitchener waren. Kitchener hat zwar die nach ihm benannte Armee auf die Beine gebracht, aber in den Fragen der Ausrüstung und des Munitionsersatzes völlig versagt, weshalb wir wohl billig zweifeln dürfen, ob er wirklich das große organisatorische Genie ist, als das er gepriesen wird. Mit der Reklametrommel Leute zu Soldaten zu werben, ist doch keine große Kunst, wenn man sie nicht ausbilden und ausrüsten kann. Jedenfalls wird Kitchener jetzt beiseite geschoben, ohne daß man weiß, was man mit ihm anfangen soll; ein Vorschlag geht schon dahin, ihn zum — Vizekönig von Indien zu machen. Mit Churchill aber ist man nun allgemein fertig, kein Blatt nimmt für diesen „voreiligen Amateurstrategen und Spieler" Partei. Daß er Lord John Fisher, den vergötterten Seehelden, zum Rücktritt veranlaßte, schlug dem Faß den Boden aus. Und da Asquith es nicht fertig

brachte, seinen Marineminister allein über Bord gehen zu lassen, mußte er, um überhaupt seine Partei am Ruder zu halten, diesen raschen Entschluß fassen, ein, wie man es euphemistisch nennt, Kabinett der nationalen Sicherheit oder Konzentration zu bilden. Tatsächlich wird es, obwohl Asquith und Grey an ihren Plätzen bleiben, ein konservatives Kabinett. Denn die ersten Kräfte der Opposition, 7—8 Mann, treten in das Ministerium ein, Balfour und A. Chamberlain vor allem, Bonar Law, W. Long; auch von Lord Curzon, Lord Selborne, Lord Derby, Lord Lansdowne wird gesprochen. Den unvermeidlichen F. E. Smith (er ist der berühmte Eye-Witneß, der die Berichte des englischen Hauptquartiers fabriziert) rechnen wir allerdings nicht zu den ersten Köpfen, aber er wird den Liberalen durch seine skrupellose Beredsamkeit die Köpfe heiß machen. Auch der „König von Ulster", Sir Edward Carson, soll vielleicht hineingezogen werden. Da aber die Veränderungen nicht feststehen, versagen wir es uns, die zahlreichen Kombinationen, die jetzt in London erörtert werden, wiederzugeben.

Der alte Liberale John Bright hat einmal gesagt, daß ein Krieg immer die Regierung zerstöre, die ihn begonnen hat. Diesmal trifft sein Wort jedenfalls zu. Was bedeutet dieser ganze Vorgang? In den Parteien war man gegen ein solches Koalitionsministerium, sie sind (außer der Labour Party) nicht einmal von ihren Führern gefragt worden. Einen bösen Rückschlag auf die Iren, auch wenn Redmond eintritt, muß man voraussehen: die erbittertsten Gegner des Homerule kommen ja in dieses seltsame Kabinett. Es schlägt jeder Doktrin vom Parteiregiment und seiner Verantwortlichkeit ins Gesicht. Trotzdem kommt es zustande. Wir wollen ja nicht aus der öffentlichen Erörterung über Fehler und Unsicherheiten der Regierung und aus diesem überraschenden Versuche auf eine Schwäche Englands schließen. So eigenartig dies Aushilfsmittel ist, so typisch englisch ist der ganze Vorgang. Er zeigt uns, daß die Schichten, die in England den Krieg heraufbeschworen haben, aufs äußerste entschlossen sind, ihn durchzuführen. Deshalb nehmen die Liberalen jetzt die besten Kräfte der Konservativen herein und ersparen dem Lande die Neuwahlen, obwohl der Wechsel die Liberalen — Sir Edward Grey ist kein Parteiliberaler — an die Wand drückt. Jetzt kommen die eigentlichen Imperialisten ans Ruder, die Anhänger der allgemeinen Wehrpflicht — der Feldzug gegen Kitchener hat auch diese Nebenbedeutung —, die entschlossensten Gegner Deutschlands. Das bis aufs Blut deutschfeindliche England Eduard VII. spannt seine Muskeln und Nerven, um bisherige Organisations- und Charakterschwächen auszugleichen und die Nation zur stärksten Kraftanspannung heranzunehmen. Das ist der Sinn dieses Wechsels. Mag Asquith dem Namen nach Premierminister bleiben, seine Rolle ist ausgespielt. Von nun an wird in diesem Kabinett der Kampf gehen zwischen Balfour und

Lloyd George. Beider Namen stellen solche politische Gegensätze dar, daß man jeden für einen Narren gehalten hätte, der sie im Frieden nebeneinander genannt hätte. Jetzt aber kommen der durch und durch kühle Balfour, der eine viel größere Bedeutung für Eduards VII. deutschfeindliche Ententepolitik hatte als man gewöhnlich glaubt, und der hochbegabte walliſische Demagoge zusammen, und ungehört verhallt der Ruf des echten alten Liberalen (Economist vom 22. Mai): „Eine allgemeine Wahl müßte stattfinden, wenn solch eine Politik begonnen werden soll!"

Daß die italienischen Soldaten jetzt als Englands Trabanten marschieren, das ist einer der größten Erfolge, die die englische Bündnispolitik, diesmal mittelbar, jemals davongetragen hat. Und daß seine Parteien sich jetzt so zusammenschließen wollen, das kann wohl den Historiker an die Jahre erinnern, in denen der jüngere Pitt gegen Napoleon I. kämpfte. Aber das Recht des Verteidigungs- und Befreiungskampfes ist heute auf unsrer Seite, und die Kraft des Schwertes auch!

29.

(Italien, der Dreibund und der Vatikan — Der Balkan)

2. Juni 1915

In zwei gleich wirkungsvollen Reden haben der ungarische Ministerpräsident (am 26.) und der deutsche Reichskanzler (am 28. Mai) die einzig mögliche Antwort auf die Kriegserklärung Italiens gegeben. Ihnen ist nichts mehr hinzuzufügen. Italien hat ja selbst alles getan, die Schuldfrage gegen sich zu beantworten. Denn nach den eigenen Worten seiner Kriegserklärung führt es einen Krieg „gegen jede gegenwärtige und zukünftige Bedrohung" (menaces présents et futurs) — also einen reinen Präventivkrieg —, und für die „Erfüllung der nationalen Aspirationen" (pour l'accomplissement des aspirations nationales) — also einen nackten Eroberungskrieg. Am 15. Dezember hat Salandra noch im Senat mit großartiger Geste erklärt: „Wenn wir unsre Neutralität verschachert hätten, so hätten wir sie auch entehrt" —, am 23. hat er, sein Kabinett und sein König weit Schlimmeres als dies getan! Deshalb wollen wir uns heute jedes Rückblicks auf die Verhandlungen begeben, die Italien so unehrlich und hinterhältig geführt hat. Es hat keinen Wert mehr, danach zu fragen, ob darin dieser Schritt von uns oder von Österreich zu früh oder jener zu spät geschehen sei. Vielmehr wollen wir dem Fürsten Bülow danken, daß er seine Erfahrung und Begabung in den Dienst einer Aufgabe stellte, deren ungeheure Schwierigkeit ihm von vornherein klar war. Und wir wollen froh sein, daß die angebotenen Abtretungen nicht erfolgt sind, daß sich Österreich vor allem der Forderung Sonninos, die zugestandenen Gebiete

sofort abzutreten, aufs äußerste widersetzt hat. Denn sonst wären die Dinge ebenso ausgegangen wie nun, und dann hätten die Italiener heute die strategische Grenze gegen den Norden, der doch nicht nur österreichischer, sondern auch bayerischer Norden ist, in der Hand!

Nachdem die Spannung gelöst war, ist in Österreich eine Begeisterung und Zuversicht für diesen Krieg laut geworden, wie bisher noch nicht in den 10 Monaten dieses Ringens. Die Bevölkerung aber, im Trentino und in Triest, die die „Irredenta" befreien will, wünscht die Befreiung gar nicht, weder die italienische, deren Wein- und Seidenproduktion im Trentino durch die „Erlösung" ruiniert würde, noch die slowenische, für deren nationale Ansprüche der italienische Nationalismus keinen Sinn haben wird. So stehen diese italienischen und slowenischen Bauern Schulter an Schulter neben den Soldaten andrer Stämme, die überall in außerordentlich günstiger Defensivstellung den italienischen Angriff erwarten können. Auch für sie ist das prächtige Wort gesprochen, mit dem Graf Apponyi — der Führer der ungarischen Unabhängigkeitspartei, die immer viel Sympathie mit Italien gehabt hat! — die Stimmung der gesamten Donaumonarchie so glücklich zusammengefaßt hat: „Wir werden die Alpen Tirols verteidigen, wie die Tiroler Jäger die Karpathen verteidigt haben."

Es ist wahrscheinlich, daß dieser Entschlossenheit der Zentralmächte in Italien nicht die gleiche einheitliche Stimmung entspricht, und die Erwartung erscheint begründet, daß nur ein kleiner Prozentsatz des Volkes den Krieg wirklich wollte, daß die Mehrheit entweder verhetzt oder eingeschüchtert ist, und daß mit schweren Rückschlägen auf das innere Leben Italiens gerechnet werden kann, wenn der Krieg nicht so läuft, wie die Hetzer sich das vorstellen. Wir möchten aber warnen, dies namentlich in Rücksicht auf die mutmaßliche Dauer des Krieges zu überschätzen. Die jetzt vollzogene Schwenkung Italiens hat zu ihrer Vorbereitung in Politik und Stimmung über $1^1/_2$ Jahrzehnte gebraucht. Nun sie völlig auf die andre Seite geführt hat, ist nicht zu erwarten, daß ein Rückschlag sehr bald erfolgt. Gerade im Verhältnis zu Italien hat der beste politische Schriftsteller über die Westbalkanfragen, den Österreich hat, Leopold v. Chlumetzky, sein Vaterland immer gewarnt, die Macht der Völkerbewegungen zu gering einzuschätzen. Ein Krieg, für den die Volksleidenschaft so aufgewühlt worden ist, schweißt das Volk auch zusammen.

Der Dreibund ist nunmehr gesprengt. Er beruhte, wie Graf Tisza soeben im ungarischen Parlament bestätigt hat, zuletzt auf einem Vertragsakt, nicht mehr auf Sonderverträgen Italiens mit dem Bunde der Zentralmächte. Sein voller Wortlaut dürfte in Kürze veröffentlicht werden, in der österreichischen amtlichen Publikation zum Kriegsausbruch sind Artikel 3, 4 und der viel-

berufene 7. Artikel bereits mitgeteilt. Der letztere stand bestimmt noch nicht in den Vertragsabmachungen vom 20. Mai 1882, in denen Italien dem Bündnis Deutschlands und Österreichs beitrat; er soll indes bereits 1887, also bei der ersten Erneuerung des Dreibundes, und auf Wunsch des Grafen Robilant, des damaligen italienischen Ministers des Auswärtigen, hineingekommen sein.

Einen Rückblick auf die Geschichte des Dreibundes, besser seines langsamen Endes, gab die Norddeutsche Allgemeine Zeitung am 29. Mai, zugleich als Antwort auf die heute sehr naheliegende Frage, warum ein Bündnis, dessen Hohlheit schon längst erkannt war, trotzdem 1902 und 1912 wieder erneuert wurde. Der frühere Botschafter in Rom, Graf Monts, ist (nach einer Mitteilung des Berliner Tageblatts) deshalb auch 1908 für die Ablösung Italiens vom Dreibund eingetreten, als Italien in dem Abschluß seines Mittelmeerabkommens mit Frankreich und durch seine Haltung auf der Konferenz von Algeciras sich für jedermann erkennbar auf die Seite Frankreichs hinüber begeben hatte. Aus der Darlegung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung geht jedenfalls hervor, daß das Bündnis seit 1908 tatsächlich schon nicht mehr bestand. Was es trotzdem noch hätte leisten können, nämlich durch die Möglichkeit freundschaftlicher Einwirkung Deutschlands den albanischen Gegensatz zwischen Italien und Österreich auszugleichen, hat es nicht geleistet. Dadurch aber, daß es trotzdem weiter erhalten wurde, hat es unsre öffentliche Meinung über die tatsächliche Machtstellung Deutschlands in den letzten Jahren vor dem Kriege getäuscht. Denn von ihr ist politisch wie militärisch das Bündnis mit Italien immer in unsre Zukunftsberechnungen eingesetzt worden. Deshalb ist ja die Enttäuschung unsrer öffentlichen Meinung über diesen heutigen Ausgang doppelt groß.

Mit dem Dreibunde ist zugleich ein andres politisches Verhältnis zusammengebrochen: die Stellung des Vatikans, wie sie sich aus der Zertrümmerung des Kirchenstaates und dem Garantiegesetz vom 13. Mai 1871 ergab, hat sich der ersten großen Probe eines Krieges, in den Italien verwickelt ist, gegenüber nicht als haltbar erwiesen. Obwohl in der Theorie der Vatikan dieser Kriegsverwicklung fernbleibt, haben die bei ihm beglaubigten Vertreter der Zentralmächte mit den sog. „weißen" Botschaftern Rom verlassen. Die deutschen Gesandten haben sich in Lugano, also in der Schweiz, niedergelassen und halten ihre Verbindung mit der Kurie durch den dortigen Bischof aufrecht. Das ist natürlich nur eine Fiktion; tatsächlich ist der Verkehr mit dem Vatikan unterbrochen. Die Abberufung der Gesandten durch die Zentralmächte ist auf Wunsch des Papstes erfolgt, nicht auf Druck Italiens. Aber Italien bot nicht die mindeste Sicherheit dafür, daß die Souveränität des Vatikans, die sich hier im ungehinderten Kurier- und Chiffreverkehr ausgedrückt hätte, gewahrt

würde, und ein Verbleiben der Gesandten in Rom hätte nicht nur der Presse Anlaß zu fortwährenden Hetzereien gegen die Gesandten gegeben, sondern auch möglicherweise den Papst selbst bedroht.

Nimmt man hinzu, daß infolge der unklaren Haltung der italienischen Regierung auch deutsche und österreichisch-ungarische Geistliche Italien verlassen mußten, so wird man die Feststellung der katholischen Presse anerkennen müssen, daß die 1871 beschlossene Regelung der Sicherheit und Würde des Römischen Stuhles nicht genügt. Zum ersten Male wird damit diese Frage brennend, da die Kriege Italiens mit Abessinien und Tripolis sie noch nicht berührten. Jetzt aber, da Italien einen europäischen Krieg führt, genügt sein eigenes Garantiegesetz nicht, die Gesandten der andern Mächte beim Vatikan zu schützen, ja es schützt nicht einmal zweifellos zum Bestande dieser höchsten Stelle der katholischen Christenheit gehörende Personen. Wir werden daher heute zugeben müssen, daß das Papsttum recht hatte, das Garantiegesetz, obwohl es unter seinem Schutze lebte und sich drei Papstwahlen unter ihm vollzogen haben, niemals anzuerkennen, und daß der jährlich wiederholte Wunsch der deutschen Katholiken auf ihren Generalversammlungen, volle Freiheit in der Ausübung des obersten Hirtenamtes zu fordern, einen sehr ernsthaften und, wie sich jetzt zeigt, berechtigten Hintergrund hatte.

Noch steht nicht fest, wie sich der Papst weiterhin in dieser schwierigen Lage verhalten wird, ob er in Italien bleibt oder nach Spanien übersiedeln wird. Jedenfalls ist mit den zahllosen andern Fragen der großen Politik auch diese in das Rollen gekommen, und es wäre wohl möglich, daß sie — denken wir nur an den Fall, daß ein neues Konklave nötig würde — schon während des Krieges eine Lösung forderte. Sonst ist es heute noch nicht an der Zeit, der Frage, wie der Papst eine völlig selbständige und unabhängige Stellung erhalten könnte, nachzuhängen. Aber die Neutralen sind hier in einer ganz andern Weise als bisher interessiert; ist das doch für alle Katholiken unter ihnen eine Frage ersten Ranges. Italien hätte es vermeiden können, sie aufzurollen, wenn es rechtzeitig und klar erklärt hätte, daß der Krieg an dem Garantiegesetz nichts ändere. Da es das nicht tat, sind wir berechtigt anzunehmen, daß in seinem Entschluß zum Kriege auch an dieser Stelle die radikal kirchenfeindliche Stimmung der Freimaurerlogen mitgesprochen hat; außerdem dürfte der Einfluß der extrem vatikanfeindlichen Königin Elena auch daran schuld sein.

Die Presse Englands und Frankreichs läßt keine übermäßige Freude über den neuen Bundesgenossen erkennen. Anscheinend erwartet man in beiden Ländern militärisch von ihm nicht allzuviel. Um so eifriger wird dort die erwartete Rückwirkung der italienischen Kriegserklärung auf den Balkan besprochen, wie auch sofort die Arbeit der feindlichen Balkandiplo-

maten überall mit doppelter Tatkraft eingesetzt hat. Unter ihnen stehen in erster Linie Rußlands Diplomaten. Am wenigsten bringt dabei Fürst Trubezkoj in Nisch voran. Der Schwerpunkt der Verhandlungen liegt indes in Sofia und in Bukarest, wo Sawinski und der aus seiner Wühlerei in Teheran wohlbekannte Poklewsky-Koziel für die Entente arbeiten. Es sind geschickte und bis zum äußersten skrupellose Diplomaten, die hier das Werk unsrer Gegner tun. Bis jetzt scheint fest zu stehen, daß bestimmte Abmachungen weder von Bulgarien noch von Rumänien eingegangen sind, daß aber verhandelt wird und daß mehr hinter den Kulissen als öffentlich ein heftiger Kampf um die Frage der Neutralität oder der Intervention tobt, in den die Diplomaten der Großmächte mit allen Mitteln eingreifen.

Mit Rumänien sind Verhandlungen der Entente bereits seit Januar oder Februar im Gange und zwar in Bukarest zwischen dem genannten russischen Gesandten und dem Ministerpräsidenten Bratianu. Sie sollen nicht recht vorankommen, weil die Grenzforderungen Rumäniens (gegen Rußland der Pruth in seiner ganzen Länge, gegen Ungarn die Theiß und gegen Serbien die Donau) von Rußland noch nicht zugestanden werden. Daß die Aktien für die Entente nicht günstig stehen, geht aus dem etwas nervösen Drängen der englischen Presse hervor. Von ihr wird als der wichtigste Staatsmann, der sich nach ihrer Ausdrucksweise zwischen die Hoffnungen der Nation und ihre Verwirklichung stellt, eben Bratianu angegriffen. In der Haltung der Parteien und der Zeitungen ist keine Änderung eingetreten, der entscheidende Kampf spielt sich eben jetzt hier, wie an allen andern Punkten der Balkan-Halbinsel, zwischen den einzelnen Staatsmännern ab. Der Entente kommt dabei die sehr stark deutschfeindliche Stimmung in der rumänischen Gesellschaft zu Hilfe. Auf der andern Seite haben die Diplomaten Deutschlands bei der Verhandlung über die Wünsche Rumäniens mit der Schwierigkeit zu kämpfen, daß sich die Wünsche eines bisher neutralen Staates auch hier mit einer inneren Frage Österreich-Ungarns, nämlich mit der der ungarischen Rumänen, verquicken

In Bulgarien ist der Wunsch, wenn irgend möglich neutral zu bleiben, aus bekannten Gründen stärker als in Rumänien. Man läßt sich dort auch nicht durch den Hinweis fangen, daß die Interessen Bulgariens und des Slawentums angeblich zusammenfallen. Denn man hat die Lehren von 1912 und 1913 noch nicht vergessen und will sie auch gar nicht vergessen. Auf der andern Seite täuscht man sich auch nicht darüber, daß der Eintritt Italiens in den Krieg vielleicht schon an sich die Entscheidung Bulgariens bestimmt; so sprach es die Zeitung Dnewnik (18. April) noch vor dem Entschluß Italiens direkt aus. Wollen wir uns ein nüchternes Urteil über Bulgariens mutmaßliche Haltung bilden, so dürfen wir uns, neben jener Sehnsucht,

neutral zu bleiben und neben der im Lande vorhandenen deutschfreundlichen Stimmung, nicht dagegen verschließen, daß die Hauptsache der bulgarischen Wünsche die Rückgewinnung jener mazedonischen Gebiete ist, um die Bulgarien nach seiner Ansicht im Frieden von Bukarest betrogen worden ist. Auch die deutschfreundliche Kambana, die sogar für ein Bündnis mit den Zentralmächten eintritt, bringt in jeder Nummer einen entschiedenen Artikel über Mazedonien in dieser Richtung. War doch in dem Geheimvertrag zwischen Bulgarien und Serbien von 1912 Bulgarien ausdrücklich fast die Hälfte des heute von Serbien besetzten mazedonischen Gebietes zugestanden worden: die Grenzlinie dieses Geheimvertrags lief vom See von Ochrida genau nordöstlich bis zur Kriva Palanka. Daß Bulgarien um diesen Erwerb gebracht wurde, verschmerzt es nicht, ebenso wenig wie es daran denkt, daß es durch seine halsstarrige russophile Politik an diesem Verlust selbst schuld ist. Die Schwierigkeit für die Diplomatie beider Parteien, nun hierfür eine Lösung zu finden, dürfte auf beiden Seiten ungefähr gleich sein. Die Entente hat es bisher noch nicht fertiggebracht, die Voraussetzung dafür, nämlich den Verzicht Serbiens auf diese Stücke, durchzusetzen, und heute ist dafür auch noch nicht die geringste Aussicht. Ebenso aber sind Deutschland und Österreich-Ungarn auch nicht in der Lage, die Bürgschaft für derartige Gebietserweiterungen zu übernehmen, während sie allerdings dafür sorgen müssen, daß sich die Wünsche Bulgariens nicht nach Osten, gegen die Türkei richten, wo ja die seinerzeit gewonnene und wieder verlorene Linie Enos—Midia auch heute noch der Traum der Bulgaren ist.

Wir dürfen bei dieser Überschau aber auch Griechenlands nicht vergessen, obwohl die Haltung des griechischen Königs, dessen Gesundheitszustand sich erfreulicherweise bessert, und seines Kabinetts bekannt ist. Denn Venizelos ist damit, daß er im ersten Anlauf scheiterte, noch nicht erledigt. Erst am 13. Juni werden die Neuwahlen im Lande dafür entscheidend sein. Hinter Venizelos steht der Reichtum der griechischen Kaufmannschaft Kleinasiens, welche die weitgreifenden Pläne dieses Staatsmannes (seine beiden Geheimdenkschriften an den König sind ja im April veröffentlicht worden) mit aller Macht unterstützt. Auch hier dürfte wie in Bulgarien und in Rumänien der Kampf dem letzten Ringen einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Staatsmännern und Parteiführern nahegerückt sein, so daß es heute keinen Wert mehr hat, auf die allgemeinen Zusammenhänge und Vorteile einer rußlandfeindlichen Stellung nochmals hinzuweisen.

Dieses an sich schon recht komplizierte Bild wird dadurch noch unübersichtlicher, daß es sich ja nicht nur um die allgemeinen Folgen des italienischen Kriegsentschlusses für die Weltlage handelt, aus der eine weitere Verwicklung der orientalischen Verhältnisse entstehen könnte, sondern um mehr. Italien

beansprucht, Fuß zu fassen als Großmacht auf dem Gebiete der orientalischen Frage. Das kommt uns auch heute noch, obwohl schon in den Unterhandlungen zwischen Bismarck und Crispi davon die Rede war, überraschend, und wir müssen uns erst ebenso allmählich an diese Veränderung des politischen Bildes gewöhnen, wie die Balkanstaaten selbst. Auf die weiter zurückliegenden Gründe brauchen wir heute nicht erneut einzugehen. Seit Beginn des Krieges hat Italien Valona besetzt, und indem seine Irredenta immer weitere Kreise zog, und von dem Erwerb des Trentino zur Forderung des mare nostro (der von Italien beherrschten Adria) an Österreich überging, den Entschluß zum Gebietserwerb auf der Balkanhalbinsel unter seine „nationalen Aspirationen" entschieden aufgenommen. Damit kommt es den österreichischen Südslawen, Serbien und Rußland ins Gehege. Mit Vertretern der Slowenen und Kroaten sind schon Ende Januar, wie Rußkoje Slowo (13. Mai) mitgeteilt hat, Verhandlungen angeknüpft worden, die der als großer Kenner der südslawischen Dialekte geltende italienische Vizekonsul in Triest, Galli, führte. Irgendwelche Ergebnisse dieser Verhandlungen sind nicht bekannt geworden. Daß sie zu einem Ziele führen, halten wir für ausgeschlossen. Wir wüßten auch nicht, welche Interessen die österreichischen Südslawen an Italien heranführen sollten. Dagegen liegen genügend Belege dafür schon vor, daß diese Südslawen, Slowenen wie Kroaten, sehr entschieden die italienische Annäherung ablehnen.

Weiter durchkreuzen sich, wie bekannt, die italienischen und serbischen Ansprüche auf dem Westbalkan auf das empfindlichste. Auch Serbien erhebt Ansprüche auf Dalmatien, und der Vertreter der Stampa in Nisch meldete (18. Mai) seinem Blatte sehr entrüstet, er höre überall in Serbien die Forderung, daß die Küste von Fiume bis Cattaro samt allen Inseln Serbien gehören müsse. In der Sorge nun, daß Serbien über den Verhandlungen zwischen der Entente und Italien zu kurz kommen würde, sind zwei serbische Abgesandte nach Petersburg gefahren, der frühere Ministerpräsident Stojanowitsch und der Professor Bjelitsch, der auf der serbischen Seite in diesen Beziehungen ungefähr dieselbe Rolle spielt, wie Miljukow auf der russischen. Auf Rußland kommt es also in diesem Gegensatz sehr stark an.

Nun bestätigt die Haltung des Ministers Ssasonow, was wir an dieser Stelle schon früher sagten. Die russische Diplomatie hält um des größeren Zweckes, daß Italien überhaupt in die Entente einträte und die Beendigung des Dardanellenangriffes ermögliche, allen panslawistischen Widerspruch gegen die Preisgabe serbischer Wünsche zurück. Man kann nicht anders sagen, als daß Ssasonow in diesen Dingen seinen Weg sicher und bestimmt geht, daß er für den Augenblick nur auf das nächste Ziel hinarbeitet. An Serbien ergeht der Rat, nicht die 200 000 Serben, die unter Italien kämen, über die

8 Millionen Slawen zu setzen, und man lockt es mit folgender Aussicht (Rußkoje Slowo 6. Mai): „Wenn mit Serbien der Banat, Syrmien, Bosnien, Herzegowina, Mittel- und Süddalmatien vereint sind, ist die politische Vereinigung der serbischen Nation vollendet. Das eigentliche Kroatentum aber wird nicht in das künftige Serbien eintreten, weil es einen besondern Zweig des Slawentums darstellt. Vielleicht wird, wenn Serbien stark genug ist, und es die ungeheuren Grenzfragen, wie die albanische und mazedonische, glücklich löst, die Mehrheit dieses Volkes (der Südslawen) nach Belgrad streben. Heute ist die Vereinigung der Kroaten und Slowenen unter König Peter problematisch. Wirtschaftlich werden die Interessen Serbiens befriedigt durch Nordalbanien mit Durazzo und San Giovanni di Medua sowie Ragusa in Dalmatien — damit hat es einen Ausgang zum Meere." An Italien aber ergeht (durch den Petersburger Vertreter des Secolo) der Wink: „Italien wird den größten Teil der Handelsbeziehungen Deutschlands und Österreichs mit den Balkanländern erben. Sein Interesse ist daher, mit den Völkern des Balkan gute Beziehungen zu unterhalten. Es muß sich das Vertrauen und die Liebe der Serben erwerben. Wir haben das Vertrauen, daß die italienische Politik auf die Achtung des Nationalitätenprinzips gegründet ist. Italien hat nichts von Rußland zu fürchten. Wir sind eine kontinentale Macht, und die Adria ist ein Binnenmeer, das uns nicht interessiert. Mit dem Besitze von Valona, Pola, Otranto und Venedig ist Italien Herr der Adria. Unsre und die italienischen Interessen gehen nebeneinander, aber jedes auf seiner Straße. Wir fordern nur eines von Italien, daß es nichts tue, was als Feindseligkeit gegen die Slawen ausgelegt werden könnte."

So stehen wir hier vor einer ganz ungeklärten Lage, von der wir nur das eine sagen können, daß sie von keiner Seite, von keinem der beteiligten Staatsmänner mehr beherrscht wird. Deshalb erscheint es uns auch vor der Zeit, bereits Kombinationen anzustellen, wie etwa ein Arrangement zwischen Österreich und Serbien diese Lage entwirren könnte. Wir können zunächst nicht mehr tun, als diese 3 Tatsachen uns so tief wie möglich in unsre politischen Vorstellungen einzuprägen: 1. Der Wunsch Italiens auf Beherrschung der Adria und ihrer beiden Küsten, also der Linie Valona-Brindisi, darf nicht erfüllt werden, darf nicht Erfüllung werden um der Zukunftsinteressen Deutschlands und Österreich-Ungarns willen, die absolut identisch sind. 2. Italien strebt danach, territorial Fuß auf der Balkanhalbinsel zu fassen. 3. Der Verlauf des Krieges hat bereits gezeigt, daß Rußland Serbien nicht zu schützen vermag. Was wir über den Panslawismus von vornherein gesagt haben, hat der Verlauf des Feldzuges, obwohl die österreichische Offensive nicht geglückt ist, voll bestätigt. Rußland hat Serbien sitzen lassen müssen und vermag es heute gegen jene italienischen

Ansprüche nur mit Redensarten zu schützen. Wir hoffen und glauben, daß sich aus dieser ganzen neuartigen Kombination ein Ausweg zur Beendigung des Balkanfeldzugs, der im österreichischen und deutschen Interesse ist, finden wird. Und wir glauben ebenso, daß dieser Krieg die Unabhängigkeit der Balkanstaaten wieder einen Schritt weiter bringt. Für Österreich und für Deutschland ist es ja weder ein Opfer noch etwas Neues, wenn sie die Devise „Der Balkan den Balkanstaaten!" anerkennen. Vielmehr ist das für ihre Politik das Selbstverständliche. Aber wir finden diesen Ausweg nicht, wenn wir heute schon auf ihn hinweisen und gar die österreichischen Tschechen und Kroaten, die früher ihre Verbindungen mit Belgrad hatten, also den Panslawismus dazu aufrufen. Es hängt lediglich von Serbien ab, den ersten Schritt dazu zu tun, und bevor wir anerkennend und öffentlich aussprechen, daß der Zugang zum Meere für den serbischen Staat ein Lebensinteresse sei, wollen wir vielmehr nachdrücklich daran erinnern, daß dieser Weltkrieg an Serbien ausgebrochen ist, und daß der serbische Feldzug sowohl als Strafaktion gegen Serbien wie im Interesse der uns verbündeten Türkei erst zu Ende kommen muß. Eher haben wir, d. h. der neue Dreibund, der auch in dieser Sonderfrage zusammengeht, keine Veranlassung, von einem solchen Arrangement zu sprechen, und man sollte es bei uns, ganz besonders aus Rücksicht auf Österreich, dem darin im Grunde schon ein Verzicht zugemutet wird, besser ganz vermeiden.

Jetzt ist wirklich die Krisis vom Juli 1914 zu ihrem Ausgangspunkte zurückgekommen. Alles andre, was sonst in dieser Woche in der Welt geschah, tritt völlig dahinter zurück, sowohl der Abschluß der Neubildung des englischen Kabinetts, wie die deutsche Note an Amerika (28. Mai), wie die Erklärung des Suezkanals als Kriegsgebiet durch die Türkei (29. Mai), wie die Revolution in Portugal oder die beiden großen Tatsachen der überseeischen Weltpolitik: die Unterzeichnung des japanisch-chinesischen Abkommens am 25. Mai und die Vollziehung des Schiedsgerichtsvertrages zwischen Argentinien, Brasilien und Chile, die in diesen sog. ABC-Staaten eigentlich das ganze Südamerika bereits einigte. Alles dies ist uns heute nicht einmal interessant, geschweige denn eine Lebensfrage gegenüber der ungeheuren Spannung, die auf der ganzen Balkanhalbinsel lastet und die schon aus inneren Gründen der beteiligten Staaten in nicht zu ferner Zeit zur Entladung kommen muß. Denn allzulange können diese Staaten den Zustand halber Kriegsbereitschaft, in dem sie sind, nicht mehr aushalten, kann vor allem Rumänien mit seinem großen Getreidevorrat, dem jetzt schon die Ernte von 1915 zureift, den Abschluß vom Weltverkehr nicht mehr ertragen. Unsre Diplomatie steht damit vor einer außerordentlich schweren Aufgabe. Wir unterschätzen nicht, wie vieles in dieser verwickelten Lage ohne ihre Schuld bereits zugunsten der

Entente spricht, aber wir müssen auch von ihrer Umsicht und Tatkraft erwarten, daß sie eine Lösung in unserm Interesse findet. Kommt ihr doch zu Hilfe, daß die Waffen überall unsern Vorteil weiter führen. Denn es ist ein gewaltiges Plus auf unsrer Seite, daß der Angriff der Zentralmächte in Galizien so herrlich voranschreitet, und daß die Türkei (deren Vertreter in Rom übrigens Italien mit unserm Botschafter zusammen verlassen hat) im Bunde mit unsern Streitern, vor allem unsern unvergleichlichen U-Booten, den zäh fortgesetzten Angriff auf die Dardanellen nach wie vor erfolgreich abweist!

30.

(Italien und Südosteuropa — Die finanzielle Kriegsrüstung der Gegner)

9. Juni 1915

Die Weltlage steht noch unter den Wirkungen des Falles von Przemysl (3. Juni). Denn damit ist nicht nur der strategische Mittelpunkt der bisherigen Kampfstellung Rußlands in Galizien erobert und die völlige Räumung dieses Kronlandes durch die Russen angebahnt, sondern damit hat der glorreiche Maifeldzug 1915 das Schlachtfeld in diesem Teile des Krieges, der heute der überhaupt wichtigste ist, immer näher an das Kampfgebiet der orientalischen Frage herangerückt. Und das ist heute beinahe noch bedeutsamer als der unmittelbare Erfolg selbst. Denn damit will und soll das Vorrücken der Zentralmächte im Osten seine unmittelbare Wirkung auf die Spannung der orientalischen Frage ausüben. Daher ist die Formel des Bukarester offiziösen Blattes, der Indépendance Roumaine, daß das große europäische Drama sich nun seinem Höhepunkt nähere, nicht ganz richtig; vielmehr wird es durch unsre sieghafte Aktion diesem Höhepunkte nahegebracht.

Unter diesem Eindruck wird sich heute die Politik der Entente doppelt ärgern, daß es ihr nicht, wie beabsichtigt, gelang, Italien bereits Anfang März zum Eintritt in den Krieg zu veranlassen. Daß sich die vom Fürsten Bülow geführten Verhandlungen so lange hinzogen, hat den Vorteil und den Erfolg für uns gehabt, daß dieser Maifeldzug, der in seinem atemlosen Vordringen an die herrlichsten Zeiten preußischer Kriegsgeschichte erinnert, ungestört durch abziehende Erwägungen so weit geführt werden konnte. Nun kommt aber überhaupt der Feldzug Italiens sehr langsam in Gang, und man merkt, daß Italien gar nichts daran liegt, es von Anfang an auch mit Deutschland und der Türkei zu tun zu haben. Die militärischen Verpflichtungen Italiens sind, wie mit ziemlicher Bestimmtheit gesagt werden kann, im Vertrage vom 25. April noch nicht so festgesetzt worden, daß Italien bereits verpflichtet ist, seine Truppen an den Dardanellen und in Frankreich fechten

zu lassen. Das skrupellose Geschick der italienischen Staatsmänner hat sich auch in diesen Verhandlungen bewährt. Ihnen ist es gelungen, lediglich den Anteil der künftigen Beute festzusetzen und die Verpflichtungen dafür noch in der Schwebe zu lassen. Man kann auch recht wohl verstehen, warum Italien sich nicht beeilt, nach den Dardanellen Soldaten zu schicken. Bei Kriegsanfang ist solche Verschickung von Landeskindern nach fremden Kriegsschauplätzen keineswegs populär. Auch die Rückwirkung auf die Zustände in Libyen spielen dabei mit und der Gedanke, daß die Eröffnung der Dardanellen gar kein dringendes italienisches Interesse ist. So wird es noch einige Zeit dauern, ehe die Feindseligkeiten zwischen Italien und der Türkei beginnen. Aber kommen wird dieser Zeitpunkt.

Auch zwischen Deutschland und Italien ist, wie bekannt, eine Kriegserklärung noch nicht ausgetauscht worden. Das hat nun überhaupt keine Bedeutung, da Italien weiß, wie in diesem Kriege die deutschen und österreichischen Truppenformationen ineinander geschoben sind, so daß, selbst wenn Italien es nicht wollte, auch militärisch gleich von Anfang an sein Kampf mit Österreich zugleich ein solcher mit deutschem Militär ist. Wir lassen den Italienern das Vergnügen, die Fiktion eines nicht bestehenden Kriegszustandes mit uns aufrecht zu erhalten, wir lassen auch seinen Staatsmännern den Sport, wie das Salandra (3. Juni) getan hat, die deutsche Politik und die deutschen Staatsmänner anzupöbeln oder in einer recht ordinären Art dem Fürsten Bülow die Schuld zuzuschieben. Alles das macht keinen Eindruck auf uns, und wir tun diesen Staatsmännern und Journalisten zuviel Ehre an, wenn wir sie eingehender Antwort würdigen. Jetzt ist Krieg zwischen Deutschland und Italien, mag er zehnmal noch nicht erklärt sein; alles andre ist Nebensache.

Für diesen Krieg aber und seine Möglichkeiten ist eine Tatsache von Bedeutung, auf die die Vossische Zeitung mit Recht hinwies, nämlich daß die Schweiz das Recht hat, im Falle eines Krieges der Nachbarstaaten die französischen Provinzen Chablais und Faucigny, die nördlichen Teile von Obersavoyen, militärisch zu besetzen. Sie hat sich auch in ihrer Neutralitätserklärung vom 7. August 1914 dieses Recht ausdrücklich gewahrt und wird davon Gebrauch machen, wenn die Verhältnisse es zur Sicherung der Neutralität erforderlich erscheinen lassen. Und dieser Fall tritt ein, wenn italienische Truppen nach französischen Kriegsschauplätzen gezogen werden sollten; deshalb ist es notwendig, schon jetzt darauf hinzuweisen.

Liegen die Dinge in bezug auf die Teilnahme Italiens am Kriege so, dann ist klar, warum sie dem bisherigen Dreiverbande noch nicht genügen kann. Für eine lückenlose Verbindung der kriegerischen Aktionen zwischen Rußland, Italien, Frankreich und England um die Zentralmächte herum ist

unzweifelhaft erst Rumänien der Schlußstein. Und wenn sich das große Drama jetzt der Peripetie nähern soll, so ist dafür die Entscheidung in Bukarest von großer Bedeutung, in noch höherem Maße als die des Fürsten Karl im Jahre 1877, die die Rumänen vor Plewna führte. Wir dürfen annehmen, daß König Ferdinand und sein Ministerpräsident sich die Erinnerungen an diese Zeit vom August 1877 bis zur Mitte 1878 heute sehr durch den Kopf gehen lassen.

Die Lage ist in Rumänien anders als vor der Kriegserklärung in Italien. Auch die rumänische Politik ist heute noch undurchsichtig, sie wartet ab, wie die militärischen Entscheidungen weitergehen. Aber der Kampf der Parteien ist hier schärfer und deutlicher als im April und Mai in Italien, wo es eine entschieden gegen den Dreiverband gerichtete Partei überhaupt nicht gab. Diese ist in Rumänien vorhanden: die Liberalen unter Bratianu, die die ganze Frage vor allem unter dem Gesichtspunkte der Donaumündungen und der Dardanellenfrage betrachten, und der große Teil der Konservativen unter Marghiloman und Carp, der gleichfalls in der Verbindung mit Rußland keine Vorteile sieht. In diesem Kampfe der Meinungen ist es immerhin möglich, daß, wie es in England eben durchgeführt ist und in Ungarn sich anscheinend anbahnt, ein Koalitionskabinett entstünde. Dieses würde dann stark genug sein, mindestens die Neutralität seines Staates festzuhalten. Inzwischen wird in dem Parteienkampfe immer entschiedener der Vertrag von 1883 ins Feld geführt, der zwischen Rumänien und den Zentralmächten besteht, geschlossen vom König Karl und seinem Minister Jon Bratianu (dem Vater des heutigen Ministerpräsidenten) nach den Septemberverhandlungen des letzteren mit Bismarck und Kalnoky. Die folgenden rumänischen Machthaber haben an diesem Vertrage festgehalten, der bis 1920 läuft; die letzte Erneuerung ist von Majorescu unterschrieben. Authentisches über den Inhalt dieses Vertrages ist noch nicht bekannt geworden. Er dürfte eine reine Defensivallianz sein, deren Artikel 1 im Kriegsfalle zu wohlwollender Neutralität verpflichten soll. Ob dieser Vertrag, durch den Rumänien im System der europäischen Mächte die vom König Karl für richtig gehaltene und gewünschte Stelle einnahm, heute noch zu halten sei, darum geht eben der Streit der Parteien. Wir glauben natürlich nicht, daß er an sich übermäßig viel bedeuten wird. Aber immerhin ist es gut, an diese Beziehungen zu erinnern, die auf den Entschluß des Königs und seiner Berater doch von Einfluß sein werden, und von denen wir heute nur bedauern können, daß sie im Laufe der letzten 6 Jahre von den Zentralmächten nicht so ausgebaut und befestigt worden sind, daß die Haltung Rumäniens bei Beginn des Krieges gar nicht zweifelhaft sein konnte.

Wer in Rumänien Gegner des Dreiverbandes ist, sucht zugleich die Be-

ziehungen zu Bulgarien zu bessern, von denen ja sehr viel abhängt. Verhandlungen darüber laufen hin und her, und das gegenseitige Mißtrauen, das die Ereignisse von 1913 zwischen diesen beiden Balkanstaaten begründet hat, scheint gegenüber den großen, sich ankündigenden Entwicklungen in Südosteuropa im Schwinden zu sein. Um so tatkräftiger geht die Entente in Sofia vor, um Bulgarien auf ihre Seite zu ziehen. Auch hier wird sie, wie überall, gewissermaßen in Generalvollmacht durch den englischen Gesandten vertreten; es ist Sir B. Ironside. Zweimal schon, im November und Dezember 1914, hat der Dreiverband einen diplomatischen Angriff auf Bulgarien in dieser Richtung unternommen, ohne daß die Verhandlungen zu einem Ziele führten. Dann ist eine Pause bis Anfang April 1915 eingetreten. Am 20. April sollte eine Kollektivnote mit neuen Angeboten des Dreiverbandes an Radoslawow überreicht werden, doch wurde das aus unbekannten Gründen sistiert. Am 31. Mai sind aber die neuen Vorschläge der Entente der bulgarischen Regierung wirklich mitgeteilt worden. Ihren Inhalt, der in deutschen Zeitungen nicht richtig wiedergegeben war, entnehmen wir direkt der bulgarischen Presse (Utro 28. und 29. Mai). Darin bietet der Dreiverband an: 1. die Linie Midia—Enos (einschließlich der Ecke von Lüle-Burgas, die im Londoner Protokoll noch Bulgarien vorenthalten wurde), 2. die sog. „nichtstrittige" Zone Mazedoniens nach dem serbisch-bulgarischen Vertrage, die also Serbien abtreten soll, 3. erhält Bulgarien Drama, Kawala und Seres, also Abtretungen von Griechenland, 4. von rumänischem Gebiete fällt ihm zu Baltschik und Dobritsch, also das östliche Küstenstück des rumänischen Gewinns von 1913. Silistria bliebe mit einem Umkreis von 18 Kilometern bei Rumänien, ebenso Tutrakan. 5. Unterstützungen Bulgariens finanziell und mit Kriegsmaterial durch die Entente.

Wie diese Vorschläge von Bulgarien aufgenommen worden sind, darüber ist noch nichts bekannt. Wir teilen nur wieder eine charakteristische Äußerung der Kambana vom 28. Mai dazu mit: „Italien kann nicht die schlechte Lage der Entente retten und wird geschlagen werden. Rumänien würde die größte Dummheit begehen, wenn es Rußland hülfe. Serbien ist auf dem Wege, zu Verstande zu kommen, weil es sieht, daß Rußland es sitzen läßt. Griechenland weiß, daß es verliert, wenn sich Italien in Albanien festsetzt. Bulgarien und die Türkei sind, auch ohne Vertrag, miteinander verbunden, weil sie einfach nicht eines ohne das andere bestehen können. Wer Konstantinopel erobert, der verschluckt auch Bulgarien und umgekehrt. Die Balkanstaaten haben sich im Osten von Rußland, im Westen von Italien einschüchtern lassen. Jetzt oder nie müssen sie einsehen, daß sie als selbständige Staaten nur im Bunde unter sich bestehen können. Die Italiener, die nie etwas Böses von Bulgarien erfahren haben, schlagen sich jetzt für die Sache

unsrer ärgsten Feinde, als Bundesgenossen der Serben. Sie kämpfen für den serbischen Besitzstand und haben sich Stücke des von Serbien in Anspruch genommenen Landes ausbedungen. Also muß sich dann Serbien an den neuen bulgarischen Ländern schadlos halten. In diese neue Lage bringt Italien die mazedonische Frage. Der Krieg Deutschlands und Österreichs mit Italien ist ein Krieg für die Verjagung der Italiener von der Balkanhalbinsel. Wir sind überzeugt, daß die österreichisch-deutschen Truppen bald über Serbien herfallen werden und Mazedonien befreien, ebenso wie Albanien. Zwei Völker werden so ihre Freiheit erhalten. Wir erwarten mit Freude die nahen Tage der Enttäuschung der russischen Freunde und der großen Freude für Mazedonien, Bulgarien und Albanien. Die Bulgaren und Albanier sind mit ganzem Herzen auf der Seite der Gegner der Serben und Italiener." Darin dürfte die Ansicht der bulgarischen Mehrheit richtig gekennzeichnet sein: mit Sympathie für die Sache der Zentralmächte wartet man auf den Moment des Eingreifens unter dem Gesichtspunkte, daß der Krieg für Bulgarien Mazedonien bringen muß und daß es sich dem anschließt, der ihm dazu hilft.

Mit alledem hängt zusammen und ist durch den Eintritt Italiens in den Krieg veranlaßt die Erklärung des Suezkanals als Kriegsgebiet, die die Türkei am 28. Mai aussprach. England hat selbst den Vertrag von Konstantinopel vom 29. Oktober 1888, der, wie bekannt, den Suezkanal internationalisierte, vielfach gebrochen. Auch die amerikanische Presse, die in dieser Frage nicht beteiligt ist — Amerika gehört nicht zu den Signatarmächten des Vertrags von 1888 —, hebt dies sehr temperamentvoll hervor (Sun 21. April). Damit ist die Türkei mit ihrer Erklärung völlig im Recht. Ihre Absicht ist ohne weiteres klar und wird durch die Tatsache, daß deutsche U-Boote im Mittelmeere aufgetaucht sind, noch stärker unterstrichen. —

Am 4. Juni sind der italienische Finanzminister Carcano und der neue englische Schatzkanzler Mac Kenna, letzterer begleitet vom Gouverneur der Bank von England, Lord Cunliffe, in Nizza zusammengetroffen, um die finanzielle Seite des gemeinsamen Kampfes zu regeln. Anscheinend ist auch in dieser Beziehung Endgültiges noch nicht beschlossen. Aber wie diese Abmachungen laufen werden, darüber können wir uns aus den bisherigen Abmachungen der Ententefinanzminister ein Bild machen. Die letztgetroffenen sind inzwischen durch ein Geschäft mit Frankreich erweitert worden: England hat Frankreich einen Kredit von $1^1/_2$ Milliarden Franken bewilligt und sich dafür 500 Millionen Franken in Gold von der Bank von Frankreich nach London überführen lassen. Das hat Herr Ribot in der französischen Kammer Anfang Mai mitgeteilt. Danach hat Frankreich die Möglichkeit, in den nächsten 6 Monaten diese $1^1/_2$ Milliarden

Franken in England, Kanada und den Vereinigten Staaten für seine Ankäufe dort auszugeben; die Regulierung des Geschäftes übernimmt das englische Schatzamt und erhält dafür die genannte Summe in Gold, mit der es seinen eigenen englischen Wechselkurs stützt. Frankreich hat also mit England dasselbe Geschäft, nur in größerem Umfange wie vor einiger Zeit Rußland gemacht. In derselben Richtung dürfte sich auch die Abmachung Englands mit Italien bewegen. Man spricht von einem Vorschuß von 60 Millionen Pfund an Italien, für den zur Sicherheit sogar italienische Zolleinnahmen verpfändet werden sollen. Ferner hat sich, wenn wir dieser Meldung glauben dürfen, die Banca d'Italia, das Hauptnoteninstitut Italiens, gleichfalls verpflichtet, ihren Goldbestand an die Bank von England zu überführen, soweit diese es für notwendig hält. In diesen Beziehungen liegt der Kernpunkt der Frage nach der finanziellen Kriegsrüstung unsrer Gegner.

Wir lassen die Finanzen der kleineren Gegner, wie Belgien, Serbien und Montenegro, die völlig abhängig von England sind, beiseite, ebenso alle Steuerversuche und alle über die reinen Finanzfragen hinausgehenden Fragen der wirtschaftlichen Not. Gehen wir dabei vom Schwächeren zum Stärkeren über, so sind zuerst die Zahlen für Italien zu geben. Italien büßt durch den Krieg ein, und zwar seit Beginn des Feldzuges, seine Einnahmen aus dem Fremdenverkehr (rund 1 Milliarde Lire jährlich) und aus den Ersparnissen der im Ausland arbeitenden Saisonarbeiter (rund 600 Millionen Lire jährlich). Seine Zentralbank hatte am 31. Juli 1914 einen Goldvorrat von 1105 Millionen Lire, am 31. März 1915 (seitdem sind Ausweise nicht mehr erfolgt) einen solchen von 1134 Millionen. Dagegen war der Notenumlauf von 1730 Millionen am 31. Juli 1914 auf 2247 Millionen am 31. März 1915 gestiegen. Das ist also dasselbe Bild, das die russischen Finanzen bieten: geringe Veränderung des Goldvorrates, der aus dem eigenen Lande nicht zu vermehren ist, große Steigerung des Notenumlaufs. Die Folge ist bereits eingetreten: ein Agio auf Gold von nicht weniger als 10 v. H. Bei Kriegsausbruch hatte das Land bereits über 16 Milliarden Lire Staatsschulden. Dazu ist im September 1914 eine innere Anleihe von 1 Milliarde aufgelegt worden, deren Zeichnung nur durch Übernahme eines Teils auf die großen Banken erreicht worden ist. Die Zahlen genügen, um ein Bild von der finanziellen Kriegsrüstung Italiens zu geben. Es hängt sich lediglich als neues Bleigewicht an die englischen Finanzen; ohne diese wäre es gegenüber den finanziellen Anforderungen eines Krieges bereits heute bankrott!

Rußland verfügte am 21. April 1915, wie am 21. Mai, über einen Goldvorrat von 1708 Millionen Rubel. Sein Notenumlauf betrug am 21. April 3286, am 21. Mai 3397 Millionen Rubel, die kurzfristigen Schatzscheine am 21. April 1422, am 21. Mai 1616 Millionen Rubel. Das alte Bild hat sich

also nicht wesentlich verändert, aber in der bisherigen Richtung weiter entwickelt. Der Goldvorrat bleibt stationär; jenes Geschäft mit England bewährt sich also für die Zahlungen an das Ausland. Der Notenumlauf nimmt zu, ebenso die Summe der kurzfristigen Schatzscheine, die die russische Reichsbank von ihrem Staate übernehmen muß. Am 12. Mai ist sodann die Ausgabe einer dritten inneren Anleihe im Betrage von 1 Milliarde Rubel befohlen worden, nach dem Vorbilde der bekannten $4^1/_2$proz. Anleihe von 1905, deren für Rußland so günstiger Typus damals Witte von einem bekannten deutschen Finanzmann eingegeben worden war. Die beiden ersten Anleihen betrugen je 500 Millionen Rubel, so daß also der Versuch gemacht ist, 2 Milliarden Rubel aus dem inneren Verkehr herauszuholen. Genaue Meldungen über den Erfolg der Zeichnungen liegen noch nicht vor; es wird behauptet, daß nur 400 Millionen gezeichnet worden seien, während der Rest der Reichsbank und den Privatbanken verblieb. Indessen sind wir nicht in der Lage, die Richtigkeit dieser Meldung zu prüfen. Die Gestaltung der russischen Reichseinnahmen und -ausgaben, über die Zahlen aus den 11 Monaten des Krieges bekannt geworden sind, braucht uns hier ebensowenig zu interessieren, wie die Zunahme der Sparkasseneinlagen, die sich in Rußland genau wie überall sonst durch die großen Zahlungen des Staates im Kriegssold erklärt. Das Wesentliche ist die Erhaltung des Goldvorrats, die Steigerung vor allem des Notenumlaufs und das Sinken des Rubelkurses: am 15. Mai z. B. stand der Frank auf $48^1/_2$ Kopeken (normal 37), das Pfund Sterling auf 12 Rubel 35 (normal 9 Rubel 35).

Für Frankreich hat das erwähnte Exposé seines Finanzministers das Entscheidende schon gesagt. Auch hier seien die Zahlen mitgeteilt, die zeigen, daß Frankreich seine Rolle „als Bankier der Welt" heute ausgespielt hat. Die Bank von Frankreich verfügte am 30. Juli 1914 über einen Goldvorrat von 4,7 Milliarden Franken, am 3. Juni 1915 von 3,9 Milliarden. Der Notenumlauf war in dieser Zeit gestiegen von 6,6 auf 11,9, die Vorschüsse der Bank an die Regierung von 0,2 auf 4,3 Milliarden Franken. Auch hier dasselbe Bild: der Goldvorrat bleibt in der Hauptsache auf derselben Höhe; sein Rückgang erklärt sich ohne weiteres aus jener Überführung an die Bank von England. Die Vorschüsse der Bank an die Regierung haben eine ungeheure Zunahme erfahren, desgleichen die Ausgabe der Noten und der Nationalverteidigungsbons. Da sich nun die dauernde Okkupation des wichtigsten Industriegebietes durch Deutschland immer fühlbarer macht, rückt Frankreich der Gefahr immer näher, daß seine Valuta zusammenbricht. Aus dieser Gefahr ist der vorläufige Ausweg in jener Verknüpfung mit den englischen Finanzen gefunden, die wir mitteilten.

Auf die Finanzkraft Englands läuft mit mathematischer Sicherheit alles

zusammen, was man über die finanzielle Kriegsrüstung unsrer Gegner sagen will. Geben wir auch hierfür die entsprechenden Zahlen (in Millionen Pfund): Goldvorrat am 29. Juli 1914: 38,1, am 2. Juni 1915: 58,6; Notenumlauf 29,7 und 33,5. Die kurzfristigen Schatzscheine, mit denen auch England statt großzügiger Anlagen sich weiter hilft, erscheinen nicht in den Ausweisen der Bank, was eine immer schärfere Kritik hervorruft. Gegenwärtig sind für 209 395 000 Pfund Schatzscheine ausgegeben. Durch die Art der Begebung, auf deren Einzelheiten wir nicht eingehen, sucht das Schatzamt geschickt, wenn auch wohl kaum mit dauerndem Erfolge den Wechselkurs in Amerika zu stützen. Wer sich nun mit der Entwicklung der Bank von England im Laufe der Kriegsmonate beschäftigt hat, hat gesehen, daß ihre Anspannung immer stärker geworden ist, daß sie aber bisher dieser Anspannung gewachsen geblieben ist. Es muß doch davor gewarnt werden, die Verhältnisse Englands unbedingt in Parallele zu den unsrigen zu stellen. Die weitverzweigten und vielseitigen Kapitalinteressen, die in der Bank von England zusammenlaufen, gestatten dieser eine Elastizität, die sich in Kriegszeiten die andern Zentralnotenbanken nicht leisten können, was sich besonders in der Politik des Goldvorrats zeigt. Außerdem hat die Bank von England auch Sorge getragen, trotz alledem ihren Goldstatus zu verbessern. Sie hat den Goldvorrat der ägyptischen Nationalbank an sich gezogen, ferner einen Teil der indischen Goldreserve und verfügt weiter über den nach England gekommenen Goldbestand der früheren belgischen Nationalbank. Dazu traten die 12 Millionen Pfund Gold, die Rußland überführte, und die $^1/_2$ Milliarde Franken, die man jetzt von Frankreich erhielt. Dadurch ist es bisher möglich gewesen, das System einer immer stärker werdenden Anspannung auszuhalten. Nun kommt noch Italien dazu, mit dem wohl die Beziehungen in derselben Weise geordnet werden.

Die beste Probe darauf, ob England noch in idealer Finanzlage ist, wird sehr einfach gemacht: sie liegt in der Entwicklung des Pfundkurses in New York. Immer mehr richtet sich jetzt die Diskontpolitik Englands darauf, den Dollarkurs zu verbilligen und die wilden Schwankungen auszuschließen, die der Pfundkurs in New York seit Kriegsausbruch erlebt hat. Deren innere Gründe sind an dieser Stelle mehrfach hervorgehoben worden. Sie berechtigen noch nicht zu der Annahme, daß schon deshalb die englischen Finanzen erheblich geschwächt seien. Aber unter allen Umständen kommen diese in zunehmende Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten. Diese zeigt sich eben in dem Wechselkurse, ferner in der Frage, ob man in New York Regierungskredite aufnehmen soll, damit der Goldabfluß dahin vermieden werde, in den Bemühungen, das Londoner Akzeptgeschäft trotzdem für London zu erhalten, und manchem andern.

Jedenfalls ist heute England das finanzielle Zentrum der ganzen gegen

uns kämpfenden Entente. Indem es seinen Verbündeten das Gold nimmt, stützt es seine eigene Valuta in Amerika. Es sichert dabei sowohl seinen Vorteil wie auch, was man nicht vergessen darf, den seiner Verbündeten, die durch diese riesenhaften Transaktionen, wie die Ausweise der Bank zeigen, sich ihren eigenen Goldvorrat in der Hauptsache halten können, ihn nicht an das neutrale Ausland in großem Umfange zur Bezahlung von Lieferungen abfließen zu lassen brauchen. Die Möglichkeit zu dieser Entwicklung war uns und auch den Engländern bei Beginn des Krieges keineswegs ganz klar. Die Entente ist jedenfalls durch den Krieg finanziell immer enger zusammengedrängt worden und hat so, indem einer den andern während des Krieges stützt, ihre finanzielle Kriegsrüstung sehr verstärkt. Dadurch rückt z. B. eine so wichtige Frage, wie die nach einem möglichen Bankrott Rußlands, in ein ganz andres Licht.

Soweit nur das Finanzielle in Frage kommt, hängt die Weiterführung des Krieges heute allein von der Frage ab, wieweit und wie lange England entschlossen bleibt, in dieser Weise den Krieg zu finanzieren. Daß es dazu entschlossen ist, auch unter großen Opfern sein System weiter zu verfolgen, ging aus der letzten Budgetrede Lloyd Georges am 5. Mai hervor. Und wir haben nicht gefunden, daß die Besprechung der Rede in der Presse darin irgendwie von dem Standpunkte des Finanzministers abgewichen wäre. Dessen Grundsätze sind sehr einfach: auf alle Weise die Verschlechterung der Zahlungsbilanz, die durch das Sinken der Ausfuhr und die Zunahme der Einfuhr entsteht, zu mildern, sodann die finanziellen Mittel für die Versorgung der englischen Streitkräfte mit Munition bereitzustellen, worin man jetzt die Hauptsache erblickt, und schließlich die Unterstützung der schwächeren Verbündeten finanziell in der charakterisierten Weise weiter zu führen. Wie fest man in diesen Entschlüssen ist, beweist der Hinweis von Lloyd George, daß in den napoleonischen Kriegen die Besteuerung zwei Siebentel des jährlichen Einkommens erreichte, und daß die englische Presse, ohne mit der Wimper zu zucken, derartigen Notwendigkeiten in das Auge sieht. Obwohl natürlich auch die Leistungsfähigkeit Englands ihre Grenzen hat, werden wir doch gut tun, diese Lage der finanziellen Kriegsrüstung unsrer Gegner im Auge zu behalten und mit der Möglichkeit nicht zu rechnen, daß *während des Krieges* einer unsrer Gegner durch den Staatsbankrott gezwungen werde, die Waffen niederzulegen. Eine andre Frage ist, ob der russische und französische Finanzminister sich auf die Dauer der Erwägung verschließen können, daß dieses System *nach dem Friedensschlusse* für beide Länder — und Italien wird ihnen mit Sicherheit folgen — unter allen Umständen ruinös wirkt, und zwar um so ruinöser, je länger der Krieg dauert. Aber davon abgesehen, ist durch die Energie und das Geschick der Londoner Finanzpolitiker ein so konzentriertes System der finanziellen Rüstung, inner-

halb dessen die einzelnen Teile einander helfen und ausgleichen, geschaffen worden, daß, den Krieg von dieser finanziellen Seite aus betrachtet, der Zwang für England, ihn bald zu beenden, nicht gegeben ist. Das können wir um so leichter sagen, weil wir zugleich auf die Festigkeit unsrer Finanzen hinweisen können.

Der Krieg schien vor allem zwischen Deutschland und England ausschließlich den Charakter eines Wirtschaftskrieges zu tragen, und manchmal schien es allein auf die Stärke der wirtschaftlichen und finanziellen Rüstung anzukommen. Jetzt sehen wir, daß er eben nicht nur ein Wirtschaftskrieg, sondern in erster Linie ein Krieg der Waffen ist. So bedeutungsvoll die wirtschaftliche Seite der Kriegsführung in der Gegenwart geworden ist, sie bleibt doch, ist der Krieg einmal ausgebrochen, auch heute nur das Hilfsmittel. Die Waffen auf dem Schlachtfelde bestimmen die Entscheidung auch darüber. Fassen wir also zusammen, so ergibt sich, daß finanziell in der Gruppe unsrer Feinde noch keine gefährliche Schwäche vorhanden ist, daß aber unsre Waffen überall im siegreichen Vordringen sind.

31.

(Amerika — England — Serbien)

16. Juni 1915

Am 11. Juni ist die amerikanische Note in Berlin überreicht worden, die die Gegenantwort auf unsre Antwort vom 28. Mai in Sachen der Versenkung der Lusitania gibt. Ihr Wortlaut bestätigt die Annahme, daß die durch Reuter übermittelten Andeutungen ihres Inhalts tendenziös übertrieben waren. Diesmal hat die Regierung der Vereinigten Staaten besondere Vorsichtsmaßregeln getroffen, damit die Note bei der Übermittlung durch das Kabel keine Veränderung erlitt und besonders, daß sie nicht vorher in den Zeitungen bekannt wurde. Denn es war ihr sehr ärgerlich, daß die Sensationslust der amerikanischen Zeitungen den Inhalt ihrer früheren Note schon nach Europa telegraphierte, ehe sie uns amtlich mitgeteilt war. Dies Bemühen zeigt, daß der amerikanischen Botschaft daran liegt, alle unnötigen Komplikationen in der Auseinandersetzung mit Deutschland zu vermeiden.

Die Note selbst ist in ruhigem Tone gehalten und stellt kein Ultimatum dar. Leicht ist eine Einigung der beiden gegenüberstehenden Standpunkte nicht. Wir wollen unter allen Umständen den U-Bootkrieg wirksam weiter führen, Amerika mutet uns, sowohl aus Handelsinteresse, wie aus dem Gefühl der Menschlichkeit heraus, darin Verzichte zu, die England auszusprechen hätte, von dem es in erster Linie abhängt, ob die Verhandlungen zwischen Deutschland und Amerika eine weitere Verschärfung unsrer Beziehungen ausschließen

können. Wir erkennen den Willen der Amerikaner, dieses Ergebnis herbeizuführen, in ihrem ganzen Auftreten. Die Einzelheiten unterliegen jetzt der amtlichen Beratung und werden später zu erörtern sein. Deshalb erscheint es uns heute wichtiger, ein Urteil über die Stimmung in den Vereinigten Staaten zu gewinnen und vor allem den ganzen Konfliktsfall in die Beleuchtung der inneren Politik Nordamerikas zu rücken. Das wird vielfach bei uns versäumt, erklärt aber erst das, was uns daran in Europa unverständlich erscheint. Wir wollen uns dabei unser Urteil nicht durch die Phraseologie der Note beirren lassen, die uns im diplomatischen Verkehr fremdartig erscheint, aber der amerikanischen Art entspricht. Noch weniger dient es dem ruhigen Urteil, wenn allerhand geheimnisvolle Andeutungen hereingetragen werden, wie die von einem angeblichen Geheimvertrage zwischen England und den Vereinigten Staaten.

Ein englisch geschriebenes Blatt der Deutschamerikaner, das Fatherland (5. Mai), behauptete unter Hinweis auf eine Äußerung Josef Chamberlains und mit Zitaten aus einem uns nicht bekannten amerikanischen Geschichtswerke, daß ein Geheimvertrag zwischen den Vereinigten Staaten und England bestehe, der die Haltung Nordamerikas in diesem Kriege erst verständlich mache. Wäre diese Behauptung wahr, so liegt auf der Hand, daß sie unser politisches Urteil gegenüber Amerika stark beeinflussen müßte. Indes kann sie mit Bestimmtheit als nicht zutreffend erklärt werden. Die Äußerungen Chamberlains, die als Beweis dienen sollen, stehen in seinen Reden vom 13. Mai 1898 in Birmingham und vom 30. November 1899 in Leicester; in der letzteren findet sich auch ungefähr jenes Zitat. Aber es geht auf den Gedankengang, der Chamberlain damals beherrschte, nämlich ein Bündnis zwischen England, Amerika und Deutschland zu schaffen, einen teutonischen Rassenbund; von einer Abmachung zwischen England und Amerika gegen Deutschland ist bei Chamberlain niemals die Rede gewesen, sie paßte auch gar nicht in die politischen Gedanken dieses Mannes herein. Dagegen hat Präsident Mac Kinley in seiner Botschaft vom 5. Dezember 1899 sogar ausdrücklich betont, Amerika würde nach wie vor dem Grundsatze, „verwickelnde Bündnisse" (entangling alliances) zu vermeiden, treu bleiben — womit der Wink Chamberlains genau so abgelehnt wurde, wie durch die Rede des Fürsten Bülow im Dezember 1898 von Deutschland. Schließlich sollte auch bekannt sein, daß der Abschluß eines solchen Vertrages überhaupt gegen das nordamerikanische Staatsrecht und den Geist der Politik dort ist und daß, selbst wenn Mac Kinley solche Beziehungen gepflegt hätte, der Präsident heute daran in keiner Weise gebunden wäre.

Wir haben dieser Angelegenheit etwas Raum gewidmet, um an ihr zu zeigen, daß Vorsicht geboten ist. Wozu uns unsre Stimmung mit solchen

haltlosen Andeutungen erregen in einer Lage, da uns unser Recht ganz klar ist? Wozu unsre Beziehungen zu den Vereinigten Staaten noch durch solche Mitteilungen verschärfen, die mit dem Schein der Tatsache auftreten und dadurch zu zweckloser Entrüstung aufstacheln? Die amerikanische Presse aller Spielarten läßt heute, so scharfe Töne sie aus Anlaß der Versenkung der „Lusitania" gegen uns anschlug, beinahe einstimmig erkennen, daß man drüben einen Krieg soweit irgend möglich vermeiden möchte. Sobald die Nachricht nach Amerika gekommen war, wurde vom Weißen Hause aus sofort das in allen Zeitungen abgedruckte mot d'ordre ausgegeben: Bedauern, aber Besonnenheit! Man mahnt überall zur Vorsicht, man drückt auf allen Seiten, auch bei den Republikanern, dem Präsidenten das unbedingte Vertrauen aus, und natürlich nicht ohne Absicht veröffentlicht eine so wenig deutschfreundliche Zeitung wie die New York Times (15. Mai) einen Artikel über die außerordentlich engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern: über 500 Millionen Dollar jährlicher Handelsaustausch, große Anlagen Deutschlands (6 Milliarden Mark, etwa rund ein Sechstel der Auslandsanlagen des deutschen Kapitals überhaupt) in Amerika.

Amerika macht heute wieder die alte Erfahrung seiner Geschichte: je ernster eine Frage seiner auswärtigen Politik wird, um so stärker wird die Stellung des Präsidenten, auch bei denen, die ihn nicht gewählt haben. Damit ist der Rücktritt Bryans (9. Juni) schon zu einem Teil erklärt. Der Briefwechsel der beiden Staatsmänner läßt erkennen, daß Bryan unter allen Umständen eine ernstere Verwicklung vermeiden möchte, während Präsident Wilson, obwohl selbst entschiedener Friedensanhänger, eine bestimmtere Tonart vertritt, auch auf die Gefahr der Verschärfung der Beziehungen zu Deutschland hin, wobei indes nicht zu vergessen ist, daß diese schärfere Tonart dann zugleich auch gegen England möglich wird. Für Bryan war sinngemäß auch letzteres nicht möglich. So erscheint der Gegensatz nicht als ein solcher der Sache, sondern der Methode, und in ihrem freundschaftlichen Briefwechsel haben die beiden Männer das einander auch ausgedrückt. Trotzdem ist der Rücktritt auffällig. Denn nach der amerikanischen Verfassung sind die Staatssekretäre lediglich vom Präsidenten persönlich ernannte Beamte, nicht dem Kongreß und nicht den Wählern verantwortlich, und wer ein solches Amt annimmt, weiß, daß er nicht mehr zu sein hat als ein Adjutant des Präsidenten. Wenn nun Wilson den Rücktritt gleichwohl in einer Form annahm, die wie die Demission eines Ministers aus einem parlamentarischen Kabinett aussieht, so war das die gegebene Gelegenheit zu einer Abschüttelung, die schlechterdings kommen mußte. Ist doch seit Wochen in den Zeitungen aller Parteirichtungen gegen diesen Staatssekretär Sturm gelaufen worden, dessen sonderbare Querköpfigkeit und Unzulänglichkeit immer stärker als Gefahr für das Land emp-

funden wurde. Er wurde zuletzt auf keiner Seite mehr ernst genommen und hat darum diese Gelegenheit benutzt, aus dem Kreise der politisch Verantwortlichen auszuscheiden, in dem es ihm immer unbehaglicher wurde.

Denn Bryan ist und bleibt der Volksmann, der Agitator, der alle Dinge nur unter dem Gesichtspunkte seines engen und absonderlichen Programms betrachtet, getrieben aber natürlich nach wie vor von dem rastlosen Ehrgeiz, der ihn all sein Leben hindurch beherrscht hat. Jetzt hat er sich in einem feierlichen Aufrufe direkt an das Volk gewandt. Denn dieses, die Wähler, sind ihm die Hauptsache. Alle diese Dinge spielen sich ja viel weniger auf dem Hintergrunde der Beziehungen zu Deutschland oder zu England, sondern der Aussichten für die nächste Präsidentschaftswahl ab, die im November 1916 stattfindet. Bryan ist dreimal: 1896, 1900 und 1908 bei dieser Wahl durchgefallen. Er hat 1912 eine neue Niederlage vermieden und, indem er auf der Parteikonvention in Baltimore durch seinen Rücktritt die Nomination Wilsons ermöglichte, eben den Grund zu der Arbeitsgemeinschaft gelegt, die im Ernst des Weltkrieges zerbricht. Jetzt wird die Lage so ernst, daß man sich von diesem Querkopf, der von der auswärtigen Politik gar nichts versteht, nicht mehr hereinpfuschen lassen kann. Wilson hat von Anfang an die Direktion des Notenwechsels mit Deutschland fest in der Hand behalten. Er wartet ab, ob der Aufruf Bryans an das Volk Widerhall findet und ob er zu einer Spaltung in der demokratischen Partei führt, die ihr für die nächste Präsidentenwahl allerdings verhängnisvoll werden könnte. Inzwischen ist der bisherige Rechtssachverständige im Staatsdepartement, Robert Lansing (1864 geboren), Bryans Nachfolger geworden. Er ist in der Stellung zu England oder zu Deutschland wohl noch farblos, in erster Linie Kenner des internationalen Rechts, eine Eigenschaft, die Bryan völlig fehlte, die aber der Präsident jetzt braucht.

So setzt sich das Urteil über die Haltung der Vereinigten Staaten und ihres Präsidenten heute aus einer ganzen Reihe von Einzelheiten zusammen. Wir halten auch heute noch an der Überzeugung fest, daß die Stimmung in den Vereinigten Staaten zu fast gleichen Dritteln *für uns*, *gegen uns* und *uns gleichgültig* ist, wobei wir natürlich wissen, daß das gegen uns gestimmte Drittel gerade die einflußreichsten Kreise der Union vertritt. Im Vertrauen auf unsre gute militärische Lage und unser gutes Recht sehen wir selbst einer weiteren Verschärfung der Beziehungen zu Amerika schließlich zu, wenn wir auch lebhaft wünschen, daß sie sich vermeiden ließe. Denn wir so gut wie die besonnenen Amerikaner wissen, was die beiden Länder wirtschaftlich und auch kulturell füreinander bedeuten und was sie in diesen Beziehungen vor allem nach dem Kriege füreinander bedeuten werden. Die Haltung des Präsidenten Wilson aber, der für die weitere Entwicklung um so mehr der Maßgebende

ist, je mehr das Vertrauen zu ihm auf allen Seiten steigt, wird durch folgende Momente bestimmt.

Er wünscht über die Streitpunkte mit Deutschland hinaus seinem Lande eine maßgebende Stellung in den Friedensverhandlungen zu sichern, wobei wir noch gar nicht gleich an den Wunsch direkter Friedensvermittlung zu denken brauchen. Er wünscht als ehrlicher und aufrichtiger Idealist, der er ist, dem Weltfrieden und der Humanität zu dienen; es hat unsres Erachtens keinen Sinn und kein Recht, diese seine zwar allgemeinen, aber edlen Gedanken bei uns lächerlich zu machen. Blickt er von diesem Standpunkt, der sich ja ersichtlich weit über die Borniertheit und Fahrigkeit Bryans erhebt, auf sein eignes Land, so sprechen zu ihm einmal die Erwägung der im Verhältnis zu einem großen Krieg mangelhaften militärischen und maritimen Rüstungen, sodann der Weizenüberfluß und schließlich die mexikanische Angelegenheit.

Amerika hat nämlich in diesem Jahre eine Rekordernte in Winterweizen gehabt; die mit Weizen bestellte Fläche ist über 14 v. H. größer als die im vorigen Jahre. So liegt die Möglichkeit für einen gewaltigen Weizenüberschuß vor, der aus Amerika für den Export frei wird, aber auf dem Weltmarkte den Wettbewerb der gewaltigen indischen (76 Millionen Bushel) und argentinischen (100 Millionen Bushel) Weizenernte vorfindet. Daß die Erwägungen der Weizenhändler und Weizenspekulanten über Weizenpreise und Friedensmöglichkeit zwischen jetzt und dem Herbst d. J. den Präsidenten sehr bestimmen werden, liegt auf der Hand. Sie erleichtern ihm seine Beschlüsse nicht, erschweren ihm diese indes unter allen Umständen in der Richtung einer Verschärfung der Beziehungen zu Deutschland und einer sich daraus als möglich ergebenden Verlängerung des Krieges.

Zugleich hat er sich, was man bei uns übersehen hat, jetzt zu einem Ultimatum an Mexiko entschlossen, ausgesprochen am 25. Mai. Der letzte Grund dafür ist für diesen Staatsmann gleichfalls sehr bezeichnend. Die jahrelang hingezogene Mißwirtschaft in Mexiko hat zu einer Hungersnot im ganzen Lande geführt; man sagt, daß 15 Millionen Menschen ohne Nahrung seien. Damit tritt an den Präsidenten nun gerade eine Forderung der Humanität heran, nämlich endlich mit festem Entschluß der wüsten Anarchie der verschiedenen Präsidenten- und Revolutionsparteien ein Ende zu machen, und zwar etwas entschlossener als bisher, wo halbe und unsichere Maßnahmen der amerikanischen Regierung bereits enorme Kosten gemacht, aber nichts genützt haben.

Aus so verschiedenartigen Motiven wird der Entschluß Wilsons zu der weiteren Behandlung der Beziehungen zu Deutschland bestimmt. Sie lassen erkennen, warum der Wunsch, selbst den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu vermeiden, drüben sehr groß ist, und gestatten die Annahme, daß die

Verhandlungen weiter langsam und ohne unnötige Verschärfung geführt werden.

Gespannt, aber vorsichtig in den Äußerungen sieht England dieser Auseinandersetzung zwischen Amerika und Deutschland zu, aus der ihm, wie es hofft, ein neuer Bundesgenosse entstehen könnte. Solcher Trost ist ihm, zumal der endlich gewonnene neue Verbündete, Italien, militärisch zunächst gar nichts bedeutet, jetzt auch vonnöten. Denn seine innerpolitischen Zustände sind in einem Zustand großer Unklarheit und Verwirrung. Der Kabinettswechsel, dessen innere Gründe und Bedeutung hier am 26. Mai dargelegt wurden, ist jetzt vollständig durchgeführt. Zunächst ist Lord Haldane ganz ausgeschifft und Winston Churchill kaltgestellt worden. Wichtiger noch ist, daß das nervöse Augenleiden, von dem Sir Edward Grey befallen worden ist, auf dem Posten des Ministers des Auswärtigen einen Wechsel herbeigeführt hat, an den man ursprünglich bei der Schaffung des Koalitionskabinetts nicht dachte. Grey muß sich auf Monate von den Geschäften zurückziehen und scheidet damit halb aus. An seine Stelle ist Lord Crewe getreten. Aber gleich in der offiziellen Mitteilung wurde hinzugefügt, daß Lord Lansdowne diesen unterstützen würde. Das ist auch eine bisher noch nicht dagewesene Neuerung. Tatsächlich wird Lansdowne, der von 1900—1905 im letzten Kabinett Salisbury Minister des Auswärtigen war, heute der in auswärtigen Dingen erfahrenste englische Staatsmann, die Leitung der großen Politik in die Hand nehmen. Seine rechte Hand dabei wird der neue Unterstaatssekretär, Lord Robert Cecil, sein, ein Sohn Salisburys, der Privatsekretär seines Vaters war und bei diesem Wechsel Mr. N. Primrose, den zweiten Sohn Lord Roseberys, verdrängt hat. So ist die Leitung der auswärtigen Politik durch den Wechsel völlig in die Hand der Unionisten gekommen. Zugleich hat A. J. Balfour den Posten eines ersten Lords der Admiralität übernommen. Sowohl Churchill wie Sir John Fisher bleiben von ihren Plätzen verdrängt; an Stelle Fishers ist als Erster Seelord der Admiral Sir Henry Jackson getreten. Nach Vergangenheit und Stellung ist Balfour der Bedeutendste unter den neuen Männern des Kabinetts, und er richtet sich auch darauf ein, eine maßgebende Rolle zu spielen. Peinlich wahrt er seine Unabhängigkeit von beiden Parteien; er hat sich schon seit Monaten in die Angelegenheiten der Admiralität eingearbeitet und ist noch länger Mitglied des bekannten Komitees der Reichsverteidigung gewesen, das er ja selbst geschaffen hat. Schon aus alter Arbeitsgemeinschaft ist er in der Lage, mit Lord Lansdowne vollständig parallel zu gehen.

Außer den Genannten sind eine Reihe der besten Köpfe der Rechten in das Kabinett eingetreten: Bonar Law, A. Chamberlain, Curzon, Long, Carson; auch der Herzog von Devonshire, der Neffe des 1908 gestorbenen

Herzogs, der 1886 mit Chamberlain den Bruch der konservativen Partei herbeiführte, hat ein Amt des Kabinetts übernommen. Man rechnet, daß dieses noch 12 Liberale gegenüber 8 Unionisten, einem Arbeitervertreter und einem Parteilosen (Kitchener) enthält. Aber die Persönlichkeiten betrachtet, ist kein Zweifel, daß das Kabinett konservativ-unionistisch ist. Nur mit Mühe behauptet sich heute noch Mr. Asquith in seiner Stellung, und es geht schon das begründete Gerücht, daß Lloyd George, sobald er das neue Ministerium für Munitionsersatz in Gang gebracht habe, wieder Schatzkanzler werden und daß dann Asquith seinen Posten aufgeben würde für Lloyd George, der dann Premierminister würde. Das hat wohl manches für sich.

Damit ist schon gesagt, daß von vornherein mit großen Meinungsverschiedenheiten zu rechnen ist. Diese kommen auch bei jeder Gelegenheit zum Ausbruch, in kleinen Dingen, wie in der neuen Verteilung der Ministergehälter, auf die wir nicht eingehen, oder in wichtigen, wie in der Besetzung des Kanzleramtes für Irland, die leicht zu einem Sprengstoff für das Kabinett werden könnte, weil sie auch die regierungsfreundlichen Iren zurückstößt. Zunächst aber ist die Hauptsache, wie das neue Ministerium für den Munitionsersatz arbeiten wird. An starken Worten ist kein Mangel: „Wir waren die am schlechtesten organisierte Nation der Welt", rief Lloyd George zu Beginn seiner Tätigkeit aus. Nun hat man dieses Ministerium, und alle Welt erhebt sich gegen jede Möglichkeit eines Zwanges. Man will für den Heeresdienst, für die Fabrikarbeit, für alles andre den Zwang und möchte ihn doch vermeiden — aus diesem Zirkel kommt der Streit der Parteien überhaupt nicht mehr heraus. Man möchte eine Millionenarmee und einen Munitionsersatz für diese und für alle Verbündeten, man möchte niedrige Lebensmittelpreise und den ungehinderten Fortbetrieb der gesamten Industrie, man möchte eine bessere Zahlungsbilanz und eine Hebung des Sterlingkurses in New York — wer diese einander diametral widerstreitenden Interessen zu einem einheitlichen, alle befriedigenden Aufbau versöhnen könnte, der müßte ein Riese an Organisations- und Willenskraft sein und müßte vor allem dazu — Zeit haben. Gewiß ist das Koalitionskabinett jetzt wirklich ein Ministerium „aller Talente". Aber das möchten wir erst sehen, ob und wie diese Talente in wenigen Monaten die Grundlage umbauen können, auf der ihr ganzer Staats- und Wirtschaftsbau ruht, zumal sie sich weder selbst über die Mittel dazu einig, noch der Gesamtstimmung der Nation zur Ergreifung dieser Mittel sicher sind. —

Auf der Balkanhalbinsel hat sich in Rumänien und Bulgarien Nennenswertes nicht ereignet. König Konstantin scheint zu unsrer Freude seine schwere Erkrankung zu überstehen und so seinem Volke erhalten zu bleiben, das, am

13. Juni zu den Neuwahlen gerufen, sich allem Anscheine nach für die besonnene Neutralitätspolitik seines Königs entschieden hat. Während nun sonst die alte Spannung noch ungelöst fortdauert, beginnen zur Überraschung Europas die Serben eine neue Situation zu schaffen. Mit einer erstaunlichen Spannkraft haben sie nämlich einen entschiedenen Vormarsch nach Nordalbanien unternommen. Sie haben schon Ortschaften am Südende des Sees von Ochrida besetzt, scheinen auch in Verbindung mit Montenegro zu operieren und sind, wenn man den Angaben der italienischen und griechischen Presse Glauben schenken darf, bereits nach Tirana und Elbassan gekommen, so daß ihre weitere Aktion auf Durazzo zu erwarten ist.

Das Unternehmen zeigt zunächst, daß Serbien weder militärisch noch finanziell so niedergebrochen sein kann, als es uns immer dargestellt wurde; bezüglich der Finanzen liegen auch die gar nicht ungünstigen Ergebnisse der serbischen Monopolverwaltung, auf der die Finanzwirtschaft des Landes seit 1895 ruhte, für das Jahr 1914 vor. Undurchsichtig ist ja der Vorstoß insofern, als wir noch nicht wissen, ob er gegen Italien gerichtet ist oder mit geheimer Zustimmung, auf Grund einer Geheimabmachung mit Italien, unternommen wird. Letzteres erscheint, wenn wir die italienische Presse dazu heranziehen, nicht als wahrscheinlich. Denn von dieser wird übereinstimmend erklärt, daß Italien eine definitive Besetzung albanischen Gebietes durch Serbien nicht als vollzogene Tatsache hinnehmen könnte. Aber mit dieser Zurückweisung läßt sich ja die Möglichkeit vereinen, daß sich Serbien und Italien im geheimen über eine provisorische Besetzung Nordalbaniens einig geworden sind. Wie dem auch sei, der innere Grund für die serbische Unternehmung ist ohne weiteres klar. Serbien sucht im größeren Stile die Situation zu wiederholen, die Montenegro 1913 schuf, und an der dieses damals den Weltkrieg beinahe zum Ausbruch gebracht hätte. Serbien ist davon überzeugt, daß Rußland es militärisch nicht schützt und verteidigt, und daß Rußland es in den diplomatischen Abmachungen in bezug auf Albanien usw. sowohl heute wie später im Stiche läßt. Deshalb zieht Serbien vor, durch eigenen Entschluß, der unmittelbar nach der italienischen Kriegserklärung in die Wirklichkeit umgesetzt wurde, eine Lage zu schaffen, mit der sich Europa abzufinden haben würde. Die Serben meinen, daß sie, wenn sie Durazzo mit Skutari und mit San Giovanni di Medua nehmen und mit Montenegro einig sind, von den Großmächten dort nicht mehr vertrieben werden können. Dann hat man den berühmten breiten Ausgang zum Meere selbst in der Hand, für den man bisher nur die nichtssagende Zusage des russischen Ministers Ssasonow hatte. Diese Berechnung ist ganz klug, vergißt freilich, daß Europa heute nicht mehr in dem angeblichen Frieden einer Botschafterkonferenz lebt, von deren Uneinigkeit Serben und Montenegriner fröhlich zehren konnten, sondern in einem

Kriege, in dem die Großmächte auch diese Angelegenheit unter sich mit dem Schwerte ausfechten.

In jedem Falle ist der serbische Vorstoß heute sowohl Italien wie Rußland, Bulgarien wie Griechenland unbequem. Aber alle vier beschränken sich auf allgemeine Warnungen und Hinweise. Indessen hofft wohl Italien, daß Essad Pascha, der prompt wieder auf den Plan getreten ist, mit von England geliehenem, italienischen Gelde unterstützt, den Serben in der Fortsetzung ihres Vormarsches Schwierigkeiten bereiten wird. Wir meinen indes, daß die Lage unklarer aussieht, als sie tatsächlich ist. Sie ergab sich ohne weiteres aus den Folgen der italienischen Kriegserklärung und zeigt, wie recht alle die hatten, die in den letzten Kriegsmonaten immer und immer wieder auf die Wichtigkeit des serbischen Feldzuges hingewiesen haben. Es wäre sehr leicht möglich, daß der Brand auf der Balkanhalbinsel unmittelbar durch den serbischen Vorstoß zur Entzündung kommt und unter Verhältnissen, die für Bulgarien und Griechenland recht unerwünscht wären. Darum genügt es, wie wir glauben möchten, nicht, wie die Agence Bulgare es getan hat, den serbischen Vorstoß lediglich mit dem Wort scharf zurückzuweisen und mit dem Hinweise zu diskreditieren, daß die serbische Armee es vorzöge, unverteidigte Gebiete zu besetzen, und keine Eile zeige, etwas gegen die österreichischen Truppen zu unternehmen. Und es wird in diesen kritischen Wochen gerade unter dem Drucke der von Serbien neu geschaffenen Lage eine entschlossene Politik der Zentralmächte notwendig sein, die sich unbedingt von den Halbheiten der Friedenszeit gerade hier freihält, andrerseits aber auch in der glücklichen Lage ist, die moralische Wirkung des unaufhaltsamen bewaffneten Vordringens unsrer Waffen in Galizien für sich wirksam zu machen. Darüber hinaus Kombinationen über diplomatische Möglichkeiten anzustellen, die das Schicksal Albaniens bereits entscheiden und geradezu schon von einer serbisch-österreichischen Verständigung ausgehen, halten wir, besonders mit Rücksicht auf Bulgarien, ganz und gar nicht an der Zeit.

32.

(Griechenland — Bulgarien — Die innere Lage Rußlands)

23. Juni 1915

Der rasche Wechsel in den Nachrichten über die griechischen Wahlen hat uns einmal recht eindringlich vor Augen geführt, wie unsicher die Vermittlung von Nachrichten aus dem Auslande ist. Die alten Fäden der Vermittlung sind zerrissen, die Überseekabel beherrscht unser Hauptgegner, und auf dem indirekten Wege und mittelbar Nachrichten hereinzuholen, ist — das gilt übrigens genau so für unsre Gegner — schwierig und nicht immer ausreichend kon-

trollierbar. Denn naturgemäß finden sich an bestimmten günstigen Punkten des neutralen Auslandes, wie besonders in Stockholm, in Kopenhagen, auch im Haag, in Jassy und in Genf Elemente genug, die aus dem Nachrichtenbedürfnis der Kriegführenden ein Geschäft machen und dabei den Gesichtspunkt der Richtigkeit gern hinter den der Fixigkeit und der Sensation zurückstellen. Auch direkt gefälschte Nachrichten und Pressestimmen laufen dabei mit unter. Deshalb sollten wir Auslandsnachrichten nur mit aller Kritik und wenn wir über die Quellen genau Bescheid wissen, aufnehmen. Wir können um so leichter zur Vorsicht in dieser Richtung mahnen, als wir es nicht, wie namentlich die Franzosen und die Russen, nötig haben, mit für den Gegner ungünstigen Nachrichten aus dem Auslande bei uns Stimmung zu machen. Denn wir haben zwei Nachrichtenquellen ersten Ranges über das Ausland bei uns — die Berichte unsrer Obersten Heeresleitung und unsres Admiralstabes. Wir wissen heute, wie vor zehn Monaten, daß wir ihnen unbedingt trauen können, daß sie mit größter Vorsicht und größtem Verantwortlichkeitsgefühl abgefaßt sind — was darin steht, ist bereits heute gewissermaßen vor der Nachwelt aktenmäßig belegt. Von dieser sicheren Grundlage aus können wir um so vorsichtiger und nüchterner entgegennehmen, was die Zeitungen über das feindliche Ausland berichten.

Daß die griechischen Wahlen mit dem Siege von Venizelos geendet haben, war uns keine besondere Überraschung. Venizelos ist unstreitig der bedeutendste Balkanstaatsmann und von dieser Glorie auch in den Augen seines leichtbeweglichen und begeisterungsfähigen Volkes umwoben. Außerdem ist er und seine Partei, wie der ausgezeichnet unterrichtete Athener Korrespondent der Morning Post mitteilte, in der Wahlagitation jeder bestimmten Frage nach seiner Stellung zum Kriege ausgewichen, und damit hat er dem Gegner die beste Waffe aus der Hand genommen. So hat seine Partei 193 Mandate davon getragen, während die Regierung nur über 95 und die andern Parteien über 27 Mitglieder verfügen. Das griechische Parlament zählt heute 316 Mitglieder, von denen 177 aus dem eigentlichen Königreiche kommen, 67 aus Kreta, die im Oktober 1912 dazu treten, und 72 aus den neu erworbenen Provinzen, die jetzt zum ersten Male gewählt haben. Interessant ist nun, daß die Türken und Juden dieser neuen Gebiete für die Regierung stimmten, die Griechen aber (z. B. die rein griechische Stadt Kawala) für Venizelos. Für letzteren haben auch die wichtigsten Gebiete des Mutterlandes, vor allem Attika, wo lediglich Gunaris knapp durchgekommen ist, gestimmt. So hat sich unzweifelhaft die Mehrheit der griechischen Wähler für Venizelos ausgesprochen, und aller Wahrscheinlichkeit nach wird beim Zusammentritt des Parlaments Gunaris zu seinen Gunsten zurücktreten müssen.

Trotzdem schließen wir uns der ruhigen Beurteilung dieses Wahlausfalles an. Die Lage hat sich für Venizelos seit dem März sehr erheblich verändert, und bis zum 20. Juli, an dem das Parlament wieder zusammentritt, wird sie sich noch vielmehr verschieben. Venizelos ist aber zu klug, um nicht die Folgerungen daraus für sich zu ziehen. Vor allem stellt ihn die Festsetzung Italiens in Albanien und der serbische Vorstoß darauf vor eine völlig neue Situation. Immerhin sind infolge dieser Entscheidung neue Verhandlungen mit der Entente möglich, die durch seinen Sturz, wie bekannt, jählings abgebrochen wurden. Und wenn sich die englische Presse heute gar keinen Illusionen über diesen griechischen Erfolg hingibt, so weiß England doch, daß Venizelos der Mann der Entente ist, und vor allem, daß er der einzige Staatsmann auf der Balkanhalbinsel ist, der einsieht, daß die Lage dort nur durch Konzessionen der einzelnen Balkanstaaten aneinander weitergebracht werden kann.

Für die Lage auf der Balkanhalbinsel ist es ja charakteristisch, daß niemand an den andern Zugeständnisse machen will, aber jeder Ansprüche erhebt. Dadurch erhalten diese ganzen Verhandlungen einen so schleppenden Gang, der durch die Nachwirkung unserer militärischen Erfolge noch weiter verlangsamt wird. Trotzdem wollen die Leser gestatten, daß wir diese vielleicht ermüdenden Einzelheiten auch weiterhin ausführlich besprechen. Denn durch sie wird ja nicht nur die militärische Gestaltung der nächsten Kriegsmonate bestimmt, sondern mit ihnen fallen doch auch die Würfel über die Einflußbereiche der Mächte nach dem Kriege.

Jetzt wird, seiner zentralen Lage entsprechend, Bulgarien immer mehr der Drehpunkt der Verhandlungen. Sie gehen in Sofia hin und her. Die Details sind nicht geklärt genug, um hier besprochen zu werden, aber Radoslawow läßt die Fäden zur Entente nicht abreißen, und in einer lebhaften Diskussion der Zeitungen und Parteien wird das Für und Wider offen und entschieden erwogen. Danach steht weitaus die Mehrheit des bulgarischen Volkes auf dem Standpunkte, nicht von Rußland ins Schlepptau genommen zu werden und nicht noch einmal die furchtbare Enttäuschung zu erleben, die die russophile Politik 1912 gebracht hat. Man ist sich auch darüber ganz klar, was die Eroberung von Konstantinopel durch die Entente auch für Bulgarien bedeuten würde, und man weiß ebenso, daß die Entente Versprechungen auf Kosten der andern, die sie heute in Sofia macht, auch wenn sie ernstlich wollte, gar nicht garantieren kann. Darin liegt aber überhaupt die Erklärung für die Lage dieses und der andern Balkanstaaten. Sie hängt viel weniger, als wir denken, von den Entscheidungen des Kampfes der Großmächte miteinander ab, als von denen der Balkanstaaten selbst. Sie wissen, daß sie in der Hauptsache die künftige Gestaltung der Halbinsel unter sich auszufechten haben,

und daß dafür die Machtverhältnisse der Großstaaten zwar viel, aber nicht so viel bedeuten, daß jene sich bereits jetzt der einen oder andern Gruppe anschließen müßten. So wird die Unsicherheit auch der uns freundlich gesinnten Balkankreise erklärlich, und wir wundern uns nicht mehr, warum unsre großen Siege heute noch nicht entscheidenden Einfluß auf ihre Entschließungen ausüben.

Während Rumänien sich zurückhält und dem Anscheine nach die bulgarisch-rumänischen Verständigungsverhandlungen ganz gut vorangehen, fühlt sich Bulgarien nach links und nach rechts weiter gedrängt. Im Westen schafft der Vorstoß Serbiens nach Albanien eine vor allem für Bulgarien neue und schwere Lage. Serbien dankt zunächst entschieden für den aus Rußland gekommenen Wink, der durch den auch hier mitgeteilten Artikel des Grafen Petrowski in den Birschewya Wjedomosti erteilt wurde. Die serbischen Novosti (8. Juni) antworteten darauf brüsk: „Verehrte Freunde, vergeßt nicht, daß dieser opfervolle Krieg von uns, den Serben, für uns begonnen ist. Verurteilt das nicht und beklagt das nicht, sondern haltet diese unbestreitbare Wahrheit fest. Wir sind überfallen, weil wir die Vorhut und der Schild Rußlands sind. Wenn ihr uns jetzt Hartnäckigkeit in bezug auf Mazedonien vorwerft, so denkt an eure Hartnäckigkeit in bezug auf Beßarabien und Konstantinopel. Gebt Beßarabien an Rumänien und Konstantinopel an Bulgarien, dann gehen beide mit uns in den Krieg." Ferner erklärt Serbien, daß es nichts abtrete. In demselben Blatte schreibt ein Mitglied der Koalitionsmehrheit aus Nisch: „Man glaube nicht, daß der Dreiverband an Bulgarien ein Stück Altserbien oder Gebietsteile in Mazedonien abtreten wolle, weil keiner das Recht hat, darüber zu verfügen. Wir Serben sind keine Händler. Weder wollen wir, noch gewähren wir ‚Entschädigungen'. Wer unser Land will, soll es nehmen." Darüber hinaus fühlt man sich sogar stark genug, durch den Angriff auf Albanien den andern recht unbequem zu werden. Die von der Agence Havas verbreitete Note der serbischen Regierung, die das noch recht bescheiden mit der Notwendigkeit, an den Grenzen Ordnung gegen die Albanier zu haben, begründete, sagt nicht genug, auch nicht ihr schöner Satz, daß „die albanische Frage endgültig nur durch Europa gelöst werden könnte." Dieser Lösung will eben Serbien präjudizieren. Darüber haben wir zwei einwandfreie Äußerungen feststellen können. In der radikaldemokratischen, von der serbischen Regierung halb offiziös benutzten Zeitung Odijek steht wörtlich: „Serbien muß Albanien mit sich vereinigen", und in den sozialistischen Radnitschke Nowine (8. Juni) heißt es wörtlich: „Die Zeiten haben sich geändert. Heute teilt Italien Albanien nicht mehr mit Österreich, wie vor dem Kriege. Heute teilt es Albanien mit Serbien, Serbien nimmt den Platz Österreichs ein." Wir haben es also mit einem festen Entschlusse und einer wohlüberlegten Politik Serbiens zu tun;

das mögen besonders die ins Auge fassen, die heute schon von einem Arrangement zwischen Serbien und Österreich wie von etwas Selbstverständlichem reden.

Schafft diese ganze Haltung Serbiens für Bulgarien eine Lage, die ihm aufgedrängt wird, und aus der es jedenfalls heute Mazedonien sich noch nicht zufallen sieht, so hat es selbst seine Beziehungen zur Türkei schärfer angefaßt. An sich ist über die Gemeinsamkeit der bulgarisch-türkischen Interessen in beiden Ländern auch kein Zweifel. Aber aus dem Londoner Vertrag von 1913 ist ein Stachel zurückgeblieben, der eben recht fühlbar geworden ist, als die Türken 200 für Bulgarien bestimmte Eisenbahnwaggons auf der Linie zwischen Dedeagatsch und Swilen (türkisch Mustafa Pascha) angehalten haben. Diese Eisenbahnlinie, die Bulgarien mit seinem neuen Hafen am Mittelländischen Meere verbindet, geht nämlich über 100 Kilometer über türkisches Gebiet, über Küleli-Burgas. Der Ton, in dem die bulgarische Presse seit einigen Tagen die Vereinigung dieser Differenz, mit der zugleich auch ein Stück Maritzagrenze zusammenhängt, fordert, wird immer dringender. Man verlangt Zugeständnisse von der Türkei, in manchen Kreisen sogar bis zur Linie Enos—Midia. Aber auch bei der geringeren Forderung dreht es sich immerhin um ein Dreieck von 2500 Quadratkilometern Umfang, und die neue bulgarische Grenze käme dann bedenklich nahe an die Stadt Adrianopel heran. Wir wissen nicht, ob die Türkei auf diese Ansprüche, über die soeben der bulgarische Politiker Kaltschew in Konstantinopel verhandelt hat, eingehen kann. Unser Wunsch kann nur sein, daß diese lokale Differenz nicht, indem sie fortwährend hin und her geschoben wird, Verstimmungen und Reibungen zwischen zwei Staaten schafft, die in ihrem und in unserm Interesse Bundesgenossen bleiben müssen. Inwieweit die deutsche Diplomatie in diese Schwierigkeiten helfend eingreifen kann, sind wir aus der Ferne zu beurteilen nicht in der Lage. Wie aber die Zentralmächte im ganzen über Bulgarien und seine Zukunft denken, darüber hat sich der frühere österreichische Minister Geßmann, bekanntlich ein Mitglied der christlich-sozialen Partei, zu einem Mitarbeiter der bulgarischen Kambana soeben offen und entschieden ausgesprochen. Wir sollten meinen, daß diese Worte des österreichischen Politikers auf die Bulgaren Eindruck machen müßten. Sie müssen davon überzeugt sein, daß Österreich schlechterdings keine territorialen Erweiterungen auf der Balkanhalbinsel anstrebt, und daß es Wunsch und Interesse der Zentralmächte ist, ein starkes, wohlabgerundetes Bulgarien entstehen zu sehen.

Lange werden die bulgarischen Staatsmänner nicht mehr Zeit zur Entscheidung haben. Der Eintritt Italiens in den Krieg bedeutet heute noch viel weniger, als wir von vornherein angenommen haben. Sprechen es doch die englischen Zeitungen offen aus, daß „das Hauptergebnis eines Sieges an den

Dardanellen für die Italiener Zeitgewinn bedeuten würde, und daß sie dann in der Lage sein könnten, ein starkes Kontingent für Operationen gegen die Türkei auszusparen"! (Manchester Guardian 10. Juni.) Damit ist auch durch die Stimmen des Gegners bewiesen, was wir stets annahmen: daß es der Entente nicht gelungen ist, Italien auf militärische Unterstützung für die Dardanellen schon festzulegen. Und damit dürfte die Entscheidung für die Balkanstaatsmänner, besonders aber für die Bulgariens, durch die Macht der Ereignisse erzwungen werden, auf deutsch: durch die Wiedereroberung ganz Galiziens und die Verteidigung der Dardanellen treiben die Dinge hier einer Hochspannung zu, die nicht mehr lange anhalten kann. —

Was wir eingangs über die Nachrichtenvermittlung aus dem Auslande sagten, das gilt ganz besonders und in erster Linie für Rußland. Wir haben uns deshalb hier bisher zurückgehalten und uns auf die fortlaufende Analyse seiner finanziellen Lage beschränkt. Die genaue Verfolgung der russischen Presse zeigte dazu, daß die Regierung zwar ihrer Presse in der Erörterung der politischen Seite des Krieges auffällig viel Freiheit ließ, aber auf allen Erörterungen der Stimmungen und der inneren Lage eine sehr strenge Zensur lastete. Darum haben wir Mitteilungen über anders klingende russische Preßäußerungen stets mit größtem Mißtrauen aufgenommen, soweit wir sie nicht selbst kontrollieren konnten, und tun das heute noch. Inzwischen aber ist die innere Entwicklung in Rußland, wie es scheint, doch so weit gediehen, daß sie dem Auslande nicht mehr verheimlicht werden kann, und wir suchen daher, indem wir die Grenzmarken späterer Betrachtung vorbehalten, ein nach Möglichkeit exaktes Bild über die innere Lage Rußlands von heute zu gewinnen.

Zur Finanzlage ist nichts Neues zu sagen, als daß auch bis heute aus der Fülle der Reformprojekte über neue Steuern nichts zustande gekommen ist. Die Lücke, die die Aufhebung des Branntweinmonopols gerissen hat, klafft auf der Einnahmeseite nach wie vor. Der russische Außenhandel existiert nicht mehr. Die Hoffnung auf die Öffnung der Dardanellen hat bisher getrogen und wird weiter trügen. Das Land ist angewiesen allein auf die Verbindung über Wladiwostok, die trotz der noch immer zur Hälfte eingleisigen sibirischen Bahn auch mit aller Kraft ausgenutzt wird, und über Archangelsk, dessen Hafen mit Hilfe von Eisbrechern seit Anfang April wieder für die Schiffahrt offen ist. Das bedeutet für den Privathandel nichts, da laut Mitteilung des Handelsministers private Transporte über den Hafen unmöglich sind, weil er und die ihn mit dem Reiche verbindende dünne Bahnlinie ausschließlich von der Regierung in Anspruch genommen ist. Es ist möglich, daß Rußland über diese beiden Häfen noch reichlich Kriegsmaterial erhält; übrigens wird dafür auch der Hafen von Saloniki in Anspruch genommen. Wieviel an

Kriegsmaterial aus dem Auslande kommt, wissen wir nicht und können deshalb auch nicht beurteilen, inwieweit und auf wie lange die Unfähigkeit der eigenen Kriegsindustrie zur Ausfüllung der Lücken dadurch wettgemacht werden kann. Das aber ist sicher, daß außerdem auf diesen Wegen irgend etwas für Rußland nicht heraus- und hereingehen kann. Was bedeutet das für das Volk im ganzen?

Mit aller Vorsicht läßt sich über den Ausfall der Ernte 1914 heute sagen, daß sie im ganzen eine mittlere Ernte war; sie war in fast ganz Nordrußland schlecht, während sie im Süden und in Sibirien glänzend war. Da davon nichts nach außen verfrachtet worden ist, müßte Rußland also vor Teuerung und Hungersnot leidlich geschützt sein. Das ist nicht der Fall. Die bekannten Mängel der Organisation, namentlich im Transportwesen, verschuldeten schon im Frieden, daß der eine Teil des Reiches eine glänzende Ernte haben konnte und der andre zur gleichen Zeit hungerte, und daß es nicht möglich war, die Vorräte aus der einen Ecke des Landes in die andre zu schaffen. In den Kriegsmonaten hat sich das vollends als ganz unmöglich herausgestellt. Das Getreide lagert im Süden und fault womöglich, während der Norden hungert. Daraus ergibt sich der weitere Mißstand, daß der gesamte Norden für die Bestellung 1915 kein Saatgut hat, während im Süden, wo dieses vorhanden war, aber im Frieden immer viele Arbeitskräfte für die Landwirtschaft überzählig gebraucht wurden, diese fehlen. So wird die Ernte im Jahre 1915 im ganzen Reiche schlecht ausfallen, die Teuerung dadurch noch mehr steigen. Die so entstandene Lage wird in ernsthaften russischen Zeitungen, besonders im Novy Economist, offen erörtert, die Zensur macht keine Schwierigkeiten dagegen, weil der Mißstand und die Gefahr zu groß geworden sind. Wir glauben indes nicht, daß die Auseinandersetzungen darüber den Schaden an irgendeiner Stelle merklich bessern können, und dürfen im ganzen sagen, daß Rußland, wenn der Krieg weiter dauert, in diesem Herbst vor einer Hungersnot in einem sehr großen Teile seines Reiches stehen wird.

Handel und Industrie leiden unter dem vollständigen Abschluß vom Auslande. Ist doch die riesige Einfuhr aus Deutschland völlig ausgeblieben. Ersetzen kann man sie nicht. Über diese Fragen hat ein Kongreß der russischen Industriellen, über den die Nowoje Wremja (9. Juni) ausführlich berichtet hat, lange verhandelt. Aber hier wie in jeder Erörterung sonst rückt regelmäßig gleich die weiter abliegende Frage in den Vordergrund, wie man sich nach dem Kriege von dem fremden, besonders dem deutschen Wettbewerb unabhängig machen kann. Das ist gewiß für Rußland eine wichtige Frage, aber wichtiger als die 2000 Antworten, die darauf aus dem ganzen Reiche eingelaufen sind, wäre, wie man über die Schwierigkeiten des Augenblicks hinwegkommt. Wir wollen diese aber auch nicht überschätzen. Für ein Land,

das in so hohem Maße Agrarland ist wie Rußland, bedeutet die industrielle Sorge noch verhältnismäßig wenig, und darum legen wir auch auf die fortwährend sich äußernden Klagen über die Kohlennot nicht soviel Gewicht, weil für Rußland die Kohle bei weitem nicht in dem Maße Lebensbedürfnis ist wie für Westeuropa.

Für die nächste Zeit scheint uns vielmehr aus diesen Klagen der Industrie wichtiger zu sein, wie sich aus ihr heraus das, was man in Rußland „die gesellschaftlichen Organe" nennt, an den Staat herandrängt. Die Frage der Anpassung der Industrie an die Kriegsbedürfnisse, der Lieferungen und dgl. bewegen auch das heutige Rußland auf das stärkste. Wir brauchen uns nicht dabei aufzuhalten, daß bei dem Riesenumfange des Reiches und der oft kindlichen Unfähigkeit zur Organisation alles das nur auf dem Papier stehen bleibt. Wie soll man im Ernst glauben, daß Rußland etwa die Tuchindustrie von Lodz nach Odessa verpflanzen könnte, und was dergleichen luftige Projekte mehr sind! Aber für den russischen Gegenwartsstaat ist dringlicher und bedenklicher, daß man einen Zentralausschuß für den Kriegsbedarf fordert, daß der Zar ein „besonderes Komitee zur Überwachung der Verteilung und Ausführung von staatlichen Aufträgen" genehmigt hat, und daß darin die Kräfte der Selbstverwaltung, der Industrie und auch der Duma vertreten sind. Und diese Umwälzung, die sich damit andeutet, scheint im Augenblick das Wichtigste. Für alle Kriegs- und Friedensfragen Rußlands ist es von großer Bedeutung, wie die Selbstverwaltungs- und Parlamentskräfte, also die Gesellschaft, jetzt auf die Geschicke des Staates Einfluß gewonnen haben. Bedeutsamer als die Nachrichten über den geheimnisvollen Tod des Admirals von Essen, die Hinrichtung des Obersten Mjassojedow oder über die sozialdemokratischen Dumaabgeordneten, ist, daß seit Anfang des Krieges hervorragende Parlamentsmitglieder eine wesentliche Rolle gespielt haben. Männer, wie Gutschkow oder Rodsjanko, der Präsident der Duma, sind fortwährend an der Front und in den Hauptquartieren der Armeeführer. In Petersburg ruft das Landwirtschaftsministerium eine Konferenz aller Semstwovorsitzenden zusammen zur Besprechung über einen möglichen neuen Winterfeldzug. Die Semstwos haben das gesamte Sanitätswesen hinter der Front, vor allem die Bekämpfung der ansteckenden Krankheiten zu besorgen gehabt, und der Fürst Lwow, der 1913 als Bürgermeister von Moskau nicht bestätigt wurde, erhält jetzt vom Kaiser den Dank dafür, daß er als Präsident des Semstwoverbandes seine Aufgabe vortrefflich erfüllt habe. Weiter zeigt sich, daß Rußland heute fast ein Jahrzehnt parlamentarischer Arbeit hinter sich hat. Die Parteiführer drängen auf baldige Einberufung der Duma, ja nach einem Ministerium, das dem Parlament verantwortlich sein solle, und wir hören außer einer mürrischen Opposition der Nowoje Wremja nichts von

Verboten der Regierung gegen diese Bewegung auf Frieden und freiheitliche Zugeständnisse, zu der die Kräfte sich vielleicht schon ähnlich wie vor 10 Jahren zusammenzuschließen beginnen.

Der Abschluß Rußlands vom Auslande ist so stark, daß wir heute nicht positiv genau wissen, ob der Ministerpräsident Goremykin noch im Amte ist oder nicht. Dagegen scheint es, daß der Minister des Inneren Maklakow zurückgetreten und durch den Chef der Gestütsverwaltung, Schtscherbatow, ersetzt worden ist. (Meldung vom 19. Juni.) Bestätigt sich diese Meldung, so ist sie natürlich von großer Bedeutung, und die Vermutung liegt nahe, daß sie mit den Volksbewegungen in Moskau zusammenhängt, deren Ausbruch auch dieser über die Maßen reaktionäre Minister nicht hat verhindern können.

Denn das ist das Zweite. Daß die Parteiführer, überhaupt die Gesellschaft, immer stärker in die Staatsgeschicke eingreifen, weil die Leitung durch Zar und Regierung unsicherer wird, zeigt, daß die Wirkungen des Krieges auf Rußland schon sehr groß sind, zumal eben dafür die trotz aller Hindernisse in einem Jahrzehnt gewonnene Schulung und Organisation der Parteien die Lage ganz anders gestaltet als im Winter 1904/5, an den mancherlei Symptome heute schon erinnern. Das könnte Monate dauern, ohne daß es die Widerstandskraft des Staates schwächt. Aber dazu scheinen erste Anzeichen von Unruhen im Volke zu kommen. Es ist kein Zweifel, daß die Bewegungen in Moskau am 8.—10. Juni sehr ernst gewesen sind. Sie brachen infolge epidemischer Krankheiten aus, die die Masse den Deutschen zur Last legte, wozu übrigens die Perfidie der Nowoje Wremja das ihre beigetragen hat, und entluden sich in der Zerstörung erst von deutschen und jüdischen, dann auch von russischen Geschäftshäusern. Noch läßt sich die Tragweite dieser Erscheinung gar nicht absehen, aber eine böse Erinnerung ist es immerhin, daß sie hervortrat genau im elften Monat des Krieges, wie der Rote Sonntag im Jahre 1905.

Überschätzen wir indes im Augenblick diese Erscheinungen nicht, ebensowenig wie die unverhohlene Kritik an den Verbündeten und eine hier und da durchbrechende Friedenssehnsucht. Denn zu einer Revolution gehören in Rußland wie überall Führer, die noch nicht hervorgetreten sind, und in Rußland die Teilnahme der Armee, die im Felde steht. Aber Rußland erlebt heute erst den Anfang der Wirkungen des Krieges auf sein inneres Leben; noch sind die furchtbaren Menschenschlächtereien, an denen der russische Generalissimus schuld ist, im Innern des Reiches gar nicht bekannt, da Rußland Verlustlisten nicht herausgibt. Wir haben den Bundesgenossen, der so aus Rußland selbst uns entgegenkommen könnte, nicht von vornherein für uns eingestellt, wir brauchen noch viel weniger jetzt auf seine Hilfe zu warten. Denn Rußlands Heere sind heute in ihrer Offensivkraft gebrochen, und

immer näher rückt unsre Kriegführung schon eigentlich russischen Gebietsteilen. Darum scheint uns die Erörterung sehr überflüssig, wo Rußlands verwundbarste Stelle sei, ob in Petersburg, wie die Einen meinen, als wenn Rußland durch die Einnahme seines administrativen Mittelpunktes im Leben getroffen werden könnte, oder im Kohlen- und Eisengebiet des Donez, dessen Bedeutung der aus dem europäischen Wirtschaftsleben entnommene Maßstab unberechtigt übertreibt. Die verwundbare Stelle des Gegners im modernen Kriege ist sein Heer, und dies trifft unsre Kriegführung immer und immer wieder mit vernichtenden Schlägen. Ihr überlassen wir voll Zuversicht, die strategischen Ziele zu bestimmen, von deren Erreichung sie den Frieden mit dem im Innern schwer erschütterten Gegner abhängig macht.

32a.

(Lemberg)

27. Juni 1915

Mit allem Rechte wehten auch bei uns die Fahnen, als die Rückeroberung Lembergs bekannt wurde. Denn es war im vollen Sinne des Wortes auch ein deutscher Sieg. Im engsten Bunde mit dem österreichisch-ungarischen Heer haben unsre Armeen (um das Wort Kaiser Franz Josefs zu gebrauchen) in diesem glorreichen Siebenwochenfeldzuge den auf die Initiative des deutschen Generalstabschefs v. Falkenhayn hin unternommenen Durchbruch unaufhaltsam dem siegreichen Ende zugeführt. Und der Sieg in dieser dritten Schlacht bei Lemberg wurde mit ermöglicht durch die eiserne Umklammerung von Nordwesten und Norden her durch die Armee des Generalfeldmarschalls v. Mackensen. Je weiter der Feldzug nach Osten vorwärts getragen wird, um so klarer kommt uns die strategische Bedeutung des Falkenhaynschen Gedankens zum Bewußtsein, daß nämlich durch den Durchbruch die ganze feindliche Stellung immer unrettbarer auseinandergerissen wird.

Nun ist die Hauptstadt des galizischen Kronlandes, die am 4. September 1914 russisch wurde, nach $9^1/_2$ Monaten wieder in Österreichs Hand. Und nach allen Seiten gehen die Ausstrahlungen des Sieges, die Wirkungen auf Rußland und die Balkanstaaten, mittelbar auch auf England und Frankreich und damit auf die ganze Welt. Auf die Balkanstaaten wird und sollte auch dieser vorläufige glänzende Erfolg des galizischen Feldzuges in erster Linie wirken. Man braucht ja nur auf die Karte zu sehen, wie nahe die verbündeten Armeen in ihrem Vordringen nach Osten auch der rumänischen Grenze kommen; auf Rumänien dürfte darum der Eindruck von unsrer Stärke und Rußlands Schwäche am stärksten sein.

Spekulationen darüber, wie unsre Heeresleitung den Feldzug nun weiter

dirigiert, geben wir uns nicht hin. Das tut das feindliche Ausland zur Genüge. Wenn es überlegt, ob sich Deutschland jetzt gegen Warschau wende, ob Österreich einen großen Teil seiner Armee nach Italien und Deutschland, einen noch größeren nach Frankreich werfen werde, alles das bestätigt immer erneut die große, eindrucksvolle Tatsache, daß seit dem Beginn des Frühjahrsfeldzuges die Heeresleitungen der Zentralmächte die militärische Situation bestimmen und die andern sich danach zu richten haben. Das wird spätere Geschichtschreibung vielleicht als großartigstes Ergebnis dieser beiden kühnen Angriffsentschlüsse vom Mai 1915 — Galizien, wie des Generalfeldmarschalls von Hindenburg in Litauen — verzeichnen — und das mitten in einem Koalitionskriege gegen die größten Militärmächte der Welt, in der Gefahr einer Verschärfung der Beziehungen zu Amerika und in der Unsicherheit auf der Balkanhalbinsel!

Galizien aber atmet auf. Die Fremdherrschaft ist abgeworfen, die sich schon auf dauernde Besetzung einrichtete, die diesen Zusammenhang auch zum Ausdruck bringen wollte, indem sie Galizien umtaufte und den Namen Rotrußland, der zwar althistorisch, aber gar kein politischer Begriff ist, dafür anordnete. Hunderttausende von Flüchtlingen, die sich im Innern Österreichs aufhalten, richten nun ihre Blicke wieder auf die Heimat. Sie ist freilich durch einen Feldzug, der sich fast ein Jahr lang auf ihren Fluren abspielte, furchtbar mitgenommen, und man berechnet die Kosten des Retablissements auf 6—7 Milliarden Kronen. Die Schäden sind nicht nur durch den Krieg selbst entstanden, sondern durch die Politik der Russen, die bewußt auf eine Zerstörung der bestehenden Struktur im Sinne ihrer eigenen Absichten ausging. So erklärt sich besonders die ruinöse und barbarische Politik, die gegen die Juden Galiziens verfolgt wurde und diese dem Hasse der Bevölkerung und der Willkür der Soldaten schutzlos preisgab, womit natürlich auch große wirtschaftliche Werte, die auf der händlerischen Bedeutung der Juden Ostgaliziens beruhten, zerstört wurden.

Denn bewußt und überlegt war die russische Politik in der Behandlung dieser Eroberung vom ersten Tage an. Man hatte sich ja darauf im Frieden genügend vorbereitet. Derselbe Graf Bobrinski, der im Frieden als Vorsitzender des galizisch-russischen Vereins die hochverräterische Propaganda unter den galizischen Russophilen betrieb und bezahlte (ein Vetter des bekannten Dumamitgliedes), ist der militärische Generalgouverneur während der Okkupation gewesen. Er hat die Früchte ernten wollen, die er selbst gesät hatte und die schon vor dem Kriege in jenen drei Hochverratsprozessen von Marmaros-Sziget, von Lemberg und Czernowitz so schön aufgegangen waren. Hat doch der Hauptangeklagte aus dem Lemberger Prozeß, der russophile Ruthene Bendasjuk, in dieser Okkupationszeit eine große Rolle spielen können.

Mit den Mitteln, die der russischen Zivilisation überhaupt zur Verfügung stehen, ist Graf Bobrinski eingezogen, mit Hunderten von russischen Gendarmen und mit Hunderten von russischen Popen. Mit ihnen hat er den bekannten Grundsatz der russischen Nationalitätenpolitik, hier wo die verschiedensten Nationalitäten: Ruthenen, Polen, Deutsche, Juden, Armenier zusammenkommen, auf das Raffinierteste angewandt, immer eine Nationalität gegen die andre auszuspielen. Wo ein Kreis eine ruthenische Mehrheit hatte, gab er die Polen preis; wo die Polen das Übergewicht hatten, begünstigte er diese, und beide gemeinsam suchte er gegen die Juden zu lenken.

Die russische Herrschaft konnte sich auf eine, der Zahl nach nicht große, aber auch nicht bedeutungslose Partei innerhalb der Ruthenen stützen, die Russophilen, die schon im Frieden ihre Vereine und Zeitungen hatten. In ihnen sowie in den russophilen Polen fand Graf Bobrinski die Stützen seines Regimes. Denn was aus Rußland kam, konnte ihm dazu wenig nützen, einfach weil zu wenig des Ruthenischen Kundige darunter waren. Man schloß das Land zwar gleich an Rußland an, direkte Schnellzugsverbindungen wurden eingerichtet, russische Journalisten, Dumaabgeordnete, Ämterjäger, Lieferanten kamen in Masse ins Land, und das hat natürlich das Interesse an dieser Eroberung drinnen im russischen Volke gewaltig gesteigert. In den Zeitungen wurde Schicksal und Behandlung Galiziens ausführlich erörtert, womit sich immer gleich die ukrainische Frage im eigenen Lande verband und woraus sich oft seltsame Parteistellungen ergaben. Doch ging durch diese Auseinandersetzung auf allen Seiten so gut wie einheitlich die großrussische Überzeugung, auch bei den Liberalen und bei denen, wie z. B. bei Peter Struve, oft am stärksten die Ansicht, daß dies eroberte Galizien genau so wie Kleinrußland ein von Großrußland, seiner Sprache und seinem politischen Willen unbedingt beherrschtes Land werden müsse.

Die praktische Tätigkeit des Grafen Bobrinski ist rasch geschildert. Sie hat zunächst gegenüber den Bauern bei dem sozialen Gegensatze gegen den Großgrundbesitz, der ja meist in polnischer Hand ist, einzusetzen versucht. Man hat den Gedanken, den jüdischen Grundbesitz zu konfiszieren, erwogen und die Begehrlichkeit der Bauern weiter gegen die 70 v. H. rein polnischen Großgrundbesitzes gerichtet, also mit dem bekannten Mittel des Agrarsozialismus gearbeitet. Da gerade im Osten Galiziens die agrarischen Verhältnisse dank der fortgesetzten Verschiebung dringender Reformen sehr im argen liegen, hätte Rußland hier mit Erfolg eingreifen können. Aber das hatte nur theoretischen Wert. Die Zeit war zu kurz, und zudem machten sich die Russen die ruthenischen Bauern gerade nicht zu Freunden, indem sie hier wie in der Bukowina, Vieh, Getreide, Heu usw. aufs rücksichtsloseste wegnahmen. In der Bukowina wurde sogar der gesamte Großgrundbesitz des griechisch-orien-

talischen Religionsfonds beschlagnahmt, der an die Bauern verteilt werden sollte.

In die Augen fallender und eingreifender war die Kirchen- und Sprachenpolitik, die sofort einsetzte, als das Land von Rußland erobert war. An ihr sah man sogleich, worauf es den Russen ankam, nämlich die unierte Kirche der Ruthenen und die kleinrussische Sprache zu unterdrücken. Da man hier so wenig wie im eigenen Lande die Tatsache dieser Unterschiede leugnen kann, suchte man sie dort mit der größten Brutalität totzumachen. Dafür hatte Graf Bobrinski einen überzeugten Helfer in dem Dumaabgeordneten und Bischof von Kiew, Eulogius, demselben, der schon im Frieden unter demselben Gesichtspunkte die Kampagne gegen die Polen um das Land Cholm geführt hat. Es ist bekannt, wie man den obersten Kirchenfürsten der Ruthenen, den Grafen Andreas Szeptycki, nach Rußland verschleppte. Er hatte sich heldenhaft geweigert, seine Herde zu verlassen, um nicht dadurch den Russen ein gewisses formales Recht zu geben, die Diözese neu zu besetzen, und wich nur der Gewalt. Ebenso wie er wurden Hunderte von ruthenischen Priestern verschickt. Man führte in den Dörfern eine unwürdige Abstimmungskomödie auf; wenn sich zwei Drittel für die russische Orthodoxie aussprachen, wurde ein russischer Pope neben dem ruthenischen (griechisch-katholisch-unierten) Geistlichen eingesetzt, und der letztere dann kurzerhand verhaftet und verschickt. Hunderte von russischen Popen wurden so in das Land gezogen, Hunderttausende von russischen religiösen Schriften verteilt, russische Klöster errichtet usw. Kurz, es spielte sich in dieser brutalen „Bekehrung" zur orthodoxen Kirche eine neue Auflage der altbekannten rohen Uniatenpolitik unter Nikolai I., Alexander II. und Alexander III. in Litauen und Polen wieder ab. Ganz systematisch ist man darin vorgegangen, und wir können wohl glauben, daß dieses für die heilige russische Kirche getane Werk im Innern des Reiches auf die Masse seinen Eindruck nicht verfehlte. Damit ließ sich agitieren, damit lockte man auch den russischen Bauern drinnen im Reiche seine Kopeken für dies Missionswerk ab, und damit erregte man seine primitive Leidenschaft wieder, die durch die Dauer des Krieges und seine Rückwirkungen sicherlich schon recht schwach geworden ist.

Ebenso ist man gegen die ruthenische Sprache vorgegangen; besonders in dieser Sprachenpolitik sah man, daß das kleinrussische Element als der Hauptfeind betrachtet wurde. Alle Aufschriften in dieser Sprache hatten zu verschwinden, die Zeitungen stellten ihr Erscheinen ein, die große Buchhandlung der Schewtschenko-Gesellschaft, des bekannten geistigen Mittelpunktes aller Kleinrussen, wurde geschlossen, die namhaften Führer der Ruthenen wurden verhaftet und, während in der Bukowina das Rumänische und in Galizien das Polnische unbehelligt gelassen wurde, wurde der Gebrauch der kleinrussischen

Sprache bewußt und absichtlich unterdrückt. Russische Sprache, russische Sitte, russischer Glaube und russisches Recht sollten im Lande herrschen, und nach altbewährten Rezepten der Russifizierung wurde das, soweit es die Kürze der Zeit gestattete, mit Gewalt durchgesetzt. Wie in der Kirche, wurde das System auch in der Schule rücksichtslos verfolgt, und ebenso war die Amtssprache der eingesetzten Gerichte ausschließlich russisch. Wir müssen anerkennen, daß sich aus Rußland selbst Widerspruch gegen die Brutalität erhoben hat, um so mehr, als man garnicht in der Lage war, die notwendigen Lehrkräfte für das Land zu beschaffen. Denn man mußte sehr bald einsehen, daß ohne Kenntnis des Kleinrussischen mit aller Rücksichtslosigkeit und Gewalt überhaupt nichts geschafft werden konnte. So hat diese Schulen- und Sprachenpolitik, die besonders Herr Dudykiewicz (der Herausgeber der bekannten russophilen Lemberger Zeitung Prikarpatskaja Rus) vertrat, in Rußland selbst Widerspruch hervorgerufen. Und natürlich ist auch nicht der leiseste Nutzen aus dieser Okkupationsverwaltung herausgekommen, die bloß zerstörte und nichts aufbaute. Während wir in Belgien uns den Schutz und die Sorge für die Kunstdenkmäler und die Galerien besonders angelegen sein lassen, hat die russische Verwaltung die entsprechenden Sammelstätten in Lemberg, das Landesmuseum, besonders aber das berühmte Ossolinskische Institut, geplündert und den Hauptinhalt nach Petersburg überführen lassen.

Nun ist Lemberg wieder befreit und diese Zeit russischer Fremdherrschaft vorüber wie ein böser Traum. Sie hat für Galizien bei allen Leiden, die es zu überstehen hatte, doch ein Gutes gehabt: die Aufmerksamkeit Europas ist dadurch wie noch nie auf dieses Land gerichtet worden. Der Gegensatz von Ruthenen und Polen, die Verhältnisse Galiziens, die große Wichtigkeit der Kirchenfrage, der Begriff der Union, d. h. einer griechisch-katholischen, aber mit dem Papste verbundenen Kirche, die im Gegensatz zur russischen Kirche steht und in Galizien herrscht, — alles dies ist nicht nur durch eine rührige Propaganda unsrer öffentlichen Meinung nahegebracht worden, sondern noch vielmehr dadurch, daß das Land fast ein Jahr das Schlachtfeld des Krieges war und russische Fremdherrschaft erdulden mußte. Wir rühren heute nicht die in den ersten Kriegsmonaten oft besprochene Frage nach der Spionage und Verräterei in Ostgalizien auf, die den Russen den Einmarsch und die ersten Siege so sehr erleichtert haben. Darüber werden später die Akten sprechen. Daß dabei gegen die Ruthenen sehr übertrieben worden ist, ist ebenso keine Frage, wie daß die jahrelang betriebene, mit dem Rubel unterstützte Wühlerei der russischen Agitatoren, oft direkt von Spionen in geistlichem Gewande, ihre volksverderbende Wirkung gehabt hat. Graf Tisza hat sich in einer Rede über alles das sehr entschieden ausgesprochen; sonst weisen wir noch hin auf die Sammelschrift: Dokumente des polnischen

Russophilismus mit einer Einleitung: Die russische Propaganda und ihre polnischen Gönner in Galizien von Lozynskyj.

Ebenso ist noch keine Zeit, die Gedanken für die Zukunft zu erörtern, die nach der Eroberung von Lemberg sofort lebendig werden. Sie fliegen, von phantastischen Hoffnungen beflügelt, über die Reichsgrenze hinüber zu den Millionen von Kleinrussen, deren Gebiet unmittelbar an das galizische Land anstößt. Sie beschäftigen sich auf etwas festerer Grundlage mit den Folgerungen für die galizische Politik in Österreich-Ungarn. Hat doch der Krieg erkennen lassen, wie segensreich die galizische Wahlreform von 1914 und die wenigstens begonnene Gewährung einer ruthenischen Universität in Lemberg war, und wie schädlich die Versäumnis namentlich in der agrarischen Reform. Wie der Empfang der beiden bedeutendsten ukrainischen Führer, der Abgeordneten Konstantin Lewycky und Wassilko, am 15. April beim Erzherzog Friedrich und beim Thronfolger zeigte, schenken auch die höchsten Stellen der Monarchie dieser Frage ihre Aufmerksamkeit und würdigen ihre Bedeutung in Krieg und Frieden für die Monarchie.

Wir aber denken bei aller Freude über diesen glänzenden Erfolg daran, daß die militärische Arbeit auch in Galizien selbst noch nicht ganz getan ist. Im Nordosten und Südosten ist noch ein ganzer Teil des Kronlandes in russischer Hand, am Dnjestr kämpft noch unsre Armee Linsingen, und so groß die moralische Wirkung des Falles von Lemberg ist, so sind doch am Dnjestr und gegen den Bug noch erhebliche militärische Aufgaben zu lösen. Darum ist es, schon den Feldzugbereich angesehen, vollends nicht an der Zeit, den militärischen Erfolg bereits politisch ausmünzen zu wollen. Aber in zweierlei können wir schon heute die historische Bedeutung des 22. Juni ohne Zweifel sehen.

Daß Rußland trotz einer unerhört günstigen Lage und Vorbereitung aus diesem Lande, das es sich schon angliedern wollte, so herausgeworfen wird, ist der größte Schlag, den der Panslawismus erhält. Wir haben von Anfang an gesagt, daß der Panslawismus im harten Kampfe der Schlachten keine Realität sei. Die Serben haben es, obwohl Österreich seinen Feldzug nach Serbien herein nicht zu Ende bringen konnte, gemerkt; sie sind von Rußland völlig im Stich gelassen worden. Und hier in Galizien? Beim Einmarsch erließ Großfürst Nicolai auch an die Kleinrussen einen Aufruf, in dem er ihnen die „Befreiung vom österreichischen Joche" ankündigte. Glatt zu Boden gefallen ist diese ganze Schaumschlägerei, und so hat die Panslawisten-Partei Rußlands, die ihren Staat frevelhaft in diesen Krieg hereingezerrt hat, mit dem Falle Lembergs einen schweren Schlag erhalten. Das wird aber weiter wirken, in das Innere Rußlands herein. Die Minister Goremykin und Ssasonow haben am 9. Februar

in der Duma erklärt, daß dieses letzte Juwel Galizien der Zarenkrone unbedingt eingefügt bleiben müsse. Jetzt stehen sie mit ihrer Erklärung vor der Nation da, die an sie und an das ganze herrschende Regime immer drohender die Frage richtet, wofür eigentlich die ungeheuren Opfer an Gut und Blut von ihr gebracht werden sollen, wenn selbst in einer solchen Koalition, nach einer solchen Vorbereitung auf den Krieg ein Land, das man schon als russische Provinz ansah, schon bestimmt als realen Kriegsgewinn rechnete, in sieben Wochen einer stürmischen feindlichen Offensive wieder entrissen werden kann. Die politisch-moralische Wirkung des Falles von Lemberg auf die russische öffentliche Meinung muß, wie wir glauben, sehr hoch eingeschätzt werden. Es ist in diesem Dreivierteljahr in Rußland zuviel von Galizien die Rede gewesen, sein Verlust ist etwas zu Sinnfälliges, kann ja gar nicht durch allerlei Künsteleien der Generalstabsberichte verschoben werden. Denn eine solche Stadt hat man oder man hat sie nicht. Die Russen haben sie nicht mehr, und die Wirkung dieses einfachen, aber um so verständlicheren Eindrucks auf das russische Volk muß daher groß sein. Deshalb danken wir es unsrer Heeresleitung, daß sie zusammen mit der österreichisch-ungarischen den Feldzug mit dieser Energie so vorantrug, und wir schreiben schon heute mit frohem Stolz diese sieben Wochen deutscher Kriegsgeschichte neben die glänzendsten Taten unsrer Kriegsvergangenheit ein. Denn es war der Geist von Fehrbellin und von Belle Alliance, der Geist atemlos vorstürmender Offensive, der diesen Preis erkämpfte.

33.

(Österreich-Ungarn — Die englische Kriegsanleihe)

30. Juni 1915

Am 28. Juni hat sich der Tag des Attentats von Serajewo gejährt, mit dem der Weltkrieg von 1914 begann. Wenn Erzherzog Franz Ferdinand heute in diesem Riesenkampfe auf sein Vaterland blicken könnte, mit Stolz und Freude würde es ihn erfüllen, wie glänzend sich die beiden Gedanken bewähren, denen er sein Leben geweiht hatte: die militärische Rüstung und die Reichseinheit. Von 1896 an ist er mit dem Kreise der Generale, die jetzt Österreichs Schlachten schlagen, die treibende Kraft aller Militärreformen, der Leiter der großen Armeemanöver und der Erzieher der Flotte gewesen. Und unerschütterlich stand ihm fest, daß die Reichseinheit allen Forderungen der einzelnen Nationalitäten vorangehen müsse; er erkannte die Rechte der einzelnen Staatsvölker an, aber er war ein unerbittlicher Gegner aller tschechischen und magyarischen Sondergelüste.

Mit hohem Stolze würde der Fürst, der seinem Staat durch jenes ruchlose

Attentat so früh entrissen wurde, auf die Kriegslage blicken, im Osten wie im Südosten. Er würde freudig den Augenblick mit erlebt haben, in dem mit der Rückeroberung Lembergs das eine militärische Kriegsziel der Russen, der Vormarsch nach Wien, endgültig unmöglich gemacht ist. Damit ist auch das politische Kriegsziel Rußlands nicht mehr erreichbar: die Hoffnung des Panslawismus auf die Zertrümmerung Österreichs ist dahin. An der Notwendigkeit einer dauernden Sicherung dagegen würde Franz Ferdinand heute ebenso festhalten wie an seiner Überzeugung, daß die Aufgabe seines Vaterlandes nicht nach Osten gerichtet sei.

Diese sah er vielmehr im Südosten. Darum würde der Vorstoß der Serben und Montenegriner in Albanien sein Auge besonders auf sich ziehen. Es scheint jetzt festzustehen, daß die Serben Durazzo und die Montenegriner Skutari besetzt haben, ungefähr zur gleichen Zeit, am 23. und 22. Juni. Immer undurchsichtiger wird somit die Lage am Westbalkan, immer seltsamer die Haltung Italiens. Wenn wir daran denken, daß die Heirat des heutigen Königs von Italien mit der montenegrinischen Prinzessin vom damaligen Botschafter Italiens in Wien, dem Grafen Nigra, unter ausschließlich politischem Gesichtspunkte betrieben wurde, und daß Italien in seinen Verabredungen mit Rußland sich die Verfügung über Albanien ausdrücklich vorbehielt, so wundern wir uns über eine Politik, die diesem serbischen Vorstoß zusieht, noch mehr freilich über eine Kriegführung, die in fünf Wochen schlechterdings nichts vorangebracht hat.

Die beiden Erfahrungen, die die Welt an Österreich-Ungarn in den ersten Kriegsmonaten machte, haben sich auch in seinem weiteren Verlaufe bewährt. Die nationalen Verschiedenheiten seiner Bevölkerung sind ihm keine Gefahr, und seine wirtschaftlichen und moralischen Kraftäußerungen setzen die Welt in Staunen. Am 5. Mai sind in beiden Reichshälften die Vorschriften in Geltung getreten, die die Landsturmpflicht auf die Zeit vom 18. bis 50. Lebensjahre ausdehnen. Wichtig ist, daß die Durchführung zugleich einen Schritt in dem engeren Zusammenschlusse der beiden Reichshälften bedeutet. Denn Ungarn hat das Gesetz angenommen, durch das es möglich ist, landsturmpflichtige ungarische Staatsbürger für die Dauer des Krieges auch in die gemeinsamen Truppenkörper einzustellen. Es hat sich dabei von dem Grundsatze leiten lassen, daß die gemeinsame und wechselseitige Verteidigung des Gesamtstaates die wichtigste Aufgabe des Augenblicks sei.

Als er diese Vorlage vertrat, hat Graf Tisza (am 26. April) einen Überblick über die Kriegsoperationen gegeben, der uns den österreichisch-ungarischen Standpunkt sehr gut zeigte und die Phasen des gemeinsamen Kampfes nach Osten vom Oktober ab: den Vormarsch und Rückzug von Iwangorod, die neue Offensive bis zur Linie Bzura—Nida—Dunajec, die Offensive in den

Karpathen mit bedeutender Unterstützung Deutschlands von der zweiten Hälfte des Januar ab, an die sich der Mai- und Junifeldzug, den wir eben erlebten, anschloß. Sehr treffend sagte Graf Tisza: „Wir waren bestrebt, uns mit vereinter Kraft dort zu schlagen, wo dies vom Standpunkte gemeinsamer Zwecke aus am notwendigsten war". In diesem Ringen tun alle Völkerstämme Österreich-Ungarns ihre Pflicht, wobei von den Deutschen am wenigsten gesprochen wird, weil man ihre Leistungen als etwas Selbstverständliches hinnimmt, während man dies den Slawen als besonderes Verdienst anrechnen zu müssen glaubt. Die glänzende Tapferkeit aber gerade der deutschen Soldaten Österreichs haben unsre Offiziere und Truppen auf das stärkste erlebt, auch wenn das in der Kriegsberichterstattung nicht so sehr zum Ausdruck kommt.

In ausgezeichneter Weise ist die finanzielle Kriegsrüstung weitergegangen. Gerade in dem Augenblick, als der neue Feind, Italien, auf dem Kriegsschauplatze erschien, ist das österreichische Moratorium so gut wie vollständig abgebaut worden (26. Mai). Der Krieg mit Italien berührte freilich die österreichischen Finanzverhältnisse nicht allzustark. In Triest, wo man allein in engerem Zusammenhang mit Italien geschäftlich arbeitet, hatte man sich schon längst auf den kommenden Krieg eingerichtet, die Filialen der Banken in der Hauptsache zurückverlegt, die Depots und Dokumente nach Wien gebracht; auch hatte die österreichisch-ungarische Bank beinahe seit Anfang des Krieges Wechsel auf Triest nicht mehr diskontiert. Ein großer Vorteil ist, daß infolge der langsamen Entwicklung der Kriegsgefahr die österreichischen Handelsschiffe fast sämtlich aus Triest in sichere Häfen gebracht werden konnten und daß so namentlich das wichtigste Schiffahrtsunternehmen unseres Bundesgenossen, der Österreichische Lloyd, in seinem Material bei weitem nicht so geschädigt wird, wie unsre deutschen Schiffahrtsgesellschaften. Eine Dividende vermag er freilich für das Jahr 1914 auch nicht zu zahlen.

Die Rückeroberung Galiziens rückt nun die Fürsorge für dieses durch den Krieg schwer mitgenommene Land in den Vordergrund. Im April ist bereits eine galizische Kriegskreditanstalt gegründet worden, mit 25 Millionen Kronen, von denen 23 vom Staate und nur je eine Million vom Lande Galizien und der staatlichen galizischen Landesbank beigetragen sind. Dieses Institut gibt den Rahmen für das Retablissement ab, das jetzt mit aller Kraft einzusetzen hat. Deshalb soll das Grundkapital auf 100 Millionen erhöht werden. Damit beginnt eine Arbeit, für deren Erfolg sehr wesentlich sein wird, daß man die in diesem Lande sich leicht sehr hervordrängenden politischen und Parteiinteressen rücksichtslos beiseite schiebt.

Vor allem aber hat die neue, zweite Kriegsanleihe die Finanzkraft Österreich-Ungarns in Anspruch genommen. Österreich begab eine Anleihe

zu $5^1/_2$ v. H. und $95^1/_4$, Ungarn zu 6 v. H. und $97^1/_2$. In der Zeit vom 8. bis 29. Mai gingen die Zeichnungen in Österreich, vom 12. bis 26. Mai in Ungarn vor sich. Sie standen unter dem Eindruck der italienischen Kriegserklärung, die die Opferwilligkeit nur gesteigert hat. Auch die tschechischen Finanzinstitute, die sich bei der ersten Anleihe, auch aus politischen Gründen, nicht stark beteiligt haben, wurden ebenso wie der ungeheuer reiche böhmische Hochadel diesmal mehr herangezogen. Das Ergebnis der Anleihe, die wie die unsre nach oben nicht begrenzt war, war denn auch so, daß unser Verbündeter darauf stolz sein kann. Die erste Anleihe brachte in Österreich 2135, in Ungarn 1170, die zweite in Österreich 2200 Millionen, in Ungarn über eine Milliarde, so daß der Gesamtstaat in beiden Kriegsanleihen nicht weniger als 7 Milliarden Kronen aufgebracht hat. Wir können nur wiederholen: das sind Zeichen einer wirtschaftlichen Kraft und Leistungsfähigkeit, die auch in Österreich selbst weite Kreise seiner Volkswirtschaft nicht mehr zugetraut hatten.

Ein weiteres Zeichen dafür ist nicht nur, daß die österreichisch-ungarische Bank am 13. April ihren Diskontsatz von $5^1/_2$ v. H. herabsetzte, sondern daß man bereits heute guten Mutes die Finanzaufgaben nach dem Kriege erwägt. Sie bestehen in dreierlei: in der Ordnung des Budgets, in der Beseitigung des angeschwollenen Notenumlaufs und in der Wiederherstellung der Valuta. Die österreichisch-ungarische Bank hat, wie wohl bekannt ist, seit Beginn des Krieges ihre Wochenausweise eingestellt, so daß weder die Höhe ihres Goldvorrats noch ihres Banknotenumlaufs bekannt ist. Zur Erleichterung der Valuta sind die Beziehungen zu Deutschland bereits weiter ausgebaut worden. Im November hat Österreich 200 und Ungarn 300 Millionen Schatzwechsel in Deutschland an ein Bankenkonsortium begeben; am 22. Juni hat der österreichische Finanzminister mitgeteilt, daß eine Anleihe von 305 Millionen Mark ebenfalls mit einem deutschen Bankenkonsortium abgeschlossen sei. Ungarn dürfte diesem Vorgange wohl in einiger Zeit folgen. Diese Anleihe bei Deutschland dient nicht dem Zwecke der unmittelbaren Finanzunterstützung unsres Bundesgenossen für die Kriegsausgaben — dazu ist er allein fähig —, sondern es ist eine ausgesprochene Valutaanleihe mit dem Zwecke, für Zahlungen ins Ausland ausländische Geldmittel zur Verfügung zu haben. Die Anleihe schafft gewissermaßen ein Guthaben der Finanzverwaltung unsres Bundesgenossen bei uns, aus dem Zahlungsverpflichtungen an das Ausland beglichen werden. Österreich-Ungarn hat danach, wenn alles dies zustande kommt, rund eine Milliarde Mark schwebende Schuld bei uns, über die erst der Friedensschluß entscheiden wird, ob sie entweder aus einer Kriegsentschädigung bezahlt oder in eine eigentliche Anleihe verwandelt wird.

Österreich konnte ganz offen mitteilen — und dies erweist am besten seine

Schlagfertigkeit und Geschlossenheit —, daß seit Anfang des Krieges der Führer der tschechischen Radikalen, Klofatsch, und am 21. Mai der Führer der Jungtschechen, Kramarz, mit dem Abgeordneten Scheiner, dem Obmann des Sokolverbandes, verhaftet ist. Die Unverfrorenheit wurde von Kramarz so weit getrieben, daß er noch während des Krieges nach der Krim gefahren ist, und daß auf dem Kopfe eines panslawistischen Hetzblattes in Petersburg bis heute sein Name unter den Mitarbeitern figuriert. Auch in manchem andern, wie in der Kriegsliteratur, den Zeitungen und dergleichen zeigte sich, daß die Intelligenz der Tschechen dem österreichischen Staate vielleicht am fernsten steht: eine Kriegsliteratur, wie sie bei den Deutschen, den Polen und den Magyaren entstanden ist, fehlt auf der tschechischen Seite fast ganz, und man denkt, immer nur von der Intelligenz gesprochen, dort eher an den 500. Todestag von Johannes Huß, der 1915 gefeiert wird, als an den Kampf des gesamten Staates.

Als ein wichtiges Ereignis wird in Ungarn bezeichnet, daß am 3. Juni die Führer der drei Oppositionsparteien, Graf Julius Andrassy (Verfassungspartei), Graf Albert Apponyi (Unabhängigkeitspartei) und Graf Aladar Zichy (Katholische Volkspartei) vom Kaiser Franz Josef in Schönbrunn empfangen worden sind. Über das Ergebnis der Audienzen ist nichts bekannt geworden. Es scheint die Absicht zu bestehen, auch in Ungarn ein Koalitionsministerium zu schaffen, um alle Kräfte des Staates für die großen Aufgaben der Gegenwart anspannen zu können. Zustande gekommen ist es noch nicht. Naturgemäß werden die Führer der Opposition dem Kaiser auch ihre Wünsche vorgetragen haben (wie das aus einer Äußerung des Grafen Apponyi im Budapesti Hirlap hervorgeht), die die ungarische Unabhängigkeit oder besser Selbständigkeit, das, was man die ungarische „Staatlichkeit" nennt, stärker betonen. Wir glauben indes nicht, daß für Entschlüsse in dieser Richtung heute schon die Zeit sein kann. Dringlicher sind die Fragen der Nationalitätenpolitik, die dabei wohl auch zur Sprache kamen. Sie greifen in der rumänischen Angelegenheit, zu deren Erörterung sich der Reichskanzler und der Staatssekretär von Jagow nach Wien begeben hatten, in das Gebiet der hohen Politik herüber und werden durch das Eingreifen Italiens in bezug auf die Südslawen berührt.

Es ist für manche der slawischen Va-banque-Politiker in Österreich charakteristisch, daß der Abgeordnete Supilo, der Vater der Serbisch-kroatischen Vereinigung und Herausgeber des Nowi List in Fiume (derselbe, der im Friedjung-Prozeß eine Rolle spielte), sich seit Kriegsanfang in Petersburg aufhält und jetzt in den neubulgarischen Landstrichen aufgetaucht ist, von wo er lebhafte Beziehungen mit den Russophilen in Sofia unterhält. Auch in London ist eine Deputation der Kroaten, überhaupt der Südslawen, erschienen,

wo man nicht recht etwas mit ihnen anzufangen weiß: man läßt sich deren Hoffnungen auf eine südslawische Konföderation, die mindestens 12 Millionen umfassen soll, erzählen, und die Pläne der Entente haben auch im Herzog der Abruzzen schon den König für dieses kroatische Reich parat. Alles das hat nicht die geringste Bedeutung. Die Kroaten sind kaisertreu und die Slowenen desgleichen, beide von einem wilden Haß gegen die Italiener beseelt, mit denen sie seit Jahrzehnten im schärfsten Kampfe stehen. Slowenen und Kroaten sind ja die Masse der Bevölkerung in Dalmatien und dem Küstenlande, wo überall die Italiener nur noch eine sich mühsam behauptende, ununterbrochen zurückgedrängte, dünne Oberschicht sind. Hier steht alles, Slowenen und Kroaten, leidenschaftlich für Österreich, gegen Italien und damit ebenso gegen die großserbischen Hoffnungen, für die sich im Frieden einzelne Agitatoren bis zum Hochverrat erwärmen wollten, die aber jetzt zusammenbrechen. Von der Stellungnahme Ungarns wird viel abhängen, wie sich die Verhältnisse der Balkanhalbinsel für die großen Balkaninteressen des Gesamtstaates gestalten werden. Wir möchten dafür noch einmal auf das vor acht Tagen zitierte Interview eines Mitarbeiters der bulgarischen Kambana mit dem früheren Minister, dem Führer der Christlich-Sozialen, Geßmann zurückkommen. Dieser, bekanntlich der nächste Mitarbeiter des verstorbenen Lueger, erklärte dem Bulgaren klipp und klar: „Österreich-Ungarn hat keine Eroberungspläne. Die Richtung auf Saloniki, von der man oft gegen Österreich-Ungarn gesprochen hat, ist unmöglich wegen der politisch-nationalen Konstellation in der Monarchie selbst. Sie kann und darf nicht andere Länder okkupieren, weil sie keine neue Nationalität in ihren Bestand aufnehmen kann." Deshalb wünscht gerade Österreich-Ungarn ein vergrößertes, wohlabgerundetes Bulgarien und Ruhe auf der Balkanhalbinsel für die Betätigung seiner großen wirtschaftlichen Interessen dort. Für diese aber ist es ein Glück, daß die Zugeständnisse, mit denen man die Neutralität Bulgariens erhalten wollte, nicht Wirklichkeit geworden sind. Jetzt fallen alle Rücksichten auf Italien weg, die innerhalb des Dreibundes oft genug die österreichische Balkanpolitik und seine Adriapolitik gehemmt haben. Triest war früher eine deutsche Stadt. Erst seit 1849 und 1867, als es ein eigenes Kronland wurde, kamen die Italiener in die Lage, die Stadt immer mehr für sich in Anspruch zu nehmen, unterstützt durch die Nationalitätenpolitik, die es nicht verstand, zwischen Deutschen, Slowenen und Italienern den richtigen Weg zu finden. Aber heute ist Triest auch nicht italienisch, sondern, wenn in diesem Lande das allgemeine Wahlrecht gälte, hätten Landtag und Gemeinderat eine Mehrheit der Slowenen. Sind diese mit allen ihren Interessen gegen Italien an Österreich gebunden, so erst recht Triest als Handelshafen. Hier hat der Elberfelder Karl Ludwig von Bruck 1837 den Österreichischen Lloyd

gegründet, und die hochfliegenden Gedanken dieses späteren österreichischen Handels- und Finanzministers sind keineswegs, wie Heinrich Friedjung einmal resigniert schreibt, in ihrer geistigen Arbeit verloren, sondern gewinnen heute auch für diese Stadt, die mit der Tauern-, Karawanken- und Wocheiner Bahn so eng auch an Süddeutschland geknüpft ist, stärkste Gegenwartsbedeutung. Man sollte Brucks Denkschrift: „Die Aufgaben Österreichs", 1860 nach seinem Tode erschienen, heute neu drucken, dann würde man sehen, wie seine Gedanken, die praktisch von Triest ausgingen, auch heute, und heute viel mehr als damals, lebendig wirksam sind. Wir sind froh, daß es nicht zu jenem gefährlichen Zugeständnis, das Triest in eine quasi-neutrale Stadt verwandeln wollte, gekommen ist, und Deutschland kämpft auch dort, die Italiener mögen wollen oder nicht, für Österreich und für seine Interessen, für eine gemeinsame große Adria- und Balkanpolitik in der Zukunft. —

Am 23. Juni ist das Gesetz über die neue Kriegsanleihe Englands in erster Lesung vom Parlament angenommen worden. Da England (s. die Übersicht vom 9. Juni) der finanzielle Mittelpunkt der Koalition gegen uns ist, ist uns dieser neue Versuch von doppeltem Interesse. Deshalb sei es gestattet, auch ihn ausführlicher zu besprechen.

Englands Finanzen sind durch eine zunehmende Verschlechterung seiner Zahlungsbilanz und die ungeheure Steigerung seiner Kriegsausgaben beherrscht. Darüber hat Asquith einige wichtige Mitteilungen gemacht. England gibt täglich 52 Millionen Mark für den Krieg aus. In den 73 Tagen vom 1. April bis 12. Juni, auf die sich die Mitteilungen von Asquith bezogen, wurden 194 Millionen Lstr. ausgegeben, davon 10 für Nahrungsmittel, 26 für fremde Anleihen, 36 für die Flotte und 121 für die Armee. Der weitaus größte Anteil der Kriegskosten geht also auf die Kämpfe zu Lande, in Flandern und Nordfrankreich — auch etwas für England vollständig Neues. Im ganzen werden die Kriegskosten eines Jahres auf rund eine Milliarde Lstr. angenommen.

Der neue Finanzminister, Mac Kenna, hat sich zunächst für die Auflegung einer gewaltigen neuen Kriegsanleihe entschieden. Und wie das geschah, das erlaubt eben ein Urteil über die finanzielle Kraft des Gesamtbankiers unsrer Gegner. Die Anleihe wurde zu pari und $4^1/_2$ v. H. aufgelegt, also unter günstigeren Bedingungen als die erste Anleihe, die zu $3^1/_2$ v. H. und 95 begeben wurde. Sie ist nach dem deutschen Vorbilde nach oben nicht begrenzt. Sie ist unkündbar bis 1925 und soll bis 1945 zurückgezahlt sein. Die Zeichnungen sind eben in vollem Gange und auf drei Wochen erstreckt. Man erwartet davon 600 bis 1000 Millionen Pfund. Bis hierher bietet dieser Anleiheentschluß nichts Besonderes. Interessant wird er erst durch das Weitere. Da der hohe Zinsfuß die Wirkung haben muß, den Preis andrer Wertpapiere mit festem Zinsfuß zu senken, haben die Inhaber der alten

Kriegsanleihe und der berühmten Konsols (zu $2^1/_2$ v. H.) das Recht erhalten, sie in neue Anleihe umzutauschen. Der Umtausch erfolgt (für die Konsols zu einem Zwangskurs von 65) nur unter der Bedingung, daß der Inhaber den gleichen Betrag in neuer Kriegsanleihe zeichnet. Das ist eine Maßnahme, die in der Finanzgeschichte völlig neu ist: die Verbindung einer neuen Anleihe mit einer Konversion, und zwar einer Konversion nach oben. Die Lust zu zeichnen soll dadurch gestärkt werden, daß den Inhabern der ersten Kriegsanleihe und vor allem der Konsols durch dieses Umtauschgeschäft eine höhere Verzinsung gewährt wird. M. a. W.: es wird eine Prämie auf die Zeichnung gezahlt, die dem Staate eine erhebliche Erhöhung seiner Zinsenlast bringt. Der Finanzminister glaubt also, eine solche Anleihe nur günstig durchführen zu können, wenn der Staat freiwillig höhere Zinsen zahlt, als er verpflichtet ist, und wenn er ausdrücklich verspricht, bei etwaiger Ausgabe späterer Anleihen zu noch höherem Zinsfuß die früheren Anleihen ebenso wieder hereinzunehmen. Vom rein geschäftlichen Standpunkte aus läßt sich, wie die englische Presse offen sagt, dieses Geschäft nicht rechtfertigen; die City hält diese Bedingungen auch für zu günstig. Aber das ist eben das Wesentliche an dieser neuartigen und gewaltigen Finanzoperation, daß die englischen Finanzen bei rein geschäftlicher Behandlung nicht mehr imstande sind, weiterhin die Last des Krieges zu tragen. Das Vorgehen Mac Kennas gibt zu, daß die erste Kriegsanleihe nicht genügend geglückt ist; sonst würde man sie nicht, worauf das Umtauschgeschäft herauskommt, auf diese Weise zu höherem Kurse zurücknehmen. Und ebenso wird zugestanden, daß dieses Riesenmanöver, das sich, wenn alles gut geht, auf einen großen Teil des englischen Rentenbesitzes erstrecken wird, gerade diesen Rentenbesitz, die festesten und ersten Standardpapiere der Welt, entwertet und erschüttert.

Wir sind nicht in der Lage, heute schon ein abschließendes Urteil über diese unstreitig großartige Finanzoperation zu fällen, und es ist eine Torheit, wenn man bei uns heute bereits von einem Mißerfolg sprechen will. Erst ist die Probe der Einzahlungen abzuwarten. Wir werden dann sehen, wieviel in bar und wie viel in Papier bezahlt wird. Uns kann es aber heute mit berechtigter Genugtuung erfüllen, daß in den Einzelheiten der neuen englischen Kriegsanleihe zweimal ausdrücklich auf das deutsche Vorbild hingewiesen wird. Man ahmt es nach, indem man die Anleihe nach oben nicht begrenzt und indem man sie der Opferwilligkeit und dem Patriotismus der Bevölkerung auf das wärmste empfiehlt. Was hat man, als Deutschland seine beiden Kriegsanleihen auflegte, in England verächtlich über die Deutschen gespottet, die diesen Appell an das Gefühl und die vaterländische Pflicht in ein Finanzgeschäft hereinbrachten, wie es unsre Reichsbank tat: dergleichen seien ja reine Geschäftssachen, und wenn man da mit dem Sentiment arbeiten müsse, so

sei das schon ein Zeichen, wie faul die deutschen Finanzen stünden. Heute klingen genau dieselben Töne aus den Blättern Englands, wie sie damals bei uns angeschlagen wurden. Mit beredten Worten wird den Bürgern die Pflicht ans Herz gelegt zu zeichnen, dieses Geschäft für das Vaterland zu machen, und merkwürdig nimmt es sich aus, wenn diese ethischen Töne aus reinen Kaufmanns- und Börsenblättern herausschallen.

Erfreulich sind die Gefühle nicht, die den englischen Finanzpolitiker heute bewegen. Wenn die letzte Grundlage des englischen Wohlstandes, die Konsols, ins Wanken kommen, wenn dieses Wanken um der Kriegsanforderungen willen sogar, statt beseitigt, gefördert werden muß, so sind das Zeichen dafür, welche Anforderungen dieser von England vorbereitete und heraufbeschworene Krieg an seine Finanzkraft stellt. Was die finanzielle Seite des Krieges anbelangt, so hat die Welt einen doppelten Irrtum erlebt. Sie sieht, daß es England trotz seiner ungeheuren Kapitalmacht schwer wird, den Krieg zu finanzieren, schwerer, als es selbst und die Welt geglaubt hatte, und daß die deutsche Finanzkraft und Finanzorganisation elastischer und stärker war, als die Welt auch geglaubt hatte. Wer sich heute mit der englischen Anleihe beschäftigt, der lese dann den Verwaltungsbericht unsrer Reichsbank für 1914 und die beiden Denkschriften: „Die Reichsbank in den ersten drei Kriegsmonaten" und: „Reichsbank und Geldmarkt in den sechs Kriegsmonaten", Dokumente, die die Reichsbank herausgegeben hat und die sich jeder zurücklegen sollte, der sich die Akten dieses Weltkrieges sammelt. Auf das, was in diesen nüchternen Denkschriften niedergelegt ist, können wir stolz sein, sowohl auf die Kapitalkraft und Opferwilligkeit unsres Volkes, wie auf die meisterhafte Durchführung der Operationen durch die Reichsbank selbst. Man lese die Ausführungen, warum die Reichsbank ein Moratorium ablehnte (Seite 13 der ersten Denkschrift) und vergleiche, welche Ordnung infolge dieser auf klarster theoretischer Einsicht beruhenden Politik uns erhalten wurde, und welche Unordnung in Frankreich durch den entgegengesetzten Standpunkt herbeigeführt wurde, die während des Krieges gar nicht wieder gutzumachen ist. Oder man dringe in die Entwicklung des Notenumlaufs ein, für die ein überraschend neuer Gesichtspunkt durch die einfache Scheidung von großen und kleinen Noten gewonnen wird. Da zeigt sich der innere Zusammenhang zwischen der Ausdehnung des Umlaufs kleiner Noten und der Zunahme des Goldbestandes, weil die Einlieferer von Goldmünzen besonders 20 Mark-Noten abfordern. Zieht man diese ab, so ergibt sich, daß sich der Umlauf der großen Noten — und das ist das entscheidende — auffallend wenig erhöht hat: die Tabelle darüber (Seite 23 der zweiten Denkschrift) wird einmal in die Finanzgeschichte dieses großen Krieges eingehen und ein dauerndes Ruhmeszeugnis der Deutschen Reichsbank bleiben. Wir haben keinen Grund, die Leitung der finanziellen Geschicke

Englands, die über die Erfahrung von Jahrhunderten und einen um drei Menschenalter älteren Kapitalismus verfügt, herabzusetzen. Aber stolz wollen wir darauf sein, daß wir für unsre finanzielle Rüstung Männer wie Havenstein, v. Glasenapp, Helfferich, um nur die staatlich Beamteten zu nennen, haben. Sie sind den großen Finanzpolitikern der englischen City und der englischen Kabinette durchaus ebenbürtig, und ihnen danken wir es, daß wir diesem Riesengegner gegenüber auch finanziell gerüstet und des Sieges sicher sind.

34.

(Die Kriegslage — Rußland — Der Balkan — Amerika — England — Helgoland)

7. Juli 1915

Nach dem stürmischen Vordringen im Mai und Juni nach Osten ist am Beginn des 12. Kriegsmonats auf dem östlichen Kriegsschauplatze zwar nicht eine Pause eingetreten, aber ein Abschnitt zu Ende gekommen. Während die Linie von Libau bis zur Pilica in der Hauptsache nicht verändert wurde, läuft von da ab die neugewonnene Front nun so: Ilza—Josefów (da über die Weichsel) —Krasnik—Zamość—Krylów am Bug: dies ist der eine Schenkel mit der Front nach Nordosten. Er hat vor sich die Bahn von Kowel über Lublin nach Iwangorod, dahinter die große Festung Brest. Von Krylów biegt die Linie scharf nach Süden ab und geht mit der Front genau nach Osten über Kamionka-Strumilowa—Przemyslany längs der Zlota-Lipa nach Süden. Daran schließt sich, wieder mit der Front nach Nordosten, die Linie bis zur russischen Reichsgrenze an der Stelle, wo die Gouvernements Podolien und Beßarabien zusammenstoßen. Der zweite Schenkel hat vor sich den Bug und dann die Festungslinie (von Süden an) Chotim—Kamienec—Rowno—Luzk, die gleichfalls nach Brest läuft. Letzteres ist so, wie bekannt, der Mittelpunkt dieser Festungslinie wie der nach Norden weiter laufenden Linie Grodno—Kowno, welch letztere sich über die Festungen Ossowiez, Lomscha, Ostrolenka, Pultusk zu dem berühmten Festungsdreieck an der Weichsel fortsetzt. Verfolgt man diese ganze Aufstellung der Zentralmächte genau auf der Karte, so sieht auch der Laie, daß sie nunmehr dem russischen Gegner sehr gefährlich nahegerückt ist und daß sie zwar nicht an einem Wendepunkt im Sinne der größten Entscheidungen, aber an einem Drehpunkte im Sinne der militärischen Bewegungen angekommen ist. In der Erwartung neuer und scharfer Kämpfe wächst daher aus den Erörterungen unsrer Gegner ganz logisch die angstvoll sorgende Frage heraus: Was wird der Feldmarschall von Hindenburg machen?

Im großen Zusammenhang der Operationen, die ja ein Ganzes bilden,

sind heute das Kampfgebiet im Westen, wo unsre Truppen dem Gegner den Begriff der Angriffsdefensive beibringen, das am Isonzo und in Albanien Nebenkriegsschauplätze. Dagegen sind das nicht die Kämpfe um die Dardanellen; das ist ein Hauptkriegsschauplatz ersten Ranges. Am 19. Februar begann der englisch-französische Versuch, die Meerenge durch Beschießung zu forcieren. Er mißlang. Desgleichen der große Angriff am 18. März. Darauf landeten beide Mächte Ende April auf der Halbinsel Gallipoli Truppen, die in den Kämpfen vom 6. bis 8. Mai direkt die Höhe des Achi Baba zu stürmen versuchten. Das mißlang gleichfalls. Seitdem ist das Streben der Gegner darauf gerichtet, im langsamen Vordringen des Schützengrabenkrieges und der Beschießung zunächst Krithia zu nehmen. Schwere Landkämpfe spielen sich dort fast ohne Unterbrechung ab, in denen die Tapferkeit unsrer türkischen Verbündeten glänzende Proben besteht. Die Engländer, die auch hier die Leitung in der Hand haben — der Angriff auf die Dardanellen ist eine englische Aktion, für die Franzosen, Australier und Kanadier nur Hilfskräfte sind, die Italiener Hilfskräfte werden sollen —, geben sich gar keiner Illusion über die Schwierigkeiten dieses Unternehmens hin. Aber nach mancherlei Schwankungen in den früheren Wochen ist es ihnen heute kein Zweifel, daß sie mit aller Kraft auf diesen Punkt drücken müssen. Denn hier liegt ein Zentrum der Politik dieses Krieges überhaupt. Von seiner Bedeutung für Rußland brauchen wir nicht zu sprechen, auf die Dardanellen blicken die Balkanstaaten in der Unsicherheit ihres Entschlusses und auf sie auch Italien, das, wie wir nicht vergessen wollen, keineswegs seine ganze Kriegsmacht am Isonzo oder gegen das Trentino beschäftigt, sondern große Truppenmassen noch in der Bereitschaft dahinter stehen hat. Wir aber hoffen, daß es der türkischen Verteidigung gelingt, diese Meeresstraße dauernd zu halten.

Auch ein Nebenkriegsschauplatz ist das Kampfgebiet in Mesopotamien, und für die Verbindung mit ihm sind, von Europa fast unbemerkt, zwei große Erfolge in letzter Zeit zu verzeichnen. Am 24. April ist die 1 Kilometer lange Euphratbrücke zwischen Dscherablis und Sistek eröffnet und Mitte Juni der 5 Kilometer lange Tunnel durch den Amanus bei Bagtsche (danach wird der Tunnel genannt) durchschlagen worden — beides Fortschritte, die der deutschen Ingenieurkunst zu danken sind und die den militärischen Nutzen der Bagdadbahn recht deutlich demonstrieren.

Überall zeigt die Kriegslage Spannung, überall Fluß der Entwicklung; noch nirgends sind letzte Entscheidungen gefallen, darum noch nirgends auch ein Abschluß abzusehen. Dem entspricht, daß die politische Spannung, die über der Erde liegt, immer mehr zunimmt. In ihr ist für den Augenblick die interessanteste Frage, ob die Vorgänge im Innern Rußlands in absehbarer Zeit bestimmend auf die militärischen Ereignisse einwirken werden.

Über die Unruhen in Moskau sind Einzelheiten bekannt geworden, die trotzdem ein klares Bild von der Art dieser Unruhen nicht geben. Nur insoweit sehen wir klar, daß der Untergrund der Arbeiterbewegung und der wirtschaftlichen Streiks, der 1905 nach dem Roten Sonntag überwältigend hervortrat, heute noch fehlt. Revolutionäre Bewegungen in der Bauernschaft sind an keiner Stelle zu verzeichnen. Die Bauern sind in der Hauptsache an der Front. Im übrigen kommt die Wirkung der Agrarreform zum Ausdruck, deren politische Bedeutung heute mit einem Male auch von Leuten anerkannt wird, die sich vor dem Kriege nicht genug tun konnten, diese Agrarreform als Blendwerk und Schwindel hinzustellen. Ein unzweifelhaftes Mittel zur Revolution ist aber, wenn auch von der Regierung nicht gewollt, die Vertreibung der Juden aus den Gouvernements Kowno, Kurland und Suwalki. Denn diese brutal aus Heimat und Erwerbsstätte herausgejagten Juden tragen den Keim revolutionärer Gärung überall hin, wohin sie verschickt werden.

Die Bewegung in der Gesellschaft, wozu auch die polnischen Parteien gehören, hat inzwischen zugenommen. Trotz des Verbotes gehen die Zusammenkünfte der Dumamitglieder weiter, aber in ihnen hat das revolutionäre oder auch nur oppositionelle Element in keiner Weise die Vorhand. Die Bewegung forderte, wie erinnerlich, die baldige Einberufung der Duma und hat erreicht, daß diese für August vom Zaren zugestanden worden ist. Ob das Reskript des Zaren vom 30. Juni an den Ministerpräsidenten heute schon zu würdigen ist, wie die Erlasse vom 3. März 1905 an den Minister Bulygin, steht dahin. Zunächst haben wir allerdings genau denselben Eindruck wie damals, daß sich der Zar zu einem Zugeständnis gezwungen fühlt, das aber jetzt wie damals aufschiebend und nur halb gemacht wird und möglicherweise deshalb nicht als wirkliche Konzession mehr empfunden wird. Was die Duma soll, spricht der Zar aus: „Nachdem ein besonderer Ausschuß unter Heranziehung von Abgeordneten und Industrievertretern für die Ausrüstungsfrage gebildet ist, sollen auch die Parlamente diese brennendste Frage des Augenblicks von sich aus fördern auf das Ziel: ‚Der Feind wird niedergeschlagen werden müssen, sonst ist der Friede unmöglich'." Wir enthalten uns heute der weiteren Erörterung über die möglichen Folgen dieses Reskriptes. Es kann ebensogut zu spät kommen, wie die Opposition in die dem Staate nützliche Bahn leiten.

Inzwischen ist die Veränderung des Kabinetts weiter gegangen. Dem Kampfe der beiden Parteien um den Zaren ist Maklakow bereits zum Opfer gefallen; seine beiden Gehilfen Plehwe und Dschunkowsky sind gleichfalls schon verabschiedet. Die Stellung des Ministerpräsidenten Goremykin ist natürlich erschüttert; doch ist er noch im Amt. Daß die Stellung Ssasonows erschüttert sein soll, dafür scheint ein Grund nicht vorzuliegen. Ssasonow war keineswegs ein entschiedenes Mitglied der Kriegspartei, sondern hat sich

treiben lassen. Und wenn er jetzt weichen müßte, so würden wir darin eher einen Sieg des englischen Botschafters Buchanan in Petersburg sehen, der allerdings Grund hat, auf Ssasonow ärgerlich zu sein, als einen Sieg der inneren Opposition, die keinen Grund hat, gegen Ssasonow zu hetzen. Dagegen ist am 26. Juni der Rücktritt des Kriegsministers Suchomlinow amtlich gemeldet worden, dem sein Gehilfe, der General Wernander, gefolgt ist; Nachfolger ist der General der Infanterie Poliwanow. Dieser Wechsel ist von großer Bedeutung.

Suchomlinow ist allerdings keineswegs Günstling und Vertrauter des Großfürsten Nicolai gewesen. Man kann daher nicht sagen, daß der Sturz Suchomlinows ein Schlag gegen den Großfürsten Nicolai sei. War dieser der eigentliche Kriegshetzer, so war Suchomlinow der eigentliche Kriegsvorbereiter, und er hat darin in jeder Weise Vortreffliches geleistet; in der Umgestaltung und Besserstellung des Offizierkorps, in der Erhöhung des Mannschaftsstandes, im neuen Wehrgesetz vom 6. Juli 1912 hat er sich als Organisator von einer in Rußland ungewöhnlichen Tatkraft bewährt. Zuletzt stand er, da er die Leitung des Kriegsministeriums und des Großen Generalstabs in seiner Hand vereinigte, tatsächlich an der Spitze des russischen Heeres, das er bewußt für einen Angriffskrieg bereit machen wollte. Seit März 1909, als er der Nachfolger des Generals Rödiger wurde, hat er dafür zielbewußt und mit dem Erfolge gearbeitet, den der Beginn der russischen Kriegsführung 1914 ja gezeigt hat. Im März und Juni 1914 verriet er durch Artikel in den Birschewyja Wjedomosti und durch eigene Äußerungen, daß er glaubte, mit seiner Arbeit am Ende angekommen zu sein und den Waffengang wagen zu können.

Alles in allem ist Suchomlinow, der weniger durch Geistesgaben, als durch Energie ausgezeichnet war, einer der besten Kriegsminister gewesen, die Rußland je gehabt hate. Und er ist in jeder Weise gescheitert. Weder hat die Schulung des Offizierkorps für den Angriff auf Galizien, auf den Suchomlinow es als Kommandierender des Militärbezirkes Kiew lange Jahre vorbereitet hatte, ausgereicht, noch hat sich die in der russischen Geschichte einzig dastehende, umfassend und planvoll durchgeführte Vorbereitung des Krieges unsrer Militärorganisation irgendwie gewachsen gezeigt. Noch niemals in seiner ganzen Kriegsgeschichte ist Rußland militärisch fertig gewesen, mit einziger Ausnahme des August 1914, und diese Rüstung ist von Deutschland zerschlagen worden. Das ist nicht nur die Wirkung der galizischen Siege, jetzt wirken Tannenberg und die Schlachten an den Masurischen Seen sich erst völlig aus: Hindenburg war der erste, der das Werk des russischen Kriegsministers vernichtete. Daß sein Rivale, der schon 1909 Chef des Generalstabes werden sollte, jetzt als Kriegsminister eine Wendung herbeiführen kann, wird

in Rußland selbst kein Mensch mehr glauben. Es ist nicht das System, das in Suchomlinow geschlagen ist. Denn dieses ist in jeder Einzelheit das System der deutschen Kriegsvorbereitung, die man bekanntlich, durch skrupellose Spionage unterrichtet, auch im einzelnen nachahmte. Sondern der unterliegt, der in der Benutzung dieses Systems nach geistigen und technischen Mitteln der Schwächere war: das ist Rußland, das bleibt es in diesem Ringen unter allen Umständen.

Ob auch das Marineministerium in den Strudel mit hereingezogen wird, wer Goremykins Nachfolger wird, ob der Adelsmarschall Samarin oder Gutschkow in das Kabinett eintreten, alles das ist noch im unklaren und ist heute auch für uns unwichtig. Das Reskript des Zaren beweist jedenfalls, daß an dieser Stelle ein Entschluß, den Frieden zu suchen, noch nicht gefaßt ist, und sein Appell an die Gesellschaft ist auch in diesem Sinne im Lande aufgenommen worden. Ein Vertretertag der Semstwos und einer der Städte — auch eine merkwürdige Erinnerung an den Winter 1904/5 — hat gleich nach den Moskauer Unruhen dort getagt; diesmal hat der Zar den Präsidenten, Lwow und Tschelnokow, dafür herzlichst gedankt. Diese Zusammenfassung der gesellschaftlichen Kräfte stellte sich mit dem Kongreß der Vertreter von Handel und Industrie dem Staate zur Verfügung, und nun beginnt man mit Hilfe dieser gesellschaftlichen, industriellen und Selbstverwaltungskreise die Kriegsindustrie mit aller Kraft zu mobilisieren. Das ist ihnen im Augenblick die Hauptsache, nicht die Erringung irgend welcher politischer Zugeständnisse, sondern die Rüstung des Vaterlandes für den Krieg, für die sich Militär und Bürokratie allein nicht als fähig erwiesen haben. Der Ernst der Lage wird offen zugestanden, weil man zugleich den Entschluß ausspricht, sie zu bessern. Alles soll in Bewegung gesetzt werden, dem Waffen- und Munitionsmangel entgegenzuarbeiten und einer Schwierigkeit abzuhelfen, die wir in erster Linie (durch den Verschluß der Dardanellen) unserm treuen türkischen Bundesgenossen verdanken. So sehen wir in der Gesellschaft kein Anzeichen einer Friedensstimmung, sondern vielmehr den Willen, dem Heere die Möglichkeit fortzukämpfen zu erleichtern.

Daß dieses Heer an Kraft und Geist furchtbar geschwächt ist, zeigen die Gefangenenzahlen und die Erfahrungen unsrer Truppen. Und wenn man dem Offiziermangel durch die Einstellung von Hunderten junger Studenten abhilft, so führt man gerade ein Element der Zersetzung und Gärung in die Truppenmassen hinein. Gleichwohl verfügt Rußland heute noch über ein Millionenheer, das von der brutalen Energie seines großfürstlichen Führers zusammengehalten wird; in seinem Sinne arbeiten seine drei Helfer Iwanow, Danilow und Januschkewitsch. Daß Unzufriedenheit und revolutionäre Gärung die Armee ergriffen habe, dafür liegen gar keine

Anzeichen vor. Die Bewegung daheim aber wird nicht nur vom Gegensatz der Opposition zur Regierung beherrscht, sondern verfolgt auch, wie man an Gutschkow und Miljukow sehen kann, bestimmte außerpolitische Ziele, die die innerpolitischen Gegensätze zunächst überbrücken. Heute will diese Opposition den Schutz des Zaren und des Vaterlandes in ihre Hand nehmen, und je näher der Krieg dem russischen Boden geführt wird, um so mehr wird er zum Verteidigungskrieg, zum „vaterländischen Krieg", also immer volkstümlicher. Hierin findet die Parallele mit dem japanischen Kriege und seinen Wirkungen, die sich sonst immer aufdrängt, ihre Grenze. Wir glauben nicht, daß in absehbarer Zeit eine große Revolution den Zaren zwingen wird, Rußland aus der Reihe der Kriegführenden herauszuziehen. Aber für den Frieden arbeiten langsam und sicher die Einsicht, daß Rußland einen langen Krieg am allerschwersten von allen Kriegführenden aushalten kann, die Überzeugung, daß Rußland in der Koalition gegen uns die größten Opfer bringen muß, ohne von den andern genügend unterstützt zu werden, und der Kampf der politischen Richtungen um die Herrschaft über den Staat. Alles das wirkt in der Richtung des Friedens, unsre tapferen Truppen aber helfen dem gründlich und entschieden nach!

In Amerika wirbt Rußland für sich um Stimmung, Schweden stößt es durch rücksichtslose Verletzung seiner Neutralität vor den Kopf, und auf dem Balkan arbeiten seine Diplomaten mit den andern um die Wette, die Neutralen zu gewinnen. Noch stehen diese Lande hin und her gerissen zwischen den Parteien, weil sie alle noch nicht die feste Überzeugung haben, daß den Zentralmächten der Sieg sicher ist. Aber auch die Gegner kommen weder in Bukarest noch in Sofia einen Schritt voran; wir ersparen uns daher das Auf und Ab aller dieser Verhandlungen, die in den Balkanblättern in breiter Öffentlichkeit besprochen werden. Ehe nicht die bekannten territorialen Wünsche, die heute noch unversöhnbar sind, bereinigt sind, ist alles Reden von einem neuen Balkanbund eben nur Gerede. Alles blickt auf den Kampf Rußlands gegen die Zentralmächte und auf die Dardanellen hin, und die Gefahr ist, wie sich in den letzten Wochen besonders zeigte, nur die, daß bei dem extrem demokratischen Charakter Bulgariens und Rumäniens die herrschenden Ministerien die Parteien und die Straße nicht mehr in der Hand behalten.

Griechenland hält sich völlig still und wartet, ob Italiens Aktion in die orientalische Frage wirklich hereingreifen wird. Seit der mehr als offenen Rede des italienischen Gesandten in Athen ist man dort doppelt argwöhnisch: hat doch Graf Bosdari offen angedeutet, daß Italien die Zwölfinselgruppe nicht mehr herausgeben würde, obwohl es vertraglich dazu verpflichtet sei. Und dieser Besitz hat für Italien nur einen Sinn, wenn es seine phantastischen Pläne auf Smyrna und Kleinasien weiter verfolgt.

Der serbischen amtlichen Note über den Einmarsch in Albanien ist jetzt eine solche Montenegros gefolgt, wiedergegeben in der Tribuna (30. Juni). Darin wird viel vom Lebensinteresse an Skutari gesprochen und von der Gefährdung der Grenze durch die Albanier, die von Österreich unterstützt würden; deshalb sei Skutari besetzt worden. Nunmehr aber seien die montenegrinischen Truppen frei, um an der Hauptfront gegen den gemeinsamen Feind Montenegros und seiner Bundesgenossen zu kämpfen. Man will also in Skutari bleiben und wartet alles Weitere ab, auch das, was aus Italien dagegen kommen kann. Wir möchten glauben, daß trotz der abfälligen Äußerungen seiner Blätter das letzte Wort Italiens über diese unklaren Zusammenhänge noch nicht gesprochen ist. Vergessen wir nicht, daß die Königin die Gattin des Königs von Italien, aber auch die Tochter des Königs von Montenegro ist und daß diese montenegrinischen Schwestern als sehr klug und geschickt im Spinnen diplomatischer Gewebe bekannt sind. Inzwischen hat Österreich allem Gerede, auf das auch wir hier häufiger hindeuteten, ein Ende gemacht. Das Wiener Fremdenblatt betont (1. Juli), daß die Besetzung Valonas nur ein Provisorium sein könne, „über das der europäische Areopag einschließlich Österreich-Ungarns nicht minder als über die Vorgänge der letzten Wochen in Nord- und Mittelalbanien ein endgültiges Urteil zu fällen haben werde". Der bulgarischen Kambana ist ebenfalls amtlich von Österreich das Gerede von einem Sonderfrieden mit Serbien als tendenziöse Erfindung bezeichnet worden. —

Während wir auf diese Punkte der Balkanhalbinsel blicken, wo folgenschwere Entscheidungen über kurz oder lang fallen müssen, sind wir zugleich gezwungen, unsern Blick auch nach Nordamerika zu richten. In Bälde wird die Antwort auf die amerikanische Note vom 10. Juni durch Deutschland fertiggestellt sein. Unser grundsätzlicher Standpunkt zum U-Bootskriege ist bekannt; wir haben dem hier nichts hinzuzufügen. Die amerikanische Presse aller Richtungen nimmt den Konflikt ernst; die mexikanische Frage, die durch Wilson akut zu werden droht, wird ebenso rücksichtslos beiseite geschoben, wie die Verhandlungen der panamerikanischen Konferenzen auch kein Interesse finden. Allen ist die Konfliktsfrage mit Deutschland weitaus das Wichtigste. Aber nicht eine einzige Zeitung, auch die deutschfeindlichste nicht, hetzt zum Kriege.

Inzwischen hat Bryan, der endgültig durch Lansing ersetzt ist, seinen Feldzug begonnen, in einer Riesenversammlung in New York, über die die deutschfeindliche Presse nur alberne Witze zu reißen vermag. Ohne Zweifel ist er der Mann, eine Volksbewegung in seinem Sinne zu entfesseln, und wir werden uns freuen, wenn ihm das im Sinne des Weltfriedens und eines Verbotes der Waffenausfuhr gelingt. Die Aussichten dafür aber möchten wir trotz der gewaltigen Agitationskraft, die in diesem Manne ver-

körpert ist, nicht überschätzen. Er ist dreimal Präsidentschaftskandidat gewesen und dreimal geschlagen worden. Sein Programm, das die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit in den Vordergrund rückt, ist kaum das, was im Augenblick wirken kann. Er kann nur in die Höhe kommen, wenn neben den Iren die Deutschamerikaner für ihn stimmen. Letzteres ist nicht wahrscheinlich, nicht nur wegen der Temperenzforderung, die Bryan zum Schlagwort für die Wahl machen will, sondern auch aus anderen Gründen: man wird sich dem Manne, den man mit heißem Herzen monatelang mit vollem Recht bekämpft hat, nicht von heute auf morgen anzuschließen vermögen. Schließlich aber ist für Bryan ein Erfolg nur denkbar, wenn die Differenz mit Deutschland nicht zu einer Verschärfung führt.

Das Interesse Amerikas ist ja groß, den bisherigen Zustand zu erhalten, der ihm ungeheuren Gewinn zuführt, um so mehr als selbst dieser noch nicht erreicht hat, daß der Goldverlust des vorigen Jahres jetzt schon wieder eingeholt ist. Vom 1. Mai bis 31. Dezember 1914 sind aus der Union 203½ Millionen Dollar abgeflossen, zurückgeflossen aber vom 1. Januar bis Ende Mai 1915 erst 98 Millionen. Ganz so weit ist man also noch nicht, wie die kühne Phantasie der Amerikaner träumt, die New York schon als Weltbankier sieht. Aber so weit ist der finanzielle Schwerpunkt dahin verlegt, daß im Falle ernsthafter Verwicklungen mit Deutschland die Vereinigten Staaten in der Lage wären, unsern Gegnern Milliarden für die Kriegführung vorzuschießen, während sie bisher den Standpunkt eingehalten haben, langfristige Anleihen an Kriegführende auszuschließen.

Wir nehmen diese Frage, die jetzt ihrer Entscheidung näher rückt, nicht auf die leichte Schulter, unterschätzen nicht ihre Gefahren und Schwierigkeiten, namentlich auch nicht die mögliche Wirkung auf die seefahrenden Neutralen. Aber was uns lebensnotwendig ist, geht jeder andern Rücksicht vor. Wir sind in einem Kampfe um unsre Existenz, und darum muß auch diese Schwierigkeit überwunden werden, wie alle andern. —

Dieselben Fragen wie Rußland bewegen in erhöhtem Maße England. In der letzten Woche hat Lloyd George seine Munitionsbill eingebracht, deren Hauptzweck die Beseitigung der Arbeiterschwierigkeiten ist, und Walter Long die Bill über das nationale Register, das gewissermaßen eine Bestandaufnahme der gesamten männlichen und weiblichen Bevölkerung für ihre Verwendungsfähigkeit zu Kriegszwecken sein soll. Beide Bills werden natürlich Gesetz. Ob die zweite ein Schritt zur allgemeinen Wehrpflicht ist oder diesen eher aufhält, ist heute noch nicht zu sagen. Beide Maßnahmen aber beweisen den festen Willen Englands, den Krieg weiterzuführen. In einem umfassenden Aufsatze der Fortnightly Review (Aprilheft) hat auch der bekannte englische Historiker Holland Rose eben die Torheit früher Friedensangebote vom eng-

lischen Standpunkte ausführlich erörtert. Und nehmen wir folgende Stimme der Nation (15. Mai) über die Ziele der englischen Kriegführung, so wird uns das noch klarer: „Unser politisches Ziel in dieser Gegend ist, den Vollbestand Belgiens wiederzugewinnen. Das unmittelbare militärische Ziel in Flandern ist etwas mehr begrenzt. Es besteht als Mindestmaß darin, die Deutschen von der Meerenge fernzuhalten, da das Ergebnis ihrer dortigen Festsetzung eine wirklich ernste Bedrohung von Seemacht durch Unterseemacht bedeuten könnte. Die Meerenge zu halten, ist für uns der Lebensnerv unsrer europäischen Strategie." Für diese Ziele werden die Verbündeten Englands rücksichtslos und bis aufs Äußerste eingespannt. Mit Frankreich ist das vollständig gelungen. Es ist ein willenloser Trabant Englands und muß für dieses fechten und bluten. Wie bitterer Hohn liest sich heute der Artikel der Times vom 16. September 1912, in dem zum ersten Male die Stelle der französischen Flotte in einem Kriege gegen den Dreibund bezeichnet war. Alles ist so gekommen, wie dort steht, und von Frankreich können wir beim besten Willen in solcher Umschau gar nicht reden. Es ist so verstrickt in die englische Bundesgenossenschaft, daß es für die Frage nach Kriegsdauer und Friedensmöglichkeit heute noch einfach ausscheidet. Noch nicht in dem Maße ist das England mit Italien gelungen, weil die finanziellen Abmachungen noch nicht unter Dach sind. (So gesagt im Economist 26. Juni.)

Verfolgen wir die Kriegskritik unsrer Gegner, so sehen wir, daß Kriegsmüdigkeit aus ihr noch nicht spricht, und sodann, daß sich diese Kritik nicht an die Heerführer, sondern an die Organisatoren richtet. Nicht oft haben wir in diesem Kriege erlebt, daß ein Heerführer als Sündenbock in die Wüste geschickt wurde. Dafür sind in England, Frankreich und Rußland bereits maßgebende Männer der Organisation gefallen. Hierin aber liegt außer allem andern gerade unsre Stärke. Wir glauben nicht daran, daß es in England in dem gewünschten Maße gelingen wird, Organisationsschwächen zu überwinden, die im Aufbau seines Staates und Wirtschaftslebens liegen. Noch weniger glauben wir, daß dieser Krieg in Rußland eine Fähigkeit der Organisation wachrufen wird, die Rußland von sich aus bisher niemals bewiesen hat und die an dem agrarischen Charakter des Landes eine unübersteigliche Schranke findet. Wir aber haben diese Organisation und haben die Fähigkeit dazu zum Staunen der ganzen Welt bewiesen. Deshalb ist unsre Zuversicht begründet, daß, auch wenn sich dieser Krieg sehr in die Länge zieht, Deutschland der Erfolg doch bleibt, und darum war der Hinweis der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung am 4. d. M. so sehr berechtigt. Man kann Organisationen nirgends von heute auf morgen schaffen, wir aber genießen heute die Früchte einer organisatorischen Arbeit, die in erster Linie die Hohenzollern seit rund 200 Jahren geleistet haben. Daß diese in der Friedenszeit

nicht eingerostet ist, sondern im Gegenteil vom Kaiser unermüdlich auf der Höhe gehalten und weitergebildet wird, beweist uns jeder Tag dieses Krieges. Dem Kaiser gebührt aber in dieser Woche noch ein besonderer persönlicher Dank des Volkes.

Am 1. Juli vor 25 Jahren wurde der Vertrag mit England unterzeichnet, der uns gegen afrikanische Zugeständnisse Helgoland dauernd überließ. Was uns Helgoland heute bedeutet, weiß jedes Kind. Diesen Schutz der deutschen Nordseeküste danken wir dem Weitblick unsers Kaisers, der schon am 10. August 1890 die prophetischen, heute im Kampfe gegen England voll bewährten Worte gesprochen hat: „Das Eiland ist dazu berufen, ein Bollwerk zur See zu werden, den deutschen Fischern ein Schutz, ein Stützpunkt für Meine Kriegsschiffe, ein Hort und ein Schutz für das deutsche Meer gegen jeden Feind, dem es einfallen sollte, auf demselben sich zu zeigen."

35.

(Südwest — Amerika — Schweden — Schweiz — Balkan und Kriegslage)

14. Juli 1915

Am 9. Juli ist Deutsch-Südwest dem Vorgange von Tsingtau gefolgt — nach heldenhaftem Widerstande eine Kapitulation unter sehr ehrenvollen Bedingungen, die ein nutzloses weiteres Blutvergießen vermied. Wir rufen heute nicht die vielen stolzen und guten Erinnerungen wach, die uns mit unserm Deutsch-Südwest verbanden seit dem 24. April und 7. August 1884, da es unter deutschen Reichsschutz gestellt wurde und die deutsche Flagge dort hochging. Unsern Kampfesmut mindert auch dieser Verlust nicht. Wir danken den Männern dort, den Seitz, Heydebreck, Franke, für ihre zielbewußte heldenmütige Verteidigung eines verlorenen Postens, wir lächeln über die törichten Verteilungspläne über Afrika, zu denen sich heute eine so angesehene Gesellschaft, wie die Royal Geographical Society, und ein so verständiger Mann, wie Sir Harry Johnston, hergeben, und wissen, daß auch über diese Kolonie allein auf den Schlachtfeldern Europas entschieden wird. Den Engländern aber ist damit ein Stein vom Herzen. Seit der Einnahme von Windhuk (12. Mai), das Bothas Telegramm nach London recht voreilig „des Reiches jüngsten Sohn" nannte, hörte das Rätselraten nicht auf, wohin die nach Grootfontein zurückgegangenen Deutschen sich weiter wenden würden, nach Rhodesia oder nach Angola. Letzterer Fall hätte erhebliches Kopfzerbrechen gemacht. Der portugiesische Kolonialbesitz ist mehr als wacklig und hat sich so gerade auch in den letzten Monaten des deutschen Kampfes an den Grenzen von Angola erwiesen. Womöglich hätte Portugal kraft uralter Verträge — der von 1661 ist heute noch in Geltung — englische Militärhilfe

verlangt, um die Kolonie zu halten. Denn zu allem andern ist in Angola ein Eingeborenenaufstand ausgebrochen, der immer weitere Kreise zieht. Das ist auch im Augenblick eine Hauptsorge Englands in Afrika. Militärisch kann es ja zufrieden sein. Der Aufstand der Buren, dessen Möglichkeiten auch gute deutsche Kenner falsch eingeschätzt haben, hat sich nicht als schlagkräftig erwiesen. Vor kurzem ist Christian Dewet verhältnismäßig milde für die Erhebung bestraft worden, und die Union Südafrika ist England unbedingt sicher. Botha hat England die Entsendung von Truppen zur Eroberung von Südwest erspart. Daß Südafrika nun aber Freiwillige nach Europa senden wird, ist kaum zu glauben. Man winkt aus England zwar sehr deutlich mit dem Zaunpfahl, aber der Kern des Expeditionskorps besteht aus Männern, die dringend verlangen, nach ihrer Farm zurückzukehren.

Eine andre Frage bewegt England in Afrika jetzt stärker. Mit einem Mal sucht man heute den Kongo-Vertrag von 1885 hervor. Als Belgien ihn im August v. Js. anrief, um für seine Kolonie die Neutralität zu sichern, lehnte das England ab. Damals paßte ihm die Anerkennung des Völkerrechts nicht, weil es nach dem deutschen Kolonialbesitz verlangte. England hätte damals in der Hand gehabt, um der höheren Interessen der weißen Rasse gegenüber der schwarzen willen, den Krieg von den Kolonien fernzuhalten. Aber die Gier nach unsern Kolonien war stärker. Jetzt sind die drahtlosen Stationen Deutschlands in seiner Hand und die deutschen Kreuzer aus den Häfen verschwunden, und — jetzt ist ein Aufstand in Angola ausgebrochen und ein andrer im Nyassa-Lande desgleichen. Das sollte eigentlich eine ausreichende Warnung sein. Aber wirksamer ist auch heute noch, daß Teile von Kamerun und Ostafrika noch nicht in englischer Hand sind, und es ist mehr als fraglich, ob nicht die Anregung, Zentralafrika auf Grund der Kongo-Akte zu neutralisieren, zu spät kommt. Die Wirkungen der englischen Politik auf die Schwarzen sind auch nicht wieder gutzumachen, und diesen Frevel an der weißen Rasse wird England in späterer Zeit selbst an seinem Kolonialbesitze büßen. Wir aber blicken noch einmal wehmütig grüßend zurück nach unsern Kolonien und wenden den Blick dann entschlossen den Stellen zu, wo wirklich die Entscheidungen liegen.

Gerade nach einem Monat ist die deutsche Antwort auf die amerikanische Note erfolgt; sie ist am 8. Juli überreicht worden. Deutschland zeigt darin in denkbar weitem Entgegenkommen, das sogar auf das Luxusbedürfnis und die Bequemlichkeit der amerikanischen Passagiere Rücksicht nimmt, einen zu weiteren Verhandlungen gangbaren Weg. Sein Ziel steht uns nach wie vor unverrückbar fest: daß in diesem Kriege die U-Bootwaffe uns unter keinen Umständen wirkungslos gemacht werde, und daß ihr für später der freie Spielraum eines neuen Völkerrechts gewahrt bleibe.

Nun ist es an Amerika, sich zu äußern und in den Verhandlungen die Sicherheiten und Garantien zu geben, ohne die das deutsche Entgegenkommen selbstverständlich nicht gedacht werden kann. Wir hoffen auch, daß der Präsident Wilson uns gegenüber auf demselben Standpunkte wie gegenüber England steht und, wie er es im Januar getan hat, anerkennt, daß auch wir in einem Kampfe auf Leben und Tod stehen. Er wird steigende Rücksicht auf die Bewegung im eigenen Lande zu nehmen haben, die sich an den Namen Bryans knüpft. In ihr wird, wenn auch Bryan ausdrücklich anerkannt hat, daß nur der Kongreß ein Waffenausfuhrverbot beschließen könne, der Wunsch darauf von Woche zu Woche stärker. Und wir hoffen namentlich nicht, daß die jetzt deutlicher werdenden geldlichen Beziehungen der Vereinigten Staaten zu England die weiteren Verhandlungen mit Deutschland erschweren werden. Aus Anlaß des Attentats nämlich, das ein Irrsinniger auf J. P. Morgan verübte — er ist nach der bestimmten Mitteilung des Professors Elster in Marburg kein Deutscher —, ist in der englischen Presse hervorgehoben worden, daß die Bilanz zwischen England und Nordamerika nicht nur durch Goldverschiffung aus London oder Ottawa, sondern auch durch Übernahme von englischen Schatzscheinen und „Kreditgewährung in anderer Weise" seitens Morgans erhalten wird. Dieser ist also nicht nur der amerikanische Agent der gesamten Entente für alle Bestellungen in Amerika, sondern auch der Vertreter von Vorschüssen an England, die von eigentlichen Anleihen nicht mehr weit entfernt sind. Und im Augenblicke des Attentats selbst schwebten Verhandlungen mit einer von Morgan geführten New Yorker Bankengruppe zur Übernahme von 20 Millionen Pfund der neuen englischen Kriegsanleihe. Mit der Auffassung der Neutralität, wie sie bisher von der Union vertreten wurde, steht das schon nicht mehr im Einklang. Wir brauchen nicht besonders zu sagen, daß die englische Presse das Attentat dieses irrsinnigen angeblichen Deutschen auf das wütendste ausnutzt, und hätten uns gewundert, wenn sie nicht verblümt oder offen das Attentat auf das deutsche Konto gesetzt hätte. —

Oft ist von deutscher Seite hervorgehoben worden, daß Deutschland in seinem Kampfe gegen England und den daraus sich ergebenden Verhandlungen mit Amerika überhaupt für die Sache der Neutralen kämpft. Doch haben die daran interessierten Neutralen bisher ihre Stellung außerhalb des Weltkrieges nicht verändert. Das gilt in erster Linie für Skandinavien. Irgend welche Folgen aus der Dreikönigszusammenkunft von Malmö am 18. Dezember (s. unsre Besprechungen am 23. Dezember und 7. April) sind nicht erkennbar geworden. Jetzt aber sind russische Schiffsgranaten auf schwedisches Gebiet geflogen und zwar mit Absicht, mit rücksichtsloser Verletzung des schwedischen Territoriums und der schwedischen Neutralität.

Schweden hat sofort wegen dieser in dem Seegefecht bei Gotland am 2. Juli begangenen Verletzung Widerspruch in Petersburg erhoben, und die russische Regierung hat ihr lebhaftes Bedauern darüber ausgesprochen, die Verletzung der Neutralität mit Unachtsamkeit entschuldigt. Wenn das auch nur ein kleiner Zwischenfall war, so hat er doch Schweden erneut auf die ungeheuren Gefahren hingewiesen, die ihm von Rußland drohen. Die Beziehungen zwischen beiden hatten sich schon vorher etwas verschärft, weil Schweden nicht umhin gekonnt hatte, mehrere Ausfuhrverbote zu erlassen, die zugleich als Durchfuhrverbote gegen Rußland wirkten. Nach russischem Urteil sind damit ungefähr 50 v. H. der nach Rußland bestimmten Sendungen unmöglich geworden. Die Spannung wird weiter durch eine Differenz über die Verbindung zwischen Schweden und Rußland erhöht. Wie erinnerlich, hat Rußland die Bahn nach Karungi fertiggestellt, und Schweden baut eine Bahn von Haparanda ebenfalls nach Karungi. Letztere soll bis Ende des Jahres fertig sein. Dann ist nur noch die Verbindung zwischen Haparanda und Torneo mittels einer 300 Meter langen Brücke notwendig. Schweden steht auf dem Standpunkte, daß diese Brücke südlich von Haparanda gebaut wird, Rußland verlangt den Bau nördlich davon. Der Grund ist auf beiden Seiten klar: die Südbrücke würde einerseits auf schwedischem, anderseits auf finnischem Gebiete stehen, die Nordverbindung ganz und gar auf finnischem Boden, also im Kriegsfalle ganz in russischen Händen sein. Man hat schon einmal, 1809, in Schweden einen solchen Fehler gemacht, als Rußland mit der Stadt Torneo einen Landstreifen auf der schwedischen Seite des Flusses erhielt, und will den natürlich nicht so erneuern, daß die Russen allein Herren über die Flußbrücke würden. Eine Einigung ist noch nicht erzielt.

Diese Vorgänge haben die Frage nach der allgemeinen Stellung Schwedens wiederum in Bewegung gebracht. Darauf hat auch die Belästigung gewirkt, die sich England gegen die schwedischen Interessen erlaubt. Das englische Kohlenausfuhrverbot macht den regelmäßigen Verkehr Schwedens nach Übersee an sich schon problematisch. Aber der Schiffsverkehr wird noch durch allerlei Schikanen gehemmt und belästigt. Dazu kommt die unverschämte Behandlung der schwedischen Post durch die Engländer, die sich auch hier wie überall, wo sie dazu in der Lage sind, die Zensur anmaßen. So ist es nicht verwunderlich, daß die schwedischen Blätter immer lebhafter die Frage aufwerfen, ob ihr Land im Weltkriege bis zu Ende beiseite stehen könne oder ob nicht gerade seine ureignen Interessen es veranlassen sollen, zur rechten Zeit seine Stellung auch mit bewaffneter Hand einzunehmen. Die amtliche Politik Schwedens hält diesen Zeitpunkt noch nicht für gekommen; immerhin hat das Ministerium Hammarskjöld in der neuen Wehrvorlage die Versäumnisse nachgeholt, an denen im Frieden das Ministerium Staaf schuld

war. Wir drängen Schweden nicht, einen Entschluß zu fassen, der aus seinen eigenen Interessen entspringen muß und von dem wir allerdings überzeugt sind, daß er gerade um dieser Interessen willen nur nach der Seite der Zentralmächte fallen könnte. Wir halten es auch für eine Utopie, wenn diese Erwägungen bei uns größeren Nachdruck durch den Hinweis auf die Möglichkeit eines bewaffneten Aufstandes in Finnland erhalten sollen. Wir sind jedenfalls Schweden dankbar für die Aufnahme, die unsre Offiziere und Mannschaften vom „Albatroß" bei ihm gefunden haben, für die tatkräftigen Sympathien, die uns Sven Hedin beweist, und freuen uns, daß der Königin von Schweden bei ihrem Besuche Berlins die Sympathie unsrer Bevölkerung aus Anlaß des Fliegerattentates auf das Karlsruher Schloß so herzlich ausgesprochen wurde. Im übrigen aber müssen wir die Dinge dort ihrem natürlichen Lauf überlassen, ist doch auch für alle Entschlüsse Schwedens eine wesentliche Vorbedingung, daß die Erneuerung der Union mit Norwegen gelingt, und daß ein festes Band auch mit Dänemark gezogen wird.

In Norwegen erheben sich wohl immer mehr Stimmen dafür, daß die Union wiederhergestellt werde, bisher ohne wirksam zu sein. Und Dänemark ist mit seinen eigenen Angelegenheiten beschäftigt. Es hat nämlich, was wir wenigstens anmerken wollen, mitten im Sturm des Weltkrieges vermocht, sich eine neue Verfassung zu geben. Genau 66 Jahre, seitdem die erste Verfassung Dänemarks erlassen wurde, am 5. Juni, hat der König die neue Verfassung bestätigt, die bereits seit 1901 gefordert und erstritten wurde. Diese Verfassung, die übrigens erst nach einem Jahre in Kraft tritt, sucht ihresgleichen an Ausdehnung der demokratischen Rechte. Das aktive und passive Wahlrecht ist auch den Frauen zugefallen, die Grenze des wahlfähigen Alters ist von 30 auf 25 Jahre herabgesetzt worden, und die Zusammensetzung der Ersten Kammer wird von nun an auch durch Wahlen bestimmt. Namentlich für die Theorie des Proportionalwahlrechts bietet diese neue dänische Verfassung einen Versuch der Verwirklichung bis in alle Feinheiten hinein. Ob sie sich mit ihrer Zurückdrängung der sogenannten „Gutsherrenpartei" bewähren wird, wird abzuwarten sein. Island hat sich dem dänischen Beispiel mit einer neuen Verfassung fast auf derselben Grundlage angeschlossen.

Wird Skandinavien durch den deutsch-englischen Krieg unmittelbar berührt, so die Schweiz durch den Eintritt Italiens in den Weltkrieg. Die Schweiz hat, da sie fortdauernd Gewehr bei Fuß stehen muß, am 6. Juni mit 444 505 gegen 27 352 Stimmen die Kriegssteuer angenommen, die hier am 19. Mai besprochen wurde. Seit dem 3. November 1907 war dies das erste Referendum wieder. Mit diesem Beschluß ist die erste direkte Steuer, die der Bund erhebt, eingeführt worden, und zwar in Form einer direkten Vermögenssteuer nach dem Vorbilde des deutschen Wehrbeitrages. Sie soll einmalig erhoben wer-

den und dient eben zur Deckung der Kosten, die durch die Mobilmachung entstehen.

Bisher war die Lage der Schweiz trotz aller Kriegsschwierigkeiten gut. Die Ernteaussichten sind vortrefflich, die Finanzen wohlgeordnet: die Schweizer Nationalbank verzeichnete am 30. Juni einen Goldvorrat von 294 Millionen Franken und einen Notenumlauf von 422 Millionen, verfügt also über eine Notendeckung von über 69 v. H. Eine in New York abgeschlossene Anleihe hat sich als vorteilhaft erwiesen, eine neue Kriegsanleihe von 100 Millionen ist im Gange. Natürlich leiden die Industriezweige, die auf die freie Verbindung mit dem Auslande angewiesen sind, also die Luxusindustrien und vor allem das Hotelwesen. Indes bedeutet dies alles, wenn auch die Staatsfinanzen in eine starke Krisis kommen, mehr eine Unbequemlichkeit als eine wirkliche Schwierigkeit. Diese trat aber ein, seit die Wirkung der italienischen Kriegserklärung an Österreich bemerkbar wurde, und wurde der Schweiz rascher, als gedacht, durch das Ausfuhrverbot Italiens auf sämtliche Lebensmittel zum Bewußtsein gebracht. Damit wird die Lage der Schweiz doch einigermaßen bedenklich.

Ihre Schwierigkeiten suchen unsre Gegner in einer eigenartigen Weise auszunutzen. Man hat der Schweiz die Bildung eines staatlichen Einfuhrtrusts vorgeschlagen, der die Einfuhr aller Lebensmittel und Rohstoffe in die Hand nehmen, also das im Lande schon vorhandene staatliche Getreidemonopol erweitern soll. Die Anregung wird dadurch verdächtig, daß sie von England ausgeht und lebhaft durch einen Herrn Francis Oppenheimer betrieben wird, der früher englischer Generalkonsul in Frankfurt a. M. war, dann in Holland allerlei unklare Geschäfte im neutralen Lande zugunsten Englands gemacht hat und jetzt von Bern aus diese Geschäfte weiterführen will. Der Plan wird gegenwärtig in den maßgebenden Instanzen der Schweiz erörtert und ist so gut wie perfekt. Aber dabei hat sich der bekannte Unabhängigkeitssinn der Schweiz mit Erfolg gegen naive Zumutungen des feindlichen Auslandes gewehrt. Der Einfuhrtrust soll ein Verein Schweizer Vertrauenspersonen mit weiten Befugnissen zur Vermittlung und Kontrolle der Ein- und Ausfuhr werden. Denn weder die bisherige private Kontrolle durch ausländische, d. h. englische und französische Importeure war mit der Würde des Staates vereinbar, noch wäre es der Versuch der Engländer, sich mit diesem Einfuhrtrust in die Handelsbeziehungen der Schweiz mit den Zentralmächten, insonderheit mit Deutschland, hereinzudrängen.

Die Schweiz hält nach wie vor ihre Neutralität in allerkorrektester Weise aufrecht. Freilich sind die welschschweizerischen Zeitungen über die Haltung des Bundesrates in der Zensurfrage verstimmt, weil sie nicht einsehen wollen, daß der Weltkrieg aus Gründen höherer Staatsnotwendigkeit den Verzicht

auf ungehemmten Ausdruck der Sympathien notwendig macht. Den deutschen Schweizern wird daher die Neutralität von ihren welschen Eidgenossen nicht leicht gemacht. —

Das Gefühl wächst, daß die Dinge auf der Balkanhalbinsel zu einer Entladung drängen. Immer stärker wird der militärische Druck der Zentralmächte auf Rußland, immer heftiger das Werben des Vierverbandes, und immer näher rückt die Beendigung der Ernte, die überall die Arme frei macht. In Griechenland wird am 20. Juli die Kammer zusammentreten und dann wohl Venizelos sich decouvrieren. In Bulgarien steht die Antwort des Vierverbandes auf die Note noch aus, in der Radoslawow am 15. Juni die Angebote vom 29. Mai beantwortet hat. Die Zwischenzeit wird aufs äußerste ausgenutzt. England hat seinen bisherigen Gesandten, Bax Ironside, der die Wünsche seiner Regierung nicht befriedigt hat, durch den bisherigen Botschaftsrat O'Beirne ersetzt. Dieser ist seit Jahren in die russischen und Orientfragen eingeweiht, spricht übrigens, was bei Diplomaten aller Nationen selten genug ist, geläufig Russisch und ist ein Intimus von Sir Arthur Nicholson. Das sagt genug. Außerdem kann er sich der Hilfe seines ersten Legationssekretärs erfreuen, als welcher in Sofia seit April Herr Fitzmaurice fungiert, lange Jahre der erste Dragoman der englischen Botschaft in Konstantinopel, der alle möglichen Sprachen spricht und dessen Skrupellosigkeit selbst im Milieu der Balkanpolitik ihresgleichen nicht finden dürfte.

Die russophile Richtung in Bulgarien hat durch den Tod des sehr populären Exarchen Josef I. am 3. Juli freiere Hand bekommen. Der Kirchenfürst war der dritte Exarch, seit 1877 an der Spitze dieser obersten Kirchenbehörde der bulgarischen Kirche, die 1870 gegründet worden ist und bis zum zweiten Balkankriege ihren Geltungsbereich auch über Mazedonien erstreckte. (S. das lehrreiche Buch von R. v. Mach, dem Balkanvertreter der Kölnischen Zeitung: „Der Machtbereich des bulgarischen Exarchats in der Türkei".) Josef hat die bulgarische Kirche und ihre mazedonische Diaspora recht eigentlich organisiert, und wer von der Bedeutung der kirchlichen Fragen auf dem Balkan eine Vorstellung hat, weiß, was das bedeutet. Er hat auch versucht, dem russischen Einfluß entgegenzuarbeiten, hat dies aber von Jahr zu Jahr gegenüber der sehr großen Zahl von entschieden russophilen Geistlichen seiner Kirche immer weniger vermocht. Im Herzen wurde er getroffen, als der Ausgang des zweiten Balkankrieges Mazedonien den Serben und Griechen zuwies und damit sein Lebenswerk zu einem großen Teil vernichtet wurde. Jetzt sind Bestrebungen im Gange, ihm keinen Nachfolger zu geben, sondern nur durch den Heiligen Synod, der hier wie überall in der griechischen Kirche die geistliche Spitze umgibt, die Kirche weiter verwalten zu lassen. Mit größter Energie wird von den deutschfreundlichen Blättern diese Möglichkeit bekämpft. Denn

sie bedeutete die Auslieferung der Kirche und ihres ganzen Einflusses an die russophile Mehrheit im Synod. Daß hier ein böser Konfliktsstoff für Bulgarien aufzieht, ging schon daraus hervor, daß Zar Ferdinand es vermied, am Begräbnis des Exarchen teilzunehmen.

Dieses Ereignis trägt dazu bei, die Stimmung in Bulgarien noch unklarer zu machen, als sie schon ist. Am 29. Juni waren die Blätter voll von seltsamen Erinnerungsartikeln. Es war der 25. Erinnerungstag an die Hinrichtung des Majors Panizza, an dessen Putsch- und Attentatsversuch im Jahre 1890 wir uns noch erinnern. Zugleich war es der Tag, an dem 1913 Danew Ministerpräsident wurde, der, wie erinnerlich, in seinem blinden Vertrauen auf Rußland Bulgarien rettungslos in die Niederlage des zweiten Balkankrieges hereintrieb. Wie diese einander vielfach widersprechenden Erinnerungen behandelt wurden, das ließ erkennen, daß man in Bulgarien den Entschluß noch nicht gefunden hat, vor allem nicht den Entschluß, sich endgültig von Rußland loszureißen. Denn was hieße eine Richtung auf den europäischen Besitz der Türkei, eine Annäherung an die Wünsche des Vierverbandes anders, als noch einmal eine Rußlandpolitik wiederholen, der Bulgarien nichts verdankt als Schaden und Nachteile? Nur gegen Rußland ist Bulgarien in die Höhe gekommen, nur gegen Rußland wird es die Erweiterung seines Gebietes erreichen, die ihm wirklich zum Heil und notwendig ist. Aber daß man auch in der praktischen Politik die sich aus dieser Einsicht ergebende Richtung entschlossen einschlage, dafür liegen noch nicht genügend Anzeichen vor. Wir hoffen, daß die maßgebenden Staatsmänner dieses tüchtigen Balkanstaates im Innern sich darüber klar sind. Sonst könnte leicht, wenn die Schicksalsstunde schlägt, Bulgarien wieder überrascht werden wie im Jahre 1913.

Fast das gleiche gilt für Rumänien. Hier drängt die Straße und die Unterbindung der Ausfuhrmöglichkeiten, vor allem in Getreide, immer stärker zu einem Entschluß, der auch hier über das Schicksal des Staates entscheiden kann. Rumänien steht auf dem Standpunkte, die Waffen- und Munitionsdurchfuhr unbedingt auszuschließen, die uns für die Türkei notwendig ist. Die Lage, die sich daraus für uns ergibt, wird mit bemerkenswerter Offenheit in einem Leitartikel der Frankfurter Zeitung (11. Juli), in dem wir wohl den Standpunkt unsrer Reichsregierung erkennen können, bezeichnet. Zum ersten Male wird da von unsrer Seite ausführlicher und offener von dem Vertrag zwischen Rumänien und den Zentralmächten gesprochen, über den wir uns hier am 9. Juni auseinandergesetzt haben. In weiteren Kreisen dürfte es nicht so bekannt sein, daß ein Vertrag solchen Inhalts bestand. Es mag sein, daß die Geheimhaltung dieser Beziehungen, die beinahe noch stärker war als die in bezug auf den Inhalt des Bundes mit Italien, auf den Wunsch des verstorbenen rumänischen Königs zurückging. Erst im Augenblick

der Krisis hervorgesucht, verliert aber ein derartig geheimgehaltener Vertrag recht viel auch von seiner moralischen Wirkung. Rumänien hat ihn durch seine Haltung bisher nicht anerkannt, und der Zeitpunkt scheint gekommen, an dem die Zentralmächte sich überlegen, ob sie sich ihrerseits noch an die Verabredungen mit Rumänien für gebunden halten und sich nicht lieber jetzt die Freiheit der Entschließung in der Betonung der Durchfuhrfrage zurücknehmen. Rumänien wie Bulgarien sollten — im Geiste Demeter Sturdzas und Stephan Stambulows — jetzt einmal den Blick aus den endlosen Einzelverhandlungen über Gebietsansprüche auf die Lage nach dem Kriege erheben. Sicher ist, daß die Zertrümmerung Deutschlands und Österreich-Ungarns ihren Gegnern nicht gelingt. Volle Potenzen im europäischen Staatsleben bleiben sie unter allen Umständen, und daß sie mit ihrer Unternehmungskraft und ihrem natürlichen Reichtum die Schäden des Krieges rasch ausbessern werden, daran werden die Balkanstaatsmänner auch nicht zweifeln. Sie haben also nach dem Kriege unter allen Umständen mit einem Bunde der europäischen Zentralmächte zu rechnen, der ihnen Außerordentliches für ihre Weiterentwicklung geben kann, aber selbstverständlich dann seine Haltung nach den Erfahrungen des Krieges einrichtet. Wenn wir nicht irren, hat Fürst Bülow Italien gegenüber mit Recht die Geschichte von den sibyllinischen Büchern angeführt, dort freilich ohne Erfolg. Sollten sie nicht auch Bulgarien und Rumänien in diesem Wirrwarr die Richtung weisen, die sie in ihrem eigenen Interesse einzuschlagen haben?

Inzwischen ist Fürst Trubezkoj (8. Juli) von der Stellung als Gesandter in Nisch enthoben worden, die er nach dem Tode Hartwigs erhielt. Wir sehen darin nur eine Niederlage dieses Diplomaten selbst, die allerdings für ihn persönlich empfindlich ist, da er als langjähriger Direktor der nahöstlichen Abteilung glaubte, die größte Balkanautorität zu sein. Aber natürlich ist das keine Preisgebung Serbiens oder gar der ganzen russischen Balkanpolitik. Trubezkoj wird einen Nachfolger erhalten, und nur die Nummer wird wechseln, aber das Garn dasselbe bleiben, bis es die militärischen Erfolge der Zentralmächte auch hier in Serbien zerreißen. Da diese Erfolge den andern nicht zu Gebote stehen, ergehen sie sich in der Verteilung der türkischen Beute, die sie noch gar nicht nach Hause gebracht haben. Graf Monts, der frühere Botschafter in Rom, hat in den Münchner Neuesten Nachrichten kürzlich Grundzüge einer russisch-englischen Verständigung über den nahen Orient mitgeteilt. Wir gehen nicht weiter darauf ein, da sie weder genau genug sind, noch authentisch sein können. Bisher steht nur fest, daß ein schriftlicher Vertrag über die Meerengen zwischen London, Paris und Petersburg vereinbart ist, an dem aber Italien offiziell noch keinen Anteil hat.

Überlassen wir das weitere der Zeit; erst sprechen die Waffen. Für ihre

Tätigkeit sind soeben wieder Beschlüsse einer englisch-französischen Ministerkonferenz und eines Kriegsrats in Calais mitgeteilt worden. Uns kommt es sonderbar vor, daß unsre Gegner immer so pompös die Aktionen ankündigen, als wenn sie sich gegenseitig damit festlegen wollten. Wir wissen ohnehin, was sie vorhaben. Denn es ist das Natürlichste von der Welt, daß England und Frankreich in den Wochen, da der Feldzug in Rußland der Entscheidung entgegentreibt, versuchen wollen, mit erneuten Angriffen auf der ganzen Westfront Deutschland im Rücken zu schwächen, vielleicht seine Stellung zu durchstoßen. Die deutsche Aufstellung in Flandern und Frankreich ist dagegen gerüstet.

36.

(Die Kämpfe im Osten und die Mächte des Dreiverbandes)

21. Juli 1915

Vor 14 Tagen sagten wir von der Aufstellung der Zentralmächte, daß sie an einem Drehpunkte der militärischen Bewegungen angekommen sei und unsre Gegner angstvoll fragten: Was wird der Feldmarschall v. Hindenburg machen? Jetzt haben sie die erste Antwort darauf erhalten und gleich in Schlägen, die der Welt von der ungebrochenen deutschen Offensivkraft zeugen. Mit der Meldung des 17. Juli hat wieder ein neuer Abschnitt des Feldzuges begonnen, und aufs neue übernimmt der große Feldherr des Ostens seine Leitung. Seinem Angriff hat Rußland seit dem 8. Juli den General Rußki als Oberkommandierenden der sogenannten Nordwestfront entgegengestellt, der neben dem General Iwanow als der erste Stratege Rußlands gerühmt wird. Die sogenannten Zentralarmeen (an Weichsel und Bug) stehen unter dem unmittelbaren Oberbefehl des Großfürsten Nicolai selbst, die Südarmeen (gegenüber unsern Armeen Josef Ferdinand und Mackensen) unter dem Kommando Iwanows. Ob die Nachrichten über den großen russischen Kriegsrat in den ersten Julitagen (Times, 9. Juli) richtig sind, lassen wir dahingestellt; wir können uns denken, wie unsicher unser russischer Gegner geworden ist, trotz der „eisernen" Kerntruppen, die er angeblich zwischen Warschau und Brest stehen hat, und mit denen Hindenburg genau so fertig werden wird wie mit allen andern bisher. Auch betrachten die Russen das Gebiet, auf dem gefochten wird, halb und halb schon als verloren: die besonderen Vollmachten an den Warschauer Generalgouverneur, die begonnene Räumung von Warschau und Südkurland, die Anweisungen zu Verwüstungen, Niederbrennen von Wäldern, Wegschaffen alles Wertvollen, alles das ist z. B. in der Nowoje Wremja ausführlich mitgeteilt worden. Wir zweifeln nicht daran, daß die russische Heeresleitung zu allen barbarischen

Maßnahmen auch in dieser Richtung fähig ist, um dem Feinde ein völlig verwüstetes Land zu hinterlassen — wenn ihr nämlich die deutschen Truppen dazu die nötige Zeit lassen. Jetzt können wir das Wort von der Dampfwalze, mit dem man so lange gegen uns zu Felde gelegen hat, auf unsre Bewegungen anwenden; besser noch denken vielleicht unsre geschichtlich gebildeten Gegner an die berühmte „affenartige Geschwindigkeit" der Preußen aus dem Jahre 1870, die jetzt in Galizien und Polen wieder zur Wahrheit geworden ist.

Unter diesen Zeichen betrachten wir heute Lage und Stimmung unsrer Gegner, von denen uns Rußland am meisten interessiert. Wir fürchten, langweilig zu werden, wenn wir immer und immer wieder die Warnung wiederholen, Mitteilungen und Urteile über ein Rußland, das auf dem Wege zur Revolution sei, nicht ohne genaueste Prüfung hinzunehmen. Wie kann man z. B. das Urteil wagen, daß so und so viel Prozent der russischen Armee heute für den Umsturz gewonnen seien? Kann doch selbst der beste Kenner Rußlands sich heute zusammenfassende Urteile der Art ebensowenig erlauben, wie jeder beliebige Zeitungsleser. Wir sehen auch keinen Vorteil darin, sich mit unbeglaubigten und verallgemeinernden Übertreibungen ein falsches Bild von unserm Gegner zu machen, und haben das bei unsrer militärischen Kraft und Offensive wahrhaftig nicht nötig. Zündstoff ist im russischen Reiche in Masse vorhanden, und mancherlei Zuckungen verraten da und dort eine bedenkliche Gärung im Riesenleibe dieses Staatswesens. Aber es sind keine bestimmten Anzeichen dafür da, daß diese Gärung schon zur revolutionären Bewegung unter Bauern und Industriearbeitern wie 1905 gediehen sei. Von Agrarunruhen hören wir nichts, und an einen Generalstreik der Industriearbeiter oder gar des gesamten Proletariats können wir schon deshalb nicht denken, weil die Arbeiter bei der Armee sind. Dagegen liegen über Stimmungen in der russischen Arbeiterschaft beglaubigte Nachrichten andrer Art vor. Z. B., daß die russische Sozialdemokratie ihre deutschen Genossen wegen ihrer Haltung zum Weltkrieg entschieden angreift. (Siehe darüber das interessante Kapitel: Die russische Taktik und Theorie in der Schrift des Sozialdemokraten David: Die Sozialdemokratie im Weltkriege.) Oder man lese die von den ukrainischen Sozialrevolutionären herausgegebene Schrift von Ruczka: Die russischen Sozialisten und der gegenwärtige Krieg. Diese hätte sicherlich allen Anlaß, in ihrem Sinne Material beizubringen, aber wir finden darin Positives über revolutionäre Bewegungen der Arbeiter nicht, dagegen nur ausführliche Auseinandersetzungen über dieselbe Frage, daß nämlich in der russischen Sozialdemokratie Strömungen gegen die Genossen der feindlichen Mächte und wenn nicht für den Krieg, so jedenfalls noch nicht für die Revolution vorhanden sind.

Das Wesentliche liegt heute in der Bewegung der Gesellschaft, und was wir davon beglaubigt, d. h. in den russischen Zeitungen, die die Zensur passiert haben, lesen, genügt eigentlich schon. Die sofortige Einberufung der Duma ist abgelehnt worden. Trotzdem tagt der Seniorenkonvent (das Wort ist genau in dieser Form, wie unendlich viele Kunstausdrücke der russischen Sprache, aus dem Deutschen entnommen) ohne Unterbrechung, und zwar in den Räumen des Taurischen Palais selbst, unter Vorsitz des Präsidenten Rodsjanko. An den Sitzungen nehmen zahlreiche andre Abgeordnete teil, so daß die Duma eigentlich schon jetzt unformell, aber unverboten seit Wochen tagt. Ihre Vertrauensmänner verhandeln mit den Ministern von Macht zu Macht. Das zeigt am besten, wie weit die bestehende Staatsordnung schon erschüttert ist, und wie weit sie sich noch hält. Noch behauptet sich die Bureaukratie, aber sie vermag dem Andringen der Gesellschaft, dem Streben, in dieser kritischen Lage wesentlichen Einfluß auf den Staat zu gewinnen, nur einen immer schwächer werdenden Widerstand entgegenzusetzen. Und dieser Kampf zwischen Staat und Gesellschaft ist für ersteren um so gefährlicher, je friedlicher er sich vollzieht. Die Führer der Gesellschaft, unter denen Miljukow immer stärker in den Vordergrund tritt und — immer vorsichtiger wird, wollen und brauchen die Revolution zunächst gar nicht, sondern sie ringen Schritt für Schritt der ermattenden Hand der Bureaukratie das Staatssteuer aus den Händen. Es ist klar, daß diese Entwicklung durch jede Niederlage draußen in Polen zugunsten der gesellschaftlichen Kräfte gefördert wird, aber nur durch diese.

Am 31. Juli neuen Stils wird, wenn die neuen Niederlagen nicht einen früheren Termin bringen, die Duma zusammentreten. Die Arbeit, die ihrer wartet, ist nicht gering; man zählt allein 250 Gesetze, die, auf Grund des Artikels 87 der Verfassung vom Ministerrat erlassen, der nachträglichen Genehmigung des Parlaments bedürfen. Aber man rüstet sich auch zu einem Kampfe der Parteien, zum Ringen der Gesellschaft gegen den Staat, und an bedrohlichen Worten auch aus dem Munde ernster Politiker fehlt es dabei nicht. Noch steht dem, wie gesagt, die Bureaukratie abwehrend gegenüber, aber sie wird schwächer, auch geschwächt durch die neuen Männer, die in sie eintreten. Der neue Minister des Innern, Fürst Schtscherbatow, kommt aus den Kreisen der Semstwos und der Adelsorganisation und hat den Pressevertretern gegenüber liberal klingende Äußerungen getan. Weitere Veränderungen im Ministerium sind seitdem noch nicht vollzogen, mit einer sehr wichtigen Ausnahme. Am 18. Juli ist das Mitglied des Reichsrats A. D. Samarin an Stelle Sablers zum Oberprokuror des Allerheiligsten Synod ernannt worden, ein Freund des neuen Ministers des Innern und bisher Moskaus Adelsmarschall. Noch ist nicht zu sehen, ob Sabler nur gehen mußte, weil für Samarin ein Platz freigemacht werden sollte, oder ob dieser Wechsel

bereits auch schon auf Gärungszeichen in der russischen Geistlichkeit hindeutet, und schließlich, ob mit dem Verschwinden Sablers auch jene unheilvollen Einflüsse seiner Gönner am Hofe verschwinden, wie der des Wunderbauern Rasputin und ähnlicher fragwürdiger Elemente.

Die einzelnen politischen Strömungen gehen noch durcheinander, auch gegeneinander, selbst in derselben Partei, wie bei den Kadetten. Und wenn die Duma wirklich frei reden und tagen könnte, würde sie zunächst ein etwas wirres Bild bieten. Doch ist es einheitlicher als 1905. Man will die Krone schwächen und den Staat im Sinne parlamentarischer Umgestaltung in die Hand bekommen, aber von einer Solidarität der Bauern, der Arbeiter und der Intelligenz, auf der 1905 das Gelingen der Revolution beruhte, ist heute keine Rede. Heute freut sich niemand in den gebildeten und besitzenden Klassen über die Niederlagen, wie damals, und heute wünschen diese keineswegs, die soziale Revolution, deren Gefahr sie damals kennen gelernt haben, für die Erfüllung ihrer politischen Wünsche zu benutzen. So ist trotz äußerer Ähnlichkeit die Lage Rußlands heute anders wie 1905. Heute wollen diese politischen Kreise, die an den Staat herandrängen, ihm, selbst gegen den Willen der Regierung, die Mittel zur weiteren Führung des Krieges unbedingt zur Verfügung stellen, die Geldmittel wie die Mittel der Organisation zur Versorgung des Heeres. Deshalb vor allem möchten wir vor Parallelen warnen und noch mehr vor Urteilen über eine revolutionäre Bewegung, die ihre Vorstellungen noch ganz aus dem älteren Nihilismus schöpfen und die vergessen, daß Rußland seitdem um ein Menschenalter älter geworden ist.

Eine Sonderfrage der inneren Politik steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Vordringen der Zentralmächte in Polen. Unter diesem Eindruck hat man sich nämlich entschlossen, die Zusage des Generalissimus auf eine Autonomie Polens in seiner Proklamation vom 14. August 1914 in etwas zu verwirklichen. Aber eine eingehendere Besprechung dieser polnischen Dinge, auch in ihrem internationalen Zusammenhange — mehren sich doch jetzt auch auffällig die Zeitungsartikel und Bücher zu dieser Frage in England —, sei auf gelegenere Zeit verschoben. Denn alle diese Einzelheiten sind heute gleichgültig gegenüber dem ungeheuren Ringen an Bug, Weichsel, Narew und Windau, dem Rußland eine verzweifelte Gegenwehr entgegenzustellen entschlossen ist.

Im Mai 1888 hat A. Leroy-Beaulieu, der für die Erkenntnis Rußlands in Frankreich mit das meiste getan hat und zu den wichtigsten Wegbahnern des russisch-französischen Bündnisses gehörte, ein heute sehr interessantes Buch veröffentlicht: La France, la Russie et l'Europe. Auch von diesem Freunde Rußlands werden darin noch zweifelnd die Chancen eines Bünd-

nisses zwischen Rußland und Frankreich abgewogen, auch er weist nach, daß alle Vorteile bei Rußland, alle Nachteile bei Frankreich sein würden. Wenn auch der Feldzug 1914 seine trüben Voraussagen über die Finanzlage und die Zerrüttung der Armee nicht bestätigt hat, so sind die politischen Prophezeiungen über die Wirkungen eines solchen Bündnisses, die in dem Buche stehen, Wort für Wort eingetroffen. Wenige Monate nach seinem Erscheinen, im Dezember 1888, wurde der erste Schritt getan, nach dem es kein Zurück mehr gab: die erste russische Anleihe in Paris kam zum Abschluß. Seitdem ist die Kugel unaufhaltsam in der Bahn weiter gerollt, die gerade einer der Führer der französischen Russophilen, wie es der durchaus deutsch-feindliche A. Leroy-Beaulieu war, vorausgesehen hat. Trotzdem glaubt auch heute noch Frankreich daran, daß sie die richtige für sein Interesse, für seine Stellung in der Welt gewesen ist, und daß an ihr festgehalten werden müsse. Am Nationaltag, dem 14. Juli, der durch die Überführung der Asche des Dichters der Marseillaise in den Invaliden-Dom besonderen Glanz erhielt, hat der Präsident Poincaré das wieder bestätigt.

Poincaré forderte auf, bis zur endgültigen Niederlage des Feindes durchzuhalten, und wollte den Tag des Ruhmes, den die Marseillaise feiere, schon den Horizont erhellen sehen. Kein Zweifel, daß der Präsident mit diesen Phrasen auch heute bei der Masse Glauben findet, und daß die, die es besser wissen, ihn aus besonderen Motiven unterstützen. Ab und zu taucht wohl in der französischen Presse eine Klage über den Bevölkerungsrückgang und seine Folgen auf, oder eine Stimme, wie die des früheren Ministers Caillaux, der schon im September vorigen Jahres Frieden schließen wollte. Ab und zu hört man wohl auch etwas von Gegensätzen der Parteien in den Verhandlungen der Kammer. Aber wesentlich ist das für die Stimmung Frankreichs nicht. Daß die parteipolitischen Gegensätze auf rasche Beendigung des Krieges hindrängten, dafür ist kein Zeichen da. Vielmehr erkennen wir in der Ernennung der neuen Unterstaatssekretäre im Kriegsministerium den Entschluß des Parlaments, das Kabinett unter allen Umständen zu stützen. Die allgemeine Stimmung ist zwar über die Aussicht eines zweiten Winterfeldzuges nicht erfreut, richtet sich aber immerhin auf diesen ein. Auch die finanzielle Lage — bis 30. Juni $16^1/_4$ Milliarden Kriegskosten — wirkt nicht herunterstimmend in dem Entschlusse, auszuhalten.

Über diesen wundern wir uns nicht, soweit er von den Republikanern im weitesten Sinne des Wortes als Partei getragen wird. Sie wissen, daß der Krieg möglicherweise das Ende der Republik, sicherlich aber, was für sie noch wesentlicher ist, das Ende der republikanischen Partei bedeuten wird. Deshalb werden diese Richtungen ihre Vertrauensmänner Poincaré, Delcassé, und wie sie heißen, bis aufs äußerste unterstützen. Auffälliger aber ist

die Haltung der französischen Sozialisten. Nachdem bereits die Friedensziele der deutschen Sozialdemokratie eine erhebliche Ablehnung erfahren hatten — wir erinnern nochmals an den Landerwerbsartikel von Gustav Hervé —, hat nunmehr der Nationalrat der französischen sozialistischen Partei am 15. Juli einen Beschluß gefaßt, der für die künftige Haltung Frankreichs ebensowichtig ist, wie für die Internationale der Sozialdemokratie. Einstimmig haben sich die Führer der französischen Sozialdemokratie für einen Frieden erst nach „den legitimen Wiederherstellungen" erklärt. Jedes Kind weiß, was das bedeutet, und daß damit die Revancheidee gegen Deutschland bis zu ihren letzten Folgerungen auch von der Führung der Arbeiterschaft zum Programm erhoben worden ist. Frankreich führt gegen uns seinen französischen Krieg mit seinen eigenen französischen Kriegszielen, es will nicht nur das Anhängsel der englisch-russischen Entente gegen uns sein. Und damit schwinden nach diesem Beschlusse der französischen Sozialisten alle Vorstellungen auf unsrer Seite endgültig, daß wir zu Frankreich anders stehen könnten als zu unsern andern Gegnern. Auf Menschenalter hinaus scheint uns eine Versöhnung undenkbar, und wir meinen, daß die Revanceforderung auch der französischen Sozialisten nunmehr manche Kreise bei uns veranlassen wird, ihre Vorstellungen über die künftige Sicherheit und Sicherung unsrer Grenze gegen Frankreich zu revidieren. Wir erinnern uns nicht, daß, so nahe es gelegen hätte, während des Krieges schon einmal das Wort Treitschkes aus seiner Schrift: „Was fordern wir von Frankreich?" zitiert worden sei, „eine dauerhafte Sicherung des Völkerfriedens sei von Frankreich nur zu erlangen, wenn dem Raubtiere die Zähne ausgebrochen seien und das geschwächte Frankreich nicht mehr wagen dürfe, uns anzugreifen." Jetzt aber wird uns die Erinnerung an Treitschkes Wort durch diese Stimmen, die aus Frankreich herüberschallen, geradezu aufgedrängt, und wir glauben, daß auch das andre Wort Treitschkes, von diesem ebenfalls 1870 geschrieben, seine Geltung behält: „Frankreich wird und kann nicht ehrlich Frieden schließen. Solange sein Heer und seine Verwaltung sich nicht völlig ändern, solange eine gänzlich umgestaltete Volkserziehung nicht ein neues Geschlecht heranbildet, wird das französische Volk nie im Ernst verzichten auf die natürlichen Grenzen noch auf den Wahn, daß Deutschlands Schwäche Frankreichs Stärke sei." Der prophetische Blick unsres großen Geschichtsschreibers hat richtig gesehen.

Fragen wir aber, wie es möglich sei, daß in Frankreich diese Stimmung auch heute noch lebendig ist, da der wertvollste Teil seines Bodens in deutscher Hand, da es in seiner Erz- und Kohlenförderung auf das äußerste eingeschränkt ist, so ist die Antwort darauf leicht zu finden. Drohend steht am Horizont die Möglichkeit, daß der Zusammenbruch des Gläubigerverhältnisses zu Rußland die größte Finanzkatastrophe herbeiführen kann, die

die Geschichte je gesehen hat. Und gerade diese furchtbare Gefahr treibt die Führer dazu, den Kampf bis zum äußersten durchzuhalten, alles auf die eine Karte zu setzen, daß vielleicht doch die kombinierten Anstrengungen des eisernen Ringes um Deutschland der Entente den Sieg zuführen und Frankreich vor dieser grauenhaften Aussicht erretten. Darum glauben wir es zu verstehen, daß der psychologisch so begründete Entschluß der Führer auch bei den Massen heute noch Verständnis, Zustimmung und, wenn auch schweren Herzens, Unterstützung findet. Von Frankreich wird daher nach allen Lehren, die der bisherige Kriegsverlauf uns gebracht hat, der Frieden nur erzwungen werden können. —

Das Bild, das die innere Lage Englands heute bietet, ist verworren und unklar. Ja, man gewinnt den Eindruck, als sei dem maßgebendsten Manne der englischen Presse, Lord Northcliffe, geradezu daran gelegen, den Wirrwarr noch zu steigern, den er selber durch seine Preßtrabanten angerichtet hat, damit die Schuldfrage, wenn sie einmal auftaucht, so unklar wie möglich sei.

Der Abschluß der Zeichnungen auf die englische Kriegsanleihe fiel mit dem Bekanntwerden der deutschen Offensive zusammen. Ist er ein Sieg auf dem finanziellen Schlachtfelde? Das Ergebnis der Zeichnungen sind 600 Millionen Pfund (12 Milliarden Mark). Eine ungeheure Summe, aber sie ist hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Alles Reden der englischen Blätter hilft nicht darüber hinweg, daß man von 20 Milliarden Mark als Ergebnis gesprochen hatte. Andrerseits sind die Urteile deutscher Blätter, die in diesem Ergebnis eine schwere Niederlage Englands sahen, voreilig gewesen. Denn es läßt sich noch gar nicht sagen, daß ein großer Teil jener 600 Millionen Pfund auf umgetauschte ältere Anleihen entfalle, also an neuem Gelde nicht einmal dieser Betrag von 600 Millionen erzielt worden sei. Der Schatzkanzler, der sich überhaupt als Meister undeutlicher Ausdrucksweise zeigt, hat im Parlament gesagt, daß dieses Ergebnis »new money« darstelle und kein Betrag darin sei, der „für die Absicht der Konversion angegeben worden sei". Ganz klar ist das ja nicht. Das Ergebnis gibt die Zeichnungen wieder, die auf die Anleihe erfolgt sind. Wieviel davon später mit Umtausch älterer Konsols oder Kriegsanleihen bezahlt wird, tritt eben erst bei den Zahlungsterminen, die in den Spätsommer oder Herbst fallen, hervor. Früher läßt sich ein genaues Urteil über diesen wichtigen Punkt gar nicht gewinnen, ebenso wenig wie über die Fünf-Schilling-Abschnitte (die sog. Vouchers), in denen man auch Anleihezeichnungen entgegennahm und die einem verzinslichen Papiergeld schon verzweifelt nahe kamen. Das aber ist ganz sicher, daß man mit den 600 Mill. Lstr. nicht für die Zeit auskommt, die man in Aussicht genommen hatte. Wenn man rechnet, daß die Anleihe bis zum nächsten Früh-

jahr reiche, also die Kosten des zweiten Winterfeldzuges damit schon gedeckt seien, so läßt sich das aus den Zahlen, die im Parlament mitgeteilt worden sind, selbst widerlegen. Nicht bis Ende März 1916, sondern bis Ende September 1915 und nicht länger reicht diese Anleihe aus, und dann beginnen die Finanzschwierigkeiten von neuem, dann abermals erhöht durch die vorläufig zum Schweigen gebrachten Ansprüche namentlich Rußlands.

Die Registerbill ist fertig, und nun wird diese Riesenaufnahme der männlichen und weiblichen Bevölkerung Englands beginnen. Denken wir an die umständliche und zeitraubende Arbeit, die bei uns eine Volkszählung kostet, so haben wir ein Bild, in welcher Zeit bestenfalls die Ergebnisse dieser Zählung praktisch fruchtbar werden können. Vor acht bis zehn Monaten ist daran nicht entfernt zu denken.

Die Munitionsbill aber hat einen unerwarteten Widerstand in der Streikbewegung der Kohlengruben von Südwales gefunden. Mit vielem anderen, was in dieser kritischen Zeit in England bankrott geht, bricht auch die (in Deutschland oft übermäßig verherrlichte) Theorie des Weges zum sozialen Frieden durch die Gewerkvereine zusammen. Selbst die liberalen Blätter Englands betonen bitter, zu welchen Ergebnissen die Verhätschlung der Gewerkvereine jetzt geführt habe. Kann man sich einen größern Bankrott denken, als daß in der kritischsten Zeit des Vaterlandes die so oft gepriesene, als Muster vorgehaltene Organisation einfach versagt, weil die Mitglieder ihren Führern den Gehorsam aufkündigen? Sie sehen, daß die Preise steigen, da die Unternehmer große Profite machen; sie wollen darum an diesen Profiten teilnehmen und stellen die Arbeit ein. Keine Erinnerung an die bedrohte Lage des Landes, aber auch keine Voraussicht des Staates, der sich hier wieder als unfähig erwiesen hat, zur rechten Zeit einzugreifen. Was aus dieser walisischen Arbeiterbewegung wird, ist noch nicht abzusehen, sicher nur das eine, daß die Liberalen die Lösung dieser furchtbaren Krisis nicht bringen werden, und das andre, daß die Lohnforderungen der Arbeiter eine natürliche Grenze finden müssen — auch heute im Kriege arbeitet England zu einem ganzen Teil für den Export, er ist ja der Eckstein seiner Handelsbilanz, und dieser Export verträgt eine Erhöhung der an sich schon sehr gestiegenen Produktionskosten nur in geringem Maße.

Die Halsstarrigkeit der Arbeiter findet ihre Nahrung in der Besorgnis, daß hinter der Registerbill ausgesprochener- und nicht ausgesprochenermaßen die allgemeine Wehrpflicht steht. Wir glauben, daß diese, wenn die Konservativen im Kabinett das Heft ganz in die Hand bekommen sollten, schneller Wirklichkeit wird, als man bei uns denkt, und vom Standpunkt des Menschenangebots aus ist England sehr wohl in der Lage, eine Armee von mehreren Millionen auf die Beine zu bringen.

Deutlicher als in Rußland und Frankreich sind in England Strömungen zu erkennen, die zum Frieden streben: die Union für demokratische Kontrolle, die Stimmen im Labour Leader, die Agitation von Keir Hardie. Aber die Voraussetzungen, daß sie sich heute schon durchsetzten, würde nur eine soziale Revolution schaffen können. Die herrschenden Klassen sind fester entschlossen als je, den Kampf weiterzuführen. Da nun einmal die große Abrechnung mit Deutschland gekommen zu sein scheint, die nach ihrer Ansicht doch einmal kommen mußte, so kämpfen sie um ihre eigenen Interessen, im Falle des Mißlingens um ihre eigene Existenz. Darum lehnen sie alle Friedensgedanken ab, und ohne starke militärische Niederlagen, ohne die immer mehr zu steigernde Wirkung des Unterseebootkrieges wird darin keine Änderung eintreten. Uns ist das recht, weil wir den welthistorischen Gegensatz dieses Krieges klar sehen zwischen Deutschland, das für seine Weltgeltung und zugleich für die Freiheit der Meere kämpft, und England, das die unbedingte Seeherrschaft halten will und das, wie der wahrhaftig englandfreundliche Karl Marx schon gesagt hat, der Despot des Weltmarktes ist und bleiben will. Da wir alle in diesen Wochen fast ausschließlich nach dem Osten blicken, ist ein vortrefflicher Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung (13. Juli) zu Unrecht fast gar nicht beachtet worden: „Wer unterjocht die Welt?" Mit Recht hat das amtliche Organ unsrer Regierung daran erinnert, daß England der schlimmste und gefährlichste Feind ist und bleibt, und daß Deutschland fest und unerschütterlich an seinem Kriegsprogramm gegen diesen seinen gefährlichsten Feind festhalte. Das möchten auch wir erneut betonen, wenn es vielleicht auch überflüssig erscheint. Denn auch in den Kämpfen des Ostens, die uns heute beschäftigen, stoßen wir auf denselben Gegensatz. Sie spielen sich ja nicht nur in Galizien und Polen ab, sondern auch an den Dardanellen, im Mittelmeere und nähern sich dem Suezkanal, der Hauptschlagader des britischen Weltreichs. Diese Kämpfe des Ostens sind eine riesengroße Einheit, und wir fechten in ihnen nicht nur gegen Rußland als den Feind Österreichs und der Türkei, sondern zugleich auch gegen England als den Feind Deutschlands und der Türkei. Nichts wäre gefährlicher, als wenn wir in unsern Gedanken die Kämpfe im Osten isolieren würden, weil wir im Westen in der Defensive stehen, und weil uns vielleicht heute der Kampf gegen England an Ruhmesglanz durch den gegen Rußland überstrahlt wird.

Englands Bemühen ist es ja auch vor allem, die Balkan- und Mittelmeerfragen so weit zu treiben, daß sie der Türkei und damit uns verhängnisvoll werden. Nach der schweren Niederlage am Isonzo drückt England doppelt auf Italien, daß es seine Truppen an den Dardanellen mitfechten lasse. Wie es heißt, sind Salandra und Cadorna dafür gewonnen, und wenn der König wirklich dagegen ist, so will das nach allen bisherigen Erfahrungen nichts be-

sagen. Ebenso führt die englische Diplomatie in Nisch, Sofia und Bukarest die Balkanpolitik an diesen drei Punkten, bei denen wir heute nicht verweilen wollen. England sucht ferner die russisch-japanischen Beziehungen, im Keime zu ersticken, weil sie ihm gefährlich werden können. Und schließlich spüren wir überall die Hand der englischen Diplomaten und Zeitungsschreiber in den Fäden, die zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten hin und her gehen. Alles das sind keine Neuigkeiten, aber es ist gut, daran wieder einmal zu erinnern. Zu einem wirklich befriedigenden Abschlusse dieses Krieges werden wir nur kommen, wenn unser Gegensatz zu England in unserm Sinne entschieden ist.

Oft ist in diesem Kriege die Erinnerung an den Krieg der sieben Jahre wachgerufen worden, in dem sich der Preußenkönig gegen eine Welt von Feinden zu wehren hatte. Heute trifft dieser Vergleich doch nur sehr beschränkt zu. Dank unsrer Heeresführung und dank unsern Truppen ist Deutschland vor einer Lage bewahrt geblieben, wie die Friedrichs im Jahre 1762 war, da nur der Zufall, der Tod der Kaiserin Elisabeth, ihn vor dem Untergange rettete. Auf solchen Zufall brauchen wir heute nicht mehr zu warten. Auch wenn keiner unsrer großen Gegner aus der Koalition ausscheidet, kann Deutschland nicht niedergerungen werden. Das ist ein ungeheurer Erfolg, den wir unserm Heere und dem unsrer Bundesgenossen danken. Aber der Einblick in Stimmung und Lage unsrer drei Hauptgegner zeigt, wie viel militärisch und politisch noch zu tun bleibt. Vergessen wir über Rußland Frankreich und namentlich England nicht, und vergessen wir nicht, daß die Kämpfe des Ostens nach wie vor ihre Ergänzung im Südosten und Süden fordern. Vorerst aber heften auf den weiten Ebenen Polens die beiden Feldmarschälle den Sieg an ihre Fahnen, wie bisher!

37.

(Italien und Türkei — Balkan — Amerika — Der ferne Osten)

28. Juli 1915

Unsre Gegner, d. h. England, empfinden das Bedürfnis, gegen das unwiderstehliche Vordringen der Zentralmächte in Polen etwas zu tun. Den Russen können sie nicht zu Hilfe kommen, im Westen können oder wollen sie nicht Entscheidendes tun — bleibt also Italien. In absehbarer Zeit wird dieses im Trentino ja fertig sein, weil nämlich dann dort der erste Schnee fällt und damit der italienische Angriff auf die Alpenpässe erledigt ist. An der Isonzolinie kämpft es wohl mit Bravour und ohne Rücksicht auf Menschenopfer, aber bisher ohne jeden wesentlichen Erfolg. Und seine Flotte ist, während die unsres Verbündeten entschlossen und erfolgreich auftritt, völlig unsichtbar.

So hätte also Italien, trotz der pompösen Kampfberichte seines Generalstabschefs und trotz der voreiligen Ernennung des in Triest geborenen Republikaners (?) Barzilai zum Minister der „unerlösten", aber noch gar nicht eroberten Gebiete, alle Veranlassung, erst einmal seine Feldzugsangelegenheiten zu besorgen, ehe es an die Unterstützung seiner Verbündeten denkt. Aber da faßt die Zange Englands es an den Finanzen.

Italien ist in den Krieg finanziell ungerüstet, eigentlich halb bankrott hereingegangen. Die Konferenz des englischen und italienischen Finanzministers in Nizza ist unentschieden verlaufen, weil England zu harte Bedingungen (Verpfändung der italienischen Zolleinnahmen und Kontrolle durch englische Beamte) stellte. Darauf hat Italien den Versuch gemacht, die nächsten Kriegskosten aus eigener Kraft, durch eine innere Anleihe aufzubringen. Es ist damit völlig gescheitert: auf die Anleihe zu $4^1/_2$ v. H. und 95 sind ganze 950 Millionen Lire gezeichnet worden, während die Kriegskosten sich heute schon auf weit über 4 Milliarden belaufen. Nach diesem Fiasko blieb nichts anderes übrig, als sich an England zu wenden, und damit haben wir den Schlüssel, warum dieses jetzt mit Aussicht auf Erfolg auch militärisch-politische Wünsche an Italien, auf die sich dieses bisher nicht eingelassen hatte, durchsetzen kann.

Vor 14 Tagen hat Herr Barzilai in Rom eine Rede gehalten, in der auch von andern Feinden Italiens außer Österreich gesprochen und damit etwas orakelhaft das Kommende angedeutet wurde. Dann ist der Vertreter des Generalstabschefs, General Porro, nach Paris gefahren und hat dort Besprechungen gehabt, deren Ergebnis natürlich nicht bekannt geworden ist. Aber aus zahlreichen Anzeichen ist zu erkennen, daß sich Italien jetzt gezwungen sieht, entschieden gegen die Türkei ins Feld zu treten. Es hat sich schon halb gezwungen aus dem Innern von Tripolis zurückgezogen und nur den Küstenrand, den es besitzt, in Verteidigungszustand gesetzt. Nun sucht es nach einem plausiblen Kriegsgrunde gegen die Türkei zum Angriff auf diese selbst. Was darüber in den italienischen Zeitungen gesagt und von der Agenzia Stefani eifrig gesammelt wird, ist gerade so fadenscheinig, wie der Kriegsgrund Italiens gegen Österreich. Gleichzeitig wird Stimmung für den Krieg gegen Deutschland gemacht, der, wenn er überhaupt etwas bedeuten würde, auf eine Unterstützung der Franzosen im Süden ihrer Kampfeslinie herauskäme. Wir haben uns von vornherein nicht auf die Fiktion Italiens eingelassen, sich als nicht im Kriegszustande mit uns zu betrachten; auch die Türkei ist auf diese Erweiterung der Angriffsfront längst gerüstet.

In nicht zu ferner Zeit ist also mit einer Verschärfung des Kampfes um die Dardanellen zu rechnen, dessen ungeheure Bedeutung von der Presse

unsrer Gegner fortwährend und mit großer Offenheit behandelt wird. Die andern Kriegsschauplätze der Türkei sind demgegenüber sekundär. Sowohl im Kaukasus wie in Mesopotamien sind die Operationen beinahe zum Stehen gekommen, die Türkei hat alle militärischen Kräfte an den Dardanellen gesammelt. Dort wehren sich diese ununterbrochen mit größtem Heldenmute gegen die Angriffe der Gegner, und verständige Kriegsberichterstatter, wie z. B. Granville Fortescue, sprechen auch mit vollem Recht von der „stupenden" Aufgabe (stupendous task), die die Forcierung der Dardanellen stellt. Gerade da wir jetzt am Ende des Weltgetreideerntejahres die Verschiebungen in der Getreideausfuhr übersehen, wird die Bedeutung der Dardanellensperre der Welt, nicht nur den Kämpfenden, auch den Neutralen, recht eindringlich klar. Für unsre weiteren Erfolge ist es von der größten Bedeutung, daß die Dardanellen geschlossen bleiben. Das aber hängt außer von der Tapferkeit der Verteidiger und ihrer Versorgung mit Munition von dem endgültigen Entschlusse der Balkanstaaten ab.

Asquith hat sich in seiner letzten Parlamentsrede über die Kriegsfinanzen (20. Juli) ausdrücklich von dem bisherigen Grundsatze freigemacht, daß englische Subventionen nur an verbündete Staaten gezahlt werden sollten. Damit hat man bekanntlich den letzten Entschluß Italiens erzwungen. Da es so mit den Balkanstaaten nicht geht, hat der Minister erklärt, daß England Vorschüsse auch an bisher nicht verbündete Staaten zahlen dürfe, und das Parlament hat nicht widersprochen. Über die Absicht ist kein Zweifel: man will damit die Balkanstaaten, in erster Linie Rumänien und Bulgarien locken.

Unsre Stellung zu Rumänien und die Wünsche, die wir an es haben, sind nochmals in der Frankfurter Zeitung (18. Juli) im Sinne des Standpunktes unsrer Regierung unterstrichen worden. Wir glauben gern, daß die Indépendance Roumaine diese Stimme ärgerlich als unnütze Einmischung zurückweist, weil es immer unangenehm ist, an Pflichten erinnert zu werden, denen der andre sich entziehen will. Aber dafür können wir nicht. Daß indes die Erinnerung an den Vertrag von 1883 für die Situation der Gegenwart noch viel bedeutet, vermögen wir nicht zu glauben. Aus einer Veröffentlichung des bekannten englischen Balkanforschers Seton-Watson geht hervor, daß auch in Rumänien weder die Konservativen noch die meisten Mitglieder des gegenwärtigen liberalen Kabinetts den Vertrag jemals gesehen hatten, als ihn König Karl bei Kriegsausbruch als Grundlage der rumänischen Entschlüsse benutzen wollte, und daß sie diese Geheimhaltung als gegen die rumänische Praxis entschieden ablehnten. Der Gesandte Raschdau hat kürzlich im Tag über derartige Geheimverträge sehr treffend gesagt, daß die Geheimhaltung diplomatischer Verträge gerade denen am willkommensten sei, die sich im Falle ihrer Anwendung einer Befolgung zu entziehen gedenken. Die

Lehre daraus für die Zukunft der diplomatischen Beziehungen ergibt sich von selbst und bei der späteren Erörterung über die deutsche Diplomatie wird auf das rumänische wie das italienische Beispiel besonders zurückzukommen sein.

Was augenblicklich Rumänien mit größtem Nachdruck vorgehalten wird, ist die Aussicht, daß die Meerengen, falls Konstantinopel fiele, nicht Rußland überlassen, sondern neutralisiert würden. Skrupelloser, wir möchten beinahe sagen, frecher kann man eigentlich nicht Politik machen, als es England damit tut, wenn es mit Rußland ein Abkommen trifft, daß es keinen Einspruch gegen die russischen Wünsche am Bosporus erhebe, und Rumänien beruhigt, indem es dort Bürgschaften für eine Neutralisierung der Dardanellen übernehmen will. Deshalb können wir uns auch nicht denken, daß die klugen Männer, die die Geschicke Rumäniens leiten, sich von einem so plumpen Manöver fangen lassen werden. Und wenn schon das politische Testament König Karls (Äußerung am Vorabend seines Todes zum Leiter der Moldawa) keinen Eindruck mehr macht, so vielleicht eher das des fast gleichzeitig mit seinem König verstorbenen Demeter A. Sturdza, der wohl der weitblickendste und sachkundigste Staatsmann Rumäniens war: „Auch am großen, allgemeinen Ringen, das doch einst stattfinden wird, wird das heutige Rumänien Anteil nehmen. Die Rumänen im Königreiche und diejenigen, die außerhalb desselben ansässig sind, werden dann an der Seite des lichten, gebildeten Westens fechten, wider die Machtgelüste und den Ehrgeiz des noch im Dunkeln brütenden Ostens. Mögen doch die Rumänen stets dessen eingedenk sein, daß es der große Trajan war, der sie an der Donau anpflanzte, und nicht der Zar aus dem Osten."

Bulgarien wird jetzt, durch den Zwang der Tatsachen veranlaßt, den Blick über das Schachergeschäft hinaus zu erheben, auf das überall in den Balkanstaaten das Werben hinausläuft. Das Schwarze Meer ist für es geschlossen, die Dardanellen desgleichen, und tatsächlich schließt ihm England auch noch den Hafen von Dedeagatsch zu. So ist es kein Wunder, daß der Blick, wenn man nicht ersticken will, sich entschlossener als bisher nach der Donau richtet. Dort aber sitzt Serbien und schneidet die einzige Verbindung des bulgarischen Wirtschaftslebens mit dem Westen durch. „Wir müssen unsre westliche Grenze für immer schützen. Mit unserm Erscheinen an der Morawa werden wir die freche Herausforderung der Serben bestrafen, die Bulgarien von der internationalen Schiffahrtsverbindung der Donau abgeschnitten haben", so begründet die Kambana (6. Juli) ihren leidenschaftlichen Ruf: „An die Morawa!" Die Balkanska Poschta (11. Juli) erweitert das mit der Forderung, jetzt die Neutralität aufzugeben: Die russische Gefahr ist durch das siegreiche Vorgehen der Zentralmächte beseitigt. Mit dieser Schwächung Rußlands verbessert sich gleichzeitig die Lage Bulgariens. Das wichtigste ist, daß nicht etwa die russischen Munitionslager durch Transporte

durch die Dardanellen aufgefüllt werden. „Die Freimachung des Weges durch Serbien nach der Türkei ist die unbedingte Voraussetzung, unter der jetzt allein Bulgarien sein ersehntes Mazedonien gewinnen kann. Und mit dieser Aktion gegen Serbien muß ohne Zögern begonnen werden." Diese Gedanken sind zwingend und würden rechtfertigen, wenn Bulgarien sehr bald aus seiner Neutralität herausträte, um so mehr, als es nach den Äußerungen seines Finanzministers Tontschew finanziell auf den Krieg gerüstet ist. Ungemein beschleunigt würde dieser Entschluß natürlich, sobald eine Offensive der Zentralmächte gegen Serbien gleichfalls den Weg durch Serbien bahnt.

Für die Beurteilung der Gesamtlage auf dem Balkan ist es von großer Wichtigkeit, daß Serbien über die Donau und über Saloniki alles zur Kriegführung Nötige im vollen Maße und ohne Hindernis hereinbekommt, daß es die ansteckenden Krankheiten im Lande so gut wie erstickt hat, und daß es heute über mindestens 200 000 Mann schlagfertiger Truppen verfügt. Diese Entwicklung war nur möglich, weil Griechenland sein Verhältnis zu Serbien sehr im Sinne seiner Bündnispflicht aufgefaßt hat. Denn ohne das Bündnis mit Griechenland, das jederzeit den Hafen von Saloniki hätte sperren können, wäre Serbien tatsächlich so ruiniert gewesen, wie es sich die öffentliche Meinung bei uns vielfach vorgestellt hat. An diesen Beziehungen mit Serbien hält Griechenland auch fest, mit Rücksicht auf die Einmischung Italiens; der gleichzeitige Einmarsch der Serben, Montenegriner und Griechen in Albanien läßt, wie das Magrini im Secolo eingehend begründet hat, auf ein vorhandenes Einverständnis zwischen den Dreien schließen. Denn sie werden alle drei durch das Mißtrauen gegen Italien geeinigt.

In dieser ganzen Lage ist wohl der Wechsel im Berliner Botschafterposten von Bedeutung, den die Türkei gerade jetzt hat eintreten lassen, und der zufällig mit der vorübergehenden Krankheitsabwesenheit unsres Botschafters in Konstantinopel zusammentrifft. Der Tanin hat aus diesem Anlaß einen hochoffiziösen Artikel (24. Juli) veröffentlicht, aus dem wir folgende, sehr bemerkenswerte Sätze entnehmen: „Die Türkei trägt zur Zeit mit Entsagung nur die weniger bequemen Lasten der Allianz, und die Zeit, wo sie von ihren Wohltaten profitieren wird, kann sich erst nach dem Frieden einstellen. Die Zeit ist daher gekommen, wo beide Länder ihre zukünftigen Beziehungen auf eine sichere Basis stellen müssen. Es ist sicher, daß nach dem Kriege die wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei eine außerordentliche Ausdehnung versprechen. Ferner darf man eine weitere Vertiefung der politischen Verhältnisse erwarten, um die türkisch-deutsche Freundschaft auf eine unverrückbare Basis zu stellen." Deshalb erschien die Ernennung des früheren Großwesirs Hakki Pascha zum Botschafter

in Berlin notwendig, der also mit einem ausgesprochenen Programm zu uns kommt. —

Am 23. Juli ist die amerikanische Antwort auf unsre Note vom 8. Juli überreicht worden. Der grundsätzliche Standpunkt dazu, dem wir uns ganz anschließen, ist in der Kreuz-Zeitung vom 26. Juli schon ausgesprochen. Wir fügen nur folgendes noch hinzu. Zunächst stellen wir fest, daß die mehrfach angekündigte Note Amerikas an England noch nicht abgegangen ist; sie ist sicherlich noch nicht einmal verfaßt. Man will eben die höhere Aufgabe des neutralen Staates den beiden Kriegführenden gegenüber nicht wahrnehmen und verhandelt deshalb zunächst ausschließlich mit Deutschland. Die Note enthält sich der Betonung freundschaftlichen Geistes so gut wie ganz. Mit hämischer Freude erinnert auch die englische Presse an den „berühmtesten" Fall der Anwendung des Wortes vom „vorsätzlich unfreundlichen Akt", als es nämlich von England gegen Frankreich gebraucht wurde, und darauf für letzteres — Faschoda folgte. Der Schluß macht im Zusammenhang mit dem unmißverständlichen Hinweis auf die Tätigkeit der U-Boote in den letzten zwei Monaten eine weitere Verhandlung eigentlich schon unmöglich. So ist die Lage, die die Note Wilsons schafft, ohne Zweifel ernst, weil der Präsident uns jetzt nicht mehr als der von hohen Idealen erfüllte Theoretiker gegenübertritt, sondern als der offene Parteigänger Englands. Denn es ist doch kein Zufall, daß zur gleichen Zeit, als die Note nach Deutschland hinübertelegraphiert wurde, auf eine Anfrage im englischen Parlament der Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Lord Robert Cecil, bestätigte, daß Amerika eine Änderung in seinen Bestimmungen über die Armierung von Handelsdampfern habe eintreten lassen. Von jetzt ab ist die Ein- und Ausfahrt von Handelsdampfern, auch wenn sie armiert sind, in amerikanische Häfen gestattet; nur dürfen sie lediglich zu Verteidigungszwecken armiert sein. Einen Unterschied zwischen defensiver und offensiver Armierung zu finden, dürfte schwer sein. Von jetzt ab gestattet also Amerika auch formell (was es tatsächlich wohl schon mehrfach gestattet hat), daß mit Geschützen versehene Handelsdampfer seine Häfen benutzen, und die englische Presse sagt dazu, um uns das noch deutlicher zu machen, daß sich diese Änderung der Praxis gegen die Weigerung Deutschlands richte, durch seine U-Boote vor der Torpedierung erst eine Untersuchung vornehmen zu lassen: „Die neuen amerikanischen Bestimmungen erklären tatsächlich die U-Bootkampagne, wie sie gegenwärtig geführt wird, nicht als Kriegführung, sondern als Seeräuberei." (Manchester Guardian 22. Juli.)

Wie jede amtliche Äußerung in Amerika, muß auch diese mit dem Blick auf ihre voraussichtliche Wirkung im Innern betrachtet werden, spricht doch in der Note Wilson nicht nur als Präsident, sondern auch als Präsidentschafts-

kandidat für 1916. Wenn er als solcher so gegen Deutschland sprechen zu können glaubt, wie er es tut, so ist es ein Zeichen, daß er die Gegenagitation der Deutschen und Iren und nun auch Bryans nicht für gefährlich hält, sondern daß er auch unter dem Gesichtspunkt der Wahltaktik eine Schädigung seiner Aussichten durch eine Verschärfung der Beziehungen zu Deutschland in keiner Weise erwartet. Uns überrascht das nicht, und wir wollen abwarten, ob sich Wilson in seiner Beurteilung der Lage täuscht, und ob die Agitation auf ein Verbot der Kriegsausfuhr, wie sie Bryan jetzt eingeleitet hat, in der für die Kriegsdauer überhaupt in Frage kommenden Zeit einen realen Erfolg haben wird. Im übrigen ist Deutschlands Stellung und Antwort ja gegeben. —

Vom fernen Osten haben wir zuletzt am 23. Mai (Japan, China und Nordamerika) gesprochen. Wir würden heute nicht darauf zurückkommen, wenn lediglich die Beziehungen zwischen Japan und China weiter zu verfolgen wären, die im Vertrag vom 25. Mai die bekannte große und neue Einflußsphäre Japans in China gebracht haben. Auch in den Beziehungen Japans zu England ist keine Änderung eingetreten; die Bemühungen Englands und Frankreichs um japanische Hilfe in Europa sind nicht wieder aufgenommen worden. Ebensowenig ist über die Stellung der Vereinigten Staaten und Japans zueinander Neues zu melden, weil die Vereinigten Staaten darin ebenso wie gegen Mexiko ihre Vogel-Strauß-Politik weiter betreiben. So könnten wir die weitere Entwicklung unsrer Beziehungen zu Japan, das uns gegenüber die Waffen ja eigentlich niedergelegt hat, ganz der Zukunft anheimstellen, wenn sich nicht seit Anfang Juli eine bemerkenswerte und möglicherweise folgenschwere Verschiebung in Ostasien anbahnte, die auch uns jetzt schon lebhaft interessiert.

Rußland setzt nämlich nicht nur seine Ostasien-Politik trotz des Engagements in Europa fort, sondern stellt diese bereits bewußt unter den Gesichtspunkt, daraus womöglich für die Gegenwart Hilfe zu gewinnen, sicher aber sich den Rücken frei zu machen und für die Entwicklung nach dem Kriege eine ihm nützliche Situation schon jetzt herbeizuführen. Dafür sind zunächst die Verhandlungen über die Mongolei abgeschlossen worden. In der ersten Hälfte des Juli — ein genaueres Datum vermögen wir nicht festzustellen — ist in Kiachta das endgültige Abkommen zwischen Rußland, China und der äußeren Mongolei zustande gekommen, das in der Hauptsache die Konvention von Urga (vom 3. November 1912) bestätigt. Äußerlich sieht das Abkommen für China ganz gut aus. Zwischen ihm und der russischen Grenze wird ein autonomer Staat, über den China die Souveränität hat, geschaffen; die Unabhängigkeit der äußern Mongolei, die Rußland schon erreicht zu haben glaubte, ist formell aufgehoben, sie bleibt ein Teil des chinesischen Gebietes. Aber sie ist im Innern ganz autonom, und vor allem behält Rußland alle Vorrechte

für seinen Handel, seine Konsuln, seine Gerichtshöfe gegen chinesische und russische Untertanen usw., die ihm in der Konvention von Urga zugestanden wurden. Rußland hat, indem es formell nachgab, tatsächlich gesiegt und gliedert sich durch seine Kaufleute, Konsuln und alle andern Einflüsse ein Gebiet an, das durch die innere Mongolei im Süden, den Altai im Westen und Bargo im Osten begrenzt ist. Damit hat eine jahrelange zäh verfolgte, besonders von dem russischen Generalkonsul in Urga, Korostowetz, betriebene Politik ihre Ernte unter Dach gebracht.

Im Zusammenhange damit steht die wesentliche Veränderung, um derentwillen wir hier von diesen Fragen sprechen. Seit Anfang dieses Monats fordert die japanische Presse fast einstimmig die Anbahnung eines Bündnisses mit Rußland. Die Voraussetzungen dafür sind in jahrelanger Arbeit schon angebahnt worden. Jetzt aber rechnet man mit der Schwächung Rußlands durch den europäischen Krieg und strebt im Anschluß an Rußland eine Sicherung an gegen Gefahren, die Japan nach dem Kriege aus seiner Beteiligung an ihm entstehen könnten. Und diese Bewegung findet in Rußland einen sehr starken Widerhall, so stark und so einmütig, daß er nur amtlich inspiriert sein kann, wie auch auf der japanischen Seite diese Preßarbeit im Einverständnis mit der Regierung getan wird. Die wichtigsten Organe der russischen Presse erkennen übereinstimmend an, daß sich seit dem Frieden von 1905 die Verhältnisse grundlegend geändert haben, daß eigentlich, ohne durch formellen Vertrag gebunden zu sein, Rußland und Japan tatsächlich schon Bundesgenossen seien. Wir werden anerkennen müssen, daß sich jetzt die umsichtige und zielbewußte Arbeit Iswolskis bewährt, der sich auf alle Weise und mit Erfolg bemühte, die Reibungen zwischen Rußland und Japan im fernen Osten aus der Welt zu schaffen (Konvention von 1907 und 1910; über einen angeblichen dritten Vertrag dieser Art, den noch kurz vor dem Kriege der verstorbene Katsura in Petersburg zustande gebracht haben soll, ist Näheres nicht bekannt geworden).

Nun könnte sich Rußland Zeit und die Japaner kommen lassen, wenn sie ein Bündnis wünschen; Japan hat ja die Erörterungen in der Presse begonnen. Aber die Not des Augenblicks ist dazugekommen. Nicht nur sieht Rußland mit Befriedigung, daß durch den Krieg die Beziehungen zwischen Japan und den Weltmächten sehr abgekühlt sind und damit Japan an die russische Seite herangedrängt wird, sondern man möchte das erreichen, was den Engländern und Franzosen mißglückt ist. England hat den Vertrag mit Japan auf Indien ausgedehnt: warum soll Rußland ein solches Bündnis mit Japan, wenn es das schon abschließt, nicht auf Europa ausdehnen? Die militärischen Möglichkeiten einer solchen Kooperation liegen ja ganz anders, als wenn, wie im Winter gefordert wurde, Japan seine Truppen auf die Schlachtfelder nach

Flandern schicken sollte. Und nun das klare Programm mit folgenden, dem Rußkoje Slowo (3. Juli) entnommenen Sätzen: „Japan will freie Hand auf dem asiatischen Festland, Rußland freien Zutritt zum Mittelmeer. Ein russisch-japanisches Bündnis würde also dann von ungeheurer Bedeutung für die Weltpolitik sein, wenn Rußland die Bürgschaft für die japanischen Interessen im fernen, Japan die für die russischen Interessen im nahen Orient übernähme. Wenn es sich um ein bewaffnetes Eingreifen Japans in den europäischen Krieg handeln sollte, so könnte dies aus technischen Gründen nur in Japans Beteiligung an den Dardanellenkämpfen bestehen." Daß das nicht nur eine Kombination der Presse ist, beweist eine sehr offenherzige Äußerung eines für diese Dinge maßgebendsten Mannes, nämlich des Chefs der fernöstlichen Abteilung im Ministerium des Auswärtigen, N. P. Judin, der in einem Interview an den Djen (3. Juli) sich dahin ausgelassen hat: „Der russische Gesandte in Tokio berichtet über die steigende Sympathie aller Kreise der japanischen Bevölkerung zu Rußland. Formelle Vorschläge über ein Bündnis liegen noch nicht vor. Aber Rußland hat schon durch seine Haltung zum japanisch-chinesischen Konflikt sein vollständiges Desinteressement daran gezeigt. Japan sucht jetzt Annäherung an Rußland, und in kürzerer oder längerer Frist wird das zu einem formellen Bündnis führen, das durch die Gemeinsamkeit der Interessen in sich fundiert ist."

Wir meinen, daß sich damit Beziehungen anbahnen, die nicht nur für England und Nordamerika — die geht es am nächsten an — von Wichtigkeit sind, sondern die auch uns bereits heute berühren. Noch während des Krieges vollziehen Rußland und Japan eine Gruppierung, die auch uns zu lebhaftem Nachdenken anregen muß. Nicht, daß wir die japanische Unterstützung an den Dardanellen fürchteten. Ehe diese wirklich erscheinen könnte, wird noch mancher Tropfen Wasser durch die Meerengen fließen. Und ob der Gedanke an militärische Hilfe auf beiden Seiten sehr ernst gemeint ist, steht auch noch dahin. Aber politisch sind das Entwicklungen von großer Tragweite. Es ist nicht gleichgültig, wenn die Zeit für die Friedensverhandlungen kommt, wie Rußland und Japan neben- und zueinander stehen, und vor allem nicht für uns, wenn unsre Beziehungen zu den Vereinigten Staaten sich weiter verschärfen sollten. So werden wir durch den Fortgang von Verhandlungen, die heute ganz außerhalb unsres Gesichtskreises geführt werden, wieder einmal nachdrücklich daran erinnert, daß wir in einem Weltkriege sind, durch den alle politischen Weltprobleme berührt werden. Wundervoll sind die Erfolge unsrer Truppen im Osten, die unaufhaltsam von Sieg zu Sieg weiterschreiten. Aber der Blick auf die Dardanellen und ein auch nur flüchtiger Blick nach dem fernen Osten zeigen uns, daß auch sie nur ein Teil des großen Weltenringens sind, daß an andrer Stelle andre Aufgaben noch unsrer harren, wenn diese

Kämpfe im Osten dem glückhaften Ende, wie wir fest vertrauen, zueilen. Recht oft ist in diesem Kriege das Wort des Meisters der preußischen Strategie gedankenlos wiederholt worden vom Kriege, der nur die Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln sei. Es gilt nicht nur vom Kriege als dem Abschluß einer politischen Entwicklung, die friedlich nicht weiterzuführen ist, sondern auch als Vorbereitung für die politische Zukunft, der er die neue Lage zu schaffen hat. Das haben wir im Auge, wenn wir heute Warschau und die Dardanellen, den Suezkanal und den fernen Osten in einem Bilde zusammenzufassen suchen.

38.

(Zum zweiten Kriegsjahre — Das russische und das englische Parlament — Die ungelösten Aufgaben — Holland und Spanien)

4. August 1915

Wir verzichten darauf, mit einem Rückblick auf das eben verflossene erste Kriegsjahr zu beginnen. Was dazu zu sagen war, ist von berufener Seite schon in der Kreuz-Zeitung gesagt worden, und die lediglich historischen Rückblicke, auch die wertvollen Dokumente, die jetzt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung aus den belgischen Archiven mitteilt, sind uns heute nur schätzbares Material, das unsre volle Aufmerksamkeit nicht findet. Denn wir blicken vorwärts. Was uns zu Beginn des zweiten Kriegsjahres bewegt, hat der schlicht eindrucksvolle, tiefernste Aufruf des Kaisers vom 1. August, der uns in jedem Satze aus der Seele gesprochen ist, ausgedrückt. Aus gleichem Anlaß hat am 28. Juli Papst Benedikt abermals eine Friedensbotschaft erlassen, die einen Meinungsaustausch über die Herbeiführung eines Friedens unternehmen will. Auch die Protestanten werden mit Ergriffenheit diesen Aufruf lesen, der vor allem in Deutschland Verständnis findet. Unmittelbar ist das Papsttum vom Kriege getroffen, nicht nur durch die Schwierigkeiten, die ihm die italienische Regierung macht, weil sie das Garantiegesetz nicht einhält, und über die der Papst in einer von der Pariser Liberté verbreiteten Kundgebung klagte. Wichtiger noch ist der Riß, den der Krieg durch die katholische Kirche zieht. Er zwingt ihre Gläubigen, obwohl sie nach Wort und Begriff sich über die ganze Erde erstreckt, zu entschiedenster Parteinahme gegeneinander. Die einzelnen Orden stehen in Seelsorge und Liebestätigkeit auf verschiedenen Seiten des Weltkrieges — von der deutschen Jesuitenprovinz stehen 331 Mitglieder im Dienste des deutschen Vaterlandes, 15 tragen bereits das Eiserne Kreuz. Dem französischen Werke von Baudrillart »La guerre allemande et le Catholicisme«, das von Haß und Verleumdung strotzt, haben die deutschen Katholiken eine tapfere Abwehrschrift entgegengestellt, und noch mancherlei

dergleichen ließe sich anführen. Zum Friedensaufrufe selbst aber können wir nur sagen, wie unser Kaiser: Wir haben den Krieg nicht gewollt, und die Aufgabe der Sicherung unsers Staates ist noch nicht erfüllt. Die Zeit wird kommen, da die Mahnung des Papstes mit mehr Erfolg als heute erklingt. Aber die Kundgebungen der Gegner zeigen uns, wo wir stehen, und daß wir vorerst noch eine höhere Pflicht gegen Volk und Staat zu erfüllen haben, als an den Frieden zu denken.

Die italienischen Blätter weisen die Botschaft des Papstes als toten Buchstaben, als väterliche Geste von rein ideeller Bedeutung lächelnd ab. In England und Frankreich aber finden am 4. August große Kundgebungen für den Krieg und seine Weiterführung statt. In Frankreich gehen sie von Regierung und Parlament aus, die „erneut den Willen der Nation bekunden, die Einigkeit aller ihrer Kinder aufrecht zu erhalten, die entschlossen sind, vor keinem Opfer zurückzuweichen und der Sache Frankreichs, welche die Sache des Rechts, der Freiheit und der Zivilisation sei, zum Siege zu verhelfen". Was dieser Sieg will, hat man uns in den letzten Wochen gesagt. Vom Beschlusse der französischen Sozialisten sprachen wir schon. Maurice Barrès schreibt: „Es gibt kein andres mögliches Ende des Krieges als das Ende Deutschlands, und um dazu zu gelangen, müssen wir durchhalten." Wir wissen nicht, ob der Hochverräter Wetterlé in Frankreich ganz ernst genommen wird, der als Ziel den ganzen Rheinlauf als Grenze fordert, aber manche Äußerungen von Hervé und Vandervelde lassen dasselbe Ziel erkennen, das wir durch 1813 und 1870 für erledigt hielten. Frankreich bleibt unversöhnlich — mit diesem Bewußtsein gehen wir in das neue Kriegsjahr und richten danach unsre Gedanken über das Kriegsziel gegen Frankreich ein.

In England finden am 4. August Versammlungen in allen Gemeinden und Grafschaften statt, die überall eine vom Premierminister gebilligte Entschließung annehmen: „Am Jahrestage der Erklärung eines gerechten Krieges spricht diese Versammlung ihren unbeugsamen Entschluß aus, bis zum siegreichen Ende den Kampf fortzusetzen für die Ideale der Freiheit und Gerechtigkeit, die die gemeinsame und geheiligte Sache der Verbündeten sind." Und genau derselbe Ton klang aus den Eröffnungsreden der russischen Duma, insonderheit aus den Worten des Kriegsministers Poliwanow.

Auf alles dies gibt es keine andre Antwort als die Worte des Kaisers: „Wir harren ohne Wanken aus, bis der Friede kommt, der uns die notwendigen militärischen, politischen und wirtschaftlichen Sicherheiten für die Zukunft bietet." —

In Rußland kommt das Parlament, in England geht es. In welcher Stimmung und mit welchen Entschlüssen? Wir versagen uns Prophezeiungen, wie die Verhandlungen der am 31. Juli eröffneten Duma laufen werden,

und erinnern nur an zwei Tatsachen. Die Duma zerfällt in eine Rechte von 185 Mitgliedern, eine Linke von im ganzen 129 und ein Zentrum von 99 Abgeordneten. Sie ist nicht ausschließlich eine Vertretung der Besitzenden und Gebildeten und noch viel weniger der Intelligenz, sondern vor allem auch der bäuerlichen Massen. Die Führer der Linken, die heute am stärksten hervortreten, repräsentieren die Duma nicht und beherrschen sie auch nicht. Der Verlauf ihrer Verhandlungen wird also sehr wesentlich davon abhängen, wie sich die Führer der Rechten, Weltliche und Geistliche, zu der Kardinalfrage des Augenblicks stellen. Soweit diese die Geschlossenheit der Nation, den Entschluß zur Durchführung des Krieges betrifft, ist man einig. Auf keiner Seite der Dumaparteien, abgesehen von den paar Sozialrevolutionären, freut sich heute jemand, wie 1905, über die Niederlagen des eigenen Vaterlandes. Die Veränderungen im Kabinett aber, das der Duma entgegentritt, haben dieses nicht etwa liberalisiert. Neue Männer, darunter auffällig viele aus den Kreisen der höchsten Aristokratie, sind eingetreten, die entschlossen zum alten Staate stehen und den Versuchen der Linken, das Staatsruder in die Hand zu bekommen, Widerstand leisten wollen. Aber sie sind sämtlich keine Nationalisten im Sinne Stolypins, dessen Nationalismus Goremykins Eröffnungsrede offiziell begraben hat. Sie sind konservativ, unbelastet vom Erbteil des Panslawismus und auch der Kriegspartei, zu der gerade die fähigsten Köpfe im Kabinett nicht gehören. Sie arbeiten ferner in Verbindung mit bestimmten Kreisen des Reichsrats, des Senats, überhaupt der hohen Beamten daran, den Zaren möglichst aus dem Spiele zu lassen und zu verhindern, daß die Woge der Unzufriedenheit und Gärung den Zaren persönlich trifft.

So stehen heute Regierung und Duma einander gegenüber; auch in Rußland wird niemand wissen, wie man wieder auseinandergehen wird. Aber wir werden gut tun, keine Wiederholung der Ereignisse von 1905 zu erwarten. Teile der Duma mögen kampfeslustig sein, aber ihnen stehen die Rechten und das Zentrum gegenüber, und Miljukow sucht ostentativ die Regierungsfähigkeit der Kadetten zu beweisen. An diese Duma knüpfen die russischen Radikalen keine rosigen Hoffnungen.

Das englische Parlament hat sich bis Mitte September vertagt. Der Kohlenarbeiterstreik hat mit einem vollständigen Siege der Arbeiter geendet, dessen Bedingungen sogar neun Monate nach Friedensschluß noch gelten sollen. Die Kohlenpreisbill des Ministers Runciman befriedigt niemand, weil sie weder über die Detailpreise noch über die Kontrakte etwas sagt, also weder den Kohlenwucher im kleinen noch die übermäßigen Preise für die Verbündeten, Frankreich und Italien, ausschließt. Gegen die drohende allgemeine Wehrpflicht erklärt sich Irland (Rede des Abgeordneten Dillon für die Redmondpartei, 24. Juli) auf das allerentschiedenste, das zugleich nachdrücklich

fordert, Homerule nun in Kraft zu setzen. Und die Organisation der Munitionsversorgung geht nur mit Ach und Krach voran. Vor allem ist den verantwortlichen Schichten die Kostenrechnung in die Glieder gefahren, mit der Asquith das Parlament schloß: $4^1/_2$ Millionen Pfund (90 Millionen Mark) für den Tag ist eine Summe, bei der auch dem vertrauensseligsten Optimisten in England schwindlig wird. Der Trost hilft nichts, daß es angeblich Deutschland viel schlechter gehe, und ebenso nichts die Stimmungsmache, daß die neue deutsche Kriegsanleihe mißglücken werde. In der ganzen ernsthaften englischen Presse ist zum ersten Male ein wirklicher Zweifel zu spüren, ob nicht diese finanzielle Last für die Zukunft Englands doch zu groß wird, und unter diesem Eindruck ist das Parlament auseinandergegangen. Wir warnen aber davor, die redselige und zügellose Kritik zu überschätzen, die in England geübt wird. Drüben sind die Methoden anders als bei uns, und es ist heute, wie während des Burenkrieges, dieselbe scharfe, oft maßlose Kritik an der Regierung, es sind dieselben Mißstände in der Verwaltung, die so unbehilflich und verwickelt ist, wie irgend möglich, und es ist derselbe Entschluß, mit der angelsächsischen Zähigkeit, der England alle seine großen weltgeschichtlichen Erfolge verdankt, trotzdem bis zum Ende auszuhalten. So sieht man mit wachsendem Ernst der ungeheuren Kostenrechnung des Krieges zu, aber nimmt, ohne mit der Wimper zu zucken, die Ankündigung hin, daß das Budget im Herbst die Steuer auf das Arbeitseinkommen verdoppeln wird. —

Wir blicken vorwärts, und die draußen für uns kämpfen, tun das gleiche und verstehen es, wenn wir nicht allzu lange bei dem Erreichten verweilen, sondern lieber auf die noch ungelösten Aufgaben blicken. Im Gedenkartikel vom 24. Juli sagte die Neue Freie Presse: „Rußland ist ein Reich, das in seinen Wurzeln militärisch überhaupt nicht gefaßt werden kann. Das mußte schon Napoleon erleben. Es wird mit den Waffen in der Hand nicht zum Frieden gezwungen werden können. Was aber zu erreichen ist, das ist die Vernichtung der russischen Angriffskraft. Im November v. J. hat das russische Heer die Initiative eingebüßt, im Mai wurde es in die Defensive gedrängt, und die nächste Stufe nach abwärts wird dann erreicht sein, wenn die russische Armee nicht mehr in der Lage ist, von ihren Gegnern mehr Kräfte zu binden, als diese brauchen, um an andern Fronten vernichtende Schläge zu führen. Schläge, die dort vielleicht eindrucksvoller und entscheidender sind, als sie es gegen den Koloß Rußland jemals sein können. Zu welchen Entschlüssen die russische Regierung dann kommen wird — oder das russische Volk —, ist nicht abzusehen. Vielleicht wird den Zaren die Erkenntnis, daß Rußland niemals einen europäischen Krieg gewinnen kann, zu einer Preisgabe der Verbündeten und zu einem Separatfrieden bewegen. Vielleicht wird Rußland auch bei den Waffen bleiben, in der Hoffnung, in einigen Wochen doch wieder über

ein scharfes Schwert zu verfügen. Tritt der zweite Fall ein, dann wird es wohl an den Verbündeten sein müssen, diese Spanne Zeit der Rußland aufgezwungenen unfreiwilligen Muße erfolgreich auszunutzen. Auszuforschen, wie dies geschehen könnte, das wäre ein müßiges Beginnen. Vielleicht entscheidet sich der Krieg doch noch auf der Walstatt von Ypern oder von Calais, vielleicht auch an den Toren Südtirols." In dieser Auslassung ist das gleiche Ziel bezeichnet, das der Aufruf unsres Kaisers aussprach mit den Worten: Bedingungen zur ungehemmten Entfaltung unsrer schaffenden Kräfte auf dem freien Meere. Daß der Kampf gegen England die erste der noch ungelösten Aufgaben ist, ist hier immer und immer wieder betont worden.

Demnächst richten wir unsern Blick nach Südosten. Wir hoffen, daß Österreich-Ungarn und die Türkei durch diesen Krieg gekräftigt werden, den gemeinsamen Staatsgedanken um alle ihre Nationalitäten enger zu schließen. Aber dazu müssen die Aufgaben, die hier liegen, auch restlos bereinigt werden. Der Eintritt Italiens in den Krieg hat einen Bund gelöst, der eine starke Schwäche seit dem Augenblicke in sich trug, da sich Italien Ziele auf dem andern Ufer der Adria stellte. Wir müssen anerkennen, was für spätere Beurteilung wichtig ist, daß diese Schwäche bereits unter Bismarck in das Dreibundverhältnis hereingetragen worden ist. Denn der berühmte Artikel 7, der Österreich und Italien bei Ausdehnung auf dem Balkan Kompensationen verbürgte, ist 1887 mit Bismarcks Genehmigung in den Dreibundvertrag hereingekommen, obwohl die Bismarcksche Politik an sich darauf hinausging, Deutschland nicht an Möglichkeiten zu binden, die die Interessensphäre Österreichs auf dem Balkan erweitern würden. Seitdem trug dieser Bund eine Unwahrheit in sich, die ihn im Augenblicke des Konflikts lebensunfähig gemacht hat, und weitschauende Politiker und Militärs Österreichs, wie vor allem Conrad v. Hötzendorff und Leopold von Chlumetzki, haben seit über einem Jahrzehnt darauf hingewiesen, daß Italien im entscheidenden Augenblicke vom Dreibunde abfallen würde. Ihre Warnungen sind in ihrer vollen Tragweite nicht gewürdigt worden. Jetzt predigt sie eindringlich der Krieg, der ein unmögliches Verhältnis löste. Er soll die Bahn für eine Gestaltung der Verhältnisse in der Adria und an ihren Küsten schaffen, die den deutschen und österreichischen Interessen ohne Rücksicht auf die quertreibenden italienischen Wünsche entspricht.

Daran hängt sich schon die große Frage der Balkanverhältnisse. Der Krieg muß einen Ausgang bringen, der die serbo-kroatische Angelegenheit unter allen Umständen vor der Versumpfung zu Österreichs Ungunsten bewahrt. Daß die serbische Frage durch entschlossene militärische Aktion der Zentralmächte zur Lösung gebracht werden muß, ist zweifellos. Denn das erst bestimmt den letzten Entschluß Bulgariens. Immer schwächer werden

dort die Stimmen der Russophilen, immer stärker der Drang nach der Morawa und der Donau. Aber man blickt nach den militärischen Entschlüssen der Zentralmächte, und das Signal zum Eintritt Bulgariens in den Krieg, dem sich dieses nach eigener Überzeugung nicht entziehen kann, wird von ihm von den entsprechenden Maßnahmen der Zentralmächte erwartet. Das ist heute so sicher und so klar, daß wir nicht eine Zeile zu verwenden brauchen auf die aufgeregten Verhandlungen der Entente an den bekannten Punkten, auf den übermäßig breit behandelten Attentatsprozeß in Sofia und auf die fruchtlosen Presseerörterungen über einen Balkanbund. Das A und O der bulgarischen Politik ist das Heraustreten aus der Neutralität zugunsten der Zentralmächte gegen Serbien. Aber der Entschluß wird ihr erst möglich, wenn es die in Bulgarien, wie in allen Balkanstaaten, tief wurzelnde Furcht auch vor einem besiegten Rußland überwunden hat. Man täusche sich darüber nicht: moralische Eindrücke und Eroberungen tun es in diesem Kriege nicht und noch weniger historische Erinnerungen und gutes Zureden über die eigenen Interessen.

Überall herrscht das Gefühl, und auf dem Balkan in erster Linie, daß eine neue geschichtliche Phase für die Balkanstaaten beginnt. Sie sind wie wir überzeugt, daß der russische Panslawismus in bezug auf sie erledigt ist, ebenso die Gedanken an eine Teilung der Interessensphären zwischen Rußland und Österreich, wie sie bis 1903 noch lebendig blieben. Davon ist keine Rede mehr. Die Balkanstaaten sind selbständig geworden, behaupten ihre Selbständigkeit und streben jeder für sich nach der nationalen Abrundung und Vereinigung der zu ihrer Nationalität jeweils gehörenden Glieder. Treten sie in den Krieg ein, so entscheidet sich damit auch ihre künftige Stellung zu den Zentralmächten im Frieden, in erster Linie die Bulgariens, demnächst Rumäniens zu uns. Noch sind die Würfel nicht darüber gefallen, ob Bulgarien oder Rumänien auf unsre Seite treten werden oder nicht. In ihrem und in unsrem Interesse ist es, daß sie auf seiten der Zentralmächte diesen Konflikt durchkämpfen, mit dem eine der größten Entscheidungen dieses Krieges für uns fällt.

Denn die Zukunft der Türkei hängt wesentlich davon ab, daß wir dauernd freie Bahn zwischen uns und ihr herstellen. Das ist nur möglich durch dauernd gute und feste Beziehungen zu den dazwischen liegenden Balkanstaaten, die im und durch den Krieg gewonnen werden müssen. Wir befinden uns ganz in Übereinstimmung mit einem Aufsatze von Rohrbach: „Zum andern Male am Scheidewege deutscher Zukunft“ (Größeres Deutschland, 31. Juli), in dem die Entscheidung des Krieges im Orient gesucht wird. Alles, was da gesagt wird, alle die bekannten Ansichten, Ansprüche, Hoffnungen auf eine deutsche wirtschaftliche Zukunft im Gesamtbereich der Türkei sind absolut

richtig. Aber alles das wird entscheidend durch das Schicksal der Dardanellen und die Stellungnahme der zur Führung berufenen Staaten des Balkans bestimmt. Die Dardanellen werden sich, wie wir fest hoffen, halten. Rußland wird abermals die Erfahrung machen, die es in jedem seiner Kriege gegen die Türkei im 19. Jahrhundert gemacht hat: aus eigener Kraft kommt es nicht zu dem erträumten Ziel, sondern fördert gerade durch kriegerische Entscheidung, die es erzwingt, die zunehmende Verselbständigung der Balkanhalbinsel und der orientalischen Frage. Aber schwieriger und unsicherer als die Entscheidung an den Dardanellen, und für den Weg Konstantinopel—Berlin noch wichtiger ist eben die der Balkanstaaten und die Lösung der serbischen Frage.

Das sind hier die nächstliegenden ungelösten Aufgaben, die Kriegsziele der nächsten Jahrzehnte; sie sind realpolitischer und für unsre Zukunft wesentlicher als die Utopien einer Zerlegung Rußlands in seine natürlichen Grenzen oder als eine Orientierung der österreichischen Politik direkt nach Osten. Damit tritt auch die große Frage: England oder Rußland? in ihr eigentliches Licht. Trotz allem ist eine Vereinigung der russischen Interessen mit denen des neuen Dreibundes — aus Deutschland, Österreich-Ungarn und der Türkei — auch der Balkanstaaten nach dem für uns siegreichen Ausgange des Krieges möglich. Mit einem England, das die Auflösung der asiatischen Türkei erstreben muß, weil es ihr Land zur ungestörten Verbindung zwischen Indien und Ägypten braucht, und das sich auf den Inseln des östlichen Mittelmeers bereits heute dauernd festsetzt, ist diese Interessenvereinigung auf die Dauer ausgeschlossen, wie das für jeden schon klar war, der bloß die Trace der Bagdadbahn von Konstantinopel nach Bagdad und der anglo-indisch-persisch-arabischen Bahn zwischen Nuschki und Port Said auf der Karte ansah. Im Frieden versuchten wir, mit Abkommen nach rechts und nach links die Lösung dieses Gegensatzes zu ermöglichen. Nun haben wir nicht mehr nötig, uns den Kopf darüber zu zerbrechen. Auf den Schlachtfeldern Serbiens, an den Dardanellen und am Suezkanal wird über diese großen Zukunftsaussichten Deutschlands entschieden. —

An den Fragen der Meere sind auch zwei neutrale Staaten höchlichst interessiert, werden sie vielleicht sogar in den Krieg hereingezogen: Holland und Spanien. Holland hat das an einer Äußerung Churchills, die die Scheldefrage aufrührte und damit Holland an die Seite Englands locken wollte, recht plump erfahren. Sie hat aus Holland selbst, wo man sich der englischen Politik gegen die Befestigung von Vlissingen noch sehr gut erinnert, eine deutliche Antwort erhalten. Leuchtet es doch dort nicht ein, daß „ein logischer Zusammenhang zwischen einem deutschen Belgien und dem Verlust der niederländischen Unabhängigkeit bestehe." Englands bewußtes Streben, auch

die neutralen Staaten unter seine handelspolitische Kontrolle zu bringen, hat in diesem Kriege Holland, das gefühlsmäßig England näher steht, uns recht zum Bewußtsein geführt, welchem Marasmus die verfallen, die in Englands Klientel eintreten. Wir wissen, daß in Holland eine nicht unerhebliche Stimmung gegen uns besteht und eine ungerechtfertigte Besorgnis, daß das Schicksal Belgiens auch für Holland Folgen nach sich ziehen könne. Gern geben wir auch zu, daß namentlich in früheren Jahren von unsrer Seite darin mancherlei Unvorsichtigkeiten, geradezu Torheiten begangen worden sind. Man schätzte bei uns die Unabhängigkeit, auf die sich die Niederlande durch ihre Geschichte ein Anrecht erworben haben, allzu gering ein; wer über die Gegenwart und künftigen Beziehungen Hollands und Deutschlands sprechen will, der lese erst einmal Heinrich v. Treitschkes wundervollen Aufsatz über die Republik der Vereinigten Niederlande. Von der Achtung vor der so erworbenen staatlichen Unabhängigkeit aus werden wir, wenn die Zeit dafür gekommen ist, die Zukunft Belgiens ordnen, an der natürlich die Niederlande stark interessiert sind. Aber bis dahin hat es noch gute Weile. Einstweilen wird sich auch die holländische öffentliche Meinung immer mehr damit durchtränken, daß Deutschland in seinem Kampfe um das freie Meer, d. h. um die Freiheit der Nordsee, auch für Hollands Interessen zu Felde liegt, und müßte sich fragen, warum England ein so großes Gewicht in Vergangenheit und Gegenwart auf die Aufrechterhaltung der sog. belgischen Neutralität gelegt hat: in den politischen Äußerungen etwa von Gladstone oder Charles Dilke ist die Antwort darauf zu finden.

Nicht in der inneren Ordnung ihrer Verhältnisse, aber in der Lage zu diesem großen weltpolitischen Zusammenhange steht die Iberische Halbinsel ebenso da wie die Niederlande. Der fortdauernde innere Zwiespalt in Portugal, der seit der Revolution von 1910 nicht zur Ruhe gekommen ist, interessiert uns nicht. Seine Finanzen sind in traurigster Verfassung, sein Heer und seine Marine zuchtlos, die politischen und sozialen Zustände in voller Auflösung. Das hat für den Weltkrieg wenigstens die Bedeutung, daß das Land unfähig ist, dem Drucke Englands zu folgen, das, wie bekannt, auch den Eintritt Portugals in den Krieg wünscht. Mögen die Parteien als Neutrale oder Interventionisten einander gegenüber stehen, das Land ist unfähig, auch nur das Wenige für den Krieg zu leisten, was England von ihm wünscht und fordert. Aber die Fortdauer dieser unklaren Verhältnisse muß einmal auch auf Spanien wirken.

Jahrelang hat Spanien ruhig zugesehen, daß vor seinen Toren und vor der Meeresküste dieser Herd dauernder Unordnung und Revolution brodelte. Auch sind ja seine inneren Verhältnisse nicht so gefestigt, daß sie eine entschlossene Stellungnahme ermöglichten, und der Gegensatz der deutschfreund-

lichen Konservativen und der ententefreundlichen Liberalen (unter dem Grafen Romanones) lähmt eine solche noch mehr. Zu ihr hat es auch dieser einzige unter den größeren Staaten Europas, der noch im Frieden verharrt, nicht besonders eilig. Aber immer wird Spanien dem portugiesischen Wirrwarr nicht zusehen können. Abgesehen davon, daß die republikanische Agitation bereit ist, von dort nach Spanien überzuspringen, stehen für dieses selbst wichtige Interessen des Meeres und der Kolonien auf dem Spiele. Verhandlungen zwischen Madrid und London über Gibraltar sind von Spanien angeblich eingeleitet worden und faßten wohl auch die Frage einer spanischen Intervention in Portugal ins Auge. Unsre Sympathien stehen dabei unbedingt auf der Seite Spaniens und seines Königtums, die uns beide neben Schweden in diesem Kriege am meisten Sympathie beweisen. Neue Aussichten eröffnen sich hier auch für dieses Land, das keineswegs am Absterben ist: Gibraltar, Tanger, die Vereinigung mit Portugal, die in früheren Zeiten seiner Geschichte vorübergehend bestanden hat, die Herrschaft über die portugiesischen Flußmündungen und den herrlichen Hafen Lissabon am Atlantischen Ozean — das wären Aussichten einer neuen spanischen Großmachtpolitik, die ganz mit unsren Wünschen parallel laufen.

Zugleich aber hat der Eintritt Italiens in den Krieg auch Spanien die gesamten Fragen des Mittelmeerbeckens in ein andres Licht gerückt. Im direkten Gegensatz zu den Weisungen des Grafen Cavour (wir denken an seine große Rede vom 6. Februar 1855 im Turiner Parlament) hat sich Italien in der orientalischen Frage auf die englisch-russische Seite gestellt, die zugleich auch die Herrschaft im Mittelmeere auf das stärkste berührt. Für die Rivalen zu beiden Seiten, Spanien und Griechenland, tun sich damit Perspektiven wieder auf, die das Aufsteigen des italienischen Imperialismus schon ganz weggewischt zu haben schien. Voraussetzung dafür ist, daß die englisch-französische Herrschaft im Mittelmeer gebrochen, d. h. auf den Grundsatz der Anerkennung des freien Meeres zurückgedrängt ist, und daß die Orientfragen nicht eine Lösung im Sinne unsrer Gegner finden, gegen die darum auch Griechenland sein Interesse an die Seite Bulgariens und der Zentralmächte gegen Serbien und Italien führen sollte.

Man hört bei uns so oft, wie unendlich verwickelt und unübersichtlich die politischen Linien dieses Weltenringens liefen. Das ist aber heute nicht mehr der Fall. Nachdem die Aufgabe des Krieges als eines reinen Verteidigungskampfes dank unsrem Heere erfüllt ist, braucht man nur entschlossen die realen Interessen unsres Reiches und seiner Verbündeten als einer Einheit in den Mittelpunkt zu rücken. Dann werden hier wie stets auf den Höhepunkten geschichtlicher Krisen die Linien einfach und klar. Nur muß man dann auch entschlossen den Blick nicht davon, wo die eigentlichen Entscheidungen und unsre

Lebensinteressen liegen, abirren lassen in Utopien, die auch dadurch nicht realpolitisch werden, daß sie uns mit nicht mehr zutreffenden historischen Gründen oder unmöglichen geographischen Annahmen mundgerecht gemacht werden.

39.

(Warschau)

6. August 1915

Im Spätherbst 1914 hatten schon die Truppen des Feldmarschalls v. Hindenburg die Türme der Hauptstadt Polens vor sich gesehen. Der Gang der militärischen Operationen führte damals noch nicht zur Eroberung der Stadt. Jetzt ist sie den unaufhaltsam vordringenden Heeren der Zentralmächte wie eine reife Frucht anheimgefallen, als Teilergebnis eines strategischen Manövers, das an Kühnheit und Maßstab der Anlage seinesgleichen nicht in der Kriegsgeschichte findet. Früher sagte man, Warschau könne angegriffen werden entweder von Westen und Südwesten her, vom Felde Wola, auf dem seit 1573 die polnischen Königswahlen stattfanden — so hat es Paskiewitsch 1831 gewonnen. Oder vom andern Weichselufer aus, durch Erstürmung der Vorstadt Praga rechts der Weichsel, von der dann die Beschießung gleich den Kern und Mittelpunkt der Altstadt traf — so eroberte es 1794, nachdem die Preußen die Stadt vergeblich belagert hatten, Suworow für Rußland. Auf die eine oder die andre Weise war es früher eine große Waffentat. Aber wie klein erscheint das heute im Rahmen strategischer Pläne, die von der Ostsee bis zum Südende der Karpathen reichen, die Warschau zugleich vom Westen und Norden und Süden bedrohten, bis es fiel!

Es ist nicht die Zentralfestung, auf die der russische Verteidigungsplan für Polen gewissermaßen konzentrisch zusammenlief. Dieser hat im letzten Jahrzehnt geschwankt. Die Richtung im russischen Befestigungswesen, die die östlich hinter Warschau liegende Festung Brest-Litowsk ausbaute, wollte das Vorgelände bis zur deutschen Grenze für den Fall eines erfolgreichen deutschen Angriffs eigentlich aufgeben; sie wollte sich ganz konsequent auf die Linie Kowno—Brest stützen. Aber der damalige Generalgouverneur von Warschau, Skalon, erhob dagegen Einspruch mit dem Hinweise auf die große moralische Wirkung, die eine solche Preisgabe Warschaus auf die Polen ausüben werde. Mit dieser Begründung drang er durch, so daß auch die alte Linie des berühmten Festungsdreiecks an der Weichsel erhalten wurde. Man glaubte, damit einem Angriffsgegner eine unüberwindliche Doppelmauer entgegenzustellen, sich selbst aber eine prachtvolle Basis für den Angriff ins Herz der preußischen Monarchie hinein zu schaffen, und nach den Regeln der

Kriegsmethodik war diese Erwartung auch durchaus berechtigt. Da aber erhebt sich seit Anfang Juli immer deutlicher der gigantisch-geniale Gegenplan der deutschen Strategie, faßt — das jetzt so oft gebrauchte Bild ist doch sehr gut und treffend — mit Zangen von Norden und Süden die Armee des Feindes, bis der vernichtende Stoß die unhaltbar gewordene Weichselfestung über den Haufen rennt. Antwerpen und Warschau — über zwei der gewaltigsten Festungen Europas weht nun die deutsche Flagge!

Im Plan der Verteidigung Polens ist Warschau nur eine der Festungen, die es zu berennen galt, und heute an sich nicht einmal die wichtigste. Große Aufgaben bleiben auch, nachdem es gefallen ist, der schweren Artillerie und der Sturmkraft unsrer Truppen, deren strategisches Ziel ja das Heer des Feindes ist, und nur als Mittel zum Zweck seine Festungen. Trotzdem ist Großes gewonnen. Denn die Hauptstadt Kongreßpolens, ein Zentralpunkt der allerwichtigsten Eisenbahnen — nach Wilna—Petersburg, nach Brest—Moskau, nach Kiew—Odessa —, die das russische Reich überhaupt hat, und eines der Hauptzentren des russischen Wirtschaftslebens ist damit in unsre Hand gefallen. Hier, auf dem Plateau am linken Ufer der Weichsel, haben mit erstaunlich sicherem Blick die masowischen Herzöge die Burg ausgebaut. Hierhin verlegte schon Sigismund August die Hauptstadt des polnischen Königreichs, hier fanden jene tumultuarischen Wahlreichstage des alten Polens statt. Hier haben die sächsischen Kurfürsten, die die polnische Königskrone trugen, regiert und der Stadt den Stempel des Barocks aufgedrückt, der sie vor allem als eine europäische Stadt heute erscheinen läßt. Hier setzte sich der russische Einfluß fest, der schließlich die polnische Selbständigkeit zerbrach, und hier loderten die Aufstände, 1794, 1830/31, 1863, in denen das zerschlagene Polen seine Selbständigkeit zurückerkämpfen wollte.

Trotzdem ist Warschau nicht die Hauptstadt Polens, wenn wir diesen Begriff überhaupt brauchen dürfen. Das Herz des Polentums schlägt, wo der Sarkophag des heiligen Adalbert im Gnesener Dome steht, und nach der Burg von Krakau, nach dem Wawel, mit den Grabdenkmälern der Könige, und nach dem Hügel Kosciuszkos, blicken die Polen als nach ihrem historisch gegebenen Mittelpunkt. Warschau war erst die dritte Hauptstadt des alten Polens, und es ist ihnen die Hauptstadt des neuen Polens nach 1863 geworden, der polnisch-jüdisch-deutschen Bourgeoisie mit ihren ungeheuren wirtschaftlichen Interessen in Rußland, des „Polens der friedlichen Erneuerung". Als solches ist es zu der Stadt von über 1 Million Bewohnern erwachsen, mit seinem stark pulsierenden Wirtschaftsleben in Handel und Industrie, seinem Luxus und seiner Genußsucht, die moderne polnische Stadt, deren mittelalterliche Erinnerungen im Stadtbilde heute eben nur Erinnerungen sind. Es besaß keine städtische Selbstverwaltung; jahrelang ist seine neue Städteordnung

zwischen Reichsrat und Duma hin- und hergezerrt worden, bis der Krieg mit einem Male möglich machte, was die russische Bureaukratie bis dahin auf alle Weise zu verhindern gewußt hatte. Aber die Städteordnung, die der Zar am russischen Ostertage 1915 gewährte und die am 1. Januar 1916 in Wirksamkeit treten sollte, bleibt ein Fetzen Papier. Dies Liebeswerben kam zu spät. Jetzt ordnet der Befehl des deutschen Feldmarschalls die Verwaltung der eroberten Stadt.

Niemand kann heute sagen, wie sich die polnische Frage durch diesen Feldzug gestalten wird, und wir haben keine Veranlassung, uns aus Anlaß des Falles der Hauptstadt Neu-Polens Spekulationen hinzugeben, die vielleicht schon die nächsten Ereignisse des Feldzuges selbst überholen. Uns erweckt dieser neue Ruhmestag vielmehr eine Erinnerung, der stolzesten eine in unsrer preußischen Geschichte: vom 28. bis 30. Juli 1656 haben, im Bunde mit den Schweden Karl X. Gustavs, die Brandenburger Friedrich Wilhelms, des Großen Kurfürsten, die Schlacht bei Warschau geschlagen. Es war der erste große Sieg der brandenburgischen stehenden Armee, die damals zum ersten Male, auch in einheitlicher Uniform und Montierung, auf die Bühne trat, mit ihm wurde Friedrich Wilhelm einer der wesentlichsten Potentaten Europas. Nach über $2^1/_2$ Jahrhunderten stehen die preußischen Truppen wiederum in Warschau, nun im engsten Reichsverbande mit denen der andern deutschen Stämme, unter denen Friedrich Wilhelm nur wenige Freunde hatte, und Schulter an Schulter mit den Österreichern und Ungarn, deren Fürst im aufstrebenden Hohenzollern nur den Vasallen sah. Und so spürten wir, als uns die Nachricht vom Falle Warschaus kam, wieder den Flügelschlag des brandenburgischen Adlers um die deutschen Fahnen, und, wenn wir des großen Schlachtenlenkers im Osten wiederum mit heißem Danke gedenken, geht uns wieder der Wahrspruch dieses brandenburgischen Adlers durch das Herz: Nec soli cedit!

40.

(Rußland — Österreich-Ungarn)

11. August 1915

Am 28. Juli hat Rußland den 900. Todestag des heiligen Wladimir gefeiert, am 5. August fiel Warschau. Das war ein unangenehmes Zusammentreffen, und begreiflicherweise hat man in Rußland im Augenblicke, wo die Hauptstadt des Weichselgebietes verloren ging, kein besonderes Interesse an jenem alten Kiewer Großfürsten, von dem die Staatsbildung in Rußland ausging und der das Christentum dahin brachte. Denn jetzt hat man sich mit diesem neuen Schlage abzufinden. In Rußland bringt man so viele

schöne Gründe für den Rückzug herbei, daß der Verlust der größten Stadt und Festung Polens beinah wie ein strategisches Meisterwerk erscheint. Sogar des alten Suworow — an sich sehr richtiges — Prinzip muß heran: „Gehst du zur Generalentscheidung, so entblöße die Etappen, und nimm die Truppen weg von den Verbindungspunkten. Du siegst — und alles kehrt ohne Mühe zurück." Zwar hat man nicht gesiegt, sondern muß suchen, vor dem von drei Seiten machtvoll anrückenden Gegner hinter den Bug zu retten, was zu retten ist. Und ob die totgerittene Parallele zum Feldzug Napoleons von 1812, mit der man sich tröstet, zutrifft, ist doch auch zweifelhaft.

In der Presse der Verbündeten Rußlands nimmt das Ereignis natürlich auch einen breiten Raum ein. Aber sie mag so geistreich und so zuversichtlich reden wie sie will, Herr Poincaré mag in seiner Proklamation zum Jahrestag des Kriegsbeginns sehr schön und schwungvoll sprechen, Herr Arthur Balfour in seiner Antwort an den Grafen Reventlow in der New York World der Welt den vollen Erfolg der englischen Flotte im ersten Kriegsjahre beweisen — das ändert nichts daran, daß die Deutschen handeln und die andern reden, oder militärischer ausgedrückt, daß die Heeresleitungen der Zentralmächte und der Türkei den Gegnern überall das Gesetz des kriegerischen Handelns vorschreiben, nicht sie uns. Das hat der Fall von Warschau der Welt erneut zum Bewußtsein gebracht.

Auf eine Anfrage der Preß Association hat es daher Graf Benckendorff, der Botschafter Rußlands in London, für nötig gehalten, von den Hoffnungen des russischen Publikums auf eine starke Offensive der Entente im Westen als Gegenwirkung gegen den deutschen Angriff im Osten zu sprechen — Mißstimmung habe die Enttäuschung, daß sie nicht erfolgt sei, freilich keineswegs hervorgerufen, setzte er beschwichtigend hinzu. Sonderlich beflügelnd werden ferner die Siege von Warschau und Iwangorod auch auf den Entschluß Italiens, der Türkei den Krieg zu erklären, und seine Söhne an den Dardanellen bluten zu lassen, nicht einwirken. Wie freilich diese Entwicklung im Osten auf die Balkanstaaten wirkt, ist noch nicht abzusehen. Zwar drängt dort die Ernte jetzt immer stärker zur Entscheidung, in dem Sinne, als in Rumänien und Bulgarien die Landwirtschaft immer dringlicher in der Forderung umfassender Ausfuhrmöglichkeit für die in der Hauptsache eingebrachte Ernte wird, in der man in beiden Ländern geradezu zu ersticken droht. Aber die Hauptsache bleibt immer dieselbe: das allgemeine Mißtrauen der Balkanstaaten gegeneinander. Kein Kabinett will sich zur Kriegserklärung entschließen ohne Garantien, daß ihm der Nachbar nicht in den Rücken fällt. Die Lehren der Balkankriege wirken auf allen Seiten noch zu sehr nach. Die Garantien aber hat man nicht, und darum findet man noch an keiner Stelle den Entschluß zur Entscheidung:

Radoslawow hat sich (im Interview an den Petit Parisien) erneut aufs äußerste reserviert erklärt, in Rumänien herrscht Verwirrung, in Serbien hat man keine Lust zum Losschlagen, in Griechenland rechnet man mit einer Kammerauflösung und neuen Wahlen. Darum glauben wir nach wie vor, daß nur ein direkter Stoß von außen die Kugel auf der Balkanhalbinsel ins Rollen bringen wird.

Die ersten Tage der Dumatagung standen schon unter dem Eindruck des nahenden Falles von Warschau. Das wurde in der Rede des neuen Kriegsministers, die die phrasenhafteste der bei dieser Gelegenheit gehaltenen Ministerreden war, offen ausgesprochen; auch die „unerhörten Trophäen von Prasznysz" — wir hatten diese entsetzliche „Niederlage" schon total vergessen — verdeckten das nicht. Aus den Worten, mit denen sich Poliwanow in der Duma einführte, ist nur wichtig, daß Rußland den Jahrgang 1917 einberufe, was durch Ukas vom 28. Juli geschehen ist. Gemeint ist der Jahrgang der 1896 geborenen Rekruten, der jetzt aufgeboten ist, als der jetzt Zwanzigjährigen; bei dieser Einberufung ist eine sehr starke Einschränkung aller bisherigen Befreiungsprivilegien erfolgt.

Ferner sprach der Finanzminister Bark — die inhaltlose Rede des Marineministers übergehen wir — mit einem beneidenswerten Optimismus über die Finanzlage seines Landes. Wieder wird die berühmte „Reihe neuer Kreditoperationen, deren Erfolg außer Zweifel steht", als notwendig angekündigt. Im Augenblick bestehen diese in der Erhöhung des Emissionsrechts der Reichsbank um 1,2 Milliarden Rubel, für die die notwendige Zustimmung des Parlaments nachgesucht wird, und in der abermaligen Ausgabe kurzfristiger Schatzobligationen, diesmal im Betrage von $^1/_2$ Milliarde Rubel. Reichsrat und Duma können ihre Zustimmung dazu nicht verweigern, aber sie werfen die Frage der Beschaffung „anderweitiger Mittel von größter Wichtigkeit" auf. Das heißt: die Duma wird, wenn sie die Zeit dazu hat, das altbekannte Projekt der Einkommensteuer verhandeln, beide Häuser legen schon jetzt dem Finanzminister weiter die heikle Frage vor, warum denn keine große Anleihe Rußlands bei seinen Bundesgenossen, also bei England, zustande komme, und das Parlament wird sich mit dem Finanzminister in der trostlosen Aussicht einig sein, die der Zustand der russischen Finanzen heute schon bietet und die jeder neue Kriegsmonat nur verschlechtert — eine Aussicht, die übrigens auf keiner Seite der politischen Meinungen Rußlands, abgesehen von den Desperados der Kriegspartei, heute irgendwie leicht genommen wird.

Interessanter war die große Rede Ssasonows über die Weltlage am 2. August. Das klang freilich alles viel bescheidener und gedrückter als das letztemal, da es hieß: „Unsre Heere marschieren fest auf das Ziel zu" usw.

Jetzt gab der Minister zu, daß die „Ergebnisse solcher Bemühungen nicht ihrer ungeheuren Größe entsprechen". Doch lag das Interessante weniger darin, auch nicht in der selbstverständlich zu erwartenden Versicherung, man werde Frieden nicht vor „der endgültigen Vernichtung des Feindes" schließen. Für den Rückblick war die Mitteilung wichtig, daß das Ministerium Salandra bereits „im Laufe der ersten Kriegsmonate sorgfältig seinen Eintritt in die Aktion vorbereitete" — so wird den Italienern vom verbündeten Staatsmann bescheinigt, daß sie unstreitig in Perfidie und Hinterhaltigkeit den ersten Preis davontragen. Für die Lage Rußlands selbst aber war schon die Anlage der Rede Ssasonows bezeichnend: das Suchen nach neuen Bundesgenossen in der seltsamen Reihenfolge Schweden, Nordamerika, Rumänien, die ganz oberflächliche Betrachtung der Balkanlage, in der Serbien eine inhaltlose Redensart hingeworfen erhielt und Bulgarien überhaupt nicht vorkam, und die ausgiebige Erörterung über Persien und Japan. Wir werden freilich weder durch die Ankündigung „andrer Mittel" in Persien gegen die angebliche deutsche Wühlerei dort, noch durch die des „festeren Bündnisses" mit Japan erschreckt. Auch wird das Abkommen von Kiachta (7. Juni) über die Mongolei selbst die Duma kaum mehr interessiert haben. Aber es ist kein Zufall, daß der Minister des Auswärtigen in Rußland gerade, da die Zentralmächte ein Stück der Westmarken nach dem andern besetzen, gut ein Viertel seiner Rede über die Weltlage den asiatischen Dingen widmete, während er von den Dardanellenkämpfen sprach, als gingen sie Rußland überhaupt nichts an. Heute haben wir weder Neigung noch Veranlassung, den Gedanken nachzugehen, die Ssasonows Rede anregt. Wohin sie zielen und aus welchem politischen System sie kommen, springt in die Augen, wenn man sich an die Gesamtrichtung dieses Ministers erinnert, der versucht hat, das Abkommen von 1907 und das Potsdamer von 1910 miteinander zu verschmelzen, und es ist bekannt, daß gerade Ssasonow den Zaren vor der Unterschätzung der deutschen Militärmacht durch die Kriegsschreier, die sich so niederschmetternd gerächt hat, gewarnt hat. Aber heute haben diese weitaussehenden Erwägungen zunächst nur ein rein akademisches Interesse.

Der Duma war auch ohne Zweifel viel wesentlicher, was ihr der Ministerpräsident Goremykin sagte. Dieser scheint auf seinem Posten zu bleiben; wenigstens ist der für ihn reservierte Platz des Reichsratspräsidenten am 28. Juli neubesetzt worden (mit dem langjährigen Dirigenten des Komitees der Sibirischen Bahn A. N. Kulomsin). Goremykin nahm sogleich den Standpunkt ein, der — auch nach der Umbildung des Kabinetts — von der Regierung zu erwarten war: „Es ist jetzt nicht der Augenblick für Programmreden über die Verbesserung der inneren russischen Zustände in Friedenszeiten." Aber eine große Verbesserung wurde von ihm zugesagt, die, durchgeführt, eine

radikale Schwenkung bedeuten würde: die innere Politik soll künftig alle treuen russischen Bürger ohne Unterschied der Nationalität, des Glaubens und der Sprache gleich behandeln. Mit andern Worten, man will den Nationalismus als Regierungsprinzip, wie ihn Stolypin einführte, aufgeben. Die Begründung: weil die andern Nationalitäten Rußlands Beweis von ihrer Treue gegen das Vaterland abgelegt hätten, trifft sachlich zu: Erhebungen der „Fremdstämmigen" sind an keiner Stelle des Reiches während des ersten Kriegsjahres bekannt geworden. Darum sieht man nicht gleich ein, warum die russische Regierung gerade jetzt sich zu einem Schritte entschließt, der, wenn er wirklich getan wird, unabsehbare Folgen nach sich zöge. Auch die Duma, die in ihrer Mehrheit großrussisch-nationalistisch ist, hat dazu nicht gedrängt. Wollte man nicht den Polen allein dies Geschenk darbringen? Oder hat man in der Stimmung der Nationalitäten doch mehr Veranlassung, diesen Köder hinzuwerfen, als Europa von außen aus annehmen kann? Wir wollen sehen, welche Folgen dies platonische Versprechen haben wird, ob es nicht im Strudel der nächsten Zeit ganz von selber untergeht, ob ihm die Geschichte überhaupt die Möglichkeit, bedeutsam zu werden, läßt. Greifbarer war in diesen Sätzen des Ministerpräsidenten das mit einer sonderbar anmutenden Verbeugung vor den Polen gegebene Versprechen einer umfassenden Autonomie, die Polen, allerdings erst nach dem Kriege, erhalten soll. Die Zusagen des Generalissimus in seiner Polenproklamation vom 14. August 1914, von denen aber zweifelhaft war, inwieweit er dazu befugt war, werden nun als unverbrüchlich bindend anerkannt. Ein Schritt zu ihrer Verwirklichung war gelegentlich des russischen Osterfestes getan worden, an dem die im Frieden jahrelang umkämpfte, zuletzt im Reichsrat gescheiterte Städteordnung für das Weichselgebiet vom Zaren gewährt wurde; sie sollte am 1. Januar 1916 in Kraft treten. Am 25. Juni 1915 beschloß dann — zehn Monate nach jener großfürstlichen Proklamation! — der Ministerrat, die Autonomie für Polen beraten zu lassen, deren Grundzüge die Gazeta Warszawska am 31. Mai aus dem Kurjer Poranny mitteilte. Ein Ausschuß aus je sechs Polen und Russen wurde gebildet, der Anfang Juli seine Besprechungen begann. Vorsitz (der Reichssekretär Kryschanowski) und Zusammensetzung dieser Kommission ließen von Anfang an zweifelhaft erscheinen, ob die Aktion ernst gemeint war. Sie wird es auch nicht durch jenes in letzter Stunde gegebene Versprechen des Zaren, denn über alles das schritten die Heeressäulen der Zentralmächte bereits hinweg. So erfüllen diese Arbeiten und die Vorbereitung der Städteordnung und ähnlicher Fragen in den letzten drei Jahren nur die Aufgabe, der deutschen Verwaltung Warschaus ein schätzbares Material zu bieten. Bei der Kompliziertheit der Probleme Polens, vor die sie mit der Okkupation Warschaus jetzt gestellt ist, wird sie sich auch den

wertvollen Leitfaden, den ihr diese Vorarbeiten bieten, nicht entgehen lassen dürfen.

In Duma und Reichsrat haben die polnischen Abgeordneten dazu und zum Fall Warschau loyale Kundgebungen veranstaltet, die entsprechend aufgenommen wurden. Sie sind nicht so theatralisch, wie sie vielleicht erscheinen. Was die Wjelopolski und Harussewitsch da sagten, entspricht der wahren Anschauung einer starken Richtung unter den russischen Polen, die durch wirtschaftliche Interessen, Rassenzusammenhänge, Beziehungen zu der vornehmen Welt sich Rußland auch innerlich verbunden fühlt. Ein begründetes Urteil über die Gedanken, die im ganzen Polentum herrschen und durch den Fall von Warschau ausgelöst werden, wird man sich erst allmählich bilden können.

Die Duma hat, auf Antrag der Nationalisten und der Oktobristen eine lange, vorsichtig abgefaßte Tagesordnung angenommen, die den Entschluß durchzuhalten, und die Bereitschaft, der Armee alle Kampfmittel zu gewähren, entschieden aussprach. Sie forderte den inneren Frieden, die Preisgabe des Nationalismus aber in sehr matten Ausdrücken, eine „volles Vertrauen des Landes genießende Regierung" und Abstellung und Bestrafung der in der Armeeausrüstung begangenen Fehler. Authentisches über die Reden der Parteiführer ist uns noch nicht bekannt geworden, so daß der wirkliche Sinn dieser allgemeinen Forderungen zunächst noch nicht mit Bestimmtheit festzustellen ist. Wir glauben auch nicht, daß diese Duma etwas wie einen russischen Nationalkonvent darstellen wird. Sie ist in sich selbst nicht einig. Die Rechte agitiert für eine recht kurze Session, jetzt mit dem neuen Grunde der Erntearbeiten. Für große Teile der Duma ist dieser Krieg doch auch ihr Krieg. Die Sozialisten spielen keine Rolle, zanken sich sogar in ihren beiden Richtungen der Bolschewiki und Menschewiki nach wie vor. Zunächst bindet jedenfalls die gemeinsame Arbeit zusammen: die Regierung will einen Entwurf auf Schaffung eines Munitionsamtes einbringen, in dem je neun Mitglieder der beiden Kammern sitzen sollen, und erfüllt damit die Wünsche auf ein Komitee der Nationalverteidigung oder auf ein Munitionsministerium nach englischem Muster. Wie lange diese Arbeit gehen wird, was sie aus sich heraus schafft, was sie Rußland als den regelmäßig nur durch verlorene Schlachten gewonnenen inneren Fortschritt bringen wird, das hängt — vom Feldmarschall v. Hindenburg ab.

Von der Stimmung im russischen Volke machen wir uns besser aus andern Quellen ein Bild: auf dem Kongreß gegen die Teuerung in Moskau, auf dem allrussischen Städtetage u. ä. fielen Äußerungen, deren Bedenklichkeit auch durch die Zensurlücken der Berichte durchschimmert. Arbeiter- und Bauern-

familien finden die Lebensmittelteuerung, über die der Moskauer Kongreß übrigens nur Trivialitäten gesagt hat, immer unerträglicher. Wie aber das Volk über den Krieg denkt, dafür hat der der Rechten angehörende Dumaabgeordnete Nikon, Bischof von Krasnojarsk und Jenisseisk, in einem offenen Briefe an die Rjetsch ein klassisches Zeugnis abgelegt. Danach denkt das Volk über den Krieg selber — nichts: „Wer auf dem Lande war, weiß, daß die Bauern von der gewaltigen Bedeutung des jetzigen Krieges nichts wissen und nur unsinnige Gerüchte darüber im Volke umgehen." Es wird nach den gewiß einwandfreien Mitteilungen dieses hohen Geistlichen, der sich immer eine unabhängige Stellung wahrt, von den Autoritäten auf dem Lande nicht informiert, was er bitter beklagt, aber es verlangt auch gar nicht danach, und auch vom Haß gegen die Deutschen, mit dem das ganze russische Volk erfüllt sein soll, hat dieser Kenner der Volksstimmung nichts bemerkt. Noch ist weder die moralische noch die physische Widerstandskraft Rußlands erschöpft. Aber nehmen wir alle Symptome zusammen, die wir beglaubigt feststellen können, so deuten sie sämtlich auf das Nachlassen einer Spannkraft, die an sich schon nur künstlich hoch gesteigert war und die dauernd zu erhalten überhaupt keine Eigenschaft des russischen Volkscharakters ist. Die brutale Willenskraft eines einzigen, wie sie der Großfürst Nikolai besitzt, tut es auf die Dauer nicht allein, und an der Düna, am Narew, an der Weichsel, am Bug stehen ihr Führer und Soldaten entgegen, alle mit Willen und Nerven von Stahl! —

Aus dem Leben Österreich-Ungarns sind ein paar Ereignisse vorbeigezogen, die dem flüchtigen Zeitungsleser wenig bedeutungsvoll erscheinen mögen, aber mitten im Kriege schon die großen Zukunftsprobleme unsrer Verbündeten berühren. Am 2. August hat der Eisenbahnminister an alle Staatsbahndirektionen einen Erlaß gerichtet, daß für alle Posten der Eisenbahn die Kenntnis der deutschen Sprache unerläßlich sei. Der Krieg hat erzwungen, worum im Frieden von den Deutschen vergeblich gekämpft worden war: als die innere Dienstsprache der Eisenbahnen ist nun die deutsche festgesetzt. Es geht eben ohne eine einheitliche Sprache des inneren Dienstes im Eisenbahnwesen nicht; das hat dieser Krieg, den man mit Recht den Eisenbahnkrieg genannt hat, zwingend gelehrt. Und diese Lehre greift von selber weiter, sie zeigt im Hintergrunde das große Ziel, das zu erkämpfen die Deutschen, als es noch möglich war, versäumten: die gesetzliche Festlegung der deutschen Sprache als Staatssprache.

Das ist auch ohne Verletzung der berechtigten Ansprüche der nichtdeutschen Nationalitäten möglich. Unter diesen war das böhmische Problem in Cisleithanien, wie bekannt, immer das schwierigste, das gefährlichste, und das hoffnungsloseste. Der Statthalter Fürst Thun, der glaubte, die Sokols fördern

zu müssen, und unter dem der sog. böhmische Ausgleich niemals einen Schritt vorankam, ist beseitigt, der Vorstand seines Präsidialbureaus, Baron Braun, dem ein verhängnisvoller Einfluß zugeschrieben wurde, soll denselben Weg gehen. Nun hat der neue Statthalter Graf Coudenhove die Bahn frei, schon im Kriege die sehr schwere, aber mögliche Lösung dieses Problems vorzubereiten, die Böhmen den nationalen Frieden bringt, indem sie das nach Umfang und Bevölkerung größte einheitliche Verwaltungsgebiet in Westeuropa nach nationalen Gesichtspunkten in mehrere zerlegt.

Nach der Rückeroberung von Lemberg ist die alte Verwaltung sofort wieder in Tätigkeit getreten. Aber in ihr hat Kaiser Franz Josef am 19. Juli eine bedeutungsvolle Änderung vorgenommen, indem er den bisherigen Statthalter v. Korytowski seines Amtes enthob und durch den Präsidenten des Militärgerichtshofes, General Hermann v. Colard, ersetzte. Das bedeutete nicht die Errichtung einer Militärdiktatur, sondern die Ersetzung eines Politikers durch einen über den Parteien und Nationalitäten stehenden Militär, der das Retablissement des furchtbar mitgenommenen Landes leiten soll. Dies wird aber nicht der Landesverwaltung übertragen, sondern für Reichssache erklärt, wie ja auch seine Kosten von der Monarchie zu tragen sind — Galizien wäre dazu gar nicht in der Lage. Ein besonderes Ministerialkomitee in Wien gibt unmittelbar die Direktiven dieser Arbeit.

Obwohl Galizien damit seit Jahrzehnten zum ersten Male einen Statthalter erhält, der nicht dem einheimischen polnischen Adel entnommen ist, ist darin keine Spitze gegen die Polen ausgesprochen. Vielmehr hat der Obmann des Polenklubs, Bilinski, mitteilen können, daß das Verhältnis des Kaisers zu den Polen unverändert sei. Auch steht der neue Statthalter den Polen nahe; er ist in Galizien geboren, hat zwei Drittel seiner Dienstzeit dort verbracht und eine Polin zur Frau. Immerhin liegt in dieser Ernennung eine Einschränkung der Landesautonomie, die in Galizien viel weiter geht als in den anderen Kronländern, und sie wird deshalb von den Ruthenen des wiedergewonnenen Kronlandes mit Freude begrüßt, weil sie wie ein politisches und nationales Symbol für die durch den Krieg auch in ein andres Licht gerückte Lösung der galizischen Probleme erscheint — Probleme, die nicht nur solche des Landes, sondern infolge seiner Stellung zur Monarchie und der des Polenklubs im Reichsrate auch solche Cisleithaniens überhaupt und, wie schon das Linzer Programm von 1883 aussprach, auch für die Deutschen von sehr großem Interesse sind.

Dem ununterbrochenen, erfolggekrönten Zusammenwirken der beiden Heere entspricht es, daß die Bestrebungen lebhaften Fortgang nehmen, einen festeren inneren Zusammenschluß zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland, besonders in wirtschaftlicher Beziehung, anzubahnen. In

den letzten Monaten haben wichtige Tagungen der beiden großen Organisationen stattgefunden, die dafür arbeiten und Vertreter aus beiden Reichen umfassen: des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins, der auf deutscher Seite von Herrn v. Dirksen und von Professor Wolf geleitet wird, und des Deutsch-Österreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverbandes, in dem auf deutscher Seite der Abg. Paasche die treibende Kraft ist. Das offiziöse Wiener Fremdenblatt (20. Juli) hat der damit angeregten Erörterung Schwierigkeiten machen wollen, weil sie im gegenwärtigen Augenblick mancherlei Bedenken wachrufe. Aber diese Vorsicht erscheint übertrieben. Erwünscht ist natürlich, daß die Erörterung über Schwierigkeiten und mögliche Gegensätze nicht zu weit gehe, und daß phantastische Pläne und uferlose Projekte, von denen das Fremdenblatt sprach, als welche man aber die Diskussionen der beiden genannten Verbände keineswegs bezeichnen kann, beiseite bleiben. Ebenso ist notwendig daß, was von uns hier schon betont wurde und auch der Standpunkt jener Vereine ist, während des Krieges bindende Abmachungen zwischen den beiden Regierungen nicht getroffen werden. Aber diese große, notwendige und wichtige Frage vorzubereiten, durchzudenken, mit exaktem Material zu unterbauen, in wechselseitigem Gedankenaustausche der Führer des Wirtschaftslebens zu fördern, kurz, in beiden verbündeten Reichen sich auf wirtschaftspolitische Situationen zu rüsten, die unter allen Umständen eintreten — dazu ist schon heute alle Veranlassung gegeben. Ist doch neben allen andern Gründen keineswegs ausgeschlossen, daß unsre Gegner, vor allem England, unserm wiedererwachenden Handel mit einer ausgesprochenen Schutzzoll- und Absperrungspolitik große Schwierigkeiten bereiten werden.

Daß aus diesen Verhandlungen wenig mehr als ihre Entschließungen an die Öffentlichkeit dringt, ist natürlich wohlbegründet, freilich insofern schade, als damit in letzterer die ganze Frage nicht wesentlich über die stimmungsmäßige Behandlung hinaus gefördert wird. Wer ihr zunächst nicht viel mehr als Sympathie entgegenbringt, kann mit Entschließungen oder Schlagworten, wie Vorzugszoll, Zollunion, einheitliches Zolltarifschema, Vorzugsbehandlung, Zwischenzölle u. dgl., nicht viel anfangen. Es fehlt noch zu sehr an brauchbaren Darstellungen, statistischem Material u. dgl. über die ungemein verwickelten Verhältnisse, die darin geregelt und einheitlich gefaßt werden sollen. Aber wenn die Verhandlungen über den Frieden, den Deutschland und Österreich-Ungarn doch nur gemeinsam schließen, anfangen, müssen beide wissen, was und wieviel sie beide gemeinsam wirtschaftspolitisch von diesem Frieden wollen. Dazu aber ist, was leicht übersehen wird, aber auch ohne den Krieg mit dem Ablaufen der jetzigen Handelsverträge 1917 sehr wesentlich geworden wäre, erst einmal nötig, daß Österreich und Ungarn untereinander handelspolitisch einig sind. Unser Bundesgenosse auf Leben und Tod, in Krieg

und Frieden, ist Österreich-Ungarn, der österreichisch-ungarische Gesamtstaat — wir wissen keinen besseren Namen —, und auch hier sehen wir in einer übermäßigen Betonung der ungarischen Souveränität keinen Vorteil für die Deutschen, Österreichern und Ungarn gemeinsamen Interessen.

Dieser Kreis des Gemeinsamen ist aber weiter als lediglich der der Wirtschaftspolitik. Zu den staatsrechtlichen und militärischen Fragen, von denen heute noch nicht zu reden ist, tritt doch auch der der Kulturgemeinschaft, die uns im besonderen mit den Donaudeutschen verbindet. Die Slawen Österreichs werden nach dem Kriege ihre Ansprüche an den Staat, den sie gegen Rußland verteidigt haben, mit allem Rechte geltend machen. Aber in ihnen ist die Einsicht vom Recht der deutschen Sprache gerade durch den Krieg gewachsen, in ihnen ist die Überzeugung von der Autorität des Deutschtums im Donaustaate gerade durch den Krieg gestärkt worden. Darum muß auch schon jetzt die Kulturgemeinschaft zwischen uns und den Deutschösterreichern stärker betont werden. Über den wirtschaftlichen Fragen wollen wir nicht vergessen, daß hier namentlich die Kultusministerien auf beiden Seiten eine Aufgabe haben, für die im Frieden keineswegs genug geschehen ist, und deren Weiterführung recht gut schon jetzt angebahnt werden kann. Alte Probleme mit neuen Ansprüchen, neue Aufgaben zu den alten: nicht nur Zerstörer ist der Krieg, sondern auch Lebenswecker, und während die noch nicht zu Ende gediehene Kriegsarbeit erfolgreich vorangeht, dürfen die Gedanken schon weiter schweifen auf den Bahnen, die sie erst zu neuem Leben und Schaffen der Staaten und Völker freimacht!

41.

(England — Frankreich — Rußland — Der Balkan und die Orientpolitik Österreichs)

18. August 1915

Am 4. August, dem Tage der Kriegserklärung Englands an Deutschlands, hat A. J. Balfour vor einer Riesenversammlung in London die Hauptrede gehalten. Wir kommen heute darauf zurück, weil wir sie allen denen zur Lektüre empfehlen möchten, die bei uns immer noch nicht an den vollen Ernst glauben wollen, mit dem England gegen uns im Felde steht. Balfour ist sicher nicht der willensstärkste, vielleicht der politisch klügste, bestimmt aber der geistig bedeutendste Kopf in dem eigenartigen Sammelsurium von Männern, die heute als Koalitionskabinett England regieren. Er spricht nicht im eigentlichen Sinne unehrlich, er spricht mit Berechnung auf den englischen Cant, für die „geheiligte Sache", an die auch er glaubt, soweit seiner Skepsis Glaube überhaupt möglich ist. Er weiß, daß sich Haß und Entrüstung auf die Dauer

abnutzen und die Beziehungen zwischen Staaten allein nicht dauernd bestimmen können. Darum spricht aus seinen klaren, fast gar nicht nach Pointen haschenden Worten am allerstärksten die unversöhnliche Schärfe des Gegensatzes, der Deutschland und England trennt, und darum ist eine solche Rede uns lehrreicher als das Schimpfen der Northcliffepresse.

Der Entschluß Englands, durchzuhalten, ist nach Balfours Worten „nicht nur unerschüttert, sondern heute stärker als vor 12 Monaten und das Vertrauen auf den endgültigen Sieg heute sicherer als damals"; Deutschland habe sich ja in jeder Beziehung verrechnet, und die Entente halte stärker zusammen als je. Am interessantesten ist, was Balfour über die Herrschaft zur See sagt. Sein Urteil dazu kann uns eigentlich recht sein. Denn es ist die Anerkennung aus dem Munde eines erbitterten Gegners, daß Deutschland die zweite Seemacht der Welt sei: „Hätte die deutsche Flotte triumphierend über die Meere seit Kriegsausbruch fahren können, ich glaube nicht, daß der Kampf für unsre Verbündeten möglich gewesen wäre. In welcher Lage wären wir gewesen, wenn Frankreich im Norden von England, im Süden von seinen Kolonien abgeschnitten gewesen wäre, in welcher Lage wäre Italien gewesen, wenn es mit seiner ungeheuren Seeküste von seinen Kolonien und seinem Handel getrennt worden wäre? Die Flotten unsrer Verbündeten hätten zur See nicht überlegen sein können, wenn wir blind und töricht genug gewesen wären, uns diesem Kampfe fernzuhalten." Dann folgt die übliche Verherrlichung der Beherrschung der See durch England, die fortwährend den Verbündeten als Hauptleistung Englands angepriesen wird, und immer und überall ganz selbstverständlich das Wort: »Our supremacy at sea«, das Evangelium der Engländer aller Kreise, die schrankenlose Anmaßung, daß die Meere nur dazu da seien, von den englischen Schiffen befahren und beherrscht zu werden.

Liest man eine solche, sich über den Tageskampf erhebende Rede, die der absolute Ausdruck der Anschauungen in den heute das englische Weltreich tragenden Klassen ist, so kann kein Zweifel daran möglich sein, daß der englische und der deutsche Standpunkt in diesem Kriege einander unversöhnbar gegenüberstehen, daß einer der beiden Gegner nachgeben muß, aber an ein Waffenniederlegen, so wie etwa, nachdem man die Kräfte im Wettkampfe gemessen hat, nicht zu denken ist. Balfour sagt in sehr vorsichtig gewählten Worten, daß England nicht gern in diesen Krieg hereinging: „Es schien zu hängen, vielleicht hing es an einem Faden, ob dieses Land in den Krieg einträte, und die Welt wartete, zweifelte, fürchtete, aber der Entschluß kam, der richtige Entschluß." Nun will es ihn zu Ende führen, und auch Leute, die sonst ganz nüchtern schreiben, brauchen heute das Wort vom „eisernen Entschlusse" (iron decision) dazu. Es ist nicht überflüssig, an Hand dieser Rede

erneut auf alles das hinzuweisen. Wir glauben gern, daß es manchem eintönig und mechanisch vorkommt, wenn immer und immer wieder das Lied vom Hauptfeind England gesungen wird. Darum ist es gut, in solchen Auslassungen sich von Zeit zu Zeit den welthistorischen Gegensatz zwischen Deutschland und England mit einer gewissermaßen monumentalen Härte und Schärfe aussprechen zu lassen und daran zu sehen: es hängt nicht von unserm guten Willen ab, die Partie mit England remis zu machen, sondern entweder behauptet England durch diesen Krieg seine Herrschaft zur See oder Deutschland erficht in ihm die Freiheit der Meere.

Da, wie öfter erwähnt, England diesen Krieg gegen uns auch mit großen Kräften zu Lande führen muß, sieht es sich gezwungen — so drückt man es jetzt drüben aus —, „sich aus einer reinen Seemacht in eine amphibische Macht, groß zu Lande und zur See, zu verwandeln". Eben wird für diesen Zweck das Gesetz über die nationale Registrierung durchgeführt: der Stand vom 15. August soll für die ganze männliche Bevölkerung zwischen 15 und 65 Jahren aufgenommen werden. Heute möchten wir aber noch auf einen andern Weg hinweisen, auf dem England seine Kraft zum Kriege gegen Deutschland anspannt. Das Reich, das Empire, wird bekanntlich zunächst am Kriege selbst nur interessiert, indem die Selbstverwaltungskolonien zu Opfern dafür herangezogen werden. In der alljährlich am 22. Mai erscheinenden Reichsnummer der Times fanden sich darüber sehr interessante Äußerungen aus den Kolonien. Sie betonten die eigenen und freiwilligen Opfer zur Reichsverteidigung und forderten dafür, zum Teil im Tone starker Unzufriedenheit, einen gesicherten Einfluß auf die Reichspolitik, besonders auf die künftigen Friedensverhandlungen. Die Reichsregierung hat auch bereits erklärt, daß die Selbstverwaltungskolonien bei der Feststellung der Friedensbedingungen gehört werden würden. Das ist wichtiger als es zunächst erscheint. Australien hat bereits die Hand auf den eroberten deutschen Teil von Neuguinea gelegt und dem Mutterlande einfach mitgeteilt, daß es einen pazifischen Zivildienst für seine Verwaltung einführe. Die Reden Bothas und Smuts' in Kapstadt zeigten ferner, daß die Union von Südafrika Deutsch-Südwest nicht aufgeben will, sondern dieses Land, auf dessen Eroberung sie so stolz ist, sich bereits angegliedert denkt; daß Rhodesia hinzutreten muß, hat Botha gleichfalls angedeutet, so daß nur noch Mozambique fehlt, um das große britische Reich in Südafrika abzurunden. Alles das sind ja noch ungefangene Fische, aber es zeigt, wie das Mutterland, halb freiwillig und halb gezwungen, die Kolonien am Kriege selbst interessiert, wie diese nun aus den neuen eigenen Interessen an der Gebietserweiterung zu neuen Opfern bereit sind, und wie so der Krieg selbst den britischen Imperialismus unmittelbar stärkt. —

Aus dem Schleier, der über den inneren Verhältnissen Frankreichs be-

sonders dicht liegt, traten in dieser Woche einige Umrisse hervor, die gerade nichts Gutes verheißen. Das System der parlamentarischen Kontrolle, das in Frankreich bekanntlich durch Komitees aus Deputiertenkammer und Senat sehr weitgehend geübt wird, hatte man seit Kriegsausbruch suspendiert. Die Heeresleitung war völlig unabhängig, und das Kriegsministerium unter Millerand förderte seine Geschäfte beinahe diktatorisch. Sehr bald aber hielten die parlamentarischen Parteien die Zeit für gekommen, daß der Normalzustand der Parlamentskontrolle auch für die Armee zurückkehre, als allzuviel Mißstände, besonders in der Munitionsversorgung, im Artilleriematerial und namentlich im Sanitätswesen, bekannt wurden und in andrer Weise nicht zur Abstellung kamen. Seit Januar begannen diese ständigen Komitees beider Kammern wieder kontrollierend in die Armeeführung hereinzureden, und nach schweren Konflikten setzte das Parlament am 28. Juli dazu durch, daß seinen Komitees das Recht eingeräumt wurde, Abgesandte zur Untersuchung überallhin zu senden und durch diese unmittelbar an die Minister berichten zu lassen. In dieser Fassung ist der Antrag (Dalbiez) zum Gesetz geworden. Die Parlamentskontrolle ist wieder eingeführt, was das Journal des Débats als „die Organisation der Unordnung" bezeichnete.

Damit erhielt die aufgesammelte Unzufriedenheit ein gesetzmäßig geschaffenes Ventil, das sofort benutzt wurde. Schon die Ernennung des Generals Sarrail, den Joffre von seinem Kommando in den Argonnen enthoben hatte, zum Oberkommandierenden der Armee im Orient war ein Sieg des Parlaments über die Heeresleitung, der für die Weiterbehandlung der Armee nichts Gutes verspricht: ist doch Joffre selbst den Radikalen seit langem politisch verdächtig und führt man bereits mehrere Verabschiedungen von Generalen auf rein politische Machenschaften zurück.

Sobald man die parlamentarische Kontrolle hatte, war aber auch die Möglichkeit gegeben, nach einem Sündenbock für die Fehlschläge des Krieges zu suchen. Diesen hat man im Kriegsminister Millerand gefunden, gegen den die Republikaner aller Richtungen jetzt ihren Groll entladen. Die Mehrheit in der Kammer und im Senat nimmt sogar eine immer schroffere Haltung gegen das Ministerium Viviani selbst ein, in der zugleich auch eine Spitze gegen die Heeresleitung, also gegen Joffre, zu erkennen ist. Zunächst hat sich das Ministerium für solidarisch erklärt und will am 20. August die Vertrauensfrage an das Parlament stellen. Jedenfalls ist die „heilige Einigkeit" in die Brüche gegangen. Ob dieser Sturm den Rücktritt Millerands oder des ganzen Kabinetts bringt, ob er vielleicht den alten Clemenceau als kommenden Mann wieder heraufführt, wird sich zeigen. Wir glauben ja nicht, daß ein Wechsel der Regierungsform in Frankreich in absehbarer Zeit zu erwarten ist. Aber seine Geschlossenheit und Widerstandskraft wird durch solche Auseinander-

setzungen nicht gefördert, die auf eine große Nervenschwäche schließen lassen. Deshalb waren uns die Ereignisse der letzten vierzehn Tage in Frankreich, diese Wiederherstellung der Parlamentskontrolle und diese laute Opposition gegen das Ministerium, Symptome für ein Urteil über die inneren Zustände Frankreichs, das sonst gerade diesem Lande gegenüber so schwer zu gewinnen ist. —

Der Text der Reden in den beiden ersten Dumasitzungen liegt uns nun in den russischen Zeitungen vor. Natürlich hat die Zensur darüber gewaltet, aber die Veröffentlichung weist wenigstens keine Zensurlücken auf, so daß man die Reden der Abgeordneten im Zusammenhang lesen kann. Und sie müssen so auf den russischen Patrioten einen sehr niederdrückenden Eindruck machen. Vom Kriege ist nicht viel darin die Rede, von den Verbündeten und den Kriegszielen im besonderen überhaupt nicht, der Ausdruck der Siegeszuversicht ist, wo er hervortritt, phrasenhaft und allgemein. Den breitesten Raum nahmen überall lebhafte, manchmal leidenschaftliche Klagen und Wünsche ein, die in der Rede Miljukows in ein breites, mit dem Kriege großenteils gar nicht in Zusammenhang stehendes Reformprogramm ausliefen, aber allein in der Rede Kerenskis, eines Vertreters der äußersten Linken, den direkten Wunsch des Volkes nach Frieden aussprachen. Sehr bestimmt waren indes die Forderungen des Parlaments an die Staatsgewalt nicht, deshalb gingen die beiden Sitzungstage, in denen man ein historisches Ereignis erwartet hatte, im Grunde ergebnislos aus. Die Hauptschuld daran wird in der diplomatisierenden Taktik der Kadetten, d. h. Miljukows, gesucht.

Es ist unverständlich, zu welchem Zwecke man dem Auftreten der Vertreter der nichtrussischen Nationalitäten in dem Programm so viel Platz gewährte. Die Mohammedaner, die Armenier, die Litauer, besonders aber die Juden konnten mit ihren Klagen über die Bedrückung ihrer Nationalität und über die gesetzlose Willkür der Lokalverwaltung kommen. Bedenkt man, daß die Austreibung der Juden aus den Westmarken auf direkte Anweisung des Generalissimus erfolgte, so wundert man sich, daß der Abg. Friedmann so ausführliche und so begründete Klagen über die barbarische und grausame Durchführung der Maßnahme vorbringen durfte. Der lettische Vertreter Goldmann benutzte seine Rede zu einem ordinären Angriff auf die deutschen Balten, den der deutsche Vertreter Kurlands, Baron Fölkersahm, mit Würde und mutiger Entschiedenheit in dieser schweren Stunde des baltischen Deutschtums zurückwies. Wir erwähnen die Goldmannsche Rede hier nur, weil dieser Abgeordnete von manchen Seiten als der Führer der gemäßigten Letten hingestellt wird, die unter seiner Führung bereit seien, mit den Deutschen Frieden zu machen, ja sich rasch einzudeutschen. Das ist ganz und gar nicht der Fall.

Die Reden der nichtrussischen Redner hatten die, von ihnen nicht beabsichtigte, Wirkung, daß sie die Zusammensetzung und den Charakter der Duma im richtigen Lichte zeigten. Die Gesamterklärung, die der Abg. Tewkelew für Letten, Esten, Litauer, Armenier, Mohammedaner und Juden — die Polen hatten gleich im Anfange für sich gesprochen —, immerhin für 40—50 Millionen russischer Untertanen abgab, fiel natürlich ohne jede Beachtung unter den Tisch. Aber Miljukow beantragte wenigstens in Rücksicht auf sie in der (hier schon besprochenen) Tagesordnung statt „alle treuen Bürger Rußlands" zu setzen: „alle Bürger Rußlands". Sinn und Absicht dieser kleinen Änderung waren klar; deshalb wurde sie mit 191 gegen 162 Stimmen abgelehnt. Dieses Stimmenverhältnis entspricht genau der Charakteristik der Mehrheitsverhältnisse, die wir hier kürzlich gaben, und besser der eigentlichen Stimmung der Duma als die Reden der liberalen und linken Führer, von denen doch nur die letzteren wirklich scharf im Tone waren. Von dieser Duma dürfte die Regierung nicht allzuviel zu fürchten haben.

Die Duma hat eine Kommission für Armee und Marine von nicht weniger als 67 Mitgliedern eingesetzt und zu deren Vorsitzenden den Kadetten Schingarew gewählt. Zunächst soll sie die Vorlage des Kriegsministeriums auf Schaffung eines Landesverteidigungsrats beraten, in dem die politischen und gesellschaftlichen Gruppen, aber unter Leitung der Regierung, vertreten sein sollen. Inzwischen reiben sich in der Arbeit für die Mobilmachung der Industrie die Gruppe des Semstwo- und Städteverbandes und die im Zentralkriegswirtschaftlichen Komitee vertretene Groß- und Schwerindustrie miteinander, und kommen die drängenden Aufgaben der Eisen-, Brennstoff-, Transportnot nicht voran. Sehr freundlich ist aber, daß man uns sogar amtlich im Prawitelstwenny Wjestnik (1. August) mitteilt, wann das alles fertig sein wird: Anfang Oktober sind alle Rüstungsfragen gelöst und beginnt die neue russische Offensive. —

In den ersten Augusttagen (3. und 4.) haben die Vertreter der Entente in Nisch, Athen und Sofia gleichlautende Noten überreicht, über deren Inhalt striktes Schweigen bewahrt wird, an deren Tendenz aber kein Zweifel ist: Serbien und Griechenland sollen nachgeben, damit Bulgarien gewonnen wird. Letzterem wird damit auf dessen Note vom 15. Juni, also nach fast zwei Monaten geantwortet. Diese Antwort, die sich in der Hauptsache um Mazedonien dreht, fällt mit einem eigenartigen Gedenktage Bulgariens zusammen, auf den seine Presse nachdrücklichst und agitatorisch hinwies. Am 2. August 1903, am Tage des heiligen Elias, brach im damals türkischen Mazedonien jene bulgarische Bandenrevolution aus, die Rußland und Österreich zum Abkommen von Mürzsteg (1. Oktober 1903) führte, die seitdem die mazedonische Frage nicht wieder zur Ruhe kommen ließ, und aus der das gegen Bulgarien seine Spitze kehrende serbisch-griechische Bündnis von heute entstand. Denn

dies erwuchs nicht erst in den Balkankriegen, sondern aus dem älteren Widerstande beider Mächte gegen das Streben Bulgariens, sich das ihm ethnographisch zugehörige Mazedonien mit Gewalt zu gewinnen. In diesem Rahmen stehen heute die Aspirationen Bulgariens, daß ihm dieser Weltkrieg Mazedonien bringen müsse, und mit der Note des Vierverbandes fällt so die Erinnerung an diesen Aufstand des heiligen Elias (Ilindensko Vozstanie) recht eindringlich zusammen. Die Serben haben sich darein verbohrt, auch nicht ein Stück Mazedoniens während des Krieges an Bulgarien abzutreten, und die griechische Presse beteuert übereinstimmend und erregt das gleiche — mit dieser bisher ungelösten Schwierigkeit mag sich der Vierverband abfinden. Uns gilt heute gleich, ob Teile dieses Mazedoniens geographisch oder ethnographisch nicht zu Bulgarien gehören; unsre Sympathien stehen auf seiner Seite, und wir können hoffen, daß nach der Ordnung der Anleihe, die eben erfolgt ist, nun bald das bulgarisch-türkische Abkommen beiden Vertragschließenden den Rücken freimacht.

Es ist eigenartig, daß der Balkanstaat, der bis zum Kriege der am besten geleitete und geschlossenste war, Rumänien, heute der zerfahrenste und unsicherste von allen ist. Die Erbschaft König Karols hat sich nicht bewährt. Sie kann innere Uneinigkeit und Korruption nicht überwinden, sie hat dem Lande nicht eine genügend starke Autorität des Königtums und vor allem nicht die feste Tradition der politischen Beziehungen hinterlassen, die es nun im Strudel des Weltkrieges nicht finden kann. Das liberale Ministerium Bratianu ist anscheinend der Entente, besonders Rußland gegenüber gebunden, und unter den konservativen Führern scheint kein Mann zu sein, der entschlossen das Steuer in der verfahrenen Lage in die Hand nehmen könnte. Rumänien muß aber merken, wie es dabei an Bündnisfähigkeit mehr und mehr verliert. Wir können heute seinen Entschlüssen ohne besondere Sorge entgegensehen. Die Aufhebung des Getreideausfuhrverbots, die jetzt auf Drängen der Landwirtschaft erfolgt ist, aber nichts nützt, weil Ausfuhrzölle in Gold zu entrichten sind, haben wir dies Jahr nicht nötig, und die Ordnung der türkischen Fragen finden wir auf anderm Wege. Aber ob Rumänien seine Zukunft nicht selber gefährdet, das ist eine andre Frage.

In Griechenland ist das neugewählte Parlament am 16. zusammengetreten. Ob sich die Meldung bestätigt, daß, nach der Wahl eines Venizelosanhängers zum Präsidenten, das Ministerium Gunaris zurückgetreten sei, ist abzuwarten. Venizelos, der damit zur Macht zurückkehren würde, ist wohl zu klug, um seine frühere Politik einfach neu aufzulegen. Er hält aber, wie aus einem Interview in der Athener Zeitung Akropolis (21. Juli) zu sehen war, an seiner Idee, daß Zugeständnisse an Bulgarien für Griechenland denkbar seien, fest. So unpopulär der Gedanke in Griechenland ist, er ist ja auch unter

der andern Orientierung, als sie Venizelos bisher verfolgt hat, möglich. Daß die Freundschaft mit England ihre Haken hat, hat Griechenland soeben in der Besetzung Mytilenes, des alten Lesbos, durch England gespürt. Deutschland besetzte Belgien aus Notwehr und weil Belgien kein neutraler Staat mehr war, und die ganze Welt schreit über den Frevel; England besetzt Mytilene, ohne inneren Grund, ja ohne Begründung und Entschuldigung, versteht sich erst auf Druck Frankreichs, bei dem sich Griechenland beschwert, auch nur zu einer Anzeige — und die Welt nimmt das ruhig hin! Jedenfalls hat Venizelos allen Grund, einen Gedankengang zu denken, den ihm ein vortrefflicher Artikel des Grafen Julius Andrassy in der Neuen Freien Presse (1. August) auch persönlich nahelegt. Wir entnehmen daraus die Hauptsätze, weil sie einen vorzüglichen Leitfaden der sich aus diesem Krieg notwendig ergebenden österreichisch-ungarischen Orientpolitik abgeben. Andrassy sagt da: „Wir sind nicht zur Aufrechterhaltung des in jedem Punkte verletzten Londoner Abkommens verpflichtet. In der Vergangenheit mußten wir die Interessen unsres Verbündeten Italien berücksichtigen, heute sind wir von dieser Verpflichtung vollständig befreit. Heute können wir ausschließlich unsern eigenen Interessen folgen." Diese sind: „daß Albanien nicht den Italienern gehöre und wir nicht vom Mittelmeer abgesperrt werden können, und daß es auch keinem solchen feindlichen Balkanstaat angegliedert werde, welcher hierdurch auf dem Balkan die Übermacht erlangen und das Gleichgewicht zu unsrem Nachteil stören könnte." So wäre das Vorteilhafteste „jene Lösung, welche Albanien in seiner Gänze oder wenigstens dessen südlichen Teil Griechenland angliedern würde". Voraussetzung wäre, daß letzteres, auf seine antitürkische panhellenische Politik verzichtend, seine Stellung zum und beim neuen Dreibund, die ihm Selbständigkeit und Zukunft im Balkan und Mittelmeer verbürgt, findet. Wenn nicht, so schließt Andrassy, „darf man vom Gesichtspunkt unsrer Interessen auch jene Möglichkeit nicht vollständig ausschließen, daß Serbien für das den Bulgaren abgetretene mazedonische Gebiet Albanien erhalte, wenn es die Richtung wechseln und beweisen würde, daß es mit seinen großserbischen Ambitionen bricht und statt in Petersburg bei uns die Stütze sucht. Im entgegengesetzten Falle müßte es den Gegenstand ernster Erwägung bilden, ob wir nicht den katholischen und nördlichen Teil Albaniens unmittelbar unter unsern Schutz stellen und in Mittelalbanien ein muselmannisches Fürstentum bilden sollen". Wir wissen nicht, ob diese Gedanken des ungarischen Staatsmannes in Österreich-Ungarn in jeder Einzelheit Billigung finden. Aber in der Zeit allmählich höchster Spannung, in der sich vielleicht bald das Wirrsal der Balkanfragen löst, verdient ein solches Programm, aus dem ebensoviel Wollen wie Denken spricht und das den Blick so entschieden nach Südosten richtet, unter allen Umständen ernste Beachtung.

42.

(Die Kanzlerrede — Rußland — Italien und die Türkei — Balkan und Mittelmeer)

25. August 1915

Wenige Kriegswochen waren so voll von entscheidungsschweren Ereignissen der großen Politik, wie die letzte. Zunächst, eingerahmt vom Fall von Kowno und Nowo-Georgiewsk, die große, eindrucksvolle Rede des deutschen Reichskanzlers am 19. August. Die abermalige, tiefgreifende Auseinandersetzung mit England, die auch so wertvolle Einblicke in die diplomatischen Einzelheiten gewährte, begrüßen wir gerade jetzt besonders lebhaft. Die Formulierung der Kriegsziele gegen England freilich hat Herr v. Bethmann Hollweg vielleicht etwas knapp gefaßt. Mißverständlich ist sie nicht oder nur für den, der sie absichtlich mißverstehen will. Aber wie es hochgebildeten Rednern manchmal ergeht, sind in sie Voraussetzungen hereingelegt, die dem Redner völlig, dem Hörer und Leser aber nicht ohne weiteres geläufig sind. Man kann den politischen Gegensatz zu England nicht knapper und schlagender ausdrücken, als daß „die englische Politik der Balance of Power verschwinden müsse". Aber nicht jeder Leser weiß gleich, daß damit das seit vier Jahrhunderten von England konsequent und erfolgreich eingehaltene Prinzip gemeint ist, das Gleichgewicht auf dem Kontinent so zu erhalten, daß England immer in der Lage blieb, durch seinen Beitritt das Übergewicht der einen oder anderen Seite zu entscheiden, oder anders gewendet: den jeweiligen Hauptgegner durch eine andre europäische Kontinentalmacht bekämpfen zu lassen und derweilen auf der übrigen Welt den eigenen Gewinn in die Scheuer zu bergen. Damit soll der jetzige Krieg Deutschlands aufräumen; erst dann wird von einem wirklichen europäischen Gleichgewicht die Rede sein können.

Abermals wurde das große Ziel der Freiheit der Meere gestellt, womit selbstverständlich und ohne breite Ausführung vom Kanzler gemeint wurde, daß diese nicht nur durch Verträge des Völkerrechts formuliert, sondern vorher durch neue Machtverhältnisse der Staaten in der Stellung zur See begründet sein muß. Sonst bleiben jene Sicherungen ja ohne realen Wert, wie dieser Krieg gerade für das Seevölkerrecht gelehrt hat.

Wir sind Herrn v. Bethmann dankbar für sein Wort, daß wir die Sentimentalität verlernt haben. Vor allem aber hallt heute sein Satz ehern über die Erde: Starke Armeen haben wir frei zu neuen Schlägen. Wo und gegen wen, das werden wir aus unsern Generalstabsberichten lesen. Daß aber nach 13 Monaten Krieg gegen die stärksten Mächte der Welt der verantwortliche Staatsmann Deutschlands dies Wort sagen kann, daß dies keine

Prahlerei ist, sondern tiefster realster Ernst — wer hätte das auf der Welt vor einem Jahre geglaubt?

In einem Punkte ging der Kanzler von seiner bisherigen Gewohnheit, die Kriegsziele nicht des näheren zu formulieren, ab, indem er etwas eingehender über Polen sprach. Wenn wir seine Motive dazu recht verstehen, so scheinen sie darin zu liegen, daß gerade die Polen — als die einzigen Kreise in den Zentralmächten — ihre Friedenswünsche in präzisester Form ausgesprochen haben, wobei diese Frage durch Behandlung in der neutralen Presse noch mehr unterstrichen, andrerseits durch die Verquickung mit der innerpreußischen Polenfrage kompliziert wurde. Diese Stellungnahme der Polen ist von dem besonnensten Blatte des ganzen Polentums, dem Posener Dziennik Poznanski, auch als verfrüht und schädlich bezeichnet worden; wir haben leider nicht den Raum, diesen Artikel ganz wiederzugeben, der das dem Polenklub und dem polnischen Nationalkomitee sehr deutlich vorhält. Alle diese polnischen Kundgebungen erscheinen auch deshalb voreilig, weil im gesamten Polentum irgendwelche Einheit über seine Zukunftswünsche in keiner Weise besteht, wohl aber Gegensätze, wie z. B., daß die Allpolen Österreichs ihre volle Loyalität ausdrückten, während eine ganze Reihe ihrer Führer den Russen beim Abzug aus Lemberg nach Rußland gefolgt ist. Bei dieser Lage und da nach dem Fall von Warschau naturgemäß die polnische Frage sich, seit 1863 zum ersten Male wieder, als internationales Problem meldete, äußerte sich der Kanzler der Macht, die Warschau eroberte, dazu. Nach Lage der Dinge konnte sich ein seiner Verantwortung bewußter Staatsmann nur allgemein aussprechen; Versprechungen im Vogelfängerstil der russischen Staatskunst lehnte er mit Recht ab. Daß alle Äußerungen zur polnischen Frage heute nur unter allem Vorbehalt möglich sind, ist in der Kreuz-Zeitung (20. August) und vom Redner der Konservativen, Abgeordneten Oertel, unzweideutig erklärt worden. Wir vertrauen, daß es dem Zusammenwirken der militärischen und politischen Interessen gelingt, eine gute Lösung zu finden, und hoffen, daß nicht aus der Kanzlerrede Bindungen, die nicht gemeint waren, herausgelesen werden, wie dies bei mancher Kundgebung in der Geschichte der polnischen Frage — denken wir z. B. an die Königliche Proklamation vom Jahre 1815 — der Fall war. Denn diese Frage ist ja nicht nur durch die Gemeinsamkeit der abendländischen Kultur zwischen Deutschen und Polen bestimmt, sondern an ihr hängt auch die Stellung des östlichen Flügels der deutschen Machtstellung in Europa und der Zusammenhang wesentlicher Teile des preußischen Staats. Mit Recht schließen heute Burgfrieden und Zensur jede eingehende öffentliche Erörterung dieser Fragen aus, und wir möchten darum die Vorsicht des Dziennik Poznanski auch allen polnischen Richtungen an-

empfehlen und diesen Rat zugleich auf unsre publizistischen Vertreter im Okkupationsgebiet selbst ausdehnen.

Nichts Schlagenderes können wir für Rußland der Rede des Reichskanzlers entgegenstellen, als eine Ansprache, die der Zar am 12. August in Zarskoje Sselo an eine Anzahl zu Offizieren beförderter Seekadetten gehalten hat. In diesen ganz kurzen Sätzen kommt dreimal die „schwere Zeit" vor, während das Wort Sieg oder Siegeszuversicht ganz fehlt; der Zar fordert zum Glauben auf, daß Rußland „mächtig, groß, ungeteilt bleiben werde", und wünscht „vollen Diensterfolg und Gottessegen" — das ist alles. Das sagt der Allerhöchste Kriegsherr jungen Offizieren, die zum ersten Male die Epauletten tragen, im Augenblicke, wo er sie in den Krieg entläßt! Wie sollen sie mit dem Glauben an den Sieg ausziehen, wenn ihr Kaiser schon nicht mehr den Mut hat, das Wort Sieg zu ihnen auszusprechen?

Sonst hat man sich in Rußland die Lage so zurecht gelegt: Allgemein spricht man davon, ohne Korrektur der Zensur, daß das Heer in vollem Rückzuge sei; schuld daran sind aber nur die, die die Armee ohne zureichende Rüstung ließen. Gegen sie richtet sich allein die Entrüstung. Der neue Kriegsminister Poliwanow ist dem mit großem Geschick entgegengekommen, indem er ganz überraschend eine „oberste Untersuchungskommission" angekündigt hat, an der unter Vorsitz des Reichsratsmitgliedes Generals Petrow Vertreter der Duma, des Reichsrats, des Senats usw. beteiligt werden. Man quittierte diese Maßregel mit großem Dank und der Forderung, daß nun auch der Presse eine größere Freiheit gelassen werden müsse. Ohne grundsätzliche Zugeständnisse werden auch die Zügel in der Erörterung der Mißstände immer lockerer gelassen.

Vom Kriegsindustriekomitee ist A. Gutschkow zum Vorsitzenden der Zentrale gewählt worden, und am 14. August hat die Duma das Gesetz über Schaffung des Landesverteidigungsbeirats angenommen. Wir ersparen uns ein Eingehen auf die Details; die Überfülle der Neubildungen, die sich gegenseitig boykottieren, macht es schon fast unmöglich, die vielen Unter-, Ober-, Zentral- usw. Ausschüsse auseinanderzuhalten. Und kein Verständiger wird glauben, daß man mit dieser „Organisation des Landes zum Siege" wirklich etwas schafft. Auch wenn alles darin glänzend klappte, wenn unbarmherzig gegen Bestechung und Unterschleife vorgegangen würde, wo will man die Zeit hernehmen, die das alles kostet? Da schickt der Unterrichtsminister einen Kasaner Professor auf eine Studienreise nach dem Ural zur Erforschung der Frage, wieviel Rußland selber an Medikamenten aufbringen kann — als wenn der Krieg noch 5 oder 10 Jahre dauern würde!

Das ganze Reden über Reformen, neue Minister, über den großen Wechsel in den Gouverneurstellen, die Kommissionen usw. übertäubt nicht das

immer mächtiger werdende Gefühl, daß man dem Ende zusteuert, und daß man ratlos ist, wie man der vollen Niederlage wehren oder zum Frieden kommen soll. In diese Ratlosigkeit kommt aber jetzt der Krieg greifbar herein, nämlich mit den Millionen Flüchtlingen, die aus den Ostseeprovinzen, aus Litauen und Polen in das Innere des Reiches strömen oder mit Gewalt dirigiert werden. Da die Verwundeten hermetisch aller Berührung mit der Bevölkerung im Reichsinnern ferngehalten werden, sieht diese in diesen Millionen Geflüchteter, die bereits bis an die Wolga geflutet sind, zum ersten Male das Kriegselend wirklich von Angesicht. Unfähig zu helfen steht die Verwaltung da, während die Flüchtlinge sich auf denselben wenigen Bahnlinien drängen, die noch für den Rückzug der Armee frei sind. Und unerbittlich wie das Schicksal rücken die Heersäulen der Gegner um den Schlüsselpunkt von Brest-Litowsk zusammen.

Wo bleibt die Unterstützung der Freunde, wo steht das englische Heer? So fragt man in Rußland immer dringlicher, wie das z. B. der bekannte Militärkritiker Schumsky in den Birschewyja Wjedomosti (31. Juli) sehr auffällig tut. Da an militärische Unterstützung aber überhaupt nicht zu denken ist, geht der Finanzminister Bark jetzt wieder nach Paris und London, um eine neue Anleihe zu versuchen. Zwar kann man mit diesen „silbernen Kugeln" die feindlichen Heere auch nicht von Brest fernhalten, aber Bark wird denken, daß er den Druck der Lage bei den Verbündeten wenigstens noch ausgenutzt hat. Schlägt auch das fehl und fallen Brest und Riga, so dürfte die Friedensneigung in Rußland sehr stark zunehmen, die wohl auch schon die Opposition der am Kriege Interessierten überwunden hätte, wenn man nicht immer noch hoffte, daß die Forcierung der Dardanellen, die Eroberung Konstantinopels gelingen könnte. Das hält Rußland letzten Endes heute noch am Septembervertrage der Entente fest.

Weil England das weiß, setzt es nun alle Kraft daran, daß wenigstens dies Ziel erreicht werde. Überall wird verhalten, gegen die Dardanellen aber wird die äußerste militärische und politische Anspannung verwandt. Darum mußte auch Italien der Türkei den Krieg erklären (20. August). Seine Kriegsvorwände (Unterstützung des libyschen Aufstandes, Verhinderung der wehrpflichtigen Italiener in Syrien an der Abreise) sind so nichtig, daß ihre genauere Besprechung nicht lohnt. Weil England jetzt will, muß Italien diesen Krieg beginnen, gegen den z. B. sein eigener Generalstabschef ist, und es muß dies, weil es nur dadurch die Möglichkeit hat, etwas vom Kriege davonzutragen. Trentino und Triest kann es nicht erobern, Libyen hat es verloren (man lese die Artikelreihe des Giornale d'Italia über dieses ganze blamable tripolitanische Abenteuer seit 1913) — soll die Entente überhaupt auf dem Friedenskongreß Italien mit vertreten, soll es nicht einen Frieden

mit Österreich ohne jeden Ruhm und Erfolg machen, so muß es eben das Blut seiner Söhne an den Dardanellen oder in Thrazien oder in Kleinasien fließen lassen, um sich vielleicht zum Dodekanes dort eine asiatische Position zu erobern, von der es heute selber nicht weiß, wie sie es im besten Falle von England erhalten soll. Da es aber die Bestimmung über seine Politik verloren hat, so trifft es abermals die Ironie der Geschichte: wie es mit der Kriegserklärung gegen Österreich acht Wochen zu spät kam, so fällt jetzt seine Kriegserklärung an die Türkei genau zusammen mit dem Worte des ihr verbündeten Deutschlands, daß dieses starke Armeen frei habe zu neuen Schlägen.

So rückt der Kampf um Konstantinopel, je mehr er im Osten dem Ende zudrängt, immer mehr in den Mittelpunkt des Weltkrieges. In einem gigantischen Ringen muß sich damit der neue Dreibund gleich im ersten Lebensstadium bewähren; es ist so gekommen, wie die (von uns am 18. November hier zitierte) Äußerung der Rjetsch (vom 23. Oktober/5. November 1914) es vorausahnte. Mit ruhigem Vertrauen sehen wir, und jetzt erst recht, auch dieser Erschwerung des Kampfes durch Italien entgegen und wünschen, daß parallel mit der Entwicklung dieser Kämpfe auch die Verhandlungen mit dem neuen Botschafter der Türkei in Berlin, Hakki Pascha, für beide Teile befriedigend laufen mögen. Später wird hier genauer über die ungeheuren Zukunftsaufgaben zu handeln sein, die uns auch der glücklichste Kriegsausgang — und gerade er — in der Türkei stellt; heute sehen wir nur auf das Ziel: die Erhaltung und Sicherung Konstantinopels.

Mit großem Lärm hat kürzlich die Times den Grafen Reventlow angegriffen, weil er die dauernd gesicherte Verbindung zwischen Konstantinopel, Berlin und Wien als eine Notwendigkeit des neuen Dreibundes bezeichnete. Wenn das auch die Times nicht begreifen kann, so hat gleichwohl Graf Reventlow recht, daß wir das brauchen und daß wir es ohne Vergewaltigung und Gebietsberaubung andrer Staaten erreichen können. Über eins müssen wir freilich klar sein. Bei allen politischen Vorstellungen, mit denen man in Deutschland arbeitet, sieht man meist zu wenig auf die Karte. Sonst könnte man in unendlich vielen Erörterungen über unsre Aussichten und Notwendigkeiten im nahen Orient nicht so oft übersehen, daß zwischen diesen und uns die Balkanstaaten liegen. Ohne eine Lösung der in ihnen ruhenden Probleme, erst im Kriege, dann im Frieden, stehen die Hoffnungen des neuen Dreibundes auf schwachen Füßen; er muß die wirklich selbständigen Balkanstaaten unter Anerkennung ihrer Selbständigkeit zu dauernd klarem und freundschaftlichem Verhältnis zu sich heranziehen, mindestens den Teil von ihnen, der uns für die gesicherte Landverbindung mit der Türkei und damit mit Kleinasien vonnöten ist.

Eine wesentliche Voraussetzung haben dafür nach dem treffenden Worte des Kanzlers unsre herrlichen Siege im Osten schon erfüllt: sie befreien die Balkanstaaten vom Joch der (bisher begreiflichen, von nun an vernünftig nicht mehr zu begreifenden) Angst vor Rußland. Damit schlägt nun die Schicksalsstunde für Bulgarien.

Der Inhalt der identischen Note der Entente an Serbien, Griechenland und Bulgarien ist bekannt geworden: Ausführung des serbisch-bulgarischen Vertrages von 1912 und Abtretung von ganz Serbisch-Mazedonien an Bulgarien; Abtretung von Kawalla mit Hinterland auch an letzteres; Griechenland erhält dafür Smyrna mit Hinterland, und ein kleiner Landstreifen von Florina bis Ochrida verbindet weiterhin Serbien und Griechenland. (Echo de Bulgarie 11. August.) Bulgarien behält sich die Entscheidung vor, bis Serbien gesprochen hat. Dort ist die Skuptschina vom Ministerium Paschitsch vor diese Schicksalsfrage gestellt worden. Aus den Berichten ist noch nicht über ihren Entschluß klug zu werden; sie scheint dem förmlichen Ultimatum des Vierverbandes, allerdings sehr verklausuliert, nachgeben zu wollen.

Wir glauben aber nicht, daß Bulgarien auf dieses Geschäft, wenn Serbien wirklich nachgibt, eingehen würde. Es will das ganze bulgarische Mazedonien, es hat Grund, diese Danaer der Entente zu fürchten, wenn sie Geschenke bringen, und es kann Mazedonien, vielleicht noch mehr, billiger und ungefährlicher mit dem Entschluß nach der andern Seite haben. Diesen Entschluß fordert jetzt seine Zukunft von ihm. Jetzt soll es an San Stefano, an Alexander von Battenberg, an Stambulow und Kaulbars, jetzt soll Zar Ferdinand an alle Demütigungen denken, die sich Bulgarien von Rußland hat gefallen lassen müssen, ohne etwas davon zu haben. Jeden Schritt vorwärts hat es gegen Rußland erkämpft, jetzt ist dessen Offensive gebrochen, der Sieg der Zentralmächte nicht mehr aufzuhalten. Jetzt läuft die Zeit der Überlegung ab, und wenn Zar Ferdinand und Radoslawow die Entscheidung fällen, dann stehe auch vor ihren Augen der Satz des deutschen Staatsmannes, daß Deutschland starke Armeen frei hat zu neuen Schlägen.

Es trifft sich gut, daß zugleich der türkisch-bulgarische Vertrag zum Abschlusse gebracht ist (Einzelheiten sind noch nicht bekannt) und daß sich in der griechischen Ministerkrise die Autorität König Konstantins fest behauptet. Er hat am 17. August die Demission des Kabinetts Gunaris angenommen und Venizelos mit der Kabinettsbildung beauftragt. Dieser hat den Antrag angenommen und nimmt damit zugleich das Programm des Königs in der auswärtigen Politik an, das zunächst an der unbedingten Neutralität festhält. Griechenland lehnt die Forderungen der Ententenote ab — damit ist der Stellung von Venizelos bereits präjudiziert. Und auch wenn sich Griechenland jetzt noch mit Serbien und Rumänien über diese Fragen zu verständigen

sucht und alle drei eine gemeinsame Haltung gegen Bulgarien vorbereiten möchten, so ist König Konstantin zu klug, um heute nicht zu sehen, daß das Bündnis seines Staates mit Serbien kein Eckstein künftiger griechischer Politik bleiben kann.

Damit hat sich Rumänien in eine Lage hereinmanövriert, die es mit der Aussicht bedroht, sich zwischen zwei Stühle zu setzen und einen Einfluß auf die Entscheidung ganz einzubüßen. Man kann diese Haltung, die das Land zudem mit dem finanziellen Bankrott — wegen der Lage seines Getreide- und Petroleummarktes — bedroht, auch nur verstehen mit dem hypnotischen Starren auf die Dardanellen, an deren Forcierung durch die Entente man glaubt und von deren Eröffnung man sich allerlei Erfolge verspricht. Ist es richtig, daß Bratianu ein Abkommen mit der Entente geschlossen hat, nach dem Rumänien an die Seite Rußlands tritt, sobald die Eroberung der Dardanellen geglückt ist, so sieht man darin ja eine gewisse Logik, aber auch die Aussicht eines Zusammenbruches, der nicht nur das Ministerium Bratianu-Costinescu treffen könnte. Eine Veranlassung aber, seinen Entschluß anders, als wir erwarten, zu modifizieren, ergibt sich für Bulgarien aus dieser rumänischen Politik sicherlich nicht.

Hierhin blicken wir jetzt ausschließlich bei den Erwägungen über Krieg und große Politik; sowohl die noch nicht entschiedene innere Krisis Frankreichs wie der vielleicht wieder Nordamerika in Bewegung setzende „Arabic"-Zwischenfall stehen in zweiter Linie. Die englische Politik hat die Mittelmeer- und Orientfragen so ausgedehnt, daß sie ihrer nicht mehr Herr wird; es ist nicht möglich, in der gegen uns fechtenden Koalition diese Interessen alle auf einen Nenner zu bringen. Serbien und Bulgarien, oder gar Griechenland und Italien darin vor einen Wagen zu spannen, heißt wirklich Feuer und Wasser zusammenzubringen. Man könnte einwenden: England und Rußland sind auch wie Feuer und Wasser und kamen doch gegen uns zusammen. Aber sie fanden sich im gemeinsamen Haß gegen uns — während außer Serbien keiner dieser Balkanstaaten Haß und Feindschaft gegen Deutschland hegt — und in dem einzigen Punkte, der, wie ein geistreicher Franzose, Leroy Beaulieu, schon vor 30 Jahren sagte, allein beide einigen konnte: im Interesse der Aufteilung der Türkei. Solch gemeinsames Interesse fehlt den Balkanstaaten, die höchstens ein gemeinsames Interesse gegen die Entente, nämlich die gesicherte Freiheit vor Rußland, haben. Und zwingen kann England diese Staaten nicht zum Anschluß, wie Frankreich nach 1898 und nach Faschoda. So spannt sich alles — unter guten Auspizien für uns — zur Entscheidung an den Dardanellen. Fällt sie, wie wir hoffen, so ist damit nicht nur der neue Dreibund in sich gefestigt und für weiteres bereit, sondern rücken die besonderen Kriegsziele Österreich-Un-

garns und Deutschlands in der orientalischen Frage der Verwirklichung näher. Und zugleich ist damit auch eine Etappe im Kampf um die Freiheit der Meere gegen England erkämpft. Denn diesen fechten wir ja nicht nur für die Nordsee und die Ozeane durch, sondern auch für das Mittelmeer, und hinter dem Ringen um die Dardanellen steht uns der Kampf um den Suezkanal.

43.

(Frankreich — England — Amerika — Balkan)

1. September 1915

Die innere Krisis in Frankreich ist beendet und hat, um das gleich von vornherein festzustellen, die Einheit des Landes nach außen in keiner Weise gefährdet, den Entschluß, auch weiter durchzuhalten, nicht berührt. Ein merkwürdiger Gegensatz ist darin zum vorläufigen Austrag gekommen, der wohl nur in Frankreich so denkbar ist. Denn in welchem der andern kriegführenden Länder würde sich der Kriegsminister, wie Millerand in seiner Kammerrede vom 20. August, gegen den Vorwurf verteidigen müssen: „Ich soll mich ganz in die Hände des Oberkommandos begeben haben. Wenn ein Land das Glück hat, an der Spitze seines Heeres einen Führer von absoluter Loyalität zu besitzen, ist es da nicht die Pflicht des Kriegsministers, mit diesem Führer nicht allein vertrauensvolle, sondern auch herzliche Beziehungen zu unterhalten?" Diese Rechtfertigung ist für das heutige Frankreich charakteristisch, in dem die radikale Republik unbeschränkt herrscht und doch schon im Frieden, vollends aber im Kriege immer ängstlich nach der Gefahr der Diktatur blickt. Von hier ist der Konflikt zwischen Parlament und Armeeleitung zu verstehen, der soeben mit dem Siege der Regierung geendet hat.

Zwischen Anfang August und Dezember 1914 gab es in Frankreich kein Parlament. Nur einzelne seiner Mitglieder griffen auf eigene Faust in die Heeresangelegenheiten ein, die sich in vielem als unvorbereitet und ungeordnet erwiesen. Als nun die reaktionäre Presse einen ungeschickten Feldzug dafür begann, die Kammer während des Krieges überhaupt nicht wieder zu berufen, setzten alle republikanischen Parteien die Wiederaufnahme der konstitutionellen Arbeiten durch; seit Januar dauert auch die Session ohne Schluß fort. Bis dahin hatten die Heeresleitung und die „Bureaus" die Militärgeschäfte selbständig geleitet — wie, zeigte sich fast überall von Monat zu Monat peinlicher. So hatte man z. B. alle militärpflichtigen Arbeiter aus den Creusotwerken und den Munitionsfabriken an die Front geschickt, so daß die Produktion an diesen Stellen während der ersten beiden Kriegsmonate noch hinter der im Frieden zurückblieb! Hier griffen die ständigen Komitees des Senats und der Kammer seit Januar ein und setzten bis Ende Juli, unter erbitterten

Kämpfen, die einmal zum Rücktritt der gesamten Sanitätskommission der Kammer führten, das gegenüber der Heeresleitung und dem Kriegsministerium durch, was man in Frankreich die „parlamentarische Kontrolle" nennt (s. unsre Besprechung vom 18. August).

Unzweifelhaft hat diese Parlamentskontrolle für die Rüstung der Armee günstig gewirkt und Mängel der Vorbereitung aus der Friedenszeit ausgeglichen, und ebenso unzweifelhaft waren die Angriffe gegen Millerand, dessen seit Monaten verheißene Maßnahmen keine Erfolge zeigten, in vielem berechtigt. Aber mit diesem sachlichen Vorstoß verband sich der bezeichnete politische Gegensatz zwischen Parlament und Heer, der bereits vor der Kritik (Clemenceaus in seinem Homme Enchaîné) an Joffre nicht zurückscheute und die Radikalen und Sozialisten zum Sturmlauf gegen Millerand trieb. Er sollte der Sündenbock für alle Mängel der Militärverwaltung sein, aber in ihm konnte man auch gleich das Ministerium Viviani treffen. Mit den Erinnerungen an den Wohlfahrtsausschuß und die Armeekommissare von 1793, die man wachrief, erhielt diese Aktion, die mindestens den Sturz Millerands bewußt wollte, einen keineswegs phrasenhaften, sondern sehr ernst gemeinten Hintergrund: man will die Leitung des Feldzuges nicht durch die Generalität, sondern durch Kammer und Senat; was auch daraus werde, über allem steht die Macht des Parlaments und soll als solche erhalten werden.

Dieser Versuch der radikalsozialistischen Linken ist gescheitert. Viviani stellte die Vertrauensfrage für das gesamte Kabinett, am 17. August lenkte Hervé in seiner Guerre Sociale plötzlich ein, und am 26. genehmigte die Kammer mit 539 gegen 1 Stimme die Kredite, die als Kampfobjekt erkoren waren, verzichtete auf die Abhaltung einer geheimen Sitzung und vertagte sich bis zum 16. September. Die radikalsozialistische Opposition gab, in sich gespalten, selbst ihre Absichten auf. Ob man dafür dem Winke mit dem verbündeten Ausland eine entscheidende Bedeutung beimißt, ist ziemlich gleichgültig. Wir entnehmen diesen parlamentarischen Vorgängen in Frankreich jedenfalls die Lehre, daß ein Kabinettswechsel, der eine Schwenkung herbeiführen würde, nicht eingetreten und nicht wahrscheinlich ist. Stärker also, als der Gegensatz zwischen Republikanern und der sog. Reaktion (worunter so verschiedenartige Elemente wie Joffre, Millerand, die Kammerrechte, das Echo de Paris und der Temps zusammengefaßt werden) ist der Entschluß, die Delcasséesche Politik nicht zu verlassen. Wir spüren wohl Zeichen der Nervosität in diesen Bewegungen, aber keine Erschütterung in der Geschlossenheit und Einigkeit nach außen, und ziehen darum auch aus ihnen wiederum den Schluß, daß die Austragung des Kampfes zwischen Frankreich und Deutschland in diesem Krieg nur mit den Waffen, d. h. durch eine deutsche Offensive im Westen möglich ist. —

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung hat die von ihr veröffentlichten Mitteilungen aus den belgischen Archiven dankenswerterweise als besondere Schrift erscheinen lassen. Sie sind, wie der Labour Leader (12. August) feststellt, in der englischen Presse nirgends wiedergegeben oder besprochen worden: „der Einblick in die deutsche Veröffentlichung erklärt dies Schweigen". Dafür hat Sir Edward Grey in Form eines offenen Briefes (26. August) die Rede des Reichskanzlers angegriffen, worauf er von unsrer Seite amtlich ausführlich widerlegt worden ist. Da uns diese fortwährenden Auseinandersetzungen über Dinge, die waren und hinter uns liegen, für die zukünftige politische Ordnung in keiner Weise weiterbringen, entnehmen wir daraus nur das für die Zukunft Wichtige. Die sonderbare Eröffnung Greys an den Fürsten Lichnowsky rechnen wir allerdings dazu nicht, eher sein Eingeständnis, daß er Deutschland nicht erdrücken und daß er über die Freiheit der Meere mit sich reden lassen wolle. Kürzlich hat er ja auch, in Sachen des Prisengerichtshofes, an Amerika schon tatsächliche Zugeständnisse dieser Art gemacht. Nur weichen unser Begriff von der Freiheit der Meere und der Sir Edward Greys sehr voneinander ab, besonders in seiner Fundierung durch reale Machtverhältnisse zur und an der See. Deshalb hat auch Herr v. Bethmann Hollweg am Schlusse der Widerlegung erneut seinen Standpunkt so, wie in seiner Reichstagsrede, festgelegt, der eine Beendigung unsres Krieges mit England auf dem halben Wege zu diesen beiden Zielen ausschließt. Und in diesem Riesenkampfe ist ja ganz selbstverständlich, daß, wer das Ziel will, auch die Mittel wollen muß, die dahin führen.

Ob die innere Lage Englands die stolze Sicherheit Greys in allem rechtfertigt, ist doch zweifelhaft. Zum ersten Male im Feldzug zeigte ein Blatt, der Labour Leader (19. August), weiße Stellen — im Jahre, in dem man den 700. Gedenktag der Magna Charta beging! Vor der Registrierung gehen die irischen Arbeiter in Scharen in die Heimat zurück, auf die das Gesetz nicht angewendet werden soll. Man hört viel von der allgemeinen Wehrpflicht und um so weniger von den Erfolgen der Rekrutierung. In der Munitionsergänzung sind die Arbeiterschwierigkeiten keineswegs überwunden. Und der Warnruf eines so hochstehenden Mannes wie Lord Eshers, der aus dem Glasgow Herald (10. August) durch die ganze Presse ging, legte erneut den Finger auf bekannte Schäden, die sich nicht heilen lassen wollen. Vor allem aber die finanziellen Sorgen: der New Yorker Wechselkurs, das vorläufige Scheitern einer großen Anleihe in Amerika, die Notwendigkeit, die Baumwollpflanzer dort zu entschädigen, wenn man Baumwolle für Konterbande erklärt, die Handels- und Zahlungsbilanz überhaupt. Alledem stehen die deutschen Erfolge im Osten gegenüber, und welchen Trost hat man da? Dagegen führt die Westminster Gazette (23. August) allen Ernstes wörtlich

folgende gewaltigen Siege der Verbündeten an: „den russischen Seesieg im Rigaischen Busen, die Kriegserklärung Italiens gegen die Türkei, den ‚Arabic'-Zwischenfall, eine Geheimkonferenz des deutschen Kanzlers mit den Parteiführern und die entschiedene Ablehnung der deutschen Friedenswünsche durch den russischen Premierminister". Über dem Artikel steht: „Ein Wort an die Aufgeregten" — bei solchen eigenen Erfolgen hat es doch keinen Sinn, sich aufzuregen, daß die Deutschen Warschau, Kowno, Nowo-Georgiewsk, Brest in drei Wochen eroberten!

Es war zu erwarten, daß der „Arabic"-Fall von England mit Freuden aufgegriffen würde. So hat sich auch gleich das alte und deshalb schon etwas abgeklapperte Spiel wiederholt, daß in Londoner Zeitungen kaum einen Tag nach einem solchen Vorfalle Spalten amerikanischer Pressestimmen, oft schon aus der Mitte oder gar aus dem Westen des Landes, erscheinen, die den Abbruch der Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika als notwendig und unmittelbar bevorstehend bezeichnen. Diese Weise kennen wir nun, und die öffentliche Meinung in Amerika kennt sie auch und läßt sich nicht durch sie aufpeitschen. Einstweilen ist dazu auch keine Veranlassung. Der Dampfer „Arabic" von der White-Star-Linie ist auf der Ausfahrt nach Amerika im Kriegsgebiet am 19. August vom deutschen U-Boot torpediert worden. Die Einzelheiten sind unsern Amtsstellen noch nicht bekannt; die Behauptungen der White-Star-Linie sind uns keine Beweise. Deshalb ist die amerikanische Regierung ersucht worden, sich zu gedulden, bis die deutsche Regierung für ihre Stellungnahme zu diesem Einzelfalle festen Boden unter den Füßen hat. Unsre grundsätzliche Stellung zu dieser Frage ist ja jenseits des Ozeans bekannt.

Wir haben auch den Eindruck, als wenn man jetzt dort wichtigere Sorgen hätte oder, soweit es sich nicht um Sorgen handelt, die Folgen der sich aus dem Kriege ergebenden Konjunktur für der grundsätzlichen Überlegung bedürftiger hielte. Eine Sorge ist zunächst die Unterbringung der diesjährigen Baumwollernte, wenn England wirklich den Grundsatz (mit dem es auch — von Englands Gnaden — neues Seevölkerrecht schafft) durchführt, daß Baumwolle Konterbande sei. Denn dann liegen 12 Millionen Ballen nutzlos da. Alles, was bisher zur Abhilfe vorgeschlagen ist, ist unzureichend. Der Süden steht vor der Aussicht, daß die diesjährige Ernte liegen bleibt und dann natürlich nächstes Jahr die Preise ungeheuer drückt. Diesen 17 Baumwollstaaten ist es auch kein Ausgleich, daß die Herstellung von Kriegsmaterial dem Wirtschaftsleben nach wie vor ungeheure Summen zuführt, sie verlangen Berücksichtigung ihrer Wünsche, und sie sind der stärkste Rückhalt der demokratischen Partei; ohne sie wird Wilson nicht wieder zum Präsidenten gewählt.

Sonst aber steht Amerika wirtschaftlich völlig unter den Wirkungen der Nachfrage aus der Entente, die sich ja nicht nur auf Waffen und Munition,

sondern auch auf Lebensmittel, Pferde und dgl. richtet. Dafür geben seine Reisenden dies Jahr ihr Geld nicht in Europa, sondern daheim aus, gehen die Summen der Arbeitslöhne, die im Frieden die Auswanderer nach Europa zurückschickten, nicht dahin, und verringern sich die Zinsverpflichtungen an Europa. M. a. W.: Es kommt jetzt den Amerikanern immer mehr zu Bewußtsein, daß die heutige Kriegskonjunktur ihnen zu ihrer bisher schon gehabten aktiven Handelsbilanz auch eine aktive Zahlungsbilanz bringt, also das, was zu Anfang des 20. Jahrhunderts schon als in Aussicht stehend galt, bisher aber nicht eingetreten war. Darüber will man sich in Amerika zunächst einmal klar werden, da es mit der Phrase vom Weltbankier oder von der Verdrängung des Sterlingwechsels durch den Dollarwechsel doch nicht getan ist. Nun bewährt sich die eine der beiden großen Reformen, die die Präsidentschaft Wilsons in den Friedensjahren durchsetzte, die sog. currency reform in der Schaffung der Bundesreservebanken mit ihrem Bundesreserveamt. Es wird jetzt unzweifelhaft, daß sich die Vereinigten Staaten damit eine Zentralnotenbank, eine Bankorganisation schufen, durch die allein erst ein amerikanischer Geldmarkt von internationaler Bedeutung entstehen konnte. Zu dieser Form kommt jetzt auch der Inhalt, das Geld aus den Lieferungen nach Europa. Zu welchen Konsequenzen das führen kann, lehrte eine Rede, die das wesentlichste Mitglied jenes Bundesreserveamtes, Paul M. Warburg, auf der panamerikanischen Handelskonferenz in Washington am 24. Mai hielt. Sie sprach mit dürren Worten eine finanzielle Monroedoktrin aus: Wir sind an einem Wendepunkt unsrer Wirtschaftsgeschichte — wir können einen Kredit von 2—3 Billionen Dollar eröffnen —, die Bundesreservebanken können den Verkehr mit Südamerika voll finanzieren, würden eine liberalere Wechselpolitik machen, und könnten auch Auslandswechsel aus andern Geschäften als zwischen den amerikanischen Republiken übernehmen. Damit kündigte Warburg den New Yorker Wechselkurs als Grundlage eines von Europa unabhängigen Geldverkehrs für ganz Amerika im Sinne Monroes an.

Vergegenwärtigen wir uns im Lichte dieser Aussichten das politische System, in dem die Vereinigten Staaten unmittelbar stehen. Seit sie ihre Truppen aus Veracruz (April 1914) weggezogen haben, ist keine Ordnung in Mexiko, dessen größter Staatsmann Porfirio Diaz übrigens am 2. Juli 1915 still in Paris gestorben ist, wiederherzustellen gewesen. Am 2. Juni 1915 hat Wilson die Aufforderung an die Parteiführer dort gerichtet, Ordnung zu schaffen, und mit energischeren Mitteln gedroht — ohne Erfolg. Daher hat er am 3. August die mittel- und südamerikanischen Staaten zu einer Konferenz über die mexikanische Frage eingeladen. Er will nicht zu den Waffen greifen und zieht dieses Aushilfsmittel vor. Was daraus wird, ist noch nicht bekannt,

aber ein solches Prinzip der Auslandspolitik, Südamerika maßgebend an einer Frage zu beteiligen, die bisher als rein nordamerikanisch betrachtet wurde und in der auch nur nordamerikanische Interessen ruhen, ist neu und sieht wenig nach dem »big stick« der Rooseveltschen Phrase aus.

Kurz vorher (24. bis 30. Mai) hatte im Gebäude der Pan American Union in Washington jene panamerikanische Finanzkonferenz getagt, die erste dieser Konferenzen, die wirklich einen praktischen Hintergrund hatte. Haben doch die amerikanischen Großbanken mit den ihnen durch ein neues Gesetz erlaubten Auslandsfilialgründungen jetzt gerade in Südamerika begonnen. Wir gehen auf die Verhandlungen der Konferenz nicht ein, weil uns erst ihre praktischen Ergebnisse interessieren können. Aber wenn dabei Bryan allen Ernstes den Vorschlag machte, der Süden möge auch seinen ganzen Anleihebedarf in New York decken, also sich von der Zinsknechtschaft Europas freimachen, und dieser Gedanke heute nicht als utopisch mit Lächeln abgewiesen wurde, so ist auch das eine Folge des Goldüberflusses, den der Weltkrieg nach der Union gelenkt hat.

Sollte in diesen Ideen ernsthaft die der politischen Vormacht liegen, so lehnen die Staaten Südamerikas das entschieden ab. Sie, d. h. die stärksten unter ihnen, Argentinien, Brasilien und Chile, die man als die ABC-Staaten zusammenfaßt, haben sich im Vertrag von Buenos Aires vom 25. Mai 1915 zu einem Bunde zusammengeschlossen, der zwar nur zu Schiedsgerichtsverhandlungen in Konfliktsfällen — und auch nur auf 5 Jahre — verpflichtet, aber sehr wohl den Keim einer festeren lateinisch-amerikanischen Staatengliederung bilden kann. Anderthalbmal größer als Europa, um 2,8 Millionen Quadratkilometer größer als die Vereinigten Staaten, umfaßt dieser Bund freilich nur 40 Millionen Einwohner, darunter einen erheblichen Prozentsatz auf niedriger Kulturstufe. Aber wer die Geschichte Südamerikas, die nur eine Kette von Fehden und Revolutionen ist, kennt, wertet diesen Zusammenschluß doch als bedeutsam. Gerade da die Union die finanziellen Machtmittel zu haben glaubt, um das Monroeprogramm durchzuführen, stellt sich ihr ein immerhin der Einigung zustrebender politischer Wille Südamerikas entgegen, der jedenfalls nicht wünscht, in die Rolle einer Kolonie des Nordens hereingedrängt zu werden.

Ein Jahr Panamakanal ist vergangen, da dieser am 15. August 1914 vorläufig eröffnet wurde. Der Jahresbericht darüber ist sehr optimistisch: schon acht Dampferlinien und verzehnfachter Warenverkehr zwischen San-Franzisko und den östlichen Häfen, obwohl Deutschland und Frankreich infolge des Krieges noch nicht beteiligt waren. Wegen der Kriegsverhältnisse ist auch noch kein Urteil über die wirkliche Bedeutung des Kanals heute möglich. Freilich ist von drei großen Erdrutschen in dem bekannten Culebraabschnitt zu

berichten, so daß die amerikanische Kriegsflotte zur Eröffnung nicht durchfahren konnte und die Handelsschiffahrt sehr behindert war. Der Kanalverkehr ist mit zwei bis drei Schiffen auf den Tag doch recht gering, der Güterverkehr bleibt erheblich hinter der Schätzung der Tonnenzahlen für den Anfang zurück, und die großen Überlandbahnen fangen bereits an, die — sehr wohl mögliche — Frachtkonkurrenz mit dem Kanal ernsthaft zu erwägen. Alles das ändert freilich nichts an seiner bekannten militärischen und politischen Bedeutung, die nun unter die neue Beleuchtung der finanziellen Erstarkung der Union rückt.

Wir glauben nicht, daß diese Bäume, wie der Optimismus in Amerika und der Pessimismus in Europa meint, allzu rasch in den Himmel wachsen werden. Nordamerika braucht noch viel Kapital im eigenen Lande, es kann niemals mit kolonisierenden Menschen der Menschenarmut des Südens entgegenkommen, und die Raumverhältnisse, die Rassen- und Konfessionsunterschiede bieten Reibungen und Gegensätze genug. Aber jeder Monat, den der Krieg länger dauert, verbessert die Chancen der Union, weil er ihre Zahlungsbilanz verstärkt. Bei langer Dauer des Weltkrieges erschöpfen sich die europäischen Staaten immer mehr, erstarkt Amerika weiter, entstehen immer größere Lücken und Risse in den Beziehungen, die bisher Südamerika geschäftlich viel enger mit Europa als mit Nordamerika verbanden. Die Folgen treffen ja England unendlich viel stärker als uns, aber auch wir sollen diese Aussichten für die Zeit nach dem Kriege schon heute nicht übersehen. —

Die Lage auf der Balkanhalbinsel ist nach wie vor ungelöst. Für Italien ist es recht niederdrückend, daß seine Kriegserklärung an die Türkei nicht den geringsten Eindruck auf die Balkanstaaten gemacht hat; es zählt in ihren Erwägungen, wie man sogar aus dem Giornale d'Italia (25. August) herauslesen konnte, überhaupt nicht. Aber auch der bulgarisch-türkische Vertrag ist noch nicht vollzogen; die Mitteilungen über seine Einzelheiten und die Betrachtungen über seine Folgen waren in unsrer Presse voreilig. Es scheint, daß Bulgarien erst Klarheit über die Entschlüsse Serbiens abwarten möchte. Dort hat die Skuptschina am 24. August mit 103 gegen 22 Stimmen beschlossen, „auf seiten der Verbündeten den Kampf für die Befreiung und Einigung des serbisch-kroatisch-slowenischen Volkes fortzuführen, um den Preis der unerläßlichen Opfer für den Schutz der Lebensinteressen ihres Landes". Hat diese Phrase einen Sinn, so bedeutet sie, daß Serbien der Forderung der Entente nachgäbe. Nun scheint es aber nur Mazedonien östlich des Wardar an Bulgarien, sobald dieses in den Krieg eintritt, abtreten zu wollen; der Rest der unstrittigen Zone soll bis Ende des Krieges im Kondominium beider besetzt bleiben. Da Bulgarien, wie es unendlich oft erklärt, Mazedonien ungeteilt wünscht, so ist das keine Grundlage für Verhandlungen.

Immerhin bleibt die Lage ungeklärt, Bulgariens Haltung sehr reserviert, und setzt die Entente alles daran, die Balkanverhältnisse in ihrem Sinne zu lösen. Publizistisch ist sie uns sicher überlegen, finanziell möglicherweise, militärisch sind es ohne Zweifel die Zentralmächte. Wir können daher nur immer wieder sagen, daß allein militärische Schläge an Ort und Stelle eine Entscheidung bringen werden.

Zu diesen ist ja nun auch zu unsrer stolzen Freude die Möglichkeit da. Wir kommen nochmals auf die interessante Kritik an den Verbündeten zurück, die der Oberst Schumsky in seinem Blatte (den Birschewyja Wjedomosti) am 31. Juli — also noch vor den großen Festungseroberungen — geschrieben hat. Er weiß, daß England „3 Millionen" (von ihm in Striche gesetzt) vorbereitet, aber „das beansprucht Jahrzehnte; gegenwärtig ist mit dieser Organisation nicht zu rechnen". Er sieht ein, daß „der vernünftige und vorsichtige Joffre sich schweren Herzens vorübergehend einer Offensive enthalten muß" und nicht „mit der Stirn gegen die drei Betonwände der ungeheuer starken deutschen Verteidigungswerke im Westen anrennen kann, um dann am Rhein in halb bewußtlosem Zustande eine kalte Dusche zu erhalten." Und „wir wollen hoffen [!], daß die Deutschen, die an unsrer Front so stark geschwächt worden sind, nicht mehr die Kraft finden werden, die augenblicklichen französischen Stellungen zu überwinden". Der Oberst möge die Telegramme unsres Kaisers an die Heerführer im Westen, besonders an die drei Kronprinzen lesen und daraus sehen, wie den Deutschen zumute ist. In dem an den Herzog Albrecht von Württemberg aber hieß es, daß die Entscheidung im Osten erstritten sei. Damit ist die Lage im Osten positiver bezeichnet als in dem Worte des Reichskanzlers, daß wir starke Armeen zu neuen Schlägen frei hätten, damit ist der Blick noch bestimmter in die militärische Zukunft gerichtet. Und auch auf diesen andern und neuen Kriegsschauplätzen werden unsre Truppen den Sieg erringen, den unsre politische Zukunft braucht.

44.

(Amerika — England und der Friede — Der Balkan)

8. September 1915

Die letzte Woche hat die Erledigung der Zwischenfälle mit Amerika gebracht und damit, wie wir annehmen, die Möglichkeit eines Konfliktes mit den Vereinigten Staaten während dieses Krieges ausgeschaltet. Besonders um der Millionen von Deutschamerikanern willen ist dieser Ausgang zu begrüßen. Hätte diese doch ein Zusammenstoß ihres alten und ihres neuen Vaterlandes in einen schweren inneren Konflikt gestürzt, der auch für die Zukunft schmerzlichste Folgen nach sich gezogen hätte. Und unter dem Gesichtspunkte der

wirtschaftlichen Beziehungen nach dem Kriege ist es ebenfalls von großem Werte, wenn sich eine Verschärfung der Beziehungen vermeiden ließ. Die Unterbindung des direkten Verkehrs, die durch die Ende Juli erfolgte Verstaatlichung der Funkenstation Sayville an der nordamerikanischen Küste jetzt noch verstärkt ist, gestattet ja kein ganz sicheres Urteil darüber, ob die Stimmung in den Vereinigten Staaten wirklich so drohend war, wie sie die feindlichen Telegraphenagenturen geflissentlich schilderten. Jedenfalls hat Deutschland durch sein grundsätzliches Zugeständnis in der Mitteilung des Grafen Bernstorff, die durch Wolff am 3. September verbreitet und durch die zugleich die amerikanische Note vom 23. Juli beantwortet wurde, seinen Wunsch, den Frieden mit Nordamerika zu erhalten, aufs deutlichste bekundet. Daß dies Zugeständnis geeignet ist, Bedenken wachzurufen, ist in der Kreuz-Zeitung (3. September) bereits betont worden; eine Kritik, die die technischen Einzelfragen und Folgen beleuchtete, übte Graf Reventlow im selben Sinne in der Deutschen Tageszeitung (4. September).

Die deutsche Regierung hat diesen veränderten Standpunkt eingenommen in dem Vertrauen, daß es sich dabei künftig nur um reine Passagierdampfer handeln wird; Handelsdampfer bleiben weiterhin ebenso dem U-Bootangriff ausgesetzt wie Passagierdampfer, die Kriegsmaterial befördern. Die Bewegung in Amerika darauf, daß die gesetzliche Bestimmung, nach der Passagierdampfer keine Sprengstoffe an Bord führen dürfen, auch straff durchgeführt werde, wird hoffentlich durch diese Regelung neue Kraft gewinnen, und besonders auch die Agitation gegen die Kriegsmaterialausfuhr überhaupt. Einzelbestimmungen scheinen, da nach Reutermeldungen Differenzen im einzelnen vorliegen, noch nötig zu sein; darüber wird ein Einverständnis ja auch erzielt werden. Bezüglich der Timesmeldung über den Vorschlag, den „Lusitania"- und „Arabic"-Fall einem Schiedsgericht zu unterbreiten, sind wir noch nicht in der Lage, ein Urteil zu äußern. Im ganzen dürfen wir aber erwarten, daß dieser Ausgang seinen Eindruck auf die Stimmung in den Vereinigten Staaten nicht verfehlen wird. Die beiden großen Mächte haben sich verständigt, und Deutschland steht heute viel zu stark in der Welt da, um nicht mit verächtlichem Lächeln über das Geschrei der englischen und französischen Blätter von einer angeblich deutschen Niederlage in diesen Verhandlungen hinweggehen zu können.

Einen Hinweis auf die Art der Veröffentlichung dieser Angelegenheit können wir indes nicht unterdrücken. Man hat in Amerika von ihrer Erledigung eher gewußt als bei uns, und auf dem Umwege über Reuter haben wir zuerst von der wichtigen Erklärung des Grafen Bernstorff erfahren. Das Wolffsche Bureau kam dann mit der Mitteilung, daß diese Nachrichten über die Lösung der „Arabic"-Frage drüben einen sehr günstigen Eindruck gemacht hätten,

sogar derart, daß die Aussichten für englische Anleihen sich sehr verschlechtert hätten. Dies Telegramm war vom 3. September, das Timestelegramm aus Washington, das die Verschiebung der englischen Anleihe auf unbestimmte Zeit meldete, bereits vom 26. August —, es war also nicht erlaubt, beides in diesen Zusammenhang zu bringen. Das ist eine Art der Berichterstattung, die zu wenig Rücksicht auf das nimmt, was das deutsche Volk verlangen kann, und wir möchten den Wunsch aussprechen, auch diesen Gesichtspunkt nicht außer acht zu lassen.

Wenn man sich in den Vereinigten Staaten ein Urteil bilden will, wie die öffentliche Meinung in Deutschland diese Erledigung aufnahm, so möge man dort nicht übersehen, daß wir dabei unter dem gleichzeitigen Eindruck von angeblichen Friedensgedanken aus England standen. Darum wurde an vielen Stellen das deutsch-amerikanische Abkommen, das damit nichts zu tun hat, argwöhnischer betrachtet, als tatsächlich berechtigt war. Man unterstrich bei uns zu sehr eine Äußerung der bekannten englischen Finanzzeitschrift Economist (28. August) über das Wort des Kanzlers von der »balance of power«, die wir deshalb im genauen Wortlaut hierher setzen: „Im ganzen also würde es scheinen als wenn, falls überhaupt dem Worte Gleichgewicht ein Sinn beigelegt werden soll, und wenn es wirklich den Geist und die Ansprüche der britischen Politik repräsentierte, der Friede nicht so weit entfernt oder so unmöglich ist, als manche denken. Sicherlich war Europa der Erschöpfung 1715 oder 1815 nicht näher als es jetzt 1915 ist. Und wenn unsre Aufgabe ist, das Gleichgewicht auf der Basis von 1869 oder 1913 herzustellen, mit solchen Verbesserungen im Osten, als für die Wünsche der kleineren Nationalitäten, um Autonomie oder Unabhängigkeit zu erhalten, genügt, so kann das vielleicht in verhältnismäßig naher Zukunft verwirklicht werden, ohne aus einer wieder gut zu machenden Erschöpfung in nicht wieder gut zu machendes Elend und Bankrott zu versinken." Wir haben die Stelle so umständlich und genau wie möglich übersetzt. Unmöglich kann man seine Worte mehr auf Schrauben stellen, wir können aus ihnen nur die bekannte Friedenssehnsucht dieses Kapitalistenblattes und ein für uns undenkbares Friedensprogramm herauslesen.

Sodann hat man den Sätzen Sir Edward Greys in einem offenen Briefe über die Freiheit der Meere eine besondere Bedeutung beigelegt, zuletzt in einer programmatischen Artikelserie der Frankfurter Zeitung „Grundfragen der Weltpolitik" (29./31. August, 1. September), die damit eine ausgeführte Übersicht der deutschen Kriegsziele ausklingen ließ. Was wir von den Worten Greys halten, haben wir hier vor acht Tagen gesagt. Aber der wiederholte Hinweis darauf erhielt noch größere Bedeutung durch ein Urteil wieder des Economist dazu, daß „die Besserung in der Behandlung der Kriegsgefangenen, Greys Bemerkung über die Freiheit der Meere in seiner Antwort an

den Reichskanzler und die Modifizierung des deutschen U-Bootkrieges auf eine Verringerung der Spannung zwecks hochdiplomatischer Absichten hindeuten". Im Economist selbst hat diese Bemerkung nicht gestanden. Sie ist nur von den Londoner Daily News veröffentlicht worden als ein Telegramm des Herausgebers des Economist, Hirst, an die New York Tribune. Von besonders nahen Beziehungen Hirsts, der ein reiner Manchestermann ist und gerade die imperialistischen Liberalen immer angreift, zum Londoner Auswärtigen Amt ist nichts bekannt. Immerhin ist es auffällig, daß diese Depesche, die das Datum London, 1. September, trägt, bereits von der Modifizierung des U-Bootkrieges sprechen konnte und daß sie gerade an die New York Tribune gerichtet wurde. Da sich dieser Vorgang zwischen zwei sehr ernsthaften Publizisten Englands und Nordamerikas vollzog, so ist erklärlich, daß er bei uns im Zusammenhange mit der Äußerung Greys und der Beilegung des deutsch-amerikanischen Konfliktes gewisses Aufsehen erregte.

Nun stellen wir alledem die Besprechungen gegenüber, die die große Rede des Reichskanzlers und die Rede des Schatzsekretärs Helfferich in der Ententepresse gefunden hat. Sie liegen jetzt vor und sind auf einen Ton gestimmt. Aus der Rede des Herrn v. Bethmann Hollweg las man in England den Entschluß Deutschlands heraus, mit seinem Siege im Weltkriege eine deutsche Welthegemonie zu gewinnen, und suchte die Neutralen, besonders Skandinavien, die Niederlande und die Balkanstaaten, damit zu überzeugen, daß ein Sieg der Zentralmächte eine Gefahr und Bedrohung auch für sie, die schwächeren und kleineren Staaten, sei. Da in dem Getöse des Weltkrieges auch vielen Neutralen eine unbefangene Würdigung deutscher amtlicher Äußerungen unmöglich zu sein scheint, hat diese perfide Mißdeutung des ganz klaren und eindeutigen Kanzlerwortes an manchen Stellen des neutralen Auslandes ihre Wirkung nicht verfehlt. Daraus wurde dann einstimmig die Lehre und die Adhortatio abgeleitet, daß der Krieg gegen diese deutschen Ansprüche bis zum Ende durchzuführen sei. Der Stimmen, die anders lauteten, waren verschwindend wenige, darunter keine von Einfluß. Die Rede Helfferichs aber wurde auf ein Schlagwort gebracht, wie es die englische Presse liebt. In Anlehnung an das bekannte Wort Disraelis, der bei der Rückkehr vom Berliner Kongresse sagte, England habe einen Frieden mit Ehren (peace with honour) davongetragen, hat man die Äußerung Helfferichs von der Kriegsentschädigung in das alberne Schlagwort umgemünzt, Deutschland suche einen Frieden mit Geld (peace with money). Das ist die heutige Stimmung der maßgebenden englischen Presse, die zu der Hirstschen Äußerung nicht paßt.

Ihr sekundiert die gesamte russische Presse in der Erörterung der Kanzler-

rede in gleichem Tone. Auch sie ist einstimmig, Linke wie Rechte, im Urteil über den deutschen Weltehrgeiz, den auch Rußland bis zum Ende bekämpfen müsse. Gewissermaßen den amtlichen Stempel hat darunter der Minister Ssasonow gesetzt, der am 21. August die Vertreter der Presse empfing und ihnen erklärte (sie zugleich zur Veröffentlichung bevollmächtigend), daß „Rußland unter keinen Bedingungen und in keiner Form jemals einverstanden sein werde, mit Deutschland einen Separatfrieden zu schließen." Der Professor Bernhard Pares, der der einzige im Hauptquartier des Großfürsten Nikolai zugelassene nichtrussische Korrespondent ist, unterstreicht das im Daily Telegraph und Daily Chronicle mit dem törichten Hinweis, daß „der kritische Punkt für Rußlands Lage überwunden sei, und daß die Aussicht auf einen endlosen Marsch bis zum Ural dem vorrückenden Feinde mehr Schrecken einflößen werde als selbst der Gedanke an einen Rückzug". Gelegentlich des Kronrats am 4. oder 5. September über die Heeresversorgung haben dann der Zar, die Minister und die Kammerpräsidenten die Äußerung Ssasonows und die Haltung ihrer Presse zur Kanzlerrede bekräftigt.

Stellen wir nun die Äußerung Greys und das Telegramm Hirsts in diesen Rahmen, so klingen sie wie Hohn. Beide Männer mögen ihre Worte ernst gemeint haben, aber gegenüber dieser Haltung der ganzen Ententepresse können wir weder Greys Wort, daß die Freiheit der Meere durch Abkommen gesichert werden solle, ernstnehmen, noch Hirsts Hinweis auf jene Modifizierung des U-Bootkrieges, die mit der deutsch-englischen Spannung an sich weniger zu tun hat. Es mag sein, daß Wunsch und Bedürfnis nach Verringerung und vielleicht Lösung dieser Spannung in englischen Kreisen zunimmt, weil man sieht, daß der deutsche Gegner schlechterdings nicht niedergerungen werden kann, nicht militärisch, nicht wirtschaftlich und finanziell und auch nicht diplomatisch, wie der Stand der Balkanverhandlungen zeigt. Aber das deutsche Volk denkt heute daran, daß England in aller seiner Geschichte nur dem besiegten Feinde Freund gewesen ist, und gerade weil es in diesem Ringen so konsequent, so allen seinen Überlieferungen treu auftritt, wird dieser Grundsatz seiner Politik auch jetzt und in Zukunft, auch für das Verhältnis zwischen ihm und Deutschland dauernde Geltung behalten. Deshalb besteht Deutschland darauf, daß die Waffen im Kampfe mit England nicht vor der Entscheidung niedergelegt werden, daß dazu alle Waffen, die uns unsre glänzende Technik in die Hand gegeben hat, voll ausgenutzt werden, und daß uns der Ausgang nicht nur Abkommen, sondern eine reale Verstärkung der Machtstellung bringen muß, auf der die Verträge des Völkerrechts ruhen. —

Während im Osten der Siegeszug der verbündeten Heere von Erfolg zu Erfolg schreitend seinen unbeirrbaren Gang weitergeht und aus den Gegenrüstungen Rußlands, die wir heute nicht besprechen, das Geständnis der Ohn-

macht immer lauter herausklingt, bleibt der Balkan nach wie vor die politische Wetter- und Krisenecke. Über die Haltung Serbiens ist Neues authentisch nicht bekannt geworden. Eine Meldung des Temps (1. September), daß Serbien parallel mit seinen Zugeständnissen und zur Sicherung seines Zugangs zum Meere, gegen den längst erhobenen italienischen Protest, Durazzo habe besetzen lassen, geben wir mit allem Vorbehalt wieder. Der Beschluß seiner Skuptschina zerstreut nach der bulgarischen Auffassung den Verdacht, daß schon engere Beziehungen zwischen Österreich und Serbien bestünden, den auch die herausfordernde Sprache der Nischer und Belgrader Blätter gegen die Entente nahe legte. Aber vorläufig ist stärker als die Partei der sogenannten Nationalisten, die dahin strebt, der großserbische Radikalismus und die — Dynastie, die aus bekannten Gründen einer Verständigung Serbiens mit Österreich im Wege steht.

Nun hat der Corriere della Sera (1. September) eine Athener Depesche gebracht, die eine offiziöse Note von Venizelos mitteilte des Inhalts, Serbien habe seine Entschlüsse über die Ententenote, ehe es sie der Entente mitteilte, der griechischen Regierung zur Kenntnis gebracht und werde gemäß den Wünschen des Vierverbandes Zugeständnisse auch jenseits des Wardar machen. Ist das richtig, so rückte eine Verständigung über Mazedonien immerhin in den Bereich der Möglichkeit, obwohl wir daran noch nicht zu glauben vermögen. Anderseits wird mitgeteilt, daß die türkisch-bulgarischen Verhandlungen abgeschlossen sein sollen. Wenigstens zweifelt man in Berliner politischen Kreisen nicht daran; formell abgeschlossen ist der Vertrag noch nicht.

In diesem Zusammenhange ist daher ein Schritt der bulgarischen Opposition nicht ohne Bedeutung. Die Parteien der Demokraten, Agrarier, Volkspartei (Geschow), Progressisten (Danew), Radikaldemokraten und der sog. „breiten" Sozialisten haben am 26. August ein Manifest veröffentlicht, das angesichts der entscheidenden Weltereignisse die sofortige Berufung des Parlaments zu einer außerordentlichen Session forderte. Der Ministerpräsident Radoslawow hatte dies Ersuchen in vorherigen Besprechungen rundweg abgelehnt. Daher wendet sich die Opposition an das Land mit dem Hinweis, daß „die Politik der Regierung, die von der Parlamentsmehrheit nicht gebilligt werde, tödliche Gefahren für Land und Volk in sich trage und zu Katastrophen führe". Die Opposition protestiert öffentlich gegen die Politik der Regierung und fordert vom Volke, sie im Verlangen nach sofortiger Kammerberufung zu unterstützen. Das ist immerhin ein Zeichen dafür, daß Geschow, der eigentliche Führer der Opposition, der eben auch in einem in Paris erschienenen Werke »L'Alliance Balkanique« alles, was Bulgarien zur Entente und zu Rußland ziehen könnte, zusammengefaßt hat, die Entscheidung für noch

nicht gefallen ansieht, und völlig sicher ist Radoslawow seiner Mehrheit nicht. Schon vor Monaten wurde hier die Ansicht ausgesprochen, daß bei langer Dauer der Krisis in diesen demokratischen Staaten die leitenden Staatsmänner die Herrschaft über die Parteien aus der Hand verlieren könnten. In Italien hat die Straße bereits gesiegt, Rumänien scheint auf dem Wege dazu zu sein, und in Bulgarien sind ähnliche Erscheinungen zum mindesten Symptome dafür, daß König und Ministerpräsident die Entscheidung nicht mehr lange hinauszögern können. Um so weniger als die Ernte eingebracht ist und so auch von dieser Seite kein Hindernis mehr vorliegt.

Kopflose Kapitulationen haben wir freilich von der Leitung Bulgariens nicht zu befürchten. Denn dazu beweist seine Presse und öffentliche Meinung eine zu große, für ein Land dieser Lage im Süden ganz erstaunliche Disziplin. Ton und Haltung der Presse sind durchgängig und ausnahmslos so reserviert, daß das, was man will, undurchsichtig bleibt. Man ist überzeugt, vor einer der schwersten Entscheidungen zu stehen, und eifrig bemüht, sich nach jeder Seite hin zu sichern, nach keiner noch sich zu binden. Darum blickt man auch immer nach Rumänien hin und übersieht nicht die 500 000 Mann rumänischer Soldaten, die man im Rücken hat, wenn man gegen Serbien losschlägt. In Rumänien wieder scheint man sich immer mehr, so unklar die innerpolitische Lage ist, auf Mitte September als den Termin einzurichten, zu dem die Entscheidung fällt. Hier hat der Ministerpräsident, Bratianu, unzweifelhaft die Lage nicht mehr in der Hand. Angesichts der großen Erfolge der Zentralmächte hat er den Wunsch, neutral zu bleiben. Aber er hat die Stimmung für die Entente zu sehr anwachsen lassen, sich wohl ziemlich sicher durch Verpflichtungen gegen die Entente gebunden, und vermag das Land durch einen Kabinetts- und Systemwechsel nicht entschlossen davon frei zu machen. An der Haltung der größten rumänischen Zeitung, des Universul, läßt sich dies alles wie an einem Barometer verfolgen.

In der Politik der Entente gegenüber diesem Wirrwarr ist nun seit zwei Monaten Rußland ganz auffällig zurückgetreten. Seine Gesandten haben ihre Tätigkeit in Cettinje und Nisch so gut wie eingestellt; hier wie in Sofia und Athen tritt der Vertreter Englands als der alleinige Wortführer der Entente auf. Es ist nicht recht klar, warum sich Rußland überall so zurückhält. Soll der Rückschlag eines diplomatischen Mißerfolges ganz auf England fallen, damit für Rußland später doch wieder eine Möglichkeit bleibt, sich an die Balkanhöfe heranzumachen? Wir hoffen auf das bestimmteste, daß die Rolle Rußlands auf dem Balkan mit diesem Kriege völlig ausgespielt ist. Man findet sich auch, wie eine neue interessante Äußerung des durch seine antislawophile Freimütigkeit schon bekannten Grafen Petrowo-Solowowo (Birschewyja Wjedomosti 16. August) lehrt, heute schon in Rußland damit

ab, daß die Rechnung auf die Slawen Österreich-Ungarns völlig getrogen hat, und klagt machtlos, daß Serbien nicht nachgeben und Bulgarien nicht der Entente zufallen will: „Laßt uns slawophil sein, natürlich, aber vor allem laßt uns russophil sein," mit diesem, von ihm schon öfter gebrauchten Wort bescheinigt der Graf heute schon den Bankerott des Panslawismus in diesem Kriege. Zur gleichen Zeit huldigten Vertreter ungarischer und kroatisch-slawonischer Gemeinden ihrem Herrscher in Wien und Schönbrunn. Diese Feier vermittelte einen starken Eindruck von der festen Einheit, die Österreich-Ungarn in diesem Kriege bewährt und die in ihm über den Panslawismus siegt. Was für letzteren im Süden gegen die Doppelmonarchie arbeitete, muß durch den Krieg verschwinden: im Reiche selbst die Spannung zwischen Ungarn und Rumänien und das ungeordnete, unsichere Verhältnis von Kroatien zu seinem Staat, an seiner Grenze die großserbische Agitation, damit die Bahn frei werde für eine zukunftssichere Balkan- und Orientpolitik, deren Ziele und Interessen auch die unseren sind. Dazu aber muß in diese unklaren und gärenden Verhältnisse des ganzen Südslawentums das reinigende Gewitter einer kriegerischen Auseinandersetzung hereinfahren, die im inneren Zusammenhang mit den gewaltigen, im Kampf miteinander befindlichen Machtgegensätzen Europas steht. Ohne diese vermögen wir nicht daran zu glauben, daß der Weltkrieg eine dauernde, den Interessen des neuen Dreibundes nötige und nützliche Ordnung Südosteuropas schaffen wird.

45.

(Rußland)

15. September 1915

Die Tage des 4. bis 8. September 1915 werden für Rußland eine entscheidende Bedeutung haben, viel mehr vielleicht als die letzten Oktobertage 1905. Vielleicht, denn wir stehen den Ereignissen ja viel zu nahe, als daß wir sie schon heute in ihrer dauernden Bedeutung werten könnten, und — Rußland ist das Land der Überraschungen. Die Ereignisse sind diese: Am 3. September fiel Grodno; damit waren alle wesentlichen russischen Festungen in Deutschlands Besitz. Am 4. September vormittags fand im Winterpalais eine Sitzung statt, die nach Rahmen und historischer Bedeutung nur mit der Eröffnung der ersten Duma am 10. Mai 1906 zu vergleichen ist. Der Zar eröffnete in ihr persönlich die Arbeit der vier beim Kriegs-, Handels-, Landwirtschafts- und Eisenbahnministerium neugeschaffenen Beiräte aus Abgeordneten und Beamten für die Versorgung und Ausrüstung der Armee. Alle Minister waren anwesend, an 100 Beamte, Reichsrats- und Dumamitglieder, die Führer der Industrie und der Selbstverwaltungsorgane waren geladen. Der

Zar wies auf die Notwendigkeit, alle militärischen und bürgerlichen Kräfte zur Verteidigung des Landes zusammenzufassen, hin, worauf der Kriegsminister und die Präsidenten beider Häuser antworteten. In der Rede des Dumapräsidenten klang dabei ein in dieser Umgebung neuer und eigenartiger Ton: das Wort vom notwendigen Vertrauen des Volkes und die Aufforderung an den Zaren, „zur Teilnahme an dieser heiligen Arbeit das ganze Ihnen treue russische Volk zu rufen". Nach den Reden erschien, während der Zar mit den einzelnen Abgeordneten sprach, die Zarin mit dem Thronfolger, was dem Augenblick eine besondere Weihe gab. Danach besuchten Zar und Zarin die Kirchen Petersburgs und küßten die Heiligenbilder, und am Abend desselben Tages reiste der Zar von Zarskoje Sselo zur Armee ab, mit einem sehr kleinen Gefolge, in dem nur der alte Graf Fredericks von Bedeutung ist. Ein Armeebefehl aus dem Hauptquartier vom 5. September teilte sodann der Armee mit, daß der Zar den Oberbefehl über alle Streitkräfte zu Lande und zu Wasser übernommen habe. Am 6. September telegraphierte der Zar diese Nachricht auch an den Präsidenten Poincaré mit besten Wünschen für den Sieg der französischen Armee, die der Präsident sofort erwiderte. Am 8. September wurde das vom 5. September datierte Reskript an den Großfürsten Nikolai veröffentlicht, das diesen seines Oberkommandos enthob und zum Statthalter des Kaukasus und Oberbefehlshaber der Kaukasusarmee ernannte. Gleichzeitig wurde der bisherige Statthalter Graf Woronzow-Daschkow der Person des Zaren attachiert. Bereits vor diesen Ereignissen war der bisherige Generalstabschef des Großfürsten, Januschkewitsch, zum Gehilfen des Statthalters des Kaukasus in militärischen Dingen ernannt worden; er ging also seinem bisherigen Oberbefehlshaber voraus und bleibt dessen rechte Hand. Sein Nachfolger als Chef des großen Generalstabes und Stellvertreter des Zaren im Oberkommando wurde der bisherige Kommandierende der dritten Armee, Alexejew, dem nun folgende Gliederung der Armeen Rußlands unterstellt ist: die Nordarmee (gegen den Feldmarschall von Hindenburg) unter Rußki, die Westarmee unter Evert und die Südarmee unter Iwanow, schließlich die Kaukasusarmee unter dem Großfürsten.

Versuchen wir, diese höchst bedeutungsvollen Ereignisse ohne voreilige Übertreibungen in ihren möglichen Folgen zu begreifen. Die Rede des Zaren im Winterpalais und sein Erlaß an den bisherigen Generalissimus, beide nur auf den Ton der Defensive gestimmt, gestehen nicht nur die bisherigen Niederlagen ein, sondern bescheinigen der Welt, daß die Angriffspartei in Rußland das Spiel verloren hat, und daß die leitenden Männer mit dem Zaren an der Spitze ihre Aufgabe nur noch darin sehen, den Feind von der russischen Erde zu vertreiben. Uns sagt das nichts Neues. Denn daß unsre herrlichen Siege die Angriffskraft der russischen Armee zer-

schmettert haben, wußten wir. Aber natürlich ist es wichtig, wenn der Zar gerade, da er sich an die Spitze seines Heeres stellt, das diesem, seinem Volke und aller Welt ohne Einschränkung dokumentiert.

Er hat sich, nach außen in schonendster Form, von seinem Oheim gelöst, der der Hauptführer der in Europa unberechtigter Weise Großfürstenpartei genannten Kriegspartei war. Das ist sicherlich nicht ohne schwere Kämpfe in Petersburg gelungen, über deren Einzelheiten bisher nur Klatsch verbreitet werden konnte. Aber die Vorstellung ist falsch, als wenn in diesen Hofkämpfen jetzt die Kriegspartei einer andern Partei unterlegen sei und der willenlose Zar nunmehr von dieser seine Direktiven empfinge. Die Persönlichkeit Nikolaus II. ist bei uns immer zu gering eingeschätzt worden: er hat an den Ereignissen immer einen viel stärkeren Anteil genommen, als die Legende in Europa meint, und er wird es dieses Mal um so eher getan haben, als es sich dabei auch um den Bestand der Dynastie handelt und als er energischer Unterstützung in der eigenen Familie sicher war. Ihn stützt der willenskräftige, erbitterte Gegner des Großfürsten Nikolai, Großfürst Kyrill, und vor allem ist der Bund zwischen seiner Mutter und dem Großfürsten Nikolai, der vor anderthalb Jahrzehnten den Zaren selbst auf dem Thron bedrohte, heute zerrissen. Die Kaiserin-Mutter bildet mit der Zarin und dem Großfürsten Kyrill eine Gruppe, die sehr wohl Beschlüsse des Zaren gegen den bisher allmächtigen Oheim zu bestimmen und zu stützen vermag.

Welche Wirkung das Erscheinen des Zaren unter den Truppen selbst ausüben wird, ist schwer zu beurteilen. Die Führung selbst wird er nicht übernehmen. Diese liegt in der Hand Alexejews und der genannten drei Unterführer, die eine weit größere Selbständigkeit als bisher erhalten. Ob das der Sicherheit der Entschlüsse in der Heeresleitung dienen wird, darf bezweifelt werden. Den Soldaten war Großfürst Nikolai eine populäre Persönlichkeit, weil er für sie rücksichtslos sorgte. Sie kann darum nur durch die religiöse Weihe überstrahlt werden, die die Gestalt des Zaren in den Augen des russischen Volkes immer noch umgibt, und diese psychologische Wirkung mag im Augenblick die wichtigste Folge des Entschlusses des Zaren sein. Er tritt allen sichtbar an die Spitze der Armee und ruft zur Verteidigung der russischen Erde gegen „den in das Innere des Reiches eingedrungenen Feind" auf, wobei wir aber wiederum die Mattigkeit des Tones, die für alle Kundgebungen Nikolaus II. so bezeichnend ist, konstatieren.

Großfürst Nikolai tritt zunächst in den Hintergrund. Daß er im Kaukasus ein Feld für größere Lorbeeren findet, ist nicht wahrscheinlich. Schon die geringe Zahl von Truppen, die ihm dort zur Verfügung steht, und die schwierigen klimatischen Verhältnisse, die da jetzt beginnen, schließen es aus. Die Gestalt dieses Großfürsten ist in der Auffassung des Schauerromans,

die bei uns vielfach die Vorstellungen über Rußland bestimmt, übermäßig vergrößert worden. Was ihn auszeichnet — eine allerdings in Rußland seltene Eigenschaft —, ist seine brutale, über Leichen gehende Willenskraft, die vielleicht nur von seinem Deutschenhaß übertroffen wird. Hervorragende Geistesgaben sind ihm nicht eigen, auch nicht ein besonderer politischer Ehrgeiz. Die Vorstellung, daß er nach der Krone zu greifen bereit sei, legt ihm einen dämonischen Ehrgeiz bei, den er in diesem Maße nicht hat. Dazu hat er viel zu lange ausschließlich dem Genusse gelebt, der vor keiner Schranke der Moral zurückschreckte. Für seinen Deutschenhaß wurden schon nach den ersten Besuchen unsers Kaisers in Petersburg unangenehme und taktlose Beweise erzählt. Dieser Haß gegen die Deutschen und seine Neigung für Frankreich hat aber erst feste politische Formen gefunden, als ihn seine Gattin, die Prinzessin Stana von Montenegro, die er erst 1907 als 51jähriger geheiratet hat, entschlossen in das System des aggressiven Panslawismus hereinstellte. Unter ihrem überlegenen Einfluß ist er zum Haupte der Kriegspartei geworden, in die die geschickte Schmeichelei der Franzosen ihn immer tiefer hereintrieb. Wenn er die französischen Befestigungen an der deutschen Westgrenze besichtigte, dann stand vor ihm das Bild des Heerführers, der im Bunde mit Frankreich an der Spitze der russischen Armee dieses verhaßte Deutschland zerschmettern wollte. Was daraus dann politisch werden sollte, darüber hat sich dieser Mann niemals ein System gemacht, weil er dazu gar nicht fähig war. Das Jahr 1914 schien seine Hoffnungen zu erfüllen. Er konnte mit einem Millionenheere, das er vor andern dazu vorbereitet hatte, gegen Deutschland ins Feld ziehen, dem er ganz gewiß nicht, wie jetzt einige Blätter bei uns gesagt haben, ein ehrlicher und vornehmer Feind gewesen ist; diese Eigenschaften fehlen im Wörterbuch des gewissenlosen Mannes. Als Militär hat er nicht mehr als die bekannten Züge der russischen Kriegskunst gezeigt: Unfähigkeit zur strategischen Offensive, Geschick in der Defensive; eigene strategische Ideen hat er nicht geltend gemacht. Wenn dereinst in Rußland selbst die furchtbaren Menschenschlächtereien ganz bekannt werden, mit denen er glaubte, der überlegenen Feldherrnkunst der Deutschen Herr werden zu können, dann wird der Fluch von Millionen sich gegen ihn erheben. Ob und wie seine Nachfolger in der Heeresleitung es anders machen als er, ist uns ziemlich gleichgültig — dem großen deutschen Feldherrn, der nun dem Zaren selbst gegenübersteht, ist keiner unter ihnen allen gewachsen.

Nicht ohne weiteres ist klar, was den Zaren veranlaßte, gerade jetzt diesen Entschluß zu fassen, der ihn mitten in den Wirbelstrom der Ereignisse selbst stellt. Bis jetzt nämlich hatten die Männer, denen die Zukunft ihres Vaterlandes am Herzen liegt, am Hof, in der hohen Bureaukratie, im Reichsrat

ganz bewußt den Zaren dem Kampfe im Innern ferngehalten. Aus dem Detail der politischen Kämpfe in den letzten Monaten war diese Tendenz deutlich zu erkennen, die Folgen eines Zusammenbruches nicht die Monarchie, den Zaren selbst treffen zu lassen. Jetzt ist diese wohlüberlegte Politik, der wohl auch die Kaiserin-Mutter nicht fernstand, aufgegeben worden. Der Zar ist bereit, an der Spitze der Truppen alles auf eine Karte zu setzen, und beginnt möglicherweise ein Vabanquespiel, das seinem Charakter sonst so gar nicht liegt. Hat er die Veranlassung dazu in der politischen Bewegung der Gesellschaft, d. h. also der Duma, gefunden? Wir glauben das nicht.

Die Duma hat bisher wenig geleistet, und sie hat noch weniger irgendwie revolutionären Willen erkennen lassen. Sie hat die Einkommensteuer, um die man seit zehn Jahren gekämpft hat, beschlossen, und beteiligt sich an den zahllosen Kommissionen, mit denen man nach russischer Gewohnheit alteingewurzelte Übelstände im letzten Augenblick beseitigen will. Sie hat eine lange Sitzung auf den Kampf gegen die sogenannte „deutsche Vergewaltigung" verwendet und uns in dieser Debatte vor allem, wenn das überhaupt noch nötig gewesen wäre, gelehrt, daß wir unter allen Umständen bedacht sein müssen, im Friedensschluß gegen Rußland unsre deutschen Volksgenossen in Rußland vor Verfolgung und Russifizierung auf die allein wirksame Weise zu schützen. In der Duma spielt sich ein geschäftiges Hin und Her zwischen den Parteien ab, eine Spaltung der Nationalisten hat sich vollzogen, wodurch die Mitte und die Linke eine allerdings unsichere Mehrheit bekamen, während dem die Bemühungen, einen sog. schwarzen Block der Rechten zu bilden, entgegenarbeiten wollen. Man sprach davon, das Kabinett durch eine Anzahl Minister ohne Portefeuille aus den Kreisen des Reichsrats und der Duma zu erweitern und damit einem verantwortlichen Ministerium der nationalen Verteidigung (das ist jetzt die Formel) nahezukommen. Man befindet sich auf der Suche nach einem neuen Ministerpräsidenten, der alle dafür in Frage Kommenden, ganz besonders der Wichtigste, Kriwoschein, ausweichen. Alles das ist gewiß wichtig, aber es verdient nicht die aufgeregte Aufmerksamkeit, die das Auf und Ab der Parteiströmungen in Petersburg in einzelnen deutschen Blättern findet. Denn darin ist sehr viel leeres Geklapper, weil der Entschluß und vor allem die Möglichkeit für diese Dumakreise fehlt, ihre Wünsche durchzusetzen. Sie haben sich natürlich an der Arbeit gegen den Großfürsten beteiligt, aber von entscheidender Bedeutung sind ihre Bemühungen ganz gewiß nicht.

Das zeigte eine sehr interessante Wendung der letzten Wochen. Moskau, die Kreise der Großindustrie und des Großhandels und der dort zusammengefaßten Semstwoverbände, sie nehmen immer erkennbarer das Heft neben dem Parlament in die Hand. Am 29. August hat in Moskau

eine Versammlung von Politikern unter Vorsitz von A. J. Konowalow Beschlüsse gefaßt, denen die Moskauer Stadtduma und Kaufmannschaft sowie der große „Verband der Vertreter von Industrie und Handel" beitraten und die als „Moskauer Resolutionen" an die berühmten „elf Forderungen" des ersten Moskauer Semstwokongresses von 1904 erinnern. In scharfer Kritik an der Duma und im Gegensatze zu ihr forderte man ein Ministerium aus Männern der Gesellschaft, die das „Vertrauen des Landes" genießen, und verlangte das sogar in direktem Telegramm an den Zaren. Und Moskau ist das Herz Rußlands, ist Rußland selbst. Nicht die Petersburger politischen Kreise, sondern, wenn Hofeinflüsse und die revolutionäre Bewegung nicht ausreichen, Moskau im alten geschichtlichen und im neuen Gegenwartssinne des Begriffs ist es allein, das dem Zaren seinen Willen aufzwingen kann. Das Antworttelegramm des Zaren lehrte auch, daß diese Moskauer Beratungen auf ihn einen starken Eindruck gemacht haben. Aber sein Entschluß, sich an die Spitze der Armee zu stellen, bricht für die nächste Zeit gerade auch dieser tiefgehenden politischen Bewegung die Spitze ab. Vereinigung aller militärischen und bürgerlichen Behörden, Vereinigung des Oberbefehls und der allgemeinen Tätigkeit aller Verwaltungszweige, kurz im Schlagwort: alles für die Armee!, das wird von ihm als Losung proklamiert. Mit dem Drängen, ein verantwortliches Ministerium zu bilden, mit der Forderung, die lokale Verwaltung weiterhin umzugestalten, kann daher jetzt niemand mehr kommen, da vom Zaren so die patriotische Fahne aufgepflanzt worden ist. Alle Reformen kommen später, sagt die Nowoje Wremja (7. September) ganz brüsk. So pariert die Wendung der ersten Septembertage gerade diese extremen politischen Forderungen, war aber selbst von zwei andern Momenten von größerer Wichtigkeit bestimmt.

Der Gedanke des Rückzuges vor unsrer siegreichen Armee ist, das Beispiel von 1812 zu wiederholen, durch schonungslose Verwüstung das Land zur Einöde zu machen und den Gegner so ins Verderben rennen zu lassen. Wie bekannt, ist dieses Verwüstungsprogramm des Großfürsten Nikolai auch im östlichen Polen und im sog. Westgebiet gründlich durchgeführt worden. Das aber hat unübersehbare Folgen für das ganze Reich gehabt, Folgen, von denen 1812 nicht im entferntesten die Rede sein konnte. Man „evakuiert" die Städte auf das gründlichste und zieht die Bevölkerung im größten Umfange ins Innere des Reiches zurück. Wenn auch übertrieben, werden diese Flüchtlinge heute auf 12 Millionen geschätzt, die über das ganze Land versprengt sind. Einzelne Wolgastädte wie Nischni-Nowgorod und Kostroma haben bereits ebensoviel Flüchtlinge in ihren Mauern wie Einwohner. Auf der ganzen Strecke der eingerichteten Etappenpunkte sind täglich 400 000 Flüchtlinge in Bewegung. Ihnen zu helfen ist man außerstande. Ein Gesetz für

Flüchtlingshilfe ist angenommen, 25 Millionen Rubel bewilligt, — ein Tropfen auf den heißen Stein. Schon an Unterkunftsmitteln fehlt es überall, hat doch von 1904 bis 1908 die Bautätigkeit infolge der Revolution völlig gestockt. Von den sanitären Maßnahmen, von der Epidemiegefahr sei ganz geschwiegen. Überall tragen die Flüchtlinge das Elend des Krieges hin, von dem das Volk im Innern noch nicht allzuviel gespürt hat. Die Bewegung zwingt sogar ganz automatisch zur Änderung der Grundlagen des Staatslebens. Unter den Flüchtlingen sind zahllose Juden, da sich der Krieg in Polen und im sog. Ansiedlungsgebiet, dem den Juden zu dauerndem Aufenthalte gestatteten Gebiete, abspielt. Diese Juden kommen in das Innere des Reiches, wo sie nach den bestehenden Gesetzen gar nicht wohnen dürfen. Da man sie nicht wieder zurücktreiben konnte, hat der Ministerrat am 17. August auch den Juden den Aufenthalt in den Städten des Reiches außerhalb des Ansiedlungsgebietes mit Ausnahme der Residenzen und des Operationsgebietes gestattet; daß sie dabei auch das Recht zum Erwerb von Immobilien erwürben, ist im Protokoll der Ministersitzung ausdrücklich gesagt und vom Senat veröffentlicht worden. So ist mit einem Male die ganze Judenfrage durch den Druck des Krieges in ein Rollen gekommen, das kaum wieder aufgehalten oder rückgängig gemacht werden kann.

Schließlich aber zerstört die mechanische Nachahmung des Beispiels von 1812 in fürchterlicher Weise die eigene Volkswirtschaft, und hierin sehen wir den Hauptunterschied gegen damals. Auch heute hat Rußland in dem gewaltigen Raume, über den es verfügt, einen Bundesgenossen, über dessen Bedeutung sich bereits Clausewitz geäußert hat und der, solange sein Heer selbst nicht ganz zermalmt ist, auch durch die gesteigertsten Mittel der militärischen Technik nur allmählich überwunden werden kann. Aber das Rußland von 1915 ist im Innern ein ganz andres als das von 1812. Wenn damals vor dem französischen Heere die Bauernhütten in Flammen aufgingen, so geschah etwas, was in diesem Staate zu den Alltäglichkeiten gehörte, und die verlaufene Bevölkerung fand sich in diesem reinen Agrarstaate rasch wieder in die alten Verhältnisse zurück. Heute sind schon mindestens ein Dutzend größerer Städte geräumt, die Fabriken verlegt, die Maschinen samt den Arbeitern zurücktransportiert, die Bankfilialen zurückgezogen, und das in einer viel längeren Front als die des Anmarsches von 1812 war. Einer unfertigen Volkswirtschaft, die aber doch eben schon kapitalistisch ist, wird in der Unruhe des Krieges eine Standortverschiebung zugemutet, deren Durchführung selbst eine hochentwickelte Volkswirtschaft wie die unsrige oder die englische auf eine sehr harte Probe stellen würde. Allmählich hat man denn auch in Petersburg begriffen, daß diese Verschiebung, die den Rückzug allein rechtfertigen und wirksam machen sollte, aufs höchste verwirrend und ruinös

wirkt, ohne den feindlichen Vormarsch aufzuhalten. Man revolutioniert ja durch diesen Rückzug auch der Volkswirtschaft selber das Volk, in dem bis dahin gefährliche revolutionäre Bewegungen nicht erkennbar waren. Das hat, wie wir glauben, in erster Linie den Zaren zu seinem Entschlusse bestimmt. Darum wird er vielleicht versuchen, eine Entscheidungsschlacht anzunehmen, damit wenigstens dieser das Innere des Reiches selbst auflösende Rückzug zu einem Ende kommt. Lieber jetzt geschlagen werden, so mag der Gedankengang sein, als noch monatelang diese Entwicklung selbst fördern, die die Revolution geradezu dauernd in das Herz des Reiches säen muß. Uns kann beides recht sein: stellen sich die Russen zur Entscheidungsschlacht, so werden sie geschlagen, und der Feldzug im Osten läßt ein baldiges Ende erkennen.

Die beste Quittung auf die Wirkungen des Rückzuges war die Kleingeldkrisis, die in den letzten 14 Tagen in Rußland ausbrach. In jeder Stadt, die evakuiert wurde, machte sich ein außerordentlicher Mangel an Wechselgeld bemerkbar und in Petersburg führte dies am 30. August zu Unruhen: das Volk stürmte die Läden und zwang die Kaufleute zum Wechseln. Aus der russischen Vertuschungssprache in das Deutsche übersetzt, heißt das, daß im Gefolge des Rückzuges das Hartgeld, Silber und Kupfer, aus dem Verkehr verschwindet, und daß das Volk das Vertrauen auf das Papiergeld zu verlieren beginnt.

Der Mangel an Kleingeld hat ja noch andre Gründe. An sich ist der Vorrat von Silber- und Kupfergeld in Rußland auf den Kopf recht gering. Dann hat der Krieg eine Menge davon vollständig für sich absorbiert, weil im Heere große Summen von Kleingeld umlaufen, die der Volkswirtschaft entzogen sind. Aber deshalb sind diese Unruhen in Rußland nicht so harmlos, wie die kleine Wechselkrisis, die wir in Deutschland in den ersten Kriegstagen durchmachten. Wenn das Volk bereits die Läden stürmt, wenn sich im täglichen Kleinverkehr schon ein naturwüchsiger Kurs: ein Rubel Papier gleich 60 Kopeken Silber gebildet hat, wenn die drakonischsten Strafen gegen die Weigerung, Kleingeld zu wechseln, verkündigt werden müssen, dann sind das unwiderlegliche Zeichen dafür, daß das Vertrauen zum eigenen Geldsystem im Volke selbst erschüttert ist. Das ist ein sehr bedenkliches Zeichen, weil das russische Volk im Frieden in einer Weise an Papiergeld gewöhnt ist, wie wir es erst unter dem Drucke des Krieges gelernt haben. Vor zehn Jahren war das auch mit der kritischste Punkt in der Revolutionszeit, als sich die Fabrikarbeiter weigerten, die Lohnzahlung in Papier entgegenzunehmen. Dergleichen kann man nicht erzwingen. Wie man im großen durch keine Polizeimaßnahmen verhindern kann, daß das Agio auf Gold immer höher steigt, so kann man auch im kleinen ein Volk nicht zwingen, Papier-

statt Hartgeld zu nehmen, wenn es das Vertrauen zum Papier verloren hat. Und um so weniger, je ungebildeter die Masse dieses Volkes in Sachen des Geldes ist. An diesem Punkte ist Rußland heute angekommen, und das ist das Gefährliche in seinem Finanzsystem.

Der Raum gestattet es heute nicht, die augenblickliche Lage der russischen Kriegsfinanzen zu schildern; auch haben sich ihre wesentlichen Züge seit unsrer letzten Betrachtung nicht geändert. Der Goldbestand der Reichsbank ist im großen und ganzen erhalten geblieben, die Notenzirkulation durch die eben beschlossene Erweiterung des Emissionsrechts der Reichsbank um eine weitere Milliarde auf über 5 Milliarden Rubel gestiegen, der Rubelkurs entsprechend weiter gesunken. Verzweifelt schaut man nach der Hilfe vom Auslande aus. Aber England zeigt sich nicht bereiter als bisher, entgegenzukommen, der Finanzminister Bark hat noch nicht den Mut gefunden, die schon öfter angekündigte Reise nach London anzutreten, weil er dort wirksame Hilfe doch nicht finden wird. Jetzt drängen ihm aber diese scheinbar unbedeutenden Unruhen der Kleingeldnot das Verzweifelte der Lage auf. Wir haben immer den Standpunkt vertreten, daß seine internationale Finanzlage an sich Rußland zum Frieden nicht zwingen wird, weil der finanzielle Zusammenschluß der Entente, solange der Krieg dauert, den finanziell unsichersten Bundesgenossen doch auf den Beinen hält. Nun aber kann der Moment kommen, daß dieser Bundesgenosse sich selber aus der Entente zu lösen droht, weil mit dieser inneren Geldkrisis, obwohl sie die Kriegsfinanzen an sich nicht bedroht, eine viel gefährlichere revolutionäre Unruhe aufzugehen droht.

Die Einsicht also, daß eine Entscheidung heraufziehe, und der Willen, sie anzunehmen, was auch daraus werde, scheint den Entschluß des Zaren bestimmt zu haben. Hat man doch schon den Jahrgang 1917 unter die Fahnen gerufen, desgleichen das gesamte 1. Aufgebot der Reichswehr, und das Gesetz über die Einberufung der Reichswehr 2. Aufgebots ist in der Duma am 5. September angenommen worden. Das ist das letzte Aufgebot, das übrigens zahlenmäßig natürlich viel größer ist als die mechanische Aufrechnung, die in unsern Zeitungen nur nach den Kaders gemacht wurde. Daß die Versorgung der Armee mit Munition und Kriegsmaterial jetzt die nationale Frage schlechthin ist, hat der Zar im Winterpalais selbst ausgesprochen. Was wir von diesen Bemühungen halten, haben wir hier schon gesagt. Auch die Lieferungen aus Japan, über die jetzt viel in der russischen Presse geredet wird, werden daran nicht viel ändern, daß die Lage Rußlands unter allen Gesichtspunkten sehr ernst geworden ist. So wird die nun zu erwartende letzte Kraftanspannung unsern tapferen Truppen möglicherweise einiges zu schaffen machen. Aber nach ihrem Fehlschlag wird vielleicht durch das ganze russische

Volk die charakteristische Bewegung gehen, über die sich unsre Offiziere und Soldaten so wundern, wenn anstürmende Russen mit einem Male haltmachen, das Gewehr hinwerfen, die Hände erheben — eine Bewegung, die sagt: wir haben getan, was wir mußten, nun ist's genug, die so sehr dem slawischen Charakter entspricht, der zwischen höchster Erregung und lang dauernder Entspannung und Lethargie hin und her schwankt.

Aus den Worten des Zaren klingen uns nicht die Töne entgegen, wie aus dem Jahre 1812 und den Erlassen Alexanders I. Im Lande haben, wie die Worte des Sozialdemokraten Kerenski in der Duma zeigten, die Veröffentlichungen der deutschen Regierung über Belgien Eindruck gemacht, und in den oberen Schichten wächst die Abneigung gegen jenen Septembervertrag von 1914, über den der Temps sich eben veranlaßt sah, wieder große Worte zu machen. Die Angriffsgedanken sind aufgegeben, von gemeinsamen Zielen der Entente wird in dem Reskript des Zaren überhaupt nichts mehr erwähnt, der lediglich den Feind aus seinem Lande heraustreiben will. Nun kommt es darauf an, das vom Zaren geführte Heer zu schlagen und den leitenden Kreisen Rußlands die Überzeugung aufzuzwingen, daß der Feldzug verloren ist. Deutschland gegenüber ist das wohl schon allgemeine Überzeugung, die durch die schematischen Bekenntnisse, bis zum Ende und bis zum vollen Siege durchhalten zu wollen, kaum noch verschleiert wird. Die Hoffnung auf die Verbündeten hat militärisch völlig getrogen, die auf ihre finanzielle Unterstützung muß allmählich aufgegeben werden. So bleibt als letzte Hoffnung, an die sich der Siegesglaube noch klammert, lediglich die, daß die Eroberung der Dardanellen gelingen werde. Ist es richtig, daß der Vertrag zwischen Bulgarien und der Türkei unterzeichnet ist, knüpft sich an diesen der Umschwung in den Balkanverhältnissen, auf den die bulgarische Presse schon hindeutet und den wir alle erwarten, dann bricht diese letzte Hoffnung Rußlands zusammen. In den Riesenverhältnissen eines Weltkrieges ist nicht zu erwarten, daß diese Entscheidung sehr bald endgültig fallen werde. Aber daß sie in dieser Richtung fällt, das ist unsre unerschütterliche Überzeugung. Und dann mag Großfürst Nikolai sehen, ob ihn der Rückschlag der deutschen Siege auf das Innere Rußlands noch einmal dort auf die Bühne rufen wird oder nicht. Den Traum von der Zerschmetterung Deutschlands hat er im Schloß zu Tiflis schon heute zu begraben, und in der großen Politik dürfte diese Figur, die sehr viel vom Herostraten und sehr wenig vom Heros hat, schon heute gänzlich ausgespielt haben.

46.

(England — Rußland — Die finanzielle Kriegsrüstung der Entente — Amerika)

22. September 1915

Am 15. September hat das englische Parlament seine Tagung wieder aufgenommen. Sie hat sich vornehmlich mit einem ins Ungemessene gestiegenen Kriegsbudget und mit der Frage der allgemeinen Wehrpflicht zu beschäftigen, die England vor eine der größten Entscheidungen seiner Geschichte stellt. Denn diese Frage wird jetzt brennend. Obwohl der Krieg viel tiefer als je einer in das Leben des englischen Volkes eingreift, stand man ihm bisher ferner als die Mächte des Kontinents, wie das am besten die dem Parlament bekannt gegebene Gesamtsumme der Verluste im ersten Kriegsjahre (382 000) zeigt. Man hielt ein kurzes Stück der Front in Flandern und in Frankreich, ließ wie sonst die andern für sich fechten und beruhigte sich und die andern damit, daß man die Meere beherrsche und durch sein Geld den Zusammenhalt der Entente aufrecht erhalte.

In diesem schönen Selbstvertrauen ist England schon länger durch die deutschen U-Boote und die Zeppeline gestört worden, und wird es nun weiter gestört durch die dringlicher werdenden Forderungen seiner Verbündeten um tätliche Unterstützung. Lloyd George, der Munitionsminister, hat zwar in seinen eben erschienenen Volksreden: „Durch Schrecken zum Sieg" die ganze Frage noch auf die Überlegenheit an Kriegsmaterial und Ausrüstung stellen wollen und zum Zwecke der Agitation sehr hart klingende Worte an sein Publikum gefunden: „Die eiserne Ferse der Deutschen sank tiefer denn je in den Boden Belgiens und Frankreichs, Polen ist ganz deutsch, Litauen folgt schnell, die russischen Festungen, die für unüberwindlich galten, fallen wie Sandhaufen. Wann wird diese Flut zurückgedrängt werden? Sobald die Alliierten mit einem Überfluß an Kriegsmaterial versehen sind." Aber das genügt den Alliierten nicht mehr. Die Times druckte eben mit Zustimmung ein Wort des Temps ab, daß „England in Zukunft zu einer wirklichen militärischen Kraftanstrengung imstande sein müßte, wenn es seine Rolle mit Erfolg zu spielen wünsche", und aus Rußland lassen sich ähnliche Stimmen anführen. Kitchener hat deshalb in dieser Oberhausrede mitgeteilt, daß die von French besetzte Front durch Verstärkung um 11 Divisionen um etwa 30 Kilometer verlängert worden ist, was bei einer Gesamtlänge von 700 Kilometer auch noch nicht überwältigend ist. Und daran wird die Frage drängend, ob für die gesteigerten Ansprüche die Ergänzung des Heeres nur durch Werbung ausreicht.

Mit aller Kraft macht die weitverbreitete und skrupellose Northcliffe-

Presse Stimmung für die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Die Kreise der Aristokratie und des Bürgertums mögen schon in der Hauptsache dafür gewonnen sein. Dafür ist die Arbeiterschaft jetzt zu entschlossener Gegnerschaft zusammengeschweißt. Der Gewerkschaftskongreß in Bristol hat sich am 7. September unbedingt gegen jeden Staatszwang und vor allem gegen die allgemeine Wehrpflicht ausgesprochen. Die Parlamentspartei der Arbeiter hat sich dem angeschlossen, und so würde wohl der Versuch, die Wehrpflicht einzuführen, der Obstruktion im Parlament und dem Streik in den Fabriken begegnen.

Unter diesen Vorzeichen trat das Parlament zusammen, in dem man sehr rasch zu einer Erörterung über die allgemeine Wehrpflicht kam. Asquith gab ihr eine feste Unterlage, indem er zum ersten Male eine bestimmte Zahl für die Armee angab, die England unter den Waffen hält: 3 Millionen in Heer und Flotte, alle Formationen zusammengenommen. Da davon 2 Millionen durch Werbung gewonnen sein sollen, glaubt die der Wehrpflicht noch abgeneigte Unterhausmehrheit einstweilen um sie herumzukommen, und auch das Kabinett ist in der Frage gespalten: neun Minister sind für die Wehrpflicht, zwölf dagegen, unter den ersteren aber die energischsten Mitglieder des Kabinetts. Das entscheidende Wort hat Lord Kitchener zu sprechen. Dessen Rede im Oberhause am 15. September war in bezug auf die Kriegslage lächerlich optimistisch, in bezug auf die Frage der Wehrpflicht aber doch pessimistisch. Schon Asquith hatte von einem Sinken der Meldungen zum Heeresdienste gesprochen. Kitchener, der sich bisher weder für noch gegen die Wehrpflicht geäußert hatte, sagte jetzt folgendes: „Die Notwendigkeit, die Stärke unsrer Armee für das Jahr 1916 aufrechtzuerhalten, macht uns ängstliche Gedanken, die besonders drückend werden durch das neuerliche Sinken der Zahlen in der Werbung, obwohl jede Anstrengung gemacht worden ist, die gegenwärtigen Anforderungen zu befriedigen. Wir sind uns darüber einig, daß die Stärke unsrer Armee bis zum Ende auf voller Höhe bleiben muß. Dazu werden wir einen erheblichen Zusatz zu den bisherigen Zahlen brauchen, und das Problem, wie wir diesen entsprechenden Nachschub sichern und so die Feldzugsarmee auf voller Höhe halten, erfordert unsre stärkste Aufmerksamkeit, und wird, wie ich hoffe, sehr bald eine praktische Lösung finden. Die Ergebnisse der Registerakten, die in kurzem vorliegen werden, werden uns eine Grundlage für die Hilfsquellen des Landes geben und für die Armeeverstärkung, nach Abzug der nötigen Kräfte für das Land und die Munitionsfabriken. Jede Entscheidung im Lichte dieser Tatsachen muß unzweifelhaft auf die militärischen Erfordernisse für die Fortführung des Krieges und den Schutz unsrer Küsten begründet sein." Diese Worte lassen kaum einen Zweifel zu, daß Kitchener innerlich bereits von der Notwendigkeit,

die allgemeine Wehrpflicht einzuführen, überzeugt ist. Ob sie in der offenen Einführung der Dienstpflicht besteht oder ob sie indirekt durch das Nationalregister gewissermaßen erschlichen wird, das weiß heute in England noch kein Mensch. Dagegen weiß jeder Engländer, daß er, trotz aller zügellosen Angriffe der Presse, der Willenskraft und Zielsicherheit Kitcheners vertrauen kann. Weniger sicher ist freilich, ob der Übergang zur allgemeinen Wehrpflicht ohne eine tiefgehende Aufregung, ohne Parlamentsauflösung oder wenigstens Kabinettskrisis denkbar ist.

Über den Entschluß des Zaren, das Oberkommando zu übernehmen, sprach Kitchener recht kühl. Inzwischen sind nach dem Telegramm an Poincaré (vom 5. September) ähnliche Anzeigen an sämtliche andere Verbündete, vom 6. September datiert, erst am 14. September in Rußland veröffentlicht worden. Als Grund der Verzögerung wird Säumigkeit der Petersburger Telegraphenagentur angegeben, ein an sich fast nie berechtigter Grund, den man stets zu Hilfe nimmt, wenn man den richtigen nicht sagen kann oder will. Beißend ironisch war die Antwort des Mikado, der am Siege der Russen, „in Fortsetzung der ruhmvollen Traditionen der Vergangenheit (!)", nicht zweifelt.

Die russischen Blätter haben sich mit wenigen Ausnahmen über den Wechsel im Oberkommando überhaupt nicht ausgesprochen. Auch der abenteuerliche Versuch der Nowoje Wremja, den Rücktritt des Großfürsten mit einem angeblichen von den Deutschen veranlaßten Attentatsversuch zu verbinden, hat keine Beachtung gefunden. Die erste Folge des Wechsels war nun die, die wir erwartet haben: unter der hier vor acht Tagen ausgeführten Losung hat der Zar am 16. September die Duma bis zum November vertagt. Der Entschluß dazu ist schnell gefaßt worden, weil die andre Seite glaubte, es auf eine Kraftprobe ankommen lassen zu können. Beide Krisen, der Rücktritt des Großfürsten und die Vertagung der Duma, fallen genau zusammen und haben sich gegenseitig bedingt.

Am 4. September wurde der sog. fortschrittliche Block fertig, in dem aus der Duma die linken Nationalisten, das Zentrum, alle Oktobristen, die Kadetten und die Progressisten, vom Reichsrat das Zentrum, die Parteilosen und die sog. akademische Gruppe sich auf einem Reformprogramm zusammenfanden. Unter dem Schlagwort des „allgemeinen Vertrauens", das die Regierung gewinnen müsse, enthält dieses radikale Wünsche, die sehr an ähnliche Zusammenstellungen von 1905 erinnern. Dazu verlangte man eine Umgestaltung des Ministeriums, in erster Linie einen Ministerpräsidenten, der das Vertrauen des Landes genösse, und als welchen man den Fürsten Lwow, den ersten Führer der Semstwoverbände, im Auge hat. Wie von Macht zu Macht traten die Vertreter dieses Blockes mit dem Ministerrat in Verbindung,

für den der Vizepräsident, der bisher noch nicht in den Vordergrund getretene Reichskontrolleur Charitonow, diese Verhandlungen führte. Am 10. September fand die entscheidende Ministerratssitzung statt. Sie erklärte: das Reformprogramm des fortschrittlichen Blockes könne zwar ernsthaften Widerspruch nicht finden, aber vom Ministerrat in seinem augenblicklichen Bestande nicht ausgeführt werden, die Forderung einer Umgestaltung der Regierung zu einer solchen, die das Vertrauen des Landes genieße, müsse aber zur Allerhöchsten Kenntnis gebracht werden. Dies ist durch Goremykin im Hauptquartier geschehen. Dort ist am 12. die Entscheidung für die Vertagung, also für die Ablehnung der Blockwünsche gefallen. Am 13. abends kam Goremykin vom Zaren zurück, am 14. war der Beschluß der Duma bereits bekannt.

Es ist sehr wohl möglich, daß auch der Zar, wie ein erheblicher Teil des Ministerrats, die Blockwünsche für diskutierbar gehalten hat. Aber an der radikalen Forderung eines Ministerpräsidiums aus der Duma, die dem Zaren eine Parlamentsregierung aufdrängen wollte, konnte die andre Richtung leicht zum Siege kommen. Diese Männer, in erster Linie Goremykin selbst, konnten darauf hinweisen, daß man nicht beides zugleich machen könne: das Land mit aller Kraft für die weitere Kriegführung organisieren und eine Umgestaltung des politischen Lebens durchführen, wie die radikalen Wünsche des Blockes sie ins Auge fassen.

Die Vertagung der Duma, die keineswegs unerwartet kam, hat eine über die Dumakreise hinausgehende erkennbare Aufregung nicht hervorgerufen. Das wundert uns auch nicht. Was können das russische Volk die politischen Erörterungen der Dumaparteien interessieren, die in den sechs Wochen ihrer Tätigkeit nicht die Zeit gefunden haben, die brennende Frage der Teuerung oder der Invaliden- und Hinterbliebenenversorgung einen Schritt zu fördern? Was interessieren den russischen Bauern und Soldaten ein Parlamentsministerium oder die Freiheit der Presse oder die Autonomie Finnlands, während die Deutschen Wilna erobern und von allen Seiten auf Minsk losrücken? Das Volk steht nicht hinter dieser Duma. Die Moskauer Bewegung, die wir das letzte Mal schilderten, geht natürlich weiter, aber unabhängig von der Duma. Und bereits jetzt wird der Erregung in liberalen Kreisen von den rechts stehenden Zeitungen wirksam, wenn auch im Endergebnis recht gefährlich, entgegengearbeitet, indem Zeitungen wie Nowoje Wremja, Kolokol und Semschtschina sich bemühen, eine Pogromstimmung zu erwecken. Das ist für diese Richtung auch das bequemste. In den Städten sind unter den Geflüchteten zahlreiche Juden, und so ist es nicht schwer, die Erregung durch einen Ausbruch der Volksleidenschaft gegen die Juden und Deutschen abzuleiten, wie die Moskauer Unruhen im Frühjahr. Ob man solche Unruhen dann noch in der Hand behält, ob sich ihnen nicht die Arbeiter der staatlichen Munitionsfabriken,

die ja nicht bei der Fahne sind, anschließen, das ist eine Frage für sich. Alles das wird entscheidend bestimmt durch die militärische, politische und finanzielle Lage. Wer die letzten Meldungen unsrer Heeresleitung auf der Karte verfolgt, sieht ohne weiteres, daß sich darin Größeres ankündigt. Der Feldzug auf dem Balkan ist für Rußland diplomatisch verloren, wenn es auch die militärische Entscheidung an den Dardanellen noch abwarten wird. Genau parallel damit geht nun der letzte Versuch, finanziell vom Verbündeten Rettung zu erhalten. Am 9. September ist der Finanzminister Bark nach London gereist; seine Reise ist auf einen Monat berechnet, und ein für Moskau so maßgebendes Blatt wie Rußkoje Slowo hat sie in einem langen Artikel kommentiert, dessen kurzer Sinn war: entweder bekommen wir Geld, oder wir schließen einen Sonderfrieden!

Sowohl die Reise Barks wie die Verhandlungen über eine Anleihe der Entente in Amerika nötigen uns zu einem kurzen Überblick über die finanzielle Rüstung unsrer Gegner. Zunächst Rußland. Sein Goldvorrat betrug am 29. August 1655 Millionen Rubel (am 29. Juli 1914 1744 Millionen), hat sich also durch den Krieg etwas verringert, doch nicht so sehr, daß darin schon eine Gefahr läge. Anderseits ist eine Erhöhung aus dem Lande ausgeschlossen. Der Notenumlauf betrug am 29. August 4092 Millionen Rubel (am 29. Juli 1914 1633 Millionen). Diese Zahlen sprechen für sich. Aber sie sagen noch nicht alles. Soeben ist das Emissionsrecht der Reichsbank um eine weitere Milliarde erhöht worden, so daß, wenn es ausgenutzt ist, der Notenumlauf auf über 5 Milliarden steigt. Die erste Erhöhung (um $1^1/_2$ Milliarden) hat acht Monate, die zweite (um eine Milliarde) 5 Monate gereicht, die neue wird noch kürzere Zeit reichen, weil die Kriegskosten monatlich von 471 auf 570 Millionen gestiegen sind. Die Wirkung der Erhöhung des Notenumlaufs hat sich prompt in weiterer Entwertung der Valuta ausgedrückt, was am besten der Satz auf New York zeigt, wo 100 Rubel, normal rund 51, jetzt rund 36 Dollar kosten. So hat sich an der Lage, wie wir sie hier vor drei Monaten besprachen, wesentliches nicht geändert; sie ist nur kritischer und gefährlicher geworden. Zwar hat man den beiden ersten Kriegsanleihen eine dritte folgen lassen, alle drei haben nominell 2 Milliarden Rubel bringen sollen, aber diese Summe nicht entfernt aufgebracht. Man kann die Kriegskosten nicht anders als durch Erweiterung der Papiergeldausgabe decken und muß eine Grundlage dafür im Auslande suchen. Da blickt man jetzt auf Amerika, das im Golde schwimmt und vielleicht bereit wäre, zu helfen. Aber: der Handelsvertrag mit den Vereinigten Staaten ist immer noch nicht fertig, die notwendige Voraussetzung dafür, die rechtliche Gleichstellung der russischen Juden, von ihrer Erfüllung noch weit entfernt. Von Amerika ist also direkt nichts zu hoffen. So bleibt nur England. Dieses hat bisher gegen die Über-

führung von 8 Millionen Rubel Gold nach London 12 Millionen Pfund auf Schatzscheine geliehen und hat seitdem erst im August Rußland wieder einen Kredit von 12 Millionen Pfund zur Verfügung gestellt, wahrscheinlich in der Form, daß London einen Teil der im Juli dort begebenen Schatzscheinanleihe von 50 Millionen Pfund übernahm. Eine durchgreifende Hilfe ist das natürlich nicht, weil dieser Kredit gleich zur Bezahlung von Bestellungen an die Vereinigten Staaten verwendet wird, die dann über Wladiwostok nach Rußland geliefert werden. Kurz: die Entwertung des Papierrubels schon im eigenen Lande zwingt heute den Minister Bark zu der Einsicht, daß, wenn England nicht gründlicher hilft, der Bankrott, auch wenn er nicht formell angekündigt werden muß, tatsächlich schon da ist. Dann aber hat es für Rußland keinen Zweck, länger Krieg zu führen, durch den sich die Aussichten auf den wirtschaftlichen Zusammenbruch nach dem Kriege von Monat zu Monat steigern.

An Rußland hängt Frankreich, in dem schon heute die Zinsen der russischen Schulden nur durch Vorschüsse der Bank von Frankreich bezahlt werden. Für diese waren die Zahlen am 9. September: Goldvorrat 4,3 Milliarden, Notenumlauf 13,2 Milliarden Franken. Erst jetzt will sich Frankreich dazu entschließen, eine langfristige Kriegsanleihe aufzulegen. Bisher half es sich zur Bestreitung der etwa 65 Millionen Franken täglich betragenden Kriegskosten mit seinen Nationalverteidigungs-Bons und Nationalverteidigungs-Schuldscheinen, also mit provisorischen Krediten. So groß das Vertrauen der französischen Nation zu ihrem Heere ist, so gering ist es zu den Staatsfinanzen. Noch nicht einmal das im Lande vorhandene Gold hat man der Zentralbank zugeführt; rechnet man doch, daß mindestens $3^1/_2$ Milliarden Gold noch im Lande außerhalb der Bank von Frankreich vorhanden sind. Nach wie vor bleibt der Rückhalt der finanziellen Kriegsrüstung Frankreichs der Vorschuß der Bank von Frankreich, der nach dem letzten Abkommen auf 9 Milliarden Franken erhöht worden ist. Vielleicht brauchte diese Lage bei dem großen, wenn auch augenblicklich vielfach nicht flüssig zu machenden Reichtume Frankreichs noch nicht kritisch zu sein. Aber man hat große Rechnungen im Auslande, in Amerika, zu begleichen. Und Amerika verlangt Barzahlung, nimmt die französischen Schatzwechsel nicht mehr an. Deshalb mußte ja schon das Finanzabkommen vom 5. Februar getroffen werden, in dem England gegen Überführung von Gold aus der Bank von Frankreich nach London die Eröffnung eines Kredites für Frankreich Amerika gegenüber übernahm. Auf der damit eingeschlagenen Bahn geht es, wie die Wechselkurse zeigen, jetzt reißend weiter bergab. Man schätzt für die nächsten sechs Monate den französischen Bedarf in Amerika und England auf $1^1/_2$ Milliarden Franken, und man muß daher weiterhin England um finanzielle Hilfe bitten.

Am 8. September betrug der Goldvorrat der Bank von England 67,4 Millionen Pfund, der Notenumlauf 31,7, wozu aber die im Ausweis der Bank nicht erscheinenden Currency notes (am 8. September 60,8 Millionen Pfund) gerechnet werden müssen. Über den tatsächlichen Erfolg der hier besprochenen zweiten großen Anleihe, deren letzter Zahltermin erst am 26. Oktober ist, ist noch kein abschließendes Urteil zu fällen. Nur das steht fest, daß der Betrag dieser Anleihe auch nicht im entferntesten für die Zeit ausreicht, für die man ihn berechnet hatte. Ist doch soeben erst Asquith mit einer neuen Kreditforderung von einer Viertelmilliarde Pfund vor das Parlament getreten. Aus seiner Rede, die im Zusammenhang mit dem Budget erst in der laufenden Woche vom Parlament genauer erörtert wird, war besonders interessant, daß die täglichen Kriegskosten zwischen 2,9 und 4,2 Millionen Pfund schwanken, und daß 30 Millionen Pfund Vorschüsse an die Verbündeten gewährt wurden. Man sucht überhaupt den Hauptgrund für das Steigen der Kriegskosten in diesen Vorschüssen, die im ganzen bereits eine Viertelmilliarde Pfund, aber auch damit noch nicht die letzte Grenze erreicht haben. Den jetzt geforderten Kredit eingerechnet ist in England eine Milliarde und 12 Millionen Pfund an Kriegskrediten bewilligt.

Die Tatsachen, von denen die Finanzerwägungen Englands im Augenblick ausgehen, sind, daß „wir, wenn möglich, ein wenig Zeit haben müssen, zwischen dem letzten Zahltermin der zweiten Anleihe und der Ausgabe der dritten, Atem zu schöpfen" (Manchester Guardian, 31. August), daß die Zahlungen an Amerika, die England als Bankier der Entente vermittelt, fortlaufen und daß, wie eben begründet, die Ansprüche Frankreichs und Rußlands an England jetzt so drängend werden, daß ihnen England auf der Konferenz der Finanzminister kaum mehr ausweichen kann. Die erste Folge aus dieser Lage ist die immer größer werdende Sorge der City um den unaufhaltsam sinkenden Sterlingkurs, der seit der Erklärung der U-Bootblockade durch Deutschland am 18. Februar bis zum 19. August in New York von 4,81 auf 4,68, manchmal noch erheblich tiefer gefallen ist. Die Gründe dafür sind nach wie vor dieselben, aber die Gefahr dieser Erscheinung wird von Woche zu Woche größer. Man hat versucht, durch Goldsendungen, für die man das russische und französische Gold herangezogen hat, einen Ausgleich herbeizuführen. Aber jetzt erklärt Amerika, daß ihm die weitere Zuführung von Gold gar nicht mehr erwünscht ist, weil man von diesem Goldüberfluß mit Recht wirtschaftliche Schädigungen befürchtet. Daher haben in den letzten zwei Wochen die Erörterungen über Aufnahme einer großen Anleihe der Entente bei Amerika festere Gestalt gewonnen. Das ist vom Standpunkte Englands aus ein letztes Mittel, seinen Wechselkurs zu halten, Goldverschickungen zu vermeiden und sich dadurch über den Krieg und die durch den Krieg

bedingte passive Handelsbilanz hinwegzuhelfen. Um seine Einfuhr nicht bar bezahlen zu müssen, will es für sich und für die Entente in Amerika einen möglichst hohen Betrag borgen und kann allerdings dadurch in die Lage kommen, die Kreditwünsche seiner zwei Verbündeten einigermaßen und ohne zu große eigene Opfer zu befriedigen. Wir wollen nicht vergessen, daß es in der Lage ist, für ein solches Geschäft starke Bürgschaften zu bieten. So naiv darf man die Verhältnisse nicht ansehen, als stehe England, dem allerdings die Riesenanspannung seines Kreditsystems heute schon sehr schwer wird, bereits vor dem Bankrott. Man vergißt zu leicht die enorme Höhe des englischen Nationaleinkommens und daß seine Anlagen auf die verschiedensten Länder verteilt sind, also auch das Risiko verteilt ist. Jetzt kommt es ihm darauf an, seinen Weltkredit auf dem einzigen Markte, der in Frage kommt, auf das äußerste auszunutzen.

Auch für unsre Beziehungen zu den Vereinigten Staaten scheint uns diese Anleihe mit die wichtigste Frage. Die Angelegenheit des österreichischen Botschafters Dumba ist von Österreich in derselben Tendenz behandelt worden, wie wir unsre Beziehungen zu Amerika auffassen, nämlich möglichst alles für den Fortbestand freundschaftlicher Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu tun. Selbst wenn, was noch keineswegs feststeht, Dumba diplomatisch unkorrekt gehandelt hätte, würde er dafür dieselbe Rechtfertigung haben, wie unsre Vertreter, wenn sich einmal eine der gegen diese immer wieder erhobenen Anschuldigungen als einigermaßen berechtigt erweisen sollte. Graf Bernstorff und Dumba stehen beide allein auf einem Boden, der durch die englische Agitation aufs stärkste unterwühlt ist, in einer Umgebung, die fast rein anglophil ist, und gegen eine Presseagitation, der jedes Mittel gegen Deutschland recht ist. Sie stehen damit auf einer Kampfstelle, so schwer und gefährdet, wie nur ein Soldat in der vordersten Kampfeslinie. Deshalb sähen wir es auch lieber, wenn die vertraulichen Besprechungen, die nunmehr zwischen Amerika und Deutschland den nicht mehr als geeignet empfundenen Notenwechsel ersetzen sollen, wenigstens zum Teil auch in Berlin geführt würden. In den Blättern wird gemeldet, daß Graf Bernstorff überzeugt sei, in zwei Wochen seien die Schwierigkeiten zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten erledigt. Wir begrüßen diese Aussicht und hoffen, daß die Erwartung sich bestätigen werde. Trotzdem interessiert uns der Fortgang eben jener Anleiheverhandlungen außerordentlich, auf die sich gegenwärtig die Finanzbemühungen unsrer Gegner konzentrieren.

Am 11. September sind die sechs Mitglieder der englischen und französischen Finanzmission in New York eingetroffen, die die Anleihe durchführen sollen; die wichtigsten unter ihnen sind Lord Reading und Sir Edward Holden. Auch Rußland schließt sich ihnen an, während Italien nicht beteiligt wird.

Der Vermittler in Amerika ist natürlich das Haus Morgan. Man hofft nach einer Meldung eine Milliarde, nach andrer eine halbe Milliarde Dollar zu erhalten und ist einem vorläufigen Abschlusse nahe. Ob es richtig ist, daß Kuhn, Loeb u. Co., neben Morgan vielleicht das bedeutendste Bankhaus Amerikas, dessen Chef der in Deutschland geborene Jakob Schiff ist, sich auch daran beteiligt, ist noch nicht sicher bekannt. Jedenfalls aber will sich die deutschbestimmte Bankwelt Amerikas wenigstens in ihren leitenden New Yorker Spitzen der Anleihe keineswegs fernhalten. Am wichtigsten ist natürlich die Haltung der amerikanischen Regierung zu diesen Verhandlungen. Diese scheint nun ihren Standpunkt, langfristige Anleihen an eine kriegführende Macht als nicht mit der Neutralität vereinbar anzusehen, nicht mehr aufrecht zu halten. Wenigstens hat am 16. September der Staatssekretär Lansing erklärt, daß die neue Anleihe ja nur ein Kredit zur Bezahlung von Lieferungen, nur ein Privatgeschäft, keine öffentlich aufzulegende Anleihe sein und deshalb nicht verboten werden könne. Wir wollen über das Formale nicht streiten; tatsächlich könnte die Regierung auch einer solchen indirekten Anleihe Schwierigkeiten bereiten, aber sie will es nicht, und deshalb dürfte die Anleihe zustande kommen.

Daß die Entente an ihr das größte Interesse hat, haben wir gesagt. Daß die Finanzgruppe, die die Interessen der Entente in Amerika wahrnimmt, auch daran lebhaft interessiert ist, schon weil sie ein Millionengeschäft dabei macht, ist auch klar. Aber daß Amerika im ganzen daran heute schon ein Interesse habe, leuchtet uns nicht ein. Zwar ist der amerikanische Wechselkurs stark gestiegen, aber den Export erschwert das nicht, weil das Einfuhrbedürfnis unsrer Gegner nicht nur an Kriegsmaterial, sondern auch an Lebensmitteln und Rohstoffen so groß ist, daß es eine aus dem gestiegenen Wechselkurs sich ergebende Preiserhöhung des amerikanischen Exporteurs einfach ertragen muß. Amerika kann deshalb heute zusehen, wie sich der Sterlingkurs weiter verschlechtert, hat auch zu jeder Zeit die Möglichkeit, einzugreifen, wenn es seine Interessen gefährdet glaubt. Einstweilen ist das nicht der Fall. Die Kreise, die der Waffenausfuhr feindlich sind, haben deshalb auch eine allgemeine Bewegung gegen die Anleihe entfesselt; besonders ist bereits der rührige und tapfere Deutsch-Amerikanische Nationalbund unter dem Präsidenten Hexamer dagegen auf den Plan getreten und sucht den Fortgang der Anleiheverhandlungen entschlossen zu stören. Wir glauben ja nicht, daß es der mächtigen Finanzgruppe, die die Geschäfte Englands, und dabei recht gründlich auch die eigenen in Amerika besorgt, gelingen wird, wie es ihr ausgesprochener Wunsch ist, Amerika in einen Krieg mit Deutschland hereinzuhetzen. Aber weil Deutschland und Österreich-Ungarn beweisen, daß ihnen an dauernd guten Beziehungen zu den Vereinigten Staaten viel liegt,

können sie natürlich nicht wünschen, daß diese Anleihe zustande kommt. Nicht weil sie unsern Gegnern entscheidend helfen könnte — die finanzielle Grundlage unsrer Kriegführung ist in sich selbst so fest, daß sie auch davon nichts zu befürchten braucht. Aber die Zulassung dieser Anleihe ist ein Zeichen einer für unsre Gegner zu freundlichen Neutralität. Kommt sie zustande und werden in Amerika Guthaben für England geschaffen, damit England die Guthaben Amerikas bei sich und seinen Verbündeten begleichen kann, so verknüpft das die Finanzen Amerikas mit denen der Entente schon heute so fest, daß diese Verbindung für die Zeit nach dem Kriege von großer Bedeutung sein wird. Das zu erzielen ist ja auch der Wille der Londoner Finanzmänner, die wenigstens damit das rettungslos sinkende Finanzprestige ihres Vaterlandes halten möchten. Aber England braucht wenigstens die Angst nicht zu haben, wie es eben im Nineteenth Century gewarnt wird, daß es sich ja nicht durch Deutschland von einem „vorzeitigen Frieden bluffen ließe". In der Woche, in der unsre dritte Kriegsanleihe zum Abschluß kommt, haben wir es auch finanziell nicht eilig, einen solchen Frieden zu suchen.

47.

(Bulgarien)

29. September 1915

Am 19. September hat die deutsch-österreichisch-ungarische Offensive gegen Serbien begonnen und zur gleichen Zeit hat Radoslawow die Mobilmachung Bulgariens angekündigt, die auf den 21. September angeordnet wurde. Dieser 19. September war der dreißigste Gedenktag der Vereinigung Ostrumeliens mit dem damaligen Fürstentum Bulgarien, der Ausgangspunkt der selbständigen bulgarischen Großmachtpolitik, die Alexander von Battenberg kühn, aber unvorsichtig begann und die Zar Ferdinand vorsichtiger, aber um so erfolgreicher zu Ende führen will. Mit diesen vorläufigen Entscheidungen ist der diplomatische Kampf auf der Balkanhalbinsel, wenn auch noch nicht zu Ende, so doch in eine bestimmte, nicht mehr abzulenkende Richtung geleitet. Fast seit Beginn des Krieges hat er die Aufmerksamkeit Europas in Spannung gehalten, und dadurch haben diese Balkanstaaten im Weltringen eine Bedeutung gewonnen, die im Widerspruch zu ihrer Größe steht. Aber gerade dadurch auch haben sie ihre Selbständigkeit bewiesen. Ist es doch keiner Großmacht gelungen, einen von ihnen, nicht einmal Serbien, sich vollständig zum Trabanten zu machen. Die Schwankungen dieser Kämpfe sind von uns immer eingehend verfolgt worden; deshalb brauchen wir heute nur das Fazit daraus zu ziehen.

Nach langen Verhandlungen, alle Möglichkeiten erwägend, den Augen-

blick zum Handeln immer weiter hinausschiebend, um nach allen Seiten gedeckt und auf alles gerüstet zu sein, hat Bulgarien jetzt die Entscheidung getroffen, die wir seit Monaten als notwendig kommen sahen. Rückblickend müssen wir sagen, daß es sich durch keine Lockung hat beirren lassen, sondern von Anbeginn an eine unbestreitbar klare Linie fest eingehalten hat. Es erklärte bei Ausbruch des Krieges seine strikte Neutralität, aber es ließ niemals einen Zweifel daran, daß ihm der Weltkrieg, wenn er auf den Balkan herüberschlagen würde, Mazedonien bringen müsse, um das es sich von den früheren Genossen des Balkanbundes im Bukarester Vertrage betrogen fühlte. Oft war Bulgariens Politik in diesen Monaten nicht durchsichtig, aber niemals ließ sie daran zweifeln, daß ihre Neutralität nicht zu erkaufen sei. Sie hatte keinen heroischen Zug, aber sie war klug und zielbewußt und erwarb sich dadurch eine Stärke und Autorität, die von der Haltung Griechenlands und vor allem Rumäniens sehr abstach. Daß sie zugleich etwas eigentümlich Starres an sich trug, liegt in den Erfahrungen des letzten Balkankrieges und im Charakter des bulgarischen Volkes begründet.

Bulgarien hat zu gleicher Zeit um Mazedonien und um eine Grenzerweiterung gegenüber der Türkei verhandelt. Die Spannung der letzten Monate lag ja gerade darin, daß man wartete, welche der beiden Abmachungen zuerst fertig werden würde; sie löste sich in dem Augenblicke, als bekannt wurde, daß die Verhandlungen mit der Türkei zum Ende gekommen seien. Das Protokoll über die Übergabe der von der Türkei abgetretenen Gebiete ist am 21. September in Dimotika unterzeichnet worden, das Abkommen selbst bereits mehrere Wochen früher. Seine Grundzüge sind schon hier besprochen, amtlich übrigens noch nicht bekannt. Bulgarien gewinnt 2200 Quadratkilometer und eine Grenze gegen die Türkei, die nunmehr das Gebiet der Eisenbahn von Sofia nach dem Hafen Dedeagatsch ganz und auch die Bucht von Enos zum bulgarischen Gebiete schlägt; Adrianopel bleibt der Türkei. Indem Bulgarien in Konstantinopel drohte, mit der Entente abzuschließen, hat es diesen ersten Gewinn erreicht, der ihm wenigstens ein Stück der bekannten Linie Enos—Midia wiedergab. Es zeugte für den realpolitischen Sinn der bulgarischen und türkischen Staatsmänner, daß beide die Erinnerung an die Balkankriege so rasch zurückstellten und die letzten Reibungsmöglichkeiten zwischen Bulgarien und der Türkei beseitigten. Auch hier hat Bulgarien betont, daß es sich ganz freie Hand vorbehalte und daß diese Grenzberichtigung lediglich seine Neutralität der Türkei gegenüber sichere, nicht mehr. Aber natürlich war es schon von weittragender Bedeutung, daß das Abkommen vor einem solchen mit der Entente über Mazedonien zustande kam. Zudem wurde diese erste Etappe unter tätiger Mithilfe der deutschen und österreichisch-ungarischen Diplomatie gewonnen, und so stellte dieser

Abschluß naturnotwendig Bulgarien in das System des neuen Dreibundes herein.

Im Rücken gesichert, konnte Bulgarien nun seine Front ganz nach Westen richten. Dementsprechend wurden seit Anfang September die Äußerungen der bulgarischen Presse freier und freier. Am 6. September trat das Organ Radoslawows, die Narodni Prava, aus seiner Zurückhaltung heraus und gab dazu das Signal: „Als der europäische Krieg ausbrach, sah sich der Hauptschuldige, Serbien, vor der Unmöglichkeit, einem bulgarischen Angriff zu widerstehen. Das bulgarische Volk ist aber nicht perfide, wie die Serben, es wollte nicht unnütz Blut vergießen, und deshalb erklärte die Regierung, Bulgarien würde strikt neutral bleiben, in der Annahme, Serbien würde schließlich sein früheres Unrecht einsehen und sich beeilen, sich mit den Nachbarn zu verständigen. Ein Jahr ist vergangen. In Bulgarien hat alles gearbeitet, die Folgen des Balkankrieges zu überwinden. Die Regierung hat sich vor den Versuchungen von beiden Seiten gehütet. Ebenso hat das bulgarische Volk seine Kräfte wiedergewonnen und seine ausgezeichnete Ernte hereingebracht. Bulgarien hat keine Neigung zu Abenteuern und bleibt in der Bahn der Neutralität. Aber die Torheit kommt von seinen Nachbarn. Wir wollen den Frieden auf dem Balkan und die Freiheit aller Balkanvölker, und glauben, daß die Versöhnung das beste Mittel zur Lösung der Balkanfragen wäre. Aber wenn alle Mittel einer friedlichen Lösung erschöpft sind, bleibt für die Staaten, die an der Verwirklichung der nationalen Einheit arbeiten wollen, nur das Mittel der bewaffneten Macht übrig. Bulgarien muß und wird seine nationalen Probleme verwirklichen." Seitdem wußte man, daß der Notenwechsel, um den sich die Vertreter der Entente immer noch bemühten, keinen rechten Zweck mehr hatte. Radoslawow hat auch nach Anordnung der Mobilmachung ausgesprochen, daß die Zugeständnisse Serbiens für Bulgarien ungenügend gewesen seien; sie boten die sofortige Besetzung Mazedoniens bis zum Wardar und die Abtretung des Restes jenseits des Flusses, wenn Serbien Bosnien, die Herzegowina, Kroatien und Dalmatien erhielte. Wir können uns nicht vorstellen, daß die Ententediplomaten im Ernst geglaubt haben, mit einem solchen Angebot Bulgarien zu gewinnen, nachdem sie monatelang die Erfahrung gemacht hatten, daß dieses mit freigebigen Versprechungen auf gar nicht eroberte Gebiete nicht zu ködern sei. So fiel die Entscheidung: Bulgarien lehnte diese Einigung ab. Da schon vorher das ganze Gebiet längs der serbisch-bulgarischen Grenze zur Kriegszone erklärt worden war, befahl Zar Ferdinand die Mobilmachung, die zunächst nur den Eintritt in die bewaffnete Neutralität bedeuten soll.

Betrachten wir nun an der Hand eines umfassenden Artikels der bulgarischen deutschfreundlichen Zeitung Kambana (11. September) die politische

Stellung, die Bulgarien in seiner bewaffneten Neutralität einnimmt. Die Kambana führte aus: „Nach der Verständigung mit der Türkei und bei der Konzentrierung deutsch-österreichischer Truppen an der serbischen und rumänischen Grenze müssen wir uns nun gegen Serbien wenden. Dazu müssen wir alles vorher mit den Zentralmächten verabreden, besonders die Zahl der Truppen, die diese nach dem Balkan senden. Wenn nun die Zentralmächte die Offensive gegen die Serben beginnen, eröffnen sich für uns folgende Ausblicke. Entweder wir und die Zentralmächte kommen zu Abmachungen mit Rumänien und Griechenland (oder mit einem von beiden), oder diese beiden Mächte verharren in ihrer bisherigen zweideutigen Stellung. Im ersteren Falle nehmen wir bei einer Verständigung mit Rumänien das ganze griechische Mazedonien, bei einer solchen mit Griechenland die Dobrudscha, natürlich unter Garantie beider Kaiser für die Bedingungen, und dann können wir kühnlich das Schwert gegen Serbien ziehen. Im zweiten Falle müssen wir mobil machen, natürlich nach vorhergegangener Verabredung mit dem Zweibunde, und stellen einen Teil unsrer Truppen an der rumänischen, einen andern an der griechischen Grenze auf. Bei dieser bewaffneten Neutralität werden weder Rumänien noch Griechenland etwas tun und hat der Zweibund Zeit, mit den Serben fertig zu werden. Ist Serbien vernichtet, dann ist die Aufgabe Bulgariens um einen entscheidenden und unzweifelhaften Anfang erleichtert." Die Kambana ist kein offiziöses Blatt und gibt mit diesen Äußerungen natürlich nicht die Gedanken Radoslawows oder des Zaren Ferdinands wieder. Aber sie lassen in sehr lehrreicher Weise erkennen, wie man sich jetzt in Bulgarien die Lage zurechtlegt.

Die Rüstung, mit der Bulgarien einem etwaigen Kampfe entgegengeht, ist vortrefflich. An sich hätte es das, was es jetzt gegen Serbien vor hat, schon vor einem Jahre tun können, parallel mit der Offensive Österreich-Ungarns. Daß es das nicht tat, dem dankt es ein volles Jahr der Erholung und Rüstungsergänzung. Es vermag eine Kriegsstärke von über 200 000 Mann mit 1200 Geschützen (10 Infanterie- und einer Kavalleriedivision) aufzustellen. Dazu kommen die mazedonischen Emigranten, die teils freiwillig zu den bulgarischen Fahnen strömen, teils jetzt zu Übungen einberufen sind; bei letzteren handelt es sich um bulgarische Mazedonier, die Bulgarien nach einem Aufenthalte von sechs Monaten im Lande als Untertanen anerkennt und der Wehrpflicht unterwirft. Der Zuwachs zur Armee durch diese Leute, die also schon teilweise militärisch geschult sind, teils aber mindestens mit dem Gewehr umzugehen wissen, ist zahlenmäßig bedeutend und natürlich sehr wertvoll, weil sich die zu erwartenden Kämpfe auf ihrem Heimatboden abspielen. Die wirtschaftliche Lage ist leidlich, vielleicht gut. Die Ernte ist eingebracht, und durch die deutsche Anleihe ist eine gewisse Grundlage für die Finanzen ge-

wonnen, die natürlich unter der Nachwirkung der beiden Kriege nicht sonderlich blühend sind. Und auch die innerpolitische Lage scheint geklärt. Es ist Radoslawow, der die bulgarische Politik durch diese Krisis hindurchsteuert, in den vierzehn Kriegsmonaten nicht immer leicht gewesen, seine Richtung einzuhalten und die Ruhe zu bewahren. Im Lande selbst sind die russophilen Stimmungen immer noch stark, das Gefühl der Dankbarkeit gegen den Staat, dem Bulgarien angeblich seine Selbständigkeit verdankt, auch das Bewußtsein der Gemeinsamkeit mit Rußland in Religion und Nationalität. Manchmal schien es, als wenn diese Strömungen, unterstützt durch wirtschaftliche Schwierigkeiten, eine gewisse Übermacht gewinnen wollten, in denen, wie die Namen Geschow und Genadiew zeigen, mit aller Macht für die Entente gearbeitet worden ist. Namentlich in den letzten Wochen hat es gelegentlich sehr nachdrücklicher Winke seitens der Regierungsorgane bedurft, um die Opposition zurückzuhalten, die zu einer vorzeitigen Entscheidung drängte oder wenigstens an ihr beteiligt sein wollte. Auch jetzt verlangt sie, daß die Sobranje einberufen und die Bildung eines Koalitionsministeriums in Aussicht genommen wird. Aber diese Opposition wird bestimmt dieselbe Disziplin zeigen, wie die Presse sie in diesen erregten Monaten bewahrt hat, die über die Linie der Neutralität und über das Ziel Mazedoniens nur ausnahmsweise hinausging.

Ihre Haltung wurde allerdings der Regierung dadurch erleichtert, daß die Erinnerung an die Enttäuschungen des zweiten Balkankrieges dem ganzen Volke noch tief im Herzen sitzt. Nach den furchtbaren Opfern, die damals größtenteils umsonst gebracht wurden, war es mehr als verständlich, wenn Bulgarien sich so lange wie möglich dem Krieg fernhalten wollte. Konnte es sich dem aber nicht mehr entziehen, so sprach im Volke überwältigend die Stimme gegen die russophile Politik Danews, die den Zusammenbruch damals verschuldet hatte, und damit indirekt gegen Rußland selbst, das weder damals Bulgarien zu seinen Ansprüchen verhalf, noch jetzt imstande war, Serbien zur Abgabe Mazedoniens zu veranlassen. Und damit ergab sich ganz rationalistisch eine immer freundlichere Stellung zu den Zentralmächten, insonderheit zu Deutschland, die an Wärme zunahm, je stärker die Niederlagen Rußlands in Galizien und Polen wurden. An der Langsamkeit, mit der sich die Furcht vor Rußland löste, sieht man, welch ein Alpdruck mit dem russischen Prestige auf diesen Balkanstaaten gelastet hat, denen selbst ein besiegtes Rußland bisher mehr zu fürchten erschien, als ein siegreiches Österreich-Ungarn. Jetzt aber sehen wir aus den Äußerungen der bulgarischen öffentlichen Meinung, daß der Druck von ihr genommen ist. Man ist der Überzeugung, daß das so geschlagene Rußland nicht so bald wieder aufsteht, und damit öffnet sich alles viel stärker der Ansicht, daß die Zukunft Bulgariens nur mit den Zentralmächten verknüpft sein kann. Es fliegt ihnen nicht für-

misch und überschwenglich zu. Die bulgarische Politik ist gar nicht sentimental, sondern sehr realpolitisch und sehr klug, für Schmeicheleien und dgl. ganz und gar nicht empfänglich. Und wir möchten darum raten, auch unserseits in den Äußerungen über diese Freundschaft nicht, wie das leider in manchen Preßorganen Mode ist, gleich zu viel zu tun. Wir dürfen bestimmt erwarten, daß sich ein Bundesverhältnis und eine feste Freundschaft aus den Entscheidungen dieser Wochen ergibt, aber dergleichen muß allmählich heranwachsen, und wertvoller als überschwengliche Lobpreisungen ist, daß die Presse und die Diplomatie der Zentralmächte von Anfang an keinen Zweifel daran gelassen hat, daß uns die von Bulgarien erstrebte Lösung der Balkanfrage in hohem Maße sympathisch und recht ist. Wir schließen heute die Akten über die endlosen Streitigkeiten, ob Mazedonien mehr bulgarisches, oder griechisches, oder serbisches, oder rumänisches Land sei; reinlich zu scheiden waren diese Gebiete nach Nationalitäten ja niemals. In unserm politischen Interesse liegt es, daß Bulgarien durch die Erweiterung um Mazedonien, das größtenteils bulgarisches Land ist, zu einer wirklichen Balkangroßmacht wird. Das aber hängt nicht nur vom Gange des großen Krieges an sich, sondern mindestens ebenso stark von der Stellung der andern Balkanstaaten zu diesem bulgarischen Entschlusse der letzten Wochen ab.

Auch gegenüber den andern Balkanstaaten hat Bulgarien immer eine konsequente Haltung eingenommen. Rumänien gilt ihm als ein Nachbar, vor dessen Armee man Achtung hat, und mit dem möglichst freundschaftlich zu leben das eigene Interesse gebietet. Deshalb wurde der Wunsch nach Rückgewinnung der Dobrudscha verhältnismäßig weniger betont, obwohl die bulgarischen Zeitungen auch daher die üblichen Greuelberichte brachten. Serbien ist der gegebene Feind, in dessen Hand der größte Teil des von Bulgarien beanspruchten Mazedoniens ist. Aber als Hauptgegner ist in den letzten Monaten immer Griechenland behandelt worden, weil Serbien allein durch das Bündnis mit Griechenland zum wirklich gefährlichen Nachbar wurde und weil außerdem Griechenland in Kawala und Seres für Bulgarien gleichfalls sehr wichtige Stücke Mazedoniens genommen hatte. Für die Weitergestaltung der politischen Verhältnisse auf dem Balkan ist, soweit Bulgarien in Frage kommt, diese seine Haltung gegen Rumänien und Griechenland vielleicht entscheidend. Wenigstens können wir nicht sehen, wie Bulgarien aus der schroffen Stellungnahme gegen Griechenland heraustreten könnte, wenn dieses nicht sein Bündnis mit Serbien fallen läßt. Wie stehen im Augenblick die andren Balkanstaaten dazu?

Serbien erwartet nun den Stoß von Norden und Osten. Sich darauf zu rüsten, hat es Zeit genug gehabt und auch die Unterstützung seiner großen Freunde in der Entente gefunden. Das Heer ist reorganisiert, die Seuchen

bekämpft, die Befestigungen unter der Leitung englischer und französischer Offiziere wiederhergestellt. Über Saloniki wird ihm ununterbrochen das nötige Kriegsmaterial zugeführt. Da aber unsre Heeresleitung nicht leere Drohungen zu machen pflegt, so kann Serbien annehmen, daß der Stoß gegen es unter Berücksichtigung aller dieser Momente geführt wird, und es weiß natürlich, daß es gegen den entschlossenen Willen der Zentralmächte von vornherein der Schwächere ist.

Nach wie vor aber hat die Militärpartei das Heft in den Händen, deren Interessen sich mit denen der Dynastie decken. Unter ihrem Einfluß hat Serbien in den Verhandlungen der letzten Wochen eine Intransigenz erwiesen, die die vereinigte Diplomatie der Entente nicht hat überwinden können. Mit der einzigen Ausnahme eines sozialistischen Blattes, das deshalb unterdrückt wurde, der Radnitschke Nowine, ist die gesamte serbische Presse in der Ablehnung aller Zugeständnisse an Bulgarien einig gewesen und hat ihr redliches Teil dazu beigetragen, daß die serbenfeindliche Stimmung Bulgariens auf das Höchste stieg. Schließlich kann man auch den serbischen Standpunkt verstehen. Was bietet ihm denn die Entente dafür, wenn es Mazedonien an Bulgarien überläßt? Wie eine Zuschrift des bekannten englischen Balkanpolitikers Seton-Watson an die Westminster Gazette (21. September) zeigt, bewegen sich die Gedanken der wenigen Engländer, die sich überhaupt eine Vorstellung über die Balkanfragen machen, immer noch um die Schaffung eines südslawischen Reiches (Jugo-Slavia) aus Serbien, Montenegro, Kroatien, Slawonien, Dalmatien, Bosnien, Herzegowina, Istrien, Südungarn und den slowenischen Gebieten. Es ist kein Wunder, daß man mit solchen Phantasien die Serben nicht dazu lockt, aufzugeben, was sie in der Hand haben. Sie wissen natürlich, daß sie durch diesen Krieg nicht zu dem südslawischen Reiche kommen, aber sie denken, daß der Friedenskongreß ihnen vielleicht doch noch ein Stück Mazedonien läßt, und halten es deshalb für richtiger, nicht nachzugeben, um so mehr als sie die Unzuverlässigkeit Rußlands in diesem Kriege bereits gründlich genug erprobt haben. So ist die Ententediplomatie auch in Serbien fertig, und den Zentralmächten liegt jetzt die Aufgabe ob, die militärischen Voraussetzungen für ihre politischen Wünsche zu schaffen, die sich hier sehr einfach präzisieren lassen. Der serbische Riegel zwischen Österreich und Bulgarien, damit zwischen den Zentralmächten und der Türkei, muß mit Gewalt und dauernd zurückgeschoben werden. Das ist das nächste Ziel, das muß der erste Erfolg sein, weil erst dies die geographische Voraussetzung für den Anschluß Bulgariens an den neuen Dreibund schafft. Was weiter aus Serbien in seiner Stellung zu Albanien und zur Adria wird, ist eine Frage, die heute noch nicht interessiert.

Es wurde schon gesagt, daß die Haltung Serbiens vor allem auf seinem Bündnis mit Griechenland ruht. Dieses hat am 24. September die Mobilmachung beschlossen, die gleichfalls nur den Übergang zu einer bewaffneten Neutralität darstellen soll, und es hält offiziell an seinem Bündnis mit Serbien noch fest. Wir wissen, daß Venizelos ursprünglich den Gedanken gehabt hat, durch Zugeständnisse an Bulgarien den Grundstein zu einem neuen Balkanbund zu legen. Er hat den Widerstand seines Königs und Volkes dagegen indes nicht zu überwinden vermocht. Damit traten entsprechend die Gegensätze zwischen Griechenland und Bulgarien von vornherein bedrohlich hervor, und das Organ von Venizelos, die Patris, hat am 7. September sich auch programmatisch ausgesprochen: „Jetzt ist es Zeit, die Höflichkeiten der Entente gegen Bulgarien zu beendigen. Die Großmächte müssen zu den Mitteln zurückkehren, die ihnen durch die wahre bulgarische Politik vorgezeigt werden. Der Irrtum, daß Bulgarien an ihrer Seite kämpfen werde, muß endgültig aufgegeben werden. Solange Ferdinand I. regiert, können England und Rußland sicher sein, daß keine von ihnen versprochene Entschädigung Bulgarien von den Zentralmächten lösen wird. Dieser Staat ist auch immer eine Drohung für den Frieden und die Sicherheit des Balkans gewesen. Die europäischen Mächtegruppen haben diese Wahrheit ignoriert und sich in ihren Höflichkeiten gegen Bulgarien gegenseitig überboten. Heute ist die bulgarische Gefahr eine solche für ganz Europa. Aus eigenem Interesse und aus dem ihrer wahren Freunde am Balkan muß sich der Vierverband darüber klar sein und dann seiner Politik die Orientierung gegen Bulgarien geben." Es ist Venizelos, der hier spricht, nicht König Konstantin, dessen Programm, wie bekannt, anders lautet und dessen Entscheidung die Politik Griechenlands bestimmt. Noch ist der letzte Entschluß Griechenlands nicht gefaßt. Die Notwendigkeit dazu tritt aber ein, wenn die Entente wirklich Truppen in Saloniki landet, wie das die französischen Blätter bestimmt in Aussicht stellen, und sobald der Einmarsch Bulgariens nach Mazedonien an irgendeiner Stelle die Bahnlinie Saloniki—Nisch erreicht.

Auch Rumänien will sich einstweilen mit dem Zustande der Bereitschaft begnügen und hat bisher noch nicht einmal die Mobilmachung angeordnet. Da die politischen Verhältnisse in ihm nach wie vor unklar und undurchsichtig sind, verzichten wir auf Einzelheiten und machen uns lieber die schwierige Lage Rumäniens im allgemeinen klar. Jetzt leidet es ganz besonders unter der Schwierigkeit seiner geographischen Lage: es ist kein Teil der Balkanhalbinsel, aber es muß wirtschaftlich und politisch dieselben Bestrebungen haben, wie die andern Balkanstaaten. Für Rumänien sind darum die Siege in Galizien und Polen noch viel wichtiger als für die andern. Es sieht sich vor die Entscheidung gestellt, ob es danach streben soll, sich Beßarabien durch

vorbehaltlosen Anschluß an die Zentralmächte zu gewinnen, da die Hoffnung auf Siebenbürgen ja erledigt ist. Da beginnt Bulgarien seine Aktion auf Mazedonien, es will eine stärkere Ufermacht des Ägäischen Meeres werden und sich möglichst ganz Mazedonien angliedern. Auf Mazedonien hat aber auch Rumänien immer sein Auge gerichtet. Dort wohnen an 600 000 Rumänen, die sogenannten Kutzo-Wallachen, auf die seit Jahren eine planmäßige Arbeit verwendet worden ist, und ein rumänisches Mazedonien schüfe Rumänien selbst einen Ausgang zum Ägäischen Meere, damit eine Möglichkeit großer Entwicklung, die ihm als reiner Schwarzmeermacht versagt ist. Wir sehen ja nicht, nachdem einmal Bulgarien diese Entwicklung genommen hat, wie für Rumänien auch im besten Falle eine Verwirklichung dieser Hoffnung herauskommen sollte, aber wir verstehen die Schwierigkeiten seiner Lage wohl, die es zwingen, nach Norden auf die Siege der Zentralmächte zu blicken und doch zugleich den sich vorbereitenden Balkanentscheidungen nicht den Rücken zukehren zu wollen. So wird es versuchen, seine Neutralität so lange wie möglich festzuhalten, wenn ihm das der Einfluß der Straße und die Aufregung in seinem eigenen Lande dauernd gestatten wird.

Als der Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg kürzlich in Konstantinopel war, hat ihn Enver Pascha begrüßt als den Vorboten der großen deutschen Armee. Das Wort klang wie eine Fanfare und sollte es auch für die tapferen Verteidiger der Dardanellen sein, deren Zähigkeit jetzt, da die Balkanspannung in kriegerische Kämpfe auszumünden droht, ihren schönsten Lohn finden soll. Denn wenn der Vorstoß auf Serbien erfolgt, und wenn Bulgarien seine Aktion beginnt, wird der Angriff der Entente auf die Meerenge endgültig zum Scheitern gebracht werden. So glauben wir allerdings, daß die Nachrichten einen bestimmten Grad der Wahrscheinlichkeit an sich tragen, England und Frankreich wollten in Saloniki landen. Daß sie dieses als Operationsbasis nehmen wollen, ist kaum mehr zweifelhaft, und in diesen Plänen hat selbstverständlich auch Italien seine Stelle, über dessen militärische Absichten gegenüber dem Entschlusse Bulgariens gar nichts verlautet. So gehen wir wohl großen militärischen Kämpfen auf der Balkanhalbinsel entgegen, durch die allein die Fragen dort wirklich eine Entscheidung finden können.

Unter dem gewaltigen Eindruck des Siegeszuges der Zentralmächte hat Bulgarien seinen Entschluß gefaßt. Und nun wird diese in einem Feldzuge seit dem Mai ohnegleichen bewährte Waffengewalt in den Balkan selbst hineingetragen. Die Gemeinsamkeit der Interessen des neuen Dreibundes wird dadurch sofort offenbar, daß die deutschen Soldaten mit den Österreichern und Ungarn zusammen von der Donau aus gegen Serbien fechten, um dem türkischen Bundesgenossen die Hand zu reichen.

Geht diese Entwicklung so, wie wir es erhoffen, so wird die Bahn erst ganz frei für jene österreichisch-ungarische Orientpolitik, die der Freiherr von Aehrenthal im Jahre 1907/08 entschieden begann. Sie ist nicht nur in dem Satze beschlossen, daß Österreich-Ungarn an seiner Südgrenze keine großserbische Propaganda dulden dürfe, die den Bestand seines Staates gefährde. Da der Krieg die bis dahin friedlich, wenn auch noch so mühsam gestützten Verhältnisse auf dem Balkan zerschlägt, ergibt sich daraus die unbedingte Notwendigkeit weitergehender Entschlüsse. Er soll die mazedonische Frage, den alten Herd der Gärung und Gefahr für Europa, aus der Welt schaffen, und er soll die großserbischen Ansprüche, die ebenfalls den Frieden Europas störten, endgültig beseitigen. Dafür aber ist es ein Glück, daß der bisherige Dreibundgenosse Italien aus eigenem Entschluß sich von uns geschieden hat, und daß sich die Neuordnung der Verhältnisse auf dem Westbalkan nach den Interessen der Zentralmächte gegen Italien vollziehen wird. Denn damit erst fließen die stärkeren reichsdeutschen Interessen an der Türkei und die stärkeren österreichisch-ungarischen Interessen am Balkan zu einer höheren Einheit zusammen, in der Bulgarien als Mittelglied die Verbindung herstellt.

Wir geben gern zu, daß es leichter ist, dies als Programm aufzustellen, als in den Einzelheiten die Gemeinsamkeit der deutschen und österreichischen Politik schon klar auszusprechen. Aber die Schwierigkeiten, die hier in der Vergangenheit manchmal auftraten — wir erinnern an das handelspolitische Verhältnis zu Serbien oder an Unsicherheiten in der Stellung zu Rumänien oder zu Bulgarien — werden jetzt leichter überwunden werden. Wichtige und große Aufgaben politischer und namentlich auch wirtschaftlicher Natur tun sich vor uns auf, wenn wir diese Folgen überdenken; es wird politischen Weitblickes und politischen Entschlusses bedürfen, alles wirklich fruchtbar zu machen. Daß wir aber diese Aussicht ins Auge fassen dürfen in einem Kriege gegen die größten Mächte der Welt, das erfüllt uns gerade in diesen Tagen mit besonderer Zuversicht. Denn mit dem, was sich jetzt andeutet, wird recht eigentlich um die gemeinsamen positiven Zukunftsaussichten und Zukunftsaufgaben der Zentralmächte gekämpft. Es ist uns keine Phrase, wenn wir in diesem Zusammenhange wieder an die größten Traditionen der österreichischen Geschichte erinnern, an den Prinzen Eugen und die andern, die den Ruhm Österreichs nach Südosten getragen haben. Denn wir empfinden in diesen Überlieferungen der Vergangenheit auch die Richtung und die Verpflichtungen der Zukunft. Und wenn wir uns daran erinnern, daß an jenen Kämpfen auch reichsdeutsche Truppen und Brandenburger teilnahmen, so ist uns das nicht nur eine für den Effekt herbeigeholte Erinnerung, sondern ein Glied zwischen Vergangenheit und Zukunft zu der gemeinsamen

Orientpolitik, an der sich unser Bund mit Österreich in erster Linie bewährt und in der beide Mächte sich Ellbogenraum zu friedlicher Tätigkeit erkämpfen wollen.

Weil Deutschland und Österreich im ersten Kriegsjahre vor allem nach Osten zu kämpfen hatten, ist naturgemäß Serbien als Nebenkriegsschauplatz betrachtet worden. Deshalb war auch das Interesse an der orientalischen Frage in den Erwägungen über unsre Kriegs- und Friedensziele zurückgetreten, und schien es bei uns wie in Österreich oft, als wenn die Hauptkriegsziele im Osten lägen und für sie zuerst nach politischen Formen gesucht werden müsse. Uns ist kein Zweifel, daß die Hauptkriegsziele nicht nach Osten liegen, namentlich nicht für Österreich-Ungarn, sondern daß sie dort nur der Verteidigung und dauernden Sicherung gelten. Aber die Siege im Osten waren die absolut notwendige Voraussetzung für die Aussichten und Aufgaben nach Südosten. Daher richten nun der Wiederbeginn der Offensive gegen Serbien und die bulgarische Mobilmachung unsern Blick wieder in die Wirren der orientalischen Frage herein, aus denen durch die überlegene militärische Kraft der Zentralmächte im Bunde mit der Türkei und Bulgarien eine neue und dauernde, unsern Interessen nützliche und notwendige Ordnung der politischen Verhältnisse hervorgehen soll. Vielleicht ist das das Größte in diesem Feldzuge im Osten, daß er uns die Möglichkeit geschaffen hat, aus einem Verteidigungskriege gegen die größte Koalition heraus an die Gewinnung der positiven Zukunftsziele zu gehen, die für uns im Südosten beschlossen liegen. Möge der Gang der Dinge dort ebenso glänzend sein, wie er es im Osten für uns war!

Stichwortregister

Ägypten 35, 92, 132.
Albanien 13.
Amerika 153, 284.
— Baumwollernte 352.
— und Deutschland 352, 356, 380.
— und England 49, 95, 165.
— und Mexiko 250.
— Note an Deutschland 246, 310.
— Note von Deutschland 288.
— Panamakanal 354.
— panamerikanische Konferenz 353.
— Rücktritt Bryans 248.
— Zahlungsbilanz 353.
Armenien 105.
Attentat von Serajewo 17*.
Aufgaben, ungelöste 317.
Balkankrisis 163, 293, 355, 361.
Balkanstaaten 43, 152, 231, 283, 307, 318, 326, 339, 345.
Balkan und Orientpolitik Österreichs 340.
Belgien 4*, 15*, 16*, 19*, 24*—29*, 50.
Böhmen 174, 331.
Bulgarien 6, 13, 75, 115, 207, 232, 308, 318.
— und Dreiverband 144, 240.
— und Mazedonien 233, 241.
— Mobilmachung 382.
— und Serbien 164, 387.
— und Türkei 255, 361, 383.
— und Vierverband 256, 293, 339, 347.
Calais 318.
China 55, 107.
— und Japan 138, 211, 311.
— Japan und die Vereinigten Staaten 213.
— Kapitulation 209.
Dänemark 42.
— Verfassung 291.
Dardanellen, Kämpfe an den 103, 111, 116, 126, 130, 144, 279, 345.
Deutschamerikaner 45.
Deutschland und Amerika 352, 356, 380.
— und England 172, 201.
— und Italien 238.
— und Japan 143, 215.
Deutschland, Kanzlerrede 342.
— und Österreich-Ungarn, Zusammenschluß 173.
— und die Vereinigten Staaten 200.
— Friedenspolitik 5*.
Deutsch-Südwest 287.
Dreibund 21, 224, 318.
— der neue 346.
Dreiverband und Bulgarien 144.
— und orientalische Frage 185.
— und Rumänien 144.
England 18*, 20*, 2, 5, 30, 39, 49, 68, 80, 82, 93, 118, 127, 176, 285, 315, 334.
— Allgemeine Wehrpflicht 303.
— und Amerika 49, 95.
— Arbeiterbewegung 178.
— Blockade Deutschlands 128.
— und Deutschland 7*, 8*, 9*, 10*, 171, 201.
— und Deutschland, U-Bootkrieg 181.
— und Dreiverband 123.
— Finanzen 9, 97, 122, 182, 241, 243, 275, 379.
— Flotte 22.
— Friedensgedanken 304, 358.
— und Japan 109, 142, 215.
— innere Lage 121, 302, 351.
— Koalitionskabinett 225, 251.
— Kriegsanleihe 275, 302.
— Munitionsbill 303.
— und Nordamerika 165, 201.
— Parlament 316, 373.
— und Portugal 12.
— Registerbill 303.
— und Rußland 98.
— und Rußland, Finanzen 28.
— Seemacht 10.
— Selbstverwaltungskolonien 130.
— Sozialistenkonferenz 99.
Finnland, Frage 154.
— und Rußland 299.
Frankreich 11*, 78, 286, 315, 349.
— Finanzen 37, 159, 241, 243, 378.

Frankreich, Flotte 23.
— innere Lage 158, 236.
— und Japan 108.
— Parlamentstagung 36.
Friedenspläne 31.
Galizien 271.
Griechenland 13, 114, 152, 207, 233, 283, 340, 389.
— Ministerkrise 347.
— Neutralität 145.
— Wahlen 254.
Hauptfeind 32, 167.
Helgoland 287.
Holland 24, 42, 154, 320.
Iberische Halbinsel 321.
Indien 134, 143.
Irland 131.
Italien 23*, 24*, 14, 20, 43, 53, 77, 93, 111, 146, 152, 193, 286, 305, 315, 318, 326, 390.
— und Deutschland 238.
— und Dreiverband 111, 195.
— Finanzen 204, 242.
— Kammersitzung 99.
— Kriegseintritt 216.
— Krisis 194, 203.
— militärische Lage 221.
— und orientalische Frage 113.
— und Österreich-Ungarn 59, 174, 222.
— politische Lage 204.
— und Türkei 306, 345.
— und die Zentralmächte 216, 228.
Japan 47, 54, 107, 146.
— und China 138, 211, 311.
— China und die Vereinigten Staaten 213.
— und Deutschland 29*, 30*, 143, 215.
— und England 109, 142, 215.
— Finanzen 210.
— und Frankreich 108.
— und Nordamerika 141.
— und Rußland 108, 141, 312.
Kämpfe im Osten 296.
Kolonien, deutsche 30*, 31*, 32*.
Konventionen vor dem Kriege 14*, 15*, 16*.
Krieg, heiliger 33*.
Kriegsgebietserklärung zur See 80.
Kriegsgrund 101.
Kriegslage 185, 278.
Kriegsplan 21*, 22*.
Kriegsschuld 4*, 19*, 20*, 147.
Kriegsursprung 14*.
Kriegszielerörterung 86, 101, 147.
Lemberg 263, 332.
Londoner Abkommen 34*, 35*.
Luxemburg 28*, 29*.
Mazedonien 76.
Meerengenfrage 185.
Mesopotamien 279.
Mexiko 353.
Mittelmeer 110.
— und Balkan 345.
Mongolei 9, 311.
Montenegro 115, 284.
Moskau 367.
Neujahr 36.
Neutralen, die 41.
Nordamerika und England 165, 201.
— und Japan 141.
Norwegen 33, 42, 291.
Österreich-Ungarn 56, 76, 269, 331.
— Balkanfragen 175.
— und Deutschland, Zusammenschluß 173, 332.
— Einführung der Einheitssprache im Eisenbahndienst 331.
— Finanzen 8, 172, 272.
— und Italien 59, 174, 222.
— Kriegsanleihe 271.
— militärische Lage 171.
— Ministerwechsel 85.
— Orientpolitik 391.
— und Rumänien 59, 273.
— und Rußland 60.
— Tschechen 273.
— Wirtschaftsleben 61.
— Zollbündnis 63.
Orient, Frage 13, 146, 185.
— — und Dreiverband 185.
Ostasien 107, 137.
— und die Vereinigten Staaten 108.
Panamerikanismus 46.
Panslawismus 268.
Persien 106, 144, 186.
Polen 299, 343.
Portugal 12, 78, 155.
— und England 12.
Rom 51.
Rumänien 13, 72, 115, 152, 164, 207, 239, 294, 307, 340, 348, 362.
— und Dreiverband 144, 164, 232, 348.
— rumänische Frage 3.
— und Österreich-Ungarn 59, 273.
Rußland 13*, 18*, 3, 27, 31, 70, 79, 126, 187, 279, 344, 363, 375.
— Dumareden 338.
— und England 98.

Rußland, englische Finanzen 28.
— und Ententepresse 326.
— Finanzen 8, 70, 84, 90, 187, 242, 377.
— und Frankreich 299.
— Gesellschaft 298.
— Handel und Industrie 190.
— Heer 282.
— und Japan 108, 141, 312.
— Judenfrage 369.
— innere Lage 259, 280, 297.
— Kleingeldkrisis 370.
— Kriegsindustrie 282.
— Kriegsziele 192.
— und Mongolei 9, 311.
— Organisation 344.
— Orientpläne 12*, 145.
— und Österreich-Ungarn 60.
— Parlamentstagung 88, 315, 327.
— und Schweden 289.
— Unruhen 280.
Schweden 33, 42, 154.
— und Rußland 289.
Schweiz 42, 156, 208, 238, 291.
Serbien 13, 16, 115, 125, 146, 253, 295, 309, 318, 361.
— und Albanien 257.
Serbien, Belgrad 16.
— und Bulgarien 164, 387.
— Sonderfrieden 361.
Shimonoseki, Friede von 137.
Skandinavien 33, 153, 289.
Spanien 42, 78, 154, 321.
Südamerika 43, 354.
Sudan 133.
Suezkanal 241.
Syrien 186.
Türkei 91, 104.
— Anschluß 32*, 33*, 1.
— und Bulgarien 258, 361, 383.
— und Italien 306.
Tirpitz-Interview 29.
Ungarn 273.
Unterseeboote 65.
Vatikan, Italien und Dreibund 230.
Vereinigte Staaten 14, 25, 44, 83.
— und Deutschland 34*, 200.
— und England 165, 201.
— und Ostasien 108, 213.
Warschau 323.
Weltkrieg 1, 40.
Ypern 318.
Zentralmächte und Italien 216, 228.

Perſonenregiſter

Abamelek-Lazarew, ruſſ. Fürſt 193.
Adalbert v. Prag 324.
Aehrenthal, Graf 18, 56, 62, 175, 224, 391.
Albert, König von Belgien 38.
Albrecht v. Württemberg, Herzog 356.
Alexander I., Zar 372.
Alexander II., Zar 366.
Alexander III., Zar 266.
Alexander, Fürſt von Bulgarien 347, 382.
Alexander, Kronprinz von Serbien 17*.
Alexandra, Kaiſerin von Rußland 364.
Alexejew, ruſſiſcher General 364.
Alfons, König von Spanien 42, 78.
Andraſſy, Graf, d. ä. 17, 18, 58, 59, 217.
Andraſſy, Graf, d. j. 93, 175, 273, 341.
d'Annunzio, Gabriele 196, 219.
Apponyi, Graf 229, 273.
Asquith 14*, 31, 91, 94, 120, 123, 129, 225, 226, 227, 252, 275, 307, 315, 317, 374, 379.
Augagneur, franzöſiſcher Marineminiſter 23.

Badeni, Graf 174.
Balfour 7*, 30, 228, 251, 326, 334.
Ballin, Albert 51, 87.
Bark, ruſſ. Finanzminiſter 27, 28, 71, 79, 84, 97, 98, 187, 191, 327, 345, 371, 377.
Barrère, franzöſiſcher Botſchafter in Rom 3*, 217.
Barrès, Maurice 315.
Bartholdt, Mitglied des amerikaniſchen Kongreſſes 83.
Barzilai, italieniſcher Miniſter 306.
Benckendorff, Graf, ruſſ. Botſchafter in London 34*, 127, 144, 326.
Bendaſſuk, ruthenſcher Angeklagter im Lemberger Prozeß 264.
Benedikt XV., Papſt 25, 51, 52, 53, 77, 166, 230, 231, 314.
Berchtold, Graf 56, 58, 76, 77, 222.
Bernhard, Georg, deutſcher Journaliſt 32, 168.
Bernhardi, v., deutſcher General 2*.
Bernſtorff, Graf, deutſcher Botſchafter in Waſhington 200, 202, 357, 380.
Bethmann Hollweg, von 7*, 19*, 20*, 34*, 16, 19, 24, 37, 81, 101, 119, 171, 204, 219, 228, 273, 342, 347, 351, 356, 359.
Bettolo, italien. Abgeordneter 59.
Beveridge, amerikaniſcher Senator 166.
Bilinski, von, öſterreich-ungar. Miniſter 85, 86, 332.
Bismarck 4*, 5*, 27* 3, 37, 39, 62, 64, 67, 76, 86, 113, 147, 148, 149, 151, 168, 171, 216, 217, 225, 234, 239, 318.
Bjelitſch, ſerbiſcher Profeſſor 234.
Blaine, James, amerik. Staatsſekretär 46.
Bluhm, Friedrich, deutſcher Ingenieur 144.
Bobrinski, Graf, ruſſ. Generalgouverneur in Galizien 264.
Bollati, italien. Botſchafter in Berlin 224.
Bonar Law 30, 94, 227, 251.
Bosdari, Graf, italien. Geſandter in Athen 283.
Botha, Louis 287, 336.
Bratianu 144, 232, 239, 340, 348, 362.
Braun, Baron, öſterreichiſcher Beamter 332.
Bright, John 227.
Bruck, Karl Ludwig v. 274.
Brusati, Adjutant des Königs von Italien 196.
Bryan, W. J. 15, 26, 46, 96, 143, 152, 202, 248, 284, 289, 311, 354.
Buchanan, Sir George 69, 88, 89, 126, 281.
Bülow, Fürſt 6*, 7*, 24*, 16, 22, 112, 143, 197, 222, 223, 224, 228, 237, 238, 247, 295.
Bülow, Heinrich von, preuß. Diplomat 25*.
Bulygin, ruſſ. Miniſter 280.
Bunſen, von, engl. Botſchafter in Wien 58.
Burgeß, Profeſſor 219.
Burian, Baron von 58, 60, 223.
Burzew, ruſſ. Revolutionär 85.
von dem Buſſche, Freiherr, deutſcher Geſandter in Bukareſt 6.
Buxton, engl. Parlamentsmitglied 8, 194.

Cadorna, Graf 304, 306.
Caillaux 13*, 161, 162, 300.
Cambon 14*, 19*, 29*, 34*, 38.
Caprivi, Graf 139.
Carcano, italien. Finanzminister 241, 306.
Carden, S. H., engl. Vizeadmiral 103.
Carl, Erzherzog von Österreich 268.
Cardwell, Lord, engl. Minister 26*.
Carp, Peter 75, 152, 239.
Carson, Sir Edward 131, 227, 251.
Cassini, Graf, russ. Botschafter in Washington 128.
Cavour, Camillo 198, 218, 219, 322.
Cecil, Lord Robert 251, 310.
Chamberlain, Austen 98, 227, 251.
Chamberlain, Josef 7*, 8*, 247, 252.
Charitonow, russ. Reichskontrolleur 376.
Chiozza Money, engl. Nationalökonom 183.
Chlumetzky, Leopold von 229, 318.
Christian X., König von Dänemark 291.
Churchill, W. 18*, 23, 68, 94, 97, 119, 120, 201, 226, 251, 320.
Clarendon, Graf, engl. Minister 29*.
Clausewitz 1, 33, 369.
Clay, Henry 46.
Clemenceau 337, 350.
Colard, Hermann v., Statthalter von Galizien 332.
Costa, portugiesischer Minister 155.
Costinescu 348.
Coudenhove, Graf Max, Statthalter von Böhmen 174, 332.
Crewe, Earl of, engl. Minister 50, 251.
Crispi 113, 225, 234.
Cromer, Lord 132.
Cunliffe, Lord, Gouverneur der Bank von England 241.
Curzon, Lord 50, 92, 187, 227, 251.
Czernin, Graf 4.

Dalbiez, franz. Deputierter 337.
Danew, bulgarischer Staatsmann 6, 294, 361, 386.
Daniels, amerikan. Marineminister 26, 47.
Danilow, russ. General 282.
Dato, span. Minister 42, 78.
David, deutscher Reichstagsabgeordneter 297.
Delcassé 11*, 40, 90, 102, 124, 300, 350.
Derby, Graf (Lord Stanley) 26*, 29*.
Derby, Lord 227.
Devonshire, Herzog v. 251.
Dewet, Christian 288.
Diamandy, rum. Gesandter in Petersburg 74.
Diaz, Porfirio 353.
Dilke, Charles 27*, 28*, 321.
Dillon, Dr., engl. Journalist 77, 127, 197, 205, 224, 316.
Dirksen, v., deutscher Abgeordneter 333.
Disraeli 3, 147, 359.
Dolci, Monsignore, päpstlicher Delegierter in Konstantinopel 52.
Dschunkowsky, russ. Ministergehilfe 280.
Dudykiewicz, ruthenischer Journalist 267.
Dumba, Dr., österr.-ungar. Botschafter in Washington 380.

Edward VII. 1*, 9*, 10*, 16*, 12, 40, 90, 127, 227, 228.
Elena, Königin von Italien 217, 231, 270, 284.
Elisabeth, Kaiserin von Rußland 305.
Elliot, Charles, Präsident der Harvard-Universität 44.
Enver Pascha 32*, 8, 117, 390.
Esher, Lord 351.
Essad Pascha 125, 254.
Essen, v., russ. Admiral 261.
Etter, N. S., russ. Gesandter in Teheran 144.
Eugen, Prinz 17, 18, 391.
Eulogius, russ. Bischof 266.
Evert, russ. General 364.

Falkenhayn 263.
Ferdinand, Zar von Bulgarien 6, 7, 8, 43, 294, 347, 362, 382, 384, 389.
Ferdinand, König von Rumänien 73, 74, 239.
Ferri, Enrico 196.
Ferry, Jules 39.
Filipescu 74.
Fisher, Lord 225, 226, 251.
Fitzmaurice, engl. Legationssekretär 293.
Fölkersahm, Baron, Dumaabgeordneter 338.
Franke, deutscher Offizier 287.
Franz Ferdinand, Erzherzog 1*, 16*, 269,
Franz Josef, Kaiser 10*, 11*, 22*, 23*, 18. 56, 60, 77, 222, 263, 273, 332.
Fredericks, Graf 364.
French, General 177, 373.
Friedjung, Heinrich 224, 273, 275.
Friedmann, österreich. Abg. 338.
Friedrich, Erzherzog v. Österreich 268.
Friedrich der Große 148, 149, 169, 305.
Friedrich Wilhelm, der Große Kurfürst 325.

Galli, ital. Vizekonsul in Triest 234.
Garrison, amerik. Kriegsminister 47.

Genadiew, Dr. 6, 8, 72, 386.
Georg V., König v. England 102.
Geschow 6, 361, 386.
Geßmann, österreich. Minister 258, 274.
Giers, von, russ. Botschafter in Rom 112, 205.
Giolitti 23*, 93, 112, 196, 203.
Gladstone 20*, 26*, 27*, 28*, 29*, 147, 321.
Glasenapp, v., Vizepräsident der deutschen Reichsbank 278.
Goethals, W., amerik. Oberst 47.
Goldmann, lettischer Dumaabgeordneter 338.
Goltz, von der, Colmar 14, 43.
Goluchowski 223.
Goremykin 88, 98, 262, 268, 280, 282, 316, 328, 376.
Gorst, Eldon, engl. Generalkons. in Ägypten 132.
Gortschakow 54.
Goschen, engl. Botschafter in Berlin 19*.
Granville, Lord 29*.
Granville Fortescue, engl. Kriegsberichterstatter 307.
de Grasse, franz. Admiral 23.
Grey, Sir Edward 1*, 10*, 14*, 16*, 18*, 19*, 20*, 21*, 29*, 34*, 6, 20, 24, 40, 58, 83, 90, 91, 95, 104, 117, 142, 150, 165, 180, 227, 251, 351, 358, 360.
Guesde 100.
Gulkewitsch, P., russ. Diplomat 6.
Gunaris 125, 164, 255, 340, 347.
Gustav V., König von Schweden 34.
Gutschkow, Alexand. 3, 172, 261, 282, 283, 344.

Habibullah, Emir, von Afghanistan 134.
Hakki Pascha 309, 346.
Haldane 10*, 83, 251.
Hammarskjöld 290.
Hanotaux, Gabriel 30, 205.
Hardinge, Lord 92, 135, 144.
Hartwig 6, 127, 295.
Harussewitsch, polnischer Abgeordneter 330.
Hatzfeldt, Graf, deutscher Botschafter in London 7*.
Havenstein 278.
Helfferich 19*, 102, 160, 278, 359.
Henderson, engl. Arbeiterführer 226.
Herder 64.
Hervé, Gustav 301, 315, 350.
Hexamer, Präsident des deutsch-amerik. National-Bundes 381.
Heydebreck, deutscher Offizier 287.
Hindenburg 22*, 30, 33, 67, 103, 166, 193, 194, 264, 278, 281, 296, 305, 323, 325, 330, 364, 366.
Hioki, Dr., japan. Gesandter in Peking 211.
Hirst, Herausgeber des Economist 359, 360.
Hodler 157.
Holden, Sir Edward, engl. Finanzmann 380.
Holland Rose, engl. Historiker 126, 285.
Hornby, engl. Admiral 103.
Hötzendorff, Conrad v. 199, 318.
Howard, Sir Henry, engl. Gesandter am Vatikan 25, 52.
Humboldt, Wilhelm von 25*.
Hurd, Archibald, engl. Kriegsberichterst. 201.
Hussein Kemal, Khedive von Ägypten 35.
Huß, Johannes 273.

Ignatiew 54.
Ironside, Sir B., engl. Gesandter in Sofia 240, 293.
Iswolski 29*, 40, 48, 57, 90, 128, 137, 214, 312.
Ito 143.
Iwanow, russ. General 282, 296, 364.
Jackson, Sir Henry, engl. Admiral 251.
Jagow, v., Staatssekretär 273.
Januschkewitsch, russ. General 282, 364.
Jastrebow, russ. Professor 7.
Jaurès 159.
Jellicoe, Sir John 10.
Joffre 37, 181, 337, 350, 356.
Johann Albrecht v. Mecklenburg, Herzog 390.
Johnston, Sir Harry 287.
Jonescu, Take 74.
Josef I., Exarch 293.
Josef II. 17.
Josef Ferdinand, österr. Erzherzog 296.
Juanschikai 55, 56, 138.
Judin, russ. Diplomat 313.

Kalnoky 239.
Kaltschew, bulg. Abgeordneter 258.
Karl, König von Rumänien 8, 73, 74, 75, 106, 116, 239, 294, 307, 308, 340.
Karl X. Gustav, König v. Schweden 325.
Kato, Baron 30*, 138, 210.
Katsura 312.
Kaulbars 347.
Keir Hardie 99, 180, 304.
Kerenski, Dumaabgeordneter 338, 372.
Kework V., Katholikos 105.
Kiderlen-Wächter, von 224.
Kitchener, Lord 35*, 50, 128, 132, 133, 178, 185, 226, 227, 252, 373.

Klofatsch, tschech. Abgeordneter 273.
Kokowzow 13*.
Konowalow, Dumaabgeordneter 368.
Konstantin, König von Griechenland 114, 115, 125, 163, 164, 207, 252, 347, 389.
Koerber, Ernst von 86, 172.
Korostowetz, russ. Diplomat 106, 144, 312.
Korytowski, v., Statthalter von Galizien 332.
Kosciuszko 324.
Kovacs, ungar. Abgeordneter 59.
Kramarz 273.
Kriwoschein 98, 367.
Krupenski, russ. Diplomat 112.
Kryschanowski, russ. Reichssekretär 329.
Kuhn, Loeb u. Co. 381.
Kulomsin, russ. Reichsratspräsident 328.
Kyrill, Großfürst 365.
Kyrkow, bulg. Abgeordneter 6.

Lamprecht, Karl 148.
Lansdowne, Lord 30, 227, 251.
Lansing 249, 284, 381.
Larkins, irischer Arbeiterführer 131.
Laurier, Sir Wilfred 31.
Ledochowski, Graf Wladimir, Jesuitengeneral 93.
Lensch, Paul, deutscher Abgeordneter 150.
Leo, Dr., polnischer Politiker 86.
Leroy-Beaulieu, A. 299, 348.
Leroy-Beaulieu, Paul 122.
Lewycky, Konstantin, ruthen. Politiker 268.
Lichnowsky, Fürst 40, 351.
Linsingen, General von 268.
Lloyd George 9, 71, 97, 98, 122, 128, 177, 178, 182, 204, 228, 245, 252, 285, 306, 373.
Long, W., engl. Minister 227, 251, 285.
Loubet 90.
Lucaciu, rumänischer Pfarrer 59.
Ludwig XIV. 169.
Ludwig XV. 169.
Ludwig, Herzog d. Abruzzen 274.
Lueger 274.
Lukacs, ungar. Minister 59.
Luzzatti 196.
Lwow, Fürst, Präsident des Semstwoverbandes 261, 282, 37
Lyndhurst, Lord 180.

Macchio, Baron, österr. Diplomat 112, 197.
Macdonald, engl. Arbeiterführer 99.
Mach, R. v., deutscher Journalist 293.
Mac Kenna 241, 275.
Mackensen 263, 296, 305.
Mac Kinley 44, 247.
Magrini, ital. Journalist 309.
Mahan, Admiral 22, 23.
Mahon, Arthur Henry, engl. Oberkommissar für Ägypten 35.
Majorescu 239.
Maklakow, russ. Minister 262, 280.
Malet, engl. Gesandter in Teheran 144.
Malinow, bulgar. Abgeordneter 43.
Mandl, Leopold, österr. Schriftsteller 175.
Manuel, König von Portugal 12, 155.
Marcks, Erich 169.
Marghiloman 74, 152, 239.
Marx, Karl 304.
Maxwell, engl. General 3.
Menschikow, russ. Publizist 145.
Mensdorff, Graf, österr. Botschafter in London 40.
Mercier, Kardinal 53, 77.
Middleton, Lord, Mitglied des Oberhauses 50.
Miguel von Braganza 155.
Migulin, russ. Professor 9, 191.
Milan, König von Serbien 31.
Miljukow 79, 105, 185, 234, 283, 298, 316, 338.
Millerand 79, 158, 337, 349.
Mjassojedow, russ. Oberst 261.
Mohammed Ferid, Führer der ägyptischen Nationalpartei 133.
Moltke d. ä. 4*, 144, 149
Moltke d. j. 38.
Monroe 353.
Monts, Graf, deutscher Botschafter in Rom 168, 230, 295.
Morawski, von, Minister für Galizien 85.
Morley, John, engl. Minister 10*.
Morgan 90, 122, 183, 190, 289, 381.
Morrison, Vertreter der Times in Peking und Berater Chinas 137.
Muhammed V. 33*.
Muktar Pascha 117.
Mustafa Kemal, Begründer der ägyptischen Nationalpartei 133.

Napoleon I. 25*, 90, 169, 171, 196, 228, 317, 326.
Nathan, ital. Freimaurer 196.
Nelidow, russ. Gesandter beim Vatikan 52.
Nelson, Admiral 23.
Nicholson, Sir Arthur 57, 128, 293.
Niebuhr 132.
Nietzsche, Friedrich 2*.
Nigra, Graf 270.
Nikolai I. 266.

Nikolai II. 13*, 18*, 3, 32, 79, 90, 206, 280, 282, 316, 325, 328, 344, 360, 363, 366, 370, 375.
Nikolai Nikolajewitsch, Großfürst 13*, 262, 268, 281, 282, 296, 331, 360, 364, 367, 372, 375.
Nikon, russ. Bischof 331.
Northcliffe, Lord 2*, 95, 302, 373.

O'Beirne, engl. Gesandter in Sofia 293.
Okuma, Graf 30*, 48, 138, 140, 209, 210, 211.
Oppenheimer, Sir Francis, engl. Generalkonsul in Frankfurt a. M. 292.
Oertel, deutscher Abgeordneter 343.
Orlow, russ. Generalkonsul in Täbris 106.

Paasche, deutscher Abgeordneter 333.
Palmerston 26*, 28*.
Panizza, bulgarischer Major 294.
Pares, Bernhard, engl. Professor 360.
Paschitsch 195, 205, 347.
Paskiewitsch 323.
Pau, General 114, 116.
Pauli, R., deutscher Historiker 26*.
Peter, König von Serbien 235.
Petrow, russ. Reichsratsmitglied 344.
Petrowo-Solowowo, russ. Graf 206, 257, 362.
Philipp von Orleans, Herzog 162.
Pimento di Castro, portugiesischer Ministerpräsident 78, 155.
Pitt d. ä. 169, 194.
Pitt d. j. 228.
Pius IX. 52.
Pius X. 53.
Plehwe, russ. Ministergehilfe 280.
Poincaré 11*, 36, 102, 300, 326, 334, 375.
Poklewsky-Koziel, russ. Diplomat 106, 127, 232.
Poliwanow, russ. Kriegsminister 281, 315, 327, 344.
Porro, italien. General 306.
Potiorek 17.
Prenk Bib Doda, albanischer Führer 13.
Primrose, engl. Unterstaatssekretär 143, 251.
Protic, serb. Minister 175.

Radoslawow 6, 8, 144, 164, 240, 256, 293, 327, 347, 361, 382, 384.
Raschdau, L. 86, 307.
Rasputin 299.
Reading, Lord, engl. Finanzmann 380.
Redmond 131, 226, 227, 316.
Repington, Oberst 104.
Reuter, Baron Paul Julius 110.
Reventlow, Graf 326, 346, 357.
Ribot 71, 160, 241, 243.
Rhodes, Cecil 31*.
Robilant, Graf 230.
Rödiger, russ. Kriegsminister 281.
Rodney, engl. Admiral 23.
Rodsjanko 261, 298.
Rohrbach, Paul 149, 319.
Romanones, Graf, span. Ministerpräsident 42, 78, 322.
Roosevelt, Theodor 14, 47, 354.
Root, Elihu, amerik. Staatssekretär 141, 213.
Rosebery 147, 251.
Runciman 316.
Rußki, General 296, 364.
Russell, Earl 29*.

Sabler, Oberprokuror 298.
Salandra 23*, 24*, 16, 20, 21, 43, 54, 59, 93, 99, 111, 197, 203, 220, 222, 224, 228, 238, 304, 328.
Salisbury, Lord 7*, 3, 147, 251.
Samarin, Adelsmarschall und Oberprokuror 282, 298.
San Giuliano 14*, 23*, 24*, 20, 222.
Sarrail, General 337.
Sawinski, russ. Diplomat 195, 206, 232.
Schachowskoj, Fürst W. N., russ. Politiker 190.
Scheiner, tschech. Abg. 273.
Schewtschenko, ruthen. Dichter 266.
Schiff, Jakob, amerik. Bankier 381.
Schiller, Friedrich v. 199.
Schingarew, Dumaabgeordneter 339.
Schipow, Präsident der russ. Reichsbank 188.
Schlieffen, Graf 33.
Schtscherbatow, Fürst, russ. Minister 262, 298.
Schumsky, russ. Kriegsberichterst. 345, 356.
Seeley 121.
Seitz 287.
Selborne, Lord 50, 227.
Sembat 100.
Seton-Watson, engl. Publizist 307, 388.
Shuja ed Dowleh, persischer Prinz 106.
Skalon, Generalgouvern. von Warschau 323.
Smith, F. E., engl. Politiker 227.
Smuts 336.
Sonnino 24*, 20, 21, 72, 99, 197, 203, 205, 220, 222, 223, 224, 229.
Spee, Graf, Admiral 23.
Spencer Wilkinson, engl. Publizist 151.

Spitteler, Karl 157.
Ssasonow 6, 53, 54, 69, 79, 89, 104, 106, 108, 117, 234, 253, 268, 280, 327, 360.
Staaf, schwed. Minister 290.
Stambulow, Stephan 295, 347.
Stana v. Montenegro, Prinzessin 366.
Stanley, Lord (Graf Derby) 26*, 29*.
Stojanowitsch, serb. Ministerpräsident 234.
Stolypin 316, 329.
Struve, Peter, russ. Publizist 265.
Stürgkh, Graf 85.
Sturdza, Demeter 295, 308.
Suchomlinow 12*, 85, 281.
Suffren, franz. Admiral 23.
Supilo, kroatischer Abgeordneter 273.
Suworow 323, 326.
Sven Hedin 15, 291.
Szeptycki, Graf Andreas, ruthen. Kirchenfürst 266.

Taft, W. 46.
Takahira, jap. Botschafter in Washington 141, 213.
Talaat Bei 8.
Tardieu, André 158.
Tewkelew, Dumaabgeordneter 339.
Thun, Fürst Franz 174, 331.
Timaschew, russ. Minister 190.
Tirpitz 8*, 30, 65, 66, 81, 166, 176, 200.
Tisza, Graf 4, 13, 16, 19, 58, 59, 61, 77, 146, 204, 219, 228, 229, 267, 270.
Togo, Admiral 10.
Tontschew, bulg. Minister 309.
Townley, Sir Walter, engl. Gesandter in Teheran 106, 144.
Trajan 308.
Treitschke, Heinr. v. 2*, 86, 114, 117, 301, 321.
Troelstra 97, 100.
Trubezkoj, Fürst Eugen 6.
Trubezkoj, Fürst Gregor 5, 6, 13, 205, 232, 295.
Trubezkoj, Fürst Sergej 6.
Tschelnokow, Oberbürgermeister von Moskau 282.
Tugan-Baranowski 9, 189.
Turati, ital. Politiker 196.

Vandervelde 315.
Venizelos 114, 115, 125, 163, 164, 180, 233, 255, 293, 340, 347, 361, 389.
Viktor Emanuel II. 21, 77, 198.
Viktor Emanuel III. 23*, 197, 203, 207, 217, 222, 228, 270, 304.
Viktoria, Königin v. Schweden 291.
Viviani 37, 100, 337, 350.

Waldthausen, von, deutscher Gesandter in Bukarest 6.
Wales, Prinz von 177.
Wallace, D. M. 127.
Wangenheim, Frhr. v., deutscher Botschafter in Konstantinopel 12*, 32*, 309.
Warburg, Paul M. 353.
Wassilko, ruthenischer Politiker 268.
Wegener, Georg, deutscher Geograph 15.
Wellington, Lord 124.
Wergun, russ. Journalist 192.
Wernander, russ. General 281.
Wernle, Schweizer Professor 157.
Wernz, Pater 93.
Westarp, Graf 167.
Wetterlé 315.
Wiegand, Karl A. von, amerik. Journalist 166.
Wilhelm II. 2*, 4*, 5*, 12*, 34*, 2, 3, 13, 22, 23, 32, 38, 64, 65, 90, 148, 169, 287, 314, 315, 318, 356, 366.
Wilson 34*, 14, 15, 25, 26, 27, 46, 48, 83, 96, 202, 247, 284, 289, 310, 352, 353.
Witte 9, 69, 98, 127, 128, 137, 192, 243.
Wjelopolski, Graf, russ.-poln. Politiker 330.
Wladimir, Großfürst 325.
Wolf, Julius, Professor 333.
Woronzow-Daschkow, Graf 105, 364.

Yamamoto, japan. Ministerpräsident 210.

Zichy, Graf Aladar 273.

Druck von Breitkopf & Härtel in Leipzig.

Bücher zu den Fragen der Zeit

aus dem Verlag von S. Hirzel in Leipzig

Otto Hoetzsch, a. o. Professor für osteuropäische Geschichte an der Universität und an der Kriegsakademie zu Berlin.

Rußland als Gegner Deutschlands. 4.–6. Tausend. Preis 80 Pf.

Einer der hervorragendsten Kenner unsers östlichen Nachbarlandes beantwortet hier die Fragen „Wie ist Rußland zum Gegner Deutschlands geworden?" und „Wie ist Rußland als Gegner Deutschlands zu werten?" in einem für das ehemalige Zarenreich durchaus ungünstigen Sinne und erwartet in Übereinstimmung mit den bisherigen Erfolgen den Sieg des Deutschtums.

Rudolf Kjellén, Mitglied des Schwedischen Reichstages, ord. Professor der Staatswissenschaft an der Universität Upsala.

Die Ideen von 1914. 7.—9. Tausend. Preis 80 Pfennige.

Eine weltgeschichtliche Perspektive. Der Verfasser sieht als Ursache des Krieges nicht den Zwiespalt materieller Interessen, sondern den Kampf zweier Weltanschauungen: „Der Weltkrieg ist ein Kampf zwischen 1789 und 1914, das erste Jahr vertreten durch Frankreich-England, das letzte durch Deutschland. Wie Götterdämmerung und Morgenröte wird die Zeit erscheinen; das eine für die, welche noch auf 1789 zurückstarren, das andere für die, welche den Mut und die Kraft haben, jetzt vorwärts zu sehen."

Rudolf Kjellén, Mitglied des Schwedischen Reichstages, ord. Professor der Staatswissenschaft an der Universität Upsala.

Der Staat als Lebensform. 1.—6. Tausend. Preis geheftet 4 Mark, gebunden 5 Mark.

Dieses Buch bedeutet einen wesentlichen Schritt nach dem Ziel hin, dem der Verfasser in allen seinen Schriften seit bald zwei Jahrzehnten zustrebt: es bildet die Grundlage für ein neues System der Politik. Während die alte Staatswissenschaft nur die moralischen und juristischen Wesenszüge des Staates sah und nun ratlos vor dem Aufruhr der Gegenwart steht, werden in dieser neuen Betrachtung alle Lebensäußerungen des Staates rein erfahrungsgemäß dargelegt. Doch wird nicht einer brutalen Machtpolitik das Wort geredet, sondern nur die tatsächliche Wirklichkeit erkennen gelehrt und zu einer politischen Erziehung, die in der Zeit des Weltkriegs und des allgemeinen Wahlrechts niemand entbehren kann, beigetragen.

Graf Julius Andrassy, Königl. ungarischer Minister des Innern z. D., erbliches Mitglied des ungarischen Oberhauses, Mitglied des ungarischen Abgeordnetenhauses.

Wer hat den Krieg verbrochen? Preis 1,50 Mark.

Der ungarische Staatsmann schreibt mit bemerkenswerter Objektivität, ohne jede Gehässigkeit des Tones und ohne für seinen Staat Unfehlbarkeit und absolute Fehlerlosigkeit in Anspruch zu nehmen. Mit überlegener Geschichtskenntnis zerpflückt er alle die sophistischen Vorwände der russischen und englischen Diplomatie und legt die Absichten und Beweggründe der Ententemächte bloß.

Verlag von S. Hirzel in Leipzig

Minister Freiherr von Bruck,

der Vorkämpfer Mitteleuropas. Sein Lebensgang und seine Denkschriften. Von **Richard Charmatz.** Geh. 5 Mark, geb. 6,50 Mark.

Es ist ungemein spannend, dem Entwicklungsgange Brucks zu folgen und zu sehen, wie der Buchbindersohn aus Elberfeld aus eigener Kraft, ohne jede Gönnerschaft, Stufe für Stufe emporsteigt und schließlich zum einflußreichen Staatsmanne, Organisator und Wegbahner des alten Kaiserstaates wird, der an der Seite Schwarzenbergs zum ersten Male mitteleuropäisch — im modernen Sinne des Wortes — denkt, und nach hohen Zielen strebt. Richard Charmatz, der bekannte Wiener Historiker, dem schon mancher Wurf gelungen ist, gibt zum ersten Male eine lebenswarme Biographie des bedeutenden österreichischen Staatsmannes und begeisterten Deutschen, ein Bild, dem ebensosehr das Studium in verschiedenen Archiven wie die genaue Kenntnis der Literatur und der Zeitungen und die anziehende Darstellungsgabe des Verfassers zustatten gekommen ist. Romanhaft wie sein Aufstieg war Brucks plötzlicher Zusammenbruch; eine der erschütterndsten politischen Tragödien. Ein geschichtliches Werk und dennoch ganz ein Buch für unsere Tage, das jeder lesen muß, der zu dem großen Problem Mitteleuropa Stellung nehmen will.

Neutrale Stimmen.

Amerika (Paul Carus — Edwin J. Clapp), Holland (Jonkheer van der Wyck), Norwegen (Carl Aas), Schweden (Harald Hjärne), Schweiz (Karl Marti). Eingeleitet von Dr. **Rudolf Eucken,** ord. Professor an der Universität Jena. Preis geheftet 2,80 Mark, gebunden 4 Mark.

Die Schilderung, welche hervorragende Männer hier von der Stimmung und der Lage ihrer Völker geben, beschränkt sich nicht auf den bloßen Augenblick. Sie sucht das Heute aus dem Gestern und der gesamten Vergangenheit zu verstehen. So wird an manchen Stellen fast eine Philosophie der Geschichte hingestellt, mit Ausblicken auf das Ganze der europäischen Kultur und die Zukunft der Menschheit. Anschaulich treten uns die Geschicke der einzelnen Völker vor Augen und manche Erscheinung der Gegenwart erhält erst ihr volles Licht durch die Betrachtung in diesem Zusammenhang.

Vom inneren Frieden des deutschen Volkes.

Ein Buch gegenseitigen Verstehens und Vertrauens, herausgegeben von Friedrich Thimme. Preis geheftet 5 Mark, gebunden 7 Mark.

Unter Mitwirkung von: Julius Bachem / Gertr. Bäumer / Otto Baumgarten / Herm. Cohen / Bernhard Dernburg / Otto v. Dewitz / Fürst Drucki-Lubecki / Karl Dunkmann / Rud. Eucken / Mart. Faßbender / Ant. Fendrich / Ludwig Haas / Wolfg. Heine / Hugo Heinemann / Wilhelm Kahl / Wilhelm Kolb / Georg Liebster / Peter Lippert / Friedr. Mahling / Jos. Mausbach / Paul Natorp / Friedr. Naumann / Dietrich v. Oertzen / Emil Petri / Heinrich Peus / August Pieper / Martin Rade / Arn. Rademacher / Wilhelm Rein / Fritz Roeßler / Paul Rohrbach / Max Schippel / Joh. Schmidt / Prinz Schoenaich-Carolath / Ad. Stegerwald / Hugo Thiel / Friedr. Thimme / Wilhelm Thimme / Gottfr. Traub / Walther Waldschmidt.

Das Buch, das geheftet in zwei Teilen erschienen ist, die mit der Feldpost versandt werden können, gliedert sich in die fünf Abschnitte: Friede unter den Weltanschauungen / Friede unter den Konfessionen und kirchlichen Parteien / Friede unter den Klassen und Berufsständen / Friede unter den politischen Parteien / Friede unter den Nationalitäten. — Viele der Mitarbeiter sind die Führer ihrer Organisationen und Parteien; das erhöht die Bedeutung ihrer Worte.

Katholik, Protestant und Freigeist, Elsässer, Pole und Jude, Staatsbeamter und Arbeiterführer, Unternehmer und Landmann, jeder vertritt in diesem Sammelwerk seine Weltanschauung, seine Interessen, seine Pläne für die Zukunft. Jeder sucht aber auch das Wesen und die Ziele der anderen zu verstehen, wird sich des allen Gemeinsamen bewußt und strebt danach, dieses Bewußtsein von der Zusammengehörigkeit aller Deutschen zu verschärfen, einen faulen Burgfrieden umzuwandeln in einen dauernden Volksfrieden.

Verlag von S. Hirzel in Leipzig

Die Sozialdemokratie,

ihr Ende und ihr Glück. Von Dr. **Paul Lensch**, M. d. R., 4.—7. Tausend. Preis geheftet 2,50 Mark, gebunden 3,50 Mark.

Lensch, der noch am 3. August 1914 den Standpunkt vertrat, daß die Kriegskredite abzulehnen seien, heute aber bedingungslos auf dem Boden der Mehrheit steht, behandelt die entscheidenden Ereignisse in der Partei und zeigt die neuen Entwicklungslinien, die er und seine politischen Freunde erkannt haben. Den Zusammenbruch der Internationale erklärt er aus der Sonderstellung der englischen Sozialisten, die nur durch die englische Weltherrschaft ermöglicht wurde. Von hier aus gewinnt er den Standpunkt zu seiner Beurteilung der Gesamtlage des Sozialismus. In England erblickt er nicht, wie es der populären Ansicht demokratischer Kreise entspricht, ein sozial vorgeschrittenes Land, sondern den Vertreter einer zur Rüste gehenden Gesellschaftsstruktur und in Deutschland den Vorkämpfer einer neuen, höheren Gesellschaftsform. In einem wuchtigen Schlußkapitel wendet er diesen, nach den bisherigen Anschauungen seiner Partei direkt umstürzlerischen Standpunkt, auf die wichtigsten Zweige des öffentlichen Lebens in Deutschland an. Was in diesem Zusammenhang über Militärwesen, Verfassungsfragen, Kriegssozialismus, Selbstverwaltung, über den Klassenkampf und seine nationalisierende Kraft gesagt wird, ist überraschend und dürfte auch in bürgerlichen Kreisen mit alten Vorurteilen aufräumen.

Der europäische Krieg.

Von **John William Burgeß**, früherem Professor des Verfassungs- und Völkerrechts an der Columbia-Universität. Deutsch von Dr. Max Ilié. Preis geheftet 2 Mark, gebunden 2,75 Mark.

Ein früherer Austauschprofessor, einer der wenigen Amerikaner, die uns gerecht zu werden vermögen, versucht hier, seine Landsleute über die Ursachen und Ziele des Krieges aufzuklären. Der große Wert des Buches liegt darin, daß ein Neutraler, der Deutschland aus eigener Anschauung kennt, nach scharfer Prüfung und Würdigung der verschiedenen Interessen den wichtigen Existenzkampf der Zentralmächte voll würdigt, an deren Erhaltung Amerika selbst das größte Interesse habe. — Die Ausführungen über den Deutschen Kaiser, die das Buch beschließen und durch sachliches Urteil wie durch persönliche Wärme sich auszeichnen, bilden ein wohltuendes Gegenbild zu den schweren Angriffen, die gegen die Person Wilhelms II. von unsern Gegnern erhoben werden. Daß Burgeß der Wahrheit Bahn schaffen will, dort, wo wir ihr Eindringen besonders wünschen müssen, das sichert dem Verfasser des deutschen Volkes dauernden Dank.

Entente und Neutralität.

Von Dr. **Veit Valentin**, a.o. Professor für neuere Geschichte an der Universität Freiburg i. B. Preis 1,50 Mark.

Die Entente hat sich eine Beschützerrolle gegenüber den kleinen Staaten angemaßt, wie hat sie sich in Wirklichkeit zu ihnen gestellt? Das Problem Belgien, die Ausdehnung militärischer Handlungen auf neutrales Gebiet, die wirtschaftliche Knebelung, die politische Vergewaltigung (Alandsfrage usf.) der kleinen Staaten kommen zur Behandlung und werden ausführlich belegt aus dem Material des Auswärtigen Amtes, das dem Verfasser unbeschränkt zur Verfügung stand.

Zwischen Krieg und Frieden.

Eine Sammlung von Schriften über die politischen und wirtschaftlichen Fragen, die im künftigen Frieden zu lösen sind. Bisher 39 Hefte zum Preise von Mark —,60 bis Mark 1,50 oder in 5 Bänden zu je 6 Mark erschienen. Ausführliche Verzeichnisse werden auf Wunsch geliefert.

Verlag von S. Hirzel in Leipzig

Heinrich von Treitschkes Schriften

Politik. Herausgegeben von **Max Cornicelius.** 3. Auflage. 2 Bände. Preis geheftet 16 Mark, in Halbleder gebunden 22 Mark.

Inhalt von Band I: Einleitung. Erstes Buch: Das Wesen des Staates. Der Staatsbegriff. Der Zweck des Staates. Das Verhältnis des Staates zum Sittengesetz. Entstehung und Untergang der Staaten. Regierung und Regierte. Zweites Buch: Die sozialen Grundlagen des Staates. Land und Leute. Die Familie. Rassen, Stämme, Nationen. Kasten, Stände, Klassen. Die Religion. Die Volksbildung. Die Volkswirtschaft. **Inhalt von Band II:** Drittes Buch: Die Staatsverfassung Die Staatsformen. Die Theokratie. Die Monarchie. Die älteren Formen der Monarchie. Die konstitutionelle Monarchie. Tyrannis und Cäsarismus. Die aristokratische Republik. Die demokratische Republik. Staatenbund und Bundesstaat. Das Reich. Viertes Buch: Die Staatsverwaltung. Das Heerwesen. Die Rechtspflege. Der Staatshaushalt. Die Verwaltung im engeren Sinne. Fünftes Buch: Der Staat im Verkehr der Völker. Geschichte der Staatengesellschaft. Völkerrecht und Völkerverkehr. (Die Bände sind auch einzeln käuflich: I. geheftet M. 6,—, gebunden M. 9,—; II. geheftet M. 10,—, gebunden M. 13.—.)

Deutsche Kämpfe. Neue Folge. Schriften zur Tagespolitik. Preis geheftet 6 Mark, gebunden 9 Mark.

Inhalt: Unsere Aussichten. Herr Graetz und sein Judentum. Noch einige Bemerkungen zur Judenfrage. Zur Judenfrage. Zur Geschichte des preußisch-russischen Bündnisses. Der letzte Akt der Zollvereins-Geschichte. Zuschrift an die Post. Antwort auf eine studentische Huldigung. Eine Erwiderung. Zur inneren Lage am Jahresschlusse. Zur Lage. Der Reichstag und die Parteien. Die Lage nach den Wahlen. Das neue Exil von Avignon. Unsere Parlamente. Das Kirchengesetz vor dem Landtage. Die Wahlen zum preußischen Landtage. Die Universitäten und die Presse. Einige Bemerkungen über unser Gymnasialwesen. Zur Lage. Das Kirchengesetz vom 5. Juni. Die jüdische Einwanderung in Preußen. Die Königliche Bibliothek in Berlin. Die ersten Versuche deutscher Kolonialpolitik. Rede zur Feier der fünfundzwanzigjährigen Regierung Seiner Majestät des Kaisers und Königs Wilhelm I., gehalten im großen Hörsaal der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität am 4. Januar 1886. Zwei Kaiser. Zum Abschied. Die Zukunft des deutschen Gymnasiums. Der Entwurf des Preußischen Volksschulgesetzes.

Ausgewählte Schriften. 6. Aufl. 2 Bände. Preis geheftet 4,80 Mark, gebunden 7 Mark.

Inhalt: Band I: Die Freiheit. Das deutsche Ordensland Preußen. Luther und die deutsche Nation. Gustav Adolf und Deutschlands Freiheit. Milton. Fichte und die nationale Idee. Königin Luise. Die Völkerschlacht bei Leipzig. Zwei Kaiser. Zum Gedächtnis des großen Krieges. — Geheftet M. 2,40, gebunden M. 3,50. Band II: Cavour (Italien nach dem Wiener Kongreß. Die Lehrjahre. Das Statut und der Krieg. Cavour und Azeglio. Der orientalische Krieg und die Einheitsbewegung. Der Krieg in der Lombardei. Die Ruhe nach dem Vertrage von Villafranca. Die Einverleibung von Mittel- und Unteritalien. Das neue Königreich. Die römische Frage.) Lessing. Heinrich von Kleist. Ludwig Uhland. Otto Ludwig. Friedrich Hebbel. — Geheftet M. 2,40, gebunden M. 3,50.

JAN
2

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

D
521
H58
1917
Bd.1
c.1
ROBA

UTL AT DOWNSVIEW
D RANGE BAY SHLF POS ITEM C
39 14 17 25 06 006 2